



Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien und ihre Wahrnehmung in Pakistan

Akteur*innen und Strategien der öffentlichen Sichtbarmachung

Sebastian Sons

Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien und ihre Wahrnehmung in Pakistan:
Akteur*innen und Strategien der öffentlichen Sichtbarmachung

Media and Cultural Studies

Band 1

Herausgegeben von
Nadja-Christina Schneider

Sebastian Sons

**Arbeitsmigration nach
Saudi-Arabien und ihre
Wahrnehmung in Pakistan:
Akteur*innen und Strategien
der öffentlichen
Sichtbarmachung**

xasia

eBooks

Zugl.: Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Diss., 2019.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 veröffentlicht. Die Umschlaggestaltung unterliegt der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0.

xasia
eBooks

Publiziert bei CrossAsia eBooks,
Universitätsbibliothek Heidelberg 2020.

Die elektronische Open-Access-Version dieses Buches ist dauerhaft frei verfügbar auf CrossAsia-eBooks: <http://crossasia-books.ub.uni-heidelberg.de/xasia>.

URN: [urn:nbn:de:bsz:16-xabooks-728-5](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:16-xabooks-728-5)

DOI: <https://doi.org/10.11588/xabooks.728>

Text © 2020 Sebastian Sons

Umschlagabbildung: Pixabay: <https://pixabay.com/de/illustrations/netzwerk-arbeit-zahnrad-zahn%C3%A4der-3539325/>.

ISBN 978-3-946742-76-0 (PDF)

ISBN 978-3-946742-77-7 (Hardcover)

ISBN 978-3-946742-81-4 (Softcover)

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	ix
Tabellenverzeichnis	xi
Danksagung	xiii
Abkürzungsverzeichnis	xvii
Einleitung	1
Erkenntnisinteresse und Problemstellung der Arbeit: Neue nationale Öffentlichkeitsakteur*innen und ihre Sichtbarkeit	6
Problematisierung des Forschungsstandes	9
Pakistanische Forschung zu Migration in die arabischen Gulfmonarchien	11
Internationaler Forschungsstand zu südasiatischer Migration in die arabischen Gulfmonarchien	14
Das pakistanische Mediensystem in der Forschung	19
Fragestellungen	22
Aufbau der Arbeit und forschungsanleitende Annahmen	23
1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien	27
1.1 Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien vor dem Hintergrund sozioökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen	28
1.2 Die Rekrutierung südasiatischer Migranten: Von regionaler „Arabisierung“ zu internationaler „De- Arabisierung“	33
1.3 Arbeitsmigranten und ihre Bedeutung für den saudischen Arbeitsmarkt: Soziökonomische Herausforderungen und Zwang zur „Saudisierung“	35

Inhaltsverzeichnis

2.	Theoretische Konzeptionalisierung: Neue nationale Öffentlichkeitsakteur*innen als Sprecher*innen zu Migration	39
2.1	Zugang zur Öffentlichkeit: Massenmedien und „vermachtete Arenen“	41
2.2	Das Arenenmodell von Gerhards und Neidhardt: Sprecher, Vermittler und Publikum	48
2.3	Digitale Gegenöffentlichkeiten in vermachteten Arenen: Neuer Zugang für marginalisierte Akteur*innen?	52
2.4	Konstituierung von neuer Sichtbarkeit: Migration als translokales Phänomen	63
3.	Methodologie	69
3.1	Grounded Theory als Forschungsstil: Das theoretische Sampling	69
3.2	Zugang zum Feld und Identifizierung der Interviewpartner*innen	72
3.3	Vom Bewegen im Feld: Experte oder Beobachter?	74
3.4	Durchführung der Interviews, teilnehmende Beobachtung und Datenrecherche	77
3.5	Vom Kodieren zur Kategorie	79
4.	Präsentation und Systematisierung der untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen	83
4.1	Journalist*innen und journalistische Initiativen	84
4.1.1	PANOS South Asia	84
4.1.2	Migrant Forum Asia (MFA)	86
4.2	Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO	87
4.2.1	Justice Project Pakistan (JPP)	87
4.2.2	Human Right Commission Pakistan (HRCP)	92
4.2.3	Bonded Labour Liberation Front (BLLF)	93
4.3	Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen	94
4.3.1	Migration Resource Center der International Labour Organization (ILO)	95
4.3.2	Registration Center der International Organization for Migration (IOM)	100

5.	Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan: Zwischen „Bitterkeit“ und „Bruderstaat“	103
5.1	Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien als wirkmächtiges Narrativ	105
5.2	Die sicherheitspolitische Kooperation mit Saudi-Arabien: Streben nach Neutralität	112
5.3	Die religiöse Nähe zu Saudi-Arabien: „Wahhabisierung“ und kulturelle Indoktrination als Projektionsfläche für die Dämonisierung Saudi-Arabiens	118
5.4	Paradigmenwechsel in den saudisch-pakistanischen Beziehungen? Neue Räume für außenpolitische Diversifizierung	137
5.5	Zwischenanalyse	141
6.	Migranten als „neue Sklaven“? Profitstreben der Gatekeeper*innen, strukturelle Gewalt und politische Verfehlungen in der pakistanischen Migrationspolitik	143
6.1	Die Interessenslage des pakistanischen Staates: „It’s all about the business“	146
6.2	Das <i>Kafāla</i> -System in Saudi-Arabien: Kritik an der systemischen Ausbeutung im Migrationsprozess	153
6.3	Irreguläre Migration: Asymmetrische Machtverhältnisse und daraus resultierende Unsicherheit der Migranten vor dem Hintergrund des <i>Kafāla</i> -Systems	161
6.4	Lebenswirklichkeiten der Migranten in Saudi-Arabien: Soziale Benachteiligung und Heimatsimagination	163
6.5	Kommerzialisierung von Migration: Rekrutierungsagenturen und die Genese mafiöser Netzwerke	167
6.6	Kriminalisierung durch inoffizielle Rekrutierungsagenturen: Migranten als Opfer	176
6.7	Verfehlungen der Regierung: Migration „is not a hot topic“	179
6.8	Zwischenanalyse	189
7.	Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit: „Event Reporting“, Repression und Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen	191
7.1	Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem: „Journalists are public servants“	192
7.2	Die Irrelevanz von Migration in pakistanischen Medien: „Migration is not sexy“	204

Inhaltsverzeichnis

7.3	Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen und Marginalisierung der Migranten: „Für ihre Misere sind sie selbst verantwortlich“	209
7.4	Zwischenanalyse	216
8.	Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen: Instrumente zur Herstellung von Sichtbarkeit in der öffentlichen Arena zu Migration	219
8.1	Schutzverantwortung gegenüber den Migranten: „Talk about the protection of your people“	220
8.2	Selbstertüchtigung der Migranten: „Travel Smart and Work Smart!“	236
8.3	„Sprachrohre“ als Interessensvertreter*innen: „We need a face!“	244
8.4	Sichtbarmachung von Migration über Vermittler*innen: „Attracting the media to get attention“	247
8.5	Möglichkeiten zu mehr Sichtbarkeit durch Kooperation: „Use my linkages“	258
8.6	Zwischenanalyse	259
	Schlussbetrachtung und Ausblick: Neue Öffentlichkeitsakteur*innen und sich wandelnde mediale Sichtbarkeit von Migration auf translokaler Ebene	263
	Zusammenfassung der empirischen Datenanalyse	263
	Neue Öffentlichkeitsakteur*innen in hybriden Arenen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration: Triebkräfte des medialen Wandels	266
	Keine Genese von Gegenöffentlichkeit: Adressierung der Gatekeeper*innen durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen	270
	Verortung im nationalstaatlichen Container: Brachliegendes translokales Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration	274
	Zukunftsperspektiven bei der translokalen Sichtbarmachung von Migration in Form von „dissonanten Öffentlichkeiten“: Transmigranten als neue Sprecher	281
	Anlage: Zahlen und Statistiken	287
	Literatur- und Quellenverzeichnis	293
	Über den Autor	355

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1 Faişal-Moschee in Islamabad
- Abb. 2 Hinweis auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien
- Abb. 3 Hinweistafel auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien (arabisch)
- Abb. 4 Hinweistafel auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien (englisch)
- Abb. 5 OEP in Islamabad
- Abb. 6 Kunstausstellung BLLF

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Öleinnahmen zwischen 1938 und 1992 (in Mio. US-Dollar)
Tab. 2	Bevölkerungswachstum Saudi-Arabien (in 1.000) (1950–1997)
Tab. 3	Teilnehmer*innen der South Asian Initiative for Migrant Labour Media Fellowship, 2015–2017
Tab. 4	Handelsvolumen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien (2000–2010) (in Mio. US-Dollar)
Tab. 5	Übersicht Mediengruppen in Pakistan
Tab. 6	Übersicht der von SIA_LAH veröffentlichten Artikel (2016)
Tab. 7	Übersicht der von MAH_LAH veröffentlichten Artikel (2015)

Danksagung

Bei der Fertigstellung einer Dissertation handelt es sich um einen gleichsam inspirierenden wie mühsamen und fordernden Weg, wie mir in den letzten Jahren bewusst wurde. Dieser Weg rang nicht nur mir ein gehöriges Maß an Durchhaltevermögen, Fleiß und Disziplin ab, sondern forderte auch meine berufliche und persönliche Umgebung heraus. Umso mehr möchte ich denjenigen danken, die diesen Weg von Anfang bis zum Ende mit mir gegangen sind, an mich geglaubt und mich mit wichtigen Ratschlägen auf Kurs gehalten haben, wenn mich der Mut verließ und die Selbstzweifel wuchsen.

In erster Linie denke ich hierbei an meine Erstgutachterin Prof. Nadja-Christina Schneider, die mich dazu inspirierte, mich meinem Forschungsgegenstand aus für mich ungewohnter Blickrichtung zu widmen. Ich möchte ihr für ihre hilfreichen Hinweise in vielen persönlichen Gesprächen und in den Colloquien sowie ihre Geduld mit mir und ihr Vertrauen in mich danken. Gleiches gilt für meine Zweitgutachterin Prof. Carola Richter, die mir mit ihren konstruktiven und pragmatischen Kommentaren oftmals die notwendige Orientierung gab, um meinen Weg fortzusetzen. Meine beiden Gutachterinnen haben mir stets den Raum gelassen, eigene Forschungsschwerpunkte zu setzen und mir gleichzeitig ihr umfassendes empirisches und theoretisches Wissen zur Verfügung gestellt, was meinen Arbeitsprozess bereichert hat. Ohne Frage haben mich beide gefördert und gefordert und einen maßgeblichen Teil zu dieser Arbeit beigetragen.

Darüber hinaus war es mir vergönnt, auf die fachliche Expertise unterschiedlicher Kolleg*innen zurückgreifen zu können, die mir geholfen haben, mich auf regionalwissenschaftlicher, methodischer und theoretischer Ebene in meinem Forschungsfeld zu verorten. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die mir im Vorfeld meiner Feldforschungsreise nach Pakistan analytische Einblicke in die komplexe und ambivalente pakistanische Gesellschaft zur Verfügung stellten, was mein Kontextwissen erweiterte und mit dazu beitrug, während meiner Feldforschung in Pakistan die richtigen Expert*innen zu identifizieren. Da ich diesen Kolleg*innen Anonymität zugesichert habe, kann ich sie nicht namentlich nennen. Sie wissen aber um ihren Verdienst.

Danksagung

In Pakistan habe ich viele beeindruckende und faszinierende Persönlichkeiten kennengelernt, die mit ihrer Leidenschaft und ihrer Ausdauer Migration nach Saudi-Arabien in einem schwierigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Umfeld öffentlich sichtbar machen wollen und mich an ihrer Arbeit, ihren Motivationen und ihren Herausforderungen teilnehmen ließen. Ihre kritische Offenheit, ihr Vertrauen in mich als Forscher und ihre Hilfsbereitschaft haben mich geprägt und auf beruflicher sowie auf persönlicher Ebene tief beeindruckt. Trotz der Sensibilität meines Forschungsfeldes begegneten sie mir weder mit Skepsis noch mit Scheu, sondern standen mir mit ihren Einblicken zur Verfügung. Auch ihnen musste ich Anonymität zusichern.

Der Aufenthalt vor Ort wäre ohne die logistische Unterstützung durch Aamir Rafique nicht möglich gewesen, dem es zu verdanken ist, dass ich mich noch wohler in Lahore und Islamabad gefühlt habe. Einen besonderen Dank möchte ich auch meinem guten Freund Muhammad Ilyas ausrichten, der mir half, Pakistan besser zu verstehen und zu einem unschätzbaren Begleiter wurde.

Meine unzähligen Gespräche und Diskussionen in Saudi-Arabien mit vielen Kolleg*innen und Bekannten seit 2009 haben ebenso dazu beigetragen, dass ich ein besseres Verständnis über die saudische Gesellschaft entwickeln konnte, was mir in meiner Forschungsarbeit weiterhalf.

Die Fertigstellung meiner Promotion wurde insbesondere in den letzten Monaten zu einer Willensleistung, die Disziplin und Fleiß, aber auch Unterstützung und Fürsprache erforderte. Ohne meine Mitdotorandin und gute Freundin Jamila Adeli hätte ich diese Phase sicher nicht erfolgreich überstanden. Uns beide trieb ein gemeinsames Ziel an, welches wir miteinander anstrebten und uns dabei mit fachlicher Hilfe und persönlicher Aufmunterung bedachten. Auch möchte ich meinen geschätzten Kolleg*innen Nora Derbal, Tobias Zumbärgel, Ludwig Schulz und David Jalilvand danken, die mit ihren kritischen Kommentaren dazu beitrugen, dass sich die Qualität meiner Arbeit verbessert hat. Alle noch in der Arbeit enthaltenen Fehler liegen allein in meiner Verantwortung.

Mein Dank gilt außerdem der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die meine Promotion mit einem Stipendium aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert hat. Danken möchte ich auch der Humboldt-Universität zu Berlin.

Doch ohne die grenzenlose Geduld, die beeindruckende Frustrationstoleranz und die aufopferungsbereite Entbehrungsbereitschaft meiner Familie und meiner Freunde wäre das vorliegende Ergebnis nicht möglich gewesen. Durch ihren Rückhalt konnte ich diesen Weg erfolgreich beschreiten. Dies gilt insbesondere für meine Mutter und meinen Stiefvater, die auch in schwierigen Phasen ein offenes Ohr hatten und mich immer wieder ermutigten, weiterzuma-

chen. Und dies gilt am meisten für meine geliebte Laura, der es in unnachahmlicher Weise gelingt, mich anzutreiben, mich jeden Tag ein bisschen besser zu machen und mich zu erden, ohne dabei zu verzweifeln: Ihr Halt, ihre Geduld und ihre Liebe stecken in jedem Wort dieser Arbeit.

Abkürzungsverzeichnis

ACD	Association for Community Development
ACTFORM	Action Network for Migrant Workers
AFMC	Asian Forum Migrants' Center
AJK	Asad Jammu und Kaschmir
AMC	Asian Migrant Centre
ANWA	All Nepal Women's Association
ARAMCO	Arabian-American Oil Company
ASK	Ain O Salish Kendro
ATA	Anti-Terrorism Act
ATIKHA	Atikha Overseas Workers and Communities Initiative
BEOE	Bureau of Emigration and Overseas Employment
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLLF	Bonded Labour Liberation Front
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CEC	Centre for Education and Communication
CHRD	Center for Human Rights and Development
CIMRAD	Centre on International Migration, Remittances and Diaspora
CIMS	Center for Indian Migrant Studies
CIMW	Center for Indonesian Migrant Workers – Urban Community Mission Jakarta
CMA	Center for Migrants Advocacy
CMR	Coalition for Migrants' Rights
COC	Cash over the counter
COC	Code of Ethical Conduct for Licensed Overseas Employment Promoters
CPEC	China-Pakistan Economic Corridor
CWA	Community Welfare Attachés
DCWPs	Decent Work Country Programmes
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Abkürzungsverzeichnis

DMG	Deutsche Morgenländische Gesellschaft
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
FATA	Federal Administered Tribal Area
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FIA	Federal Investigation Agency
GCC	Gulf Cooperation Council
GID	General Intelligence Directorate
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GKR	Golfkooperationsrat
GT	Grounded Theory
HMISC	Hsinchu Migrants and Immigrants Services Center
HOME	Humanitarian Organization for Migration Economics
HRCP	Human Rights Commission of Pakistan
HRDF	Human Rights Development Foundation
HWC	Hope Workers' Center
ICPR	International Covenant on Civil and Political Rights
IIRO	Islamic International Relief Organisation
ILO	International Labour Organization
IMWU	Indonesian Migrant Workers Union
IOM	International Organization of Migration
IsDB	Islamic Development Bank
ISI	Inter-Services Intelligence
IVTS	Informal Value Transfer System
JCMK	Joint Committee with Migrants in Korea
JCPoA	Joint Comprehensive Plan of Action
JPP	Justice Project Pakistan
KAKAMMPI	Kapisanan ng mga Kamag-anakan ng mga Migranteng Mang-gagawang Pilipino
KOPBUMI	Consortium of Indonesian Migrant Workers Advocacy/Konsorsium Pembela Buruh Migran Indonesia
KP	Khyber Pakhtunwa
KSA	Kingdom of Saudi Arabia
LSCW	Legal Support for Women and Children
LSE	Lahore School of Economics
LUMS	Lahore University of Management Sciences
MFA	Migrant Forum in Asia
MFI	Migrant Forum India
MOP	Ministry of Overseas Pakistanis
MRC	Migration Resource Center
MRC	Migrants Rights Council
MWL	Muslim World League

MWRN	Migrant Workers Rights Network
NAP	National Action Plan
NAVTEC	National Vocational and Technical Education Commission
NCHR	National Commission on Human Rights
NCL	National Centre for Labour
NPT	National Press Trust
NRO	Nichtregierungsorganisation
NTB	National Training Bureau
NVTTC	National Vocational & Technical Training Commission
NWFP	North-Western Frontier Province
OEC	Overseas Employment Corporation
OEP	Overseas Employment Promoters
OIC	Organization of Islamic Conference
OMCT	World Organisation Against Torture
OP	Overseas Pakistani
OPF	Overseas Pakistanis Foundation
PBC	Pakistan Broadcasting Corporation
PEMRA	Pakistan Electronic Media Regulatory Authority
PIDE	Pakistan Institute of Development Economics
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
PNCC	Pravasi Nepali Coordination Committee
POE	Protectors of Emigrates
POEPA	Pakistan Overseas Employment Promoters Association
PPO	Press and Publications Ordinance
PPP	Pakistan Peoples Party
PRI	Pakistan Remittances Initiative
PRWSWO	Pakistan Rural Workers Social Welfare Organization
PTA	Prisoner Transfer Agreement
PTV	Pakistan Television
PWF	Pakistan Workers' Federation
RAMBO	Regulatory Authority for Media Broadcast Organisations
RC	Registration Center
RMMRU	Refugee and Migratory Movements Research Unit
ROAP	Regional Office for Asia and the Pacific
ROAS	Regional Office for Arab States
SALM	Promoting the Effective Governance of Labour Migration from South Asia through Actions on Labour Market Information, Protection during Recruitment and Employment, Skills and Development Impact
SAMA	Saudi Arabian Monetary Authority
SAMM	South Asian Media for Migrants

Abkürzungsverzeichnis

SAWM	South Asia Women in Media
SBMI	Serikat Buruh Migran Indonesia
SDC	Swiss Development and Cooperation
SMJ	Solidarity Network with Migrants Japan
SOCAL	Standard Oil of California
TEVTA	Technical Education and Vocational Training Authority
TFNJ	Tehreek-e-Nifaz-e-Fiqah-e-Jaffriya
TIP	Trafficking in Persons
TTP	Tehrik-e Taliban Pakistan
TWC2	Transient Workers Count Too
UDHR	United Nations Declaration on Human Rights
UN	United Nations
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
WAMY	World Assembly of Muslim Youth
WARBE DF	WARBE Development Foundation
WMC	Women and Media Collective
WOREC	Women's Rehabilitation Center Nepal
YOAC	Youth Action Nepal

Einleitung

Ihr Videoclip brach Tabus und wurde ein viraler Hit: Im Juni 2013 veröffentlichte die pakistanische Comedy-Gruppe Khalli Walli ihr Musikvideo „*ġa' ġawā-zat*“¹ (arabisch für „Die Passkontrolle kommt“) auf *YouTube* (*The Khalli Walli Show*, 24.06.2013). Die Mitglieder der Gruppe leben und arbeiten alle seit vielen Jahren in Saudi-Arabien und leiden dort ähnlich wie andere pakistanische Arbeitsmigranten unter den vorherrschenden prekären Lebensbedingungen.² In ihrem Video schildern sie in künstlerischer Form ihren alltäglichen Kampf gegen Behördenwillkür, Diskriminierungen und strukturelle Gewalt. Sie fliehen vor einem saudischen Beamten der Passkontrolle, der sie ausweisen will. „Wo sollen wir uns verstecken? Beeilt euch!“ singen sie auf Arabisch: „Versteck Dich im Bett, im Schrank, im Kühlschrank, im Müll.“ Und sie flehen: „Bitte verhafte uns nicht.“ Dazu tanzen sie. Es entspinnt sich eine abenteuerliche Flucht von ihrer Unterkunft im Mehrbettzimmer durch Straßen, Hinterhöfe und Wohnungen. Immer wieder gelingt es den pakistanischen Männern, mit List und Geschick ihrem Häscher zu entfliehen, sich zu verstecken oder ihn auszutricksen.

Khalli Wallis künstlerischer Aufschrei hat mit Hinblick auf die Situation pakistanischer Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien durchaus Seltenheitswert und ist deshalb bemerkenswert: Sie werden von ihrer Entsende- sowie ihrer Aufnahmegesellschaft zumeist politisch, gesellschaftlich, sozial und wirtschaftlich marginalisiert, exkludiert und stigmatisiert. Ihre rechtlichen, alltäglichen

1 Arabische Begriffe wurden nach dem System der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) transkribiert, bekannte geographische Angaben (z. B. Saudi-Arabien oder Mekka) werden in ihrer allgemeingültigen Form belassen.

2 Ich werde im Folgenden zumeist das Maskulinum von „Migranten“ verwenden, da es sich bei den pakistanischen Migranten zu 99,3% (vgl. BEOE 2015b) um Männer handelt und eine geschlechtsneutrale Begriffsbezeichnung die gravierenden Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis ignorieren würde, die aus der weitgehend maskulinen Auswanderung entstehen. In Fällen, in denen explizit weibliche Migration thematisiert wird (wie z. B. bei Hausangestellten), wird dies inhaltlich und sprachlich kontextualisiert.

und beruflichen Probleme werden selten in der medialen oder politischen Öffentlichkeit sichtbar. Vor diesem Hintergrund kann „*ġa' ġawāzāt*“ als ungewöhnlicher Versuch gesehen werden, die Situation der pakistanischen Arbeitsmigranten sichtbar werden zu lassen, da Khalli Walli neue Räume der Öffentlichkeit zu Migration erobern will, um tabuisierte Themen wie Diskriminierung von pakistanischen Migranten in Saudi-Arabien auszuhandeln. Die Künstler fordern mit ihrem Video das Narrativ heraus, welches die Migranten als schutz- und wehrlose Opfer von asymmetrischen Machtverhältnissen darstellt, in denen sie und ihre Probleme kaum wahrgenommen werden. Dies erregte vor allem in den sozialen Medien Aufmerksamkeit: Immerhin hatten bis Ende Mai 2014 fast drei Millionen Menschen das Video bei *YouTube* aufgerufen (Hassan, 21.05.2014).

Als sich Taha Siddiqui das 4:45-Minuten-lange Video auf meinem Mobiltelefon anschaut, ist er äußerst irritiert und überrascht. Immer wieder schüttelt der pakistanische Journalist den Kopf; das Video sehe er zum ersten Mal. Ich treffe Siddiqui an einem sonnigen Februartag im Jahr 2016 in der pakistanischen Metropole Lahore während meiner Feldforschungsreise. Ich frage ihn, ob in pakistanischen Medien über dieses Video berichtet worden sei. Er verneint, was wiederum mich verwundert. Immerhin war in mir im Vorfeld meiner Feldforschungsreise nach Pakistan von Januar bis April 2016 das Erkenntnisinteresse gewachsen, herauszufinden, welche öffentliche Wahrnehmung Khalli Walli in ihrem Heimatland Pakistan erfahren hatte. Da ich während meines beruflichen Werdegangs bereits seit 2009 regelmäßig Saudi-Arabien besuche und mir deswegen die prekären Arbeitsbedingungen pakistanischer Arbeitsmigranten bekannt sind, hatte ich vermutet, dass Khalli Wallis provokantes und tabubrechendes Auftreten auch in Pakistan zu einem gewissen Widerhall hätte führen müssen, zumal Saudi-Arabien in Pakistan als wichtigstes Empfängerland von Arbeitsmigranten eine omnipräsente mediale, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Präsenz zukommt (Amjad et al. 2016). Doch offenbar hatte ich mich geirrt. Ich frage Siddiqui nach den Gründen für diese fehlende Aufmerksamkeit in pakistanischen Medien. Daraufhin lehnt sich Siddiqui nachdenklich zurück, zündet sich eine Zigarette an und schweigt für wenige Momente, ehe er antwortet: Es könne seiner Meinung nach daran liegen, dass Migration in Pakistan als ein „alltägliches Phänomen“ wahrgenommen werde. Das Schicksal der Migranten werde negiert, ignoriert und tabuisiert, da es längst zur Normalität geworden sei. Es herrsche ein weitreichendes „Schweigen“ in der Öffentlichkeit, sich kritisch mit Migration und ihren sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Konsequenzen auseinandersetzen. Seit Jahrzehnten verlassen Millionen von unterprivilegierten Menschen ihre Heimat, um in Saudi-Arabien ihr Glück zu suchen und Migration als „Flucht aus der Armut“ zu nutzen, wie er sagt. Dass sie dort oftmals einen Albtraum erleben, werde von

der pakistanischen Politik und den Medien schweigend hingenommen, sagt er. Siddiqui wirkt konsterniert. Diese Ignoranz sei symptomatisch für das elitäre pakistanische System: Nur wenige Akteur*innen aus Medien, Zivilgesellschaft oder Politik zeigten Interesse oder gingen das Risiko ein, bestehende Narrative über Migration herausfordern zu wollen. Diese Haltung sei typisch für das „Klassendenken“ („class bias“) innerhalb der pakistanischen Gesellschaft, in der Eliten nach wie vor postkoloniale Annehmlichkeiten in Anspruch nehmen würden, die Diskurse in der Öffentlichkeit mit ihrer Macht, ihrem Einfluss und ihren finanziellen Ressourcen bestimmen könnten, wodurch die öffentliche Diskussion über die Anliegen der „Schwachen“ – wie die Migranten – marginalisiert werde. Aus seiner Perspektive herrschen noch immer postkoloniale Abneigung, Bevormundung und Stigmatisierung gegenüber den Migranten durch eine Elite, die vor allem englischsprachige Medien konsumiert, kontrolliert und adressiert.

Während unseres Interviews beeindruckt mich diese offene Kritik an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in Pakistan. Dies verwundert nicht, gilt Siddiqui doch als einer der kritischsten pakistanischen Journalisten, da er in seiner Arbeit für die angesehene pakistanische englischsprachige Tageszeitung *The Dawn* und mehrere US-amerikanische, britische und französische Print- und Online-Publikationen vor allem politisch heikle Themen wie Korruption innerhalb des Militärs, den gestiegenen Druck auf die pakistanische Pressefreiheit oder die engen Verbindungen zwischen dem pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) und militanten, al-Qā'ida nahestehenden Gruppierungen analysiert und kontrovers diskutierte. Für ihn sei es unmöglich, Vertrauen für die Eliten des politischen Systems aufzubringen, erklärt er. Immerhin seien diese der wichtigste Profiteur innerhalb des pakistanischen Staatssystems. Dies schränke auch die mediale Diskussion um Migration nach Saudi-Arabien massiv ein. Deswegen gerate auch er immer wieder in Gefahr und stehe unter immensem Druck vonseiten der politischen, geheimdienstlichen und militärischen Eliten. Trotzdem erteilt er mir ohne Zögern das Einverständnis, seinen Namen im Verlauf meiner Forschungsarbeit nicht anonymisieren zu müssen. Er sei eine Person des öffentlichen Lebens und daher durchaus vertraut mit Kritik an seiner Berichterstattung.³

³ Während ich Siddiqui im Februar 2016 noch in Islamabad treffen konnte, verschärfte sich seine persönliche Sicherheitssituation in den folgenden Monaten deutlich. So entging er im Januar 2018 nur knapp einem Entführungsversuch. In der Folge stand er erst unter Polizeischutz, verließ aber im Februar 2018 mit seiner Familie Pakistan und lebt seitdem in der französischen Hauptstadt Paris. Er selbst vermutet, dass Akteur*innen des Militärs bzw. des ISI verantwortlich für den Entführungsversuch seien (vgl. Böhmer, 11.01.2018). In einer Email vom 10. Januar 2019 schreibt er über sein erstes Jahr im Exil:

Einleitung

Eine kritische Diskussion um Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien wird vor diesem Hintergrund auf dreifacher Ebene öffentlich tabuisiert:

- So ist sie, erstens, aufgrund der Rücküberweisungen in erster Linie für die Wirtschaftsleistung Pakistans besonders bedeutsam, da der marode Staatshaushalt zunehmend abhängig von den Geldtransfers der Migranten geworden ist.
- Zweitens wirkt sich die lange Aufenthaltszeit im Empfängerland auf die Lebenswirklichkeiten der Migranten, deren Familien und sozialen Umfeld im Entsendeland sowie damit auf die kulturelle, religiöse und soziale Verfasstheit der pakistanischen Gesellschaft aus.
- Drittens besteht zwischen beiden Ländern auf politischer Ebene ein enges Abhängigkeitsverhältnis, das innerhalb der pakistanischen politischen Entscheidungskreise als stabilitätswahrend und existenzsichernd angesehen wird.

Somit bildet Saudi-Arabien für pakistanische Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und Militär, den im Sinne von Neidhardt und Gerhards (1990: 31) den Zugang zu öffentlichen Arenen kontrollierenden Gatekeeper*innen⁴, einen systemlegitimierenden Referenzrahmen, der auf wirtschaftlicher, kultureller und sicherheitspolitischer Affinität beruht: „They say that Saudi Arabia has the upper hand and we cannot criticize the power that has the upper hand“ (Taha Siddiqui, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:13:29–0#). Der Nexus zwischen Militär, einflussreichen Geschäftseliten und politischen Entscheidungsträgern, den die pakistanische Militäranalystin Siddiqa (2007) als „Milbus“ umschreibt, dominiert somit auch die nationalen Medienpraktiken und limitiert die Räume freier Meinungsäußerung zu Migration. Mit diesem Neologismus aus „military“ und „business“ verdeutlicht sie die synergetische Verbindung zwischen ressourcen- und zugangsstarken Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und Militär. Die pakistanische Armee ist der bedeutendste Unternehmer, verfügt über ein umfangreiches Konglomerat an Konzernen, Industriekomplexen, Stiftungen und Immobilien, verfügt über etwa 12% des im Staatsbesitz befindlichen Grund und Bodens und kann auf qualitativ deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegende Gesundheitsversorgung oder Bildungsmöglichkeiten zurückgreifen,

„(...) I have relocated to Paris and have had one of the most difficult years of my life. Not a day passes when I do not think of that dreadful day and what would have happened if they would have taken me away (...).“

⁴ Dabei handelt es sich um Akteur*innen, die entscheiden, welche Themen das „Tor“ passieren und damit sichtbar werden (vgl. Llanque/Altmeppen 1998: 653).

die ausschließlich aktiven oder pensionierten Mitgliedern des Militärs vorbehalten sind.

Insbesondere die von Siddiqui angesprochenen oftmals prekären Arbeitsbedingungen pakistanischer Migranten aufgrund des unzureichenden Arbeitsschutzes, der grassierenden Korruption innerhalb der migrationsrelevanten Verwaltungsstrukturen, der engen und profitorientierten Beziehungen zwischen staatlichen Akteur*innen und den involvierten Rekrutierungsagenturen sowie der fehlenden konsularischen Unterstützung für Migranten im Falle von Inhaftierungen oder Beschwerden über Verstöße gegen die jeweiligen Arbeitsverträge, Lohnausstände oder Ausreiseverweigerungen werden zwar von internationalen Beobachtern wie z. B. Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisiert und stellen enorme Herausforderungen für die staatliche Migrationspolitik dar. Dennoch finden diese Themen nur selten Eingang in die pakistanische Medienöffentlichkeit – dazu zählen auch künstlerische Diskussionsbeiträge wie das Video von Khalli Walli. „When you work with media such as domestic newspapers, a lot of self-censorship happens or censorship by editors. They take out lines, they change ‘Pakistan army’ to ‘security forces’, doing fine-tuning” (Taha Siddiqui, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:08:37–6#). Wirtschaftliche Interessen des pakistanischen Militärs und der Wirtschaft – des *Milibus* – müssten berücksichtigt und geschützt werden:

„Because of that, there are common interests between media and army. Thus, investigative journalism doesn’t happen. It also requires time and money and nobody wants to do that here. You only find those talking heads formats where you fill space by making two to three people sit down and they discuss a topic. You have a one-hour show, everybody claps but no-one discusses real sensitive stories” (Taha Siddiqui, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:18:59–2#).

Diese „talking heads“ hätten eine diskriminierende und exkludierende Haltung gegenüber weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen wie den Migranten in den Medien etabliert, führt er fort:

„The concept here is that poverty is self-created. It’s not the fault of the elites, it’s the fault of the poor, you know? I was thinking, what the hell is the guy saying? He doesn’t mean it in an ironic way. People of Pakistan are not poor because they did not find work. They are poor because they don’t want to work enough. This is the perspective of the elites. They are lazy. If you go down the road and ask people why are these guys poor you will get the answer: Because they are lazy. It’s not about existing structures of imbalance or inequality in the society. We have landlords, the military and political elites meaning that Pakistan is controlled by all these rich elites who are only interested in their own benefits” (Taha Siddiqui, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:25:59–3#).

Pakistanische Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen sich demnach in einem Umfeld von limitierten Diskussionsmöglichkeiten, Zensur und Selbstzensur, Ausübung von körperlicher und physischer Gewalt von staatlichen Akteur*innen aus Militär und Geheimdienst, heterogenen und volatilen Medieninstitutionen, in denen Zugang zu Ressourcen, Eigentümerverhältnisse, sprachlicher Kontext und Zielpublikum, Reichweite, Wirkmacht und elitenzentrierte Öffentlichkeit in einer hierarchisierten Gesellschaft eine wichtige Bedeutung einnehmen. Teil des mehrsprachigen pakistanischen Mediensystems ist daher eine existierende und sich vertiefende Machtungleichheit, die auch die Sprechfähigkeit von Migranten bzw. zu Migration beeinträchtigt.

Erkenntnisinteresse und Problemstellung der Arbeit: Neue nationale Öffentlichkeitsakteur*innen und ihre Sichtbarkeit

Wie Siddiqui ausführte, zeigt sich auf Seiten pakistanischer Öffentlichkeitsakteur*innen ein allgemeines Schweigen gegenüber den sozialen Auswirkungen der Migration auf die Migranten selbst und ihre Entsendegesellschaft.

Ich möchte in meinem Forschungsvorhaben diese Sichtweise in Frage stellen, indem ich pakistanische Akteur*innen identifiziere, die dieses Schweigen brechen. Basierend auf qualitativer Forschung fußt mein Erkenntnisinteresse demnach darauf, mediale und öffentliche Sichtbarmachung von Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien in ihrer Vielgestaltigkeit, ihrer Widersprüchlichkeit und ihrer Dynamik wiederzugeben, um somit einen Teil der „sozialen Wirklichkeit“ abzubilden (vgl. Bergmann 2011: 17). Ich beabsichtige, soziale Phänomene in die jeweiligen Kontexte einzubetten, um die einzelnen Aussagen bewerten zu können (vgl. Bergmann 2011: 18).

In meiner Arbeit soll diese Kontextualisierung anhand von drei Ansätzen realisiert werden: (1) Identifizierung und Verortung neuer Öffentlichkeitsakteur*innen innerhalb des pakistanischen Mediensystems; (2) Analyse der Medienpraktiken dieser Akteur*innen im pakistanischen Kontext; (3) erkenntnisbasierte Rückbindung an theoretische Konzepte der Öffentlichkeitsforschung.

- **Identifizierung und Verortung neuer nationaler Öffentlichkeitsakteur*innen:** Vor dem Hintergrund einer limitierten und segmentierten Arena der Öffentlichkeit, deren Zugangsmöglichkeiten für neue Sprecher*innen durch verschiedene Gatekeeper*innen aus Politik, Wirtschaft und Medien kontrolliert werden (vgl. Neidhardt und Gerhards 1990; Gerhards/Neidhardt 1991; Gerhards 1994), ist es mein Anliegen, Öffentlichkeitsakteur*innen zu identifizieren und zu verorten, die kritische Aspekte von Migration nach Saudi-Arabien sichtbar machen und in der Öffentlichkeit verhandeln, prägen und verändern wollen. In Abgrenzung zu tra-

ditionellen Öffentlichkeitsakteur*innen, die sich in den von Gatekeeper*innen definierten Arenen zu Migration bewegen, definiere ich diese Akteur*innen als Multiplikatoren eines sich neu und dynamisch entwickelnden Teilbereichs der Öffentlichkeit innerhalb des pakistanischen Mediensystems zu Migration. Bezugnehmend auf die von mir verwendeten theoretischen Konzepte zu Öffentlichkeit klassifiziere ich sie demnach als „neue Öffentlichkeitsakteur*innen“. Sie verfolgen das Ansinnen, alternative, bisher ignorierte, exkludierte oder tabuisierte Themen zu Migration öffentlich zu adressieren, um damit die mediale Öffentlichkeit zu Migration nach Saudi-Arabien prägen und verändern wollen. Dass dabei die mediale Sichtbarkeit durchaus eine gewichtige Funktion zum Aufbrechen des Schweigens einnimmt, steht außer Frage. Allerdings agieren sie nicht ausschließlich als in den Medien aktive Akteur*innen, sondern adressieren ihre Themen auch über soziale Netzwerke, semi-öffentliche Veranstaltungen und auf persönlicher Ebene. Ihr Ziel ist es, das Phänomen „Migration“ öffentlich mit unterschiedlichen Strategien zu verhandeln und sichtbar zu machen. Dafür nutzen sie einerseits medienstrategische Instrumente, indem der Austausch mit Journalist*innen gesucht wird, andererseits richten sie sich auch an die Migranten selbst, um bei ihrer Zielgruppe öffentliche Sensibilisierung zu generieren. Bei den von mir untersuchten Akteur*innen handelt es sich also um eine heterogene Gruppe, die in einigen Feldern die Kooperation untereinander sucht, in anderen Bereichen allerdings unterschiedliche Mittel einsetzt und Zielgruppen adressiert. Sie verfügen aufgrund ihrer Ressourcen und ihrer persönlichen oder institutionalisierten Erfahrungen über eine überdurchschnittliche Kommunikationsbereitschaft sowie Expertenwissen und sind deswegen willens und u. U. auch in der Lage, bestehende Narrative zu Migration in Frage zu stellen. Deswegen verstehe ich diese Öffentlichkeitsakteur*innen im Sinne von Castells (2002: 385) als Sprecher*innen und symbolische Persönlichkeiten, so genannte „Prophet*innen“. Weiterhin weise ich meiner Begriffsdefinition explizit einen nationalen Fokus zu, da die von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen zwar ein transkulturelles und -nationales Phänomen aushandeln, sich aber bislang fast ausschließlich in einem nationalstaatlich definierten, überwiegend monolingual geprägten Raum und Rahmen einer englischsprachigen Medienöffentlichkeit bewegen. Deswegen bezeichne ich die von mir untersuchten Akteur*innen im Folgenden als „neue *nationale* Öffentlichkeitsakteur*innen“.

- **Analyse der Medienpraktiken dieser neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen im pakistanischen Kontext:** Es soll weiterhin untersucht werden, in welchem medialen, politischen und wirtschaftli-

chen Umfeld – in welcher Arena von Öffentlichkeit im Sinne von Neidhardt und Gerhards – Öffentlichkeitsakteur*innen in Pakistan agieren (müssen), um eine kritische Öffentlichkeit zu Migration herzustellen. Ziel ist es, die Interessen, öffentlichen Strategien und Praktiken der neuen Akteur*innen aufzuzeigen. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeite ich methodologisch mit dem Forschungsstil der *Grounded Theory* (GT), der darauf abzielt, soziale Vorgänge einfangen zu wollen, eng am empirischen Material zu bleiben und zugleich die Wandelbarkeit der untersuchten Wirklichkeiten anzuerkennen und sie als „Momentaufnahme“ zu akzeptieren (vgl. Strübing 2008: 15). Somit sollen die Akteur*innen selbst zu Wort kommen, um ihre Handlungsmuster und Denkstrukturen verstehen, analysieren und interpretieren zu können.

- **Erkenntnisbasierte Rückbindung an theoretische Konzepte der Öffentlichkeitsforschung:** Das Forschungsvorhaben soll dazu beitragen, mithilfe einer interdisziplinär konzipierten sozial- und kommunikationswissenschaftlichen Herangehensweise die medialen Wirkfelder und Begrenzungen der untersuchten Akteur*innen aufzuzeigen, um damit das theoretische Konzept von Öffentlichkeit in einem pakistanischen Kontext zu erweitern. Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen sich in einem Spannungsfeld der limitierten Öffentlichkeit und versuchen, in dieser Arena wahrgenommen zu werden. In diesem Zusammenhang soll auch auf ihr Potenzial eingegangen werden, eine Gegenöffentlichkeit bilden zu können (siehe hierzu Kapitel 2).

Das Forschungsvorhaben fokussiert sich somit auf die akteurszentrierte Analyse der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen im pakistanischen Kontext. Es ist nicht beabsichtigt, Diaspora-Kulturen in den golfarabischen Empfängerländern eingehender zu untersuchen, auf transnationale und -kulturelle Netzwerke einzugehen oder die Lebenswirklichkeiten der in Saudi-Arabien arbeitenden pakistanischen Migranten aus einer soziologischen, sozioökonomischen oder ethnographischen Perspektive zu betrachten. Ebenso wenig werden lokale Akteur*innen in Saudi-Arabien auf staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Seite in die Analyse einbezogen. Diese relevanten Aspekte bieten zwar interessante Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen und werden in der Schlussbetrachtung aufgegriffen und problematisiert, konnten aber in diesem Vorhaben aufgrund von fehlendem Zugang zum Forschungsfeld nicht umfassend bearbeitet werden.

Ich konzentriere mich in meiner Untersuchung auf Saudi-Arabien, da das Königreich als wichtigstes Aufnahmeland von pakistanischen Migranten eine übergeordnete wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Relevanz ein-

nimmt, während weitere Zielländer am Persischen Golf wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Katar oder Kuwait in Form von ergänzendem Kontextwissen einfließen, aber nicht den Mittelpunkt der Untersuchung bilden. Gleichzeitig existieren in der Forschungsliteratur kaum umfassende Arbeiten zu südasiatischer bzw. pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien, während andere golfarabische Empfängerländer deutlich intensiver untersucht wurden. Diese Forschungslücke soll in der folgenden Problematisierung des Forschungsstands herausgearbeitet werden.

An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass viele der untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen im Verlauf des Forschungszeitraumes erst am Beginn ihres öffentlichen Engagements zu Migration standen und deswegen nur eine begrenzte Anzahl an Kampagnen, Instrumenten zum Agendasetting und Medienstrategien empirisch untersucht werden konnte. Einige Projekte sind erst kurz vor meinem Untersuchungszeitraum initiiert worden, viele Akteur*innen suchen noch ihre Rolle, sodass Rückschläge und sich verändernde Prioritäten bei ihnen die Sichtbarmachung von Migration beeinflussen können. Ebenso wie sich das bilaterale Verhältnis zu Saudi-Arabien als eine wellenförmige Bewegung von Annäherung und Distanzierung darstellt, wird sich auch das öffentliche Engagement der Akteur*innen zu Migration nach Saudi-Arabien nicht konstant entwickeln. Dazu ist es zu sehr abhängig von externen Faktoren wie politischen und wirtschaftlichen Einflüssen, Geberunterstützung, Kooperationsbereitschaft der Gatekeeper*innen oder Solidarität unter den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen.

Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, dass die vorliegende Arbeit in bestimmten Punkten eher auf das Potenzial der untersuchten Akteur*innen hinweist, während konkrete Aktivitäten teilweise vage bleiben (müssen). Dies zeigt jedoch auf der anderen Seite, dass das Forschungsvorhaben eine beginnende Entwicklung untersucht, die sich verstärken, aber auch abschwächen kann, was den Charakter der Untersuchung als „Momentaufnahme“ (auch im Sinne von GT) unterstreicht. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass die analysierten Fallbeispiele als Indikator für einen sich verstärkenden Wandel in der pakistanischen Öffentlichkeit dienen können, sodass meine Arbeit nicht zu früh kommt, aber ohne Frage noch Potenzial für zukünftige Forschung besteht.

Problematisierung des Forschungsstandes

Um der Vielschichtigkeit des Forschungsfelds, welches die untersuchten Akteur*innen in der öffentlichen Arena zu Migration verortet, gerecht zu werden, wird es in einem interdisziplinären Umfeld lokalisiert, das sich an der

Schnittstelle zu Kommunikations-, Regional- und Migrationswissenschaften sowie Soziologie und Ethnographie verortet.

Ich konzentriere mich vor allem auf den Forschungsstand zu Migration aus Pakistan bzw. Südasien nach Saudi-Arabien bzw. in die arabischen Golfmonarchien (vgl. dazu auch [Kapitel 1](#) und [5](#)).⁵ Kommunikationswissenschaftlich integriert sich meine Forschung in das vorhandene Feld zum pakistanischen Mediensystem, theoretischen Konzepten zu Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit in digitalen Gesellschaften sowie vor allem zu Arenenbildung (vgl. [Kapitel 2](#)). Umfassende Arbeiten über pakistanische Migration in die arabischen Golfmonarchien und insbesondere nach Saudi-Arabien als Bestandteil der kommunikationswissenschaftlichen Öffentlichkeitsforschung konnten während der Exposition des Forschungsstandes nicht identifiziert werden. Vor dem Hintergrund, dass es sich bei meinem Vorhaben um Grundlagenforschung handelt, ist diese Feststellung nicht überraschend.

Da ich methodologisch die Sichtweisen der untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen berücksichtigen, dekonstruieren, analysieren und interpretieren werde, um deren Handlungsmuster herauszuarbeiten, operationalisiere ich – wie bereits erwähnt – den Forschungsstil der GT. Dieses Vorgehen findet auch bei der Darstellung des Forschungsstandes Anwendung, sodass ein explizit problematisierender Blick auf die pakistanische Migrationsforschung geworfen wird. Von mir befragte, aus dieser Disziplin stammende pakistanische Expert*innen werden aus ihrer Sichtweise den Forschungsstand darlegen und kritisch hinterfragen. Weiterhin werde ich ihre Erklärungsmuster und Sichtweisen mit dem bestehenden Forschungsstand in Verbindung setzen und dies in der Darstellung auch verdeutlichen, um – wenn möglich – eindeutig zwischen Perzeptionen und Untersuchungen zu trennen.⁶ Dieses akteurszentrierte Vorgehen dient zweierlei Zielen: Zum einen sollen damit die wesentlichen Entwicklungstendenzen und Lücken der pakistanischen Migrationsforschung aus pakistanischer Sichtweise dargestellt werden. Zum anderen lassen sich nur so die Interessen und Strategien der Öffentlichkeitsakteur*innen verstehen, die sich in einem Kontext bewegen, der auf verschiedenen Ebenen von dem vorherrschenden Wissenschaftsdiskurs der pakistanischen Migrationsfor-

⁵ Im pakistanischen Kontext konnte aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse keine Analyse von Urdu- oder Paschtu-sprachigen Quellen erfolgen. Dies stellt sich aber vor dem Hintergrund der untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, die in einem englischsprachigen Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit agieren, als kaum problematisch dar.

⁶ Allerdings muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass sich Wahrnehmungen der untersuchten Akteur*innen sowie Hintergrundinformationen gegenseitig bedingen und beeinflussen.

schung dominiert wird. Im Anschluss diskutiere ich die außerpakistanische Migrationsforschung und den Forschungsstand zum pakistanischen Mediensystem und identifiziere danach die für mein Vorhaben relevante Forschungslücke.

Pakistanische Forschung zu Migration in die arabischen Golfmonarchien

„Our research on migration is not up to date. In the 1980s we had a reasonable status of publications but even in the last 15 years you will see very few paper on migration (...) We don't have any information. In terms of awareness, interest, research or policy initiatives, I would say we are not well prepared“ (G. M. Arif, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:23:41-0#).

G. M. Arif gilt in der pakistanischen Migrationsforschung als anerkannter und renommierter Wissenschaftler, der seit den 1980er Jahren in seinen Studien die ökonomischen und sozialen Implikationen von Migration auf Pakistans Wirtschafts- und Gesellschaftssystem untersucht. Seine Reputation als Koryphäe der pakistanischen Migrationswissenschaft wird in der Fachwelt nicht in Zweifel gezogen. Umso beachtenswerter ist seine Aussage während unseres Interviews am Pakistan Institute of Development Economics (PIDE) in Islamabad, verdeutlicht aber in Bezug auf mein Forschungsfeld bereits die existierende Forschungslücke.

Aus seiner Perspektive fehlt es am grundlegenden Interesse auf Seiten der nationalen Wissenschaft und der Politik, einen umfassenden Datenkorpus zu Migration in die golfarabischen Monarchien zu erstellen sowie eine kohärente methodische Herangehensweise hinsichtlich der sozialen Implikationen von Migration zu entwickeln, wie er selbst in seiner jahrzehntelangen Forschung erfahren musste. Arif führt darüber hinaus mangelndes Interesse der Öffentlichkeit, eine dysfunktionale Wissenschaft, fehlende Ressourcen und monothe-matische Herangehensweisen an die Fragestellung als Hauptgründe für die ein-dimensionale Migrationsforschung in Pakistan an. Dabei betont er, dass sich trotz der Relevanz von Migration für die pakistanische Gesellschaft und Wirtschaft nur eine überschaubare Zahl an Wissenschaftler*innen der Migrationsforschung widme. Mit einigen von ihnen konnte ich im Rahmen meiner Feldforschung Expert*inneninterviews führen.

Arifs kritische Einschätzung bestätigte sich während meiner Teilnahme an der Konferenz „The Pakistani Diaspora: Strenghtening Linkages between Host and Home Countries“ an der renommierten Lahore School of Economics (LSE) vom 16. bis 17. Februar 2016, an der auch er als Referent teilnahm:

„Insbesondere die Möglichkeit, dort auch Einblicke in die Diskurse zu pakis-tanischer Diaspora in den USA oder Großbritannien zu gewinnen, war inte-

Einleitung

ressant und zeigt, dass auch in diesen Bereichen noch viel Forschungsbedarf besteht. Des Weiteren klang bei der Debatte um Golfmigration einhellige Kritik gegenüber den Forschungsschwerpunkten an, die sich weiterhin vor allem auf die wirtschaftlichen Rückwirkungen der Empfängerländer beschränken, während die Rolle sozialer Rücküberweisungen insbesondere in der pakistanischen Forschungslandschaft limitiert bleibt“ (Eintrag aus Forschungstagebuch, 20.02.2016).

In der Tat umfasst der Forschungsstand zu pakistanischer Migration nach der indischen Teilung 1947 und dem Ende der britischen Kolonialherrschaft vor allem Untersuchungen zu den sozio-, makro- und mikroökonomischen Aspekten. Dieser Umstand wurde auch während der Konferenz diskutiert: So wurde insbesondere auf Bildungsmigration in die USA und nach Kanada und die damit zusammenhängenden Potenziale von Investitionen und Rücküberweisungen der dortigen Diaspora-Gesellschaften eingegangen, während soziale Implikationen auf die Lebenswirklichkeiten der Migranten in den arabischen Golfmonarchien und ihren in Pakistan verbliebenen Familie nur in der anschließenden offenen Diskussion kurz thematisiert wurden. Ziel der Konferenz war es somit, das wirtschaftliche Potenzial der Diaspora außerhalb der Golfstaaten zu eruieren und Optimierungskapazitäten zu identifizieren, wie mir mehrere Organisator*innen der Konferenz bestätigten.

In den Aussagen Arifs und den beschriebenen Inhalten der besuchten Konferenz spiegeln sich übergeordnete Entwicklungstendenzen der pakistanischen Migrationsforschung wieder. Sie konzentriert sich auf vier Wellen der Auswanderung nach der Unabhängigkeit 1947: Die „erste Welle“ umfasst die Migration aus dem post-kolonialen indischen Subkontinent nach Großbritannien vor den 1980er Jahren. Die sogenannte „zweite Welle“ („Islamic connection“, vgl. Zafar 2016) pakistanischer Migration beginnt in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren (ebd.). Durch den wirtschaftlichen Modernisierungsschub in den arabischen Golfmonarchien und dem einsetzenden Ölboom entwickelten sich die VAE, Kuwait, Oman, Katar und Bahrain sowie das Königreich Saudi-Arabien zu den wichtigsten Aufnahmestationen pakistanischer Arbeitsmigration. Es folgten die „dritte Welle“ in die USA sowie eine aktuelle „vierte Welle“ pakistanischer Migration nach Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Malaysia, Indonesien, Hong Kong oder Südkorea (vgl. folgendes Unterkapitel). In den letzten Jahren lässt sich in der pakistanischen Migrationsforschung der Trend erkennen, umfassendere Untersuchungen zur Migration der dritten und vierten Welle zu erstellen. Die Datenlage gestaltet sich zwar immer noch überschaubar, dennoch konzentrieren sich pakistanische Migrationswissenschaftler*innen verstärkt auf die Diasporagesellschaften in den USA, Europa, Kanada oder Australien. Dort befinden sich die höhergebildeten Diasporagesellschaften, die aus wirtschaftlicher Perspektive das höchste Re-Investitionspotenzial darstel-

len: Sie verfügen über das notwendige Kapital, die pakistanische Wirtschaft entwickeln zu können, wie mir von führenden Migrationswissenschaftlern bestätigt wurde (vgl. ZAF_LAH, Interview, Lahore, 26.01.2016, #00:06:35–6#).

Im Gegensatz dazu fehlt es den Diasporagesellschaften in den arabischen Golfmonarchien zumeist an Ressourcen; strategische Investitionen in Infrastruktur oder Bildungseinrichtungen finden deswegen kaum statt. Darauf ist die pakistanische Regierung jedoch prioritär angewiesen, um den defizitären Staatshaushalt auszugleichen. Als Konsequenz bleibt das Forschungsinteresse an golfarabischer Migration limitiert, da aufgrund der wirtschaftlichen Zwänge eher ein Fokus auf „lukrativere“ Migrationsströme gelegt wird.

Für meinen Forschungskontext spielt allerdings diese „zweite Welle“ in die arabischen Golfmonarchien die entscheidende Rolle. Diese wird in einer recht umfangreichen Literatur in den späten 1970er und 1980er Jahren reflektiert, die in Pakistan maßgeblich von G. M. Arif und einigen seiner Forscherkolleg*innen wie Rashid Amjad, Muhammad Irfan und Ijaz Gilani geprägt wurde und noch immer wird. Darin konzentrieren sie sich wie bereits angedeutet zumeist auf ökonomische Phänomene wie die Bedeutung der Rücküberweisungen für das Entsendeland Pakistan (vgl. Amjad et al. 2016).⁷ Bei diesen Arbeiten handelt es sich allerdings zumeist um die Auswertung quantitativer Daten, die weder die demographische Struktur noch die individuellen Lebenswirklichkeiten vor Ort erfassen. Außerhalb der Migrationswissenschaften liegen keine umfassenden Studien und Forschungsergebnisse zu Initiativen pakistanischer Community-Gesellschaften, zur Nutzung elektronischer und neuer Medien oder zu transnationalen und -kulturellen Netzwerken mit anderen südasiatischen Communities bzw. der Mehrheitsgesellschaft von pakistanischen Autor*innen vor.

Die Konzentration auf sozioökonomische Aspekte der Migration und die verstärkte Fokussierung auf „profitablere“ Empfängerstaaten verdeutlicht, wie dominant der wirtschaftliche Nutzwert von Migration in der pakistanischen Forschung bewertet wird. Diese Schwerpunktsetzung spiegelt grundlegende Charakteristika und Ausformungsstrukturen der von mir untersuchten öffentlichen Arena zu Migration wider, indem die wissenschaftliche Debatte Interessen der politischen Sprecher*innen zu Migration repliziert: Die pakistanische Migrationsforschung reagiert auf politische und ökonomische Zwänge und Forderungen, welche die institutionellen, finanziellen und intellektuellen Kapazitäten der nationalen Wissenschaft mitbestimmen und Anreize für migrationsrelevante Forschung in diesen Bereichen setzen, während Forschung zu den sozialen Implikationen von Migration weitgehend vernachlässigt wird. Dieser innerpakistanische Wissenschaftsdiskurs um Migration bildet den nationalen

⁷ Eine kontextbezogene Analyse des Forschungsstandes findet sich in [Kapitel 6](#).

Referenzrahmen der von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, da er letzteren häufig als Wissensgrundlage dient, um ihr Engagement zu Migration vorzubereiten und informativ zu begleiten. Deswegen muss der limitierte Forschungsstand mitberücksichtigt werden, um im weiteren Verlauf die Wirkweisen der untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen verstehen zu können.

Internationaler Forschungsstand zu südasiatischer Migration in die arabischen Golfmonarchien

Auffällig ist jedoch, dass sich ähnliche Tendenzen auch in der internationalen Forschung zu pakistanischer Migration erkennen lassen, da sie ebenfalls die sozioökonomischen und politischen Auswirkungen von pakistanischer bzw. asiatischer Migration in die arabischen Golfmonarchien diskutiert, wie u. a. Koshri konstatiert: „As a result, the study of the South Asian diaspora is under-theorized, even though the South Asian diaspora is one of the oldest, largest, and most geographically diverse“ (Koshri 2008: 2). Ein Schwerpunkt liegt vor allem auf den Wellen pakistanischer Migration nach Großbritannien (vgl. Clarke et al. 1990; Peach 1994; Anwar 1998; Werbner 1994; Werbner 1990; Tinker 1977) und nach Nordamerika (vgl. Mohammad-Arif 2009; Rai und Reeves 2009; Rana 2009). In Bezug auf Großbritannien thematisieren Autor*innen wie Clarke et al. (1990) die sozioökonomischen Motivationen für die post-koloniale Migration nach Großbritannien („colonial diaspora“, vgl. Zareefa 2016), da nach dem Zweiten Weltkrieg bevorzugt kostengünstige Arbeitskräfte aus den ehemaligen Kolonien angeworben wurden, um in der Industrie oder dem Dienstleistungssektor zu arbeiten und sich eine Kettenmigration entwickelte, wie Vertovec (2008: 98) ausführt. Diese Einwanderung habe auch aus nicht-asiatischen Kolonien eingesetzt, wie Anwar (1998: 6f.) darlegt, was vor allem für einstmals in Uganda, Malawi und Kenia sowie in Trinidad und Guyana lebende Asiat*innen galt. So entstanden Rediaspora-Gemeinschaften (vgl. Koshri 2008: 8). Gleichzeitig verfügt die Auswanderung von Arbeitskräften aus Südasien nach Großbritannien über eine lange Tradition, sodass diese Kettenmigration transnationalen Austausch etabliert hat. Koshri beschäftigt sich in ihrer Forschung vor allem mit der Entwicklung neuer identitärer Strukturen der pakistanischen Diaspora in Großbritannien und konstatiert eine polymorphe Formation von Identitäten (vgl. Koshri 2008: 14). Die religiöse Identität der „britischen Muslime“ (vgl. Hase 2002: 39) wird in der Literatur ebenso kontrovers diskutiert wie die gesellschaftliche und soziale Marginalisierung und Diskriminierung der nachfolgenden in Großbritannien geborenen Generationen:

„Islam is reviving as resistance to social exclusion for the second-generation male immigrants, or to overcome the male-centred gender perceptions in their communities for the second-generation female immigrants” (Hase 2002: 77).

Darüber hinaus konzentriert sich die internationale Migrationswissenschaft seit den 1960er Jahren auf die gut ausgebildete pakistanische Diasporagemeinschaft in den USA (vgl. Clarke et al. 1990: 168), die bereits auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurückgeführt werden kann, als Bewohner*innen des Punjabs in die USA und nach Kanada emigrierten (Mohammad-Arif 2009). Derzeit soll die pakistanische US-Diaspora etwa 453.000 Auswander*innen umfassen (vgl. Migration Policy Institute 2015) und damit nur etwa ein Viertel im Vergleich zu den in Saudi-Arabien lebenden Migranten. Da Großbritannien die Einreisebestimmungen beschränkte, wurden die USA zu einem beliebten Empfängerland, was auch das Profil der Migrant*innen änderte: So kamen in den 1980er Jahren vermehrt weniger qualifizierte Arbeitskräfte als zuvor (vgl. Mohammad-Arif 2009: 323). Dennoch lag das Durchschnittseinkommen pakistanisch-amerikanischer Arbeitnehmer*innen mit 63.000 US-Dollar deutlich über dem US-amerikanischen Mittelwert (vgl. Kugelman 2016). Dies änderte sich jedoch nach den Anschlägen vom 11. September 2001, wie u. a. Junaid darlegt: „Behind this mask of certainty of the US state, a veil of xenophobia has fuelled an anti-immigrant racism against Pakistanis (...)” (2009: 57). Neben Untersuchungen zu erlebter Diskriminierung konzentriert sich ein Teil der Diasporaforschung auf die bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen transnationalen Verbindungen in ihr Heimatland in Form von finanziellen und sozialen Rücküberweisungen, medialen Netzwerken und politischem sowie karitativem Engagement (vgl. Kugelman 2016).

Im Gegensatz zu Arbeiten zu pakistanischen Communities in Großbritannien oder in den USA wird die sozialwissenschaftliche Analyse der Diasporagemeinschaften in den arabischen Golfmonarchien vernachlässigt, was sich u. a. bei Guisinger 1984; Nishat/Bilgrami 1991; Burney 1987; Burki 1991; El-Shagi 1985; Birks/Sinclair 1972; Secombe 1985; Nagi 1986 und Chalcraft 2012 widerspiegelt. Das liegt zum einen an dem komplizierten Forschungskontext in den arabischen Golfmonarchien und unzureichenden Datensätzen, zum anderen an der Struktur der lokalen Migrationspolitik und der Migranten, die über weniger Möglichkeiten verfügen, eine „Diaspora“ (vgl. Koshri 2008) zu entwickeln als in westlichen Aufnahmestaaten. Diese Leerstelle wurde bereits von Beaugé und Bendiab (1987: 25–29; vgl. auch Sabagh 1990 und Russell 1990) in den 1980er Jahren kritisiert, da oftmals kaum überprüfbare Daten verwendet werden und anthropologische sowie soziologische Feldforschungsansätze vernachlässigt worden seien. Ähnliche Kritik äußert auch Vora:

„These studies focus mostly on remittances and return migration and the changes they produce in household structures, employment, and village wealth. (...) When these studies focus on the daily lives of migrants in the Gulf, they are interested in saving and remittance strategies, labor exploitation, and other aspects on migration as driven by economic globalization, rather than in social networks and forms of belonging within host countries” (Vora 2013: 11).

Diese Betrachtungsweise verhindere einen differenzierteren Blick auf Migration und „removes possibilities of community formation, political agency, cultural hybridity, emotional attachment, consumption, leisure activity, and other forms of belonging from South Asian experiences in the Gulf” (ebd.).

In Bezug auf die Entsendestaaten lag ein Schwerpunkt der Migrationsforschung auf Indonesien (vgl. Cremer 1988), Indien (vgl. Vora 2013) oder Sri Lanka (vgl. Eelens et al. 1992), während die internationale Migrationsforschung zu Pakistan außerhalb der nationalen wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung marginal blieb. Auch vor dem Hintergrund dieser Kritik kann die Arbeit des Soziologen John Addleton (1992) im Zusammenhang mit der pakistanischen Migrationsdebatte als wegweisend erachtet werden, der sich explizit den Motivationen und sozialen Implikationen pakistanischer Arbeitsmigration widmete, ohne jedoch die wirtschaftlichen Auswirkungen zu vernachlässigen.

In Bezug auf die golfarabischen Aufnahmestaaten folgt erst 1997 mit der Arbeit von Longva eine auf Feldforschung beruhende Arbeit zu asiatischer Migration in Kuwait. Darin widmet sie sich den Beziehungen zwischen kuwaitischer und nicht-kuwaitischer Bevölkerung und diskutiert Fragen nach politischer Teilhabe, Integration und Exklusion. Seitdem ist die immer noch breite Literatur zur wirtschaftlichen Dimension der Migration durch soziologische, ethnologische und politikwissenschaftliche Arbeiten erweitert worden, die die Lebenswelten von Migranten thematisieren, auf empirischer Feldforschung beruhen und Fragen nach individueller und kollektiver Identität durch transkulturelle Migration, nationaler Zugehörigkeit und der Frage von Einbürgerung (vgl. Fargues 2011; Longva 2000), dem Gefühl der Überfremdung der Aufnahmegesellschaft, sich transformierenden Vorstellungen von Heimat und Nation, sicherheitspolitischen Erwägungen (vgl. Thiollet 2011a) und Migrationserfahrungen beantworten wollen (vgl. Winckler 2000; Gardner 2012; Okruhlik 1999). Insbesondere Themen der strukturellen Gewalt (Amnesty International 2016; Martin 2012; Human Rights Watch 2006; Buckley 2013: 265), der inoffiziellen und kriminellen Rekrutierungsprozesse (Breeding 2012; Juredini 2016; Agunias 2010; Agunia 2012; Abella 2004), illegaler Migration (vgl. Fargues/Shah 2017), inoffizieller Rücküberweisungskanäle in Form von *hawāla* bzw. *hundi* (vgl. Ballard 1988; Ballard 2010; Martin 2012), der prekären Arbeitsbedingungen für weibliche Hausangestellte (vgl. Nagy 1998; Gamburd 2010), Genderaspekte von

Migration (vgl. Leonard 2002; Shah 2004; Timothy/Sasikumar 2012), der Migrationspolitik in Entsende- wie Empfängerstaaten (vgl. Fargues und Shah 2018; Jan 2010) sowie der asymmetrischen Machtverhältnisse durch das *Kafāla*-System (vgl. Longva 1999; Maysa 2014; Salazar Parreñas 2005 und 2008) und Reformbemühungen (vgl. Diop et al. 2018; Diop et al. 2015) haben an Bedeutung in der Forschung gewonnen.

Aus historischer Perspektive konzentrieren sich einige Arbeiten auf den Anstieg der Arbeitsmigranten in den arabischen Golfmonarchien nach dem Beginn der Ölförderung (vgl. Secombe und Lawless 1986). Zeitgenössische ethnologische Forschung untersucht anhand von Diaspora-Gemeinschaften in zunehmendem Maße neue Formen der Inklusion, Integration und Interaktion sowie translokale Auswirkungen von Süd-Süd-Migration und versucht, die bestehenden Stereotype von Container-Denken und territorialisierter Nationalstaatlichkeit am Beispiel südasiatischer Migration in die golfarabischen Monarchien aufzubrechen und zu dekonstruieren. Für diesen Forschungszweig steht exemplarisch Vora (2013), die zu indischen Händlern in Dubai arbeitet und konstatiert:

„Indian merchant narratives in the Gulf may reflect emergent modes of transnational citizenship that rely on territorially oriented nationalisms but simultaneously reify as well as challenge the limits of geographic spaces, the distinctions between liberal and illiberal states, and our contemporary understandings of what constitutes ‘freedom’ and belonging. Middle-class Indians participated in similar rhetorics and practices, but their emergent forms of belonging and politicization in the Gulf also produced forms of substantive citizenship that diverged from and challenged those of elite expatriates and business owners” (Vora 2013: 116).

Ein wesentlicher Teil dieser Forschung konzentriert sich neben den VAE (vgl. Dresch 2005; Ali 2010; Khalaf und Alkobaisi 1999; Vora 2008; Woller 2014; Davidson 2005; Chris 2007; Sabban 1996) auf Kuwait (vgl. Longva 2005; Crystal 2005) sowie in geringerem Maße auf Bahrain (vgl. Gardner 2008; Gardner 2010; Strobl 2009) und Oman (vgl. Deffner/Pfaffenbach 2011; Winckler 2000; Valeri 2013). Neben asiatischer Migration konzentrieren sich einige Forschungsarbeiten auf die sozialen, politischen und sozioökonomischen Hintergründe innerarabischer Migration. Auch hier liegt allerdings der Fokus auf den kleineren Golfstaaten (Babar 2017; Alajmi 2017; Ridge et al. 2017), während sich nur wenige Migrationswissenschaftler*innen Saudi-Arabien widmen (vgl. Cook/Newson 2017).

„Gründe dafür mögen die bis vor wenigen Jahren relative Verschlossenheit des Landes, unattraktive Aufenthaltsbedingungen und mangelnde wissen-

schaftliche Netzwerke, aber auch forschungspraktische Probleme sein, die mit mangelnder Wissenschaftsfreiheit verknüpft sind“ (Dehne 2011: 10).⁸

Darstellungen zu migrantischen Lebenswelten und Alltagspraktiken, zu Inklusion, Integration und Repräsentation, zur Bildung von transkulturellen Netzwerken im Königreich sowie Arbeiten über mediale Repräsentation von Migranten in der saudischen Öffentlichkeit oder zu Möglichkeiten der Selbstorganisation trotz des Gewerkschafts- und Parteienverbots finden sich nur wenige (vgl. Vora 2013, Al-Rasheed 2005; Al-Sayegh 1998; Allen 1981; Khalaf und Al Kobaisi 1999; Leonard 2002; Leonard 2003; Nagy 2006; Nagy 1998). Nach meinem Wissensstand liegt darüber hinaus keine umfassende ethnographisch-soziologische Arbeit zu pakistanischer Migration in Saudi-Arabien vor, was die oben bereits beschriebene Forschungslücke nochmals verdeutlicht, während sozialwissenschaftliche Forschung zu anderen Migrant*innengruppen aus Indonesien, Bangladesch und den Philippinen durchaus existiert (vgl. Silvey 2008; Silvey 2005; Rahman 2011a; Johnson 2010; Diederich 1995).

Ein breiter geschichtswissenschaftlicher Forschungszweig rekurriert auf die historische Konstante von südasiatischer Migration auf Basis der sich vor und während der Kolonialzeit entwickelnden Auswanderungsnetzwerke. Darin wird vor allem darüber diskutiert, ob es sich beim *Indentured Labor*-System während der britischen Kolonialzeit um die Fortsetzung der Sklaverei unter anderen Vorzeichen gehandelt habe, da weiterhin ähnliche Abhängigkeitsverhältnisse wie zuvor fortbestanden (vgl. Tinker 1974), während daneben aber ebenso die freiwillige Dimension der Auswanderungsmotivationen betont wird (Vgl. Campbell 2005: 13; Northrup 1995). Darüber hinaus existiert ein fundierter Einblick in die geschlechterspezifische Dimension von Migration während der britischen Kolonialzeit (vgl. Peach 1994; Kale 1995), zu den Solidarisierungs- und Abgrenzungsprozessen innerhalb der Migrantengesellschaften und deren Einfluss auf die jeweiligen Aufnahmegesellschaften (vgl. Kale 1995; Mishra 1979; Birbalsingh 1989; Khan 1995; Schwartz 1967) und zu muslimischer Migration (vgl. Bose 2006; Khan 1995; Ghosh 2007).

Die Übersicht über den Forschungsstand auf internationaler Ebene zeigt, dass ähnliche Lücken existieren wie im pakistanischen Kontext. Zwar sind in den letzten Jahren wissenschaftliche Arbeiten entstanden, die zeitgenössische ethnographische, soziologische und regionalwissenschaftliche Fragestellungen zur Lebenswirklichkeit von asiatischen Migranten in den golfarabischen Monarchien beantworten wollen und sich eines breiteren Spektrums an methodologischer und disziplinärer Ansätze bedienen. Diese Forschung findet bislang

⁸ Er verweist in seiner Arbeit auf Aussagen in Gardner (2010: 8) und Silvey (2008: 283).

jedoch fast ausschließlich zu den kleineren arabischen Golfstaaten statt, während Saudi-Arabien als wichtigstes Empfängerland kaum untersucht wird. Diesem Umstand muss das Forschungsvorhaben Rechnung tragen.

Das pakistanische Mediensystem in der Forschung

Da sich das Forschungsvorhaben an der Schnittstelle zwischen Migrations-, Sozial- und Kommunikationswissenschaften verortet, dient der Überblick zum Forschungsstand hinsichtlich des pakistanischen Mediensystems dazu, dieses zu definieren, zu konkretisieren und zu systematisieren. In weiten Teilen der Forschung wird das pakistanische Mediensystem als hybrides Konstrukt beschrieben, welches sich in einem konstanten Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und Diktatur (vgl. Michaelsen 2011; Hanan et al. 2016; Chengappa 1999), Liberalisierung und Repression, Medienkontrolle und Pressefreiheit sowie Kommerzialisierung und Kritik befindet (vgl. Hassan 2011). Trotz einer langen Entwicklungsgeschichte traditioneller Medien, die bereits während der Kolonialzeit entstanden (vgl. Long 2009: 407; Niazi 2010: 55–58), wurden nach der Gründung Pakistans 1947 die Medien vor allem während der Militärdiktaturen kontrolliert und eingeschränkt (vgl. Shuja 2008) bzw. instrumentalisiert: Mediennutzung, -kontrolle und -besitz wurden zu integralen Bestandteilen des nationalistischen Projekts auf der Suche nach einer pakistanischen Identität (vgl. Mezzera/Sial 2010) und sind durch linguale Diversität geprägt. Somit gerieten die pakistanischen Medien häufig in Konflikt mit staatlichen und vom Staat kooptierten Akteur*innen und wurden rechtlich limitiert sowie politisch marginalisiert (vgl. Talbot 1998).⁹ Dennoch konnten sich systemkritische Medien immer wieder behaupten, sodass das pakistanische Mediensystem in seiner Entwicklung als durchaus heterogen, pluralistisch und meinungsdivers beschrieben wird (Siraj 2009). Die Pressefreiheit einschränkende Gesetze und darauffolgende Proteste von einflussreichen Herausgebern (Khan/Joseph 2008; Rawan 2000: 333–335) zeichnen ein widersprüchliches und bewegtes Bild der Entwicklung der pakistanischen Mediengeschichte seit 1947. Die erste wesentliche Arbeit zur pakistanischen Presse legte Niazi (1986) vor. Darin beschreibt er Pressezensurkampagnen bis zur Präsidentschaft Muhammad Ayub Khans (reg. 1958–1969). Auch Niazis weitere Arbeiten (1992; 1994) widmen sich dem Verhältnis zwischen Staat und Militär zu den Medien. Ähnliche Ambiguitäten und Ambivalenzen des pakistanischen Mediensystems werden in den meisten relevanten medienhistorischen und sozialwissenschaftlichen

⁹ Eine kontextualisierende Analyse des Forschungsstandes findet sich in [Kapitel 7](#).

Arbeiten diskutiert (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013). Politische Entwicklungen beeinflussen dabei immer wieder den Grad der Pressefreiheit und die Situation pakistanischer Öffentlichkeitsakteur*innen: So wurde nach der Abspaltung Bangladeschs 1971 (vgl. Napoli 1991) ebenso die Pressekontrolle verschärft wie während der Regierungszeit Zia ul-Haqs von 1980–1988 (vgl. Kreuzmann 2002). In all diesen Phasen bestand ein hoher Abhängigkeitsgrad der Medien zu staatlichen Akteur*innen auf rechtlicher, politischer aber auch kommerzieller Ebene (vgl. Khan 2003), wie auch schon von Siddiqui ausgeführt wurde.¹⁰

In den letzten Jahren wird in der Forschung zunehmend die Bedeutung, Reichweite und Deutungshoheit digitaler Medien (vgl. Michaelsen 2011), Satellitensender (vgl. Barraclough 2001) und sozialer Netzwerke in Pakistan diskutiert (vgl. Yusuf 2013). Während hierbei in den meisten Arbeiten konstatiert wird, dass sich im regionalen Vergleich zwar nur schrittweise eine digitale Öffentlichkeit konstituiere, die im Internet und sozialen Medien neue Diskussionsräume erschließe, wird dennoch in diesem Feld das größte Potenzial für zukünftige Sichtbarkeit von neuen medialen Akteur*innen und ihren Agenden verortet. So verweisen bestimmte Forschungsarbeiten auf eine digitale Protestkultur während des Anwaltsaufstandes 2007 und sehen darin einen sich konstituierenden Epochenwandel für das pakistanische Mediensystem (Yousaf et al. 2012). Es wird die These formuliert, dass bislang benachteiligte soziale Gruppen wie religiöse oder ethnische Minderheiten über „Bürgerjournalismus“ (Michaelsen 2013) und die Nutzung digitaler Medien sichtbar werden könnten (vgl. Shim et al. 2015), wenngleich die „participation gap“ mediale Öffentlichkeit bestimmter Akteur*innen mehr verhindere als der vorhandene „digital gap“ (vgl. Yusuf 2009). „Participants in online debates belong to a restricted information elite, and come mostly from the middle classes“ (Michaelsen 2013: 168). Einerseits könnten „neue Medien“ (vgl. Rice 1999; Miles et al. 1997; Peters 2009) Protestkulturen, Aktivismus, die Sichtbarmachung von zuvor negierten und tabuisierten gesellschaftlichen und politischen Themen und soziale Mobilisierung fördern (vgl. Eijaz 2013), andererseits werden sie auch zunehmend von den staatlichen Eliten kooptiert, zensiert und als Kommunikationskanäle instrumentalisiert (Kugelmann 2012). Allerdings bestehen bislang keine qualitativen bzw. empirischen Forschungsarbeiten zur Erschließung gegenöffentlicher Potenziale im digitalen Raum im Hinblick auf die Thematisierung von kritischen Aspekten zu Migration.

Die mediale Repräsentation von pakistanischen Migranten oder Diasporagemeinschaften auf transnationaler und -kultureller Ebene wird in der Literatur kaum diskutiert. Zwar verweisen einige Arbeiten auf die durch die sozialen

¹⁰ Eine kontextualisierende Analyse des Forschungsstandes findet sich in [Kapitel 7](#).

Medien gestiegenen Potenziale der Diaspora, in der pakistanischen Medienöffentlichkeit sichtbar und damit durch „Cyber-Aktivismus“ (Zia 2012: 16) selbst zu Öffentlichkeitsakteur*innen zu werden, doch spielen diese Beobachtungen in der Forschung zum pakistanischen Mediensystem nur eine marginale Rolle. Außerdem beziehen sie sich auf die Diasporas in den USA, Kanada oder Großbritannien, äußern sich aber nicht zur medialen Teilhabe in den arabischen Golfmonarchien bzw. Saudi-Arabien (vgl. Santa Ana 2013; Bloemraad et al. 2015; Benson 2013; Entman/Rojecki 2000; Chavez 2011; Zilber/Niven 2000; Merolla et al. 2012), denn: „Visibility in the media, agenda-setting and framing are of obvious interest to scholars of migrants and minorities, but these topics have been insufficiently explored to date“ (Bleich et al 2015: 860). Neben vereinzelt Darstellungen von Migration in arabischsprachigen Medien in den VAE (vgl. Falk 2016; Moors et al. 2009) oder in Indonesien (Diederich 1995) liegt allerdings weder eine Diskursanalyse zu medialer Berichterstattung über Migration in pakistanischen Medien noch zu entsprechender medialer Sichtbarkeit der pakistanischen Diaspora in den arabischen Golfmonarchien vor. Weiterhin werden in den erwähnten Arbeiten die migrationszentrierten Aktivitäten zivilgesellschaftlicher und internationaler Initiativen zu ihren Medienstrategien und -praktiken im Umgang mit Migration nicht erwähnt oder analysiert. Autor*innen einiger politikberatender Studien und Analysen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und internationalen Akteur*innen weisen in ihren abschließenden Politikempfehlungen zwar darauf hin, die mediale Sichtbarkeit von Migration erhöhen zu müssen, um die Schutzverantwortung des pakistanischen Staates zu verbessern und eine differenziertere Diskussion über strukturelle Gewalt gegen Migranten zu fördern (vgl. u. a. ILO 2016c; Kapiszewski 2006; Jan 2010). Diese Empfehlungen identifizieren jedoch weder konkrete mediale Akteur*innen, noch formulieren sie konzise Schritte für eine zu implementierende Medienstrategie. Gleiches gilt für die von mir untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen, die in ihren Publikationen oder auf ihren jeweiligen Homepages nur selten Aussagen zu ihrer Medienstrategie treffen, sondern diese nur im Rahmen meiner geführten Experteninterviews darlegen (vgl. Kapitel 8).

Dieser Überblick verdeutlicht, dass die Forschungsdiskussion um die Entwicklung des pakistanischen Mediensystems signifikante Lücken aufweist und somit eine wissenschaftliche Verortung der von mir untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen nur begrenzt möglich ist, da ein Korpus zu medialer Sichtbarmachung von pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien bislang fehlt. Mein Forschungsvorhaben trägt deswegen dazu bei, eine bestehende Forschungslücke zu schließen, indem anhand der sich wandelnden medialen Diskussion um Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien untersucht wird, wie

sich das pakistanische Mediensystem wandelt und wie neue Akteur*innen über welche Strategien und Praktiken zu dieser Veränderung beitragen.

Fragestellungen

Die Untersuchung widmet sich der wesentlichen Fragestellung, welche Praktiken und Strategien neue Öffentlichkeitsakteur*innen in Pakistan aus welchen Motiven nutzen, um kritische Sichtbarkeit zu Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien herzustellen. Es soll aufgezeigt werden, aus welcher Motivation und mit welchen Strategien diese Akteur*innen Zugang zur Teilöffentlichkeit zu Migration erhalten, welche Themen sie dort wie verhandeln wollen und wie sie agieren müssen, um Zutritt zu dieser öffentlichen Arena zu erlangen. Somit dient die Arbeit dazu, ein kommunikationswissenschaftliches Feld zu eröffnen, welches bisher kaum oder gar nicht berücksichtigt wurde, wenn Migration im Süd-Süd-Kontext diskutiert wurde. Daraus leiten sich weitere Forschungsfragen ab:

- In welchem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontext müssen sich die neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen behaupten, um kritische Öffentlichkeit zu Migration herstellen zu können?
- Inwieweit tragen die Besonderheiten des pakistanischen Mediensystems dazu bei, das Phänomen Migration nach Saudi-Arabien sicht- oder unsichtbar werden zu lassen und Öffentlichkeit in diesem Bereich zu erweitern?
- Welche Inhalte und Anliegen wollen die von mir untersuchten Akteur*innen aus welchen Motiven und Interessen mit welchen Mitteln in die Öffentlichkeit bringen?
- Welche Auswirkungen hat diese mediale Sichtbarmachung von Migration für das pakistanische Mediensystem und den damit verbundenen Teilbereich von Öffentlichkeit?
- Wandeln sich durch die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen Teilbereiche von pakistanischer Öffentlichkeit, werden auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene durchlässiger und konstituieren somit eine neue Arena von pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration?
- Leisten die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen durch ihr Engagement einen Beitrag zur Diversifizierung und Entgrenzung der pakistanischen Medienöffentlichkeit zu Migration nach Saudi-Arabien und können somit als Träger*innen eines medialen Wandels bezeichnet werden?

Aufbau der Arbeit und forschungsanleitende Annahmen

Um diese Fragen zu beantworten, wird in dem nachfolgenden [ersten Kapitel](#) das forschungsrelevante Phänomen pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien kontextualisiert, indem historische Entwicklungslinien aufgezeigt werden. Es werden Spezifika der pakistanischen Migration nach Saudi-Arabien aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Perspektive aufgezeigt, die seit Jahrzehnten Interessen, Motive und Probleme der Migranten und anderer Akteur*innen dominieren und gleichzeitig einem steten Wandel unterliegen.

In [Kapitel 2](#) werden bestehende Konzepte zu Öffentlichkeit, Mediensystem und Arenenbildung aus kritischer Perspektive am Beispiel Pakistan diskutiert, um damit den theoretischen Rahmen für die empirische Datenanalyse zu bilden. Hierbei wird auch das Konzept zu digitaler Gegenöffentlichkeit vorgestellt, um es im Hinblick auf die von mir untersuchten Akteur*innen zu diskutieren und zu problematisieren.

Das [dritte Kapitel](#) beschäftigt sich mit der zugrunde liegenden Methodologie der Forschungsarbeit. Die Auswertung der erhobenen empirischen Daten erfolgte nach dem Forschungsstil der GT, die bezüglich der Fragestellungen und des Forschungsfeldes konzeptionalisiert wird. Weiterhin werden das daraus für den Forschungskontext entwickelte Auswertungsverfahren sowie meine Rolle innerhalb des Forschungsfeldes, mein Zugang zum Feld und daraus entstehende Probleme thematisiert und diskutiert.

In [Kapitel 4](#) werden die neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen und ihre Tätigkeitsprofile eingeführt, ehe im ersten empirischen Kapitel (5.) die Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan unter Berücksichtigung der akteurszentrierten Perspektiven diskutiert wird. In [Kapitel 6](#) wird auf die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, religiösen und sozialen Auswirkungen von Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien auf Migranten und ihre Familien sowie auf Entsende- und Aufnahmegesellschaften eingegangen. Es folgt in [Kapitel 7](#) die kritische Diskussion über die Grundzüge des pakistanischen Mediensystems aus einer akteurszentrierten Perspektive. In diesen ersten drei empirischen Kapiteln wird die Rahmung des Teilbereichs der pakistanischen Öffentlichkeit präsentiert, in der sich die von mir untersuchten Akteur*innen verorten und die ihre Interessen, Praktiken und Strategien zu öffentlicher Sichtbarmachung von Migration beeinflussen, die im finalen empirischen [Kapitel 8](#) untersucht werden. [Kapitel 5 bis 8](#) umfassen somit die Auswertung und Präsentation des empirischen Datenmaterials. Sie enden mit kurzen Zwischenanalysen, die thematisch zum nachfolgenden Kapitel überleiten. Es folgt in der Schlussbetrachtung die theoriebasierte Interpretation der ausgewerteten Daten vor dem Hintergrund und in argumentativer Relation zu den

theoretischen Konzepten sowie ein Ausblick auf mögliche weiterführende Forschung.

Mein Forschungsvorhaben will anhand dieser oben beschriebenen inhaltlichen Schwerpunktsetzung aufzeigen, warum Akteur*innen wie Khalli Walli bislang in Pakistan nicht sichtbar wurden und wie die von mir untersuchten neuen Akteur*innen einen medialen Wandel vorantreiben, der diese Unsichtbarkeit aufheben möchte. Wie und ob ihnen das gelingt, welche Herausforderungen sie meistern müssen und welche Grenzen ihrem medialen Engagement gesetzt werden, wird in der Arbeit wissenschaftlich diskutiert. Um sich der Deutungshoheit einflussreicher Gatekeeper*innen entgegenzustellen, werden neue Medienpraktiken und -strategien entwickelt und zunehmend umgesetzt, um die öffentliche Diskussion um Migration zu diversifizieren. Gleichzeitig wollen sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen von den traditionellen Sprecher*innen emanzipieren, laufen aber immer wieder Gefahr, von ihnen kooperiert zu werden, was die Sichtbarkeit von Migration beeinträchtigt.

Die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen agieren in einem englischsprachigen Teilbereich und adressieren damit ein hauptsächlich urbanes und höher gebildetes Publikum, während die Sichtbarmachung von Migration in Urdu-sprachigen Medien von ihnen vernachlässigt wird, was ihre breitenwirksame Deutungshoheit und Sendewirkung reduziert. Da sie sich also zumeist an englischsprachige Multiplikatoren einer elitenzentrierten Öffentlichkeit wenden, reden sie häufig *über*, aber nicht *mit* den Migranten. Dabei könnten sie dazu beitragen, die Migranten selbst zu Sprechern aufsteigen zu lassen, damit diese selbst ihre Anliegen öffentlich artikulieren könnten. Dieser Schritt fehlt bislang, was auch an dem komplexen und schwierigen Umfeld liegt, in dem die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen agieren müssen. Somit tragen sie kaum dazu bei, dass ein neuer translokaler Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit zu Migration entstehen kann – sie bleiben im nationalen Kontext verhaftet. Dass die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen dabei ihr Potenzial noch nicht ausschöpfen, wird ebenfalls herausgearbeitet. Dies verschließt ihnen den Zugang zu translokalen Arenen und verortet sie ausschließlich in nationalstaatlichen Containern.

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch das Unwissen pakistanischer Öffentlichkeitsakteur*innen über Khalli Walli erklären. So reagiert Taha Siddiqui irritiert auf den Umstand, dass die Mitglieder der Gruppe vom Generaldirektor der saudischen Passabteilung im Mai 2014 für ihr Engagement sogar mit einer Auszeichnung geehrt wurden, und im Rahmen des populären saudischen Kulturfestivals al-Ġanādrīya 100 Exemplare des Clips an die anwesenden Besucher*innen verteilt worden seien (vgl. Hassan, 02.05.2014): „This is beyond my imagination. It’s unbelievable. I always thought that the Saudi state is so repressive that such videos won’t have the chance to get published” (Taha Sid-

diqui, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:06:04–3#). Er vermutete stattdessen, dass sie verhaftet oder ausgewiesen hätten werden müssen. Auch diese Anekdote zeigt, dass trotz aller Bemühungen der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen noch Potenzial besteht, in einem translokalen Kontext sichtbar zu werden, andere Akteur*innen wahrzunehmen und Migration medial aushandeln zu können.

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

“It became an enormous human drama affecting hundreds of thousands of families. Their combined hopes, dreams and experiences came to reflect to a certain extent the hopes, dreams and experiences of society as a whole. (...) For some, migration strengthened family ties and traditional ways of thinking. For others the migration experience led to a complete break with the past. (...) Families left behind may have owned more consumer goods, lived in better houses, and enjoyed better diets. But they also experienced long separation and at least a temporary break in family ties. Throughout much of the 1970s and 1980s, as many as a million wives were separated from their husbands for long periods of times. Many more children were growing up without fathers (...).”
(Addleton 1992: 155f.)

Ziel dieses Kapitels ist es, eine inhaltlich-historische Rahmung für die folgende theoretische Konzeptionalisierung und die empirische Analyse zu schaffen. Eine solche einordnende Rahmung erlaubt die Verortung der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen. Sie rekurrieren auf historische Aspekte, die im Folgenden aufgearbeitet werden. Über die Positionierung der einzelnen Akteur*innen hinaus entfaltet der historische Kontext bis heute Deutungskräfte und Wirkmächte. Ohne das Wissen um diese historischen Entwicklungen, die zeitgenössische Netzwerke, Problemfelder und Konfliktlinien konstituieren, lassen sich die anschließenden empirischen Untersuchungen daher nicht umfassend verstehen.

Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien stellt eine historische Konstante dar, die unter bestimmten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen entstanden ist und bis heute fort dauert.¹¹ Um dies zu kontextualisieren, wird in 1.1 auf die historische Entwicklung von Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien eingegangen, die auch vor dem Hintergrund der staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung forciert wurde. Im Anschluss (1.2) werden die

¹¹ In diesem Kapitel beziehe ich mich auf den Forschungsstand zur innenpolitischen und gesellschaftlichen Historiographie des Königreichs seit seiner Gründung im Jahr 1932 und dem Beginn der organisierten Einwanderungspolitik.

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Motive und Hintergründe der anwachsenden Rekrutierung asiatischer Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien analysiert, bevor in 1.3 ihre Bedeutung und Herausforderungen für den saudischen Arbeitsmarkt kontextualisiert werden.

1.1 Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien vor dem Hintergrund sozioökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen

Im Vorfeld der Staatsgründung des Königreichs Saudi-Arabien im Jahr 1932 vereinte König ‘Abd al-‘Azīz b. Āl Sa’ūd (reg. 1932–1953) die miteinander konkurrierenden Stammeskonföderationen der unterschiedlichen Landesteile und begann, einen staatlichen Verwaltungsapparat aufzubauen (vgl. Al-Rasheed 2002; Vassiliev 2000). Dafür benötigte er ausländische Expertise, die im noch weitgehend beduinisch geprägten Königreich zu seiner Zeit nicht zur Verfügung stand. So engagierte er Technokraten aus Ägypten, Syrien, Jordanien und dem Libanon (vgl. Fargues 2011) sowie aus Europa, darunter den bekannten britischen Arabisten H. John St. Philby (1885–1960), der für Ibn Sa’ūd in der Zwischenkriegszeit als Berater fungierte (Almana 1980: 191f.).

Die Zahl der Ausländer*innen nahm insbesondere mit der Verteilung von Konzessionen an ausländische (US-geführte) Unternehmen zur Ölförderung, wie Standard Oil of California (SOCAL)¹², in den 1930er Jahren landesweit zu:

„Professional, technical and managerial expatriates were ‘imported’ from Britain or America while skilled and semi-skilled artisans and clerical workers were recruited primarily from the Indian subcontinent, while unskilled workers were recruited from the local population or were Arabs who came from neighbouring countries“ (Thiollet 2016: 8).

Um den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften in der Ölindustrie zu decken, eröffnete SOCAL Rekrutierungsbüros in Eritrea 1944, zwischen 1945 und 1947 im sudanesischen Khartoum und im jemenitischen Aden sowie im libanesischen Beirut und den Palästinensischen Gebieten 1949 (vgl. Seccombe/Lawless 1987; Thiollet 2011b; Errichiello 2012; Seccombe 1983; Seccombe 1986). Zu Beginn stammten die meisten ausländischen Arbeitskräfte im Ölsektor noch aus den USA, Italien oder Eritrea (vgl. AlShehabi 2015: 7), später auch aus Indi-

¹² 1933 wurden die ersten Ölkonzessionen an SOCAL vergeben, ehe die Ölförderungsrechte an sein Tochterunternehmen California Arabian Standard Oil Company (CASOC) abgetreten wurden. CASOC wurde 1944 in Arabian American Oil Company (ARAMCO) und 1988 in Saudi ARAMCO umbenannt (vgl. Vassiliev 2000: 401).

en und zu einem geringen Teil Anteil auch aus Pakistan (Badre/Siksek 1960: 36f. zufolge lag dieser Anteil bei sechs Prozent).

Zwar waren durch die Pilgerfahrten *Ḥaǧǧ* und *ʿUmra* bereits seit Jahrhunderten eine Vielzahl an ausländischen Pilgern in den im Westen des heutigen Saudi-Arabiens gelegenen Ḥiǧāz gekommen, um dort Mekka und Medina zu besuchen. Von diesen Einflüssen blieben der Rest des Landes – vor allem der zentralarabische Naǧd, aus dem die Herrscherfamilie, die Āl Saʿūd, stammt – und auch die Ostprovinzen jedoch weitgehend unberührt. So geriet ein Teil der dort ansässigen lokalen Bevölkerung erst nach dem beginnenden Anstieg der Ölproduktion mit ausländischen Expert*innen aus den USA, Europa und anderen arabischen Ländern in Kontakt: Vor der Unterzeichnung der Ölkonzessionen hatten sich nur etwa 50 nicht-muslimische Ausländer*innen im Königreich aufgehalten, in den 1950er Jahren arbeiteten allein bei Aramco bereits 7.000 bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 20.400 (Al-Rasheed 2002: 91; Brown 1999: 140). Nach dem Tod Ibn Saʿūds 1953 stieg die Zahl der ausländischen (männlichen) Verwaltungsangestellten, Lehrer und Beamten bis in die 1960er Jahren auch außerhalb der Ölindustrie an, um den Staatsapparat weiterzuentwickeln und das Bildungs- und Erziehungssystem den neuen Anforderungen anzupassen.

Insbesondere unter König Faiṣal (reg. 1964–1975), dem Sohn des Staatsgründers und zweitem Thronfolger, nahm die Anwerbung ausländischer Arbeitsmigranten aufgrund seiner ambitionierten Modernisierungsmaßnahmen zu: Stammte 1964 nur ein Drittel der städtischen Arbeitskräfte aus dem Ausland, waren es Anfang der 1970er Jahre bereits mehr als 70% (Vassiliev 2000: 429). Diese kamen anfänglich noch zumeist aus dem Jemen oder dem Sudan, wurden aber seit den 1950er Jahren durch (männliche) Lehrer, Beamte, Ärzte, Ingenieure, Händler und Handwerker aus Ägypten, Syrien und dem Libanon ergänzt. Viele von ihnen holten ihre Familien aus den Heimatländern nach. Saudi-Arabien entwickelte sich unter König Faiṣal zum klassischen „Rentierstaat“ (vgl. Beblawi 1987; Beblawi/Luciani 1987), wenngleich zentrale Alimientierungsmechanismen bereits vor der Entdeckung und kommerziellen Förderung des Erdöls eine wesentliche Bedeutung im komplexen saudi-arabischen Herrschaftskontext gespielt hatten (vgl. Foley 2010: 22; Mahdavy 1970: 428; Hertog 2005: 141). Der Bedarf an kostengünstigen ausländischen Arbeitskräften stieg vor diesem Hintergrund in den 1970er Jahren nochmals an. Der sogenannte „Oktoberkrieg“ bzw. „Jom-Kippur-Krieg“ im Jahr 1973 eines Teils der arabischen Staaten gegen Israel und die damit verbundene, von Saudi-Arabien mitinitiierte Verknappung der Ölproduktion ließ die internationalen Ölpreise rasant steigen (vgl. AlShehabi 2015: 10). Diese Entwicklung bescherte Saudi-Arabien und anderen Ölproduzenten einen Ölboom (*tufrah*) (vgl. Dresch 2006: 204): Die Einnahmen erhöhten sich von 0,5 Mio. US-Dollar (1938) auf 33,5 Mrd. US-Dol-

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Tabelle 1. Öleinnahmen zwischen 1938 und 1992 (in Mio. US-Dollar). *Quelle: Vassiliev 2000: 401.*

Jahr	Einnahmen
1938	0,5
1945	5,0
1955	39,0
1960	333,7
1965	568,2
1970	1.944,9
1973	4.330,9
1974	33.500,0
1979	62.885,0
1981	105.813,0
1982	75.534,0

lar im Jahr 1974 – und damit um das 8.500-fache (siehe [Tabelle 1](#)) (vgl. Vassiliev 2000: 401).

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung stellte das Königshaus jedoch vor gravierende innenpolitische Herausforderungen. Immerhin wurde damit die individuelle Praxis der Kooption verstetigt und das Prinzip der Generosität geriet zum wichtigsten Instrument der Loyalitätsbildung; es entwickelte sich ein „petro-modernist state“ (Alshehabi 2015: 10).¹³ Der Staat wurde zum bestimmenden Machtmonopol (vgl. Khalaf 2015: 45). Im Zuge dessen verloren die vormals als „Vetoplayer“ (vgl. Tsebelis 1995) agierenden tribalen Akteur*innen und die traditionellen Händlerfamilien zunehmend an Einfluss, da der Staat nun direkt weite Teile der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Finanzen alimentierte, womit die einstmalige Bedeutung der Stammesführer als Mittler zwischen Königshaus und Untertanen obsolet wurde; sie wurden zu Modernisierungsverlierern (vgl. Hertog 2010: 80). Faişal gelang mit dieser Politik, den Einfluss des Königshauses zu stärken und die unterschiedlichen Interessensgruppen enger an das Machtzentrum zu binden, um sie besser zu kontrollieren (Niblock 2006: 47). Ähnlich verfuhr er auch mit der einflussreichen religiösen Elite, die er ebenfalls eng an den Staat band und sie somit zu „Juniorpartnern“ (Steinberg 2014: 58) degradierte. Hertog bezeichnet dieses Bezie-

¹³ Mitglieder des Königshauses, die nicht im politischen Leben aktiv waren, wurden finanziell versorgt und stiegen zu Staatskontraktoren auf, während einflussreiche Stammesführer finanziell alimentiert wurden. Damit setzte Faişal die Heiratspolitik seines Vaters mit anderen Mitteln fort (vgl. Al-Rasheed 2002: 127).

hungsgeflecht als „segmented clientelism“ (Hertog 2005; Hertog 2010).¹⁴ Horizontale Entscheidungsebenen blieben die Seltenheit, was die Ineffizienz des Verwaltungsapparates verstärkte (vgl. Hertog 2008: 671). Dies führte zu einer Überbürokratisierung und zu einem aufgeblähten Verwaltungsapparat, sodass 1964 beispielsweise 331 unterschiedliche Arbeitsschritte notwendig wurden, um einen Ministerialbeamten einstellen zu können (vgl. Abir 1993: 39). Hinzu kam, dass die mit der Modernisierung einhergehende Urbanisierung soziale Strukturen und familiäre Bindungen aufbrach und ungelernete Arbeiter und Bauern in die Städte zogen, in denen sie jedoch keine adäquate Arbeit fanden. Dies schlug sich in einem überforderten Sozialsystem, steigenden Lebenshaltungskosten und grassierendem Wohnungsmangel nieder (vgl. Abir 1993: 51).

In Zeiten dieser sich wandelnden sozioökonomischen und sozialen Gegebenheiten wurden die rekrutierten arabischen Arbeitsmigranten zunehmend als politisches Sicherheitsrisiko wahrgenommen (vgl. Whitley 1993; Kapiszewski 2016: 59). Bereits in den 1940er Jahren hatten linke und nationalistische Ideen vor allem in der saudischen Ostprovinz für politische Mobilisierung geführt (vgl. Chalcraft 2010):

„The creation of a modern labour force in the oil camps of the Eastern Province of Saudi Arabia was a precondition for labour activism, and the initially very poor living conditions of the workers in these camps was the main grievance that led to two major strikes in 1953 and 1956“ (Matthiesen 2014: 474).

Auch viele Anhänger der ägyptischen Muslimbrüder hatten in Saudi-Arabien Exil gefunden, da sie in Ägypten unter Ġamāl ‘Abd an-Nāšir (reg. 1952–1954 als Ministerpräsident und 1954–1970 als Staatspräsident Ägyptens) als Bedrohung der nationalen Stabilität diskreditiert und ausgewiesen worden waren. Viele von ihnen sahen in einem Aufenthalt in Saudi-Arabien die einzige Möglichkeit, ihrer Verhaftung zu entgehen, zumal sich die politische Führung des Königreichs damals in einem innerarabischen Konkurrenzverhältnis mit Nāšir befand. Dessen Ideologie des blockfreien Pan-Arabisismus, seine von 1958 bis 1961 mit Syrien ins Leben gerufene Vereinigte Arabische Republik (*al-ġumhūrīya al-‘arabīya al-muttaḥida*) und seine regionale Strahlkraft als charismatischer Anführer forderten die saudische Herrschaft und ihre Legitimation auf unterschiedlichen Ebenen heraus. Erstens blieb Nāširs ideologische Idee eines panarabischen Nationalismus nicht allein auf Ägypten begrenzt, sondern sollte auf

¹⁴ Siehe zur Bedeutung der Herrscherfamilien und der Konsolidierung der Machtstrukturen in den golfarabischen Monarchien u. a. Heller/Safran 1985; Herb 1999; Lawson 1989; Long 1997; Crystal 1995 und Gause 2000.

die gesamte arabische Welt ausgeweitet werden. Diese angestrebte Deutungshoheit setzte den saudischen Anspruch, die führende islamische und arabische Führungsmacht darzustellen, unter Druck (vgl. Foley 2010: 35f.). Zweitens schlug sich diese Rivalität um den politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Einfluss in der arabischen Welt auch in einem militärischen Konflikt im Jemen nieder (1962–1970), in dem beide Länder auf unterschiedlichen Seiten militärisch intervenierten und sich als Kriegsparteien direkt gegenüberstanden (vgl. Commins 2012: 180, 184; Niblock 2006: 59). Drittens gelang es Nāṣir, durch transnationale Medienarbeit auch in Saudi-Arabien neue Anhänger*innen zu gewinnen, was die Idee des ägyptischen Nationalismus im Königreich immer populärer werden ließ, sodass das Königshaus fürchtete, von innen und außen in seiner Legitimation bedroht zu werden. Die Aufnahme ägyptischer Muslimbrüder sollte somit auch als politisches Signal gegen Nāṣirs politische Ambitionen gelten und einen ideologisch-islamistischen Apparat der Gegenpropaganda (vgl. Lacroix 2015: 169) zum ägyptischen Pan-Arabismus aufbauen.

Doch diese Politik wirkte sich alsbald negativ auf die inneren Machtverhältnisse im Königreich aus, denn der Einfluss der ägyptischen Muslimbrüder wuchs rasch: Durch ihre exponierte Stellung im Bildungssystem und der staatlichen Verwaltung begannen sie, Lehrinhalte mitzubestimmen und islamistische Inhalte verstärkt zu verbreiten (vgl. Lacroix 2011: 50f., 68). Daraus entwickelte sich die von den Muslimbrüdern inspirierte sogenannte „islamische Erweckungsbewegung“ (*aṣ-ṣaḥwa al-islāmīya*), die zu einer einflussreichen Oppositionsbewegung anwuchs. Sie kann als Hybridform zwischen Muslimbruderschaft und Wahhabismus¹⁵ verstanden werden (vgl. Al-Rasheed 2015a; Lacroix 2011: 52). Auch viele arabische Arbeitsmigranten fungierten als Träger,

¹⁵ Die Entstehung des sogenannten Wahhabismus reicht zurück auf die Mitte des 18. Jahrhunderts. Damals wirkte der arabische Prediger Muḥammad b. ‘Abd al-Waḥḥāb (1702/3–1792) in der zentralarabischen Region des Nağd und eignete sich während seiner Reisen nach Mekka und Medina, ins ostarabische al-Aḥṣā sowie ins irakische al-Baṣra umfangreiches Wissen zu islamischer Theologie an. Er nahm seine beduinisch geprägte Umgebung als heidnisch wahr, die Natur und Heilige verehrte und sich aus seiner Sichtweise somit von Gott sowie dem „wahren Islam“ der „frommen Altvorderen“ (*as-salaf aṣ-ṣāliḥ*) um den Propheten Muḥammad entfernt hatten. Die Muslime seiner Zeit seien in die Zeit vor der Offenbarung des Islams im 7. Jahrhundert, die Zeit der „Unwissenheit“ (*ḡāhiliya*), zurückgefallen, was er ablehnte. Er kritisierte jegliche religiöse Neuerungen (*bid‘a*), forderte eine strikte Rückkehr zum Monotheismus (*tauḥīd*) und bezichtigte Anhänger des Götzendiensts (*ṣirk*) und der Apostasie. Er ließ Tanz, Tabak und Gesang verbieten. 1744/45 schloss er mit dem lokalen Herrscher Muḥammad b. Sa‘ūd ein Abkommen, welches in der Folge den Wahhabismus in der Region und darüber hinaus verbreitete (vgl. Steinberg 2002, 2006; Delong-Bas 2004). Dabei handelt es sich bei dem Terminus „Wahhabismus“ um eine diffamierende Fremdbezeichnung. Die

Vermittler und Empfänger dieses islamistischen Gedankenguts (vgl. Forstenlechner/Rutledge 2011). Darunter befand sich auch Muḥammad Quṭb, der Bruder von Saiyid Quṭb, welcher in Ägypten die Muslimbruderschaft mit seinen Schriften zunehmend radikalisiert hatte (vgl. Lacroix 2006: 38; Damir-Geilsdorf 2003; Calvert 2010).

Diese Entwicklung beobachtete die Regierung mit Sorge, fürchtete sie doch erneut, dass ihre Legitimation als unumstrittene Herrscher des Königreichs durch islamistische Kräfte herausgefordert werden könnte. Während die *Ṣaḥwa*-Bewegung zu Beginn ihres Engagements kaum direkte Kritik an den Zuständen in Saudi-Arabien äußerte, sondern nur die allgemeinen Fehlentwicklungen innerhalb der islamischen Welt und deren Niedergang angeprangert hatte, änderte sich dies in den 1980er Jahren: Ihre Mitglieder forderten politische Reformen und stellten die religiöse Legitimation der saudischen Führung und der wahhabitischen Religionsgelehrten in Frage. Das Königshaus wurde als „dekadent“, „korrupt“ und als Inbegriff der westlichen Modernisierung diffamiert (vgl. Kapiszewski 2006). Die Mitglieder der *Ṣaḥwa* fühlten sich vom „Wirtschaftswunder“ der 1970er Jahre (vgl. Hertog 2005) ausgegrenzt und bemängelten, von den massiven Investitionen in die religiöse Infrastruktur nach der niedergeschlagenen Besetzung der Großen Moschee in Mekka 1979 nicht profitiert zu haben (vgl. Buchan 1981; Reissner 1980; Kechichian 1986; Teitelbaum 2000; Peil 2004). Weiterhin verfügte die *Ṣaḥwa* über gewissen Rückhalt bei den arabischen Migranten, was sie zu einem wirkmächtigen Akteur innerhalb der politischen Landschaft aufsteigen ließ. Das Königshaus musste daraufhin reagieren, da es eine zunehmende „Ägyptisierung“ (Graz 1992: 220f.) fürchtete. Es begann, „unliebsame“ arabische Arbeitsmigranten zu deportieren oder Führer der *Ṣaḥwa*-Bewegung zu kooptieren und zu inhaftieren.

1.2 Die Rekrutierung südasiatischer Migranten: Von regionaler „Arabisierung“ zu internationaler „De-Arabisierung“

Die Ausweisung arabischer Migranten führte dazu, dass ein Mangel an Arbeitskräften kompensiert werden musste. Infolgedessen rekrutierten staatliche und

Anhänger dieser sunnitischen Strömung bezeichnen sich selbst eher als „Bekennner der Einheit Gottes“ (*al-muwahḥidūn* oder *ahl al-tawḥīd*), als „Gefolgsleute der frommen Altvorderen“ (*as-salafiyūn*) oder schlicht als „Muslime“ (*al-muslimūn*) (vgl. Peskes 1993: 16; Commins 2015: 165). 88% der saudischen Bevölkerung bekennen sich zum sunnitischen Islam, der in der wahhabitischen Auslegung zur Staatsreligion ernannt wurde. Die wahhabitischen Religionsgelehrten sind im modernen saudischen Staat nach 1932 zu einer/m einflussreichen Akteur*in des rechtlichen und politischen Systems geworden.

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

private Arbeitgeber aus Saudi-Arabien zunehmend südasiatische Arbeitsmigranten (vgl. Birks et al. 1988; Russell 1989; Khadria 2008; Naufal 2011; Naufal/Genc 2012). Auf die Phase der „Regionalisierung“ von Arbeitsmigration zwischen den 1950er bis Ende der 1970er Jahre folgte somit die „Internationalisierung“ in Form von Süd-Süd-Migration (vgl. Thiollet 2016: 10), was von Kapiszewski auch als „De-Arabization of the labour market“ beschrieben wird (Kapiszewski 2006: 6; Kapiszewski 2007: 83). Dies lag nicht nur daran, dass unliebsame Islamisten aus Ägypten oder Syrien ausgewiesen wurden, sondern lässt sich auch mit der ansteigenden Ölproduktion im Irak begründen, sodass viele irakische Migranten aus Saudi-Arabien in ihre Heimat zurückkehrten, um dort in der Ölindustrie zu arbeiten (Birks/Sinclair 1979: 91). Der Anteil arabischer Migranten sank von 72% im Jahr 1975 (vgl. Kapiszewski 2006), auf 25–29% im Jahr 2002 (vgl. Fox et al. 2006: 46). Dennoch stieg insgesamt die Zahl aller Migranten in Saudi-Arabien (arabische und asiatische) zwischen 1975 und 1985 um insgesamt 427% von 670.000 auf 3,5 Millionen, was vor allem mit der massiven Einwanderung asiatischer Migranten begründet wird (vgl. Birks et al. 1988: 274; Serageldin 1983). Von den heute ca. 30 Millionen Einwohnern wurden etwa 9,7 Millionen nicht im Königreich geboren, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 32,4% entspricht (vgl. de Bel Air 2014a).¹⁶ 2012 stammten mehr als zwei Drittel der Arbeitsmigranten aus Asien (Lucas/Richter 2012). Neben Indien, Sri Lanka, Malaysia, Indonesien und Bangladesch wurde Pakistan vor allem aufgrund der politischen Nähe beider Regierungen, der unkomplizierten Rekrutierungsprozesse und der kostengünstigen Arbeitskraft schnell zum beliebtesten Entsendeland für Saudi-Arabien (vgl. auch [Kapitel 5](#)).

Gehörten viele der arabischen Migranten noch in weiten Teilen zu einer Bildungselite, welche die Institutionalisierung des saudischen Staates maßgeblich vorangetrieben hatte, handelte es sich bei (süd-)asiatischen Arbeitsmigranten aufgrund ihres geringen Bildungsniveaus und der nur sporadisch vorhandenen Arabischkenntnisse zumeist um einfache (Fach-)Arbeiter, die in Infrastrukturprojekten, im Dienstleistungssektor, im häuslichen Bereich oder in geringem Umfang auch im mittleren Management eingesetzt wurden. Südasiatische Migranten wurden auch aufgrund ihres mangelnden Bildungsniveaus als ideologisch unverfänglich und weniger indoktriniert bzw. empfänglich für islamistische Ideen („passive observers“, Choucri 1986: 252) eingeschätzt, als „less expensive to employ, easier to lay off“ und „more efficient, obedient and mana-

¹⁶ Hierbei handelt es es sich um offizielle Angaben, die nicht unabhängig auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden können. Vor allem die hohe Zahl an unregistrierten bzw. undokumentierten Migranten wird statistisch nicht erfasst, sodass die tatsächlichen Anteile der Arbeitsmigranten an der Gesamtbevölkerung höher liegen dürften.

geable“ (Kapiszewski 2006). Sie stellten somit aus Sichtweise der saudischen Führung kein Risiko für die Stabilität ihrer Herrschaft dar (vgl. El-Shagi 1985: 204). „Hatte die kulturelle Affinität die ersten inter-arabischen Arbeitsströme gefördert, so wurden nun die kulturellen Unterschiede zunehmend als positive Eigenschaften gesehen“ (Diederich 1995: 35). Weiterhin war es ihnen aufgrund der politischen Restriktionen und kaum verfügbarer finanzieller Kapazitäten im Gegensatz zu vielen arabischen Migranten nicht möglich, ihre Familien mitzubringen. So handelt es sich im Falle Pakistans bei 99,3% um männliche Migranten. Zwischen 2008 und 2013 emigrierten insgesamt nur etwa 8.000 Frauen, was einem Anteil von 0,1% entspricht (BEOE 2015a), davon 1.153 nach Saudi-Arabien. Im Gegensatz zu anderen Entsendestaaten wie Indonesien, die Philippinen oder Bangladesch, die die Rekrutierung von weiblichen Hausangestellten gesetzlich legitimieren, ist dies seit 1979 nach den pakistanischen Emigration Rules (Auswanderungsgesetzen) Frauen unter 35 Jahren, die als Hausangestellte oder Kindermädchen arbeiten wollen, verboten (vgl. Oommen 2016: 29).¹⁷ Dies reduziert die Migrationsoptionen für pakistanische Frauen deutlich, da sie im häuslichen Bereich als zu alt und damit unattraktiv wahrgenommen werden (vgl. Rajan und Jolin 2014).

1.3 Arbeitsmigranten und ihre Bedeutung für den saudischen Arbeitsmarkt: Soziökonomische Herausforderungen und Zwang zur „Saudisierung“

Die Dominanz der Arbeitsmigranten im Privatsektor ist somit zu einem kontinuierlichen Charakteristikum des saudischen Arbeitsmarkts geworden. Diese Entwicklung führte jedoch zu einem strukturellen Ungleichgewicht: Während im öffentlichen Dienst 95% der saudischen Staatsangehörigen angestellt sind, liegt deren Anteil im Privatsektor bei nur 12% (vgl. GLMM 2013). Nur 1,7 Millionen der 8,4 Millionen im Privatsektor beschäftigten Arbeitnehmer*innen verfügen über die saudische Staatsangehörigkeit (vgl. Cordesman 2015).

Durch die Öleinnahmen konnte die einheimische Bevölkerung über Jahrzehnte hinweg vom Staat versorgt werden. Diese Alimentierung wurde zum wichtigsten herrschaftslegitimierenden Instrument der saudischen Königsfamilie, politische Opposition zu kooptieren und die Loyalität der einheimischen Bevölkerung zu konsolidieren. Die Annehmlichkeiten des Rentierstaatssystems führten innerhalb der saudischen Bevölkerung zu einem Anspruchsdenken,

¹⁷ In Indien liegt das Mindestalter für Migrantinnen bei 30 Jahren, in Bangladesch bei 25, in Sri Lanka bei 21 und in Nepal bei 18 Jahren (vgl. MOP 2015: 25).

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Tabelle 2. Bevölkerungswachstum Saudi-Arabien (in 1.000) (1950–1997). *Quelle: Wiloughby 2006: 224.*

1950	1960	1970	1980	1990	1997
3.201.000	4.075.000	5.745.000	9.372.000	15.800.000	19.500.000

welches in der Literatur als „*mudīr*-Mentalität“ (Champion 1999: 53) oder in neueren Arbeiten als „*taub*-Syndrom“ (Yamada 2015) umschrieben wird: „Neben einem höheren Lohn sind mit einer Beschäftigung beim Staat weitere Vorteile wie Beschäftigungsgarantie, regelmäßige Gehaltserhöhungen, feste Arbeitszeiten und diverse Sozialleistungen verbunden“ (Lucas/Richter 2012: 4).

Der Bedarf an Arbeitsmigranten wuchs somit weiter, da er nicht aus einheimischen Arbeitnehmern absorbiert werden konnte. Privatunternehmen sahen keinen Anreiz, mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu konkurrieren. Dies führte dazu, dass saudische Arbeitskräfte sich stattdessen in die „freiwillige Arbeitslosigkeit“ begaben, indem sie sich weigerten, einen Arbeitsplatz im Privatsektor zu schlechteren Konditionen zu akzeptieren.

Durch die demographische Entwicklung und die wachsenden Herausforderungen für das traditionelle Rentierstaatsmodell gerät diese Zweiteilung des saudischen Arbeitsmarktes allerdings bereits seit Jahren in Bedrängnis. Im Zuge der wachsenden Bevölkerung ist der öffentliche Dienst in Saudi-Arabien nicht mehr in der Lage, die nachrückenden jungen Arbeitskräfte zu absorbieren. Zwar hat sich die Geburtenrate deutlich reduziert, dennoch sind immer noch 30,4% der saudischen Bevölkerung unter 15 Jahren (vgl. GAS 2016: 20). Zwischen 1950 und 1997 wuchs die Bevölkerung von 3,2 auf 19,5 Millionen (siehe [Tabelle 2](#)). Allein zwischen 2010 und 2016 betrug das Bevölkerungswachstum noch immer 16,5% (vgl. GAS 2016: 20).

Mit den eingeführten Stipendienprogrammen für saudische Studierende im US-amerikanischen, kanadischen oder europäischen Ausland unter König ‘Abdallāh (reg. 2005–2015) wurde das Bildungsniveau zukünftiger Arbeitnehmer*innen nochmals verbessert. Im Land entstand eine Bildungsinfrastruktur, die insbesondere den Ausbildungsgrad für Frauen an hob. Trotzdem fanden die privaten Unternehmen keine qualifizierten einheimischen Arbeitskräfte, da keine ausreichende Expertise für die Anforderungen des Arbeitsmarktes aufgebaut worden war (vgl. Hamaizia 2015: vi). Stattdessen investierte der Staat in den 1980er Jahren vermehrt in den Ausbau der religiösen Bildung, indem die Imām-Schulung und die Ausstattung islamischer Universitäten gefördert wurden, obwohl der Arbeitsmarkt andere Qualifikationen verlangte.

Noch immer präferieren saudische Berufseinsteiger eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst, da dies als sozial akzeptierter und lukrativer erscheint. Auch deswegen gelingt es privaten Arbeitgebern kaum, geeignetes saudisches Personal zu finden, sodass sie weiterhin Migranten rekrutieren.

1.3 Arbeitsmigranten und ihre Bedeutung für den saudischen Arbeitsmarkt

Deren Lohnanforderungen liegen deutlich unter denen einheimischer Konkurrenten. Weiterhin fordern sie weniger Urlaub und verzichten auf familienfreundliche Arbeitszeiten. Hinzu kommt, dass der saudische Staat in der Vergangenheit zwar Milliardensummen in den Ausbau des Bildungssektors investierte, das nationale Ausbildungsniveau aber zumeist nicht ausreicht, um private, im internationalen Wettbewerb agierende Unternehmen zu überzeugen, saudische Arbeitskräfte einzustellen. Im Zuge dieser sozioökonomischen Strukturängel und der demographischen Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit in Saudi-Arabien gestiegen. 2013 lag sie offiziell bei 12,7%, die Jugendarbeitslosigkeit (15–24 Jahren) gar bei 29,2% (vgl. Fazli/Faridi 2014). Insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen von 35,3% im Jahr 2013 wird als gravierendes Problem wahrgenommen (vgl. De Bel Air 2014b).

Erklärtes Ziel der saudischen Regierung ist es deswegen, den Arbeitsmarkt zu nationalisieren, indem insbesondere die Abhängigkeit von Arbeitsmigranten im Privatsektor sowie die Arbeitslosigkeit bei einheimischen Arbeitskräften reduziert und die saudische Wirtschaft diversifiziert wird („Gulf model“, Thiollet 2016: 2). Frühe Pläne einer solchen Nationalisierung wurden bereits im ersten Fünf-Jahres-Plan (1970–1975) formuliert und gehen bis auf die 1950er Jahre zurück (vgl. De Bel Air 2014a). Die Literatur beschäftigt sich umfassend mit den saudischen Arbeitsmarktreformen, die die saudische Migrationspolitik (vgl. Steinberg 2003), das Arbeitsrecht (vgl. Fazli/Faridi 2014), die Auswirkungen auf südasianische Migranten und ihre Entsendestaaten und die Bestimmungen des *Kafāla*-Programms (de Bel Air 2015; Koyame-Marsch 2016; Ramady 2013) diskutiert. Diese „Saudisierung“ (*saʿwada*) blieb seither jedoch weitgehend erfolglos (vgl. Alsheikh 2015).

Dies will die saudische Regierung in den letzten Jahren ändern: Deswegen wurde 2011 das sogenannte *Niṭāqāt*-Programm eingeführt, welches Einstellungsquoten für Unternehmen der Privatwirtschaft festlegt. Firmen, die in die grüne und die Premiumkategorie fallen, erhalten Vergünstigungen vom Staat, während Firmen in der gelben und roten Kategorie damit rechnen müssen, dass die Aufenthaltsgenehmigungen ihrer ausländischen Angestellten nicht verlängert werden. Außerdem müssen sie für jeden Arbeitsmigranten oberhalb des Einstellungslimits eine jährliche Strafe von 640 US-Dollar zahlen (vgl. De Bel Air 2014). Nach offiziellen Angaben sollen diese Maßnahmen erste Erfolge erzielt haben: Zwischen Mitte 2011 und Mai 2013 soll sich die Zahl der saudischen Arbeitnehmer*innen im Privatsektor auf 1,5 Millionen verdoppelt haben (Espey, 31.01.2014). Allerdings leiden vor allem kleinere Unternehmen unter den strikten Auflagen, da sie sich zumeist die höheren Gehälter für saudische Angestellte nicht leisten können (oder wollen). Dies führte dazu, dass zwischen 2011 und 2013 ein Viertel der kleineren Unternehmen im Zuge des *Niṭāqāt*-Programms schließen mussten. Weiterhin finden viele Unternehmen Wege, die

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Saudisierung ihrer Belegschaft zu umgehen. Ähnlich wie bei früheren Nationalisierungskampagnen grassiert sie sogenannte „Phantom-Beschäftigung“ („phantom employment“, Hertog 2014: 7), bei der zwar vertraglich die Angestellten bei dem jeweiligen Unternehmen angestellt sind und von ihm bezahlt werden, ohne jedoch tatsächlich ihrem Dienst nachzukommen. Der wird weiterhin von ausländischen Arbeitskräften geleistet. Auch nehmen Unternehmen lieber die drastischen Strafzahlungen in Kauf, wenn sie gegen die Auflagen verstoßen, weil dies günstiger ist, als saudische Arbeitskräfte einzustellen (Sons 2014a), sodass es sich oftmals nur um eine „vorgetäuschte Saudisierung“ (Koch 2014: 39) oder um „fake Saudization“ (Palik 2018: 118) handelt.

Dieser Hintergrund setzt den Rahmen für die spätere Verortung der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen in dem untersuchten Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit. Immerhin dominieren oben ausgeführte Themen wie die „Saudisierung“ etc. auch die Diskussionen um Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien und beeinflussen damit die Perzeptionen und Handlungsfelder der untersuchten Akteur*innen. Darüber hinaus fungiert der Überblick über die historische Entwicklung der Migrationsnetzwerke zwischen Pakistan und Saudi-Arabien als inhaltliche Grundlage für die weiterführende Betrachtung der im folgenden Kapitel vorgestellten theoretischen Konzepte.

2. Theoretische Konzeptionalisierung: Neue nationale Öffentlichkeitsakteur*innen als Sprecher*innen zu Migration

„Will man öffentliche Meinung erzeugen, muß man zuerst einmal die Aufmerksamkeit eines allgemeinen Publikums für seine Belange gewinnen, dann andere von seinen Informationen, Meinungen überzeugen. Wenn möglichst viele andere den eigenen Deutungen zustimmen, die eigene Überzeugung teilen und dann selbst öffentlich vertreten, entsteht öffentliche Meinung. Dazu braucht man gute ‚Argumente‘ und ‚passende Darstellungen‘ des Gegenstandes, über den man redet“ (Neidhardt/Gerhardt 1990: 37).

Da die von mir untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen in einem bestimmten Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit agieren, die Neidhardt und Gerhards als „Arena“ bezeichnen (1990), muss auf theoretisch-konzeptioneller Ebene ein Problemverständnis für das Konzept von Öffentlichkeit im pakistanischen Kontext geschaffen werden. In diesem Kapitel wird daher die Frage aufgeworfen, wie es den von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gelingen kann, sich in einer im Sinne von Neidhardt und Gerhards durch „Gatekeeper“ (1990: 31) kontrollierten Öffentlichkeit bzw. in einer im Sinne Habermas‘ „vermachteten Arena“ (1990: 28) zu Migration zu bewegen. Immerhin wollen die untersuchten Akteur*innen über die Sichtbarmachung von Migration Zugang zu den vermachteten Arenen erlangen und als neue Sprecher*innen dort ihre Anliegen zur Verhandlung stellen.

Das vorliegende Kapitel dient ebenso dazu, das Spannungsverhältnis zwischen empirischem Feld (der Untersuchung der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in Pakistan) und den existierenden theoretischen Konzepten zu Öffentlichkeit auszuloten und zu systematisieren, um mithilfe der anschließend erhobenen empirischen Grundlagenforschung ein theorieverweiterndes Ergebnis zu erzielen. Dafür soll in 2.1 das Habermasche Konzept von Öffentlichkeit in deliberativen Demokratien als Ausgangspunkt für die weitere theoriegebundene Verortung dienen. Bestehende Konzepte von Öffentlichkeit im Sinne von Habermas sollen im pakistanischen Kontext kritisch diskutiert werden. So konzentriert sich ein Kritikpunkt an Habermas‘ Öffentlichkeitskonzept auf dessen Verortung im bürgerlich-demokratisch-europäischen Referenzrahmen, womit

2. Theoretische Konzeptionalisierung

er nicht-europäische Öffentlichkeiten ignoriere, wie Sheller kritisiert: „Public sphere theory (...) is Eurocentric“ (2014: 144). Solche und andere Überlegungen sollen in die theoretische Konzeptionalisierung einfließen.

Deswegen wird das zugangsoffene Konzept einer liberalen Öffentlichkeit durch die Diskussion um „vermachtete Arenen“ problematisiert und ergänzt, indem auf einer weiteren Ebene die stärkere Vermachtung in autoritären oder semi-autoritären Kontexten durch Gatekeeper*innen aus Staat, Militär und Wirtschaft diskutiert wird, was die Offenheit des jeweiligen Teilbereichs der Öffentlichkeit minimiert. In diesem Kontext werden erste konzeptionelle Bezüge zum pakistanischen Mediensystem hergestellt. In [Kapitel 2.2](#) soll analysiert werden, wie in einer solchen vermachteten Arena marginalisierte Akteur*innen Zugang erhalten können und wie sich dies auf den pakistanischen Kontext niederschlägt. Das „Arenenmodell“ von Neidhart und Gerhards fungiert in diesem Zusammenhang als sinnstiftendes Konzept, da es die Vermachtung von Gatekeeper*innen berücksichtigt, die Öffentlichkeit aufgrund ihrer verfügbaren Ressourcen regulieren, kontrollieren und transformieren können. Ihre Wirkweise begrenzt die Zugänge von marginalisierten Akteu*innen, sich Zugang zu diesen vermachteten Arenen zu verschaffen. Aus diesem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen Gatekeeper*innen und marginalisierten Akteur*innen können sich *strong* und *weak publics* im Sinne von Fraser (1992: 136) konstituieren. Vor diesem Hintergrund wird auch das Konzept der Gegenöffentlichkeit diskutiert und problematisiert.

Es folgen in [Kapitel 2.3](#) daraus abgeleitete Überlegungen, welche Ressourcen marginalisierte Akteur*innen theoretisch nutzen können, um den Zugang zu vermachteten Arenen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wird diskutiert, wie in Form von neuen technischen Möglichkeiten Zugangskanäle zu den begrenzten Arenen der Öffentlichkeit gefunden und genutzt werden können, um die bestehende Sichtbarkeit der Anliegen wirkmächtiger Gatekeeper*innen herauszufordern bzw. eigene Anliegen zu platzieren und um vor allem auf die Genese von digitalen Gegenöffentlichkeiten in deliberativen Kontexten einzugehen. Diese Überlegungen dienen dazu, Rückschlüsse auf die Handlungsweisen der pakistanischen Öffentlichkeitsakteur*innen zu ziehen. Ein solches Vorgehen soll dabei helfen, die Frage zu beantworten, ob es sich bei den untersuchten Akteur*innen (intendiert oder nicht intendiert) um Vertreter*innen einer (digitalen) Gegenöffentlichkeit handelt. Dabei werden auch konzeptionelle Überlegungen zu Agendasetting, Social Movement und Framing vorgenommen, um anhand dieser theoretischen Grundlagen erste Aussagen zu möglichen Instrumenten der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu treffen. In [2.4](#) wird analysiert, dass sich Migration als translokales Phänomen anbietet, über neue Ausformungen von Öffentlichkeit im pakistanischen Kontext nachzudenken.

2.1 Zugang zur Öffentlichkeit: Massenmedien und „vermachtete Arenen“

Die Genese von Öffentlichkeit ist in Pakistan wie in anderen Umfeldern kein Naturzustand, sondern ein komplexer Aushandlungsprozess, da Öffentlichkeit generell „ein historischer Begriff von bemerkenswerter Schwammigkeit“ (Negt/Kluge 1972: 17) ist:

„Unter Öffentlichkeit wird ein ausdifferenziertes Kommunikationssystem verstanden, dessen Funktion darin besteht, zwischen den Meinungen und Interessen der Bürger und der kollektiven Akteure einer Gesellschaft einerseits und dem politischen System andererseits zu vermitteln“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 1).

Bei der Entwicklung von Öffentlichkeit handelt es sich demnach um einen hybriden, hochdynamischen und offenen Prozess, „weil sie [die Gesellschaften, d. Verf.] sich sonst nicht selbst regulieren und ihre Probleme nicht bearbeiten können (...)“ (Pöttker 2001: 25f.). Fraser definiert das Habermasche Konzept von Öffentlichkeit als Idealtyp bzw. als

„a theater in modern societies in which political participation is enacted through the medium of talk. It is the space in which citizens deliberate about their common affairs, and hence an institutionalized arena of discursive interaction. This arena is conceptually distinct from the state; it is a site for the production and circulation of discourses that can in principle be critical of the state. The public sphere in Habermas's sense is also conceptually distinct from the official economy; it is not an arena of market relations but rather one of discursive relations, a theater for debating and deliberating rather than for buying and selling“ (Fraser 1992: 110).

Habermas verortete den „Geburtsort der Öffentlichkeit“ noch im „Kaffeehaus“ (Habermas 1990: 90–92) der bürgerlichen europäischen Elite des 17. und 18. Jahrhunderts, die damals begann, den absolutistischen Staat als sinngebende Institution der Öffentlichkeit herauszufordern, um sich argumentativ ohne Rücksicht auf Herkunft oder Stand zu duellieren (vgl. Bar-Tura 2011: 88–90). Öffentlicher Raum wird bei ihm zu einem Ort der sozialen Interaktion und als ein „Schauplatz des Kampfs um Einfluss“ (Leguizamón 2009: 57) bzw. als „a network for communicating information and points of view“ (Habermas 1996: 360) verstanden, das zum Teil der Koordination des menschlichen Lebens beiträgt und von Offenheit, Diskursivität und der Legitimationsfunktion geprägt wird. Das Ideal einer von Staat und System unabhängigen kritisch-rationalen Öffentlichkeit berührt demnach in Habermas' Ideengeschichte die Wurzeln zur deliberativen Demokratie im modernen Staat. Er formulierte das „Prinzip des allge-

2. Theoretische Konzeptionalisierung

meinen Zugangs“, damit um das beste Argument gestritten werden kann – ohne durch den Staat beeinträchtigt zu werden: „Eine Öffentlichkeit, von der (...) Gruppen (...) ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr keine Öffentlichkeit“ (Habermas 1990: 156). So sei Öffentlichkeit nur dann garantiert, „wenn die ökonomischen und sozialen Bedingungen jedermann gleiche Chancen einräumen, die Zulassungskriterien zu erfüllen (...)“ (Habermas 1990: 157). Die Grenze des Systems soll also allen Mitgliedern der Gesellschaft prinzipiell offenstehen, wenngleich die Themen in der Öffentlichkeit nicht gleichermaßen akzeptiert werden müssen oder kommuniziert werden können. Es sollen Angelegenheiten von kollektivem Interesse verhandelt werden (vgl. Peters 1994: 45). Die öffentliche Perzeption entscheidet, was sag- und verhandelbar ist. Normativ wird Öffentlichkeit somit eine doppelte Funktion zugeschrieben, „nämlich das Herstellen von Transparenz – von oben nach unten – einerseits und Kritik bzw. Kontrolle – von unten nach oben – andererseits“ (Müller/März 2008: 8). Nach diesem Verständnis „ist Offenheit des Systems eine Konstitutionsbedingung von Öffentlichkeit“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 15f.). Diese Offenheit erfährt als normative Konnotation vor allem in demokratischen Gesellschaften – auf die sich Habermas bezieht – eine überragende Bedeutung (vgl. auch Klier 1990: 23). In solchen Systemen wird die diskursive und partizipatorische Öffentlichkeit durch rechtliche Regelwerke, die die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit schützen, garantiert (vgl. Leguizamón 2009: 34).

Der Grad des öffentlich Sagbaren erschließt sich also über den Zugang zu gemeinsamen Räumen von Öffentlichkeit (vgl. Hohendahl 1992: 107), die in einer translokalisierten Welt zunehmend miteinander konkurrieren, ineinander verschachtelt und untereinander vernetzt sind (vgl. Kleinsteuber 2000, S. 45) und sich aus nationalstaatlichen Kontexten lösen. Über Netzwerke in translokalen Informationsgesellschaften entstehen somit neue Knoten der Öffentlichkeit im Sinne von Castells (2001a: 528). Solche Netzwerke erhalten sinnstiftende Bedeutung für moderne Gesellschaften (vgl. Barney 2004; Castells 2001b; Van Dijk 2006; Castells 1998; Benkler 2006), welche polyzentrisch und horizontal differenziert strukturiert werden: Umso dynamischer ein Netzwerk agiert, desto mehr Macht kann es über andere ausüben, was in einer globalisierten, dezentralen Welt zu neuen öffentlichen Strukturen führt (vgl. Pfetsch et al. 2018: 484; Dean 2003; Klinger/Svensson 2016; Lyons 2017; Puschmann/Peters 2017). Und umso höher die Durchlässigkeit solcher Netzwerke ist, desto mehr Akteur*innen erhalten Zugang zu den öffentlichen Räumen und können sich darin artikulieren, als Verhandlungspartner*innen auftreten und Öffentlichkeit prägen (vgl. Khan et al. 2012: 44). Dieser Aushandlungsprozess geschieht meist wechselseitig auf individueller, kollektiver und institutionalisierter Ebene und gruppiert sich nicht selten themenspezifisch. Solche Verhandlungen erstrecken

sich auf unterschiedlichen Ebenen, die translokal, transidentitär und transnational ablaufen und bestehende tradierte Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Macht verändern, auflösen oder neu ausdifferenzieren. In einer Moderne, in der soziale Systeme entbettet und Orte „phantasmagorisch“ sind (vgl. Giddens 1995), sowie „Raum-Zeit-Verdichtung“ herrscht (vgl. Harvey 1989) und Traditionen entbunden werden (vgl. Hall 1994: 303), fordern diese Prozesse über die Definition von und den Zugang zu Öffentlichkeit das historische Konzept des Nationalstaats heraus. Öffentlichkeiten sind also auf vielfältige Arten miteinander verschränkt und aufeinander bezogen (vgl. Zerfaß 2004: 197) und bilden „gesellschaftlich ausdifferenzierte Sphären des kommunikativen Handelns, deren Sinnbezüge und Rationalitätsvorstellungen einen Orientierungsrahmen für konkrete Mitteilungs- und Verstehenshandlungen bereitstellen“ (Zerfaß 2004: 196). Fraser definiert demnach eine egalitäre Gesellschaft nach der Existenz mehrerer öffentlicher Arenen, die sich aus ihrer territorialen Zugehörigkeit lösen und transnational werden. Selbstkritisch konstatiert sie, dass sie sich in ihren ersten Überlegungen zu Öffentlichkeit ähnlich wie Habermas noch am westfälischen Referenzrahmen orientiert habe, denn: „In der Öffentlichkeitsdebatte der Kritischen Theorie gibt es also einen entscheidenden blinden Fleck. Von *Strukturwandel der Öffentlichkeit* bis *Faktizität und Geltung* haben praktisch alle Beiträge, auch meine eigenen, Öffentlichkeiten im souveränen Territorialstaat verortet“ (Fraser 2008: 23). Mittlerweile fordert sie eine neue Diskussion um transnationale Öffentlichkeit, die sich der Inklusion und der partizipatorische Parität der beteiligten Akteur*innen widmet, die sich nicht mehr über dieselbe Staatsangehörigkeit zu bestimmten Arenen zuordnen lassen (vgl. Fraser 2008: 29):

„Wenn Staaten keine volle Kontrolle über ihr eigenes Territorium haben, wenn ihnen die alleinige und ungeteilte Fähigkeit, Krieg zu führen, die Ordnung zu gewährleisten und das Gesetz durchzusetzen nicht länger zukommt, wie kann der öffentlichen Meinung ihrer Bürgerschaft dann politische Effektivität zukommen?“ (Fraser 2008: 25).

Der weiterhin existierende nationalstaatliche Bezugsrahmen müsse aufgebrochen werden, um in einer entgrenzten und mobilen Welt konstruktiv über den Öffentlichkeitsbegriff diskutieren zu können und im Resultat wirkliche Teilhabe Aller zu erreichen. Translokale Phänomene wie Migration zeigten eindrücklich, dass die Zugehörigkeit und der Zugang zu einer transnationalen Öffentlichkeit breiter gedacht werden müssen, da beides nicht mehr über eine Staatsangehörigkeit oder eine territoriale Zugehörigkeit erreicht werden könne (vgl. Fraser 2014a): „Auch Öffentlichkeiten sind heute nicht mit politischen Gemeinschaften ko-extensiv. Oft haben die Mitglieder einer Öffentlichkeit weder die gleiche Nationalität noch die gleiche Staatsbürgerschaft“ (Fraser 2008: 25–26). Diesem

2. Theoretische Konzeptionalisierung

Umstand müsse eine zeitgemäße Öffentlichkeitstheorie Rechnung tragen und dabei auch digitale Öffentlichkeiten umfassender mitdenken: „Sie muss deren automatische Identifikation mit politischer Staatsbürgerschaft zurückweisen und die Grenzen der Öffentlichkeit neu ziehen, indem sie das Prinzip der Betroffenheit direkt auf die zu diskutierenden Fragen anwendet“ (Fraser 2008: 31).

Der von Habermas postulierte öffentliche Raum wird jedoch in bürgerlich-mitteuropäischen, nationalstaatlich verankerten Gesellschaften herausgefordert und durch Staat und Kapital beschränkt bzw. dominiert (Calhoun 1992: 6; Greve 2009: 27). Dies habe sich durch die Entwicklung des Kapitalismus noch intensiviert, was zu einer „Refeudalisierung“ geführt habe (Calhoun 1992: 21). Den Massenmedien (vgl. Schildt 2000) fällt bei diesem Prozess eine entscheidende Funktion zu: Ihr Rezipient verhält sich zunehmend unmündig, passiv und träge, da er sich von den Medien abhängig macht, welche ihm das Recht zur Widerrede nähmen, wie Habermas in seinem „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1990) ausführt (vgl. auch Strum 2000: 94). Laut Habermas wuchs die durch Massenmedien vorstrukturierte und beherrschte Öffentlichkeit zu einer „vermachteten Arena“ (Habermas 1990: 28) heran, die von gut organisierten kollektiven Akteur*innen (Interessengruppen und Parteien), nicht aber vom Publikum der potenziell betroffenen Bürger*innen selbst beherrscht wird. Je mehr diese Zugänge durch „ressourcenstarke“ Akteur*innen kontrolliert werden, umso exklusiver und elitärer gestalten sich die Räume medialer Öffentlichkeit (vgl. Müller/März 2008: 9). Medien werden von solchen ressourcenstarken Eliten instrumentalisiert, um „positive Öffentlichkeit“ und ein „sauberes Image“ zu erzeugen (von Liechtenstein 2002: 16f.). So wird ein Teil der Medien zum Legitimationsinstrument der Mächtigen, die Politik unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit betreiben, ohne den eigentlichen Diskurscharakter der Massenmedien zu fördern (vgl. von Liechtenstein 2002: 21). „Statt öffentlicher Meinung spielt sich in der manipulierten Öffentlichkeit eine akklamationsbereite Stimmung ein, ein Meinungsklima“ (Habermas 1990: 321). Massenmedien entwickelten sich in einer Phase des „pseudo-öffentlichen (...) Kulturkonsums“ (Habermas 1990: 248) zur Werbe- und Unterhaltungsindustrie, wurden privatisiert, monopolisiert und ökonomisch rationalisiert, was die Bildung von Öffentlichkeiten im Sinne einer kritischen Berichterstattung verhindert (vgl. Strum 2000: 123). Das „Streben nach Selbstdarstellung, nach öffentlichen Bühnen und vermarkteter Zurschaustellung, um Bekanntheit zu erlangen“, muss jedoch hinter die Verständigung zu einem Thema zurücktreten, damit das Publikum aus seiner passiven Zuhörerrolle heraustreten und sich aktiv austauschen kann (Habermas, 11.12.2004). Dieser Prozess hat fundamentale Auswirkungen auf die Konstitution von Öffentlichkeit, die zunehmend durch passiven Konsum der Massenmedien und Kommerzialisierung charakte-

risiert wird. Der/die aktive Sprecher*in verkomme zum/zur Konsument*in, eine gleichberechtigte Debatte werde durch die Wirkmacht der Massenmedien erschlagen, so Calhoun (1992: 23f.). Der öffentliche Raum sei deswegen abgestorben, konstatiert Sennett (1983: 25).

Insbesondere in autoritär oder semi-demokratisch geprägten Systemen, in denen das Vermachtungspotenzial durch Staat, Militär und Wirtschaft – durch ressourcenstarke Eliten – noch ausgeprägter ist als in Demokratien, reduzieren sich Zugänge zu „vermachteten Arenen“, je mehr Kontrolle von ebensolchen Eliten ausgeht (vgl. Meuser/Nagel 1994: 181; Bogner et al. 2014: 13). Diese ressourcenstarken Akteur*innen haben ihre Machtzugänge zu den „vermachteten Arenen“ zumeist nicht über einen offenen Prozess erreicht, der auf Leistungsfähigkeit, Effizienz und Expertise beruht, sondern über persönliche Patronagenetzwerke, Kooption oder Korruption. Das Machtverhältnis zwischen Öffentlichkeit bestimmenden und um Zugang zur Öffentlichkeit ringenden Akteur*innen gestaltet sich in autoritären Umfeldern asymmetrischer als im von Habermas beschriebenen Kontext. Erstere verfügen häufig über enorme Ressourcen, um ihre Kontrolle der Teilbereiche von Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten und anderen Akteur*innen den Zugang zu verweigern und beeinflussen öffentliche Räume von Sichtbar- und Sagbarkeit (vgl. Leguizamón 2009: 34). Sie können häufig als kleine, zahlenmäßig begrenzte Oligarchie bezeichnet werden, die über hochkonzentrierte und weitreichende Entscheidungsmöglichkeiten verfügt. Dazu zählen Inhaber von Schlüsselpositionen in Politik, Wirtschaft und Militär. Davon ausgehend lassen sich gravierende Auswirkungen auf die Funktionsweise und Wirkmacht der Mediensysteme in solchen Öffentlichkeiten konstatieren, da diese „eingebettet in ihre gesellschaftliche Umwelt“ (Thomaß 2013: 7) sind.¹⁸ Mediensysteme können sich deswegen ohne die Rückbindung an die politischen Begleitumstände, ohne vom Staat gesetzte Rahmenbedingungen nicht entwickeln. Sie existieren somit nicht autonom und isoliert von anderen Systemen:

„The specific interconnections of the political and the economic – both understood as practices that shape structures that shape practices – may not determine but strongly influence national media systems and transregional media scapes“ (Richter/Gräf 2015: 25).

¹⁸ Das Mediensystem besteht aus sich ergänzenden oder widersprechenden Subsystemen und Teilen (wie z. B. Online, Print, Fernsehen, Radio), in dem im Sinne der Systemtheorie das Ganze mehr darstellt als nur die Summe seiner Einzelteile, sodass die Wirkweise von Einzelphänomenen, ihre Abhängigkeiten und Wechselwirkungen einfließen und das jeweilige Mediensystem und damit auch soziale Einheiten beeinflussen (vgl. Thomaß 2013: 13).

2. Theoretische Konzeptionalisierung

Diese starke Wechselwirkung zwischen Kommerzialisierung und Mediensystem charakterisiert nach Hallin und Mancini (2008) den ganzheitlichen Ansatz der Mediensystemtheorie und wird durch unterschiedliche Kategorisierungsindekatoren definiert.¹⁹ Mediensysteme werden als umso freier und pluralistischer umschrieben, je weniger freiwillige oder erzwungene politische Treue der Medien gegenüber dem politischen System und je mehr Autonomie von einer politischen Instanz existiert. Da Medien insbesondere in weniger medienfreien Systemen jedoch häufig gesteuert, reguliert, kontrolliert oder zensiert werden, um Macht zu beschränken oder zu konsolidieren, sichtbar werden zu lassen oder zu verdrängen, und Medien als Bedrohung dieser Macht wahrgenommen werden, befindet sich das Verhältnis zwischen Medien und Macht in einem ständigen Prozess der asymmetrischen Aushandlung. Es kann sich daher nicht außerhalb des politischen Rahmens entfalten.

Profitorientierung und der zunehmende Einfluss von Werbe- und Anzeigenkunden beeinträchtigen weiterhin den Informationsfluss (vgl. Herman/Chomsky 1988) und „narrow the scope of the media to cover only that which is deemed favourable to capitalist social structures“ (Richter/Gräf 2015: 27). Kritik an Machtstrukturen in autoritär konstituierten Mediensystemen wird daher über unterschiedliche Akteur*innen und Wege gesteuert und beschränkt sich auf eindeutig definierte Kontexte wie die Ökonomie der Medien, die durch Medienbesitz, -konzentration, -zugang und -kontrolle bestimmt werden (vgl. Gran 2001).

„Thus, analysing the post-Western political economy demands consideration of the global corporatist-capitalist embeddedness of media, on the one hand, and national and regional constellations on the other – which can be quite different in each country“ (Richter/Gräf 2015: 30).

Insbesondere die wachsende Kommerzialisierung der Medien zeigt dabei Rückwirkungen auf die politische Kommunikation, da Akteur*innen des Mediensystems von politischen Gatekeeper*innen oftmals instrumentalisiert werden, um ihre Agenden und Ziele öffentlich zu verfolgen, und gleichzeitig mit ihrem Medienhandeln Einfluss auf politische Prozesse nehmen (vgl. Schulz 1997: 225f.; Pfetsch et al. 2013: 65–67). Deswegen „ist es naheliegend, dass unterschiedliche Staaten und Gesellschaftssysteme unterschiedliche Mediensysteme hervorgebracht haben“ (Thomaß 2013: 36) und dass trotz der Globalisierung Strukturen der nationalen Mediensysteme weiterhin nicht obsolet werden (vgl. Thomaß 2013: 41).

¹⁹ Hierbei betont Balcytiene (2012: 68), dass sich Hallins und Mancinis Konzept nicht auf jeden beliebigen regionalen, lokalen oder nationalen Kontext übertragen lasse.

Im für mein Forschungsvorhaben relevanten pakistanischen Kontext muss das traditionelle Verständnis von Öffentlichkeit in deliberativen Demokratien im Sinne von Habermas vor diesem Hintergrund dekonstruiert und aus seinem eurozentristischen Kontext gelöst werden. Immerhin wurde Habermas' Öffentlichkeitskonzept aufgrund seiner inhärenten mitteleuropäisch-demokratischen Kontextualisierung und der idealisierten Imagination einer gleichberechtigten bürgerlichen Öffentlichkeit in der Forschungsdiskussion vielfach kritisiert (vgl. Faulstich 1999; Kaschuba 1992; Fraser 1989; Benhabib 1992). So werden z. B. Frauen von seiner Idee der Öffentlichkeit ausgeschlossen, was bestehende Machtstrukturen manifestiert, wie Fraser argumentiert (2014b: 9f.). Habermas sei es nicht gelungen, ein post-bürgerliches Modell der Öffentlichkeit zu entwickeln:

„(...) The problem is not only that Habermas idealizes the liberal public sphere but also that he fails to examine other, nonliberal, nonbourgeois, competing public spheres. Or rather, it is precisely because he fails to examine these other public spheres that he ends up idealizing the liberal public sphere“ (Fraser 1992: 115).

Habermas' Idealisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit exkludiere nicht nur Frauen oder die Arbeiterschaft, sondern ignoriere auch die bereits damals existierenden Partikularinteressen bestimmter Akteur*innen (Garnham 1992: 359f.; Crossley/Roberts 2004: 10). Stattdessen muss in fragmentierten und heterogenen Gesellschaften ein breites Spektrum an Sprecher*innen berücksichtigt werden (Fraser 1992: 120), die Macht ausüben, regulieren und kontrollieren können, da Legitimität durch öffentliche Meinung nicht garantiert werden könne, wenn sich die Sprecher*innen außerhalb der zu erreichenden politischen Gemeinschaft befinden und deswegen über mehr oder weniger Teilnahme verfügen (Fraser 2008: 19). Dies bestätigt auch Firdaus, die die "fragmentation of a formerly mass audience, possibly leading to the fragmenting of public agendas (...)" konstatiert (2012: 25).

Weiterhin zerfallen Gegenwärtsöffentlichkeiten in verschiedene Teilöffentlichkeiten, in denen diverse Akteur*innen unterschiedliche Themen verhandeln (vgl. Dahlgren 2005; Peters 1994).

Dies gilt auch für Pakistan: Dort lassen sich diese Teilbereiche als verschiedene „vermachtete Arenen“ verstehen, die hauptsächlich ressourcenstarken Interessensvertreter*innen aus Politik, Militär und Wirtschaft zugänglich sind, welche im Sinne von Siddiqi als *Milbus* (2007) definiert werden. Neue Akteur*innen, die keine Mitglieder dieser vermachteten Struktur sind, werden marginalisiert; ihnen wird der Zugang zu Ressourcen und Feldern von Macht verweigert oder zumindest erschwert. Pakistans Öffentlichkeit ist geprägt von dieser Dysfunktionalität: Politische Hierarchisierung und fortbestehende Klas-

2. Theoretische Konzeptionalisierung

sengrenzen aufgrund sozialer, ethnischer, konfessioneller oder wirtschaftlicher Marginalisierung bestimmen die Sprechfähigkeit der einzelnen Akteur*innen, was sich auch auf das pakistanische Mediensystem auswirkt. Es wird im Sinne von Habermas durch politische und wirtschaftliche Vermachtung dominiert, reglementiert und kontrolliert und hat in seiner historischen Entwicklung Phasen der relativen Liberalisierung bzw. der Kommerzialisierung durchlaufen. So wird auch in Pakistan die Frage nach dem Zugang zu Deutungshoheiten in massenmedialen Gesellschaften zum wichtigen Parameter, um kritische Öffentlichkeit zu messen.

Ebenso wie das konfliktreiche Erbe der Kolonialzeit politische, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Entwicklungen in Pakistan bis heute bestimmt, spiegelt sich die ambivalente Suche nach Identität auch in der wechsellvollen Geschichte des pakistanischen Mediensystems wider (Talbot 1998: 6; vgl. dazu auch [Kapitel 7](#)). Die mangelnde Existenz von geteilten Werten bestimmt Politik und Gesellschaft und durchdringt mediale Öffentlichkeit (vgl. Clapham 1985: 39). Zusammenstöße von regionalen Identitäten werden ebenso ausgefochten wie das problematische Verhältnis zwischen Islam und muslimischem Nationalismus, die Kultur der politischen Intoleranz sowie das koloniale Erbe der indirekten Herrschaft, welche durch einflussreiche politische Familien, Großgrundbesitzer, dem Militär als „Staat im Staate“ und lokale Autoritäten geprägt wird (Talbot 1998: 12f.), was sich in hierarchisierten und personalisierten Machtverhältnissen widerspiegelt (Talbot 1998: 368).

2.2 Das Arenenmodell von Gerhards und Neidhardt: Sprecher, Vermittler und Publikum

In „vermachteten Arenen“ wie Pakistan streben marginalisierte Akteur*innen nach Zugang, um ihre Interessen artikulieren zu können. Je stärker solche Teilbereiche von Öffentlichkeit kontrolliert werden, umso geringer gestalten sich die Möglichkeiten exkludierter Akteur*innen, ihre Anliegen sichtbar werden zu lassen. Diesem Umstand trägt das bereits erwähnte Arenenmodell von Gerhards und Neidhardt Rechnung (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991; Gerhards 1994; Gerhards/Rucht 2000; Bentele/Haller 1997; Donges/Jarren 1998; Eilders 2008; Pfetsch 1998; Rupp 1999; Rupp 2004). In diesen Arenen stehen diverse Meinungen und Interessen zur öffentlichen Verhandlung, können präsentiert und begründet werden, müssen sich vor einem Publikum behaupten und „gleichzeitig als Prüfstand für die Verallgemeinerbarkeit dieser Meinungen und Interessen dienen“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 12). An Gerhards/Neidhardt anknüpfend, argumentiert Flusser, dass in einer Arena diskursive Aushandlungsprozesse stattfinden, die von dem Gedächtnis des/der Sender*in oder des/der

Sprecher*in in das Gedächtnis des Publikums übergehen (2000: 36). Immerhin löst sich die einstmalige starre Festlegung vermachteter Rollen zunehmend auf (vgl. Bruns 2005; Neuberger 2009), denn:

„Sowohl in politischen als auch zivilgesellschaftlichen Foren treten neue Akteure in Sprecherrollen auf, die unter den Bedingungen der Massenkommunikation allenfalls im Publikum zu suchen waren“ (Pfetsch et al. 2018: 485f.).

Dadurch ändern sich die Akteur*innen von Öffentlichkeit, die Formen und Praktiken der Kommunikation sowie die durch bestimmte Strukturen charakterisierten Räume von öffentlicher Kommunikation (vgl. Pfetsch et al. 2018: 485; Toepfl/Piwoni 2015). In ebenenübergreifenden Arenen der Öffentlichkeit finden sich Sprecher*innen, Vermittler*innen und das Publikum zusammen, wobei die Sprecher*innen mithilfe der Vermittler*innen das Publikum auf der Galerie (vgl. Neidhardt 1994: 10) von ihren Anliegen überzeugen und mit anderen Sprecher*innen um dessen Gunst konkurrieren müssen (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 65). Sprecher*innen werden dabei als Vertreter*innen unterschiedlicher politischer, zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Organisationen und Initiativen verstanden, die das Publikum von ihren Interessen und Zielen überzeugen wollen. Das Publikum wird als Zuschauer, Zuhörer oder Zeugen definiert, die dem Aushandlungsprozess der Sprecher*innen beiwohnen und über ihr Wohl und Wehe entscheiden (vgl. Plake et al. 2001: 18). So wird der Erfolg der „Arenenakteure (...) letztlich auf der Galerie entschieden“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 26f.).

Je heterogener sich die Gruppe der Sprecher*innen und Vermittler*innen in der jeweiligen Arena konstituiert, desto differenzierter, vielfältiger und kontroverser findet die Verhandlung der diversen Anliegen statt; desto mehr *issues* können platziert werden (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 39). Allerdings verfügen in Anlehnung an Habermas' Konzept von „vermachteten Arenen“ auch bei Neidhardt/Gerhards ressourcenstarke Akteur*innen über das Zugangsmonopol. Sie fungieren, wie bereits beschrieben, als „Gatekeeper“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 31) und können den Zugang von anderen Sprecher*innen verhindern oder beschleunigen. Gleichzeitig sind sie aufgrund ihrer Position, ihrer Reputation, ihrer Netzwerke, ihre Ressourcen und ihrer Deutungshoheit privilegiert, Zugang zu relevanten Arenen der Öffentlichkeit zu erhalten, die aus Sicht von Neidhardt und Gerhards im Gegensatz zu Habermas nicht egalitär sind. In Form von professioneller Öffentlichkeitsarbeit, medialen Zugängen oder mit der Unterstützung von Vermittler*innen können sich bestimmte Akteur*innen einen Vorteil gegenüber Gruppen verschaffen, die über diese Ressourcen nicht oder nur in geringerem Maße verfügen (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 27). In einer solchen Arena angekommen, findet aufgrund des Überangebots der zu

2. Theoretische Konzeptionalisierung

verhandelnden Themen ein Verdrängungswettbewerb statt: Es geht darum, wer was und wie viel im Vergleich zu den anderen zu sagen hat, gehört wird und wer „mundtot“ gemacht wird (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 30).

Das gilt im Besonderen für die massenmediale Öffentlichkeit (vgl. Maletzke 1963; Neidhardt 1994). Darin fällt vor allem den Kommunikationskulturen zwischen Journalist*innen als „Politikvermittlungsexperten“ (vgl. Tenscher 2003) und politischen Sprecher*innen und der damit verbundenen Professionalisierung der Politikvermittlung eine sensible Rolle zu (vgl. Pfetsch/Esser 2003; Pfetsch/Mayerhöffer 2011; Plasser/Plasser 2002). Im medialen Bereich übernehmen die Rolle der Gatekeeper*innen häufig professionelle Öffentlichkeitsakteur*innen, sodass Laien oder „Nicht-Publizisten“ der Zugang zu den medialen Arenen verwehrt bleibt:

„Darüber hinaus sind Akteure, die *aus* dem Publikum hervorgehen, benachteiligt gegenüber jenen, die *vor* dem Publikum erscheinen, und zwar um so stärker, wenn es sich um marginale Akteure handelt, deren Ansichten vom Spektrum der durch die elektronischen Massenmedien verbreiteten Meinungen abweichen“ (Leguizamó 2010: 58).

Je undurchlässiger der Eintritt in die Arenen der Öffentlichkeit gestaltet wird, desto weniger diversifiziert konstituieren sich die Sprecherrollen, sodass z. B. Minderheiten ausgeschlossen werden (Leguizamó 2010: 34). Darüber hinaus verfügen bestimmte potenzielle Sprecher*innen über überdurchschnittliche soziostrukturelle Kommunikationsbereitschaft, was sie befähigt, eher gehört zu werden. Ziel all dieser Arenenakteur*innen ist es, das Interesse des Publikums zu wecken, um darüber politischen oder medialen Einfluss nehmen zu können und gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben (vgl. Leguizamó 2010: 38). Die Arena mutiert somit zu einer „Klagemauer der Frustrierten“ (Leguizamó 2010: 35).

Es geht den Sprecher*innen darum, *issues* zu platzieren, indem das Problem etikettiert (vgl. Schenk 1987: 437f.) wird, um das zu diskutierende Thema greifbar, verständlich und glaubwürdig zu machen, es zu skandalisieren oder zu dramatisieren. Damit soll die individuelle Betroffenheit des Publikums angesprochen werden. Je erfolgreicher diese *issues* in den Arenen platziert werden, umso mehr Aufforderungscharakter erhalten sie, was politische und/oder mediale Akteur*innen unter Handlungsdruck setzen kann. Verantwortlichkeiten sollen adressiert, konkrete Lösungsansätze formuliert und Zukunftsperspektiven fixiert werden, um eine „Empörungsgemeinschaft“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 44) zu schaffen. Dies kann nur gelingen, wenn die eigene Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit betont wird (vgl. Turner 1972; Garfinkel 1976). Aufmerksamkeit muss im Sinne der „Nachrichtenwerttheorie“ (Schulz 1976; Staab 1990) erzeugt werden, um Stimuli zu bilden, den eigenen Argumenten zu folgen und

Meinungsrichtungen zu schaffen (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 19). Um dies zu erreichen, entwickeln solche Akteur*innen professionelle Strategien, organisieren Medienevents (vgl. Hepp/Couldry 2010: 12; Dayan/Katz 1992) oder engagieren prominente Meinungsführer – „Sprachrohre“ –, um ihre Themen arenenrelevant zu platzieren (Gerhards/Neidhardt 1990: 36).

Je vernetzter eine Öffentlichkeit ist, desto größer sind auch die Räume für externe ressourcenarme Akteur*innen, wie z. B. zivilgesellschaftliche Initiativen, Zugang zu solchen Arenen erhalten und sich gegen die Gatekeeper*innen zu behaupten. Solche aus Knotenpunkten (*nodes*) und Beziehungen (*ties*) von unterschiedlicher Stärke bestehende vernetzte Öffentlichkeiten (vgl. Benkler 2006; Friedland et al. 2006) weisen neuen Akteur*innen wie der Zivilgesellschaft Macht zu: Ihr fällt als „Inputperipherie“ eine „spezielle Rolle“ (Ferree et al. 2002: 301) bei der Aushandlung von Öffentlichkeit zu, um möglichen Manipulationen durch ressourcenstarke Akteur*innen entgegentreten zu können (vgl. Habermas 1992: 443). Zivilgesellschaft konstituiert im Gegensatz zur vermachteten Öffentlichkeit eine autochthone Öffentlichkeit, um diskursiv gebildete Meinungen hervorzubringen, die zu rationalen politischen Entscheidungen führen können. Sie will somit geistiges Potenzial einer Gesellschaft mobilisieren und zur „dritten globalen Kraft neben Staat und Wirtschaft“ werden (Dürr 2002: 152). Eine starke, da sicht- und hörbare Zivilgesellschaft prägt vor diesem Hintergrund den Zugangsgrad zu den Arenen der Öffentlichkeit. Sie nimmt die kommunikative Verhandlungs- und Vermittlerposition zum Staat ein, damit dieser sich nicht von seiner Gesellschaft entfernt. Sie kann sich in einer digitalen Welt effizienter Zugang zu den Arenen der Öffentlichkeit verschaffen, als mithilfe alter Medien, da weniger Ressourcen aufgewendet werden müssen (Gerhards/Schäfer 2009: 3).

Dies gilt vor allem auch für Gesellschaften und politische Systeme, in denen kein egalitärer und deliberativer Zugang zu Arenen besteht, in denen Gatekeeper*innen die Ambitionen anderer Akteur*innen, zu neuen Sprecher*innen aufzusteigen, aufgrund ihrer Netzwerke, ihrer Ressourcen, ihrer Macht und ihrer Kontrollfunktionen verhindern wollen. Deswegen spielt das Konzept von „Gegenöffentlichkeiten“ oder *subaltern counterpublics* (Fraser 1995: 291; Spivak 1988) eine gewichtige Funktion in solchen Kontexten, um ein Gegengewicht zu den traditionellen Sprecher*innen herzustellen, die als Gatekeeper*innen die vermachteten Arenen kontrollieren und ihren Einfluss bewahren wollen. Gegenöffentlichkeiten können nach Krotz als „eine gegen eine hegemoniale Öffentlichkeit gerichtete Teil-Öffentlichkeit, die um einen spezifischen gesellschaftlichen Diskurs oder Standpunkt herum strukturiert ist“ definiert werden (1998: 653). Teile der Bevölkerung werden zu Teilkulturen, die über unterschiedliche Zugänge zu Macht und Sichtbarkeit verfügen. Je mehr herrschende Öffentlichkeit den Zugang kontrolliert, desto stärker müssen sich

2. Theoretische Konzeptionalisierung

die Ausgeschlossenen neue Wege suchen, um ihre Anliegen sichtbar werden zu lassen (ebd.). Gegenöffentlichkeit ist vor diesem Hintergrund „alternative publics that emerge in response to various exclusions by dominant publics with the goal of targeting and influencing the same“ (Holm 2019). Dies gelte insbesondere in autoritären Umfeldern, in denen Kritik automatisch zur „Gegenöffentlichkeit“ werde (ebd., Klein, 2008: 58). Solchen Gegenöffentlichkeiten wurde die Funktion eines „Megaphons“ (Lovink 1992) zugeschrieben, da wenige Aktivist*innen durch die Verbreitung ihrer Informationen zu einer gesellschaftsverändernden Kettenreaktion beitragen könnten, denn: „Das Konzept Gegenöffentlichkeit versteht sich somit als eine praktische Verwirklichung einer demokratischeren Öffentlichkeit“ (Oy 2003: 511).

Solche gegenöffentlichen Akteur*innen streben danach, mit ihren Ressourcen und Medienlogiken wahrgenommen zu werden, sich Techniken und Methoden anzueignen und sich und ihre Anliegen artikulieren zu können (vgl. Fraser 1992: 124), um mit der Schaffung eigener Medien in die existierende und dominierende Öffentlichkeit eingreifen zu können (vgl. Oy 2003: 509): „Still, insofar as these counterpublics emerge in response to exclusions within dominant publics, they help expand discursive space“ (Fraser 1992: 124). In den Medien wollen gegenöffentliche Akteur*innen aus ihrer Sicht festgefahrene Routinen von ökonomischen und politischen Zwängen befreien und neue Themen diskutieren bzw. traditionelle Narrative aufbrechen. Im Sinne von Beck wollen solche Akteur*innen „unterdrückte Themen“ und „abweichende Meinungen“ sichtbar machen und stellen sich damit ganz bewusst gegen etablierte Sprecher*innen der Medienöffentlichkeit (vgl. Beck 2006: 227). Mit einem solchen gegenöffentlichen Vorgehen kann fundamentale Kritik an existierenden (politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen etc.) Strukturen zum Ausdruck gebracht werden, es besteht aber auch die Möglichkeit, Verständigung, Ausgleich und Kompromiss zu generieren (vgl. Rauchfleisch 2017; Toepfl/Piwoni 2015, 2017).

„(...) We can conclude that the idea of an egalitarian, multicultural society only makes sense if we suppose a plurality of public arenas in which groups with diverse values and rhetorics participate. By definition, such a society must contain a multiplicity of publics“ (Fraser 1992: 126).

2.3 Digitale Gegenöffentlichkeiten in vermachteten Arenen: Neuer Zugang für marginalisierte Akteur*innen?

Marginalisierte Akteur*innen, die potenziell eine Gegenöffentlichkeit konstituieren können, benötigen in vermachteten Arenen Mittel und Ressourcen, um

ihre Anliegen sichtbar werden zu lassen. Das gilt auch für die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen. Dies kann in Form von umfassender (digitaler) Mediennutzung erfolgen, da innerhalb von mediatisierten Öffentlichkeiten (vgl. Krotz 2007, 2008, 2009; Hepp 2009, 2011; Thompson 1995) die relevanten *issues* medial ausgehandelt werden können. Medien bestimmen nicht nur die Öffentlichkeit in ihren unterschiedlichen Formen und Wirkmächten, sondern damit auch das Leben jedes Einzelnen. Alles ist mittlerweile medial vermittelt („mediated“), sodass Medien jegliches kulturelles und gesellschaftliches Leben prägen (vgl. Livingstone 2009: 1) und als „Metaprozess“ (Krotz 2007: 11) Gemeinschaften und Individuen durchdringen. Dabei kommt dem regionalen Kontext entscheidende Bedeutung zu, immerhin verlaufen Mediatisierungsprozesse von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich („context-sensitivity“, Schneider/Richter 2015: 14):

„(...) Given the increased density of technologically mediated communication in all spheres of life, a regionally contextualised media perspective provides a very relevant entry point for understanding the social and cultural processes in contemporary societies“ (Schneider/Richter 2015: 11).

Neue Medien entstehen, vermischen sich mit alten Medien und bilden Hybridformen, die von Menschen adaptiert, in unterschiedlichen Formen genutzt und wahrgenommen werden, was konstruierte Wirklichkeiten von Identität, Kultur oder Herkunft verändert (vgl. Krotz 2005: 39). Medien werden somit im Sinne von Hepp zu „Mittlern“ (Hepp 2011: 58) des sozialen Wandels und dominieren heutige hybride „Medienkulturen“ (Krotz 2010: 98), die von Deterritorialisierung geprägt sind, sodass ohne Medien translokale Kulturen nicht mehr gedacht werden können. Sie wirken hierbei nicht nur als Technologie, sondern als soziale Institution, als Erfahrungsraum des Rezipienten und als Organisation, um Inhalte kommunikativ zu transportieren (Krotz 2009: 23). Dieser weitgefasste Medienbegriff umschreibt somit einen Prozess, in dem sich die Menschen die Technik aneignen und zunutze machen, um ihre eigenen Kommunikationswelten zu definieren und so ihre Realität zu konstruieren, wobei die technologische Innovation diesen Prozess vorantreibt (Krotz 2009: 25). Die allgegenwärtige und entgrenzte Wirkmacht der Medien entsteht also nicht allein aus den transportierten Inhalten, „sondern dadurch, dass sie von den Menschen benutzt werden“ (Krotz 2007: 41). Es handelt sich bei ihnen um kulturelle Verdichtungen, die sich nicht auf bestimmte nationale Territorien begrenzen lassen (vgl. Hepp 2004: 418). Somit bieten sie auch ressourcenschwachen Akteur*innen die Möglichkeit, Zugang zu vermachteten Arenen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund stellen die wachsenden digitalen Möglichkeiten der entgrenzten und translokalen Kommunikation ein geeignetes Mittel dar, Ressourcennachteile zu den Gatekeeper*innen auszugleichen. Prinzipiell können zivilgesellschaftliche

2. Theoretische Konzeptionalisierung

Akteur*innen somit stärker als früher zum/zur Sprecher*in aufsteigen und eine *many-to-many*-Diskussion (vgl. Bohman 2004: 135) etablieren, was im Raum der Massenmedien nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist (vgl. Leguizamón 2009: 2).

Unter diesen Voraussetzungen muss Öffentlichkeit als „dynamisches Phänomen mit fließenden Grenzen“ begriffen werden, „das althergebrachte Leitbegriffe und Unterscheidungen in Frage stellt“ (Pfetsch et al. 2018: 479). In ihr bedingen sich Online- und Offline-Medien gegenseitig, überschneiden sich (vgl. Schneider/Richter 2015: 13) und führen zu einer Kakophonie öffentlicher Stimmen, die Gegenöffentlichkeiten bedingen oder dissonante Öffentlichkeiten schaffen. So können „Dissonanzen in Öffentlichkeiten als Situationen verstanden werden, in denen vielfältige Akteur*innen synchron und asynchron Themen, Informationen und Meinungen artikulieren, zwischen denen Spannungen, Gegensätze oder Brüche bestehen. Dissonanz umfasst dabei sowohl ein bezugloses Nebeneinander verschiedener Öffentlichkeitsbeiträge als auch die explizite Gegenrede zur (vermeintlich) hegemonialen Perspektive“ (Pfetsch et al. 2018: 482). Damit erweitert das Konzept von dissonanten Öffentlichkeiten die Vorstellung von Gegenöffentlichkeiten und berücksichtigt die Existenz von hybriden Mediensystemen und Netzwerköffentlichkeiten (vgl. Dean 2003; Lyons 2017; Neuberger 2014; Schäfer 2015), die „translokal, fluide und mobil“ sind (Pfetsch et al. 2018: 489). Dadurch wird im Zeitalter der digitalen Medien die Dichotomie zwischen öffentlichkeitskonstituierenden Akteur*innen und Empfänger*innen in Frage gestellt. Wie wirkungsvoll können diese Medien dazu beitragen, mediale Partizipation und Mitsprache zu realisieren und bestehende Vermachtung herauszufordern? Entstehen tatsächlich neue Räume des demokratischen Dialogs, die Öffentlichkeit partizipatorischer werden lassen und asymmetrische Machtstrukturen verändern oder verschieben (vgl. Brants 2005; Rasmussen 2008; Norris 2000)? Orientiert sich also eine durch das Internet transformierte Öffentlichkeit am Habermaschen Egalitätsbegriff der deliberativen Öffentlichkeit, indem ein vielfältiger Diskurs ermöglicht wird (vgl. Leguizamón 2009: 105)? Diese Fragen werden seit der Entstehung digitaler Kommunikationstechnologien vermehrt gestellt und diskutiert. So besteht nach wie vor ein Spannungsverhältnis zwischen internetbasierten Freiheiten und überzogener Erwartungshaltung in Bezug auf eine sich entwickelnde „multiagorale Gesellschaft“ (Meyer-Lucht 2012: 28). Es wird kontrovers darüber gestritten, ob neue digitale Freiräume zu mehr Demokratisierung oder einer virtuellen Gegenöffentlichkeit (Engesser/Wimmer 2009; Milioni 2009) führen oder sich nicht viel mehr ein Raum des „Cyberpessimismus“ (Müller/März 2008: 10) entwickelt, da „die neuen technischen Möglichkeiten nicht notwendigerweise (deterministisch) sozialen Umbruch auslösen (...)“ (Müller/März 2008: 10). Diese Entwicklung beeinträchtigt die Diversität der Online-Debatten (Gerhards/Schä-

fer 2009) und hat gar zur Mutation von Öffentlichkeiten, Akteur*innen, Medien, Raum und Zeit geführt (Kübler 2000: 206f.).

Insbesondere in der Öffentlichkeitstheorie vielfach untersuchte Beispiele translokaler digitaler Gegenöffentlichkeiten lassen den Schluss zu, dass deren Genese keinesweg eine demokratische und egalitäre Gesellschaft als Basis benötigt (vgl. Fraser 2008; 2014a), damit neue Sprecher*innen Gehör finden und eine Gegenöffentlichkeit bilden können. Stattdessen sind aufgrund digitaler Kommunikation neue Instrumente entstanden, die es erleichtern, in machtungleichen Systemen eine Empörungsgemeinschaft herzustellen und sich auch gegen die ressourcenstarken Gatekeeper*innen zu behaupten. Weiterhin kann das persönliche Engagment Einzelner dazu beitragen, viele zu erreichen und hegemoniale Sprecher*innen herauszufordern. So wird die These formuliert, dass bislang benachteiligte soziale Gruppen wie religiöse oder ethnische Minderheiten über „Bürgerjournalismus“ (Michaelsen 2013) und die Nutzung digitaler Medien sichtbar werden könnten (vgl. Shim et al. 2015), da sie leichteren Zugang erhalten als bei traditionellen Medienformaten.

„Der interaktive Charakter des Web 2.0 kann die Bandbreite von Themen und Akteuren in der politischen Debatte erhöhen. Die herkömmlichen Medien müssen sich demnach der Herausforderung stellen, nicht mehr unilateral Bedeutung und Attraktivität bestimmter Themen produzieren zu können. Durch die Interaktivität des Web 2.0 werden die neuen Medien zum Sprachrohr der Bevölkerung und ermöglichen es, Gegenöffentlichkeit schnell und kostengünstig herzustellen“ (Kopetzky 2015: 2).

Insbesondere in autoritären Systemen würden Akteur*innen, die Kritik an bestehenden Verhältnissen üben, automatisch zu Vertreter*innen einer Gegenöffentlichkeit – ob sie wollen oder nicht (vgl. Kopetzky 2015: 3, Klein 2008). Digitale Medien bieten neuen Akteur*innen deutlich flexiblere und offenere Zugänge als die traditionellen Massenmedien, was die „Bedingungen der öffentlichen Kommunikation grundlegend verändert“ hat (Pfetsch et al. 2018: 480; vgl. auch Strippel et al. 2018).

„Durch die dezentralisierte Struktur des Netzes und der gleichmäßigen Verteilung von Beitragsmöglichkeiten auf die Nutzer wird Teilnahme ermöglicht und folglich eine Homogenität der Themenagenda verhindert“ (Kopetzky 2015: 5).

Dies fordert das Deutungsmonopol des (autoritären) Staates massiv heraus, der mit alternativen Akteur*innen konfrontiert wird, welche sich weniger kontrollieren lassen (vgl. Castells 2007; 2008). Ähnlich formuliert es Wimmer: „Dank der offenen und hierarchielosen Struktur des Internets kann – zumindest prin-

2. Theoretische Konzeptionalisierung

ziell – jeder Nutzer mit seiner Stimme zum Teil des politischen Diskurses werden oder lautstark auf seinen Dissens aufmerksam machen“ (2014: 285).

Diese Annahme führte zu der Hoffnung, beim Internet handele es sich um eine „Wunschmaschine“ (Beck 2006: 204), in der marginalisierte Gruppierungen durch einfacheren Zugang und höhere Sichtbarkeit mehr Einfluss auf die traditionellen Gatekeeper*innen ausüben könnten. Diese Netzeuphorie äußerte sich teilweise in utopischen Vorstellungen, in denen das Internet zum Instrument einer neuen Teilhabe vieler an politischen Entscheidungsprozessen stilisiert wurde (vgl. Negroponte 1996; Bruns 2009; Dutton 2009).

„Mitunter wurde – und wird – gemutmaßt, im Netz und durch das Netz entstehe eine neue Form von ‚Cyber-Öffentlichkeit‘, die vielleicht sogar an die Stelle der Öffentlichkeit der Massenmedien trete und somit die Schwächen einer durch Medienkonzentration, symbolischer und mediatisierter Politik sowie ‚vermachtete‘ Medienstrukturen geprägten politischen Öffentlichkeit überwinden könnte“ (Beck 2006: 204).

So wurde vielfach argumentiert, dass sich innerhalb des Internets die Dichotomie zwischen Arena und Galerie, zwischen Publikum und Gatekeeper*innen auflöse und ein egalitärer Raum zur Diskussion, zur Debatte, zum Austausch entstehe (vgl. Grundwald et al. 2006: 71; Oy 2003: 507; Klein 2003: 47; Hamm und Zayser 2000; Kleinsteuber 1999: 184). Das Netz biete somit ein „ideales Medium für ‚Gegenöffentlichkeiten‘“ (vgl. Beck 2006: 223; Plake et al. 2001: 76–77): „Die Möglichkeit, direkt und ohne professionelle Vermittler*innen untereinander sowie mit der politischen Elite online zu kommunizieren, stärke nicht nur die partizipative Kommunikation, sondern eröffne einen neuen Spielraum für direktdemokratische, plebiszitäre Elemente in der Politik (...)“ (Beck 2006: 223), da öffentliche Kommunikation ohne technische Barrieren oder die Selektion durch Gatekeeper*innen aus Medien oder Politik erleichtert werde. Dadurch könne Netzöffentlichkeit dazu dienen, eine größere Anzahl von Zuschauern, die sich bislang auf der Galerie befanden, an Online-Diskursen teilhaben zu lassen (vgl. Grundwald et al. 2006: 83). Insbesondere sozialen Medien werden neue Möglichkeiten zur Kommunikation zugeschrieben, die „broadcasting, redistributing, interacting, acknowledging“ (Murru 2018: 63; vgl. Holt et al. 2013; Xenos et al. 2014) umfassen können.

Dies trifft jedoch nicht auf alle digitalen Akteur*innen zu: Insbesondere im Wettstreit mit ressourcenstärkeren Kräften aus Wirtschaft, Politik oder Medien gelingt es nicht zwangsläufig, sich zu behaupten, da beide Seiten über ungleiche technische, finanzielle oder kognitive Ressourcen verfügen (vgl. Beck 2006: 223). Solche Akteur*innen müssen sich „jedesmal neu verständigen, ihre Klientel mobilisieren und Aktivisten rekrutieren (...)“ (Beck 2006: 214). So bieten digitale Räume zwar neue Chancen für marginalisierte Akteur*innen, gleichzei-

tig versuchen aber, einflussreiche Kräfte den Zugang zu diesen Räumen zu limitieren, um die eigene Deutungshoheit zu bewahren. Dies kann durch technische Einschränkungen, durch Zensur oder durch andere Instrumente erfolgen, was sich auf die Durchlässigkeit des freien Diskurses negativ auswirkt.

Insbesondere in autoritären Kontexten stoßen also Formen der digitalen Gegenöffentlichkeit an Grenzen. Einerseits könnten „neue Medien“ (vgl. Rice 1999; Miles et al. 1997; Peters 2009) Protestkulturen, Aktivismus, die Sichtbarmachung von zuvor negierten und tabuisierten gesellschaftlichen und politischen Themen und soziale Mobilisierung fördern (vgl. Eijaz 2013), andererseits werden sie auch zunehmend von den staatlichen Eliten kooptiert, zensiert und als Kommunikationskanäle instrumentalisiert (Kugelman 2012). Es bestehen also weiterhin „Ungleichheiten des Zugangs“ für neue Öffentlichkeitsakteur*innen (vgl. Beck 2006: 223), was der Habermaschen Forderung nach einer deliberativen Öffentlichkeit im Wege steht (vgl. Dahlberg 2001). Das Internet verstärkt bereits bestehende Zustände bei der Netzwerkbildung und manifestiert damit Machtverhältnisse: „Dementsprechend schaffe das Internet unmittelbar weder neue Bürger noch eine lebendigere Demokratie“ (Grundwald et al. 2006: 59). Diese Beobachtung wird dadurch verstärkt, dass immer mehr reaktionäre oder anti-demokratische Gruppen digitale Gegenöffentlichkeiten bilden, um ihre Ansichten sichtbar werden zu lassen (vgl. Wimmer 2014: 299). Diese eher kritischen Sichtweisen konstituieren ein zweites Paradigma bei der Einordnung digitaler Partizipationsmöglichkeiten und sind von Ernüchterung geprägt (vgl. Papacharissie 2002, Pariser 2011). Anstatt alternativen Akteur*innen mehr Raum für ihre Agenden zu bieten, werden traditionelle Sprecher*innen weiterhin aus bereits beschriebenen Gründen bevorzugt und können die Deutungshoheit über die zu diskutierenden Themen zurückgewinnen (vgl. u. a. Friedland et al. 2006).

Dementgegen handelt es sich bei dieser entweder idealisierten oder dämonisierten „Netzöffentlichkeit“ (vgl. Beck 2006: 228) jedoch keineswegs um eine neue oder monolithische Form der Öffentlichkeit. Stattdessen vernetzt sie sich mit klassischen Medien oder traditionellen Formaten der Meinungsäußerung. Durch diese Durchlässig- und Wandelbarkeit entstehen hybride (gegen)öffentliche Akteur*innen, die sich in beiden Arenen ausdrücken können bzw. ihre digitale Präsenz nutzen wollen, um ihre marginalisierten Themen in der traditionellen Medienöffentlichkeit zu platzieren (vgl. Beck 2006: 228): „Die Öffentlichkeiten im Internet und massenmediale Öffentlichkeiten grenzen einander nicht aus, sondern sind Bestandteil eines komplexen Systems, in dem die Bürger an verschiedenen Teilöffentlichkeiten partizipieren“ (Grundwald et al. 2006: 72). Es bilden sich mehrere partikulare oder segmentierte Öffentlichkeiten bzw. Teilöffentlichkeiten, deren Akteur*innen teilweise miteinander vernetzt sind, aber auch unabhängig voneinander existieren (Wimmer 2014: 288).

2. Theoretische Konzeptionalisierung

Deswegen müssen solche Akteur*innen durch neue Mobilitätslinsen betrachtet werden, die uns helfen, „our understanding of the interrelationship between new media configurations, emerging practices of mobility and processes of sociocultural change“ zu verstehen (Schneider 2015: 225). Dabei wird Mobilität geprägt durch diverse Bedeutungsebenen, die durch regionale, soziale und räumliche Verdichtungen ebenso bestimmt wird, wie durch die Nutzung digitaler Technologien (vgl. Tomlinson 2006; Moores 2012). So wird Mobilität zu einer Ressource, die nicht allen Akteur*innen im gleichen Maße zur Verfügung steht (vgl. Sheller/Urry 2006).

Trotz oder gerade wegen all dieser Dichotomien muss das Konzept der digitalen Gegenöffentlichkeit in seiner ganzen Komplexität auch im pakistanischen Kontext berücksichtigt werden, immerhin begreifen sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als Sprecher*innen einer marginalisierten Gruppe, die von dominanten Gatekeeper*innen in ihrem Engagement limitiert werden. Der zutage tretende Pluralismus der Gegenwärtsöffentlichkeiten lässt in autoritären bzw. semi-demokratischen Systemen wie in Pakistan Widersprüche und Konflikte entstehen, die zu Disharmonie und Exklusion führen, da Macht unterschiedlich verteilt ist (Mouffe 2000). Deutungsmacht erhalten diejenigen Akteur*innen, die virtuelle, politische und kulturelle Räume dominieren, kontrollieren oder regulieren können (vgl. Khan et al. 2012: 47) und ihre Partikularinteressen umsetzen (vgl. Sassen 1998: 194) – die Gatekeeper*innen bzw. die *Milbus*-Akteur*innen. Diese vermachtete Arena wollen die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen trotzdem betreten, indem sie mit Hilfe digitaler Mittel, individuellem Engagement und in Form von unterschiedlichen Strategien eine alternative Öffentlichkeit von Migration entwickeln und damit bestehende Narrative und Deutungshoheiten dekonstruieren. Sie können damit in auf Basis der theoretischen Konzepte als Vertreter*innen einer „Gegenöffentlichkeit“ (vgl. Wimmer 2007; Michaelsen 2013) wahrgenommen werden, sehen sich aber selbst nicht in dieser Rolle (siehe [Schlusskapitel](#)).

Hinzu müssen die technologischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Zugänge zu virtuellen Räumen gewährleistet werden, um eine größere öffentliche Repräsentation herzustellen (vgl. Papacharissi 2002), die vor allem in autoritären und medienkontrollierten Systemen meistens beschränkt und einer staatlichen Kontrolle unterworfen sind (vgl. Maresch/Rötzer 2001: 7). In solchen Systemen müssen andere Zugangskanäle von gegenöffentlichen Akteur*innen genutzt werden, um Repression, Kontrolle und Zensur zu vermeiden (vgl. Zheng/Wu 2005). Diese „digitale Kluft“ (*digital divide*, vgl. Norris 2001) wird insbesondere sichtbar in fragmentierten Gesellschaften, in denen geschlechter-spezifische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und soziale Unterschiede darüber bestimmen, wer Zugang zum virtuellen Raum erhält und wer nicht. Es bestehen Aneignungsunterschiede auf lokaler, nationaler, translokaler und glo-

baler Ebene (vgl. Hepp 2006: 264f.). Ebenso wenig wie im Sinne Habermas alle Mitglieder einer Gesellschaft Zugang zur traditionellen Öffentlichkeit erhalten können, ist dies beim Internet der Fall. Es herrscht also keineswegs freier Zugang, sollte man nicht über die technischen, sprachlichen oder kommunikativen Voraussetzungen verfügen.

Dies gilt insbesondere für das pakistanische Mediensystem sowie für den Zugang zu digitalen Medien: Die bereits während der Kolonialzeit existierende sprachliche und kulturelle Fragmentierung zeigt sich noch heute in der Dichotomie zwischen englisch- und Urdu-sprachigen Medien und führt zu Dissonanzen. Rajagopal hat ähnliche Tendenzen in der indischen Medienöffentlichkeit aus historischer Perspektive untersucht und spricht in diesem Kontext von „split public“. So hätten sich in Indien seit den 1980er Jahren zunehmend hindu-nationalistische Inhalte im Fernsehen verbreitet, was zu gesellschaftlichen Konflikten geführt habe. Fernsehen wurde zu einem Instrument, dass nationalistische Gruppen und das Publikum zusammenführten und einen autoritativen und gleichzeitig inklusiven Medienstil forcierte. Dabei wirkten die Medien als Katalysatoren eines hinduistischen Nationalismus: „Hindu nationalism represented an attempt to fashion a Hindu public within the nexus of market reforms and the expansion of communications, rather than religious reaction as such“ (Rajagopal 2001: 1). Somit wurde das nationale Bewusstsein über das Fernsehen geprägt, auf dieses Medium reduziert und mit ihm verwoben. Dagegen wandten sich Journalist*innen, was zu einer „gespaltenen Öffentlichkeit“ führte, die sich auch in der Nutzung unterschiedlicher Sprachen niederschlug und damit nicht nur eine linguistische, sondern auch eine kulturell-ideologische Spaltung zum Ausdruck brachte. „(...) This (...) took shape as a split between an electronic public, which represented the closets numerical approximation to the society at large, and the several print publics existing alongside it“ (Rajagopal 2001: 153). Während englischsprachige Medien eine liberale Wahrheit, Objektivität und Neutralität repräsentieren wollten, vertraten die hindi-sprachigen Medien einen nationalistischen, emotional aufgeladenen Kurs, der die politische Öffentlichkeit in Indien massiv beeinflusste (vgl. Rajagopal 2001: 152): „Hindi news audiences had a more fraught and contested relation to power, and could not assume a transparent, value-neutral approach to the news in quite the same way“ (Rajagopal 2001: 152–153). Dadurch wurde die Spaltung des Mediensystems offenbar, und weder die englisch- noch die hindi-sprachige Presse konnte für sich in Anspruch nehmen, im Namen der gesamten Nation zu sprechen. Die englischen Medien als traditionelle Gatekeeper*innen wurden durch die neuen Akteur*innen herausgefordert und traten in einen Wettstreit um die „nationale Seele“ Indiens:

2. Theoretische Konzeptionalisierung

„What was critical was that English language news values were state-centric, following a colonial heritage, and reflecting the perspective of an elite business class that depend on the patronage of the developmentalist state (...) Hindi language news values, by contrast, tended to be more ‘society-centric’: more diverse on the social composition of its audience, and thus more hybrid in the sources of authority it could appeal to” (Rajagopal 2001: 209).

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch innerhalb des fragmentierten pakistanischen Mediensystems, wenngleich eine pakistanische „split public“ bisher noch nicht systematisch untersucht wurde. Während die englischsprachigen Medien sich zumeist als Sprachrohre einer liberalen, säkularen und urbanen pakistanischen Mittel- und Oberschicht begreifen (vgl. Akhtar 2000: 12–14) und ressourcenstarke Akteur*innen bzw. die Gatekeeper*innen ansprechen, adressieren die Urdu-sprachigen Medienformate vor allem rurale gesellschaftliche Gruppierungen aus den wirtschaftlich benachteiligten Gesellschaftsschichten. Aber:

„English print, television and radio channels have far smaller audiences than their Urdu counterparts, but have greater leverage among opinion makers, politicians, the business community, and the upper strata of society” (International Media Support 2009: 6).

So haben sich in Pakistan „selbständige“ oder „fragmentierte Öffentlichkeiten“ (Hickethier 2000: 7), entwickelt, in denen Sprecher*innen in nebeneinander oder sich widersprechenden Arenen agieren und um Aufmerksamkeit ringen, ohne sich frei bewegen zu können.

Allerdings greifen die untersuchten Akteur*innen auf Medienpraktiken zurück, die ihnen u. a. die digitalen Medien und Kommunikationstechniken anbieten. Sie setzen diese Ressourcen medienstrategisch ein, um sich Gehör zu verschaffen und ihr Anliegen – die Herstellung von kritischer Öffentlichkeit zu Migration – zu realisieren. Demensprechend betreiben die untersuchten Akteur*innen Agendasetting²⁰, um ihre issues in einer Öffentlichkeit zu platzieren, die sie erreichen und beeinflussen wollen (vgl. Schoenbach et al. 2005), in der sie bisher aber nicht oder nur kaum sichtbar wurden. Sie beabsichtigen, die Wahrnehmungen ihrer Rezipienten zu verändern und damit auch deren „Bild von der Welt“ (Rössler 1997: 16) herauszufordern: „Der Rezipient ‚lernt‘ aus der Gewichtung in der Medienberichterstattung seine eigene Gewichtung relevan-

²⁰ „Der Grundgedanke der Agenda-Setting-Forschung ist, dass der Stellenwert, den die Bevölkerung einem Problem zuweist, abhängig von Art und Ausmaß der Berichterstattung in den wichtigsten Medien ist“ (Kopetzky 2015: 31).

ter Themen“ (Rössler 1997: 17). So bezweckt Agendasetting die Herstellung von Bedeutung: Die Aufmerksamkeit wird durch Anknüpfung an bestimmte Erfahrungshorizonte und Vorwissen auf spezifische Themen fokussiert. Damit erfüllt Agendasetting die Aufgabe, Themen zu setzen und dem Publikum zu präsentieren (vgl. Rössler 1997: 18).

Je mehr Sichtbarkeit also die Öffentlichkeitsakteur*innen mit ihren Anliegen erfahren, je häufiger sie ihre Themen adressieren können, desto höher schätzen sie ihre Chancen ein, auch massenmedial gehört zu werden. Damit verfolgen sie den Ansatz, eine „Korrelation von Medien- und Bevölkerungsa-genda“ (Kopetzky 2015: 32) herstellen zu können: „Die Gliederung der Realität erfolgt dabei nach der Wichtigkeit der Themen, so dass sich die Agenda als eine Rangfolge von Themen bzw. Objekten darstellt“ (Kopetzky 2015: 38). Sie wollen mit diesem Konzept eine Medienwirkung erreichen, um die öffentliche Agenda mitbestimmen zu können (vgl. Huck 2009: 15): „Dabei geht es vor allem darum, das massenmediale Angebot ins Wahrnehmungsfeld der Rezipienten zu rücken und ein Bewusstsein und Wissen über Themen zu vermitteln, denn dies erzeugt daraufhin die Anschlusskommunikation in der Bevölkerung über die als wichtig wahrgenommenen Probleme, Sachlagen und Ereignisse“ (Rußmann 2007: 46). Den Öffentlichkeitsakteur*innen ist sehr wohl bewusst, dass nur wenige von ihnen Zugang zu massenmedialen Formaten erhalten können. Sie müssen also einem bestimmten Anliegen – in ihrem Fall „Migration nach Saudi-Arabien“ – Attribute und Merkmale zuschreiben, um Aufmerksamkeit zu generieren (vgl. Scherer 1998: 651), um einen Prozess der Meinungsbildung anzuregen (vgl. Weßler 1998: 666). Ihnen ist nicht nur daran gelegen, dass über Migration nach Saudi-Arabien von den Empfängern nachgedacht, sondern wie dieses Anliegen reflektiert wird (vgl. Scheufele 2003: 61). Ihre Medieninhalte bzw. ihre Agenda müssen provozieren und sich gegen die bestehenden Diskursnarrative abheben. Sie wollen mit dieser Medienwirkung andere Themen verdrängen, um die Aufmerksamkeit auf ihre Anliegen zu lenken und wissen um die begrenzte Rezeptionsfähigkeit der Adressaten in diesem „Nullsummenspiel“ (Rössler 1997: 42).

Deswegen versuchen die Akteur*innen, mithilfe ihres Agendasetting die betreffenden Anliegen zu „framen“. Damit wollen sie eine „Selektion von Realitätsinhalten und Wahrnehmungsprozessen“ vornehmen und die Realität „einrahmen“ (Kopetzky 2015: 67). Dabei bezieht sich Kopetzky auf die Definition von Entman:

„To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described“ (Entman 2007: 52).

2. Theoretische Konzeptionalisierung

Framing führt somit zu einer Veränderung von Wahrnehmungen bei den Adressaten, woraus ein Bezugsrahmen entsteht. Daraus können sich neue Wahrnehmungen für bestimmte adressierte Sachverhalte entwickeln. Je mehr also die Medien bestimmte Themen adressieren und diesen Bedeutungsrelevanz zukommen lassen, desto mehr verändert sich auch die Sichtweise der Rezipienten auf diese Themen, was sich in einer Einstellungsänderung oder einer modifizierten Wahrnehmung niederschlagen kann. Framing dient dementsprechend dazu, eine Agenda zu platzieren, indem bestimmte Arten der Darstellung gewählt werden (vgl. Scheufele 2003: 80–81).

Insbesondere das Internet stellt für die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ein wirkmächtiges Betätigungsfeld für ihr Agendasetting dar: Hier können sie ihren *issues* im Sinne von Agendabausteinen oder politischen und sozialen Streitfragen von öffentlichem Interesse (vgl. Röttger 2001: 16) Ausdruck verleihen und sich als Sprecher*innen positionieren (vgl. Beck 2006: 228). Indem sie ihre Anliegen „rahmen“, wollen sie nicht nur auf inhaltlicher, sondern auch auf emotionaler Ebene die Adressat*innen für sich und „ihre Sache“ gewinnen, Wahrnehmungen verändern und mobilisieren (vgl. Scheufele 2003: 82; 213).

Ihr Agendasetting verortet sich in einer Öffentlichkeit, in der das Thema Migration in der Vergangenheit von traditionellen Sprechern be- und verhandelt wurde. Dies ändert sich. Durch die anwachsende Bedeutung sozialer und digitaler Medien wird die Definition solcher Agendasetter*innen herausgefordert. Fragmentierte Rezipienten in Form von „demassification“ von Medien entstehen, die durch neue technologische Zugangsoptionen beeinflusst werden (Chaffee/Metzger 2001; Iyengar 2008; Kosicki 2006; Takeshita 2006; Beckett/Mansell 2008). Durch die Entstehung des Internets hat sich die einseitige Medienwirkung im Agendasetting verändert, da im Internet einerseits Agenden traditioneller Medien repliziert und damit verstärkt, andererseits aber auch neue, alternative Themen adressiert werden, die nicht selten im Widerspruch zu den massenmedialen Agenden stehen (vgl. Wanta 2012: 13). Dies wollen sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zunutze machen, indem sie von der Inputperipherie in zentralere Arenen der Öffentlichkeit dringen, um eine „public agenda“ (Kopetzky 2015: 43) mitprägen zu können, was in Pakistan eine enorme Herausforderung darstellt, denn: Im regionalen Vergleich besteht in Pakistan bei den Nutzungsraten von digitalen Medien noch immer ein gravierendes Missverhältnis (vgl. auch [Kapitel 7](#)). Im Jahr 2015 lag Pakistan auf Rang 8 der zehn asiatischen Ländern mit der höchsten Internetnutzung (Internet World Stats), 2013 verfügten nur 27,6% der Bevölkerung über Internetzugang und nur

4,37% einen *Facebook*-Account.²¹ Die nach wie vor hohe Anzahl von Analphabeten sowie regelmäßige Stromausfälle erschweren insbesondere in ruralen Gebieten den Zugang und die Nutzung von digitalen Medien und erhöhen die „participation gap“ (Eijaz 2013: 122, 127). Hinzu werden Online-Medien zunehmend von klassischen Medienformaten kooptiert, „by hosting independent bloggers and maintaining Twitter accounts known for criticizing the government and supporting socially progressive campaigns“ (Yusuf 2013: 22). Viele Online-Medien reproduzieren Berichterstattung klassischer Medienformaten, ohne selbst über eigene Redaktionen zu verfügen (vgl. Michaelson 2011: 66).²² Dieses Medienmanagement beeinflusst also die Wirkweise der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen und ihren Zugang zur Arena der Migration. Eine solche Regulierung von digitalen Räumen ist nicht nur „a controversy over conservative values and their manipulation by extremist factions, but also a conflict between civil society and the government which uses the protection of morality, religion and national security as a pretext to expand its censorship“ (Michaelson 2013: 172f.).

2.4 Konstituierung von neuer Sichtbarkeit: Migration als translokales Phänomen

In meinem Forschungsvorhaben stellen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen Informationen über Migration zur Verfügung oder wollen migrationsrelevante Themen in der Öffentlichkeit positiv oder negativ repräsentieren (vgl. Bleich et al. 2015: 858; Murdock 2013). Sie streben damit nach Zugang zu vermachteten Arenen und nutzen häufig digitale Ressourcen, um sich gegen die dominanten traditionellen Gatekeeper*innen zu behaupten. Dabei kann ihnen die Sichtbarmachung von Migration als fluidem transnationalen Phänomen auch dazu dienen, neue Zugänge zu medialen Arenen zu erhalten bzw. schwache in starke Öffentlichkeiten zu transformieren. Im Sinne von Appadurai (1997) werden zwei translokale Kulturphänomene – Migration *aus* Pakistan und Medien *in* Pakistan – konzeptionell miteinander verwoben, in Beziehung gesetzt und diskutiert. Dabei greift die globale und translokale Dimension von Migration auch auf nationale Kontexte aus und schafft somit neue Herausforderungen für spe-

²¹ Andere Zahlen gehen nur von 9–16% und damit 20–30 Millionen Nutzern aus (Schmidt 2013: 16; Yusuf/Schoemaker 2013: 17).

²² 2006 und 2007 war die Regierung massiv gegen regierungskritische digitale Öffentlichkeiten vorgegangen, indem mehrere Websites gesperrt wurden. 2008 wurde *YouTube* blockiert, weil dort das Blasphemie-Gesetz kritisiert worden war.

2. Theoretische Konzeptionalisierung

zifische Teilbereiche von Öffentlichkeit: Je transnationaler und -kultureller ein Phänomen wie Migration ist, desto stärker müssen national strukturierte bzw. aufgrund der inneren Verfasstheit und des Referenzrahmens asymmetrische Öffentlichkeiten neu gedacht werden.

Migrationsflüsse haben sich zunehmend diversifiziert und finden viel häufiger auch in Süd-Süd-Kontexten und nicht mehr linear, sondern zirkulierend statt (vgl. Audebert/Dorai 2010: 203–206). Die mediale Sichtbarkeit von Migration wird dadurch auf unterschiedlichen Ebenen zu einer Öffentlichkeit mit translokalen Flüssen (vgl. Appadurai 1997). Somit ist sie als grenzübergreifendes Kulturphänomen zu begreifen, welches direkten Einfluss auf die Aushandlung von Migration in öffentlichen Räumen nimmt:

„The story of mass migrations (voluntary and forced) is hardly a new feature of human history. But when it is juxtaposed with the rapid flow of mass-mediated images, scripts and sensations, we have a new order of instability in the production of modern subjectivities. (...) These create metaphoric public spheres phenomena that confound theories that depend on the continued salience of the nation-state as the key arbiter of important social changes“ (Appadurai 1997: 4).

Dadurch werden Medien zu globalisierten Netzwerken, und Migration wird zum Knoten solcher Netzwerke mit „a set of interpersonal ties that connect migrants, former migrants, and non-migrants in origin and destination areas“ (Durand/Massey 1992: 17). „Schwache Knoten“ (*weak ties*) können sich jedoch durch ein hohes Maß an Flexibilität, Mobilität, Dynamik und Unabhängigkeit auszeichnen (vgl. Granovetter 1973; Goetze 2002). Migration fungiert als wesentlicher Treiber dieses Transformationsprozesses, indem ihr fluider Charakter tradierte Selbstwahrnehmungen von nationaler Zugehörigkeit, Machtverhältnissen und Identität verändert, Grenzen des Sagbaren verschiebt und Räume der Öffentlichkeit für neue Akteur*innen schafft, während sich andere verschließen. In gleichem Maße tragen neue Kommunikationskanäle, entgrenzte Formen von Mediennutzung, -besitz und -wissen dazu bei, diese Aushandlungsprozesse von Öffentlichkeit zu modifizieren und ermöglichen neue Räume des Zusammenkommens und der Abgrenzung. Der Aushandlungsprozess über mediale Öffentlichkeit zu Migration ist dadurch zu einem Kulturphänomen im Sinne von Appadurai (1997) geworden, der als Fluss funktioniert: Alle Bereiche des Lebens sind in einer transnationalen Welt in Bewegung und lassen sich nicht in Peripherie und Zentrum unterteilen.

In einer solchen entgrenzten Welt verfügen auch „mediale Migranten“ (Hepp et al. 2010) in Form von digitaler Kommunikation über Sichtbarkeit in unterschiedlicher Form: Über Massenmedien aber auch kleine Medien wie Briefe, SMS, digitale und soziale Medien (vgl. Dayan 1999) können Migranten trans-

lokale Netzwerke herausbilden (Christensen 2011: 222), wodurch sie zu „connected migrants“ (Hepp et al. 2010: 265) oder „Transmigranten“ (Schiller et al. 1997) werden können. Diese Migranten bestimmen somit Medienkulturen und Öffentlichkeit in ihren Diaspora-Gemeinschaften²³, den Aufnahme- wie Entsendegemeinschaften, agieren transnational, deterritorialisieren und reterritorialisieren (vgl. Smith 2001). In diesem Sinne fällt Migration für Gesellschaften eine sinnstiftende Bedeutung zu, da sie über ihre Diasporagesellschaften, in Form von transkulturellen und -lokalen Netzwerken und mithilfe sich überlappender Identitäten zur Entwicklung neuer (Gegen-)Öffentlichkeiten beitragen, die neue Arenen bilden und alte herausfordern sowie mit ihnen verschmelzen oder in Dialog treten können. Dies ermöglicht marginalisierten Akteur*innen, alternative Möglichkeiten zur Sichtbarkeit im Migrationskontext zu finden und zu entwickeln (vgl. Fraser 2014b: 22).

Das Konzept von Öffentlichkeit wird somit durch Migration weiterentwickelt und muss aus dem nationalstaatlichen „Container“ im Sinne von Beck (1997: 49) gelöst werden. Es muss umso weiter gefasst werden, je mehr es sich bei Migration um ein „Cybermodell“ handelt, welches die Wechselseitigkeit zwischen Entsende- und Aufnahmegesellschaften umfasst (vgl. Jain 2002: 7f.) denn:

„Transnational migrant culture cannot be seen as a template or baggage. It is not something to be figuratively packed and unpacked, uprooted (...) and transplanted from one national context to another (...). Transnational cultures are cross-border mixes, which may not only involve novel elements but also ‚hardware‘ found in national or local cultures from regions of origin and destination“ (Faist 2010: 90).

Die Sichtbarmachung von Migration wird so zu einem Ermächtigungsinstrument von Akteur*innen aus „schwachen“ Öffentlichkeiten. Translokalisierung revidiert somit bestehende Grenzen von nationalstaatlicher Öffentlichkeit und schafft Räume, um nicht nur entgrenzte Kulturen, sondern auch Öffentlichkeiten miteinander zu verflechten und zu durchdringen.

Dies gilt insbesondere für viele islamisch geprägte Gesellschaften, die bereits vor der Globalisierung translokale Prozesse durchlaufen haben (vgl. Freitag/von Oppen 2010: 3). Ähnliches zeigt die historische Konstante der Migration aus Südasien (insbesondere Pakistan) in einem kolonialen Kontext

²³ „Diaspora ist das Netzwerk einer vorgestellten ethnischen Gemeinschaft von Personen, die dauerhaft außerhalb der Lokalitäten ihres geografischen Ursprungs über verschiedene Territorien unterschiedlicher (National-)Staaten verteilt leben“ (Hepp 2004: 429).

2. Theoretische Konzeptionalisierung

anschaulich. „(...) Networks of merchants or migratory movements inspired by imperial expansion fall squarely into an investigation of both translocality and globalisation“ (Freitag/von Oppen 2010: 13; vgl. auch Ho 2006; Dobbin 1996 und Penrad 1988). Als Bestandteil der translokalen Kultur kommt Migration demnach eine permeative und nicht separatistische Bedeutung zu (vgl. Welsch 1999; Welsch 2011: 294). Je mehr eine Gesellschaft wie die pakistanische also von einem Phänomen wie Migration geprägt ist, desto komplexer finden Aushandlungsprozesse zur Sichtbarkeit in der medialen Öffentlichkeit statt. Gleichzeitig entstehen aber auch Hybridformen, die sich untereinander austauschen, miteinander vernetzen und gegeneinander agieren. Es stellt sich jedoch die Frage, in welchen Räumen sie stattfinden (dürfen) und wer ein Interesse hat, ein solches Zusammenkommen in medialen Räumen zu verhindern oder zu ermöglichen. Weiterhin muss diskutiert werden, ob Migranten selbst die Sprechfähigkeit besitzen, solche Aushandlungsprozesse mitzubestimmen, oder ob sie durch bestimmte Akteur*innen und Strukturen daran gehindert, befähigt oder vertreten werden. Daraus resultiert nach Moors et al. (2009) die Notwendigkeit, „conventional notions of the modern public sphere“ neu zu definieren, was sie am Beispiel der Hausangestellten im Mittleren Osten aufzeigen und damit Frasers Habermas-kritische Haltung stützen. So würden ausländische Hausangestellte in den Mediendiskursen des Mittleren Ostens weitgehend als Objekte wahrgenommen, obgleich sie physisch in den Öffentlichkeiten durchaus präsent seien (z. B. in Einkaufsläden, Restaurants, Orte der Unterhaltung etc.) wie z. B. in Dubai:

„South Asians, mostly Indians, are highly visible in a host of commercial arenas, including retail and wholesale, the gold market as well as garment production. Some shopping malls are frequented by a South Asian public employed in a large variety of professions. In a similar vein, residential areas where South Asians live vary from sophisticated upper middle-class housing areas to more popular neighborhoods (...). In other words, whereas certain areas in Dubai may be defined as South Asian or Indian public spaces, this space is internally stratified“ (Moors et al. 2009).

Dieses Kapitel setzt die theoriegebundene Rahmung für die empirische Untersuchung der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen. Durch traditionelle Gatekeeper*innen wird den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen der Zugang zur vermachteten Arena zu Migration erschwert. Gleichzeitig sind letztere wiederum daran interessiert, bestehende Narrative aufzubrechen, um ihr primäres Anliegen erfolgreich umsetzen zu können und die traditionellen Sprecher*innen, die bislang die öffentliche Diskussion über Migration bestimmten, herauszufordern. Dafür bedienen sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bestimmter Ressourcen und Strategien – betreiben Agendasetting und Fra-

ming –, um ihre *issues* zu platzieren. Sie bewegen sich somit in einer kontrollierten und fragmentierten pakistanischen Öffentlichkeit, die dem egalitären Konzept von Habermas widerspricht. Umso mehr muss das Konzept der digitalen Gegenöffentlichkeit im Kontext der von mir untersuchten Akteur*innen miteinbezogen werden. Vor diesem Hintergrund ringen die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen um ihren Status zwischen Freiheit und Repression, zwischen Unabhängigkeit und Kooption und zwischen Abgrenzung und Instrumentalisierung. Um diese Rückbindung an die vorgestellten theoretischen Konzepte fundiert leisten zu können, muss eine akteurszentrierte Methodologie zur Anwendung kommen, die im folgenden Kapitel vorgestellt wird.

3. Methodologie

„Wer denken und ordnen kann, so glaube ich, kann wissenschaftlich arbeiten“ (Roos 2013: 309).

Da sich meine Arbeit mit den neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen und ihrem medialen Umfeld beschäftigt, muss der von mir gewählte Forschungsstil ihr Erfahrungswissen, ihre Motivationen, Interessen und Handlungsmöglichkeiten widerspiegeln, die Akteursperspektiven mit der nötigen Sensibilität auswerten und diese mit theoretischen Konzepten zu Öffentlichkeit in Verbindung setzen. Dafür bietet der Forschungsstil der *Grounded Theory* (GT) als offen angelegtes Auswertungsverfahren eine zielführende methodologische Herangehensweise. Mittels GT kann sich der/die Forscher*in weitgehend unvoreingenommen gegenüber dem empirischen Material positionieren. Dieses Vorgehen nutzte mir während meiner Forschung, um Handlungsmotivationen, Praktiken und Strategien der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen zu durchdringen. Von Interesse war hierbei, wie sie ihr Wirken und Handeln selbst wahrnehmen, wie sie sich innerhalb des pakistanischen Mediensystems positionieren und wie sie die mediale Öffentlichkeit verstehen, um in einem finalen Schritt dieses Handeln zu interpretieren.

In diesem Kapitel lege ich daher zuerst die Grundlagen von GT als Forschungsstil dar (3.1), ehe ich in 3.2 erläutere, wie ich Zugang zum Feld herstellen konnte. In 3.3 diskutiere ich meine Rolle als Forscher im Feld und die Fremdwahrnehmung als Experte, ehe ich in 3.4 meine empirischen Erhebungstechniken problematisiere und danach mein Kodierverfahren vorstelle (3.5).

3.1 Grounded Theory als Forschungsstil: Das theoretische Sampling

Mit der Verwendung von GT sollen „dichte Beschreibungen“ (Geertz 1973; 1983) der Daten entstehen, indem in die Welt der Untersuchungsteilnehmenden

3. Methodologie

eingetaucht wird (vgl. Charmaz 2006: 10). In der wissenschaftlichen Diskussion um die von Glaser und Strauss (1967) entwickelte GT bestehen nach wie vor Kontroversen, ob es sich bei GT um eine Methode, eine Methodologie oder eine Theorie handelt: Mit GT wird sowohl die Theorie als auch der Prozess ihrer Generierung, welcher die Verwendung systematischer Methoden einschließt, bezeichnet. Diese doppelte Verwendung des Begriffes begründet sich in der erkenntnistheoretischen Position der GT, welche davon ausgeht, dass die Qualität einer Theorie im Prozess ihrer Generierung liegt. So ist für Strauss GT „keine spezifische Methode oder Technik“, sondern vielmehr ein Forschungsstil (vgl. Bryant/Charmaz 2007; Glaser 1992; Glaser/Holto 2004; Kelle 2005; Strübing 2005), „nach dem man Daten qualitativ analysiert und der auf eine Reihe von charakteristischen Merkmalen hinweist“ (Strauss 2004: 434). So kann man GT „als ein theoretisch begründetes ‚Verfahren‘ verstehen, das seinen eigenen Lernprozess reflektiert und kontrolliert“ (Alheit 1999: 3).

Wesentlicher Bestandteil der GT als „gegenstandsverankerte Theoriebildung“ (Krüger/Meyer 2007) ist somit die Offenheit gegenüber dem Forschungsgegenstand. Es soll sich über das Material der Analyse genähert werden, um eigene Interpretationen aus dem Datenkorpus zu ziehen. Den empirischen Daten soll im Vorfeld keine gebildete Theorie „übergestülpt“ werden (Charmaz 1995: 32). Stattdessen sollen die empirischen Daten das Erkenntnisinteresse und die Forschungsergebnisse leiten, wodurch theoriebildende Aussagen aus der Empirie entwickelt werden können (Strübing 2008: 95). Der Forschungsprozess umfasst somit „eine spiralförmige Hin- und Herbewegung zwischen theoretisch angeleiteter Empirie und empirisch gewonnener Theorie“ (Dausien 1996: 93) und einen „kontinuierlichen Dialog zwischen theoretischen Vorannahmen und den gewonnenen Daten“ (Alheit 1999: 1f.).

Dieser in der GT angelegte parallel ablaufende Forschungsprozess (vgl. Strauss 1991: 44f.), das sogenannte „theoretische Sampling“ (Strübing: 2008: 30), erwies sich für meinen Forschungsprozess als inspirierend, da ich die Gefahr reduzierte, die Daten schon im Vorfeld anhand festgelegter Muster oder Kategorien zu bewerten und sie dadurch ihrer Stimme, ihrer Aussagekraft und Komplexität zu berauben. Dieses Dilemma zwischen notwendiger „Offenheit“ gegenüber den Daten und dem Drang zu typologisieren (vgl. Schütz/Luckmann 2003) empfand ich zwar teilweise als problematisch, da ich die ständige Gleichzeitigkeit zwischen Datenerhebung und -auswertung, den stetigen Vergleich im Sinne der GT („constant comparative method“, Glaser/Strauss 1967: 101²⁴), in einzelnen Phasen als schwer zu verifizieren wahrnahm. Denn: „Ob wir wollen

24 „Theoretisches Sampling meint den auf die Generierung von Theorie zielenden Prozeß der Datenerhebung, währenddessen der Forscher seine Daten parallel erhebt,

oder nicht, wir haben immer ‚Vor-Urteile‘ über uns begegnende neue ‚Welten‘“ (Alheit 1999: 6). Daraus entwickelte sich aber auch eine Offenheit, mit der ich diese neuen Welten und sich entwickelnden Konzepte sinnhafter wahrnehmen konnte, was meine Forschung positiv beeinflusste.

Außerdem liegt der GT ein interpretatorischer Ansatz zugrunde, der den/die Forscher*in in die Situation versetzt, die erhobenen Daten nicht nur auswerten zu können, sondern gar zu *müssen*, um daraus einen theoriegenerierenden Abstraktionsgrad zu erreichen. Die entwickelte Theorie wird dadurch zum „Produkt der subjektiven Forscherinterpretation“ (Strübing 2004: 16). Dabei kam mir auch die „Geh-Charakteristik“ (Breuer 2009: 39) der GT zugute, die sich dem Feld direkt nähert, um aus eingefahrenen gedanklichen Mustern auszubrechen und wirklich vor Ort zu sein. In dieser Phase erhielt ich oftmals – über das jeweils unmittelbare Anliegen hinaus – neue Eindrücke und Stimulationen durch mein empirisches Material, welches bestehende Wahrheiten dekonstruierte. Am Ende gelang es mir dadurch, eine gewisse „Abduktion“ (vgl. Peirce 1991: 404; Kelle 1994: 143–145) durchzuführen.

Dass dies ohne „theoretische Sensibilität“ (Strauss/Corbin 1996: 25f.), also ohne gewisse Vorkenntnisse zum Forschungsfeld (vgl. Strauss/Corbin 1996: 33), jedoch nicht ratsam ist, wurde in der Forschung bereits eingehend belegt (vgl. Strauss/Corbin 1996: 36; Alheit 1999: 9; Strübing 2004: 58). Daraus entwickelt sich der hermeneutische Zirkel, denn Erkenntnis entsteht in einem Spiralprozess zwischen Vorwissen und Datenerhebung sowie zwischen dem Forschenden und dem Objekt (vgl. Breuer 2009: 48). Durch dieses Vorgehen sollen Prozesse und gegenseitige, reziproke Verbindungen zwischen einzelnen Akteur*innen, Sinnkonstruktionen und Wahrnehmungen aufgezeigt werden (vgl. Strauss/Corbin 1994: 248).

In meinem Forschungsvorhaben dient GT deswegen als Instrument, um die Motivationen, Strategien und Interessen der untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen empirisch zu untersuchen, zu ordnen und zu kategorisieren. Damit will ich einen Datenkorpus entwickeln, welcher sich eng an den Perzeptionen der Beforschten orientiert, um parallel dazu auf Basis eigener Interpretation theoriebildende Aussagen auf einem höheren Abstraktionsgrad zu erreichen. In diesen Erhebungs- und Auswertungsprozess wird bestehendes Kontextwissen aus Literatur und Forschung gepflegt, um die Wahrnehmungen der untersuchten Akteur*innen zu veranschaulichen, aber auch in bestimmten Fällen zu hinterfragen. Dieses Kontextwissen dient dazu, Perzeptionen zu be- oder zu widerlegen, gleichzeitig bedingen sich aber Akteursaussa-

kodiert und analysiert und darüber entscheidet, welche Daten als nächstes erhoben werden sollen und wo sie zu finden sind“ (Glaser/Strauss 1998: 53).

3. Methodologie

gen und das aus der Sekundärliteratur stammende Hintergrundwissen, da sich die Öffentlichkeitsakteur*innen auf diesen Wissensstand beziehen oder ihn gar selbst miterstellt haben. Vor diesem Hintergrund wird versucht, eine nachvollziehbare Trennung zwischen informationsgenerierenden Aspekten und subjektiven, akteurszentrierten Eindrücken vorzunehmen.

3.2 Zugang zum Feld und Identifizierung der Interviewpartner*innen

In der Forschung existiert eine kontroverse Debatte, ob anstatt des Terminus „Interview“ nicht eher „Gespräch“ angemessener wäre (Breuer 2009: 63), da es dem/der Forscher*in nicht darum gehen soll, Informationen „abzugreifen“, sondern die Interaktion zwischen ihm/ihr und den Beforschten als „interpersonelles Drama“ (Hermanns 2000: 360–362) begriffen werden müsse. Um dieser Einschätzung gerecht zu werden, werde ich im Folgenden beide Begriffe gleichwertig verwenden, da zum einen der gleichberechtigte Charakter der „Gespräche“ sowie die erkenntnisgenerierende Absicht bei einem „Interview“ zum Ausdruck gebracht werden soll, zumal es sich bei meinen Gesprächen um Experteninterviews handelt, in denen beide Dimensionen einfließen.

Mein erster Zugang zum Feld erfolgte über die persönliche Kontaktaufnahme mit insgesamt zwölf deutschen Vertreter*innen der Pakistan-Forschung aus Politik-, Kultur-, Kommunikations- und Wirtschaftswissenschaft. Diese Gespräche bzw. Interviews dienten als vorbereitende Recherche, um Kontextsensibilität zu generieren und waren Bestandteil des theoretischen Samplings. Mithilfe dieser explorativen Gespräche sammelte ich Informationen zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen in Pakistan. Gleichzeitig eröffneten mir diese Gesprächspartner*innen einen direkten Zugang zum Feld, indem sie mir im Vorfeld meiner Feldforschungsreise von Januar bis April 2016 nach Lahore und Islamabad hilfreiche Kontakte in Pakistan zur Verfügung stellten. Beide pakistanischen Metropolen befinden sich in der Provinz Punjab, die als wichtigste Entsenderegion pakistanischer Migranten nach Saudi-Arabien gilt und deswegen eine exponierte Stellung innerhalb des pakistanischen Migrationssystems einnimmt. Vor diesem Hintergrund handelt es sich bei einem Großteil der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen um im Punjab angesiedelte Institutionen oder Initiativen, da sie hier den größten Bedarf für migrantenfokussiertes mediales Engagement verorten. Darüber hinaus sind sie in ihren Tätigkeiten auch auf räumliche Nähe zu nationalen und multilateralen politischen Gatekeeper*innen angewiesen, die sich hauptsächlich in Lahore bzw. in der Hauptstadt Islamabad befinden. Insbesondere Lahore gilt innerhalb Pakistans als Sammelbecken medialer, wissenschaft-

licher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, während ich in Islamabad hauptsächlich Repräsentant*innen von Regierungsinstitutionen und internationalen Organisationen treffen konnte. Ich legte Wert darauf, dass es sich bei meinen Interviewpartner*innen in Pakistan um Akteur*innen handelt, die in unterschiedlicher Art und Weise daran interessiert sind, (mediale) Öffentlichkeit zu Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien herzustellen; dies geschieht bei einigen über journalistische Berichterstattung, andere engagieren sich in Form von zivilgesellschaftlicher Kampagnenarbeit und Agendasetting für die Anliegen der Migranten (vgl. Kapitel 4). Dabei orientierte ich mich an den Phasen der Annäherung, der Orientierung, der Initiation, der Assimilation und des Abschlusses nach Weinberg/Williams (1973) und Burgess (1984).

Mir ging es darum, im Sinne von Schütz (1971) die Lebenswirklichkeiten des Beforschten einzubeziehen, sodass die „second order constructs“ des/der Forscher*in sich immer den „first order constructs“ der erforschten Akteur*innen unterordnen müssen: Somit war es auch meine Absicht, die Beobachtungen der Beobachteten zu beobachten (Bergmann 2011: 23) und im Sinne von Max Weber das Handeln und Denken der Interviewpartner*innen zu „verstehen“ (Weber 1976: 1), damit sie Ausgangspunkt und Ziel der Untersuchungen bleiben können (vgl. Mayring 2016: 20; Bergold/Flick 1987). Als europäischer Forscher, als „Außensteiter“, machte ich mir bewusst, dass mir eine distanzierte und beobachtende Rolle durchaus dabei helfen konnte, Informationszugang zu erhalten und Netzwerke zu bilden. Interkulturelle Sensibilität in einem spezifischen kulturellen Umfeld wie Pakistan erschien mir unabdingbar, um etwaige Stereotype von post-kolonialen Orientalismus im Sinne von Edward Said (1978) bzw. eine „Kolonialisierung der Lebenswelt der Subjekte“ (Habermas 1981) zu vermeiden.

Das entstandene Netzwerk erweiterte ich in der Vorbereitung auf meine Feldforschungsreise durch das „Schneeballsystem“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 60) und durch ausgeweitete Internet- und Literaturrecherche. Auf meine Anfragen reagierten die meisten Akteur*innen mit großem Interesse, zeigten sich offen für die zu behandelnde Thematik und stimmten vielfach einem Interview dazu. Viele meiner Gesprächspartner*innen äußerten unverhohlen ihre Überraschung und ihre Irritation, sich diesem Thema noch nicht in der eigenen beruflichen Aktivität zugewandt zu haben und sahen in meinem Erkenntnisinteresse auch eine Stimulanz ihres eigenen medialen Engagements. Allerdings erwies sich die Identifizierung der final untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen als deutlich beschwerlicher, stellen sie doch eine kleine und schwer identifizierbare Community dar, die vielen meiner Erstkontakte nicht bekannt war. Doch im Zuge des Schneeballsystems und der Kontaktaufnahme vor Ort gelang mir der Zugang über das Migration Resource Center (MRC): Die dort befragten Interviewpartner*innen stellten im Verlauf meiner

3. Methodologie

Feldforschung die Kontakte zu den anderen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen her. Die Kontaktaufnahme erfolgte über E-Mail-Anfragen, *Facebook*-Messages, SMS- und *WhatsApp*-Nachrichten, persönliche Empfehlungsschreiben durch Kolleg*innen sowie Telefonate vor und während meiner Feldforschungsreise nach Pakistan, die als Grundlage meiner empirischen Datenerhebung diente, denn: „Qualitative Forschung ist Feldforschung!“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 3) Dabei entstanden neue inhaltliche Querverbindungen, da insbesondere interdisziplinäre und transkulturelle Felder wie Migration „keine absoluten räumlichen Grenzen, keinen absoluten Anfang und kein absolutes Ende“ kennen (Schatzmann/Strauss 1973: 2).

Insgesamt interviewte ich im Rahmen meiner Feldforschung in Pakistan 45 Expert*innen, wovon 22 Interviews in transkribierter Form vorliegen. Diese 22 Gespräche werden als Basis meiner empirischen Datenauswertung verwendet, da meine Interviewpartner*innen in ihrer Wirkweise als Akteur*innen identifiziert werden konnten, die öffentlich/medial und institutionell Migration nach Saudi-Arabien sichtbar machen wollen und somit als neue nationale Öffentlichkeitsakteur*innen bezeichnet werden können. Dabei handelt es sich um

- Journalist*innen und journalistische Initiativen;
- zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO;
- Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen.

Hinzu kamen explorative Interviews in Pakistan mit Migrationswissenschaftler*innen und Politikwissenschaftler*innen sowie Sicherheitsexpert*innen, auf die ich in der empirischen Analyse ebenfalls Bezug nehmen werde. Bis auf wenige Ausnahmen (siehe Taha Siddiqui) habe ich in Absprache mit meinen Gesprächspartner*innen ihre Namen in der vorliegenden Arbeit anonymisiert, um eine vertrauensvolle und konstruktive Gesprächsatmosphäre zu ermöglichen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, trotz der weitgehenden Tabuisierung kritisch über Migration nach Saudi-Arabien sprechen zu können. Diese Interviews in Pakistan wurden mit den bereits erwähnten zwölf explorativen Interviews in Deutschland vorbereitet. Somit betrug die Gesamtzahl der durchgeführten Interviews 57.

3.3 Vom Bewegen im Feld: Experte oder Beobachter?

Der regionalspezifische Forschungskontext sorgte bei mir für Zweifel, ob es mir als mitteleuropäischem Forscher mit einem islamwissenschaftlichen, aber keinem regionalspezifischen Hintergrund zu Südasien überhaupt möglich sein

würde, sich mit der komplexen Struktur des pakistanischen Medien- und Migrationssystems auseinandersetzen zu können. Wäre ich überhaupt in der Lage, Kontextualisierung herzustellen? Könnte ich mit meinen Daten in einen Dialog treten (vgl. Scheele/Groeben 1988) und Interaktion betreiben (vgl. Hoffmann-Riem 1980)? Würde mir der Zugang zum Feld verwehrt bleiben, da ich weder über die notwendigen Kontakte, noch über die kulturelle Sensibilität oder die umfassenden Sprachkenntnisse verfügte?

Doch diese Sorgen verringerten sich im Verlauf meiner Feldforschung: Wie bereits angedeutet, reagierten die meisten der pakistanischen Gesprächspartner*innen mit Überraschung und anschließendem Interesse für mein Thema. Viele hinterfragten daraufhin ihre eigene Wahrnehmung. So entspann sich während der Interviews oftmals ein interessanter Gedankenaustausch, in dem sich die Interviewten mit meiner Leitfrage auseinandersetzten, ihr eigenes Handeln als Öffentlichkeitsakteur*in in Bezug auf die Sichtbarmachung von Migration hinterfragten, strukturelle Prozesse identifizierten und sich vornahmten, diesen „blinden Fleck“ der medialen Öffentlichkeit füllen zu wollen. Mir wurde dadurch bewusst, welche dynamischen Prozesse ein Forschungsvorhaben durchlaufen kann und wie sich Forscher*in und Beforschte gegenseitig inspirieren und miteinander interagieren können.

Da es sich bei den von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen um Vertreter*innen einer englischsprachigen Arena der pakistanischen Öffentlichkeit handelt, konzentrierte sich meine Forschung auf diese Akteur*innen. Hinzu wurde mein Zugang zum Feld auch dadurch erleichtert, da ich mich während meiner beruflichen Laufbahn als wissenschaftlicher Abteilungsleiter des Deutschen Orient-Instituts und als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin auf die Analyse- und Beratungstätigkeit zu den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Königreich Saudi-Arabien konzentriert hatte. Dieses Hintergrundwissen ermöglichte es mir, mit den von mir identifizierten Gesprächspartner*innen in einen interdisziplinären Austausch einzutreten: So nutzten sie mein Kontextwissen sowie meine persönlichen Erfahrungen zu und in Saudi-Arabien, um ihren eigenen Wissensstand zu erweitern. Aufgrund der politischen Sensibilität Saudi-Arabiens im politischen und öffentlichen pakistanischen Diskursrahmen zeigten meine pakistanischen Gesprächspartner*innen von Beginn an ein hohes Maß an Interesse an meiner Einschätzung zu politischen Entwicklungen in Saudi-Arabien.

Dieses beiderseitige Erkenntnisinteresse führte jedoch zu der diffizilen Situation, von manchen Gesprächspartner*innen selbst als „Quasi-Experte“ (vgl. Pfadenhauer 2005; Gläser/Jaudel 2004) wahrgenommen zu werden, was die distanzierte Funktion des/der beobachtenden Forscher*in unterminieren und mich in „Versuchung“ (Przyborski/Wohlrab-Sahar 2014: 47) hätte führen können,

3. Methodologie

die notwendige Distanz zugunsten eines tieferen Vertrauensverhältnisses zwischen Inklusion und Exklusion aufzugeben (vgl. Pollner/Emerson 1983). So wurde meine Teilnahme durch wissenschaftliche Beobachtung herausgefordert (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 44). „Die Personen im Feld werden ihrerseits vielleicht die Forscherin als willkommene Unterstützung bei den anfallenden Aufgaben und Aktivitäten betrachten (z. B. bei einer Untersuchung über die Arbeit von NRO) (...)“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 47). In mehreren Fällen wurde ich ganz nach der Beobachtung von Przyborski/Wohlrab-Sahr gebeten, Kontakte zu saudischen Kolleg*innen in Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft herzustellen oder bei relevanten internationalen Stiftungen wie der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Möglichkeiten der Projektmittelakquise zu evaluieren. Eine pakistanische NRO – Justice Project Pakistan (JPP) – bot mir bspw. an, mich als Projektmitarbeiter zu beschäftigen, um aus dem bestehenden Material zu inhaftierten pakistanischen Migranten in Saudi-Arabien eine politikberatende Studie zu erstellen und somit im Rahmen des Projekts „Caught in the Web“ mitzuwirken (vgl. Kapitel 8).²⁵ Diese Wahrnehmung als „Mitsteiter“ verunsicherte mich zu Beginn meiner Feldforschung und prägte ganz im Sinne von Lecocq für eine gewisse Zeit meine emotionale Herangehensweise während der Feldforschung: „The point that I want to get across is that the personal emotional experience and state of mind during fieldwork have an impact on the way fieldworkers (...) practice their research“ (Lecocq 2002: 273; vgl. auch Barley 1983; Geertz 1988; Narayan 1995). Auch wenn ich diese Wahrnehmung meines Gegenübers zu Beginn also als beeinträchtigend empfand, wurde mir im Zuge meines Forschungsaufenthaltes bewusst, dass eine solche Gesprächsführung auf Augenhöhe zu einer höheren Wertschätzung meiner Forschung und damit auch zu valideren Ergebnissen führen würde.

Dennoch blieb eine gewisse Distanz zwischen Forscher und Beforschten maßgeblich für den Aufenthalt im Feld (vgl. Breidenstein et al. 2013). Dabei half mir auch der zeitlich begrenzte Feldforschungsaufenthalt in Pakistan sowie die daran anschließende räumliche Entfernung zu meinen Gesprächspartner*innen, mit denen ich zwar weiterhin in Kontakt stand, um meine empirischen Ergebnisse abgleichen und immer wieder neu bewerten zu können, doch persönliche Freundschaften oder enge berufliche Kontakte entwickelten sich nicht: „So wie es am Anfang darum geht, Distanz zu überwinden und Vertrauen herzustellen, geht es im Verlauf und am Ende der Forschung (...) darum, Distanz zu schaffen

²⁵ Ich erhielt aus diesem Grunde auch die Möglichkeit, vorläufige Forschungsergebnisse meines Vorhabens vor einem wissenschaftlichen Fachpublikum in Form von zwei Vorträgen mit anschließender Diskussion am Forman Christian College in Lahore und der Lahore University of Management Sciences vorzustellen.

(...)“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 45). Immerhin „wäre es ein fataler Trugschluss zu meinen, man könne und solle als Forscher die eigene Rolle völlig vergessen und tatsächlich Teil des Feldes ‚wie alle anderen‘ werden“ (ebd.).

3.4 Durchführung der Interviews, teilnehmende Beobachtung und Datenrecherche

Die Transkriptionen der theoriegenerierenden Interviews (vgl. Bogner et al. 2014: 41; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 160–162; Dittmar 2009; Lofland 1979; Schoneville et al. 2006), wurden wörtlich und kommentiert angefertigt, um einen höchstmöglichen Interpretationsspielraum gewährleisten und im Bedarfsfall auf sprachliche oder atmosphärische Besonderheiten des Gesprächs zurückgreifen zu können (vgl. Mayring 2016: 89, 91f, 94). Dies wurde mir dadurch erleichtert, dass mir alle meine Interviewpartner*innen (bis auf eine Ausnahme) die Erlaubnis erteilten, die Gespräche als Audiodatei aufzuzeichnen. Dabei war aufgrund der in englischer Sprache geführten Interviews auch darauf zu achten, Möglichkeiten und Grenzen des Verstehens und der Übersetzbarkeit von Kultur zu berücksichtigen und in die Interpretation einzubeziehen (vgl. Cappao 2003; Rutgers 2004; Kruse et al 2012; Seidman 2006).²⁶

Wie schon erwähnt, handelt es sich bei allen durchgeführten Gesprächen um „Experteninterviews“ (vgl. Bogner/Menz 2009; Mieg/Näf 2006; Bogner et al. 2009) nach folgender Definition: „Experten sind Menschen, die ein besonderes Wissen über soziale Sachverhalte besitzen“ (Gläser/Laudel 2004: 10). Das Forschungsfeld thematisiert damit auch die Selbstwahrnehmung der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen als „Expert*innen“. Dabei ist der Begriff des „Experten“ in der qualitativen Sozialforschung durchaus umstritten und wurde lange Zeit kaum thematisiert (vgl. Bogner et al. 2014: 4; Vogel 1995; Beck 1986) oder als „hemdsärmelig“ vom „Typ ‚Quick and Dirty‘“ (Bogner et al. 2014: 2) bezeichnet. Mittlerweile hat sich jedoch eine wissenschaftliche Position entwickelt, die Experteninterviews von dem Vorwurf der reinen Informationsgewinnung befreit und als soziale Interaktion zwischen Interviewten und Interviewer*in legitimieren möchte. In meinem Forschungskontext verfügen alle meine Gesprächspartner*innen über ein spezifisches „Betriebswissen“ (Meuser/Nagel 2005: 74) oder „Insiderwissen“ (Aufenanger 2011: 104) zu den Themen

²⁶ Die zwölf explorativen und kontextualisierenden Interviews wurden in Gesprächsprotokollen zusammengefasst, um die Materialfülle zu reduzieren (vgl. Mayring 2016: 94; Sabine et al. 2000: 444). Dies geschah vor dem Hintergrund, dass diese Interviews vor allem Kontextwissen generierten oder der Kontaktabahnung dienten.

3. Methodologie

Migration und/oder pakistanisches Mediensystem in den unterschiedlichen Disziplinen und vor dem Hintergrund diverser Erfahrungswerte. Sie haben sich ihre Expertise auf diversen Wegen (berufliche oder private Erfahrungen, zivilgesellschaftliches Engagement, wissenschaftliche Kenntnisse etc.) angeeignet, sodass eine Zuschreibung als „Expert*in“ im Sinne von Przyborski/Wohlrab-Sahr (2014: 118) gerechtfertigt ist. Sie können also durch ihr Wissen eine gewisse „soziale Wirkmächtigkeit“ generieren, da sie sich „die Möglichkeit geschaffen haben, mit ihren Deutungen das konkrete Handlungsfeld sinnhaft und handlungsleitend für Andere zu strukturieren“ (Bogner et al. 2014: 13).

Der Datenkorpus der durch die transkribierten oder protokollarisch zusammengefassten Interviews wurde parallel durch teilnehmende Beobachtung (vgl. Girtler 1984; Burgess 1984; Aster et al. 1989; Flick et al. 1991: 446–448; Legewie 1991) ergänzt, „bei der der beobachtende Forscher mit den Menschen im beobachteten Feld interagiert, an den ihn interessierenden Prozessen teilnimmt und sie in Beobachtungsprotokollen beschreibt“ (Gläser/Laudel 2010: 39). Diese Beobachtungen sollten vor allem die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ihren alltäglichen Arbeitsumfeldern erfassen, um damit einerseits tiefere Einblicke in ihr Wirken zu erlangen und andererseits dieses Engagement mit ihren Aussagen aus den Interviews in Beziehung zu setzen. Die Teilnahme an vielen dieser Ereignisse befähigte mich auch, mir als Außenstehender einen eigenen Eindruck von den getroffenen Maßnahmen zu bilden.

Dieser empirisch erhobene Datenkorpus wurde darüber hinaus durch Kontextwissen ergänzt. Es dient dazu, die evaluierten Sinnzusammenhänge, Wahrnehmungen, Erfahrungen und Interpretationen durch zusätzliche Quellen aus Fachliteratur, Homepages, offiziellen Berichten und Studien, Informationsbroschüren, Bildern und Fotos, Videoclips und Präsentationen der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen sowie durch selbst erstellte Memos und dem angefertigten Forschungstagebuch zu kontextualisieren. Denn: „All is data“ (Glaser 2007: 57; Strauss 1991: 25). Als empirisches Material werden alle Formen von Daten herangezogen, zu denen Transkriptionen von Interviews, aber auch Film-, Ton-, Bild-, Textquellen wie Briefe, Regierungsdokumente, Broschüren und Informationsmaterialien, teilnehmende Beobachtungen, subjektive Aufzeichnungen aus dem Feld in Form von Memos, Feldnotizen oder Forschungstagebüchern gehören (vgl. Breuer 2009: 61; Corbin/Strauss 1990: 419). Mein Datenkorpus konzentriert sich darauf, Material zu identifizieren, welches die Akteur*innen sichtbar werden lässt, Migration öffentlich verhandelt und damit konstituierendes Element der jeweiligen Medienstrategien ist. Diese zusätzlichen Informationen versetzten mich während des Auswertungs- und Interpretationsprozess des empirischen Materials in die Situation, Rückfragen zu formulieren, offene Sachverhalte zu klären und sich dem Datenkorpus gleichzeitig nähern und sich von ihm distanzieren zu können: So versachlicht zusätzliches

Kontextwissen den interpretatorischen Umgang mit dem empirischen Material, kann der Gefahr vorbeugen, bestimmte subjektive Wahrnehmungen als faktischen Sachstand zu übernehmen und sich damit im Sinne der Beforschten instrumentalisieren zu lassen. Gleichzeitig können diese zusätzlichen Informationen dabei helfen, das Erhebungsverfahren des Kodierens zu systematisieren, was die theoriegenerierende Auswertung erleichtert.

3.5 Vom Kodieren zur Kategorie

Der methodologische Forschungsstil der GT erlaubte mir in seiner Flexibilität, das erhobene Datenmaterial aus Interviews, teilnehmender Beobachtung und kontextualisierenden Informationen aus anderen Quellentypen auszuwerten und zu kodieren. Beim Kodieren handelt es sich um „eine Methode der expliziten adhoc-Kodierung des Datenmaterials, bei der das Kategorienschema schrittweise (erst) aufgebaut wird“ (Kelle 1994: 294). Es sollen „Daten aufgebrochen, konzeptionalisiert und auf neue Art zusammengesetzt werden. Es ist der zentrale Prozeß, durch den aus den Daten Theorien entwickelt werden“ (Strauss/Corbin 1996: 39). So werden die vorliegenden Daten im Sinne von Strübing als „geschlossenes Material“ (2008: 19) verstanden, welches erst durch das Kodieren geöffnet und damit zugänglich gemacht wird (Glaser/Strauss 1998: 107). Dadurch erhält der/die Forscher*in einen interpretativen Zugang zum Material und kann durch diesen Prozess Konzepte erkennen und herausbilden (Strübing 2014: 16). Es soll erreicht werden, die sinnbildenden Wirklichkeiten und Wahrnehmungen der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen zu „durchdringen“ (vgl. Breuer 2009: 71). Dabei ist zu beachten, dass Kodieren „keine eindeutige Schrittfolge, sondern vielmehr verschiedene Umgangsweisen mit textuellem Material (...), zwischen denen der Forscher bei Bedarf hin und her springt“ (Flick 2007: 387f.) darstellt. Es existiert somit keine vorgegebene Reihenfolge, die der/die Forscher*in nacheinander abarbeiten kann, weshalb eine Kombination der einzelnen Schritte möglich und meistens sogar erforderlich ist (vgl. Mayring 2000; Eckes/Six 1983): Dies erfolgt in einem wechselseitigen Prozess des offenen, axialen und selektiven Kodierens, um das erhobene empirische Material zu analysieren und zu interpretieren, es miteinander in Beziehung zu setzen und parallele Auswertung und Erhebung durchzuführen. Durch diesen zyklischen Analyseprozess wird erreicht, die Daten immer wieder zu vergleichen, zu dekonstruieren, zu hinterfragen, anzureichern, zu abstrahieren und zu spezifizieren, was zu Erkenntnis spiralen (vgl. Alheit 1999: 8) führt. Am Ende dieses Prozesses werden eine oder mehrere sogenannte Schlüsselkategorien gebildet, die Sinnzusammenhänge theoretisch erklären, um eine „Theorie mittlerer Reichweite“ herauszubilden (Alheit 1999: 16).

3. Methodologie

Anhand dieses wechselseitigen Prozesses entstand ein für mein Auswertungsverfahren passendes Kodierparadigma (vgl. Strübing 2004: 26f.). Ziel war es, in allen Interviews das „Überindividuell-Gemeinsame“ (Meuser/Nagel 2005: 80) herauszuarbeiten (gemeinsame Standpunkte, Relevanzstrukturen, Wissensstrukturen) (vgl. Bogner et al. 2014: 78). Im Kodierparadigma wertete ich die Transkripte der Interviews sequenzweise aus²⁷, bildete mithilfe des sogenannten „assoziativen Brainstormings“ (Breuer 2009: 80) offene Kategorien, die das Material aufbrachen. In diesem Schritt unterzog ich die Daten einem ersten Interpretationsprozess und generierte analytische Vielfalt (vgl. Corbin/Strauss 1990: 423). Die entstandenen Sub-Kategorien wurden beim axialen Kodieren zu Achsenkategorien auf einer höheren Abstraktionsebene neu formatiert, um als Grundlage für meine empirische Auswertung „als übergeordneter Analyserahmen (zu) dienen (und) um das Phänomen in seiner Ganzheitlichkeit darzustellen“ (Strauss/Corbin 1996: 76). Anhand dieses Analyserahmens entstanden die theoriebildenden Schlüssel- oder Kernkategorien (vgl. Strauss 1991: 63; Strauss/Corbin 1996: 94), welche als „roter Faden“ (Breuer 2009: 92) meines Vorhabens dienen und den Forschungsgegenstand zuspitzen (vgl. Jasper 2013: 52). Denn: „The more abstract the concepts, especially the core category, the wider the theory’s applicability“ (Corbin/Strauss 1990: 424). Im Verlauf meiner empirischen Datenauswertung konnte ich vier Kern- bzw. Schlüsselkategorien identifizieren, die dazu dienen, meine Fragestellungen zu beantworten bzw. theoretische Plausibilität im Sinne von Strauss/Corbin herzustellen sowie darüber hinaus weiterführende Forschungsfragen aufzuwerfen²⁸:

- Neue nationale Öffentlichkeitsakteur*innen in hybriden Arenen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration: Triebkräfte des medialen Wandels
- Keine Genese von Gegenöffentlichkeit: Adressierung der Gatekeeper*innen durch die neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen
- Verortung im nationalstaatlichen Container: Brachliegendes translokales Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration
- Zukunftsperspektiven bei der translokalen Sichtbarmachung von Migration in Form von „dissonanten Öffentlichkeiten“: Transmigranten als neue Sprecher.

²⁷ „Als Sequenz verstehe ich einen beliebig langen oder kurzen Text, der aus meiner Sicht eine Sinneinheit darstellt, die Aufschluss über die Handlungsregeln und finalen Gründe des Untersuchungsgegenstandes ermöglicht“ (Roos 2013: 326).

²⁸ An dieser Stelle sollen diese Kategorien nur als Überblick genannt werden, ohne sie im Detail auszuführen, da dies in der [Schlussbetrachtung](#) erfolgt.

Meine im Zuge der Forschungsarbeit angefertigten Memos, Forschungstagebücher, Protokolle und Feldnotizen flossen in das Auswertungsverfahren parallel ein. Dabei bezog ich mich in der Bildung von Kategorien vor allem auf *In-Vivo*-Kodes (vgl. Breuer 2009: 79), die sich aus direkten Äußerungen der Gesprächspartner oder Selbstbezeichnungen (vgl. Böhm 2000: 478) ergeben und damit im besten Sinne die subjektiven Horizonte der Befragten darstellen. Indem die Befragten aus dem Material sprechen, kommt ihnen sinnbildende Wirkmacht zu, die sich in den Kategorien und damit auch in meiner Interpretation wiederfindet. Das führt dazu, dass möglichst viele Direktzitate aus dem Material in die Arbeit einfließen, um die Verbindungen zwischen Daten und Analyse zu verdeutlichen, wie es Charmaz vorschlägt: „I prefer to present many detailed interview quotes and examples in the body of my work. I do so to keep the human story in the forefront of the reader’s mind (...)“ (1995: 47).

Aufgabe der Darstellung des empirischen Materials ist es, die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu Wort kommen zu lassen, um ihre Motivationen, Strategien und Praktiken zu durchdringen und in den inhaltlichen Gesamtkontext einzugliedern. Die Akteur*innen agieren in, mit und gegen bestehende politische und mediale Praktiken und Interessen, müssen sich mit ihnen arrangieren, diese adaptieren, aber auch herausfordern und in Frage stellen. Dies kann nur nachvollziehbar bleiben, wenn die Einflüsse auf ihr Wirken und ihre Strategien aus akteurszentrierter Sicht dargestellt werden, sodass es immer oberste Prämisse der Darstellung bleibt, die Perzeptionen der Akteur*innen abzubilden und diese anschließend zu interpretieren. Im folgenden Kapitel werden die von mir identifizierten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen vorgestellt, um ihr Wirken, ihre Adressaten und ihre konkreten Projekte in den Forschungskontext einordnen können.

4. Präsentation und Systematisierung der untersuchten neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen

„We inform them about the circumstances in the destination countries: What type of skills do they need? What type of knowledge you have? What type of information you supposed to have about the destination country? That type of awareness. We also want to prepare them for their travel: What is happening when you get out of your house and before you are entering the new house in the destination country? What is happening during this way? From home to airport, airport to your new home. What should be your behavior in the plane? How you should behave at the airport especially at the Saudi airports because they are very strict airports. How you should interact with officials without speaking the language? How do you have to accept their behavior?“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:01:51–9#).

In diesem Kapitel werden die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen anhand ihrer Tätigkeitsfelder, konkreten Projekte und Kampagnen sowie ihrer inhaltlichen Schwerpunkte präsentiert und systematisiert. Es soll verdeutlicht werden, welche Akteur*innen ich in Form von Interviews, Quellenauswertung und teilnehmender Beobachtung untersucht habe und warum sie zum Zentrum meiner empirischen Analyse zählen. Dabei sollen die Tätigkeitsfelder der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ihrer Gesamtheit vorgestellt werden, ohne einen spezifischen Bezug zu den migrationsrelevanten Praktiken und Strategien herzustellen. Dieser erfolgt in der empirischen Auswertung in [Kapitel 8](#). Mir erscheint eine solche Teilung sinnvoll, um in einem ersten Schritt zu verdeutlichen, in welchen zivilgesellschaftlichen Aktivitätsfeldern die untersuchten Akteur*innen öffentlichkeitswirksames Engagement in Form von Agendasetting betreiben, ehe im Anschluss explizit auf ihre Arbeit zu Migration eingegangen wird.

Dazu muss einleitend betont werden, dass alle meine Interviewpartner*innen die Sichtbarmachung von Migration keineswegs als einzigen Schwerpunkt ihres Tätigkeitsfelds betrachten, sondern sich darüber hinaus noch anderen gesellschaftlichen Herausforderungen wie z. B. innerpakistanischer Kinderarbeit oder der Todesstrafe ihre Aufmerksamkeit widmen. Um die Akteur*innen vor diesem Hintergrund kategorisieren und umfassend analysieren zu können, erfolgt deswegen eine erste Akteur*innenübersicht im folgen-

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

den Kapitel, ehe das akteurszentrierte Engagement zu Migration gesondert in [Kapitel 8](#) untersucht und mit Ergebnissen aus diesem Kapitel in Beziehung gesetzt wird.

Wie bereits in der Methodologie angedeutet wurde, unterscheide ich bei den relevanten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen drei Gruppen, die sich aus unterschiedlichen medialen Wirkungsfeldern ergeben:

- Journalist*innen und journalistische Initiativen;
- zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO;
- Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen, die als Geberinstitutionen in Pakistan auftreten.

4.1 Journalist*innen und journalistische Initiativen

Die von mir untersuchten Journalist*innen engagieren sich vor allem in den beiden folgenden journalistischen Initiativen, die sich der kritischen Berichterstattung zu Migration widmen.

4.1.1 PANOS South Asia

Angesiedelt im nepalesischen Kathmandu, unterhält die transnationale südasiatische NRO PANOS South Asia Länderbüros in Neu-Delhi (Indien), Dhaka (Bangladesch) und im pakistanischen Karachi. Während PANOS South Asia im Jahr 1994 gegründet wurde, eröffnete die pakistanische Zweigstelle zehn Jahre später. Die unterschiedlichen Projekte zielen darauf ab, eine öffentliche und politische Debatte zu Benachteiligungen von marginalisierten Gruppen und Communities anzuregen, indem diese vor allem befähigt werden, in der öffentlichen Diskussion sichtbar zu werden. Dazu werden u. a. Capacity-Workshops und Seminare sowie öffentliche Veranstaltungen organisiert.

Das für mein Forschungsvorhaben relevante Projekt ist die „South Asian Initiative for Migrant Labour Media Fellowship“, welches 2015 ins Leben gerufen wurde. In Zusammenarbeit mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA (Swiss Development and Cooperation, SDC)²⁹ soll

²⁹ Die DEZA ist verantwortlich für die staatliche Umsetzung von humanitärer Hilfe nach Katastrophen und Gewaltkonflikten und Entwicklungszusammenarbeit und untersteht dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), dem Außenministerium und dem Kompetenzzentrum für Entwicklungszusammenarbeit.

Tabelle 3. Teilnehmer*innen der South Asian Initiative for Migrant Labour Media Fellowship, 2015–2017. *Quelle: PANOS South Asia, 2018.*

2015	Aftab Ahmad: Er arbeitet von Peshawar als Reporter für den TV-Sender <i>Geo News</i> und der <i>Afghanistan Today</i> .
	Amjad Mahmood: Als Journalist der englischsprachigen Tageszeitung <i>The Dawn</i> widmet er sich vor allem pakistanischer Arbeitsmigration in die arabischen Golfmonarchien. Er absolvierte sein Master-Studiengang in Massenkommunikation an der University of Punjab und übersetzt englischsprachige Bücher in Urdu.
2016	Sabrina Toppa: Sie arbeitet in Lahore als Journalistin für internationale Formate wie <i>TIME</i> , <i>NBC News</i> und <i>VICE</i> und beschäftigt sich mit Themen wie soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte mit Bezug zu Arbeitsmigration im Mittleren Osten, Afrika und Asien. Sie berichtete dafür aus Katar, Äthiopien, Myanmar, Malaysia, Libanon und Indonesien.
	Shahzada Irfan Ahmed: Er arbeitet als Senior Correspondent für das pakistanische Wochenmagazin <i>The News on Sunday</i> , das von der Tageszeitung <i>The News</i> herausgegeben wird. Im Jahr 2015 wurde er für seine Berichterstattung zu Migration von der ILO als „Labour Reporter of the Year“ ausgezeichnet. Er berichtet außerdem für internationale Medienformate wie <i>IPS Feature Service</i> , <i>Scidev.net</i> , <i>The Third Pole</i> , and <i>IP Watch</i> .
2017	Gonila Hassnain: Sie arbeitet für die Urdu-sprachige <i>Daily Dunya</i> zu Minderheitenrechten und vor allem weiblicher Migration: Sie ist Mitbegründerin der NRO „South Asia Women in Media (SAWM)“ und Mitglied des Lahore Press Clubs.
	Imran Athar Mangi: Er arbeitet ebenfalls für <i>Daily Dunya</i> und graduierte zuvor in Kommunikationswissenschaften, Internationale Beziehungen und Recht an der University of Balochistan und der University of Sindh. Er berichtet außerdem als Freelancer für <i>BBC World News</i> , <i>BBC Urdu Service</i> and der <i>Xinhua Chinese News Agency</i> .
	Haniya Javed: Als Reporterin der <i>Karachi Tribune</i> berichtet sie aus Karachi über die Situation von Minderheiten, der Arbeit pakistanischer NRO, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte und beschäftigt sich in diesem Zusammenhang vor allem mit der Minderheit der Ahmadiya.

dieses Fellowship-Programm den medialen Dialog und die kritische Diskussion über Arbeitsmigration unter südasiatischen Journalist*innen fördern. Es dient dazu, eine institutionelle Plattform für die Teilnehmer*innen sowie logistische und finanzielle Möglichkeiten zu bieten, um zum Thema Migration transnational und in den Empfängerstaaten arbeiten zu können. Ziel des Projektes ist es „to create and promote a migrant labour friendly environment by initiating a common South Asian voice for labour reforms“ (PANOS South Asia, 19.06.2017). Dazu wurden im Untersuchungszeitraum in drei Jahrgängen Journalist*innen aus Print, Radio, Fernsehen und Internet aus den Ländern Pakistan, Bangladesch, Indien, Nepal und Sri Lanka aufgefordert, sich für eine Teilnahme am Fellowship-Programm zu bewerben. Die Fellowship-Position für

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

den/die pakistanische/n Teilnehmer*in wird aus Mitteln der ILO im Rahmen des Projekts „Promoting the Effective Governance of Labour Migration from South Asia through Actions on Labour Market Information, Protection during Recruitment and Employment, Skills and Development Impact“ (SALM) mit 5.600 US-Dollar für Reisekosten und ein geringes Stipendium finanziert (ILO 2015: 40). Kandidat*innen sollen über mindestens zehn Jahre Berufserfahrung verfügen und sich innerhalb ihrer Arbeit dem Schwerpunkt Migration widmen. Beginnend mit einem Orientierungsworkshop in Nepal, soll den Teilnehmer*innen im Anschluss die Möglichkeit zu einem Arbeitsaufenthalt in einem relevanten Empfängerland südasiatischer Migrant*innen gewährt werden. Dieser Auslandsaufenthalt soll bei den teilnehmenden Journalist*innen ein tieferes Verständnis für migrationsrelevante Themen vermitteln, ihre Berichterstattung beeinflussen und neue Kontakte vor Ort ermöglichen. Im Anschluss und während des Programms erhalten die Journalist*innen die Möglichkeit, ihre recherchierten Themen nicht nur in nationalen und internationalen Medienformaten, sondern auch auf dem PANOS South Asia-Blog des „Regional Project on South Asian Initiatives on Migrant Labour“ zu veröffentlichen. Damit sollen nicht nur migrationsspezifische Themen medial platziert und sichtbar gemacht, sondern auch der akteursinterne Austausch der Teilnehmer*innen auf transkultureller Ebene gefördert werden. 2015 und 2016 nahmen je zwei Journalisten aus Pakistan teil, 2017 waren es drei (siehe [Tabelle 3](#)). Zwei von ihnen konnte ich im Rahmen meines Forschungsvorhabens befragen.

4.1.2 Migrant Forum Asia (MFA)

Beim MFA handelt es sich um einen 1994 ins Leben gerufenen Zusammenschluss von asiatischen sowie internationalen NRO, die die Rechte von Migranten vor, während und nach der Auswanderung schützen wollen. Aus Pakistan ist die Pakistan Rural Workers Social Welfare Organization (PRWSWO) Mitglied, die sich in ihrer Arbeit zumeist auf den Schutz von ländlichen Arbeitskräften innerhalb Pakistans konzentriert. Insgesamt sind 46 Organisationen aus 17 Ländern vertreten (eine Übersicht der Mitgliedsorganisationen findet sich im Anhang). Gleichzeitig kooperiert MFA mit UN-Organisationen und unterhielt eine strategische Partnerschaft mit der ILO im Rahmen des SALM-Projekts (vgl. ILO 2015b). Verschiedene Projekte und Kampagnen zielen darauf ab, die Rechte und Probleme von Migranten in Form von Kooperationsveranstaltungen und Medienevents sichtbar zu machen und Aufmerksamkeit herzustellen. Weiterhin werden Netzwerke von Anwält*innen und Parlamentariern aufgebaut, um den Migranten Rechtsbeistand zu bieten und politische Akteur*innen anzusprechen. Wichtiger Bestandteil dieser Medienstrategie ist das Projekt „The South

4.2 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO

Asian Media for Migrants (SAMM)³⁰, ein Netzwerk von Journalist*innen in Aufnahme- und Entsendestaaten von südasiatischen Migranten. SAMM wurde im Dezember 2015 in Nepal ins Leben gerufen und dient dazu, zu Migration arbeitenden Journalist*innen ein transnationales Forum zu bieten, in dem sie ihre Erfahrungen und Ideen austauschen und gemeinsame Projekte initiieren können „to raise awareness among all stakeholders, especially the policymakers, on protecting and upholding the rights and welfare of migrant workers and their families and to strengthen the voice of advocacy on behalf of migrant workers” (MFA: South Asian Media for Migrants).

4.2 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO

Im Gegensatz zu PANOS South Asia und MFA führen nur wenige von mir untersuchte NRO Projekte zu migrationspezifischen Themen durch.

4.2.1 Justice Project Pakistan (JPP)

Am intensivsten mit Migration beschäftigt sich die in Lahore ansässige NRO Justice Project Pakistan (JPP). JPP wurde 2009 gegründet und betreut im In- und Ausland inhaftierte pakistanische Staatsangehörige und ihre Angehörigen, um in Form von öffentlichen Kampagnen, Aktivitäten und Berichterstattung in neuen und traditionellen Medien, Diskussionsveranstaltungen, Kunstprojekten wie Ausstellungen und Theaterstücken auf das Schicksal ihrer Klient*innen aufmerksam zu machen. Direktorin und Mitgründerin von JPP ist die Anwältin Sarah Belal, die mittlerweile als eine bekannte Menschenrechtsaktivistin in Pakistan bezeichnet werden kann.³⁰ JPP stellt Opfern von Polizeifolter, dem Anti-Terror-Kampf oder zum Tode verurteilten Häftlingen Pro-Bono-Rechtsberatung und andere Unterstützung zur Verfügung. „JPP extensively researches and investigates our client’s cases in order to take strategic legal action to challenge unjust laws, create progressive legal precedent, and highlight systematic

³⁰ Im Dezember 2016 erhielt sie in Berlin den Franco-German Prize for Human Rights and the Rule of Law, der ihr von den damaligen deutschen und französischen Außenministern Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault überreicht worden war. In der Laudatio heißt es: „Through her many activities, Sarah Belal has become part of an international network of legal experts and investigators who advocate for victims of severe human rights violations” (*The Dawn*, 01.12.2016).

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

abuses“ (JPP: About us). Ziel ist es, pakistanische Staatsangehörige im In- und Ausland über ihre Rechte zu informieren und ihnen anwaltlichen Schutz zu bieten (vgl. BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:03:13–9#). Dazu werden hauseigene Expert*innen eingesetzt, die in persönlichen Gesprächen, durch Aktenrecherche und Datenerhebung die Einzelfälle katalogisieren, analysieren und qualifizieren. Es ist die Aufgabe der Mitarbeiter*innen, alle Fälle selbständig zu prüfen, da sich die offizielle Quellenlage oftmals intransparent darstellt und es zu mannigfaltigen Manipulationen seitens des korrupten staatlichen Rechtssystems kommen könne, wie betont wird. Dies habe auf Seiten der pakistanischen Regierungsbehörden zu Misstrauen gegenüber den Aktivitäten von JPP geführt, sodass ihre Arbeit oftmals behindert werde. Immerhin kritisiere man die politische Elite und versuche, Tabus wie die Todesstrafe, den Umgang mit politischen Gefangenen oder Polizeifolter zu brechen, so Vertreter*innen von JPP.

JPP verfügt über eine Rechts-, die Kommunikations- und die Beratungsabteilung, die unterschiedliche Projekte, Fälle und Kampagnen betreuen. Die Kommunikationsabteilung koordiniert die Medienarbeit, wie ihr Leiter betont: „Due to the fact that the government is very reluctant, we need to check what is going on in the press“ (YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:03:41–3). Diese Abteilung ist verantwortlich, bei den verschiedenen Projekten die Betroffenen mit Pressevertreter*innen in Kontakt zu bringen, Pressekonferenzen zu organisieren und die Medienstrategie zu entwickeln.

Wesentlicher Teil des Projektportfolios von JPP sind die Initiativen „Bring them back“ und das Folgeprojekt „Caught in the Web“, welche sich mit inhaftierten pakistanischen Migranten in Saudi-Arabien beschäftigen und zwischen 2015 und 2018 unterschiedliche Aktivitäten durchführten (vgl. [Kapitel 8](#)). Darüber hinaus initiierte JPP folgende Kampagnen und Projekte:

- **Bring it back:** JPP setzt sich dafür ein, die Fälle von unter Terrorverdacht stehenden politischen Inhaftierten neu zu prüfen. So untersuchte die NRO die Umstände von 475 vollstreckten Todesstrafen und kam zu dem Ergebnis, dass nur 16% wegen Terrorverdachts hingerichtet wurden. Die Mehrheit der Todesurteile wurde stattdessen gegen Minderjährige, sowie geistig und körperlich Behinderte vollstreckt. Die Kampagne zielt vor allem darauf ab, individuelle Fälle öffentlich zu diskutieren. So wurde für den in Indonesien wegen Drogenbesitz zum Tode verurteilten Zulfiqar Ali eine *Twitter*- und Medien-Kampagne mit dem Hashtag *#BringItBack* ins Leben gerufen, um Ali nach Pakistan zurückzubringen, da bei ihm Leberkrebs diagnostiziert wurde. JPP richtete im Rahmen der Kampagne eine Online-Petition an den Premierminister ein, um die Rückkehr von Ali zu erreichen. Über *Facebook* und *Twitter* verbreitete JPP Video-Nachrichten

4.2 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO

von Ali aus dem Gefängnis und berichtete regelmäßig über sein gesundheitliches Wohlergehen.

- **Imdad Ali:** JPP engagierte sich gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen für die Aussetzung der Todesstrafe für den unter paranoider Schizophrenie leidenden Imdad Ali und initiierte unter dem Hashtag #saveimdad eine Twitter-Kampagne, die mediale Aufmerksamkeit für sein Schicksal generieren sollte.
- **Bus Kar Do:** Mit der im Oktober 2017 begonnenen Kampagne „Bus Kar Do“ („Genug ist Genug“) erweiterte JPP ihre Medienstrategie, indem ein Reisebus künstlerisch umgestaltet wurde, um mit farbenfrohen und kreativen Motiven die Todesstrafe in Pakistan zu kritisieren. Gemeinsam mit dem Azad Theatre und dem Künstlernetzwerk Highlights Arts organisierte JPP eine einwöchige Busreise von Sahiwal bis Karachi. In den besuchten Städten – neben Sahiwal und Karachi auch Multan, Sukkun und Hyderabad – fanden Theateraufführungen des selbst entwickelten Stücks „Intizaar – The Wait“ statt.³¹ In dem interaktiven Straßentheaterstück wurde in künstlerischer Form auf das Alltagsleben und das Schicksal von zum Tode verurteilten Häftlingen hingewiesen. Ziel dieser Performance war es, spielerisch und kreativ Aufmerksamkeit beim jeweiligen lokalen Publikum zu generieren.

„With Intezaar, an attempt at socially meaningful art is sure to start a discussion about the need to humanise the plight of death-row prisoners. Judging from the standing ovation by the viewers, the team behind this thought-provoking play might just be successful in their advocacy for mercy“ (Altaf, 09.04.2017).

Zum Ausdruck gebracht werden sollte das psychisch verzehrende Warten von Todeskandidaten und ihrer Angehörigen auf die Vollstreckung des Urteils. „From the schizophrenic patient to the disabled convict and the woman tortured to the point of dumbness, each sketch was a sobering reminder of the structural flaws that continue to impede the delivery of justice in Pakistan“ (ebd.). Dementsprechend wurden die Auftritte als Straßentheater konzipiert, um einem möglichst breiten Publikum die Teilnahme zu ermöglichen, und sich aus dem urbanen Tätigkeitsraum von JPP zu befreien. Im Anschluss wurde den Zuschauern die Möglichkeit gewährt, sich mit den Expert*innen von JPP über die pakistanische Strafjustiz auszutauschen oder ehemalige Gefängnisinsass*innen zu treffen.

³¹ Die Städte wurden ausgewählt, weil sich in ihnen Gefängnisse befinden, in denen regelmäßig Todesstrafen vollstreckt werden (vgl. *The Dawn*, 05.10.2017).

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

„With Bus Kar Do, we are looking to create a space to tell the stories of the most vulnerable Pakistanis and through that, bring increased awareness about how the death penalty is imposed and carried out in Pakistan. Unless we mobilize public support for reform in our criminal justice system, many are going to continue to slip through the cracks” (PAK-NGOs, 04.10.2017).

- **Qaid Kahani:** Im Mai 2017 begann auf dem Radiosender *FM 103* eine achteilige Radio-Dramaserie, die von JPP und dem Ajoka Theatre produziert worden war und in der die Einzelschicksale von Todeskandidat*innen in künstlerischer Form präsentiert wurden: „The show is an amalgamation of poetry, re-enactments, dramatic readings, songs and case histories that help in humanising death row prisoners“ (Shayan, 29.05.2017). In jeder Episode wurde das Schicksal eines individuellen Falls thematisiert.³² Insbesondere die Wahl des Mediums Radio wird von Beobachter*innen als gelungene medienstrategische Maßnahme bewertet, um eine breite Öffentlichkeit in Pakistan zu erreichen:

„The main objective of this radio show is to humanise the lives of death row inmates who are looked down upon by society. Qaid Kahani raises important questions about reformation and more importantly, about the rehabilitation of most of these prisoners. We need to have better sensibility about the reality of these issues and stories that usually get lost in the noise around them” (Shayan, 29.05.2017).

Weiterhin sind JPP-Mitarbeiter*innen regelmäßig bei Radiosendungen zu Gast, um über ihre Arbeit, die Haftbedingungen in Pakistan und Missstände zu berichten und organisieren regelmäßig Livestreams bei *Facebook* um u. a. über Foltermethoden der pakistanischen Polizei zu diskutieren. In diesem Zusammenhang fand z. B. am 11. August 2017 eine Talkshow mit Dr. Sohail Khurram, Generalsekretär der Pakistan Society of Forensic Medicine und Folterexperte (vgl. Jalil, 10.12.2017), sowie der JPP-Mitarbeiterin Zainab Malik statt. Neben diesen Projektarbeiten arbeitet JPP auch an der Erstellung von Studien, die zumeist mit nationalen und internationalen Institutionen aus der Wissenschaft erstellt werden. So

³² So behandelte die erste Folge den Fall des jungen Mannes Shafique, der seine Heimat in Azad Jammu und Kaschmir in Richtung Karachi verlassen hatte, um Arbeit als Wachmann in einem Wohnblock zu finden. Dort fand er rasch Kontakt zu ansässigen Kindern, mit denen er häufig spielte, ehe eines dieser Kinder tot aufgefunden wurde. Daraufhin wurde er des Mordes verdächtigt, verhaftet und zum Tode verurteilt. Weitere Folgen behandeln die Verurteilungen von Verdächtigen unter dem Anti-Terrorgesetz, Folterungen während der Haft und die erfolglosen Versuche der Häftlinge und ihrer Angehörigen, vor dem Supreme Court Haftverbesserungen zu erwirken.

4.2 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO

publizierte JPP bislang folgende Berichte (in chronologischer Reihenfolge):

- **Policing as Torture: A Report on Systematic Brutality by the Police in Faisalabad, Pakistan:** Im März 2014 erschien in Zusammenarbeit mit der Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic der Yale Law School der Bericht „Policing as Torture: A Report on Systematic Brutality by the Police in Faisalabad, Pakistan“, der anhand von Fallstudien Einzelfälle von Folterverstößen der Polizei in Faisalabad zwischen 2006 und 2012 rekonstruiert. Im Juni 2014 folgte die Nachfolgestudie „Abuse of Women by the Faisalabad Police: A Follow-up Report to ‘Policing as Torture: A Report on Systematic Brutality by the Police in Faisalabad, Pakistan’“, die sich explizit mit der Folter gegen inhaftierte Frauen auseinandersetzt.
- **Terror on Death Row: The abuse and overuse of Pakistan’s anti-terrorism legislation:** In Zusammenarbeit mit der NRO Reprieve³³ wurde im Dezember 2014 eine Studie veröffentlicht, die sich zum ersten Mal im pakistanischen Kontext mit den Haft- und Strafbedingungen der letzten zwei Jahrzehnte unter den verschärften Anti-Terror-Gesetzen wie dem Anti-Terrorism Act (ATA) von 1997 beschäftigt (vgl. JPP/Reprieve 2014: 2, 5–11). Darin beschreiben die Autor*innen an empirisch untersuchten Einzelfällen, wie diese Gesetze von den Behörden dazu instrumentalisiert werden, willkürlich Straftaten als terroristische Akte zu klassifizieren, was zu einem deutlichen Anstieg der Todesurteile geführt habe und „whole swathes of defendants whose crimes bear no relation to terrorism have been sentenced to death following extremely unfair trials – whilst terrorist attacks continue unabated“ (JPP/Reprieve 2014: 2).
- **Closing Bagram: The Other Guantanamo – Repatriating Pakistani citizens from U.S. detention in Afghanistan:** Die Studie „Closing Bagram“ aus Oktober 2015 analysiert die Haftumstände von etwa 40 pakistanischen Gefangenen im von den USA eingerichteten afghanischen Gefängnis in Parwan, welches auch als „Bagram-Gefängnis“ bezeichnet wird. Die Studie fordert u. a., Mechanismen für eine Überstellung der pakistanischen Häftlinge in ihre Heimat zu evaluieren, die rechtlichen Haftbedingungen zu prüfen und die Willkürlichkeit der Verfahren zu beenden (vgl. JPP 2015: 57f.).

³³ Reprieve ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit Sitz in London und New York. Ebenso wie JPP arbeitet auch Reprieve für den Schutz der Rechte von zum Tode verurteilten Häftlingen wie z. B. in Guantanamo.

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

- **A „Most Serious Crime“: Pakistan’s Unlawful Use of the Death Penalty:** Als Fortsetzung des Projekts „Terror on Death Row“ folgte im September 2016 erneut in Zusammenarbeit mit der Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic der Yale Law School die Veröffentlichung der Studie „A ‘Most Serious Crime’: Pakistan’s Unlawful Use of the Death Penalty“. Dieser Bericht zeigt auf, wie in Pakistan international und national verbindliches Recht bei Strafprozessen und der Verhängung der Todesstrafe verletzt wird.³⁴
- **Death Row’s Children: Pakistan’s Unlawful Executions of Juvenile Offenders:** Der im Februar 2017 vorgestellte Bericht widmete sich den Hinrichtungen von jugendlichen Straftäter*innen. Darin werden fehlende Geburtenregister, mangelhafte anwaltliche Unterstützung sowie unzureichende Gerichte und Gefängnisse für jugendliche Straftäter*innen als maßgebliche Missstände aufgeführt (JPP 2017a: 5f.).³⁵
- **Trial and Terror: The Overreach of Pakistan’s Anti-Terrorism Act:** Es folgte im November 2017 die Studie „Trial and Terror: The Overreach of Pakistan’s Anti-Terrorism Act“. Insbesondere Straftaten wie Entführungen oder Mord aus Habgier werden zunehmend als terroristische Gewalttaten eingestuft, um gegen die Verdächtigen die Todesstrafe verhängen zu können (vgl. JPP 2017b: 2).

4.2.2 Human Right Commission Pakistan (HRCP)

Die HRCP ist eine der ältesten und bekanntesten zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen in Pakistan (Kazimi 2015: 373). Sie wurde 1986 in Lahore gegründet, besitzt Zweigstellen in Karachi, Peshawar und Quetta und beschäftigt lokale Vertreter*innen in Hyderabad, Sukkur, Multan, Makran und Gilgit. HRCP engagiert sich in vielen Projekten für den Schutz der Menschenrechte, für ethnische und religiöse Minderheiten und für Opfer staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt, initiiert öffentliche Kampagnen und versucht, durch mediale Auftritte, Konferenzen, Seminare und Workshops auf bestehende Missstände aufmerksam zu machen. Mit ihrer Arbeit zielt HRCP explizit darauf ab,

³⁴ Dabei werden laut den Autor*innen vor allem junge Menschen und Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen Opfer der Rechtsprechung (vgl. JPP/Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic 2016: 3).

³⁵ Am 16. Dezember 2014 hatte die pakistanische Regierung eine sechsjährige Aussetzung der Todesstrafe aufgehoben. Seitdem sind mindestens sechs minderjährige Straftäter hingerichtet worden (vgl. JPP 2017a: 5).

4.2 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Vertreter*innen von pakistanischen NRO

„öffentliche Meinung zu mobilisieren“ (HRCP: Mission and Vision) und Aufmerksamkeit für Menschenrechtsthemen zu generieren. So veröffentlicht sie regelmäßige Newsletter und Bulletins in englischer Sprache und Urdu, in denen sie auf Verletzungen der Pressefreiheit, die Abschaffung der Todesstrafe, Entführungen, den Schutz von Minenopfern, die Bekämpfung von Kinderrmut und prekäre Arbeitsbedingungen hinweist. Die Aktivitäten werden neben Studien und anderen Publikationen auch in Videos sowie Comics auf der Homepage und über soziale Medien zur Verfügung gestellt. In den Jahresberichten wird über den Stand der Menschenrechte informiert. Bislang konzentrierten sich die Aktivitäten von HRCP nur in Ausnahmefällen auf migrationspezifische Themen, wie von einem führenden Vertreter der Organisation auf Nachfrage bestätigt wird:

„We have a very clear opinion about our priorities. The first of all is that we deal with issues related to our homeland. Once we succeed here, we can expand activities abroad but until now, labour migration is not tackled directly. We are organizing meetings with labor organizations and with trade unions about Pakistan. Our primary responsibility is in this country. The state should look after the situation of the labour migrants“ (REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:40:54–9#).

Dennoch bestehen Pläne, sich intensiver der Thematik zu widmen, indem Online-Beschwerdesysteme ausgebaut werden sollen, um den Migranten und ihren Familien neben den staatlichen Institutionen eine Anlaufstelle zu bieten, sich über Fälle von struktureller Gewalt, Verletzungen von vertraglichen Verpflichtungen oder Probleme mit dem Arbeitgeber beschweren zu können (siehe [Kapitel 8](#)).

4.2.3 Bonded Labour Liberation Front (BLLF)

BLLF wurde 1967 als Brickland Labour Friends gegründet und beschäftigt sich seitdem mit der Bekämpfung von Zwangs- und Kinderarbeit in Pakistan. Nach der Umbenennung in BLLF im Jahr 1990 wurde das Aufgabengebiet erweitert und umfasst nun alle Sektoren der Zwangsarbeit wie Landwirtschaft, Schuhmacherei, die Herstellung von Sportprodukten, Textil-, Baumwoll- und Teppichindustrie und Ziegelproduktion. BLLF setzt sich in seinen Aktivitäten für die Einführung eines Mindestlohns oder für besseren gewerkschaftlichen und rechtlichen Schutz von Kindern und Frauen durch umfassende rechtliche Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit Arbeitgeber*innen, Gewerkschaften, Grundbesitzer*innen, Gerichten, Medien und politischen Akteur*innen

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

ein.³⁶ BLLF's Generalsekretärin Syeda Ghulam Fatima zählt zu einer der anerkanntesten Menschenrechtlerinnen in Pakistan und wurde mehrfach für ihr Engagement ausgezeichnet, darunter als „Trafficking in Persons (TIP) Hero“ im Jahr 2016. Integraler Bestandteil ist die Organisation von öffentlichen Demonstrationen der Angehörigen von Zwangsarbeiter*innen, um ihre Absichten medial zu positionieren und politische Aufmerksamkeit zu erreichen. So finden regelmäßige öffentliche Protestmärsche am Internationalen Frauentag, dem Tag der Arbeit oder dem internationalen Anti-Sklaverei-Tag statt.³⁷ Dazu organisierte BLLF Theaterstücke, Pressekonferenzen sowie Demonstrationen und produzierte Radiosendungen und Dokumentationen, um mediale Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit zu erreichen, stellte juristische Unterstützung zur Verfügung und versorgte die Projektbeteiligten mit sozialen Hilfsleistungen wie den sogenannten *Khidmat Cards*, mit denen kostenlose Wohlfahrtsangebote für Dienstleistungen oder der Lebensmittelversorgung bereit gestellt werden (BLLF). Zur Zeit der Feldforschung wurden konkrete Pläne für migrationsrelevante Projekte entwickelt, die in [Kapitel 8](#) vorgestellt und analysiert werden.

4.3 Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen

Im Rahmen meines Forschungsvorhabens prägen vor allem die beiden Organisationen International Organization of Migration (IOM) und International Labour Organization (ILO) der Vereinten Nationen mit ihrer ausgeweiteten Arbeit innerhalb Pakistans die öffentliche Sichtbarwerdung von Migration nach Saudi-Arabien.

³⁶ So konnten zwischen Januar 2016 und Dezember 2017 740 Zwangsarbeiter*innen aus prekären Arbeitsverhältnissen durch anwaltliche Intervention vor den zuständigen Gerichten befreit werden. Für deren Betreuung wurde in Lahore der „Freedom Campus“ eingerichtet, in dem insgesamt zehn ehemaligen Zwangsarbeiter*innen und ihren Familien legaler und physischer Schutz sowie psychologische Betreuung gewährt wird.

³⁷ In Kooperationsprojekten mit internationalen Organisationen (darunter z. B. die FES) und nationalen NRO (z. B. HRCP) wurden für 2.500 Zwangsarbeiter*innen im Kasur District im Punjab Capacity-Development-Workshops durchgeführt, um deren Selbstorganisation und die Einforderung von Arbeitsrechten (z. B. Mindestlöhne, soziale Dienstleistungen) zu verbessern. Im Rahmen des Projekts „Realizing Rights for Bonded Labourers at Brick Kilns“ fanden 36 interaktive Selbsthilfeführungen von mehr als 1.000 Zwangsarbeiter*innen statt.

4.3.1 Migration Resource Center der International Labour Organization (ILO)

Insbesondere die in Lahore und in Islamabad gegründeten Migration Resource Center (MRC) der ILO dienen als Pilotprojekte der Vorbereitung auswanderungswilliger Pakistaner*innen. Die ILO unterhält seit 1970 ein für Pakistan zuständiges Lokalbüro, welches zuerst in Karachi ansässig war, später nach Islamabad umzog. Hauptaufgaben der ILO Pakistan waren bislang in Form von Decent Work Country Programmes (DCWPs) arbeitsrechtliche Maßnahmen und Arbeitsschutzmaßnahmen auf nationaler Ebene, während Initiativen im Migrationsbereich bislang nur eine untergeordnete Bedeutung eingenommen hatten (ILO 2014). Jedoch sollen transnationale Maßnahmen wie im Bereich Migration in der aktuellen Phase der DCWPs zwischen 2016 und 2020 deutlich intensiviert werden. So werden zwar weiterhin die nationalen Arbeitsschwerpunkte Arbeitsmarktpolitik, Textilproduktion sowie Ausbildungsprogramme thematisiert, das Kapitel 7.3 des DCWP widmet sich allerdings explizit der Arbeitsmigration. Diese Absichten werden durch die Einrichtung der MRC untermauert: Sie sind Bestandteil des ILO-Projektes „Promoting the Effective Governance of Labour Migration from South Asia through Actions on Labour Market Information, Protection during Recruitment and Employment, Skills and Development Impact“ (SALM).³⁸ SALM wurde 2013 ins Leben gerufen und endete am 30. September 2016 (vgl. ILO: SALM).³⁹ Das Projekt, welches sich auf Pakistan, Indien und Nepal konzentrierte, hatte das Ziel „well-managed labour migration from South Asia to the Gulf Cooperation Council countries (GCC) [zu fördern, der Verf.], to ensure effective protection of the rights of vulnerable migrant workers, enhance the development impact of labour migration and reduce irregular flows“ (ILO, 2015a). In Pakistan ist SALM das erste migrations-spezifische Kooperationsprojekt der ILO (vgl. 2015b: 18). Die fehlenden Erfahrungen im Aufbau von politischen und administrativen Netzwerken sowie die spezifischen Gegebenheiten der pakistanischen Migrationspolitik führten zu Beginn der Projektlaufzeit zu deutlichen Verzögerungen, da weder die offenen Stellen besetzt, noch konkrete Ansprechpartner*innen in den staatlichen Partnerinstitutionen identifiziert werden konnten. Dennoch entwickelte sich das Projekt bis zur ersten Zwischenevaluierung durchaus positiv (vgl. ILO 2015a).

³⁸ SALM widmete sich verschiedenen Maßnahmen in Pakistan, Indien und Nepal. Auf die Aktivitäten in Indien und Nepal wird aufgrund der Irrelevanz für die Beantwortung der Fragestellung nicht eingegangen.

³⁹ Von Seiten der ILO wurden 481.437 EUR und von der Europäischen Union 1.925.749 EUR als Projektvolumen zur Verfügung gestellt.

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

Es sollen vor allem Möglichkeiten aufgezeigt werden, die Migrationskosten zu reduzieren, den Schutz der Migranten im Empfängerland zu erhöhen und Vorbereitungsmaßnahmen einzuführen (vgl. ILO 2015a): Damit bildete SALM einen integralen Bestandteil innerhalb des Colombo-Prozesses und des Abu Dhabi Dialogues⁴⁰ und unterstützt das Projekt „Realising a Fair Migration Agenda: Labour flows between Asia and the Arab States“, welches vom ILO Regional Office for Arab States (ROAS) sowie dem Regional Office for Asia and the Pacific (ROAP) im Dezember 2014 initiiert wurde (vgl. ILO 2015a). Koordiniert wurde das SALM-Projekt vom ILO-Landesbüro in Kathmandu (Nepal) (vgl. ILO 2015a). Insgesamt sollten 15.000 Migranten von folgenden Aktivitäten des Projekts profitieren (ILO 2016b: 11):

- In Pakistan wurden unterschiedliche Veranstaltungen organisiert, darunter Workshops und Weiterbildungsseminare für Mitarbeiter*innen der Overseas Pakistanis Foundation (OPF) zum Thema „Enhancing Role of Overseas Pakistanis in Nation Building“ im Dezember 2016, ein „Training for Trainer“-Seminar im März 2015 für 31 Mitglieder der Pakistan Workers' Federation (ILO 2015a: 33f.) sowie das im September 2016 durchgeführte dreitägige Seminar zu „Safe Migration for Decent Work in the GCC Countries“ in Zusammenarbeit mit NAVTT (vgl. ILO).
- Weiterhin wurde 2015 die Broschüre „Decent Work for Migrant Workers. A manual for Pakistani trade unionists“ herausgegeben, mit der die pakistanischen Gewerkschaften für die Thematik „Migrantenschutz“ sensibilisiert werden sollen.
- Unter Leitung von ILO-Mitarbeiter*innen führten Beamt*innen des Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development (MOP) und des Punjab Labour and Human Resource Departments im Dezember 2015 eine Fact-Finding-Mission nach Sri Lanka durch, um sich

⁴⁰ Beim Colombo-Prozess handelt es sich um einen regionalen Konsultationsprozess, in dem Themen zu Migration und Vertragsarbeit diskutiert werden sollen (Regional Consultative Process on Overseas Employment and Contractual Labour for Countries of Origin in Asia). Er wurde 2003 ins Leben gerufen und zielt u. a. darauf ab, die Rechte der Migrant*innen zu stärken oder geschlechterspezifische Aspekte von Migration zu thematisieren. Der Colombo-Prozess umfasst zwölf Mitglieder. Neben Pakistan sind das Afghanistan, Bangladesch, Kambodscha, China, Indien, Indonesien, Indien, die Philippinen, Sri Lanka, Thailand und Vietnam und damit alle entscheidenden Entsendestaaten von Migrant*innen in die arabischen Golfmonarchien. Auf Ministerienebene wird die sogenannte Ministerial Consultation on Overseas Employment and Contractual Labour for Countries of Origin and Destination in Asia (oder Abu Dhabi Dialogue) organisiert, der zum ersten Mal elf der im Colombo-Prozess engagierten Mitgliedsstaaten und sieben arabische Staaten (darunter auch Saudi-Arabien bzw. die Staaten des Golfkooperationsrates) in direkte Gespräche zu Migration zusammenführte. Er wurde 2008 gegründet.

4.3 Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen

vor Ort über Vorbereitungsmaßnahmen, Seminarangebote, Integration von Rückkehrer*innen und Unterstützungsinitiativen für Migrant*innen zu informieren (vgl. ILO 2016b: 15).

- Im März 2016 wurde die Studie „The cost of migration: What low-skilled migrant workers from Pakistan pay to work in Saudi Arabia and the United Arab Emirates” veröffentlicht, die durch die ILO finanziell gefördert wurde. Erstellt wurde sie durch das Centre of International Migration, Remittances and Diaspora (CIMRAD) der LSE. Zum Projektteam gehörten auch der im Rahmen der Feldforschung interviewte Migrationswissenschaftler GAR_ISL.
- Mit MFA sollten in den Empfängerländern Kuwait, Katar und den VAE zivilgesellschaftliche Mechanismen eingerichtet werden, um den Schutz der Migranten aus den drei Schwerpunktstaaten Pakistan, Nepal und Indien zu verbessern. So ist beabsichtigt, den Kontakt zu den lokalen Botschaften, UN-Institutionen, aber auch Diasporagemeinschaften zu intensivieren, um Netzwerke aufzubauen, Informationen bereitzustellen und auf existierende Hilfsangebote hinzuweisen. Saudi-Arabien ist auf Seiten der Empfängerländer nicht inkludiert.
- Im August 2016 widmete sich die ILO-Studie „Law and Practice: The recruitment of low-skilled Pakistani workers for overseas employment” den Rekrutierungspraktiken der Agenturen, bestehenden rechtlichen Unsicherheiten und kriminellen Praktiken (vgl. ILO 2016c). In diesem Zusammenhang wurde im September 2016 die Studie „Where to go for help: Pakistani migrant workers’ access to justice at home and in Gulf Cooperation Council countries” herausgegeben (vgl. ILO 2016d). Gemeinsam mit der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und mit Unterstützung des deutschen Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde ebenfalls im September 2016 die Studie „From Pakistan to the Gulf region: An analysis of links between labour markets, skills and the migration cycle” publiziert (vgl. GIZ/ILO 2016).

Wesentlicher Bestandteil des SALM-Projekts war die Einrichtung der MRC, die im Oktober 2015 in Zusammenarbeit mit dem MOP, der Overseas Employment Corporation (OEC), dem Punjab Department of Labour und dem International Centre for Migration Policy Development beschlossen wurde, ehe die ersten Aktivitäten im Januar 2016 aufgenommen werden konnten:

„The introduction of Migration Resource Centres is a cornerstone of the project, representing a place where direct beneficiaries – migrant workers, both male and female’ can be directly reached and the support materials develo-

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

ped through the project (such as the Travel Smart, Work Smart brochures) disseminated (ILO 2015b: 26).”

Die offizielle Eröffnung in Islamabad fand am 12. April 2016 statt. Kurz danach wurde auch das MRC in Lahore offiziell eingeweiht, wenngleich es im Gegensatz zum Büro in Islamabad bereits seit Jahresbeginn operativ gearbeitet hatte.⁴¹ Dies stellt einen historischen Meilenstein für die pakistanische Migrationspolitik dar, wie ein Mitarbeiter in Lahore betont, denn: „MRC is the first information center that was established in Pakistan in history. It is the first ever project on labour migration in Pakistan” (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:55:00–9#). Es sollen erstens Daten und Informationen über die Migrationsströme aus Pakistan insbesondere in die arabischen Golfmonarchien erhoben und aufbereitet werden, um den bestehenden Datenmangel zu beheben. Dabei arbeiten die Kolleg*innen der MRC mit dem MOP zusammen, um die vorliegenden Statistiken zu erhalten und einen umfassenden Bericht zu erstellen, der zukünftig vom Ministerium veröffentlicht werden soll (vgl. HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:34:29–4#). Zweitens sollen in Form von selbst organisierten und konzipierten kostenlosen Orientierungskursen (*Pre-departure Briefings* bzw. *Orientation Sessions for Intending Migrants and Students*) migrationswillige pakistanische Staatsangehörige auf ihren Aufenthalt im Empfängerland vorbereitet werden. Man verstehe sich als „Facilitator“, der Informationen und Hilfe bereitstelle, wie eine Vertreterin des MRC in Islamabad im Interview betont (SOH_LAH, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:01:12–4#). Drittens wollen die MRC den zukünftigen Migranten bei dem Prozess zur Visum-Erteilung behilflich sein, um Probleme mit den Rekrutierungsagenturen zu vermeiden und als Ansprechpartner*innen für etwaige Beschwerden zur Verfügung stehen. Alle interviewten Vertreter*innen der MRC betonen die Notwendigkeit, eng mit den pakistanischen Regierungsbehörden und zuständigen Rekrutierungsagenturen, aber auch mit den relevanten NRO zusammenarbeiten zu wollen und zu müssen. Dazu gehören vor allem das MOP, die Technical Education & Vocational Training Authority des Punjab (TVET), die National Vocational & Technical Training Commission (NAVTTTC), Botschaften, Banken sowie Forschungseinrichtungen wie CIMRAD.

Insbesondere vor dem Hintergrund der dubiosen Geschäftspraktiken der Agenturen wurde im Juni 2016 in Zusammenarbeit mit der Pakistan Overseas Employment Promoters Association (POEPA) ein „Code of Ethical Conduct for

⁴¹ Lahore wurde aus strategischen Aspekten als Standpunkt gewählt. Immerhin stammen 52% aller pakistanischen Migranten aus der Provinz Punjab mit dessen Hauptstadt Lahore (vgl. HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:53:12–9#).

4.3 Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen

Licensed Overseas Employment Promoters“ (COC) (POEPA 2016) veröffentlicht, an dessen Vorgaben sich jedes der mehr als 800 bei POEPA registrierten Rekrutierungsunternehmen zu halten habe, wie ein Mitarbeiter in Lahore ausführt (vgl. HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:16:58–2#). Der COC soll darauf hinwirken, „ethical recruitment that protects the rights of migrant workers in destination countries but also improves the image of overseas employment promoters“ umzusetzen (vgl. POEPA 2016: 4). Dafür sollen der Grad der Professionalisierung, der ethischen Verantwortung, des Vertrauens und der Qualität der Rekrutierungsagenturen verbessert werden, indem faire Vermittlungspraktiken eingeführt werden, um das Image und die Reputation der Agenturen zu verbessern (vgl. POEPA 2016: 5):

„Overseas employment promoters must abstain from activities that set a bad example, such as withholding the documents of job seekers or taking token money from them as a service charge when there is no job available“ (POEPA 2016: 6).

Außerdem verpflichten sich die Agenturen, die jeweiligen Stellenausschreibungen „accurate, complete and clear“ (POEPA 2016: 7) zu veröffentlichen, indem korrekte Informationen zu den zu erwartenden Gehaltszahlungen, der Unterkunft, den Versicherungskonditionen, den Urlaubsregelungen und etwaigen Bonuszahlungen angegeben werden: „Overseas employment promoters must make all effort to protect job seekers against fraud, misinterpretation and unethical practices in the recruitment process for overseas employers“ (ebd.). Dafür sollen die Rechte der Migranten geschützt und Vorbereitungs- bzw. Orientierungskurse angeboten werden: „Overseas employment promoters must organize pre-departure orientation for workers to provide them practical information on their contract, living conditions, work environment, responsibilities, laws and culture of the destination country“ (POEPA 2016: 9). Bei Verletzungen dieser Auflagen durch Rekrutierungsagenturen darf ihre Mitgliedschaft von POEPA ebenso suspendiert werden wie die Geschäftslizenz durch die Bureau of Emigration and Overseas Pakistanis (BEOE) (vgl. POEPA 2016: 12).

Ein weiteres Ziel ist die Herstellung von medialer und damit öffentlicher Aufmerksamkeit, weswegen sich die Vertreter*innen der MRC auch explizit als Öffentlichkeitsakteur*innen verstehen. Dafür sollen die Aktivitäten in den sozialen Medien ebenso ausgebaut werden wie in den traditionellen Medien. Weiterhin will das MRC mit Informationsständen an relevanten Anlaufstellen migrationswilliger Arbeitskräfte wie z. B. den Protector Offices, den Rekrutierungsagenturen, den technischen Aus- und Weiterbildungsstätten oder an Colleges und Universitäten präsent sein und ein SMS-Benachrichtigungssystem sowie Beschwerdezentren an Flughäfen einrichten (vgl. Punjab Migrant Workers Resource Center).

4. Präsentation und Systematisierung der Öffentlichkeitsakteur*innen

4.3.2 Registration Center der International Organization for Migration (IOM)

Neben den MRC übernimmt das Registration Center (RC) der IOM in Karachi eine wesentliche Aufgabe bei der Wiedereingliederung von rückkehrenden Migranten aus den arabischen Golfmonarchien. Ziel dieser Initiative ist es, die mangelnden und lückenhaften statistischen Erhebungen zu pakistanischen Rückkehrern zu vervollständigen, einen kohärenten Datensatz zu erstellen und damit die Migrationspolitik der pakistanischen Regierung zu unterstützen. So sollen zukünftig neben Statistiken über Rückkehrerquoten, Geschlechterverhältnis, Einkommensverhältnisse und Berufsgruppen auch Informationen zum Familienstand sowie zu sozialen Implikationen der Migration wie individuelle Erwartungen, Herausforderungen und Hoffnungen erfasst werden. Darüber hinaus sollen konkrete Maßnahmen eingerichtet werden, die die Wiedereingliederung der rückkehrenden Migranten nach ihrem jahrelangen Aufenthalt im golfarabischen Ausland erleichtern. So ist langfristig geplant, psychologische Erstbetreuung anzubieten und in Form von ersten Orientierungsseminaren die Migranten auf die Probleme der Integration vorzubereiten. Das RC operiert als Anlaufstelle am Flughafen und Hafen in Karachi. In einem ersten Schritt wurde eine Sammelstelle am Hafen von Karachi benötigt, um ausgewiesene Migranten aus den arabischen Golfmonarchien hygienisch und medizinisch sowie mit Lebensmitteln versorgen zu können, wie der Leiter des RC in Islamabad ausführt:

„It’s a reception center at the Karachi seaport. At the airport, the facilities are better but at the seaport was nothing. 500 to 600 people arrive at the same time who have been deported from Oman. The conditions were very bad. There were no washrooms and no clean drinking water, they had to sit on the floor in the sun. We want to improve the conditions. We also want to get information about the reasons of their deportation. We also want to take the provincial government authorities on board. We also want to establish linkages to NGO’s and FIA. If people are in very vulnerable situations they could also contact these institutions“ (JAK_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, #00:12:03–5#).

Die Initiative der ILO soll nicht nur Ersthilfe und Notversorgung leisten, sondern langfristig auch die Voraussetzungen im infrastrukturellen Bereich schaffen, damit diese Registrierungscentren als erste Station für eine erfolgreiche Reintegration der Migranten dienen. Während sich im Rahmen meiner Feldforschung die konkreten Projekte des RC in Karachi noch in der Implementierungsphase befanden und daher nicht begutachtet werden konnten, wurden jedoch Vertreter*innen der IOM in Islamabad zu den bisherigen Maßnahmen und zum zukünftigen Engagement des RC befragt (vgl. [Kapitel 8](#)).

4.3 Vertreter*innen von internationalen bzw. multilateralen Organisationen

Die einordnende Übersicht legt dar, dass es sich bei den identifizierten und empirisch untersuchten Akteur*innen um journalistische, zivilgesellschaftliche und internationale Initiativen bzw. Organisationen handelt, die verstärkt Migration in einem limitierten, fragmentierten und kontrollierten Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit mit den traditionellen Gatekeeper*innen bzw. dem Publikum auf der Galerie der Arena verhandeln wollen. Dafür haben sie unterschiedliche Ziele identifiziert und nutzen verschiedene Instrumente, die in [Kapitel 8](#) analysiert werden, in dem sich auch auf die vorherige Vorstellung der Aktivitäten bezogen wird. Es ist deutlich geworden, dass unterschiedliche Akteur*innen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Engagement wählen, um Öffentlichkeit zu erreichen. Diese Beobachtung wird in [Kapitel 8](#) am Fallbeispiel „Migration“ noch konkretisiert, um das Engagement der einzelnen Akteur*innen gruppenspezifisch zu klassifizieren.

Um die akteurszentrierten Motive und Mittel analysieren zu können, werden in den folgenden empirischen [Kapiteln 5-7](#) die Spezifika des öffentlichen Teilbereichs zu Migration untersucht, die als Rahmung die Grenzen und Möglichkeiten des medienrelevanten Engagements der neuen Akteur*innen zu Migration bestimmen und dominieren. Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Kapitel das bilaterale Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien auf unterschiedlichen Ebenen untersucht.

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan: Zwischen „Bitterkeit“ und „Bruderstaat“

“We are told that all of us are brothers in faith, but relations really just boil down to the fact that Saudi Arabia is bailing Pakistan out of yet another economic crisis. It’s a happy marriage between God and budget deficits (...). One might think that it’s his dad’s money he is spending. But Pakistanis seem to think that since God has blessed Saudi Arabia with so many riches, we are only getting our fair share” (Hanif, 19.02.2019).

Ohne das konfliktreiche und wechselvolle Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien auf sicherheits- und regionalpolitischer, historischer, wirtschaftlicher, militärischer, kultureller und sozialer Ebene zu problematisieren, lassen sich die neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen nicht in der öffentlichen Arena zu Migration verorten. Ihre medienstrategische Arbeit wird von dieser Ebene in vielfacher Hinsicht beeinflusst und beeinträchtigt. Die untersuchten Akteur*innen müssen in einem komplexen und komplizierten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Diskussionsrahmen agieren, welcher die Entwicklung einer kritischen Öffentlichkeit zu Saudi-Arabien behindert. Somit dient dieses Kapitel als erste Rahmung und Grundlage für das weitere Aushandlungspotenzial von Migration in der öffentlichen Arena aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen.⁴²

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien sind seit Jahrzehnten von einer fast symbiotischen Nähe, gleichermaßen aber auch einer tiefgreifenden Ambivalenz und einem asymmetrischen Ungleichgewicht geprägt, wie von unterschiedlichen Interviewpartnern aus Politikberatung, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft in fast allen Gesprächen betont wird (vgl. MIR_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore; RAF_LAH, Interview, 06.02.2016, Lahore; SHA_LAH, Interview, 3.02.2016, Lahore). Für sie stellt Saudi-Arabien gleichsam wirtschaftlicher Geber, aber auch sicherheitspolitisches Risiko dar. Damit unterstreichen die neuen Öffent-

⁴² Dabei werden ihre Perspektiven und Einschätzungen in die Analyse einbezogen und mit Kontextwissen aus Politik- und Regionalwissenschaft kombiniert.

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

lichkeitsakteur*innen die auch in der Literatur vorherrschende Forschungsposition, in der Pakistan u. a. auch als „extension of the Middle East“ bezeichnet (Amin 2014: 4), während Saudi-Arabien als Schutzmacht oder als „senior partner“ (Amin 2014: 135) charakterisiert wird. Dieses vielschichtige bilaterale Spannungsverhältnis wird von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen in unterschiedlichen Facetten und aus sich vielfach widersprechenden Perspektiven thematisiert.⁴³

So wird Saudi-Arabien einerseits als „Bruderstaat“ beschrieben, der als besonderer Partner bzw. Verbündeter über enorme Signifikanz in der pakistanischen Politik und Gesellschaft verfügt, andererseits sehen einige Öffentlichkeitsakteur*innen in der Asymmetrie der Beziehungen ein strukturelles Problem der „Bitterkeit“, welches sich zu Lasten der pakistanischen Stabilität oder der kulturell-religiösen Diversität auswirkt, was insbesondere Vertreter*innen der pakistanischen Politikwissenschaft kontaktieren, die sich in ihrer Forschung vor allem mit pakistanischer Außenpolitik beschäftigen (vgl. WAS_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; ZAK_LAH, Interview, 22.01.2016, Lahore; WER_LAH, Interview, 04.02.2016, Lahore).

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden herausgearbeitet werden, wie sich die bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien entwickelt haben und auf welchen Pfeilern sie beruhen. Zu diesem Zweck wird in 5.1 die politische und wirtschaftliche Nähe bzw. Abhängigkeit zum Königreich thematisiert, um im Anschluss die militärisch-geostrategische Dimension der bilateralen Kooperation zu diskutieren. In diesem Zusammenhang artikulieren die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ihre Sorgen, Pakistan könne zum Schauplatz der iranisch-saudischen Rivalität werden (5.2). Als weiterer Aspekt der ambivalenten Beziehungen wird die religiöse Nähe zum „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ aufgezeigt (5.3). Darauf aufbauend schildern die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen die aus ihrer Perspektive stattfindende religiöse und kulturelle Indoktrination aus Saudi-Arabien, die die nationale Sicherheit und das gesellschaftliche Zusammenleben bedroht (5.4). Allerdings sehen sie auch Tendenzen eines sich ändernden Verhältnisses zu Saudi-Arabien und machen dies an der Parlamentsentscheidung fest, keine militärischen Einheiten zur Unterstützung Saudi-Arabiens in den Jemen zu entsenden (5.5). Oftmals beziehen sie sich dabei auf bestehende wissenschaftliche oder politische Hintergrundinformatio-

⁴³ In der Vorbereitung auf meine semistrukturierten Interviews hatte ich eine explizite Hinführung zu diesem Themenschwerpunkt keineswegs intendiert, doch im Untersuchungsverlauf kamen alle Gesprächspartner*innen oftmals selbst aus unterschiedlicher Perspektive auf die engen bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien und die bestehende Ambivalenz zu sprechen.

nen der von mir ebenfalls untersuchten Sekundärliteratur. Da ich neben zivilgesellschaftlichen und journalistischen Akteur*innen auch Vertreter*innen aus Politik-, Migrations- und Regionalwissenschaft interviewt habe, welche teilweise den bestehenden Forschungsstand zu den saudisch-pakistanischen Beziehungen mitgestaltet haben, sind ihre Aussagen zu denen in der Literatur oftmals kongruent.

5.1 Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien als wirkmächtiges Narrativ

Es war ein Besuch mit symbolischer Strahlkraft: Als Muḥammad b. Salmān im Februar 2019 zum ersten Mal Pakistan in seiner Funktion als saudischer Kronprinz besuchte (vgl. Riedel, 13.02.2019; Henderson 2019) und dort den pakistanischen Premierminister Imran Khan (reg. seit dem 18. August 2018) traf, bekundeten beide mit emotionalem Pathos ihren gegenseitigen Respekt und das traditionell enge bilaterale Verhältnis. Die Ankunft des jungen saudischen Kronprinzen wurde umfassend in den Medien dokumentiert, auf Plakaten wurde der saudisch-pakistanischen Freundschaft gehuldigt und über soziale Medien Eintracht in den Beziehungen und eine gemeinsame Zukunftsvision proklamiert: „Pakistani officials were tasked with sourcing 3,500 pigeons to release on the prince’s arrival. There was dancing on the streets. Air force jets escorted the prince’s plane as it entered our airspace. Yes, it was a royal welcome“ (Hanif, 19.02.2019). Muḥammad b. Salmān bezeichnete sich selbst als „Botschafter aller Pakistaner“ (Ahmed, 18.02.2019) und sagte: „We believe that Pakistan is going to be a very, very important country in the coming future and we want to be sure we are part of that“ (zitiert in Khan, 17.02.2019). Während der Reise wurden Absichtserklärungen für gemeinsame wirtschaftliche Projekte in Höhe von 20 Mrd. US-Dollar unterzeichnet (vgl. Zahra-Malik, 18.02.2019).

Es sind Besuche wie solche, die seit Jahrzehnten das enge Verhältnis beider Staaten symbolisieren. Insbesondere die wirtschaftliche und politische Nähe zum „Partner“ Saudi-Arabien prägt bei den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen die Wahrnehmung auf das saudisch-pakistanische Verhältnis: „Politisch und wirtschaftlich ist Saudi-Arabien sehr wichtig, was auch von Politik und Medien hier immer wieder betont wird“ (IMG_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:21:25–0#). So beschreibt ein renommierter Kolumnist und Politikwissenschaftler, der in Deutschland studiert und gelehrt hat, und deswegen sehr gutes Deutsch spricht, die bilateralen Beziehungen. Darum wirke die selbstverständliche Nähe zwischen den beiden Staaten auf den ersten Blick unerschütterlich. Auf diesen Umstand rekurriert auch HAY_ISL, die für

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

das MRC in Islamabad als Projektmanagerin fungiert. Verantwortlich dafür sei die pakistanische Regierung:

„The state has created the narrative about Saudi Arabia for so long: They are our brothers, they are the custodian of the holy shrines and so on, they are our brothers. They gave us oil when they were in trouble. They take our labour force and have done so much for us. This has influenced the mindset. The narrative is very strong“ (HAY_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:50:13–0#).

Bei diesem Narrativ handelt es sich um eine historische Konstante, die vor allem seit den 1970er Jahren aus politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten entstanden ist und bis heute andauert; davon ist der Leiter der HRCP überzeugt (vgl. REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:09:43–7#). Aus diesem Grunde kann eine kritische mediale und politische Diskussion um Saudi-Arabien kaum stattfinden, betonen auch andere Interviewpartner*innen, die sich intensiv mit den bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und dem Königreich aus journalistischer Perspektive beschäftigt haben (vgl. THE_LAH, Interview, 13.02.2016, Lahore; BAD_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad). Stattdessen wird nicht der saudischen Führung, sondern der pakistanischen Regierung vorgeworfen, die Einflussnahme des Königreichs über Jahrzehnte zugelassen zu haben, wie der Journalist und Teilnehmer am Fellowship-Programm 2016 von PANOSA South Asia SIA_LAH ausführt (vgl. Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:57:58–6#). Dies liegt auch an den engen persönlichen Beziehungen der pakistanischen Gatekeeper*innen zu Saudi-Arabien: Während meiner Feldforschung fungierte noch Nawaz Sharif zum dritten Mal nach 1990–1993 und 1997–1999 als Premierminister, ehe er 2017 wegen Korruptionsvorwürfen des Amtes enthoben wurde (vgl. Masood, 06.07.2018). Einige wissenschaftliche Vertreter*innen und einflussreiche Journalisten bezeichnen Sharif als „Günstling Saudi-Arabiens“, der auf geschäftlicher und beruflicher Ebene enorm von seinen engen Beziehungen zu führenden Mitgliedern des Königshauses profitiert hätte (vgl. QAS_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; RAZ_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore). Zwischen 1999 und 2011 hatte er sich in Saudi-Arabien im Exil aufgehalten (vgl. Harding, 11.12.2000). Nach seiner Verurteilung 2017 hatte die saudische Regierung erneut angeboten, Sharif aufzunehmen, was allerdings vom neu gewählten pakistanischen Premierminister Imran Khan abgelehnt worden war (vgl. *Times of Islamabad*, 01.08.2018).

Dieses von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen thematisierte besondere Verhältnis beider Staaten (vgl. Amin 2014: 11) beruht neben solchen persönlichen Patronagenetzwerken auf politischer, wirtschaftlicher, militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, wobei Saudi-Arabien sogar außen- und innenpolitische Entscheidungen mitbeeinflussen konnte, wie

in der Literatur dargelegt wird (vgl. Walsh, 01.12.2010). Die Sichtweise vieler der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen wird daher auch von der in der Forschung detailliert dokumentierten historischen Genese der bilateralen Beziehungen seit den 1940er Jahren geprägt: 1943 – bereits vor der Gründung des Staates Pakistan – soll der damalige saudische König und Staatsgründer des Königreichs, Ibn Sa‘ūd, 16.000 Pfund Sterling Unterstützungszahlungen geleistet haben, um die indischen Muslime in ihrem Streben nach Unabhängigkeit zu unterstützen (vgl. Rizvi 1981: 82). 1951 wurde der erste Freundschaftsvertrag zwischen beiden Staaten geschlossen, um die politische und wirtschaftliche Kooperation zu stärken, ehe 1954 König Sa‘ūd, Sohn Ibn Sa‘ūds, Pakistan zum ersten Mal besuchte. 1960 folgte der Gegenbesuch des pakistanischen Präsidenten General Muhammad Ayub Khans (reg. 1958–1969) (vgl. Kessing’s Contemporary Archives, 11.-18.11.1961: 18434). 1966 und 1974 bezeugten die Staatsbesuche König Faišals (reg. 1964–1975) die intensivierten Beziehungen, die 1976 von König Ḥālid (reg. 1975–1982), in den 1980er Jahren von König Fahd (reg. 1982–2005) und unter dem damaligen Kronprinzen und späterem König ‘Abdalāh mit Besuchen 1984, 1988, 1997 und 2003 fortgesetzt wurden. 2006 reiste letzterer dann als neuer König nach Pakistan, während der jetzige König Salmān (reg. seit Januar 2015) im Februar 2014, damals noch in seiner Funktion als Kronprinz und kurz vor seiner Thronbesteigung im Januar 2015, in Pakistan über verbesserte Zusammenarbeit in der syrischen Krise debattierte. Im Januar 2019 folgte der bereits erwähnte Besuch Muḥammad b. Salmāns.

Solche hochrangigen Besuche markieren wesentliche Meilensteine in der Entwicklung strategischer Beziehungen. Hinzu kommen ähnliche politische Interessen: So verbindet beide Staaten eine gemeinsame Haltung im Kaschmir- sowie dem palästinensisch-israelischen Konflikt, in denen sich Pakistan und Saudi-Arabien traditionell ihren diplomatischen Beistand versichern (vgl. UN 2006). Auch deswegen kann Saudi-Arabien neben den USA und China als wichtigster externer Akteur in Pakistan bezeichnet werden (vgl. Cohen 2011: 10).

So verfolgt Pakistan noch immer das strategische Interesse, enge Beziehungen zu Saudi-Arabien zu bewahren, um damit eine Annäherung des Königreichs an Indien zu verhindern, wie der bekannte Migrationswissenschaftler NOB_LAH konstatiert (vgl. Interview, 26.01.2016, Lahore) und sich hierbei auf bestehende Einschätzungen in der politikwissenschaftlichen Forschung beruft: Für Pakistan bedeutet die „complex antagonistic relationship“ (Amin 2014: 2) mit Indien eine sicherheitspolitische Legitimation der militärischen Kapazitäten sowie ein identitätsstiftendes, fast schon obsessives Element (vgl. Amin 2014: 10) bzw. ein „stabiles Feindbild“ (Kellerhoff 2010: 21). Diese Rivalität resultierte nach der traumatischen Teilung Britisch-Indiens 1947 (vgl. Nichols 2011: 140; Clarke et al. 1990) nicht nur in drei Kriegen (1947, 1965 und 1971) sowie einem begrenzten militärischen Konflikt im kaschmirischen Kargil 1999, sondern auch

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

in pakistanischen Selbstzweifeln und nationalen Minderwertigkeitskomplexen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 67). Als Konsequenz habe „antiindische Agitation“ den „politischen Diskurs ins Religiöse“ verschoben (vgl. Hippler 2008: 56). Dem stimmt auch der pakistanische Journalist RAS_LAH zu: Indien diene noch immer trotz asymmetrischer und asynchroner wirtschaftlicher Entwicklungen als Projektionsfläche pakistanischer Sehnsüchte, Ängste und Bedrohungsperzeptionen (vgl. Interview, 23.01.2016, Lahore) – mit gravierenden Konsequenzen für die konfliktreiche Entwicklung des pakistanischen Staatswesens (vgl. Sheikh 2013).

RAS_LAHs Aussage steht stellvertretend für die Perzeptionen anderer Öffentlichkeitsakteur*innen, die in der Rivalität mit Indien einen wesentlichen Aspekt für die engen saudisch-pakistanischen Beziehungen sehen. Diese Wahrnehmung wird durch historische Analysen unterstützt: Bestand während des Kalten Krieges aufgrund der politischen Nähe Indiens zu Ägypten, das sich wegen des arabischen Nationalismus unter Ğamāl ‘Abd an-Nāṣir in ideologischer und politischer Konkurrenz mit Saudi-Arabien befand (vgl. Al-Habbas 2011: 304), noch eine deutliche Distanz des pakistanischen Nachbarn zum pro-amerikanischen Königreich, hat sich dies seitdem verändert (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 267f., 285), zumal die historischen Handelsbeziehungen bzw. die Pilgerfahrt indischer Muslime nach Mekka und Medina zwischen dem Subkontinent und der arabischen Halbinsel ein jahrhundertealtes transkulturelles und -nationales Netzwerk darstellen (vgl. Al-Habbas 2011: 303). Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren zeigte sich das Königreich verstärkt daran interessiert, die Beziehungen mit Indien zu verbessern, ohne die enge Partnerschaft mit Pakistan zu gefährden. Damals sah es sich aufgrund des libanesischen Bürgerkriegs (1975–1990) sowie des Ersten Golfkriegs zwischen Iran und Irak (1980–1988) zunehmend regionaler Fragilität und sicherheitspolitischer Destabilisierung gegenüber (vgl. Pasha 2007: 134). Doch diese Annäherung gestaltete sich als Balanceakt, da die indische Neutralität während des Einmarsches Iraks in Kuwait 1991 sowie der Zerstörung der sunnitischen Babri-Moschee 1992 die indisch-saudischen Beziehungen belastete (vgl. NAY_LAH, Interview, 21.01.2016). Dennoch blieb Indien für Saudi-Arabien aus wirtschaftlichen Gründen von Bedeutung, während aus indischer Perspektive die Stabilität des Königreichs gewahrt bleiben muss, um das Risiko von Drogenschmuggel zu minimieren, die Freiheit von Handelsrouten zu garantieren und religiösen Extremismus zu reduzieren (vgl. Janardhan 2007). So unterhalten Indien und Saudi-Arabien enge wirtschaftliche Beziehungen, die einerseits auf saudischen Ölexporten und andererseits der Entsendung von indischen Arbeitsmigranten beruhen. Saudi-Arabien deckt etwa 25% der indischen Energieimporte (vgl. Hussain 2006: 90; Azhar 2008: 330), und zwischen 1975 und 2016 stieg die Zahl der indischen Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien von 34.500 auf 2,96 Millionen.

2015 wurden insgesamt 36 Mrd. US-Dollar an Rücküberweisungen aus Saudi-Arabien nach Indien transferiert, was einem Anteil von 52% der Gesamtrücküberweisungen entspricht (vgl. Pande, 03.04.2016). 2014/15 lag das bilaterale Handelsvolumen bei 39,4 Mrd. US-Dollar. Somit ist Indien der fünftwichtigste Wirtschaftspartner für Saudi-Arabien. Gleichsam haben saudische Investoren landwirtschaftliche nutzbare Flächen in Indien sowie in Afrika und Zentralasien erworben, um Nahrungsmittelsicherheit (*food security*) für das agrarisch benachteiligte Königreich sicherzustellen (vgl. Woertz et al. 2008).⁴⁴ Saudi-Arabien gestand Indien Beobachterstatus bei der OIC zu (vgl. Al-Habbas 2011: 307). Diese Hinwendung zu Indien gilt als Ausdruck der außenpolitischen Diversifizierung Saudi-Arabien nach Asien (*pivot to Asia*, vgl. Nakano/ Verrastro 2017; Rothkopf, 24.04.2015; Al-Habbas 2011: 298).

Pakistan fürchtet aufgrund dieser indisch-saudischen Annäherung eine Verschiebung der bilateralen Partnerschaft zu seinen Ungunsten. Deswegen weist die Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zu Saudi-Arabien auch anti-indische Implikationen auf: Je positiver sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und dem Königreich entwickeln, desto mehr sorgt sich die pakistanische Wirtschaft um ihre Geschäftsmöglichkeiten mit saudischen Partnern, betont DIE_LAH, Politikwissenschaftler am pakistanischen Forschungsinstitut Institute for Peace and Secular Studies (IPSS) und Experte für pakistanische Außenpolitik (vgl. Interview, 28.01.2016, Lahore). Statistiken zum Handelsvolumen beider Länder unterstreichen seine Einschätzung: Immerhin ist Saudi-Arabien einer der 15 wichtigsten Exportpartner Pakistans, das Handelsvolumen umfasst jährlich etwa 4 Mrd. US-Dollar (vgl. Alam et al. 2013: 209). So profitiert Pakistan vor allem von saudischen Ölimporten und in geringerem Umfang von der Einfuhr von Datteln, Aluminium und Kupfer, während die Exporte ins Königreich landwirtschaftliche Produkte wie Reis, Obst und Gemüse, Textilien und Baumwolle, Sportartikel, Gewürze und Teppiche beinhalten, wobei ein deutliches Handelsbilanzdefizit zugunsten Saudi-Arabiens besteht. Das Volumen der saudischen Direktinvestitionen bewegte sich im Gegensatz zum Handel zwischen 2000 und 2010 mit 787,1 Mio. US-Dollar auf deutlich niedrigerem Niveau und unterlag temporären Schwankungen (siehe [Tabelle 4](#)). Seit 2004 bestehen Bemühungen, ein bilaterales Freihandelsabkommen zu schließen (vgl.

⁴⁴ Im Februar 2014 schlossen beide Staaten in Neu-Delhi ein bilaterales Verteidigungsabkommen (vgl. Panda, 27.02.2014). Der Besuch des damaligen Königs ‘Abdallah im Jahr 2006 in Delhi (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 263) unterstrich die gewachsene Bedeutung der bilateralen Beziehungen. Beim Staatsbesuch des seit 2014 amtierenden indischen Premierministers Narendra Modi im März 2016 in Riad wurde ihm als Zeichen des Respekts von König Salmän die höchste saudische zivile Auszeichnung verliehen (vgl. *The Indian Express*, 03.04.2016).

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Tabelle 4. Handelsvolumen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien (2000–2010) (in Mio. US-Dollar). *Quelle: Alam et al. 2013: 211.*

Jahr	Exporte	Importe	Gesamt
2000–2001	274,80	1.252,80	1.527,60
2001–2002	329,50	1.201,30	1.530,80
2002–2003	476,00	1.302,40	1.778,40
2003–2004	348,60	1.779,20	2.127,80
2004–2005	352,70	2.479,30	2.832,00
2005–2006	329,30	2.994,80	3.324,10
2006–2007	289,10	3.492,30	3.781,40
2007–2008	381,80	5.354,90	5.736,70
2008–2009	456,30	4.288,00	4.744,30
2009–2010	393,10	3.385,60	3.778,70

Ahmed/Bhatnagar 2010: 272). Längst existieren Institutionen zur bilateralen Wirtschaftsförderung wie z. B. der Pakistani-Saudi Joint Business Council (vgl. de Cordier 2013: 3). Im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit erwerben Saudi-Arabien und andere arabische Golfmonarchien landwirtschaftliche Nutzflächen in Pakistan (vgl. de Cordier 2014: 18).

Auch in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erwies sich Saudi-Arabien seit den 1960er Jahren in Zeiten humanitärer Krisen als wichtigster Geber Pakistans (vgl. Bakrania 2012: 7): Zwischen 1973 und 1980 erhielt Pakistan zinsfreie Anleihen in Höhe von 502 Mio. US-Dollar (vgl. Razvi 1981: 87). Aufgrund der wirtschaftlichen Missstände innerhalb Pakistans und der desolaten Haushaltslage haben sich diese Unterstützungsleistungen zu einem wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen Stabilität entwickelt. Insbesondere regionale Krisen wie die Abspaltung Bangladeschs 1971 sowie der militärische Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan in den 1980er Jahren, der zu einem sprunghaften Anstieg afghanischer Flüchtlinge in Pakistan führte (vgl. Khan 2017; Ghufuran 2011; Nichols 2011: xi), belasteten die pakistanische Wirtschaft neben den strukturellen Problemen im Inland massiv.⁴⁵ Diese entwicklungspolitische und humanitäre Unterstützung setzte sich auch im neuen Jahrtausend fort: Zwischen 2004 und 2009 bewilligte Saudi-Arabien mit 19% die zweithöchsten Unterstützungszahlungen nach den USA (38%) (vgl. de Courdier 2013: 9), die entweder auf bilateraler Ebene oder durch die Islamic Development Bank (IsDB) geleistet wurden, über die Saudi-Arabien als wichtigster Teilnehmer mit 23,61% (gefolgt von Libyen mit 9,47%, Iran mit 8,28%, Nigeria mit 7,69% und Katar mit 7,21%) eine gewisse Kontrolle ausübt, obwohl die IsDB als multilate-

⁴⁵ Insgesamt suchten zwischen 1979 und 2012 bis zu 5,5 Millionen afghanische Flüchtlinge Zuflucht in Pakistan (vgl. Mielke/Schetter 2013: 22).

rale Organisation 57 Mitgliedsstaaten umfasst (vgl. de Courdier 2014: 24).⁴⁶ Präsident ist der ehemalige saudische Minister für die Pilgerfahrt, Dr. Bandar M. H. Hajjar, was den Eindruck verfestigt, die IsDB stehe unter verstärkt saudischem Einfluss, zumal sich auch die Zentrale der Entwicklungsbank in der saudischen Hafenstadt Dschidda befindet. Mit saudischer Unterstützung stieg der Anteil der externen Hilfsleistungen von 0,4% am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1960/61 (342 Mio. US-Dollar) auf zwischenzeitlich 3,8% (2,31 Mrd. US-Dollar) im Jahr 2002/03. Allerdings unterliegt die entwicklungspolitische Unterstützung Saudi-Arabiens gravierenden Schwankungen, die sich vor allem auf innenpolitische Interessen zurückführen lassen (vgl. Sons/Wiese 2016; Sons 2018a). Somit betrug das Volumen der Zuwendungen an Pakistan zwischen 2013 und 2016 nur noch 343,8 Mio. US-Dollar, was einem jährlichen Durchschnitt von 68,8 Mio. US-Dollar entspricht (vgl. Rana, 11.03.2016). Aufgrund der regionalen Destabilisierung in Folge der „Arabischen Umbrüche“ in der direkten Nachbarschaft sah sich die saudische Führung zuerst unter König ‘Abdallāh (reg. 2005–2015) und seit Januar 2015 unter König Salmān genötigt, loyale Kräfte in Syrien, Ägypten, Jordanien, Bahrain und Jemen zu unterstützen, um Auswirkungen der regionalen Protestwellen auf die nationale Stabilität zu vermeiden und den „Status quo“ zu bewahren (vgl. al-Rasheed 2015; Sunik 2014; Watanabe 2015; Rieger/Sons 2016; Sons/Wiese 2015; Al Tamamy 2012; Echagüe 2013; Seikaly/Mattar 2014; Steinberg 2014a; Hertog, 31.05.2011; Wehrey 2014;). So haben sich die Hilfsleistungen an Pakistan auch deswegen seit 2011 reduziert, da Syrien, Ägypten und vor allem Jemen zu den wichtigsten Empfängern saudischer Unterstützung geworden sind (vgl. Glosemeyer 2018; Wiese 2016; Wiese 2018; Sons et al. 2017).

Diese politische und wirtschaftliche Nähe wird von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen als einseitiges Abhängigkeitsverhältnis geschildert, unter der Pakistan auf diversen Ebenen leidet, wie einige Sozialwissenschaftler und Investigativjournalisten festhalten (vgl. RAI_LAH, Interview, 26.01.2016,

⁴⁶ So wurden nach dem Erdbeben 2005 673 Mio. US-Dollar für humanitäre Hilfsleistungen und den infrastrukturellen Wiederaufbau gewährt. Im Jahr 2010 flossen nach den verheerenden Überflutungen (vgl. Talbot 2012: 204) 196,7 Mio. US-Dollar (davon 142,2 Mio. US-Dollar in Form von konditionsfreien Finanzleistungen) (vgl. Smith 2011: 7) sowie etwa 40 Mio. US-Dollar an Privatspenden nach Pakistan (vgl. Rogers, 09.08.2010). 2014 sagte die saudische Regierung Finanzausschüsse in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar zu, die das chronische pakistanische Haushaltsdefizit ausgleichen sollten (vgl. Zahra-Malik, 13.03.2014). 2016 folgten dann 122 Mio. US-Dollar (67 Mio. US-Dollar in Form von Zuschüssen, 55 Mio. US-Dollar als Anleihen) für den Aufbau von Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von zwei Tunneln in der Nähe von Muzaffarabad (vgl. Kiani, 11.03.2016).

Lahore; RAT_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Zwar erkennen sie die dominante Funktion Saudi-Arabien als Partner an, kritisieren aber die existenzielle Bedeutung des Königreichs für das politische und wirtschaftliche „Überleben“ Pakistans, wie es gleichermaßen Kulturwissenschaftler und Online-Journalisten bezeichnen (vgl. MOE_LAH, Interview, 22.01.2016, Lahore; AAL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). In diesen asymmetrischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen liegt nach Meinung vieler untersuchter Öffentlichkeitsakteur*innen ein Hauptgrund für die nationale Fragilität Pakistans. Sie bedauern diese Entwicklung und sehen in der Hinwendung zu Saudi-Arabien einen wesentlichen Aspekt für die vielfältige Misere des pakistanischen Wirtschafts- und Politiksystems. Dabei reicht ihre Haltung von pragmatisch-analytischen Einschätzungen bis hin zu verbitterten und resignativen Äußerungen, in denen sich eine tief empfundene Unzufriedenheit widerspiegelt, die in der einseitigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Saudi-Arabien wurzelt. Im Sinne einer positiven Entwicklung Pakistans müsse sich aus ihrer Sicht diese Abhängigkeit reduzieren, doch aufgrund der engen wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Netzwerke sei eine „Emanzipation“ vom „Bruderstaat“ weder politisch gewollt noch mittelfristig zu realisieren.

Basierend auf dieser kritischen Haltung erwachsen für die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gravierende Probleme, ihre Anliegen mit Bezug zu Migration nach Saudi-Arabien sichtbar werden zu lassen. Die politische und wirtschaftliche Nähe zu Saudi-Arabien stelle in der öffentlichen Diskussion eine Art „Naturgesetz“ dar, wie es ein Journalist umschreibt, der vor allem in den nördlichen Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan für den Radiosender *Tribal News Network* arbeitet (AFR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad). Jeder, der diese symbiotische Beziehung in Frage stelle, gerate in Konflikte mit traditionellen Gatekeeper*innen und werde in seinem medialen Wirken behindert. Dazu trägt auch die enge Zusammenarbeit im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich bei.

5.2 Die sicherheitspolitische Kooperation mit Saudi-Arabien: Streben nach Neutralität

Pakistan und Saudi-Arabien streben in ihrer Außen- und Regionalpolitik vor allem nach der Bewahrung der regionalen Stabilität, was von führenden Migrationswissenschaftlern und Journalisten in den Interviews immer wieder betont wird (vgl. QAS_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; DIE_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore). Auch in diesen Wahrnehmungen orientieren sich die Öffentlichkeitsakteur*innen an Einschätzungen aus der Forschungsliteratur, obwohl ihnen viele der militärischen Details nicht bekannt sind. Aus pakistani-

scher Perspektive dienen die arabischen Golfmonarchien als „backyard“, denn: „The collapse of Gulf stability would inevitably affect the wider region and might even destabilize Pakistan“ (Qamar 1991: 16). Um diese Interessen zu schützen, engagiert sich das pakistanische Militär insbesondere in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der saudischen Militäreinheiten und stellte in Zeiten regionaler Konflikte umfassende Truppenkontingente zum Schutz Saudi-Arabiens zur Verfügung (vgl. Siddiq 2007; Nawaz 2008: xxviii; Mielke/Schetter 2013: 115). Bereits Ende der 1960er Jahre wurden pakistanische Ausbilder und Piloten der Pakistan Air Force nach Saudi-Arabien entsandt, um saudische Anwärter der Luftwaffe zu trainieren und auf ihren Kampfeinsatz im jemenitischen Bürgerkrieg gegen den von Ägypten unterstützten Südjemen vorzubereiten (1962–1968) (vgl. Heinze 2016; ICG 2015; Transfeld 2014; Knights/Mello 2015). Weiterhin halfen pakistanische Luftwaffenexperten, die Saudi Royal Air Force aufzubauen (vgl. Hoodhboy 2014: 163). 1967 wurde das erste formelle bilaterale Sicherheitsabkommen geschlossen, ehe während der Besetzung der Großen Moschee von Mekka 1979 (vgl. Teitelbaum 2000; Buchan 1981; Hegghammer 2010; Reissner 1980; Peil 2004) auch pakistanische Militäreinheiten von saudischer Seite angefordert wurden, gegen die Geiselnnehmer um Ğuhaiman al-‘Utaibi vorzugehen – wengleich deren Bedeutung bei der Niederschlagung der Aufständischen vor allem innerhalb Pakistan überhöht wurde, um damit der Mystifizierung des Militärs Vorschub zu leisten (Siddiq, o. J.). Im selben Jahr wurde eine Absichtserklärung ratifiziert, welche als Grundlage diente, in den 1980er Jahren die militärische und geheimdienstliche Kooperation auszuweiten: Bis 2013 sollen auf deren Basis 8.255 saudische Verteidigungskräfte in Pakistan ausgebildet worden sein (vgl. National Assembly Secretariat 2014: 15).

Insbesondere durch die Islamisierungspolitik Zia ul-Haqs, die sich auch auf den Militärapparat auswirkte, wurde die militärische Kooperation zunehmend auch als Ausweitung des ideologischen „Sendungsbewusstseins“ (Kellerhoff 2010: 20) mit enger Anbindung an die islamisch-arabische Welt instrumentalisiert (vgl. dazu auch 5.3). Im Zuge dieser Politik wurde im Dezember 1982 in der saudischen Hauptstadt Riad die Organisation of Saudi-Pakistani Armed Forces ins Leben gerufen, um die militärische Zusammenarbeit zu konkretisieren und zu institutionalisieren (vgl. Zamarayeva, 30.03.2014; Khan 2008).⁴⁷ Somit befanden sich in den 1980er Jahren etwa 15.000 pakistanische Soldaten im Königreich (vgl. Hyman et al. 1988: 86). Allerdings musste Pakistan 1988 einen Großteil dieser Truppeneinheiten abziehen, da die saudische Regierung keine Soldaten mehr auf eigenem Territorium dulden wollte, die Anhänger der

⁴⁷ Im Anschluss wurde u. a. von 1982 bis 1988 je eine Brigadeeinheit in Tabūk und Ğamīs Muṣaiṭ stationiert (Khan 2014: 41).

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Aḥmadiya oder Schiiten waren, um politischen Dissonanzen vorzubeugen (vgl. Clarri/Karlin 2012). Vor dem Hintergrund des irakischen Einmarsches in Kuwait im August 1990 wurden jedoch während der ersten Amtszeit Nawaz Sharifs (reg. 1990–1993) wieder 11.000 Soldaten zum Schutz des Königreichs nach Saudi-Arabien entsandt, um die saudisch-jemenitische Grenze sowie die Heiligen Stätten Mekka und Medina abzusichern (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 297; Talbot 2005: 316).⁴⁸ Während des Ausbruchs öffentlicher Proteste und der anschließenden Entsendung von saudischen und emiratischen Truppeneinheiten nach Bahrain im Jahr 2011 wurden auch 2.500 pakistanische Soldaten sowie private Sicherheitskräfte im Auftrag des pakistanischen Militärs eingesetzt (vgl. Zakaria, 16.08.2013; Mashal, 30.11.2011; Prashad, 08/2013).

Diese enge militärische Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf das pakistanische Nuklearwaffenprogramm: Die erfolgreichen pakistanischen Atomwaffentests im Jahr 1998 als Reaktion auf die indische nukleare Aufrüstung zogen als Konsequenz internationale Sanktionen gegen Pakistan nach sich. Saudi-Arabien hielt sich mit Kritik an den pakistanischen Maßnahmen allerdings zurück und setzte trotz der Sanktionen seine Zusammenarbeit mit Pakistan fort: Das Königreich lieferte Pakistan pro Tag kostenlos 100.000 Barrel Rohöl und 70.000 Barrel Heizöl über einen Zeitraum von fünf Jahren (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 273).⁴⁹ Insgesamt sollen die Öllieferungen einen Wert von 3,4 Mrd. US-Dollar und damit 23% aller pakistanischen Ölimporte umfasst haben (vgl. Ahmad/Faisal: 31).⁵⁰ Mit der Unterstützung des Nuklearwaffenprogramms errang Saudi-Arabien öffentliche Popularität in Pakistan und soll dessen Aufbau seit den 1970er Jahren mit insgesamt einer Milliarde US-Dollar unterstützt haben (vgl. Wehrey 2012: 6). 1979 wurden erste Fortschritte erzielt und unter Zia ul-Haq die geheimen Nukleartests fortgesetzt (vgl. Amin 2014: 81). In der Literatur und unter den von mir befragten Expert*innen wird kontrovers diskutiert, ob der Erwerb von Nuklearwaffen für Pakistan auch vor dem Hintergrund vorangetrieben wurde, die militärische Partnerschaft mit Saudi-Arabien zu intensivieren und im Bedarfsfall dem Königreich einen nuklearen „Schutz-

⁴⁸ Führende Mitglieder des saudischen Königshauses wie der frühere Kronprinz Muqrin b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd und der ehemalige Leiter des saudischen Geheimdienstes Bandar b. Sulṭān b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd durchliefen Fortbildungen an pakistanischen Militärausbildungszentren (vgl. Alam, 07.06.2016). Seit 1993 finden regelmäßige Manöver der saudischen und pakistanischen Marine statt (vgl. Mehmood 2013) und seit 2001 werden in Joint Ventures leichte Waffen und Munition produziert (vgl. Lavoy 2005).

⁴⁹ Andere Quellen sprechen von 50.000 Barrel Rohöl am Tag (vgl. Riedel 2008).

⁵⁰ Im Vorfeld der Tests hatte der damalige saudische Außenminister Sa‘ūd b. Faiṣal b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd sogar das Privileg erhalten, die Anlagen in Kahuta zu inspizieren, was anderen Staatsgästen verwehrt worden war (vgl. Hoodhboy 2014: 162).

schirm“ vor einer iranischen Bedrohung zur Verfügung zu stellen (vgl. Clarri/Karlin 2012; Sanger, 13.05.2015; Dalton/Krepon 2015). In diesem Zusammenhang wird Pakistan auch als „wild card“ des Königreichs bezeichnet (vgl. Blank 2015). So soll Pakistan vor dem Hintergrund der saudischen Unterstützung zugesichert haben, dem Königreich sechs nukleare Gefechtsköpfe sowie technisches Beratungspotenzial bei Bedarf zur Verfügung zu stellen (vgl. Wehrey 2012: 6). Dieser These widerspricht allerdings Hoodhboy, der stattdessen betont, dass weder das Konzept einer „islamischen Bombe“ noch die Schutzfunktion für Saudi-Arabien ausreichende Argumente für die nukleare Bewaffnung Pakistans gewesen seien, sondern vor allem der Konflikt mit Indien (vgl. Hoodhboy 2014: 153). So habe es nach der Iranischen Revolution 1979 pakistanische Unterstützung zur Wiederaufnahme des iranischen Nuklearprogramms gegeben (vgl. Hoodhboy 2014: 154). Doch die unter Präsident Pervez Musharraf (reg. 2001–2008) erfolgte politische und militärische Annäherung an die USA (vgl. Mielke/Schetter 2013: 103) wirkte sich auf die Unterstützung Pakistans für das iranische Atomprogramm aus, die daraufhin eingestellt wurde (vgl. Hoodhboy 2014: 158). Auch die saudische Forderung an die pakistanische Regierung, gegenüber Irans Nuklearambitionen eine reservierte Haltung einzunehmen, zeigte Wirkung: Immerhin hätte ein erfolgreiches iranisches Nuklearwaffenprogramm auf saudischer Seite dazu führen können, als Gegenreaktion ebenso waffenfähiges Uran anreichern zu wollen. Diese Gefahr eines nuklearen Wettrennens (vgl. Fitzpatrick 2015: 105) will die pakistanische Regierung aus Sicherheitsgründen vermeiden, fürchtet sie doch direkte Auswirkungen auf die nationalen Partikularinteressen und die regionale Stabilität, wenn sie sich zwischen Saudi-Arabien und Iran entscheiden müsste (vgl. Hoodhboy 2014: 159).⁵¹

Die enge militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird aus Sichtweise der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen als wesentliches Charakteristikum der bilateralen Beziehungen definiert und ambivalent beurteilt: Ein Teil der Gesprächspartner*innen sieht in dieser Kooperation eine Notwendigkeit, um die pakistanische Stabilität in einem volatilen Umfeld zu bewahren, welches von der regionalen Rivalität mit Indien und der Fragilität Afghanistans und auf globaler Ebene von dem wirtschaftlichen, geostrategi-

⁵¹ Durch die Aufkündigung des iranischen Atomabkommens (*Joint Comprehensive Plan of Action*, JCPOA) durch US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 bestand erneut die Möglichkeit zur Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms, was das Risiko einer regionalen Verbreitung von Nuklearwaffen wieder Bestandteil der politischen und öffentlichen Diskussion werden ließ (vgl. Sons 2018b). So betonte der saudische Kronprinz Muḥammad b. Salmān, dass in einem solchen Falle auch Saudi-Arabien danach streben werde, sich atomar bewaffnen zu wollen, ohne dabei jedoch ins Detail zu gehen (vgl. *Reuters*, 15.03.2018).

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

schen und sicherheitspolitischen Konkurrenzverhältnis zwischen den USA, China und Russland geprägt wird (vgl. RAF_LAH, Interview, 06.02.2016, Lahore). Interviewte Journalisten, die sich hauptsächlich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen und sich selbst als gegenüber der pakistanischen Regierung kritische Mahner verstehen, begreifen diese militärische Nähe als weiteren Pfeiler des asymmetrischen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Pakistan und Saudi-Arabien. Sie betonen, dass diese Zusammenarbeit dazu beigetragen habe, die gesellschaftliche und politische Omnipräsenz des pakistanischen Militärs und des Geheimdienstes ISI zu stärken (vgl. JOV_LAH, Interview, 30.01.2016, Lahore; BAD_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad). Diese „ungesunde Nähe“, wie es der Journalist NAY_LAH des Fernsehsenders *Channel City 42* umschreibt (vgl. Interview, 21.01.2016, Lahore), habe dazu geführt, Pakistan in den letzten Jahrzehnten zu einer Marionette des Königreichs zu degradieren, die keine eigenen regionalpolitischen und wirtschaftlichen Interessen mehr vertreten könne, ohne sich bei dem „Schutzpatron“ rückversichern zu müssen.

Akteur*innen mit ähnlich skeptischen Sichtweisen im Hinblick auf die Nähe Pakistans zu Saudi-Arabien fürchten darüber hinaus eine Eskalation der regionalen Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran und sorgen sich vor einem „Stellvertreterkrieg“ auf pakistanischem Territorium, wie es der Direktor der HRCP umschreibt: „Pakistan became the battleground for a proxy war between Saudi Arabia and Iran“ (REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:17:03–6#). Äußerte er sich in diesem Interview ansonsten zumeist abwägend und zurückhaltend differenziert, durchzieht seine Aussagen zur Gefahr eines „Stellvertreterkrieges“ auf pakistanischem Boden durchaus eine emotionale Erregtheit, die sich in einer lauterem Tonlage und einer ausgreifenden Gestik zeigt.

Für Pakistan erfährt die Partnerschaft mit Saudi-Arabien auch in der Literatur vor dem Hintergrund der direkten Nachbarschaft mit Iran immense Bedeutung (vgl. Bjerre Christensen 2011) und wird als „dilemma regarding the walking of a tightrope between Tehran and Riyadh“ bezeichnet (vgl. Khan 2014). In der politischen Führung des Königreichs wird Pakistan als „Pufferstaat“ und Widerstandskraft gegen den iranischen Einfluss in Süd- und Zentralasien angesehen (vgl. Hunter 2010: 189). Für Saudi-Arabien scheint es daher aus geostrategischen Aspekten seit der Iranischen Revolution von 1979 umso wichtiger, pro-saudische und anti-iranische Kräfte in Pakistan zu fördern, mithilfe dieser Strategie die eigene Einflussosphäre zu schützen und den iranischen Handlungsspielraum in Pakistan zu begrenzen. Gleichzeitig erhofft sich Saudi-Arabien dadurch, die iranisch-afghanische Zusammenarbeit zu unterminieren,

indem Einfluss auf Pakistan genommen wird.⁵² Ähnlich wie Saudi-Arabien verfolgte auch Iran nach 1979 eine Politik der „strategischen Tiefe“ in Pakistan, die die ideologische, logistische und finanzielle Unterstützung pro-iranischer schiitischer Klienten beinhaltete, um den iranischen Einfluss insbesondere bei den schiitischen Bevölkerungsgruppen Pakistans auszuweiten. Somit trugen Saudi-Arabien und Iran vor allem während der Regierungszeit Zia ul-Haqs dazu bei, sunnitische wie schiitische Gruppierungen aufzubauen, was die konfessionelle Dichotomie der pakistanischen Gesellschaft intensivierte und in der Literatur oft als „Stellvertreterkrieg“ (*proxy war*) bezeichnet wird, der sich in den 1990er Jahren intensivierte (vgl. Sheikh/Price 2012: 18; Ahmad 2011: xxi-xxiv; Gul 2009: 12–14). Dies habe Pakistans interne Sicherheitsarchitektur dramatisch beeinträchtigt, wie pakistanische Beobachter betonen: „The result is sectarianism, unrest, chaos, anarchy, pessimism, superstitious thinking, grave illiteracy, and immense poverty. Iran and Saudi Arabia have been continuously fueling this rise“ (Khan 2015: 112). Inspiriert wurden die schiitischen Akteur*innen durch die Iranische Revolution 1979, während die Hinwendung Zia ul-Haqs zu Partnern wie Saudi-Arabien sunnitische Kräfte innerhalb Pakistans stärkte (vgl. Ziring 2009: 31). In Folge dessen wurden pakistanische Schiiten immer wieder marginalisiert und stigmatisiert (Mielke/Schetter 2013: 182).

Seit dem Abschluss des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA) im Jahre 2015 als diplomatische Vereinbarung über das iranische Nuklearprogramm ist es zu einer schrittweisen iranisch-pakistanischen Annäherung gekommen. Im JCPoA sahen beide Regierungen eine günstige Gelegenheit, neue wirtschaftliche Handlungsoptionen und die Diversifizierung der Energieversorgung zu forcieren.⁵³ Doch diese Hoffnungen erfüllten sich nicht vollumfänglich: So konnte die bereits 2013 vereinbarte Fertigstellung einer iranisch-pakistanischen Gas-Pipeline nicht realisiert werden.⁵⁴ Hinzu kommen die ethnischen Konflikte mit der Sezessionsbewegung Balutschistans. Die dortige ethnische

⁵² Immerhin verbinden Pakistan und Iran neben der geographischen Nachbarschaft ähnliche geostrategische Interessen in Afghanistan, signifikante schiitische Bevölkerungsanteile sowie eine daraus resultierende kulturelle Nähe.

⁵³ Der JCPoA beinhaltet die Lockerung von internationalen Wirtschaftssanktionen gegen Iran, was der Islamischen Republik erweiterten Handlungsspielraum bei der Diversifizierung und Öffnung seiner Wirtschaft zugestehen sollte.

⁵⁴ So betonte zwar der iranische Vertragspartner, die vereinbarte Fertigstellung des Pipeline-Abschnitts bis zur pakistanischen Grenze komplettiert zu haben. Pakistan hingegen erfüllte seine Vertragsverpflichtung nicht (vgl. Jalilvand 2013). Iran versuchte noch, mit einer verzinnten Anleihe in Höhe von 500 Mio. US-Dollar an die pakistanische Regierung die Betriebsaufnahme des 1,5-Mrd.-US-Dollar-Projekts sicherzustellen, doch diese zeigte sich nicht in der Lage, die restliche Finanzierungssumme aufzubringen (vgl.

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Minderheit unterhält grenzübergreifende Netzwerke in Pakistan, dem südlichen Afghanistan und im südöstlichen Teil Irans. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu bewaffneten Aufständen militanter Akteur*innen aus Balutschistan, die das Verhältnis zwischen Iran und Pakistan dauerhaft belasten und die nationale Stabilität herausfordern (vgl. Sheikh/Price 2012: 10). Diese trotz aller Herausforderungen angestrebte Annäherung an Iran bringt die pakistanische Regierung jedoch in das Dilemma, einerseits eine gewisse Solidarität gegenüber dem traditionellen Partner Saudi-Arabien zeigen zu müssen, während andererseits die Außenpolitik zugunsten Irans diversifiziert werden soll (vgl. Sial 2015: 3; Amin 2014: 137). Die pakistanische Regierung zielt demnach aus realpolitischen Erwägungen darauf ab, mit beiden Regionalkräften konstruktiv zusammenzuarbeiten.

In den von mir geführten Interviews betonten die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen immer wieder ihre Sorge, Pakistan werde wegen der oben beschriebenen Aspekte als „Spielball“ saudischer und iranischer Interessen instrumentalisiert, was die innere Stabilität und die außenpolitische Handlungsfähigkeit beeinträchtigen würde. Deswegen sehen Politikwissenschaftler wie WAS_LAH von der Lahore University of Management and Sciences in einem erfolgreichen Interessensausgleich zwischen Saudi-Arabien und Iran eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherstellung der pakistanischen Stabilität (vgl. Interview, 26.01.2016, Lahore). Allerdings kritisieren sie in diesem Zusammenhang die unzureichenden Kapazitäten der pakistanischen Regierung, einen solchen Ausgleich herstellen zu können. Pakistan verfüge über keine geeigneten Mittel, das sensible Gleichgewicht zu Iran und Saudi-Arabien zu wahren, sodass die Ausweitung der „Rivalität um die Hegemonie“ in der Region zunehmend auf pakistanischem Territorium ausgetragen werde, wie es z. B. der Sicherheitsexperte SHA_LAH der Former Christian University in Lahore umschreibt (vgl. Interview, 03.02.2016, Lahore).

5.3 Die religiöse Nähe zu Saudi-Arabien: „Wahhabisierung“ und kulturelle Indoktrination als Projektionsfläche für die Dämonisierung Saudi-Arabiens

Neben der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nähe fungieren auch die religiös-kulturellen Beziehungen zu Saudi-Arabien als weiterer Referenz-

Khan 2014: 37). Es existieren Berichte, die diesen Umstand darauf zurückführen, dass saudische und US-amerikanische Akteur*innen gegen dieses Projekt votiert und damit eine Realisierung verhindert hätten (vgl. Sial 2015: 5; Khan 2014: 36).

rahmen für die kritische Diskussion über das Königreich in Pakistan: Der „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina wird in Pakistan als „heiliger Ort“ respektiert und vielfach verehrt, wie ein Vertreter der BLLF ausführte: „Most of our society perceive Saudi Arabia as a sacred place. They have much respect regarding this particular place in the name of Holy Kaaba and Holy Medina (...)“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:50:55–6#). Saudi-Arabien gilt vielen pakistanischen Muslim*innen als Wallfahrts- bzw. Sehnsuchtsort, der in ihrem Leben eine zentrale Funktion einnimmt, konstatiert auch der Leiter des MRC in Lahore: „If I can live inside Saudi, I can go there whenever I would like to go“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:04:37–2#). Diese Wahrnehmung spiele gerade bei vielen zukünftigen Migranten, die die Orientierungsseminare des MRC besuchen, eine omnipräsente Rolle. Die religiöse „Anziehungskraft“ Saudi-Arabiens gelte ihnen als alltägliche Selbstverständlichkeit, die mehrheitlich akzeptiert sei und von niemanden in Frage gestellt werden könne, unterstreicht auch der Politikwissenschaftler IMG_ISL vom Center for Research and Security Studies in Islamabad: „Die religiöse Nähe zu Saudi-Arabien wird nicht explizit hervorgehoben, die ist einfach da. Das ist ‚Something given‘. We don’t have to underline it“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:20:58–0#). Dennoch habe der saudische Einfluss in Form von religiöser Missionierung die fragile gesellschaftliche Balance in Pakistan dramatisch verschoben, betonen die meisten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, die sich in ihrer wissenschaftlichen oder medialen Arbeit mit dem saudischen Einfluss auf die pakistanische Gesellschaft beschäftigen (vgl. NOB_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; QAS_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; RAI_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). Saudi-Arabien ist daher nicht nur ein politischer, sondern auch ein „muslimischer Partner“ – auch, um sich vom Rivalen Indien abzugrenzen, wie der Journalist TSH_LAH konstatiert: „Both governments want to increase their bilateral relations. India also has good relations with Saudi Arabia, but Pakistan is more important because we are a Muslim country“ (Interview, 11.02.2016, Lahore, #00:08:36–7#). Vor diesem Hintergrund der religiösen Strahlkraft sehen viele pakistanischen Migranten ihren Aufenthalt in Saudi-Arabien nicht ausschließlich als Möglichkeit, ihr Einkommen und den Lebensstandard ihrer Familie zu verbessern, sondern auch, um ihrer Pflicht als gläubige und fromme Muslime nachzukommen. Sie wollen nicht nur die Pilgerfahrt (*Hagġ*), absolvieren, sondern auch den wichtigsten Stätten des Islams nahe sein und „religiöse Befriedigung erfahren“, wie es BUK_LAH nennt (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:06:17–9#). Es geht darum, „das Licht gesehen zu haben“, wie eine Studentin der Politikwissenschaft an der Lahore University of Management Sciences (LUMS) in einem persönlichen Gespräch betont, die in ihrer unveröffentlichten Masterarbeit die Lebenswir-

klichkeiten und Heimatsimaginationen pakistanischer Migranten in Saudi-Arabien untersuchte.

Diese religiöse Fokussierung auf und Glorifizierung von Saudi-Arabien wird von dem Menschenrechtsaktivisten und Journalisten der *Daily Times* KAR_LAH als Bestandteil der Suche nach einer nationalen Identität seit 1947 verstanden (vgl. Interview, 01.02.2016, Lahore; RAI_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). In seinen Aussagen spiegeln sich auch Ergebnisse des wissenschaftlichen Forschungsstandes wider, der der Suche nach einer pakistanischen Identität vor dem Hintergrund historischer Verwerfungen eine dominante Bedeutung zuweist.

Die Teilung Britisch-Indiens und die damit verbundenen Kontroversen um die Rolle des Islams in der pakistanischen Politik, Verfassung und Gesellschaft schufen jahrzehntlang den Nährboden für innerpakistanische Konflikte, die mit zunehmender Gewaltbereitschaft zwischen verschiedenen Gruppen ausgetragen wurden. Die Frage, welche Bedeutung „dem Islam“ in der Islamischen Republik Pakistan zukommen soll, spaltet die politische Kultur seit der Staatsgründung: Während Vertreter*innen eines säkularen Staates eher die Wirkmacht der Religion auf das Staatssystem reduzieren wollten, drängten andere Vertreter*innen aus Religion und Kultur darauf, verstärkt auf islamische Werte, Normen und Regeln zu rekurrieren, um den Charakter eines islamisch geprägten Staates zu erfüllen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 232).

Die Rückbindung an den Islam wird somit immer wieder von staatlichen Gatekeeper*innen instrumentalisiert, um mithilfe populistischer und emotional-religiös verbrämter Rhetorik ihre säkulare Machtposition zu sichern, die nationale Einheit zu beschwören und religiöse Akteur*innen als „Schachfiguren“ zur Schwächung politischer Konkurrenz zu mobilisieren (vgl. Hippler 2008: 261, 270).⁵⁵ Insbesondere die Abspaltung West-Pakistans und die daraus resultierende Gründung Bangladeschs 1971 wird als „unmitigated disaster“ (Amin 2014: 75) bezeichnet und stürzte das Land in eine tiefe (Sinn-)Krise: Talbot sieht in der Abspaltung Bangladeschs eine wesentliche Ursache für die folgende Hinwendung zur islamisch-arabischen Welt und der „Islamisierung“ unter Zia-ul-Haq (vgl. 2012: 98). Pakistan sei „divided, defeated, demoralized“ (Amin 2014: 75) gewesen, sodass diese Hinwendung auch als Versuch gewertet werden kann, die fragilen multiethnischen-, konfessionellen, sozialen, regionalen und politischen Identitäten zu einen. Es sollte eine „top-down Islamization“ und eine „Sunnisierung“ der Gesellschaft stattfinden (Talbot 2012: 42). Dieser

⁵⁵ Dabei besteht zumeist keineswegs ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen säkularen und islamistischen Kräften, sondern ein opportunistisches Zweckbündnis (vgl. Hippler 2008: 265).

Prozess begann bereits unter Zulfikar Ali Bhutto (reg. 1971–1973 Staatspräsident; 1973–1977 Premierminister) (vgl. Wolpert 1993). Dabei interagierte und oszillierte seine ideelle religiöse Rhetorik mit wirtschaftlichen Zielen: Die Ölkrise ab 1973, verheerende Flutkatastrophen und Missernten beeinträchtigten die wirtschaftliche Entwicklung und setzten Bhutto unter Druck, neue Handelsbündnisse einzugehen und Einnahmequellen zu erschließen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 81). Auch deswegen suchte er bei arabischen Partnern wie Saudi-Arabien Unterstützung und betonte die religiöse Nähe. So wurde die Hinwendung zur „sunnitischen Welt“ ein Bestandteil seiner populistischen Politik, um damit eine nationale Identität (*millat*) auszuformen (vgl. Kheli 1983: 71; Ahmed 1997). Bhutto versuchte außerdem, durch seine Hinwendung zu islamischen Inhalten politische Konkurrenten zu kooptieren oder auszuschalten und sein Image als puristischer Muslim zu pflegen, indem er u. a. das Glücksspiel verbieten ließ sowie die Schließung von Weinschänken und Nachtclubs anordnete (vgl. Talbot 2012: 105). Innenpolitisch forcierte er Landreformen und Verstaatlichungen, was aber keinen nachhaltigen Aufschwung mit sich brachte und die sozialen Unterschiede, Korruption und Klientelismus noch ausweitete (vgl. Taheer 1979; Wolpert 1993; Gustafson 1973). Als Folge wurde unter ihm die strategische Nähe zu Saudi-Arabien Priorität pakistanischer Außenpolitik, was ebenso in der neuen Verfassung von 1973 verankert wurde wie die Konstitution des Islams als Staatsreligion (vgl. Chaudhry 1974: 13; Amin 2014: 97) sowie die Förderung der arabischen Sprache (vgl. Kazimi 2015: 270). Bereits im Januar und Mai 1972 hatte er verschiedene islamisch geprägte Länder besucht.

Zu dieser Zeit reagierte Saudi-Arabien allerdings noch zurückhaltend auf die pakistanische Annäherungspolitik. Der damalige saudische König Faişal sah den Sturz Ayub Khans noch mit Sorge. Außerdem hatte Bhutto ein Mitglied der Aḥmadiya (Vgl. Mielke/Schetter 2013: 31)⁵⁶ zum Botschafter in Riad ernannt, die in Saudi-Arabien als häretische Bewegung gilt. Dies führte zu tiefen Verwerfungen innerhalb der saudisch-pakistanischen Beziehungen (Amin 2014: 133). Solche Unstimmigkeiten waren nicht neu: Bereits in den 1950er Jahren hatte es Dissonanzen gegeben, als Pakistan 1955 den Beitritt zum Bagdad-Pakt gemeinsam mit Iran, der Türkei und dem Irak verkündet hatte. Insbesondere Ägypten und Saudi-Arabien sahen in der Vereinbarung einen Affront gegen ihre Allianz mit den USA, sodass Saudi-Arabiens Führung Pakistan offen zum

⁵⁶ Bei der Aḥmadiya handelt es sich um eine spirituelle Bewegung, deren Name auf den Gründer Mirza Ghulam Ahmad zurückgeht. Er rief sie 1889 im heutigen indischen Punjab ins Leben. Seine Anhänger betrachteten ihn als Propheten, was dazu führte, dass sie 1974 in Pakistan exkommuniziert und ihre Anhänger*innen zu Nicht-Muslimen erklärt wurden. Insgesamt sollen ihr 2% der Bevölkerung angehören.

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Rückzug aus dem Pakt aufforderte (Rizvi 1981: 83; Amin 2014: 132). Solche saudischen Vorbehalte nahmen jedoch aufgrund der Unterstützung Pakistans für die arabischen Staaten im Krieg gegen Israel 1973 ab (Amin 2014: 133).

Bei vielen der von mir interviewten Gesprächspartnern aus Wissenschaft und Medien gilt die Ausrichtung des dritten Islamischen Gipfeltreffens der OIC im Jahr 1974 in Lahore als wesentliche Etappe zur Annäherung an Saudi-Arabien, an dem 34 Mitgliedsstaaten – darunter auch das Königreich – sowie die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) teilnahmen (vgl. NOB_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; WAS_LAH, Interviews, 26.01.2016, Lahore). Ähnliche Rückschlüsse ziehen auch renommierte pakistanische Politikwissenschaftler in ihren Arbeiten: Bhuttos Ziel war es, einen „spirit of Lahore“ (Amin 2014: 77) zu entfachen, der den nationalen Stolz und seine Reputation wiederherstellen sollte (vgl. Talbot 2012: 97). Diese Konferenz diente ihm auch dazu, das Vertrauensverhältnis zu Faişal zu verbessern (Bishku 1992: 45). Als Ehrerbietung für die Unterstützung des saudischen Königs wurde 1977 die pakistanische Stadt Lyllapur in Faisalabad umbenannt. Bereits 1976 war die Faişal-Moschee in Islamabad eröffnet worden (siehe [Abb. 1](#)), die ebenfalls den Namen des saudischen Königs trägt und bis heute zu großen Teilen aus Saudi-Arabien finanziert wird (vgl. Iqbal 2014). Darauf weisen verschiedene Hinweisschilder auf dem Moscheegelände hin, wie ich bei meinem Besuch feststellen konnte (siehe [Abb. 2-4](#)).

In Krisenzeiten sendete Pakistan somit auch ein Signal an den Erzrivalen Indien, weder isoliert noch grundlegend geschwächt zu sein.⁵⁷ Diese Hinwendung zur „nahen“ arabischen Welt rekurriert somit nicht nur auf eine geographische, sondern verstärkt auf eine teilweise inszenierte emotional-kulturell islamische Nähe („emotional bonding“, Siddiq, o. J.), die in der pakistanischen Identitätsschaffung zu einer bedeutenden Größe geworden ist (vgl. Talbot 2012: 1). Gleichzeitig besitzen Beziehungen zur „fernen“ arabischen Welt, zu der u. a. Ägypten, Jordanien oder Jemen gehören, für diese Entwicklung kaum Relevanz (vgl. Siddiq, o. J.).

Diese historische ideell-religiöse Hinwendung zu Saudi-Arabien wird von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen skeptisch bewertet und als weiterer Schritt in ein einseitiges, das Königreich bevorteilende Abhängigkeitsverhältnis interpretiert. Die religiöse Nähe dominiert aus ihrer Sicht die öffentliche Debatte über und verhindert eine kritische Auseinandersetzung mit dem Königreich. Da sich die komplexe Identitätssuche in Pakistan insbesondere in

⁵⁷ Auch vor diesem Hintergrund erfolgte erst die Einladung des Präsidenten Bangladeschs, Mujibur Rahman, und anschließend die offizielle Anerkennung des früheren Ost-Pakistans.



Abbildung 1. Faişal-Moschee in Islamabad. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

der Frage nach religiöser Zugehörigkeit niederschlägt, ist Saudi-Arabien zu einem ideellen Kristallisationspunkt stilisiert worden, wodurch das Königreich eine kaum in Frage zu stellende Immunität erfährt. Kritik am „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ gelte als Ketzerei, wie es der regierungskritische Kolumnist der im Jahr 2011 gegründeten urdu-sprachigen Tageszeitung *Daily Nai-Baat* RAZ_LAH umschreibt (vgl. RAZ_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore).

Dieser wachsende religiöse Einfluss wird von allen untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen hauptsächlich an den saudischen Missionierungsbestrebungen festgemacht, die das soziale und kulturelle Miteinander massiv beeinträchtigt hätten; man sei mit einer omnipräsenten „Wahhabisierung“ – einer weltweiten Verbreitung des Wahhabismus (vgl. [Kapitel 1](#)) – konfrontiert. Stellvertretend für die einhellig ablehnende Haltung der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen äußert sich die Mitarbeiterin des MRC in Islamabad:

„When it comes to religious influence from the Gulf, countries like Saudi Arabia invested in this since the inception of Pakistan (...) It’s not a new phenomenon. It’s become a cult, I would say. It’s not going away as long as the madrasa system is working and people are going for Hajj and Umrah

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan



Abbildung 2. Hinweis auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

every year, nothing will change” (HAY_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:48:21–8#).

Sie bezieht sich in ihrer Aussage auf eine kontroverse wissenschaftliche und politische Debatte, die sich in den letzten Jahrzehnten extensiv mit den saudischen Missionierungsbestrebungen beschäftigt (vgl. Al-Rasheed 2002; Steinberg 2002; Steinberg 2006; Peskes 1993; al-Yassini 1985). Das einstmals pluralistisch geprägte Religionsverständnis sei auf Kosten von orthodox-rigiden Islamvorstellungen verdrängt worden (Kazimi 2015: 35).⁵⁸

⁵⁸ Einflussreiche Bedeutung besitzt der Sufismus: „Über das Sufitum mit seiner Schreinkultur entwickelten sich in Pakistan muslimische Traditionen, die mittlerweile



Abbildung 3. Hinweistafel auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

Akteur*innen aus Saudi-Arabien sind bei der Finanzierung von Lehreinrichtungen, dem Aufbau von Infrastruktur, der Lehrerausbildung und der Entsendung von Predigern sehr aktiv gewesen und hätten somit dazu beigetragen, das religiöse Klima in Pakistan nachhaltig zu vergiften, betont auch der Direktor der HRCF. Längst habe sich eine „Middle East lobby“ herausgebildet (vgl. REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore). Diese Wahrnehmung zeigt in besonderem Maße die extreme Emotionalisierung im Umgang mit der Gefahr saudisch geprägter Indoktrination. Einige Gesprächspartner*innen verwenden diese „Wahhabisierung“ als Chiffre, die in erster Linie bezeugen soll, dass sich das

stark zur pakistanischen Identität beitragen und weltweit Berühmtheit erlangen“ (Mielke/Schetter 2013: 28f.).



Abbildung 4. Hinweistafel auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

von ihnen geschätzte post-koloniale Pakistan in ein konservatives, tiefreligiöses Land verwandelt habe. Der Politikwissenschaftler IMG_ISL des Center for Research and Security Studies hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder in seiner Forschungsarbeit der Frage nach golfarabischen Einflüssen in Pakistan gewidmet und beobachtet „eine zunehmende Radikalisierung. Mehr und mehr Leute denken aus religiöser Sicht. Sie beurteilen die Politik und die soziale Landschaft aus religiösen Blickwinkeln. Das ist das Problem hier in Pakistan. Die Wahhabisierung ist beschränkt, weil nicht die Mehrheit der Pakistanis Wahhabis sind. Aber der religiöse und politische Einfluss ist größer geworden als vor 20 Jahren“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:10:22-0#). Diese Aussage verdeutlicht, dass die Dominanz saudisch geprägter Lesarten eines wahhabitischen Islams von vielen Öffentlichkeitsakteur*innen als Haupt-

misere für die sicherheitspolitische Krise in Pakistan betrachtet wird. Gleichzeitig nimmt sie auch Einfluss auf eine neu entstandene Mittelschicht, die sich von der feudalen Elite, der einflussreichen politischen Familiendynastien (vgl. Talbot 2005: 2) und den traditionell einflussreichen Patronagenetzwerken exkludiert und marginalisiert führt, und ihre Zukunft in einem islamischen Staatssystem sieht (vgl. Talbot 2014: 34).

Symbolisiert wird diese Zunahme des wahhabitischen Einflusses aus Sicht einiger der untersuchten Akteur*innen durch die rapide gewachsene Anzahl von aus Saudi-Arabien finanzierten Religionsschulen (Singular: *madrasa*; plural: *madāris*) (vgl. BAD_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad; NAY_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; RAS_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Bestimmte Journalisten wie BAD_ISL und NAY_LAH konzentrieren sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Grenzgebiete zu Afghanistan und konnten dort einen Anstieg der *madāris* seit den 1980er Jahren konstatieren, ohne dies jedoch statistisch eindeutig belegen zu können.

Die Förderung dieser *madāris* begann während des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan (1980–1988) und beruht auf dem konzertierten Vorgehen des Königreichs, Pakistans und der USA zur Unterstützung der afghanischen Kämpfer (*muğāhidūn*) (vgl. Ahmad 2011: 12f.; Ashraf 2009: 25–27; Singer 2001; ICG 2004; Nashabe 1989; Metcalf 1989; Wagner 2012: 124; Hussain 2009: 9–11). Während Saudi-Arabien die finanziellen Mittel (vgl. Rashid 2000: 197)⁵⁹ und die USA Ausbildungskapazitäten sowie geschultes Personal zur Verfügung stellten, um *muğāhidūn* auszubilden (vgl. Boobward 1987; Riaz 2005; Steinberg/Wörmer 2013: 3), wurden viele dieser Maßnahmen von pakistanischem Territorium koordiniert. 1987 sollen 87.000 *muğāhidūn* pakistanische Trainingslager durchlaufen haben (vgl. Swami 2007: 145). Andere Quellen gehen davon aus, dass insgesamt 35.000 ausländische Kämpfer aus 40 Ländern in Afghanistan aktiv gewesen sein sollen (vgl. Yamin 2008: 16; Khan 2014: 47). Pakistan entwickelte sich vor diesem Hintergrund zur Durchgangsstation für *muğāhidūn*, die sich aus Tschetschenien, Usbekistan oder afrikanischen sowie arabischen Ländern wie z. B. Saudi-Arabien rekrutierten. Sie werden in der Literatur auch als „arabische Afghanen“ (*al-afgan al-‘arab*, vgl. Steinberg 2005: 49) bezeichnet.⁶⁰ Die durch saudische Mittel finanzierten Neugründungen von *madāris* sowie

⁵⁹ Saudi-Arabien soll den Aufbau der *muğāhidūn* mit insgesamt über 4 Mrd. US-Dollar gefördert haben.

⁶⁰ Weiterhin führte die strategische Relevanz Pakistans im Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan auch zu einem signifikanten Anstieg ausländischer Entwicklungshilfe: Nach Israel und Ägypten war Pakistan Ende der 1980er Jahre zum größten Empfänger von Zuwendungen aufgestiegen, was sich auch mit der finanziellen Unterstützung

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

von Wohltätigkeitsorganisationen trugen dazu bei, die Islamisierungspolitik Zia ul-Haq zu fördern (vgl. Mielke/Schetter 2013: 86), indem eine islamische Gerichtsbarkeit aufgebaut, konfessionelle Minderheiten marginalisiert und der durch die britische Kolonialtradition geprägte Bildungssektor (vgl. Fair 2009: 15) immer stärker „islamisiert“ wurden. 1983 wurden *šari‘a*-Gerichte sowie ein islamisches Strafrecht, ein zinsfreies Banksystem, die Almosen-Steuer (*zakāt*) sowie islamische Universitäten eingeführt (vgl. Talbot 2012: 127). So wurde aus Zias Islam Pakistans Islam, wie Shamsie konstatiert (2009: 48). Zwischen 1971 und 1988 stieg die Zahl der registrierten *madāris* von 900 auf etwa 8.000, wobei sich die Schätzungen der inoffiziellen Religionsschulen an der pakistanisch-afghanischen Grenze in diesem Zeitraum auf 25.000 belaufen (vgl. Rashid 2001: 89). Heute soll es bis zu 45.000 *madāris* in Pakistan geben (vgl. Hoodhboy 2017), wenngleich die Anzahl nur geschätzt werden kann.⁶¹ 10–15% davon sollen Verbindungen zu militanten Gruppierungen unterhalten (vgl. ICG 2002: 3; Wagner 2012: 125). Statistiken des pakistanischen Innenministeriums aus dem Jahr 2016 beziffern die Zahl der direkt aus den arabischen Golfmonarchien, Iran, Irak und der Türkei geförderten *madāris* im Punjab auf 147, in Gilgit-Baltistan auf 95, in Balutschistan auf 30 und in Khyber Pakhtunwa auf 12, während im Sindh eine Lehranstalt externe Unterstützung erhalten soll. Allein im Punjab erhalten 122 der 147 *madāris* nach diesen Informationen saudische Gelder (vgl. Sheikh, 12.02.2016). Einige der befragten Öffentlichkeitsakteur*innen sind jedoch überzeugt davon, dass diese Zahl deutlich höher liegen müsse. Dieser quantitative Anstieg der *madāris* bestimmt nicht nur öffentliche und politische Debatten, sondern zunehmend auch die Wahrnehmung einer pakistanischen Bevölkerungsmehrheit: So sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage aus dem Januar 2016 von 1.849 Teilnehmer*innen 65% dafür aus, dass diese Religionschulen stärker durch den Staat kontrolliert werden müssten, während 24% dies als nicht problematisch ansahen (vgl. GRF Poll 2018).

Saudische Wohlfahrtseinrichtungen wie die Muslim World League (MWL) oder die Islamic International Relief Organisation (IIRO) stellten in den 1980er Jahren im Auftrag des saudischen Geheimdienstes General Intelligence Directorate (GID) (vgl. Steinberg/Wörmer 2013: 5) Unterstützung für lokale Partner in

zung zur Ausbildung der *muğāhidūn* begründen lässt. Allein die USA gewährten Mittel in Höhe von 7,2 Mrd. US-Dollar zwischen 1982 und 1993 (vgl. Rashid 1988). So erhielt beispielsweise die University of Nebraska von der US-amerikanischen Entwicklungshilfeagentur USAID zwischen 1984 und 1994 51 Mio. US-Dollar, um 13 Millionen Lehrbücher für pakistanische *madāris* zu entwickeln (vgl. Stephens/Ottaway, 23.02.2002: 1).

⁶¹ Zwischen 2000 und 2010 soll die Zahl der *madāris* um 30% zugenommen haben, was zu einer erhöhten Konkurrenz mit den staatlichen Bildungseinrichtungen geführt hat (vgl. Ali 2009a; Ali 2009b).

Afghanistan und Pakistan bereit. Darunter befanden sich auch Usāma b. Lādin (1957–2011) und dessen enger und einflussreicher Gefolgsmann, der palästinensische Ideologe und Mitbegründer al-Qā‘idas ‘Abdullāh Yūsuf ‘Azzām (1941–1989). Dieser fungierte in Peschawar als Leiter der MWL und war maßgeblich daran beteiligt, ein Netzwerk zu Förderern aus Saudi-Arabien und anderen golfarabischen Monarchien aufzubauen („The Golden Chain“) (vgl. Abuza 2003: 24).⁶² Insgesamt sollen bis zu 100 Mio. US-Dollar jährlich aus den arabischen Golfmonarchien an diese und andere Akteur*innen geflossen sein, woraus Kompensationen an die Verbliebenen gefallener Kämpfer und infrastrukturelle Maßnahmen finanziert wurden (vgl. Moniquet 2013).

Saudi-Arabien hatte bereits in den 1960er Jahren seine wahhabitische Missionierungspolitik massiv ausgeweitet und über staatlich geförderte pan-islamische Organisationen wie die MWL, die IIRO, die Al Haramain Foundation (*mu‘assassa al-ḥaramain al-ḥairiya*) oder die World Assembly of Muslim Youth (WAMY) institutionalisiert (vgl. Hegghammer 2010; Lacroix 2011; Teitelbaum 2000; Fandy 1999). Insgesamt soll Saudi-Arabien bis ins Jahr 2013 diese und andere Wohlfahrtseinrichtungen mit 10 Mrd. US-Dollar unterstützt haben, die ihre Tätigkeitsfelder nicht nur in Pakistan, sondern auch in anderen südasiatischen sowie afrikanischen und arabischen Ländern, dem Balkan und auch Westeuropa sahen (vgl. Moniquet 2013).⁶³ In diesen Regionen wurde der Bau von Religionsschulen und Moscheen, die kostenlose Verteilung von Koranexemplaren, der Druck von Lehrmaterialien und Broschüren, die Entsendung von Imamen und Lehrer*innen sowie die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten vorangetrieben.

Pakistan und Saudi-Arabien kooperierten auch nach Ende des Afghanistan-Kriegs eng miteinander: Beide unterstützten das afghanische Taliban-Regime nicht nur finanziell, sondern erkannten es auch diplomatisch an (vgl. Blanchard 2007; Roy 1990: 233).⁶⁴ Doch diese Politik geriet nach den Anschlägen in Washington und New York vom 11. September 2001 in die internationale

⁶² Ihr Einsatzgebiet lag vor allem in Balutschistan und der früheren North-West Frontier Province (NWFP), wo u. a. führende Taliban wie Muḥammad ‘Umar und Ġalāl ud-Dīn Ḥaqqānī von der saudischen Unterstützung profitierten (vgl. Firdous 2009; Hegghammer 2010/11; Peters 2012).

⁶³ Andere Schätzungen beziffern die Ausgaben für Missionierungsmaßnahmen zwischen 1975 und 2005 sogar auf 75 Mrd. US-Dollar (vgl. Kaplan 2005: 22).

⁶⁴ Gleichzeitig scheinen aber auch wirtschaftliche Interessen für Saudi-Arabien relevant gewesen zu sein: „Zwei saudische Firmen waren in ein umfangreiches Pipeline-Projekt in Afghanistan involviert, das zum Transport von Gas gebaut werden und afghanisches Territorium durchqueren würde; dies erhöhte den Druck auf Riad, die Taliban bei ihrem Sieg zu unterstützen“ (Wiese 2010: 39).

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Kritik, da danach die afghanischen Taliban und ihre Unterstützung für al-Qāʿida in den Fokus der Weltöffentlichkeit rückten: Als Sympathisanten der Taliban galten beide Staaten nun als mitverantwortlich für den Aufstieg von al-Qāʿida. Dies belastete das Verhältnis Saudi-Arabiens und Pakistans zu ihrem Partner USA. Erst aufgrund dieses internationalen Drucks begann Saudi-Arabien nach den Anschlägen vom 11. September 2001, seine Unterstützung für wahhabitische Missionierung zu reduzieren, implementierte ab 2004 Deradikalisierungsprogramme im eigenen Land sowie strengere Finanzkontrollen und rechtliche Reisebeschränkungen und ließ einige unter Terrorverdacht stehende Wohlfahrtsorganisationen und religiöse Stiftungen schließen, um damit die beschädigte Reputation wiederherzustellen. So verloren auch die IIRO und die WAMY zunehmend an Bedeutung (vgl. Benthall 2018). Zwischen 2003 und 2006 sah sich die saudische Führung außerdem mit einer signifikanten Zunahme von terroristischen Aktivitäten im eigenen Land konfrontiert, was die Umsetzung dieser Maßnahmen beschleunigte (vgl. Sons 2016: 124–126).

Pakistan befand sich in einer ähnlichen Situation, hatten staatliche Repräsentant*innen und Sicherheitsdienste doch vor allem zwischen 1994 und 2001 offen mit den Taliban kooperiert und engen Kontakt zu militanten Gruppierungen gepflegt (vgl. Sheikh/Price 2012: 13). Dieses Zweckbündnis beruht auf historischen Aushandlungsprozessen: Die Suche nach identitätsstiftenden Elementen trug bereits während der britischen Kolonialherrschaft zu innergesellschaftlicher Radikalisierung und dem Anstieg von extremistischem Gedankengut bei. Die britische „Teile-und-Herrsche“-Politik verstärkte dabei die religiös-ethnischen Konfliktlinien, die sich auch nach der Gründung Pakistans in vielgestaltiger Form fortsetzten (vgl. Aziz 2015: 4). So wird die pakistanische Historiographie als konfliktreicher Prozess zwischen den indischen Muslimen und der hinduistischen Bevölkerung beschrieben, der zu gravierenden Disharmonien innerhalb der pakistanischen Gesellschaft führte (vgl. Aziz 2015: 5).

Militante islamistische Strömungen stellen seitdem eine wesentliche Sicherheitsbedrohung für die pakistanische Stabilität dar, erfahren aber auch umfassende Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst ISI und das Militär. Dies sei „ein offenes Geheimnis“ (Mielke/Schetter 2013: 122): „It is an intense network, which connects militant outfits with educational networks, religious parties and even political parties“ (Siddiq 2012: 54f.). Das Militär will mit dieser Strategie seine Rolle als „garrison state“ (Kamal 1982; Azfar 1987: 138) konsolidieren und mit der Kooption militanter Gruppierungen außen- wie innenpolitische Ziele (z. B. strategische Tiefe in Afghanistan, Schwächung Indiens und militärische Kontrolle in Kaschmir) erreichen.

Gleichzeitig betrachten meine Gesprächspartner*innen die diversen militanten Gruppierungen als direkte Günstlinge der saudischen Missionierungspolitik (vgl. Dorsey, o. J.). Exemplarisch dafür dient die Aussage eines Vertreters

der NRO *Free and Fair Election Network*: „The terrorist organizations in Pakistan are directly supported by Saudi Arabia“ (Interview, 23.02.2016, Lahore, #00:09:21–9#). Nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan fanden viele vertriebene Kämpfer sichere Rückzugsgebiete in den pakistanischen Grenzregionen zu den Federal Administered Tribal Areas (FATA), die kaum kontrolliert wurden und sich daher als ideale Operationsfelder eigneten.⁶⁵ Translokale Verbindungen zwischen den in dieser Region mehrheitlich lebenden Paschtun*innen existieren bereits seit Jahrhunderten und konnten in dieser Phase genutzt werden, um Organisationsstrukturen zu konsolidieren (vgl. Ali 2012: 31).

Iran verfolgte eine ähnliche Missionierungsstrategie wie Saudi-Arabien, indem schiitische Gruppen wie *Tehreek-e-Nifaz-e-Fiqah-e-Jaffriya* (TFNJ), die sich später *Sipha-e-Mohammadi* nennen sollte, protegert wurden (vgl. Abbas 2009: 59).⁶⁶ Als Konsequenz habe das interkonnessionelle Zusammenleben zwischen pakistanischen Sunniten und Schiiten gelitten, konstatieren viele meiner Gesprächspartner⁶⁷:

„Pakistan have been a very tolerate country. There have been no problems between Shiites and Sunnis. All celebrations like Muharram was celebrated also by non-Shiites. This has totally changed“ (SIA_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:15:25–9#).

Die *madāris* gelten nicht nur meinen Gesprächspartner*innen, sondern auch in der sicherheitspolitischen Diskussion als einflussreiche Rekrutierungszentren für zukünftige Anhänger unterschiedlicher militanter Gruppierungen. Für viele Expert*innen bilden die Netzwerke zwischen *madāris*, staatlichen Einrichtungen, Sicherheitskräften und externen Förderern eine explosive Kombination, die die nationale Stabilität unterminiert und traumatische Folgen für die gesellschaftliche Einheit hat (vgl. ICG 2002: i; Hussain 2009: 11). Solche Netzwerke trügen zur Entstehung einer „Dschihadi-Attitüde“ (Mielke/Schetter 2013: 185) bei, die auch bei Angehörigen des Militärs und der urbanen Mittelschicht anzutreffen sei.

⁶⁵ Neben FATA konnten sich diese Akteur*innen aber auch in den bevölkerungsreichen und wirtschaftlich stabileren Provinzen wie Punjab oder Sindh niederlassen und ihren dortigen Einfluss ausweiten.

⁶⁶ Zwischen 1979 und 1983/84 stieg die Zahl der schiitischen *madāris* von 70 auf 116 (vgl. ICG 2002: 9).

⁶⁷ Insgesamt werden etwa 77% der Bevölkerung den hanafitischen Sunniten zugerechnet, während die Schiiten mit 15–20% die zweitgrößte Konfession darstellen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 27).

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Gleichwohl ist die Situation differenzierter: So finden sich in der Literatur Einschätzungen, die die Bedeutung externer Indoktrinierung für gering einschätzen. Immerhin liegt der Anteil der staatlichen und privaten Schulen im nationalen Durchschnitt deutlich höher, was die Strahlkraft der *madāris* reduziert: Nur 2% aller Schüler*innen sollen Religionsschulen besuchen (vgl. Yusuf 2008: 4), während ihr Anteil an privaten Schulen 26% beträgt (vgl. Fair 2009: 18). Teilweise werden nicht nur in *madāris*, sondern auch in privaten und staatlichen Schulen religiöse Inhalte gelehrt. Gleichzeitig bieten auch Religionsschulen Englisch-Unterricht an oder orientieren sich am staatlichen Curriculum.

Vor diesem Hintergrund bestehen komplexe Unschärfen bei der Einordnung der *madāris* (vgl. Reetz 2010). Manche Expert*innen bezeichnen daher die Rolle der *madāris* bei der Indoktrination als hysterische Übertreibung, als „Madrassa Myth“ (Andrabi et al., 01.06.2009; Fair 2012; Bergen/Pandey, 14.06.2005). Aufgrund des maroden Bildungssystems in Pakistan dienen die Religionsschulen vielen Familien vor allem in ruralen Gebieten als einzige Möglichkeit, ihren Kindern zumindest eine rudimentäre Schulausbildung zu bieten (vgl. Ashraf 2009: 26; Malik 1996). So muss z. B. auch das Bildungsministerium eng mit Moscheeschulen (Sg. *maktab*, Plural *makātib*) zusammenarbeiten, um die Grundschulversorgung aufrecht erhalten zu können (vgl. Fair 2009: 17).

Diese differenzierte Einschätzung wird jedoch von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen weitgehend ignoriert: Für die meisten gelten die *madāris* als Symbol der angewachsenen religiösen Indoktrination und kultureller Überfremdung (vgl. RAZ_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore; SAL_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore). Somit erfährt die negativ konnotierte Chiffre „Saudi-Arabien“ in Form der *madāris* als Inbegriff saudisch geförderter Indoktrination ihre Fortsetzung. Dies manifestiert sich für einige Öffentlichkeitsakteur*innen vor allem an den Diskussionen um die Geschlechter- und Kleiderordnung, wie die Vertreterin der Frauengewerkschaft Women Workers' Union KAU_LAH betont:

„Wearing a burka or a hijab has become a fashion. It is not completely related to religious issues or to the impact of Saudi Arabia. It's part of the lifestyle. It's somehow a religious thing but for most of the women, it's not directly related to religion. Women also want to show the society that they are honorable women. Here in Pakistan, we have good and bad women. Women who are wearing a hijab are perceived as good women. This is my observation“ (KAU_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore, #01:13:58–9#).

Für KAU_LAH von der einzigen Gewerkschaft Pakistans, welche sich um die Belange von Arbeitnehmerinnen bemüht, ist diese Diskussion Bestandteil des Kulturkampfes zwischen einer konservativen islamisch geprägten Elite, die durch die saudische Geschlechtertrennung inspiriert ist, und einer emanzipato-

rischen, gut ausgebildeten pakistanischen Mittelschicht, die diese als rigide wahrgenommenen Formen des Geschlechterbildes ablehnt. An diesem Beispiel wird erneut deutlich, wie erhitzt die Diskussion um Saudi-Arabien als (mutmaßlicher) kulturell-missionarischer Akteur geführt wird. Aussagen wie die von KAU_LAH implizieren, dass strukturelle, soziale und kulturelle Entwicklungen, die von ihr als Missstände oder Dilemmata wahrgenommen werden, häufig in direkten Zusammenhang mit den engen Beziehungen zu Saudi-Arabien gesetzt werden.

Diese Beobachtung bezieht sich auch auf den Bildungssektor: Noch immer werden Frauen im Bildungs- und Erziehungssystem benachteiligt, haben deutlich schlechtere Zugänge zum Arbeitsmarkt im Vergleich zu Männern und leiden unter rechtlicher, patriarchalisch-tribal begründeter Ungleichbehandlung, die vor allem in den ruralen Gegenden verbreitet ist. Dass u. a. der direkte Einfluss durch nach Pakistan entsandte saudi-arabische Prediger dazu maßgeblich beigetragen habe, steht für einige Interviewpartner*innen wie NAY_LAH, Journalist beim lokalen Lahorer Nachrichtensender *Channel City 42*, außer Frage (vgl. Interview, 21.01.2016, Lahore). Dies gelte vor allem für die Ausbildung an den *madāris*, an denen reaktionäre Inhalte vermittelt und somit die Konfliktlinien im Geschlechterverhältnis zementiert würden. Die dort angewandten Lehrpläne spiegeln die wahhabitisch geprägte Denkstruktur wider, die durch saudische Geldgeber, Prediger und Wohlfahrtseinrichtungen gefördert wird. Daraus sei eine „Kultur der Rückständigkeit“ entstanden, die das Lehrpersonal und auch die Studierenden – Frauen wie Männer – bis heute prägt, konstatiert auch der Direktor der HRCP (vgl. HNA_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:25:09–3#). Dies habe zur Folge gehabt, dass die Absolventen solcher Religions-schulen nicht befähigt seien, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, da ihnen die Bildung außerhalb des religiösen Sektors fehle. So würden viele eine eigene *madrassa* eröffnen – ein aus seiner Sicht unhaltbarer Zustand: „It’s a vicious circle“ (HNA_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:29:23–5#).

Dass der Prozess der von Saudi-Arabien geprägten kulturellen Indoktrination bereits weit fortgeschritten sei und auch alltägliche Bereiche der Lebenswirklichkeit durchdrungen habe, verdeutlichen einige der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen an zwei Episoden: So ist es mittlerweile in weiten Kreisen der pakistanischen Gesellschaft üblich, die traditionell und aus der persischen Sprache stammende Verabschiedungsformel „Khoda Hafiz“ („Gott beschütze Dich“) durch das arabisch-stämmige „Allah Hafiz“ zu ersetzen. Weiterhin hat sich in den letzten Jahren bei pakistanischen Kraftfahrzeugbesitzer*innen ein Trend herauskristallisiert, die in Pakistan obligatorische Angabe des Ländernamens auf den Nummernschildern durch den arabischen Artikel „al-“ zu ergänzen und den im arabischen Alphabet nicht vorhandenen Buchstaben „P“ von „Pakistan“ durch ein „B“ zu ersetzen.

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Diese beiden Beispiele dienen einigen der untersuchten Akteur*innen als Indikatoren für eine zunehmende Verdrängung von Traditionen, die einerseits eine kulturell-religiöse, andererseits eine linguistische Hinwendung zum arabischen Kulturraum vermuten lassen (vgl. AAL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore; BAD_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad). So betont auch der Politikwissenschaftler IMG_ISL:

„Diese Mode, die eigenen Nummernschilder abzuändern und zu ‚arabisieren‘, ist Ausdruck einer langfristigen Entwicklung: Wir nähern uns immer mehr den arabischen Golfstaaten an und vergessen darüber unsere eigenen Wurzeln und unser kulturelles wie religiöses Erbe“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad).

Dass es sich bei den Aussagen dieser Öffentlichkeitsakteur*innen nicht ausschließlich um Einzelbeobachtungen handelt, zeigt auch die kontroverse Debatte um die beiden Episoden in englischsprachigen pakistanischen Tageszeitungen. So schreibt Ghazi Salahuddin in *The News*: „And what bothers me is that this shift in our cultural norms is born of an attempt to ‘Arabise’ our society and somewhat inject into our lives the Wahabi (even Jihadi?) approach to religion“ (06.03.2012). Syed Hamad Ali bezeichnet die sich ausweitende Nutzung von „Allah Hafiz“ als Bestandteil einer „ideological battle“ und als „symbol of change“, der in den vergangenen zehn Jahren stattgefunden habe und mittlerweile als offizielle Begrüßungsformel in den Medien fest verankert sei (Ali, 17.04.2012; vgl. auch Sheikh 2009: 107–110; *The Dawn*, 24.05.2009).

Bei der Debatte um „Al-Bakistan“ recurriert Tariq Ramadan in der *Express Tribune* auf den Gründungsvater des pakistanischen Staates, Muhammad Ali Jinnah, der einen Schock erlitten hätte, hätte er um die arabische Schreibweise auf zahlreichen pakistanischen Nummernschildern gewusst: „So what would he think of the new name al-Bakistan, the Arabised version of Pakistan, which one finds on the number plates of cars now. He would no doubt rail against it, pointing out that we are not Arabs (...)“ (Rahman, 10.03.2014). In der Hinwendung zum Arabischen sieht Rahman einen Verlust der multilingualen Wurzeln, des sprachlichen und kulturellen Erbes und von Toleranz und Pluralismus. Und in einem weiteren Meinungsartikel in *The Dawn* schreibt der /die Autor*in mit Bezugnahme auf die etymologische Bedeutung des Begriffs „Al-Bakistan“:

„As we all know what Pak is, and that Pakistan means ‘The land of the pure,’ while Punjab means ‘The land of five rivers.’ On the contrary, the word Bak, or more correctly Baak, which exists both in Persian and Urdu, means der, khauf, andeisha, according to my Urdu dictionary, Feroz-ul-Lughaat, which may be translated as fear and worry. Thus, Al-Bakistan would mean ‘The land of fear’“ (*The Dawn*, 01.04.2014).

Für viele Kommentator*innen sind die Diskussionen um „Allah Hafiz“ und „Al-Bakistan“ aber auch ein willkommener Anlass, sich ironisch und humorvoll mit der aus ihrer Sicht konstruierten „Arabisierung“ auseinanderzusetzen. So schreibt Hasan Aftab Saeed, man müsse beim sogenannten „Arab Wannabe Syndrom“ zwischen akuten und chronischen Klassifizierungen unterscheiden, denen man mit gesundheitlicher Vorsorge oder – im Ernstfall – mit medizinischer Behandlung beikommen könne:

„Fortunately, most acute presentations start to subside after five to seven days. That is, provided a balanced diet, plentiful sleep, and decent company. Most of the chronic cases too can be treated without drugs provided an early enough diagnosis” (Saeed, 26.11.2016).

Dabei gibt er den augenzwinkernden Hinweis, dass ein arabisches Nummernschild „won't make you an Arab any more than wearing boxer shorts makes one a boxer.” Und sollte man sich von der Begrüßungsformel „Khoda Hafiz“ persönlich gekränkt fühlen, sei darauf hingewiesen, dass „No real Arab ever said Allah Hafiz, so if the goal is to sound like one, this formula is obviously a non-starter” (ebd.). Einen ähnlich ironischen Ton schlägt auch Sheharyar Rizwan in seiner Glosse in *The Dawn* an. Dabei weist er auf ein Paradoxon hin, da diese angebliche „Arabisierung“ keineswegs nur die konservativ-religiösen Schichten der rückkehrenden Migranten und ihrer Familien betreffe, sondern vielmehr die wohl situierte Mittelschicht:

„Most of the people who are doing this belong to upper-middle class Punjabi families based mostly in Lahore and other cities of Punjab. They are going through some kind of a paradox. They want to enjoy everything modern consumerism has to offer; a good car, preferably modified, mind/ear blowing sound system, giving their girlfriends a spin in their brand new Corollas and Civics every now and then. But wait a second, what about the fancy Altima they had when they used to roam around Riyadh, Dubai or Qatar? They had a nice Arabic plate on that elegant ride; let's get made one for my car here in Pakistan” (23.03.2014).

Nummernschilder mit arabischen Buchstaben deuten seiner Meinung nach genauso wenig auf eine kulturelle Arabisierung hin, wie die ebenfalls existierenden Nummernschilder nach britischem Vorbild, denn: „The reason was the same: they liked the design and got it made“ (ebd.).

Obwohl zwischen diesen geschilderten Alltagsbeispielen und Migration nach Saudi-Arabien kein direkter Zusammenhang besteht, verdeutlichen sie doch anekdotisch die Wahrnehmung vieler der Öffentlichkeitsakteur*innen, von golfarabischen Einflüssen „bedroht“ und „verändert“ zu werden. Diese Perception existiert in intensiverer oder abgeschwächter Form bei allen Gesprächs-

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

partnern, sodass sich ihre Einschätzung zur Sichtbarmachung von Migration auch auf solche alltäglichen Episoden zurückführen lässt, womit die Relevanz für die Beantwortung der Forschungsfrage virulent wird.

Somit symbolisiert die Diskussion um die anwachsende „Wahhabisierung“ aus Sicht der meisten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen die Auseinandersetzung zwischen einer säkularen Elite und einer weniger privilegierten Mittel- und Unterschicht, die sich Saudi-Arabien zuwendet. Die von mir untersuchten Akteur*innen sehen sich daher auch als Vertreter*innen eines internen Kulturkampfes, in dem um die Deutungshoheit der pakistanischen Identität gerungen wird. Sie präsentieren sich als Repräsentant*innen einer aufgeklärten, westlich sozialisierten, bildungspolitisch privilegierten Elite, die sich gegen die Vertreter*innen einer intoleranten, ausgrenzenden und archaischen religiös-sozialen Bewegung behaupten muss. Aus ihrer Sicht ist durch den Einfluss Saudi-Arabiens eine tiefe kulturelle Krise entstanden, die von vielen stellvertretend für die Vielzahl an kulturellen Fehlentwicklungen innerhalb der pakistanischen Gesellschaft angeführt wird. Diese Perzeption führt zu einer emotionalen Dämonisierung des Königreiches. Saudi-Arabien erscheint vor diesem Hintergrund als Projektionsfläche mannigfaltiger und komplexer innerpakistanischer sozialer und politischer Probleme. Es wird als willkommener „Sündenbock“ instrumentalisiert, um einen externen Auslöser für chronische Missstände identifizieren zu können. Diese emotionale Perzeption beinhaltet kaum eine differenzierte Analyse des saudischen Einflusses, wenngleich sich einige der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen durchaus abwägender äußerten. So gesteht z. B. IMG_ISL, dass die „kulturelle Radikalisierung“ keineswegs direkt auf saudische Akteur*innen zurückzuführen sei, sondern militante und/oder puristische Strömungen in Pakistan davon inspiriert werden:

„Der kulturelle Einfluss zeigt sich, dass radikale Gruppen das liberale Leben kritisieren. Die betrachten unseren Lebensweg als unislamisch. Sie kritisieren Musik, Filme, kulturelle Szene. (...) Sie wollen die liberale Lebensweise beschränken. Saudi-Arabien ist eher Vorbild, nicht Auslöser dieser Entwicklung. Glücklicherweise ist die Mehrheit der Pakistanis nicht so religiös, wie man im Ausland wahrnimmt“ (IMG_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:13:39–8#).

Für ihn nimmt zwar „der Islam“ in den Lebenswirklichkeiten des Einzelnen eine signifikante Bedeutung ein, doch wahhabitische Vorstellungen fänden nur bei einer kleinen Minderheit Anklang, denn: „Die Mehrheit möchte leben wie sie will“ (IMG_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:15:08–7#). Auch der Menschenrechtsaktivist REH_LAH sieht keine umfassende „Saudisierung“ der pakistanischen Gesellschaft.

„I have been to the Maldives a couple of months ago. The people there consider themselves as Arabs. They are strongly influenced by Saudi Arabia's ideology (...). This is not happening here in Pakistan“ (REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:43:37-2#).⁶⁸

5.4 Paradigmenwechsel in den saudisch-pakistanischen Beziehungen? Neue Räume für außenpolitische Diversifizierung

Trotz dieser weitgehend als destruktiv wahrgenommenen Einflüsse Saudi-Arabiens auf Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft Pakistans konstatieren die meisten der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen einen schrittweisen Wandel des bilateralen Verhältnisses, der sich in einer zunehmend kritisch-distanzierten Haltung pakistanischer Politik gegenüber Saudi-Arabien niederschlägt.

Symbolisiert wird diese sich modifizierende Sichtweise durch die Entscheidung des pakistanischen Parlaments aus April 2015, keine militärischen Truppeneinheiten an Kampfhandlungen im Jemen zu beteiligen, um „Neutralität“ zu bewahren (vgl. Sial 2015: 2). Es war ein Beschluss, der innerhalb der pakistanischen Öffentlichkeit zu kontroversen Diskussionen geführt hatte und der von meinen Gesprächspartner*innen als möglicher Wendepunkt in den saudisch-pakistanischen Beziehungen bewertet wird, wie u. a. der Politikwissenschaftler des Institute for Peace and Secular Studies DIE_LAH sowie der Regionalpolitiker MIR_LAH ausführen (vgl. DIE_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore; MIR_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore).

Als Hintergrund solcher Einschätzungen dient das im März 2015 begonnene militärische Engagement Saudi-Arabiens im Jemen, um den dortigen Vormarsch der Huthi-Rebellen aufzuhalten (*al-Hūṭiyyūn*), die Einnahme der jemenitischen Hauptstadt Sana'a im September 2014 zu beenden und den zur Flucht gezwungenen Präsidenten 'Abd Rabbihi Maṣṣūr Hādī wieder einzusetzen, der nach dem Fall der Hauptstadt das Land ins saudische Exil verlassen hatte. Um diese Ziele zu erreichen, hatte Saudi-Arabien neun zumeist arabische Staaten eingeladen, sich bei der Militärintervention zu engagieren (vgl. Gaub 2016).⁶⁹ Auch Pakistan als nicht-arabischer aber mehrheitlich muslimischer Staat wurde

⁶⁸ Vgl. zur saudischen Politik gegenüber den Malediven: Haviland, 24.03.2014; Schultz, 18.06.2017.

⁶⁹ Neben Saudi-Arabien beteiligten sich noch die VAE, Bahrain, Kuwait, Ägypten, Marokko, Senegal, Jordanien und Sudan. Katar war bis zum Ausbruch der Blockade durch Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain und Ägypten im Juni 2017 Bestandteil der sau-

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

in offiziellen Verlautbarungen als militärischer Partner bei der „Operation Decisive Storm“ genannt. Dies sorgte auf pakistanischer Seite allerdings für Irritationen, da im Vorfeld der saudischen Entscheidung offenbar keine Abstimmung zwischen saudischen und pakistanischen Offiziellen stattgefunden hatte. Es folgten intensive öffentliche und politische Diskussionen, ehe das Parlament die vor dem Hintergrund der beschriebenen engen politischen und militärischen Beziehungen bemerkenswerte Entscheidung traf, sich der saudischen Militärallianz nicht anzuschließen (vgl. Riedel, 13.04.2015; *The Dawn*, 11.04.2015b).⁷⁰ Die Mehrheit der pakistanischen Parlamentsabgeordneten fürchtete, Pakistan könne bei einem pro-saudischen Engagement im Jemen in die regionalen Konflikte auf der arabischen Halbinsel hineingezogen werden, was die innere Sicherheit hätte gefährden können. Diese strategische Überlegung erfolgte vor allem vor dem Hintergrund des sich – bereits beschriebenen – intensivierenden Hegemonialkonfliktes zwischen Saudi-Arabien und Iran. Die zunehmend eskalierende konfessionelle Bedeutung dieses Konfliktes sollte vermieden werden, um einer Verschärfung der sunnitisch-schiitischen Konfessionalisierung innerhalb Pakistans vorzubeugen („sectarian backlash“, Sial 2015: 3).

Es folgte eine Phase der gegenseitigen diplomatischen und medialen Kritik: Während saudische Offizielle die pakistanische Entscheidung zwar in der Öffentlichkeit nicht verurteilten, sprach der emiratische Außenminister Anwar Muḥammad Qarqāš hingegen von einem „hohen Preis“ („heavy price“), den Pakistan aufgrund dieser Entscheidung zu zahlen habe (vgl. *The Dawn*, 11.04.2015a). Dies führte in Teilen der pakistanischen Medien zu vehementen Gegenreaktionen: So kommentierte der Executive Director News des *Express News Television*, Fahd Hussein, dass „this man’s annoying words are a true reflection of the attitude that these tinpot Arab rulers harbour towards Pakistan.“ Das Verhalten der arabischen Golfstaaten basiere auf einem „ingrained racism“:

disch geführten Allianz, wurde danach allerdings von Kampfhandlungen auf jemenitischem Territorium ausgeschlossen.

⁷⁰ Anschließend Versuche von konfessionellen pakistanischen Parteibündnissen, die zum Teil auch aus Saudi-Arabien finanziert wurden, pro-saudische Demonstrationen zu organisieren und für eine Teilnahme an der Jemen-Intervention zu werben, konnten keinen hohen Zuspruch aus der Bevölkerung generieren und blieben daher auf lokale Aktivitäten beschränkt (vgl. PewResearch Center 2013). Einige dieser Proteste wurden von der Allianz *Tehreek-e-Difa-e-Harmain Sharifain* („Bewegung zum Schutz der Heiligen Stätten“), die in der Lal Masjid-Moschee in Islamabad am 2. April 2015 gegründet worden war, organisiert (Ali, 01.10.2015).

5.4 Paradigmenwechsel in den saudisch-pakistanischen Beziehungen?

„Go threaten someone else, Doctor Gargash – this nation has had enough of the likes of you and your weakling sheikhs (...) The Pakistani parliament has taken the right decision for the right reasons, and if Gargash and his fellow sheikhs don't like it, they can go jump into their oil wells” (Husain, 20.04.2015).

Dieser Meinungsartikel war zuerst auf der Webseite der pakistanischen Tageszeitung *Express Tribune* erschienen, allerdings kurz danach auf Anweisung der pakistanischen Regierung entfernt worden, da er „too provocative and insulting to Sheikhs of Arab states” gewesen sei (vgl. *Journalism Pakistan*, 13.04.2015). Einige meiner Interviewpartner*innen griffen diese Kritik auf und sprachen bereits von einem „Paradigmenwechsel“ in der pakistanischen Außenpolitik (vgl. DIE_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore), die sich zukünftig eher China und Iran hin- und von Saudi-Arabien abwenden könne (vgl. Rakisits 2015). Besonders deutlich wurde hier der Politikwissenschaftler IMG_ISL

„Ich meine, die Regierung war sehr klug und hat das Parlament angefragt, um zu entscheiden, ob Pakistan sich militärisch im Jemen auf der Seite Saudi-Arabien engagieren soll oder nicht. Das Parlament hat das debattiert und am Ende übereinstimmend gesagt, das machen wir nicht“ (IMG_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:01:30–2#).

An der öffentlichen Debatte um die Parlamentsentscheidung zum Jemen-Krieg lasse sich somit ein schrittweiser Prozess der Enttabuisierung beim Umgang mit dem „Bruderstaat“ Saudi-Arabien konstatieren:

„The refusal to join the alliance led by Saudi Arabia for the war in Yemen is a reflection of the mindset in Pakistan. This mindset is emerging. Now Saudi Arabia is not considered as the most favorite country anymore“ (ISL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:13:18–6#).

Der Menschenrechtsaktivist ISL_LAH betrachtet das militärische Vorgehen im Jemen als Ausdruck einer konfrontativen und interventionistischen Regionalpolitik Saudi-Arabiens, die vor allem durch den saudischen Kronprinzen Muḥammad b. Salmān initiiert werde. Unter ihm zeige das Königreich kein Interesse mehr an einer Politik des diplomatischen Ausgleichs, sondern strebe nach militärischer Eskalation. Damit destabilisiere der Kronprinz – dieser „junge, unerfahrene und von Ehrgeiz zerfressene Emporkömmling“, wie er ihn nennt – das fragile Gleichgewicht in der Region und schüre die Rivalität mit Iran, was nicht im strategischen Interesse Pakistans liege. Saudi-Arabien sei nach Meinung ISL_LAHs zu einem Unsicherheitsfaktor und zu einem unberechenbaren Kriegstreiber geworden, dem Pakistan nicht mehr vertrauen dürfe. Dieser Ansicht sei er schon lange, doch mittlerweile fände auch innerhalb der pakistanischen Politik ein Umdenken statt. Diesen Prozess bezeichnet er als

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

„reaction of the very long, long intervention in Pakistan. Especially the intellectual classes from the higher and middle class are not in favor of Saudi Arabia’s intervention“ (ISL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:14:32–0#). Auch Taha Siddiqui insistiert in einem Meinungsartikel bei *Aljazeera* aus dem Februar 2019 im Vorfeld des bereits beschriebenen Besuchs von Muḥammad b. Sal-mān darauf, eine Abkehr im traditionellen Abhängigkeitsverhältnis zu Saudi-Arabien herbeizuführen. Unter dem Titel „Why Pakistan should not take Saudi money“ argumentiert er im Sinne einer emanzipierteren Haltung der pakistanischen Politik gegenüber saudischer Einflussnahme:

„It is time that Islamabad reconsiders its decades-old transactional relationship with Riyadh. Pakistan cannot afford to be a battleground where Saudi Arabia and Iran settle their scores. It cannot be complicit in the rise of anti-Shia violence or destabilisation of neighbouring countries any longer. What Pakistan needs even more than money is religious harmony and stability. If the Pakistani government does not put an end to Saudi Arabia’s harmful actions within its borders, peace in the country and in the region will be at great risk. And no aid package is worth that“ (Siddiqui, 16.02.2019).

Solche von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen betrachten somit die Entscheidung des pakistanischen Parlaments, keine militärischen Einheiten nach Jemen zu entsenden, nicht nur als Einzelfall, sondern als möglichen Wendepunkt in den asymmetrischen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien. Sie sehen in der Weigerung des pakistanischen Parlaments eine Form der bilateralen Emanzipierung, die aus ihrer Sichtweise zwingend notwendig ist, um eigene Interessen zu verfolgen und das Abhängigkeitsverhältnis zu Saudi-Arabien zu verändern. Damit verbindet sich auch ihre Hoffnung, die tabuisierten und limitierten Diskussionsebenen zu Saudi-Arabien aufzubrechen. Dies könne neue Räume für einen kritischen Umgang mit dem Partner öffnen.

Dazu trägt auch bei, dass auf Seiten der pakistanischen Politik ein indigenes strategisches Interesse entstanden sei, sich von traditionellen Partnern wie Saudi-Arabien zu distanzieren, um die Außenpolitik zu diversifizieren. So brauche man aufgrund der beabsichtigten engen wirtschaftlichen Kooperation mit China auch konziliante Beziehungen mit Iran, um die Integration in die chinesische *One Road, One Belt*-Initiative nicht zu gefährden.⁷¹ Die Eisenbahnlinie zwischen der Hafenstadt Gwadar in Gilgit-Baltistan und Kashgar in der chinesischen Region Xinjiang dient dabei als wesentlicher Pfeiler der pakistanisch-chinesischen Kooperation und unterstreicht die Ambitionen Chinas in den letz-

⁷¹ Immerhin hat Pakistan als Mitglied des CPEC im Jahr 2015 wirtschaftliche Vereinbarungen mit der Volksrepublik mit einem Gesamtvolumen von 45 Mrd. US-Dollar getroffen.

ten Jahren, logistischen Zugang zum Persischen Golf zu erlangen (vgl. Sheikh/Price 2012: 14). So besteht für Pakistan einerseits die Möglichkeit, sein Portfolio an Handelspartnern zukünftig auszuweiten (vgl. *Express Tribune*, 27.04.2015). Auf der anderen Seite werde sich diese wirtschaftliche Diversifizierung nachteilig auf die Reputation und den Einfluss Saudi-Arabiens in Pakistan auswirken, erläutert IMG_ISL: „Wir bekommen viel Sympathie von Seiten Chinas und der Türkei, dort haben wir ein gutes Image. Nicht so in Saudi-Arabien“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:20:56–1#). Eine solche Entwicklung könne durchaus positive Implikationen für die pakistanische Wirtschaft, aber auch für das Selbstbewusstsein der pakistanischen Regierung mit sich bringen: Je mehr die wirtschaftlichen Aktivitäten zu den Nachbarn China, Iran und auch Indien ausgebaut würden, desto mehr könnte sich das Verhältnis zu Saudi-Arabien „normalisieren“ oder distanzieren: „Seien Sie sich sicher: In fünf Jahren wird es viel mehr Kritik an Saudi-Arabien geben als heute“ (IMG_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:23:22–9#).

5.5 Zwischenanalyse

In diesem Kapitel wurde verdeutlicht, dass die politische, wirtschaftliche und militärische Nähe zu Saudi-Arabien Phasen von Kontinuität, Konstanz sowie Kooperation, aber auch von Konkurrenz, Krisen und Kontroversen durchläuft. Eine kritische und differenzierte Diskussion über die bilateralen Beziehungen zu Saudi-Arabien wird innerhalb des pakistanischen politischen Systems aufgrund der hohen Sensibilität von einflussreichen Gatekeeper*innen aus Politik, Militär und Wirtschaft weitgehend kontrolliert, limitiert und zensiert. Saudi-Arabien als politische, kulturelle, wirtschaftliche und religiöse Projektionsfläche übernimmt eine omnipräsente aber gleichzeitig ambivalent wahrgenommene Funktion im öffentlichen Raum Pakistans und bestimmt dadurch direkt die Entscheidungen der politischen Gatekeeper*innen. Sie prägt soziokulturelle und religiöse Wahrnehmungen und beeinflusst Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Abgrenzung. Solche Grenzen des Sagbaren gegenüber Saudi-Arabien erschweren es den von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, Zugang zur öffentlichen Arena zu erhalten. Da sie in der Regel ein kritisches Bild von Saudi-Arabien zeichnen, werden sie von den traditionellen Gatekeeper*innen aus Medien, Politik und Militär als Gefährder der bilateralen Beziehungen eingeschätzt. Sie fordern die konstituierten Narrative um Saudi-Arabien als wirtschaftlichen Partner, politischen Schutzpatron sowie religiös-kulturellen Sehnsuchtsort heraus, indem sie dieses positiv besetzte Image des Königreichs dekonstruieren. Auf der anderen Seite wird das politische Abhängigkeitsverhältnis von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als Resultat einer

5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

politischen, wirtschaftlichen, militärischen und religiösen Nähe geschildert, die den kulturellen Einfluss Saudi-Arabiens in Form wahhabitischer Missionierung in den letzten Jahrzehnten noch erhöht hat. Das hat zu einer Veränderung der alltäglichen Lebenswirklichkeiten in der pakistanischen Gesellschaft beigetragen. Religiöse Radikalisierung und kulturelle Indoktrination seien die Folge und begrenzen die Räume zur öffentlichen Aushandlung des bilateralen Verhältnisses. Die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen schwanken somit in ihren Einschätzungen des bilateralen Verhältnisses zwischen Pakistan und Saudi-Arabien zwischen Affinität und Aversion, zwischen Bewunderung und Beunruhigung, zwischen Dämonisierung und Distanzierung: Saudi-Arabien wird einerseits als Sehnsuchtsort akzeptiert und andererseits als Wurzel allen Übels verunglimpft.

6. Migranten als „neue Sklaven“? Profitstreben der Gatekeeper*innen, strukturelle Gewalt und politische Verfehlungen in der pakistanischen Migrationspolitik

„Jeder, ich betone jeder, mit dem ich gesprochen habe, war entweder selbst in Saudi-Arabien oder hat Verwandte, die zum Arbeiten dort waren, und dabei wurden die Erfahrungen der Hajj nicht mal berücksichtigt. Kurz: Saudi-Arabien spielt in dem Leben der meisten Pakistaner auf vielen Ebenen eine entscheidende Rolle: Als Ernährer, als Wallfahrtsort, als politischer Destabilisator, als islamisches Vorbild, als fütternde Hand, als Wurzel des pakistanischen Terrorismus, als Inkarnation der US-amerikanischen Verschwörung gegen die pakistanische Einheit etc. Es ist dieses ambivalente Hassliebeverhältnis, das sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche führt und auch in den Diskussionen zu Arbeitsmigration thematisiert wird“ (Auszug aus meinem Forschungstagebuch vom 11.02.2016).

Wie der Auszug aus meinem Forschungstagebuch andeutet, wurde mir während meines Feldaufenthalts schnell bewusst, wie umfassend das Phänomen Migration nach Saudi-Arabien als wichtigstes Empfängerland die alltägliche Lebenswirklichkeit der pakistanischen Gesellschaft bestimmt. Nach der Verortung der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen im Rahmen der bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien folgt in diesem Kapitel nun die Problematisierung des Phänomens Migration auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene aus Perspektive der untersuchten Akteur*innen vor dem Hintergrund wissenschaftlichen Kontextwissens. Migration stellt somit den zweiten empirisch untersuchten Referenzrahmen dar, in dem sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen, der ihre Wirkräume und Handlungsweisen und somit auch die vermachtete Arena bzw. den Teilbereich der medialen Öffentlichkeit zu Migration prägt und konstituiert, zu dem sie Zugang erhalten wollen.

Wie in [Kapitel 5](#) gezeigt wurde, sind die bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan durch sensible, asymmetrische, tabuisierte, hierarchisierte und komplexe Beziehungsstränge geprägt, die auch die Wahrnehmung und Aushandlungsmöglichkeiten von sowie die Diskussionsräume zu Migration dominieren und limitieren. Migration nach Saudi-Arabien wird somit zu einem doppelten Tabu: Zum einen, weil die engen und asymmetrischen bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien eine kritische Diskus-

6. Migranten als „neue Sklaven“?

sion in der Arena pakistanischer Öffentlichkeit minimieren. Zum anderen erfährt Arbeitsmigration aus wirtschaftlichen Gründen eine solch existenzielle Bedeutung für die ökonomische Stabilität Pakistans, dass eine differenzierte Diskussion um Migration ins Königreich ebenfalls erschwert wird. Somit bewegen sich die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen in einem auf zwei Ebenen sensiblen Feld, was ihren Zugang zur öffentlichen Arena begrenzt.

Aus ihrer Sicht hat die enge Verflechtung zwischen politischen und wirtschaftlichen Gatekeeper*innen im Migrationsnetzwerk dazu beigetragen, Migranten als Humankapital und wichtigstes Exportgut wahrzunehmen, ohne Aspekte der Fort- und Weiterbildung, des Arbeitsschutzes und der rechtlichen Absicherung für Migranten und ihre daheimbleibenden Familien umfassend zu diskutieren und politische Lösungen zu implementieren. Bestandteil dieser Haltung ist auch das kontrovers diskutierte *Kafāla*-System (Bürgerschaftssystem), welches von den untersuchten Akteur*innen als Auslöser struktureller Gewalt gegen Migrant*innen kritisiert wird. Aufgrund dieser Aspekte wird Migration von den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als „neue Form der Sklaverei“ bezeichnet, was z. B. von Vertreter*innen des MRC hart kritisiert wird.

“Migrants are willing to take the risk because most of them are in their early twenties, they feel they have the strength to get through hard times and through the system for earning a lot of money. They think but themselves: Ok, why not? In Pakistan, there is no way to earn a similar amount of money. That’s why they are happy to go abroad. There is a societal factor, there is prestige factor and there is optimism that things will improve although the migration system is the biggest exploitation system you can ever imagine. It’s like real bonded slavery now, a modern form of bonded slavery. However, the desire to go abroad is much stronger than staying at home. They want to try their luck. It’s the Pakistani version of the American dream“ (SOH_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:19:54–9#).

Die Fokussierung auf das wirtschaftliche Nutzpotenzial von Migration spiegelt sich auch in der pakistanischen Migrationsforschung wieder, wie bereits im Forschungsstand angedeutet wurde. Insbesondere die Studie von Gilani et al. (1981) bietet einen ersten Überblick zur Verwendung der Rücküberweisungen. Weitere Forschungen zu den Auswirkungen der Rückkehr von pakistanischen Migranten in ihre Heimat werden hinsichtlich ihres Investitionsverhaltens (vgl. Irfan et al. 1979; Iqbal/Khan 1981; Burki 1980; Perwaiz 1979; Gilani 1983, 1984; Amjad 1989; Arif 1999; Batzlen 1999; Adams 1998) und ihrer Wiedereingliederung in den pakistanischen Arbeitsmarkt (vgl. Arif 1995, 1996, 1998; Iqbal/Khan 1981) diskutiert. Es existieren umfangreiche Statistiken zu Berufs- und Bildungsstand, zu den während des Aufenthalts in den Empfängerstaaten angeeigneten Kenntnissen (vgl. Arif/Shahnaz 2000) und der regionalen Herkunft, um

die entwicklungsfördernde Dimension pakistanischer Arbeitsmigration zu betonen. Da sich viele spätere Studien auf Statistiken aus den 1980er Jahren beziehen, lag der Schwerpunkt zeitgenössischer Untersuchungen auf der Aktualisierung dieser veralteten Daten (vgl. Arif 2004: 143). Dieser Forschungstrend setzt sich seit 2010 fort, betont nun aber zunehmend, die Rücküberweisungen formalisieren und zentralisieren zu müssen, um einen nachhaltigen Effekt für die wirtschaftliche Entwicklung zu erzielen (vgl. Amjad/Arif 2014; Amjad et al. 2013, 2014; Amjad 2010; Arif 2016). Insbesondere der quantitative Anstieg des Rücküberweisungsvolumens seit 2002 wird von den führenden Migrationswissenschaftler*innen analysiert (vgl. Arif et al. 2012). Gleiches gilt auch für pakistanische Migration nach Saudi-Arabien: Die Forschung fokussiert sich wie bei den anderen arabischen Golfmonarchien auf die Auswirkungen der Rücküberweisungen auf pakistanische Haushalte in ländlichen Gebiete sowie die Migrationskosten vor dem Hintergrund zunehmender Verschuldung, inoffizieller Rekrutierungskanäle und steigender Korruption (vgl. Arif 2010). Ziel müsse es sein, Migrationskosten zu reduzieren, um den wirtschaftlichen Nutzwert zu erhöhen, wie z. B. der einflussreiche Migrationswissenschaftler GAR_ISL im Interview herausstreicht:

„My point of view is that we can make migration a much better sector. When it benefits the country, it will benefit the society. In my opinion we need to reduce the costs of migration to make working conditions better over there and we have to understand that migration is not permanent, it is a temporary phenomenon (...) This type of discussion is missing in all aspects“ (GAR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:30:43–4#).

Diese kommerzialisierte Betrachtung von Migration wird jedoch von anderen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aus Zivilgesellschaft und Medien als „mindset of commercialisation“ und als Ausdruck des pakistanischen libertären Wirtschaftssystems, welches durch Korruption, Nepotismus und Patronagenetzwerke geprägt ist, kritisiert.

Ziel dieses Kapitels ist es, diese kritische Sichtweise der untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu konkretisieren. Dafür sollen die Interessen des pakistanischen Staates an Migration sowie die Perspektiven für Migration nach Saudi-Arabien aus Sichtweise der untersuchten Akteur*innen eingeordnet und an die bestehende Forschungsdiskussion rückgebunden werden (6.1), um danach die sozialen Auswirkungen des *Kafāla*-Systems (6.2), der irreguläre Status der Migranten (6.3) und die Implikationen auf ihre Lebenswirklichkeiten (6.4), die zunehmende Kommerzialisierung (6.5) sowie die von Kriminalisierung und mafiösen Netzwerken (6.6) geprägten prekären Arbeitsbedingungen für Migranten und die damit verbundenen Verfehlungen der pakistanischen Migrationspolitik (6.7) zu diskutieren.

6.1 Die Interessenslage des pakistanischen Staates: „It’s all about the business“

„It’s all about business“ (SIA_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:18:06–9#): So beschreibt SIA_LAH, der sich als renommierter Printjournalist bereits seit Jahren intensiv mit Migration beschäftigt, die Hauptmotivation des pakistanischen Staates, Migration nach Saudi-Arabien zu fördern. Das staatliche Hauptinteresse besteht seiner Meinung nach ausschließlich darin, die aus Migration generierten Rücküberweisungen zu erhöhen oder zumindest konstant zu halten, um die krisengeschüttelte einheimische Wirtschaft und den staatlichen Haushalt mit dringend notwendigen Einnahmen zu versorgen. Ähnlich äußert sich auch BUK_LAH vom MRC:

„The persons on a senior political level have not realized the situation as it should be. They just realized the migrant workers issues in terms of remittances only. They only consider labour migrants as a source of income, that’s all. They don’t care what is happening to them, what kind of challenges they have to face. They only see: Oh, the remittances increased or the remittances decreased. Thus, if the remittances decreased we should allow more people to go abroad in order to generate more income“ (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:39:33–6#).

Für Pakistan wurde die Entsendung von Arbeitsmigranten seit den 1970er Jahren eine sozioökonomische Notwendigkeit, konnten doch dadurch einerseits der enorme Druck auf den inländischen Arbeitsmarkt reduziert und andererseits aufgrund der Rücküberweisungen die prekäre Haushaltslage verbessert werden – ähnlich wie in anderen asiatischen Entsendestaaten (vgl. Naufal/Genc 2013; Fargues/Shah 2018: 5). Pakistan litt zu dieser Zeit unter einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise: Hohe Arbeitslosigkeit und grassierende Armut destabilisierten das politische System und forderten die marode Wirtschaft hinaus. Die Abspaltung West-Pakistans 1971 und die damit verbundene Neugründung Bangladeschs stellten die pakistanische Wirtschaft aufgrund wegfallender Einnahmen aus der Landwirtschaft vor ebenso enorme Herausforderungen, wie die noch immer nicht abgeschlossene Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems nach der Teilung Britisch-Indiens 1947, wie von mir untersuchte Politik- und Migrationswissenschaftler hervorheben (vgl. DIE_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore; QAS_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). Präsident Zulfikar Ali Bhutto (reg. 1971–1973 als Staatspräsident und 1973–1977 als Premierminister) versuchte, dieser Krise mit einem Privatisierungsprogramm und einer Diversifizierung der externen Partner beizukommen, was die Entsendung von Migranten in die arabischen Golfmonarchien seit den 1970er Jahren rapide ansteigen ließ (vgl. [Kapitel 1](#) und [5](#)). Bis heute nahm die

existenzielle Bedeutung der Rücküberweisungen signifikant zu: 2015 erhielt Pakistan 18,2 Mrd. US-Dollar an Rücküberweisungen aus aller Welt, die etwa 8% zum pakistanischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitrugen. Davon stammten allein 5,6 Mrd. US-Dollar aus Saudi-Arabien (vgl. Amjad et al. 2016).⁷² Damit sind sie fast so hoch wie 75% der Gesamtexporte (24 Mrd. US-Dollar in 2015) und konnten das Haushaltsdefizit von 18,6 Mrd. US-Dollar fast ausgleichen (vgl. Rehman 2017: 2). Sie stellen somit zweifellos ein stabilisierendes Element für die krisengeplagte pakistanische Wirtschaft in Form von Armutsbekämpfung (vgl. Javid et al. 2012; Adam 1998; Hussain/Anjum 2014: 376) dar und trugen unter anderem bei Naturkatastrophen wie dem verheerenden Erdbeben im Norden Pakistans im Oktober 2005 zum Wiederaufbau bei (vgl. Suleri/Savage 2006: ii).

Darüber hinaus zwingt der demographische Druck Teile der pakistanischen Gesellschaft zur Auswanderung: So hat sich die Bevölkerung in den letzten 65 Jahren auf 207 Millionen fast verfünffacht (vgl. Pakistan Bureau of Statistics 2017).⁷³ Somit stünde die pakistanische Gesellschaft ohne Migration in die arabischen Golfmonarchien und andere Empfängerstaaten vor dem massiven Problem, einen noch größeren Anteil der jungen und rasch wachsenden Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt absorbieren zu müssen.⁷⁴ Diese Notwendigkeit zur Migration wird von allen untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen anerkannt und als „Flucht aus der Armut“ bezeichnet, wie es ZAH_LAH vom CIMRAD nennt. Immerhin leben 31,2% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (vgl. UNDP). 40% aller pakistanischen Migranten verfügen über keine formelle Ausbildung, während knapp die Hälfte Hilfsarbeit ausübt. 2011 waren in Saudi-Arabien 23% der männlichen Migranten im Bausektor, 11% in der Industrie, 7% im Haushalt und 29% im Einzelhandel beschäftigt (vgl. De Bel-Air 2014). Nur jeder Zehnte hat eine qualifizierte Berufsausbildung oder ein Studium absolviert – ein Anteil, der sich in den letzten Jahren kaum verändert hat, sodass auch die Struktur des Arbeitsprofils seit den 1960er Jahren weitgehend unverändert geblieben ist („more of the same“; vgl. GIZ/ILO 2015: xi). Den Migranten und ihren Angehörigen ist bewusst, dass sie aufgrund der fehlenden Arbeits-

⁷² 2013 stammten 34 Mrd. US-Dollar aller weltweiten Rücküberweisungen aus den Staaten des Golfkooperationsrates (GKR) aus Saudi-Arabien, gefolgt von den VAE mit 18 Mrd. US-Dollar, Kuwait mit 15,2 Mrd. US-Dollar, Katar mit 11,3 Mrd. US-Dollar, Oman mit 9,1 Mrd. US-Dollar und Bahrain mit 2,2 Mrd. US-Dollar. Damit ist der GKR die wichtigste Herkunftsregion von weltweiten Rücküberweisungen (vgl. Malit/Naufal 2016: 5).

⁷³ Es wird prognostiziert, dass sie bis 2050 auf 335 Millionen steigen wird. Das Bevölkerungswachstum lag im Jahr 2017 bei 2,0% (vgl. World Bank).

⁷⁴ Im Jahr 2018 waren 35% der Menschen jünger als 15 Jahren, 29% zwischen 15 und 24 Jahren (vgl. UNPF).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

möglichkeiten, des hohen Armutsniveaus und des Stadt-Land-Gefälles kaum ausreichende berufliche Perspektiven in der pakistanischen Wirtschaft vorfinden, um ein gesichertes Auskommen generieren zu können, und suchen in der Migration eine Lösung für ihre Misere.

Zwischen 1971 und 2015 wählten mehr als 4,3 von insgesamt 8,6 Millionen (ILO 2016c: 5) und damit die Hälfte aller pakistanische Arbeitsmigranten Saudi-Arabien als Zielland, gefolgt von den VAE mit 32,9%, Oman (7,5%), Kuwait (2,1%), Bahrain (1,7%) und Katar mit 1,4% (vgl. BEOE 2015b: 1). Damit ist das Königreich das wichtigste Empfängerland pakistanischer Migranten weltweit. Im Jahr 2014 arbeiteten offiziell 1,9 Millionen pakistanische Migranten im Königreich, wenngleich inoffizielle Schätzungen von mehr als zwei Millionen ausgehen. Da keine aussagekräftigen Statistiken zu den Rückkehrern erhoben werden, kann deren Zahl für diesen Zeitraum mit fünf Millionen nur geschätzt werden.⁷⁵ Dabei handelt es sich zu über 99% um verheiratete Männer mit einem Durchschnittsalter von 29 Jahren (vgl. Arif 2009: 15). Zwischen 1981 und 2015 stammten mehr als die Hälfte aller Migranten aus den ländlichen Gebieten des Punjabs (vor allem aus Attock, Rawalpindi, Jhelum, Gujrat und Faisalabad), gefolgt von KP mit 26% (vor allem aus Dir, Swat, Mardan, Peshawar, Mardan, Swabi und Malakand), dem Sindh mit 9%, AJK mit 7%, FATA mit 5% und Balutschistan mit 1% (vgl. Zafar 2016), in denen traditionell die landwirtschaftliche Produktivität geringer ist als in den regenreichen Provinzen Punjab und Sindh (vgl. Gazdar 2003: 9). Schätzungen gehen davon aus, dass bereits in den 1980er Jahren jede zehnte pakistanische Familie über mindestens einen sich im Ausland befindenden Angehörigen verfügte (vgl. Gilani 1986: 114). Nur 15% der Familien begleiten die jeweiligen Angehörigen, während die daheimgebliebenen Familienmitglieder von den Geldtransfers ihrer Verwandten profitieren, sodass es sich bei diesen Rücküberweisungen um eine von wenigen Einnahmequellen handelt, die nicht den privilegierten unternehmerischen oder politischen Gatekeeper*innen zugutekommt (vgl. Gilani 1984: 147). Dabei praktizieren die meisten Migranten eine „save there, eat here“-Strategie (Watkins 2003): Im Durchschnitt transferiert jeder pakistanische Migrant 261 US-Dollar im Monat nach Hause (vgl. Arif 2010: 2). Der Durchschnittslohn liegt in Saudi-Arabien mit 480 US-Dollar fast vier Mal so hoch wie in Pakistan (vgl. Amjad et al. 2016).

⁷⁵ Da sich zwischen 1972 und 2012 insgesamt zwölf Millionen pakistanische Migranten im Mittleren Osten befanden und sich im Durchschnitt etwa drei bis vier Millionen gleichzeitig dort aufhalten, muss ein Großteil der übrigen Migranten entweder in die Heimat zurückgekehrt oder in andere Drittländer weitergezogen sein (vgl. Arif 2016: 268).

Somit hat sich Migration als Instrument des sozialen Aufstiegs etabliert: Die Angehörigen werden in die finanzielle Situation versetzt, Eigentum zu erwerben, Familiengeschäfte zu eröffnen, die medizinische Versorgung zu verbessern und ihren Kindern eine Schulbildung zukommen lassen zu können sowie die Konsumbereitschaft zu erhöhen (vgl. Seddon 2004: 415; Burki 1991; Arif 1999; Batzlen 1999); Häuser werden mittlerweile aus Stein und nicht mehr aus Lehm gebaut (vgl. Gilani 1986: 127). Mithilfe der Rücküberweisungen können Einkaufszentren, Moscheen, karitative Einrichtungen (vgl. Helweg 1983: 440) und Mädchenschulen (Choudhry 1982: 63) errichtet und Ersparnisse generiert werden, um beispielsweise Hochzeiten (vgl. Suleri/Savage 2006: 17) oder die Pilgerfahrten nach Saudi-Arabien (*‘Umra* und *Hağğ*) zu finanzieren (vgl. Steimann 2005). Teilweise profitieren auch andere Familien und Nachbardörfer von den indirekten Auswirkungen der Rücküberweisungen, indem isolierte Gebiete in die nationale Wirtschaft integriert wurden (z. B. durch verbesserte Transportmöglichkeiten) (vgl. Burki 1984: 683; Nichols 2011: 148). Diese in der Sekundärliteratur vorherrschende Einschätzung wird auch von einflussreichen pakistanischen Migrationswissenschaftlern wie GAR_ISL vom Pakistan Institute of Development Economics (PIDE) in Lahore geteilt:

„As far as the positive side is concerned, migrants’ families are not starving and live in better houses. Some of them have moved away from their villages to Lahore and Karachi. They are capable of purchasing land and a house although the land prices have increased tremendously. They are also feeding their children well and some of them are studying abroad, in England, Australia and Malaysia, Singapore. That is a positive impact“ (GAR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:11:57–9#).

Somit hat die jahrzehntelange Migration eine neue pakistanische Mittelschicht entstehen lassen, die von sozioökonomischer Mobilität geprägt ist (vgl. Arif 2016: 265; Mckenzie/Rapoport 2007) und von historisch gewachsenen Netzwerken der Kettenmigration oder des „circulatory regimes“ (Markovits 2003: 3) profitiert, was auch JAK_ISL vom Migration Management Department des Registration Center der ILO bestätigt: „If a person from one family get the chance to go to Saudi Arabia, he used to bring other people to the same company abroad“ (JAK_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, #00:04:32–5#). Individuen und Haushalte, die vorher nur marginal in die Volkswirtschaft integriert waren, erfahren durch Migration gesellschaftlichen und sozioökonomischen Aufstieg (vgl. Shah 2016). So liegen die Einkünfte von Familien, die auf Rücküberweisungen zurückgreifen konnten, 17,3% höher als bei Familien ohne Unterstützung durch im Ausland arbeitende Angehörige (vgl. Ahmed et al. 2010: 27).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Aufgrund dieser signifikanten Bedeutung der Rücküberweisungen betonen die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, dass Migration ausschließlich auf das Phänomen der Gewinnmaximierung reduziert werde, soziale Missstände aber unberücksichtigt bleiben. So sagt z. B. REH_LAH von HRCP:

„(...) We are only interested in sending people. We don't even care about them. They only send unskilled labour and they never thought of sending skilled labour over there“ (REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:29:48–3#).

Viele der untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aus den Medien sehen diese Sichtweise ähnlich kritisch (vgl. BAD_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad; RAI_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; NOB_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore), da dadurch der kollektive Druck auf die Migranten seitens ihrer Familien sowie die hoffnungsvolle Euphorie auf den zu erwartenden sozialen Aufstieg nach ihrer Rückkehr unterschätzt wird (vgl. auch Gardner 2012: 47f.). Die Migranten müssen eine enorme soziale Verantwortung übernehmen, betont Migrationswissenschaftler GAR_ISL vom PIDE, werden sie doch von ihren daheimgebliebenen Familien zur einzigen Hoffnung stilisiert, die soziale und wirtschaftliche Misere zu überwinden. Immerhin haben die Rücküberweisungen auch eine Kultur der Selbstzufriedenheit bei den daheimgebliebenen Familien etabliert, die negative Auswirkungen auf die pakistanische Volkswirtschaft habe:

„It (Migration, d. Verf.) has created inflation in Pakistan because the family members are not working but they got money to spend and the prices of commodities are too high now. That creates a negative impact on our economy and they are not investing in anything except sending money to their families“ (GAR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:08:00–5#).

Diese individuelle, familiäre und staatliche Abhängigkeit von den Rücküberweisungen manifestiert den Rahmen für die limitierten Möglichkeiten, die Benachteiligungen durch Migration öffentlich sichtbar zu machen und medial auszuhandeln. Den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ist weitgehend bewusst, dass trotz aller Entbehrungen die Entscheidung, nach Saudi-Arabien auszuwandern, durch wirtschaftliche Zwänge motiviert ist und daher bestehende Risiken und Befürchtungen für die Migranten und ihre Familien irrelevant und auch vom Staat als Profiteur der Rücküberweisungen kaum berücksichtigt werden (vgl. RAI_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; RAF_LAH, Interview, 06.02.2016, Lahore). Sie bewerten somit die aus der Migration neu entstehenden Perspektiven zum sozialen Aufstieg einerseits als Chance, die wirtschaftliche Situation der Betroffenen sowie des pakistanischen Staatshaushalts zu verbessern. Ande-

rerseits sehen sie die Haltung vieler Migranten, sich trotz der bestehenden Gefahren ohne ausreichende Vorbereitung in die Migration zu begeben, als gravierenden Missstand, der durch die auf Rücküberweisungen fixierte Haltung der Gatekeeper*innen noch gefördert wird. Damit wird die strukturelle Gewalt innerhalb des Migrationssystems teilweise legitimiert oder zumindest unwidersprochen akzeptiert. Die Position meiner Gesprächspartner*innen zeugt daher von einer ambivalenten Haltung gegenüber der Maximierung der Rücküberweisungen, weisen sie doch in ihrem Engagement auf die Benachteiligungen von Migration aufgrund der bestehenden Gewinnoptimierung hin und wollen in diesem Bereich zu einer medialen Diskussion und einem Umdenken der beteiligten Akteur*innen sorgen. Auswanderung wird so zu einem prekären Dauerzustand, in den viele Migranten und ihre Angehörigen übertriebene Hoffnungen projizieren. Diese Haltung reduziert die Handlungsspielräume der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, sich gegenüber den traditionellen Gatekeeper*innen zu behaupten und eine differenzierte Diskussion im pakistanischen Teilbereich der medialen Öffentlichkeit zu Migration zu etablieren. Gleichzeitig wissen sie um die temporäre Volatilität der Migrationsflüsse, die von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Empfängerland abhängen und sich somit kurzfristig zum Nachteil der Migranten verändern können, was auch das Volumen der Rücküberweisungen beeinträchtigt.

Insbesondere die Nationalisierungskampagnen des saudischen Arbeitsmarktes wie das *Niṭāqāt*-Programm (siehe [Kapitel 1](#)) werden von den meisten Gesprächspartner*innen als Gefährdung für die Perspektiven der pakistanischen Arbeitsmigration ins Königreich bewertet, da vor diesem Hintergrund die Ausweisung von pakistanischen Migranten droht, wie der Politikwissenschaftler IMG_ISL feststellt:

„Es gibt also das Risiko, dass Saudi-Arabien Pakistanis ausweisen hätte können, damit die Pakistaner nicht mehr nach Saudi-Arabien kommen können. Das würde ein doppeltes Risiko bedeuten: Verlust der Rücküberweisungen und Verlust der Jobs und gleichzeitig eine zusätzliche Belastung für den pakistanischen Arbeitsmarkt.“ (IMG_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:04:54–6#).

Damit bezieht er sich vor allem auf die sogenannten undokumentierten Migranten⁷⁶: So erhielten Arbeitskräfte, die sich angeblich illegal im Land aufgehalten hatten, zwischen Mai und November 2013 die Möglichkeit, sich offizi-

⁷⁶ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die Definition von „illegaler“ oder „irregulärer Migration“ im saudischen Kontext oftmals vonseiten der saudischen Behörden politisch instrumentalisiert wird, um Ausweisungen zu legitimieren. Außer-

6. Migranten als „neue Sklaven“?

ell registrieren zu lassen und so ihrer Deportation zu entgehen. Um diese Regulierung zu kontrollieren, führten saudische Sicherheitskräfte und die Polizei bis November 2013 insgesamt 20.703 Razzien in Unternehmen durch und gingen dabei häufig brutal gegen Migranten vor (vgl. Rajan/Joseph 2017: 283). Auf diese Razzien beziehen sich auch die in der Einleitung erwähnten Künstler von Khalli Walli. Dieses rigide Vorgehen zeigte Wirkung: Am Ende dieser Periode sollen sich 5,3 Millionen Migranten registriert haben (vgl. Shah 2014), während etwa eine Million in ihre Heimatländer deportiert wurde, darunter mehr als 33.000 Pakistaner (vgl. Shah 2016). Insgesamt wurden zwischen 2012 und 2015 aus allen Empfängerländern 242.817 pakistanische Migranten abgeschoben, davon mehr als die Hälfte aus Saudi-Arabien (vgl. BEOE 2015a: 21). Im ersten Halbjahr 2017 ging die Zahl der nach Saudi-Arabien reisenden Migranten um 75% zurück (vgl. BEOE 2017), was als weitere Auswirkung der Nationalisierungs- und Regulierungspolitik gesehen werden kann. Als Konsequenz kamen einige von Migranten dominierte Wirtschaftssektoren wie im Bau- oder dem Dienstleistungsbereich kurzzeitig fast vollständig zum Erliegen, weil kein adäquater Ersatz für die ausgewiesenen Migranten gefunden werden konnte.⁷⁷ Auf diese Statistiken bezieht sich auch BUK_LAH vom MRC Lahore und setzt die Ausweisung von pakistanischen Migranten mit den sich fundamental ändernden Rahmenbedingungen in Saudi-Arabien in Beziehung – was er in seiner eigenen Familie erlebt:

„My brother-in-law was in Saudi Arabia and my wife spent 15 years there. The whole family was there about 20 years. But now the situation has changed. Inflation has risen in Saudi Arabia, terms of conditions are going to be tightened. In addition, Saudi Arabia wants to replace the foreign workers with nationals. This has created a situation that Pakistanis are thinking to come back or move to other destinations“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:07:59–1#).

dem wird in der Literatur häufig von „illegalen Migranten“ gesprochen. Dieser Terminus ist nach Definitionen internationaler Organisationen diskriminierend, sodass in dieser Arbeit die Begriffe „irreguläre Migration“ oder „undokumentierte Migranten“ verwendet werden.

⁷⁷ Ähnliche Regulierungskampagnen begannen in den 1970er Jahren und wurden vom saudischen Königshaus instrumentalisiert, um politischen Druck auf Entsendestaaten auszuüben. So wurden während der Invasion Kuwaits durch Irak unter Şaddām Ḥusain im zweiten Golfkrieg 1991 eine Million jemenitische Migrant*innen deportiert, da die jemenitische Regierung sich nicht explizit gegen Ḥusain positioniert hatte. Ähnliches widerfuhr auch 200.000 Jordanier*innen und 150.000 Palästinenser*innen (vgl. Birks et al. 1988: 270; Kapiszewski 2006: 6; Thiollet 2016: 12).

Ein dauerhafter Exodus hätte dramatische Folgen für die pakistanische Gesellschaft und Wirtschaft, da zum einen die Mehreinnahmen aus den Rücküberweisungen reduziert und zum anderen der Bedarf an Arbeitsplätzen im Inland weiter anwachsen würden. Beide Phänomene könnten aufgrund der mangelhaften wirtschaftlichen Kapazitäten nicht bewältigt werden. Ohne eine langfristig angelegte Migrationsstrategie könnten die „Saudisierungskampagnen“ katastrophale Auswirkungen mit sich bringen, auf die das politische System in Pakistan nicht vorbereitet sei, pflichtet ihm sein Kollege von CIMRAD bei (vgl. ZAF_LAH, Interview, 22.01.2016, Lahore).

6.2 Das *Kafāla*-System in Saudi-Arabien: Kritik an der systemischen Ausbeutung im Migrationsprozess

Südasiatische Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien ist geprägt von struktureller Gewalt, systemischer Ausbeutung und den stetigen Unsicherheiten im Entsendeland vor, während und nach dem Rekrutierungsprozess. So bestimmen bis zu 15 Stunden lange Arbeitstage, ungenügende Unterbringung in nicht-klimatisierten Containern und mangelhafte Schutzmaßnahmen auf den Baustellen, häufig nicht geleistete medizinische Versorgung sowie ausbleibende Lohnzahlungen vielfach die Lebenswirklichkeit pakistanischer Migranten im Servicebereich oder Baugewerbe. Insbesondere im häuslichen Bereich wird immer wieder über Vergewaltigungen, physische und psychische Misshandlungen durch Stockhiebe und Stromschläge, Säure- und Giftangriffen, Verbrennungen durch heißes Wasser, Schlaf- und Nahrungsentzug, Hausarrest oder dem Entzug der Bewegungsfreiheit berichtet (vgl. HRW 2008; HRW 2004). Diese prekären Arbeitsbedingungen werden von den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ihrem medialen Engagement über unterschiedliche Instrumente adressiert: Eines ihrer wesentlichen Ziele ist es, die sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Migrationsprozesses sichtbar werden zu lassen und damit das bestehende Narrativ zum wirtschaftlichen Nutzwert der Migranten in Frage zu stellen. Als Hauptursache dieser Missstände nannten viele der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen das *Kafāla*-System.

Mit dieser Argumentation bewegen sie sich in einer Forschungsdiskussion, die als Grundlage der systemischen Ausbeutung ebenfalls jenes Bürgerschaftssystem nennt (vgl. Beaugé 1986; Thiollet 2011b; Dito 2014). Während in Privatunternehmen gewisse juristische Auflagen im Bereich des Arbeitsschutzes einzuhalten sind, bewegen sich vor allem südasiatische Hausangestellte in einem rechtsfreien Raum und sind weitgehend abhängig von ihrem Bürger (*kafil*), da

6. Migranten als „neue Sklaven“?

der häusliche Bereich explizit vom saudischen Arbeitsrecht ausgenommen ist.⁷⁸ Im saudischen Arbeitsgesetz von 1969 ist festgelegt, jede ausländische Arbeitskraft unter der Bürgerschaft eines saudischen Arbeitgebers (*kafil*) anstellen zu müssen (vgl. Labor Affairs Agency 1969). Das *Kafāla*-System bietet den politischen und juristischen Hintergrund für das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber*in (dem/der Bürg*in) und Arbeitnehmer*in (dem/der Arbeitsmigrant*in), welches ein asymmetrisches Machtgefüge bildet (vgl. Chadoir 2010; Diop et al. 2015): In ihm verfügt der *kafil* über eine enorme Verfügungsgewalt, da er den ausländischen Migranten u. a. dem Reisepass abnehmen, deren Bewegungsfreiheit kontrollieren und vertragliche Absprachen modifizieren kann. Insbesondere in der legalisierten Konfiszierung des Reisepasses liegt eine hohe symbolische Bedeutung, da diese Interaktion zwischen *kafil* und Arbeitnehmer*in von Beginn des Vertragsverhältnisses „the premises for the dyadic relationship of power and dependency“ konstituiert (vgl. Longva 1997: 97). Der *kafil* kann ein einseitiges und oftmals fristloses Kündigungsrecht aussprechen (vgl. Dito 2015: 82f.). In einem solchen Fall erlischt die an die spezifische Arbeitsstelle gebundene Aufenthaltsgenehmigung (*iqāma*) für den Migranten, der daraufhin unverzüglich das Land verlassen oder sich in den irregulären Aufenthalt begeben muss und damit Gefahr läuft, ausgewiesen zu werden (vgl. Winckler 2010; Baldwin-Edwards 2011). „Because the state deals only with the employer as the sole owner of the work permit, the migrant is therefore excluded from any possibility of having a say in these (...) factors“ (Dito 2015: 83). Aufgrund dieser Charakteristika wird das *Kafāla*-System von der UN-Generalversammlung auch als „source of abuse and exploitation of migrants“ bezeichnet (UN 2014: 7). Das *Kafāla*-System beruht in einer rentenbasierten Gesellschaft (siehe Kapitel 1) auf Exklusion, um den Kreis der Günstlinge staatlicher Zuwendungen zu limitieren und die Einnahmen aus den raren Ressourcen an exklusive Empfänger zu verteilen (vgl. Kamrava 2012: 9; Springborg 2013: 302).

Das *Kafāla*-System existiert in allen golfarabischen Monarchien sowie anderen arabischen Ländern wie z. B. Jordanien. Dabei basiert es in diesen Ländern auf ähnlichen rechtlichen und sozialen Grundlagen, wird aber im Detail anders ausgestaltet. Es wird also deutlich, dass es sich bei der Diskussion um das *Kafāla*-System keineswegs um eine ausschließlich nationale Angelegenheit der Golfmonarchien, sondern vielmehr um ein transregionales Phänomen handelt, welches in unterschiedlichen Ausformungen in allen arabischen Golfmonarchien das Zusammenleben zwischen Staatsangehörigen und Migranten, die

⁷⁸ So verweist Artikel 3 des saudischen Arbeitsgesetzes nach dem königlichen Dekret Nr. M/21 1389 vom 15. November 1969 explizit darauf, dass die bestehenden Regularien nicht für häusliche Angestellte gelten (vgl. Labor Affairs Agency 1969).

Lebenswirklichkeiten der Letztgenannten sowie das Verhältnis zwischen Empfänger- und Entsendestaaten prägt. Mittlerweile hat sich auch die Überzeugung in der Forschung durchgesetzt, dass das *Kafāla*-System zur kulturellen Sinnstiftung beiträgt und damit viel mehr als ein Mittel zur sozioökonomischen Ausbeutung darstellt. Dementsprechend reichen die Einschätzungen in der Literatur von negativen Zuschreibungen im Sinne einer modernen Form der Sklaverei bis hin zu durchaus differenzierenden Perspektiven, die im *Kafāla*-System auch eine Möglichkeit zu intensiviertem Austausch zwischen Migranten und Staatsangehörigen sehen, was integrativ wirken kann. Interessante Untersuchungen sind hierzu vor allem zu den kleineren arabischen Golfmonarchien erschienen. So betont Salazar Parreñas, dass es nicht ausreicht, nur die extremen Formen von struktureller Gewalt im Rahmen des *Kafāla*-Systems zu adressieren, sondern stattdessen eine differenzierende Darstellung der Lebenswirklichkeiten von Migranten angestrebt werden müsse, um der Heterogenität ihrer Situation gerecht werden zu können. Aus ihrer Sichtweise greife es zu kurz, Migranten ausschließlich als Opfer und Bedürftige darzustellen. Stattdessen seien sie Treiber einer transregionalen Mobilität, die sich gleichsam auf Entsende- sowie Empfängerstaaten auswirke, sodass eine Dichotomie in „Opfer“ und „Täter“ deutlich zu kurz greife (vgl. Salazar Parreñas 2005; 2008). Diese eher differenzierte Sichtweise spiegelt sich jedoch bei den Aussagen der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen nur rudimentär wider, was ich in der Schlussbetrachtung detaillierter ausführe.

Die Herkunft des *Kafāla*-Systems ist in der Forschung umstritten. Die meisten Expert*innen in der Wissenschaft führen es auf eine beduinische Tradition zurück, Fremden Schutz und Obdach zu gewähren (vgl. Beaugé 1986; Lucas/Richter 2012: 5; Asia Pacific Mission for Migrants 2014: 24; Longva 1997: 78), für deren Verhalten verantwortlich zu sein und für deren Sicherheit zu bürgen (vgl. Bajracharya/Sijapati 2011), aus diesen Besuchen aber auch Profit zu schlagen (Gardner 2010: 139). Andere Studien verfolgen allerdings den Ansatz, dass die Entwicklung des *Kafāla*-Systems auf die britische Kolonialherrschaft in den sogenannten *Trucial States*, den kleineren arabischen Golfmonarchien und hier zuerst in Bahrain im Jahr 1913, zurückzuführen ist, „not as an age-old practice in the Arabian Peninsula from time immemorial but as a very modern product of British colonial practices to control“ (AlShehabi 2019: 19f.). Die britische Verwaltung in Oman begann 1915, die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften zu kontrollieren. Es folgten Kuwait 1925 sowie Katar 1938 (vgl. AlShehabi 2019: 18). So verantwortete und kontrollierte die britische Verwaltung seit den 1920er Jahren und vor allem nach Beginn der kommerziellen Ölproduktion bis in die 1970er Jahre die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften aus arabischen Nachbarländern sowie aus Indien und Pakistan

6. Migranten als „neue Sklaven“?

entweder selbst oder delegierte das Rekrutierungsrecht an lokale Gruppen (vgl. AlShehabi 2019: 3).

Für viele Beobachter*innen gilt das *Kafāla*-System als eine Fortsetzung der Sklaverei (vgl. HRW 2004), die in Saudi-Arabien 1962 abgeschafft wurde: „Some of these problems echo the characteristics of slavery and feudal-like relationships (...)“ (Dito 2015: 89). Bis 1917 kontrollierte das Osmanische Reich vor allem die Küstenregion am Roten Meer um die Hafenstadt Dschidda und damit auch den Transport von Sklav*innen nach und aus dem Ḥiğāz.⁷⁹ Das Interesse des Osmanischen Reiches konzentrierte sich hauptsächlich auf die Pilgerströme in die beiden heiligen Stätten Mekka und Medina, die ebenfalls wie Dschidda im Ḥiğāz liegen.⁸⁰

Jährlich sollen bis zu 25.000 Sklav*innen über den Persischen Golf transportiert worden sein, die zumeist an der omanischen Küste anlandeten. Dabei diente Oman nur als Umschlagplatz für den regionalen Sklav*innenhandel, da mehr als die Hälfte der Sklav*innen weitertransportiert wurde (vgl. Sheriff 2005: 104). Die Handelsrouten führten von Ostafrika über das Rote Meer nach Zentralarabien und den Irak sowie über Oman nach Iran und über den Indischen Ozean. Zwar ging der Sklav*innenhandel in dieser Region bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich zurück, da die Briten ihren Einfluss vor allem seit 1882 in Ägypten ausweiteten und das Osmanische Reich nach dem Ersten Weltkrieg zerfiel und somit seine Kontrollbefugnisse im Ḥiğāz nicht mehr aufrechterhalten konnte. Doch zum Erliegen kam die Sklaverei nicht (vgl. Campbell 2005: 10). Da es durch die Dampfschiffahrt noch mehr Pilger*innen möglich war, die *Ḥağğ* nach Mekka und Medina zu unternehmen, wirkte sich dies auf die infrastrukturellen Anforderungen in den Pilgerstätten aus: Mehr Unterkünfte und Versorgungszentren für die muslimischen Pilger*innen aus aller Welt wurden benötigt, was den Bedarf an Arbeitskräften und sogleich auch die Zahl der Arbeitssklav*innen erhöhte (vgl. Fernyhough 1989). Sie arbeiteten als

⁷⁹ Zur Freilassung von Sklaven im Ḥiğāz zwischen 1926 und 1938 vgl. Hutson 2002; Miers 1989.

⁸⁰ Obwohl bereits im 19. Jahrhundert Großbritannien in Folge der Abolitionsbewegung auf die Aufhebung der Sklaverei im Roten Meer und im Persischen Golf gedrängt hatte, war das Osmanische Reich nicht bereit gewesen, dieser Forderung nachzukommen. Sklav*innen galten im Ḥiğāz als Zeichen des Wohlstands, als anerkanntes Zahlungsmittel in Form von Geschenken oder Steuern und Freizeitvergnügen in Form von Konkubinen (vgl. Miers 2005: 120f.). Als Mitte der 1850er Jahre im Osmanischen Reich Überlegungen reiften, die Beendigung der Sklaverei ebenfalls auf den Ḥiğāz auszuweiten, regte sich bei lokalen Händlern in Dschidda Widerstand. Lewis spricht bei diesen Unruhen gar von einer „Revolte“ (1990: 81). Siehe zur Stadtgeschichte Dschiddas auch Freitag 2020.

Hausbedienstete, wurden bei der Dattelernte, als Viehhirten, Wasserträger*innen, Kamelreiter*innen, Köch*innen oder Waschfrauen eingesetzt. Einige Frauen wurden als Konkubinen für tribale oder lokale Notablen versklavt. Eunuchensklaven bewachten al-Ka‘ba in Mekka oder dienten in Harems (vgl. Miers 2005: 121). Weiterhin wurden Arbeitssklav*innen von vielen Pilger*innen in Zentralarabien verkauft, um die Kosten für die Pilgerfahrt zu decken (vgl. Lewis 1990: 81). Die Möglichkeit, sich freizukaufen oder freigelassen zu werden, bestand nur für eine Minderheit, sodass vielen nur die Flucht blieb (vgl. Miers 2005: 123).

1934 sollen sich noch etwa 40.000 Sklav*innen im Westen Saudi-Arabiens befunden haben, wenngleich sich die Zahl aufgrund der wirtschaftlichen Depression zu Beginn der 1930er Jahre bereits reduziert hatte und die Preise für Arbeitssklav*innen kontinuierlich gesunken waren (vgl. Miers 2005: 124). Ibn Sa‘ūd versuchte nach der Eroberung des Naǧd und des Ḥiǧāz, mit den Briten einen Vertrag zu schließen, in dem diese garantieren sollten, auf konsularische Manumission zu verzichten, was die jedoch ablehnten. Erst 1936, vier Jahre nach der Gründung des Königreiches Saudi-Arabien, gingen die Briten auf seine Forderung ein, da durch die Entdeckung des Erdöls Ibn Sa‘ūd nun zu einem wichtigen Geschäftspartner geworden war und das Königreich an strategischer und ökonomischer Bedeutung gewonnen hatte (vgl. Klein 2005: 212). 1951 schätzte man die Zahl der Sklav*innen im gesamten Königreich auf 50.000. Sie kamen zumeist aus Äthiopien, Somalia, Sudan, Westafrika und Balutschistan. Erst unter Ibn Sa‘ūds Sohn, König Sa‘ūd (reg. 1953–1964), entwickelte sich eine Diskussion um die Abschaffung der Sklaverei.⁸¹ Diese wurde auch durch externe Faktoren beeinflusst: Wie bereits dargelegt wurde, geriet die saudische Führung in Konflikt mit dem ägyptischen Präsidenten Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir, der das Königshaus auch wegen der weiterhin bestehenden Sklaverei kritisierte. Diese Vorwürfe wirkten sich negativ auf die Reputation und die Vorbildfunktion der saudischen Führung als religiöse Gestaltungsmacht aus und trugen mit dazu bei, dass Sa‘ūd im Juni 1962 ein königliches Dekret erließ, welches den Sklavenhandel offiziell verbot. Im Zuge dessen wurden die Freilassung der restlichen 15.000 bis 30.000 Sklav*innen, von denen sich etwa 70% im Besitz der Āl Sa‘ūd befanden, und Kompensationszahlungen an die Besitzer angeordnet.

⁸¹ Eine Gruppe von Mitgliedern des Königshauses, die sich „freie Prinzen“ nannte, forderte von Faiṣal nicht nur wirtschaftliche, sondern auch weitreichende politische Reformen. Angeführt von Prinz Ṭalāl b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd (1931–2018), erließ diese Gruppe 1962 ein Programm, welches neben der Einführung einer konstitutionellen Monarchie auch die Abschaffung der Sklaverei forderte. Doch die Bewegung der „freien Prinzen“ scheiterte: 1962 veranlasste Faiṣal die Ausweisung Prinz Ṭalāls, seiner Brüder sowie seines Cousins nach Kairo (vgl. Vassiliev 2000: 371; Buchan 1982: 114).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Trotz oder gerade wegen dieser historischen Entwicklung sehen viele der von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen das *Kafāla*-System als Basis für die systemische Diskriminierung der Migranten, wie es z. B. der National Programme Officer des SALM-Projekts im MRC Islamabad verdeutlicht (vgl. HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:14:32–7#). Er bezieht sich in seiner Einschätzung u. a. auf weit verbreiteten Missbrauch während des Rekrutierungsprozesses, der in der Literatur umfassend dokumentiert ist: Viele Bürgen erwerben das Recht, Arbeitsmigranten rekrutieren zu dürfen, obwohl sie nur eine geringere Anzahl für den Eigenbedarf benötigen. Diese zusätzlichen Arbeitskräfte transferieren sie an andere saudische Arbeitgeber*innen gegen eine Vermittlungsgebühr weiter (vgl. Harroff-Tavel/ Nasri 2013: 16). Aufgrund dieser Praxis des Visahandels (*tasattur*) hat sich in Saudi-Arabien ein lukrativer Markt entwickelt, in dem „fake kafils“ sogenannte „free visas“ (*Āzād wīzā*) ausstellen und über die Provisionen attraktive Gewinne generieren können.⁸² Im Zuge einer durch den Staat initiierten Liberalisierung gelang es mithilfe dieser Praxis einer kleinen Gruppe saudischer Investoren, ihren engen Kontakt zu einflussreichen Eliten der Königsfamilie zu ihrem Vorteil zu nutzen und sich weitere Annehmlichkeiten zu sichern (AlShehabi 2015: 35). Der sich daraus entwickelnde „crony capitalism“ (Baumol et al. 2007) förderte auch die Entstehung von „minor rentiers“ (Dito 2015: 94), da Staatsangehörige nicht mehr nur als Empfänger*innen die staatliche Alimentierung genossen, sondern als Investor*innen und Eigentümer*innen neue Privilegien und Einnahmemöglichkeiten erschließen konnten und sich eine „nouveau riche“ herausbildete (ebd.). Vor diesem Hintergrund entstand ein semi-legales Geschäftsmodell, welches saudische Staatsangehörige allein aufgrund ihrer Nationalität in die Lage versetzt, bei der Arbeitgebervermittlung attraktive Provisionen zu generieren. Darüber hinaus kaufen solche „Scheinbürgen“ den Migranten oftmals gegen eine Gebühr das Recht ab, sich einen neuen Bürgen zu suchen, was letztere unweigerlich in die illegale Beschäftigung bringt, wie der Vertreter des MRC in Lahore ausführt:

“If I’m a Saudi kafil and I’ve nothing to do but I do have the authority from the government that I can hire individuals from anywhere in the world. That is right for each and every Saudi citizen. I don’t have to look after those people and I don’t have to provide them with work. What I can do is to hire 50, 100, 200 people and say to those people: Ok, I hire you and you can work whatever you like to do in the kingdom. But you have to give me 1,000 Riyal

⁸² Nach offiziellen Angaben sollen 2004 70% aller Visa auf dem Schwarzmarkt veräußert worden sein (vgl. Rajan/Joseph 2017: 281).

per month. I'll keep your passport and if you don't pay me I just sack you” (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:25:07–6#).

Dieses Vorgehen führt dazu, dass unregistrierte Migranten keine offizielle Aufenthaltsgenehmigung erhalten, weswegen sie jederzeit damit rechnen müssen, inhaftiert oder deportiert zu werden (vgl. Hertog 2014) – wie die Ausweisungskampagne 2013 zeigte. Weiterhin wird ihr im Vorfeld ausgehandelter Vertrag, in dem ihnen ein bestimmtes Gehalt sowie Aufgabengebiet zugesagt wurde, von den neuen Bürgen oftmals nicht akzeptiert, sodass sie deutlich weniger Geld verdienen bzw. in anderen als zuvor abgesprochenen Berufszweigen – häufig unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation – arbeiten müssen, so der Repräsentant der BLLF.

„Three or four of our workers were sent to Saudi Arabia as auto mechanics but after their arrival their employers shifted them to different types of jobs which is illegal. There is a rule that if you employ a worker for let's say Medina Auto Workshop, you have to put him into that particular job. That is the rule. But people engage and employ on the name of one kafil and then out them in other jobs and other places“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:35:55–4#).

Dessen Aussage wird von wissenschaftlichen Erhebungen gestützt: Manchmal müssen Migranten nach ihrer Ankunft neue, in der Entlohnung 8–10% schlechter dotierte Arbeitsverträge unterzeichnen (vgl. Arif 2009: xii). Dieser einflussreichen Lobby an „Scheinbürgen“ gelingt es immer wieder, notwendige Reformmaßnahmen der Regierung zu verhindern oder zu verzögern, denn: „This person, who is doing nothing and is just getting 100,000 Riyal per month wants to continue this sort of income. He can improve his livelihood, his personal income, his welfare“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:25:39–2#). Adäquate Beschwerdekanaäle existieren nicht, da gewerkschaftliche Organisationen in Saudi-Arabien verboten sind und auch die Konsulate oder Botschaften der jeweiligen Heimatländer häufig keinen Handlungsspielraum sehen oder die bestehenden Probleme ignorieren (vgl. HRW 2004: 4).

Interviewte Vertreter*innen pakistanischer Regierungsinstitutionen sehen in solch kritischen Bewertungen jedoch eine unverhältnismäßige Dämonisierung Saudi-Arabiens. Sie betonen stattdessen, dass die saudischen Behörden in der Vergangenheit durchaus Reformen im *Kafāla*-System angeregt hätten (vgl. JAK_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad). In der Tat hat aufgrund der massiven internationalen Kritik nicht nur in Saudi-Arabien, sondern in allen arabischen Golfmonarchien eine kontroverse Diskussion über das *Kafāla*-System eingesetzt. So soll es in unterschiedlicher Form reformiert, modifiziert und

6. Migranten als „neue Sklaven“?

modernisiert werden, ohne es uneingeschränkt abzuschaffen.⁸³ „(...) We cannot overlook the vast reputation costs of the kafala for the Gulf countries. As criticism grows, these regimes become the target of unwanted negative publicity for their treatment of workers“ (Diop et al. 2018: 38). Ein Auslöser dafür waren die Berichte von Unfällen auf Baustellen in der Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar (vgl. Amnesty International, o. J.; HRW 2012).

In Saudi-Arabien wurden 2012 Vorschläge vorgelegt, die individuelle Bürgerschaft in die Verantwortung des Arbeitsministeriums zu überführen sowie einen Versicherungsschutz für Migranten anzubieten. Es sollte verboten werden, den Pass einzubehalten (vgl. Maleb 2015). Weiterhin führten im August 2013 das Ministry of Labour gemeinsam mit der Saudi Arabian Monetary Authority (SAMA) eine Mindestlohnpolitik ein, die sich zuerst an mitarbeiterstarke Unternehmen im Privatsektor richtete und bis Februar 2017 auf kleine und mittelständische Unternehmen ausgeweitet wurde (vgl. Ministry of Labour and Social Development 2016). Diese Politik billigt Arbeitskräften z. B. das Recht zu, ihren Bürgen zu wechseln, sollten sie drei Monate keinen Lohn erhalten haben (*naqal kafāla*) (vgl. Jureidini 2018: 15). Scheinbürgen, die illegal Arbeitsmigranten ins Land schleusen, werden seit April 2013 mit einer Strafe von 133 bis 267 US-Dollar sanktioniert (vgl. Casséus 2014). Es wurden bilaterale Abkommen zwischen Saudi-Arabien und Indien, den Philippinen, Sri Lanka und Indonesien geschlossen, um Hausangestellte besser zu schützen (vgl. Rajan/Joseph 2014). Im selben Jahr wurde das *Musānid*-Programm eingeführt, das den Schutz von Angestellten in Privathaushalten vorantreiben will, Anlaufstellen für Beratung und Beschwerden bietet, die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten und die Zahlung von Löhnen kontrollieren soll. 2015 wurden weitere dieser Überlegungen in bestehendes Recht überführt, wodurch die Konfiszierung von Reisepässen und einbehaltende Löhne ebenso mit Strafzahlungen belegt wurde, wie die Weigerung, Kopien der Arbeitsverträge an die Mitarbeiter*innen auszuhändigen (vgl. Hannan, 26.10.2015). Ähnliche Reformen fanden auch in den kleineren arabischen Golfmonarchien statt, eine generelle Abschaffung des *Kafāla*-Systems erfolgte bislang jedoch in keinem dieser Länder, obwohl dies in allen Golfstaaten – vor allem in Katar – intensiv diskutiert wird (vgl. u. a. Diop et al. 2018; Zahra 2015; Rahman 2011b; Diop et al. 2015).

Für die meisten untersuchten Akteur*innen gilt das *Kafāla*-System trotz dieser Reformen weiterhin als Symbol der Unterdrückung pakistanischer Migranten, als Sinnbild für die asymmetrischen Machtverhältnisse innerhalb des Migrationsprozesses sowie als Legitimator struktureller Gewalt und Ausbeutung, bei der Arbeitsmigranten oftmals als auszunutzende Arbeitskräfte

⁸³ Vgl. zu Katar Amnesty International 2016. Vgl. zu den VAE Al-Ghanim 2015.

angesehen werden, die behandelt würden „wie Tiere“, wie der Gewerkschaftsfunktionäre der *Muttahida Labour Federation* HAM_LAH betont. Aus dieser Sichtweise ziehen viele Öffentlichkeitsakteur*innen eine wesentliche Motivation, die strukturellen Benachteiligungen pakistanischer Migranten in der medialen Arena pakistanischer Öffentlichkeit zu verhandeln und für ihre Sichtbarkeit zu sorgen, um damit die mangelhaften Schutzmechanismen der pakistanischen Migrationspolitik zu kritisieren.

6.3 Irreguläre Migration: Asymmetrische Machtverhältnisse und daraus resultierende Unsicherheit der Migranten vor dem Hintergrund des *Kafāla*-Systems

Irreguläre Migration wird im Rahmen des *Kafāla*-Systems durch unterschiedliche Faktoren ausgelöst, sodass es sich dabei um ein komplexes, fluides und dynamisches Phänomen und nicht immer um einen erzwungenen Zustand handelt (vgl. Dito 2015: 95). Viele Migranten emigrieren freiwillig auf illegalem Wege, da sie sich die hohen Migrationskosten nicht leisten können (vgl. Arif 2009: 30).

„As far as the migrant workers perspective is concerned, they think: I have the skills and I have a lot of friends inside Saudi Arabia who can help me to find a suitable job. They just have to manage to enter Saudi, then they will find a job in a relatives or a friends store or restaurant. They can work as freelancers. They do not need to work for a Saudi company, they can work for their cousins for instance“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:27:32–3#).

Sollten Migranten aus einem der Aufnahmeländer bereits früher deportiert worden sein, ist es ihnen untersagt, in dieses Land erneut legal einzureisen. Schmuggel und Menschenhandel führen ebenso in die undokumentierte Beschäftigung, wie sich ohne reguläre *iqāma* weiter im Land aus beruflichen Gründen aufzuhalten.⁸⁴ Diese Unsicherheiten tangieren auch die mentale Konstitution vieler Migranten: Aufgrund der hohen Migrationskosten, die in der Regel von Verwandten oder Bekannten getragen wurden, stehen die Migranten unter sozialem und finanziellem Druck, ihren Aufenthalt in Saudi-Arabien erfolgreich für sich und ihre Familie gestalten zu müssen. Viele schämen sich

⁸⁴ Da die reguläre Vertragslaufzeit im Durchschnitt zwei Jahre beträgt, können viele Migranten in dieser Zeit die Ziele ihrer Auswanderung nicht erreichen. Dies zwingt sie dazu, nach Ablauf ihres regulären Vertrages in Saudi-Arabien zu bleiben, ohne sich für eine neue Arbeitsstelle offiziell zu bewerben (vgl. Arif/Ishaq 2017: 309).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

für ihre Situation und wollen ihre Angehörigen weder in Sorge versetzen, noch sie enttäuschen und vermitteln darum oftmals ein geschöntes und zu positives Bild ihrer Lebensumstände. So lassen sich die Migranten an freien Tagen vor Einkaufszentren und Touristenattraktionen fotografieren, um das Bild eines glücklichen und erfüllten Lebens zu präsentieren. Ebenso posten sie auf ihren *Facebook*-Seiten Bilder, die die Imagination einer zufriedenstellenden Existenz suggerieren, wie der Fernsehjournalist NAY_LAH bei einem Aufenthalt in Saudi-Arabien selbst beobachtete (vgl. Interview, 21.01.2016, Lahore). Diese Beeinträchtigungen werden aus Sichtweise der meisten Öffentlichkeitsakteur*innen in der politischen und öffentlichen Diskussion bislang kaum thematisiert (vgl. KAR_LAH, Interview, 01.02.2016, Lahore; AFR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad). Im Falle ausstehender Löhne leihen sich die Migranten Geld, um die versprochenen Rücküberweisungen leisten zu können und geraten somit in eine finanzielle Abhängigkeit, wodurch viele von ihnen hoch verschuldet in ihre Heimat zurückkehren (vgl. Gardner 2012: 54f.). Hinzu kommt eine Zunahme an innerfamiliärer Kriminalität, in der Verwandte oder Bekannte das Vertrauen des Migranten ausnutzen, um eigenen Profit zu generieren, ohne die versprochene Hilfe beim notwendigen Rekrutierungsprozess zu geben, so BUK_LAH vom MRC Lahore. Immer wieder berichten Migranten, die sich an ihn wenden, um Beratung und Unterstützung zu erhalten, von solchen oder ähnlichen Erfahrungen:

„They cannot imagine that a close relative or a good friend who recommends them to go abroad could do harm to them. Thus, it's also about the trust between friends, within families (...) Everything is related to trust“
(BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:44:12–1#).

Ein solcher Vertrauensbruch fragmentiert auch den innerfamiliären Zusammenhalt. Dies bringt Migranten in eine dauerhaft prekäre Situation, die unter Umständen Jahre oder Jahrzehnte andauern kann. Offizielle Zahlen liegen nicht vor, allerdings wurde der Anteil von Migranten mit irregulärem Status in den arabischen Golfmonarchien im Jahr 2001 auf 10% an der Gesamtbevölkerung und 15% an der erwerbstätigen Bevölkerung geschätzt. Mittlerweile könnte sich ihre Zahl noch erhöht haben, wie Studien aus dem Jahr 2017 andeuten (vgl. Rajan/Joseph 2017: 287).⁸⁵ Weitere Auslöser für irreguläre Migration sind die Pilgerfahrten, die von vielen Migranten zum Anlass genommen werden, um im Anschluss im Königreich zu verbleiben, ihr Pilgervisum zu überziehen und sich

⁸⁵ Manche kalkulieren ihren Anteil auch mit fünf Millionen (vgl. Casséus 2014). Der Anteil an der Gesamtmigration könnte zwischen 20 und 40% liegen (vgl. Rajan/Joseph 2017: 277).

auf dem Schwarzmarkt zu verdingen. Dies geschehe oftmals gar nicht in dem Bewusstsein, bestehendes saudisches Recht zu verletzen, wie BUK_LAH häufig von Migranten oder ihren Angehörigen berichtet werde:

„People do not know that it’s wrong in Islam to perform umrah or hajj illegally. Migrants often do the pilgrimage although they do not have a regular job inside Saudi. But this is illegal, this is forbidden and this is not acceptable in Islam“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:05:10–0#).

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen sehen es als Teil ihrer Aufgabe, auf die beschriebenen Versäumnisse im Rahmen ihrer medienstrategischen Vorgehensweise aufmerksam zu machen, politische Missstände zu kritisieren und Indikatoren und Implikationen innerhalb der pakistanischen Arena zu Migration zur öffentlichen Aushandlung zu stellen. Ohne eine solche öffentliche Diskussion könne keine ausreichende Sensibilisierung für das Schicksal der benachteiligten Migranten und ihrer Angehörigen erfolgen, was den Grad der sozialen Benachteiligung im Entsende- sowie im Empfängerland noch weiter erhöhe. Insbesondere wollen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen für die Risiken möglicher illegaler bzw. irregulärer Migration sensibilisieren, um weitere Benachteiligungen der Migranten und ihrer Angehörigen zu verhindern.

6.4 Lebenswirklichkeiten der Migranten in Saudi-Arabien: Soziale Benachteiligung und Heimatsimagination

„These unprivileged, very poor people are looking at their visa as the one big chance of getting out of this circle. It’s happening for the last four, five decades and now it is a migration circle: Thus, a trend started. If I grew up in a family, there is not much work and I have not much to do, I see it as a prestige to migrate to the Gulf – for economic and religious reasons. Living in the country with the two holy places is a significant pull factor“ (SOH_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:08:31–4#).

Trotz der historischen Konstanz von Migrationsnetzwerken existiert keineswegs ein allgemein bekanntes Wissen zu den zu erwartenden Perspektiven im Empfängerland. Aus diesem Grund hat sich ein illusionäres Bild der Zustände in Saudi-Arabien verbreitet, welches als prägendes Narrativ die Sichtweise von zukünftigen Migranten auf die Lebenswirklichkeit im Empfängerland dominiert und verfälscht, was insbesondere von den Vertreter*innen der MRC bemängelt wird.

„The people think that Saudi Arabia is a brother Muslim country, a friend, but I think the way that Saudis treat Pakistanis in particular, is very bad. You

6. Migranten als „neue Sklaven“?

have to experience these things to find out the reality. When they find out they realize that it's too bad“ (HAY_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:22:32–1#).

Auch in der Migrationsforschung wird dieses Phänomen diskutiert: Viele Migranten werden von weiten Teilen der saudischen Gesellschaft als nicht zu integrierende Außenseiter, als Bedrohung oder Symbol der kulturellen Überfremdung wahrgenommen (vgl. Fargues/Shah 2018: 1). Dies habe zu einer Kultur der „hyper alienation“ geführt, in der Migranten systematisch von den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen werden (vgl. AlShehabi 2015: 28) und „unsichtbar“ bleiben sollen (vgl. Vora 2013: 63). Diese stereotypen Fremdzuschreibungen erfolgen teilweise auch über die lokalen Medien, in denen Migranten aus unterschiedlichen Gründen stigmatisiert werden. Wie Falk am Beispiel der VAE analysiert, finden solche ethnisch motivierten Klassifizierungen insbesondere in den arabischsprachigen Medien statt:

„Vielmehr geht es um vorherrschende Zuschreibungen von Fremd- und Selbstbildern, die – bei aller Beharrlichkeit bestimmter Vorstellungen und Stereotype – einem ständigen Prozess der Veränderung und (Re-) Produktion unterworfen und in ihrem jeweiligen historischen Kontext zu verstehen sind“ (Falk 2016: 4).⁸⁶

Falk klassifiziert immer wiederkehrende mediale Erklärungsmuster, in denen Migranten für den Mangel an Arbeitsplätzen für emiratische Arbeitnehmer*innen verantwortlich seien (Arbeitsplätzeargument), häufiger kriminell auffällig (Kriminalitätsargument) und der emiratischen Wirtschaft aufgrund des abwandernden Kapitals in Form von Rücküberweisungen schaden würden (Argument der ökonomischen Belastung). Sie gelten als kulturelle Bedrohung aufgrund ihrer zahlenmäßigen Dominanz und seien daher in der Lage, die emiratische Bevölkerungsminderheit zu diskriminieren (Diskriminierungsargument) und die emiratische Identität auszulöschen (Identitätsargument):

„Emiratis erscheinen in dieser Darstellung als gesellschaftlich marginalisiert, als Opfer von Diskriminierung und Benachteiligung. Sie sind in ihrem Diskurs die eigentlichen Migranten, die Fremden im eigenen Land“ (Falk 2016: 172).

⁸⁶ Dabei kommt dem „Ungleichgewicht in der Bevölkerungsstruktur“ (*al-ḥalal fi-t-tarkība as-sukkāniya*) und der Diskussion um nationale Identität (*huwīya al-waṭaniya*) eine dominante Bedeutung im arabischsprachigen Mediendiskurs zu (ebd.).

Auch wenn ähnliche Untersuchungen für Saudi-Arabien nicht vorliegen, können gewisse Parallelen in der medialen Wahrnehmung von Migranten als sehr wahrscheinlich angenommen werden. Die auf „social divide“ (Gardner 2010: 96) und einer „dual society“ (Fargues 2011: 277) beruhende Arbeitsmarktpolitik wird auch im Königreich zum integralen Bestandteil einer Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung (vgl. Asfour 2006; Hudson 2006), um die nationale Identität in Abgrenzung zu den Einflüssen der Arbeitsmigranten zu „erfinden“ (Palik 2018: 105) und die lokalen, sprachlichen und sozialen Traditionen und das kulturelle Erbe (*turāṭ*) zu „bewahren“ (vgl. Hobsbawm/Ranger 1992). Die Trennung zwischen Staatsangehörigen (*muwaṭin*) und Migranten ist somit ein Versuch der Aufnahmegesellschaft, sich selbst in einer globalisierten Welt zu positionieren und abzugrenzen (vgl. Dresch 2006: 201). So wird Migranten in der Regel das Recht auf Einbürgerung verweigert (vgl. Longva 2005; Thiollet 2010; Longva 1997; Crystal 1995), da nur Kinder von männlichen Staatsangehörigen ebenfalls die Staatsbürgerschaft erlangen können (Prinzip der patrilinearen Sozialhierarchie): Es handelt sich um „restricted citizenship with unrestricted migration“ (AlShehabi 2015: 3). Migranten werden im Zuge dieses „negative othering“ (Palik 2018: 106) als Bedrohung und als Risiko für die nationale Einheit stigmatisiert, um den zumeist heterogenen und fragmentierten Gesellschaften, die sich durch unterschiedliche tribale, kulturelle, ethnische oder religiöse Strömungen (vgl. Ulrichsen 2017: 17) kennzeichnen, ein Gefühl der Einheit zu vermitteln. Arbeitsmigranten erhalten als „die Anderen“ innerhalb dieses Nationalismus keinen Platz. Damit versuchen die jeweiligen Herrscher, ihre zentrale Machtfunktion zu konsolidieren, was die ursprüngliche sozioökonomische „Nationalisierung“ des Arbeitsmarktes emotional-patriotisch auflädt und für politische Zwecke instrumentalisiert (Kinninmont 2017a). Das streng hierarchische Gesellschaftssystem in allen arabischen Golfmonarchien weist somit auch den meisten pakistanischen Arbeitsmigranten eine niedrige soziale Stellung zu, die von Ausgrenzung, Stereotypisierung und Xenophobie charakterisiert wird.⁸⁷

Diese „persistence of temporariness‘ of migrant populations, which means they are neither temporary in reality nor permanent in status“ (Dito 2015: 98) wirkt sich auf die Migranten und ihre Familien als enorme psychische Belastung aus. Zwar sind sie zu Beginn ihrer Migration ins Empfängerland davon überzeugt, dass es sich um einen zeitlich begrenzten Aufenthalt handelt, der nach drei oder fünf Jahren beendet sein wird, doch nicht selten weilen sie weit aus länger im Zielland. Längst ist somit die einstige Vorgabe des saudischen

⁸⁷ Vgl. zu äthiopischen und somalischen Arbeitsmigranten im Jemen de Regt (2008; 2009a; 2009b).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Staates, „Gastarbeit“ zeitlich zu begrenzen, zu einer permanenten Präsenz und einer „historischen Konstante“ geworden: Zwar werden die südasiatischen Arbeitsmigranten im saudischen Kontext noch immer als „Gastarbeiter“ (*al-‘amāla al-wāfida*, wörtlich „reisende Arbeitskraft“), als „ausländische Arbeitskraft“ (*al-‘amāla al-ağnabīya*), als „Nicht-Staatsangehörige“ (*ğair muwāṭinūn*) oder als „Expatriates“ (*al-muğtaribūn*) bezeichnet (vgl. Dehne 2010: 144; GLMM). Diese Termini implizieren einen temporär begrenzten Aufenthalt der Migranten im Königreich, um nach Ablauf ihres Arbeitsvertrages nach wenigen Jahren in die jeweiligen Heimatländer zurückzukehren. Doch vielen wurden ihre *iqāma* und ihre Arbeitsverträge um weitere Jahre verlängert, sodass die Durchschnittsverweildauer für einen pakistanischen Migranten in Saudi-Arabien bei 7,6 Jahren liegen soll (vgl. Arif 2010: 46).

Daraus erwächst die widersprüchliche Lebenswirklichkeit, nur temporär geduldet zu sein und darum die engen Bindungen an die Heimat nicht aufgeben zu wollen, obwohl man mitunter einen Großteil seines Lebens im Empfängerland verbringt. Unabhängig von den sozialen und rechtlichen Diskriminierungen ist diese emotionale Zerrissenheit, dieses „Gefangensein zwischen den Welten“, eine große Herausforderung für pakistanische Migranten, was auch die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen feststellen (vgl. KAR_LAH, Interview, 01.02.2016, Lahore). In der Regel leben sie in einer kulturell fremden Heimat ohne ihre Familien, sehen diese sehr selten und kommunizieren mit ihnen zumeist nur über soziale Netzwerke. Dies verändert die persönlichen Bindungen an das familiäre Umfeld und dreht die einstigen Kristallisationspunkte der individuellen Ambitionen um: Diente vor der Migration noch Saudi-Arabien als Ort der zu erfüllenden Wünsche, als religiöser und wirtschaftlicher Anker, um der sozialen Misere in der Heimat zu entfliehen, erwächst während des Aufenthaltes in Saudi-Arabien ein „Mythos der Rückkehr“ (Anwar 1979; vgl. auch Gupta/Ferguson 1992: 11). Dabei durchlaufen die Migranten häufig einen Prozess der Verklärung, der die alte Heimat überhöht und zu einem Hort der Selbstverwirklichung, der Sicherheit, der alten Werte und der Geborgenheit werden lässt. Pakistan wird zum neuen, alten Sehnsuchtsort der Migranten. Ihr eigentliches Leben findet in der Zukunft statt, die sie im Kreis ihrer Familie und Freunde in Pakistan sehen, während ihre Gegenwart als Übergangsstatus betrachtet wird, der kaum Relevanz für die individuelle Vorstellung von Glück und Selbsterfüllung besitzt. Der Aufenthalt in Saudi-Arabien ist notwendiges Übel, um sich die Vision eines besseren Lebens in der Heimat zu erfüllen. Dabei vergessen sie oftmals, dass aus einer eigentlichen Übergangs- rasch eine Dauerphase des eigenen Lebens geworden ist, welche nicht selten mehrere Jahrzehnte umfasst, wie es einige der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen beschreiben (vgl. WER_LAH, Interview, 04.02.2016, Lahore;

SAL_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore; SHA_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore).

Diese Akteur*innen sehen darin eine doppelte Marginalisierung der Migranten: In der Heimat sowie im Aufnahmeland. Sie wollen diesen Umstand berücksichtigen, indem sie zukünftige Migranten über die zu erwartende Ungleichbehandlung informieren. So sollten sich Migranten nicht bis zur Selbstaufgabe assimilieren, wie Vertreter*innen des MRC berichten. Dies führe zu einer Manifestierung der ungleichen sozialen Beziehungen zwischen *kafil* und Migranten, was ausgenutzt werden könne, um das asymmetrische Machtverhältnis zu festigen. Stattdessen sollen Migranten eine gewisse Balance zwischen Loyalität und Selbstbestimmung wahren. Sonst drohe die Gefahr, sich willenlos in das soziale System der Ausgrenzung zu fügen, was zusätzlichen Raum für weitere Diskriminierungen öffne oder sich in der grassierenden Kriminalisierung der Migranten durch mafiöse Akteur*innen niederschlage.

6.5 Kommerzialisierung von Migration: Rekrutierungsagenturen und die Genese mafiöser Netzwerke

„There is obviously a huge influential lobby group behind labour migration that is tremendously benefitting financially and economically from the current situation. Therefore, a controversial debate about social problems of labour migrants is not existing inside the Pakistani public because there are so many players behind it. They don't want to solve the problems“ (SIA_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:11:19–7#).

Solche „Lobbygruppen“, welche von vielen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auch als „Mafia“ bezeichnet werden, profitieren vor allem von den Migrationskorridoren auf Süd-Süd-Ebene, da dort die rechtlichen Schutzmaßnahmen für die Migranten weder effizient noch Bestandteil der öffentlichen Debatte sind (vgl. RAZ_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore; AAL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Die einzelnen Migrationsprofiteure sind über intransparente Netzwerke miteinander verbunden und fungieren als einflussreiche Gatekeeper*innen, um Diskussionen über irreguläre Migration und kriminelle Netzwerke in der von mir untersuchten Arena der pakistanischen Öffentlichkeit zu verhindern oder zu kontrollieren.

Im Rahmen der Rekrutierung beantragt ein saudischer Arbeitgeber beim Arbeitsministerium eine bestimmte Anzahl von Arbeitsvisa. Im Anschluss wendet er sich an eine private oder staatliche Rekrutierungsagentur (*Overseas Employment Promoters*, OEP), die mit Agenturen im Entsendeland zusammenarbeitet, die Migranten ins Land bringt und sich um die Formalitäten kümmert (siehe Abb. 5). Rekrutierungsagenturen vermitteln gegen eine hohe Gebühr asi-

6. Migranten als „neue Sklaven“?



Abbildung 5. OEP in Islamabad. *Quelle: Sebastian Sons, Islamabad, Februar 2016.*

atische Arbeitsmigranten an einen saudischen Arbeitgeber, organisieren das Arbeitsvisum und die Flugtickets. Allein in Pakistan existierten 2016 2.195 solcher offiziell registrierten Agenturen (vgl. BEOE 2016).

„Governments recognize the pivotal role recruitment agencies play in facilitating labor migration; without them, migration at the current scale would be impossible. At the same time, governments understand that, if left unregulated, agencies could abuse (at even higher rates than today) the very workers they are supposed to help, while increasing the cost of doing business for employers” (Agunias 2013).

Registrierte OEP erhalten vom pakistanischen Arbeitsministerium und dem Bureau of Emigration and Overseas Employment (BEOE) ihre offizielle Lizenz für eine Dauer von drei Jahren, die nach Ablauf verlängert werden kann (Arif

2009: 12). Doch nur eine geringe Anzahl der Agenturen lässt sich offiziell registrieren, um den hohen Lizenzkosten und der engeren Kontrolle durch die Regierungsinstitutionen zu entgehen. Stattdessen hat sich ein komplexer und intransparenter Markt an unregistrierten Rekrutierungsagenturen entwickelt. Ihre genaue Zahl ist unbekannt. Diese Agenturen schließen mit der Mehrzahl der interessierten Arbeitnehmer*innen bereits vor ihrer Ausreise Arbeitsverträge ab.⁸⁸ Die Agent*innen fungieren als Vermittler*innen zwischen *kafil* und der potenziellen Arbeitskraft im Entsendeland und arbeiten häufig mit lokalen Kontakten zusammen, die über die örtlichen Netzwerke verfügen, um passende Kandidaten zu identifizieren. Über dieses System können die Agenturen auf familiäre und lokale Räume begrenzte Migrationsnetzwerke zurückgreifen, die in Form von Kettenmigration (vgl. Gardner 2008; Vora 2008) dazu beitragen, generationenübergreifende Auswanderung zu etablieren, sodass mittlerweile die dritte Generation von Einwander*innen aus Südasien in Saudi-Arabien lebt und arbeitet. Dieses komplexe und hybride Rekrutierungssystem wird auch als „public-private partnership“ definiert (vgl. Thiollet 2016: 14).

Diese auf individuellen und kollektiven Wanderbewegungen beruhenden transkulturellen und translokalen Netzwerke sind über Generationen gewachsen (vgl. Gilbert 2002; Kour 2005). Bis heute greifen viele Rekrutierungsagenturen auf in Zeiten des Sklavenhandels und erzwungener oder freiwilliger Auswanderung entstandene Migrationskanäle zurück. Der Indische Ozean muss in diesem historischen Kontext als Kultur- und Zivilisationsraum verstanden werden, in dem unterschiedliche Gesellschaften über Handel etc. miteinander im Kontakt standen (vgl. McPherson 1998; Freitag 2004; Nichols 2011: 24).⁸⁹ Diese Handelsbeziehungen, die sich über den Land- sowie den Seeweg ausbreiteten, bildeten die Grundlage für den später einsetzenden pazifischen Sklavenhandel und wurden von einflussreichen Händlerfamilien dominiert.

⁸⁸ In vielen Fällen werden die Löhne in einer anderen Währung als besprochen angegeben, sodass deutlich geringere Gehaltszahlungen geleistet werden müssen (vgl. Agunias 2012). Weiterhin hat sich mit „Go now, pay later“ eine Praxis etabliert, in der die Agentur die Kosten für die zu vermittelnden Migranten im Vorfeld übernimmt, diese aber von dessen Gehalt abzieht (vgl. Amnesty International 2011).

⁸⁹ Dies galt bereits im frühen 8. Jahrhundert für persische und arabische Kaufleute, die südchinesische Hafenstädte anführen (vgl. Hourani 1995: 74–76), während sich ab dem 10. Jahrhundert arabische Händler an der südwestindischen Malabar-Küste niederließen (vgl. Dale 1997; Nichols 2011: 119). Im 15. Jahrhundert siedelten sich erste indische Siedler*innen im omanischen Muskat an und bauten bis ins 19. Jahrhundert ihre Händlernetzwerke zum indischen Subkontinent aus (vgl. Chaudhuri 1985; Allen 1981). Bis 1958 hielt Oman gar die Besitzrechte am pakistanischen Hafen Gwadar. Bis dahin existierten bei Reisen zwischen Oman und Gwadar keine Passkontrollen (vgl. Addleton 1992: 42).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Besonders ab dem 17. Jahrhundert florierte der Sklavenhandel vom indischen Subkontinent über den Indischen Ozean in die unterschiedlichen Empfängerregionen in Afrika, Amerika, der Karibik, der Region des Persischen Golfes oder Europa und fand im 18. und 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt. „Sklaverei war (...) ein dynamischer Bestandteil eines sich permanent verändernden, in globalen Bezügen vernetzenden und zunehmend kapitalistisch ausgerichteten Wirtschaftssystems, innerhalb dessen sie eine konstante wie flexible Größe darstellte“ (Mann 2012: 22). Für Mann schuf der Sklavenhandel „Zonen des Austauschs“ und „Zonen der Verdichtung“ im Arabischen Meer und dem Golf von Bengalen (2012: 31). Je mehr die europäische Präsenz im Raum des Indischen Ozeans anwuchs, umso umfangreicher engagierten sich die lokalen Händler*innen im Sklavenhandel, um die wachsende europäische Nachfrage befriedigen zu können. Die europäischen Kolonialmächte benötigten immer mehr Arbeitskräfte auf ihren Inselkolonien in der Karibik oder Afrika und suchten diese vor allem in Südindien, das so zu einer der wichtigsten „Fangregionen“ (Mann 2012: 123) wurde. Sklav*innen aus dem Indischen Ozean wurden vor allem nach Ost- und Südafrika, nach Madagaskar und in die Karibik verschifft. Auch die Bedeutung der Arabischen Halbinsel als Empfängerregion für Sklav*innen nahm an Bedeutung zu, wie bereits unter 6.2 erläutert wurde. Belegt ist auch, dass bereits ab 1641 indische Sklav*innen von holländischen und französischen Sklavenhändlern nach Réunion und Mauritius verschifft wurden.⁹⁰

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich insbesondere in Großbritannien sowie in geringerem Umfang auch in Frankreich und den USA eine intensive Diskussion um die Abschaffung der Sklaverei, die in den folgenden Jahrzehnten zu einer einflussreichen Abolitionistenbewegung answoll.⁹¹ 1834 kam es zur einheitlichen Abschaffung der Sklaverei, in den Westindischen Inseln folgte das Verbot 1838 und in Mauritius ein Jahr später. Sklavenbesitzer*innen war es nun nicht mehr gestattet, vor Gericht die Rückholung ihrer geflohenen Sklav*innen einzuklagen oder Kompensationszahlungen zu verlangen (vgl. Klein 2005: 202). Das endgültige Verbot der Sklaverei erfolgte für Bri-

⁹⁰ Zwischen 1873 und 1916 sollen etwa 34.300 südasiatische Vertragsarbeiter*innen auf die niederländischen Plantagen in Surinam und der Karibik transportiert worden sein (vgl. Hoefte 1998). Neben erwachsenen Sklav*innen belegen zeitgenössische Quellen auch Versklavungen von Kindern, die zumeist an der Malabar-Küste aufgegriffen und im Anschluss an Frankreich verkauft wurden, um danach nach Réunion und Bourbon weitertransportiert zu werden (vgl. Mann 2012: 149).

⁹¹ Im Zuge der Industriellen Revolution nahm die Bedeutung der karibischen Zuckerplantagen zunehmend auf Kosten der industriellen Produktion ab und reduzierte somit auch den Bedarf an Sklavenarbeitern (vgl. Campbell 2005: 2).

tisch-Indien allerdings erst 1860 mit dem Indian Penal Code, in dem der Besitz und der Handel von Sklav*innen mit einer Haftstrafe von sieben bis zehn Jahren geahndet wurde (vgl. Chatterjee 2005). Dies führte umgehend zu Protesten bei einigen Sklavenbesitzer*innen, sodass sich ein illegaler Sklavenmarkt entwickelte, der noch bis ins frühe 20. Jahrhundert fortbestand (vgl. Klein 2005: 203).

Nach der Abschaffung der Sklaverei nutzte das System der *Indentured Labor* („Vetragsknechtschaft“ oder „Indentur“; vgl. Craig/King 1981: 152) viele administrative, organisatorische, strukturelle und translokale Netzwerke aus den Zeiten der Sklaverei weiter und passte es den neuen Gegebenheiten an (vgl. Clakre et al. 1990). Die Ursachen und Netzwerke südasiatischer Migration sind in der Geschichtswissenschaft insbesondere seit dem 18. Jahrhundert detailliert aufgearbeitet worden, wobei in der Forschung bestehende Kontinuitäten von kolonialer zu post-kolonialer Auswanderung hervorgehoben werden (Jain 2002). Insgesamt begaben sich von 1834 bis 1917 mehr als 1,3 Millionen indische Arbeitskräfte in die britischen Kolonien (vgl. Northrup 1995: 61–63). Andere Quellen gehen von 1,5 Millionen Migranten aus (vgl. Rana 2011: 100f.). Die erste Welle erfolgte ab dem Jahr 1834 nach Mauritius und nach Britisch-Guyana ab 1838. Dort sowie in Jamaika und Trinidad wurde ab 1844 das *Indentured Labor*-System gesetzlich legitimiert (vgl. Northrup 1995: 63). Weitere wichtige Aufnahmeländer von anderen Kolonialmächten waren Trinidad, Jamaika, die französischen Antillen, Réunion, Fidschi und auf dem afrikanischen Kontinent Südafrika, Kenia und Ostafrika (vgl. Clarke et al. 1990: 33).⁹² Korrupte Rekrutierungsagenten trugen weithin zur Ausbeutung der Zwangsarbeiter*innen bei, indem sie Löhne zahlten, die deutlich unter denen der freien Arbeiter*innen lagen, oder Gehälter auszahlten, die nur in speziellen Läden auf den Plantagen in Sach- und Konsumgüter eingetauscht werden konnten (vgl. Campbell 2005: 13). Die Löhne betrug nicht mehr als 4 US-Dollar im Jahr (vgl. Kale 1995: 75).

Auch deswegen beschreibt Tinker das *Indentured Labor*-System als „a new system of slavery“ (1974). Es habe nur Netzwerke und Praktiken fortgesetzt, die bereits während des Sklavenhandels eingeführt worden waren und die auf einem Rekrutierungssystem des „orientalistischen Rassismus“ beruht hätten (vgl. Pasha 1998). Mit Aufkommen des indischen Nationalismus änderte sich jedoch die politische Perspektive auf das *Indentured Labor*-Systems, was dessen

⁹² Zwischen 1837 und 1912 emigrierten etwa 500.000 indische Arbeitskräfte nach Mauritius, während im gleichen Zeitraum 250.000 nach Britisch-Guyana auswanderten (vgl. Peach 1994: 40). Es folgten Südafrika (ca. 150.000), Trinidad (ca. 144.000) und Réunion (118.000) (vgl. Peach 1994: 41).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Niedergang einleitete: 1916 verbot die indische Regierung arbeitsverpflichtende Migration. Dies führte einerseits zur Rücküberführung indischer Arbeitsmigranten aus den betreffenden Kolonien in ihre Heimat, während andererseits viele Migranten in ihrem jeweiligen Aufnahmeland blieben, weil sich dort bessere ökonomische Perspektiven boten und sich bereits lokale Netzwerke herausgebildet hatten, die es ihnen erleichterten, sich beruflich und sozial in ihre neue Heimat zu integrieren.

Diese historischen Kontinuitäten nutzen die von den Rekrutierungsagenturen beauftragten lokalen Vermittler*innen auch heute noch, um für Auswanderung zu werben, indem sie z. B. über Plakate oder Lautsprecherdurchsagen auf offene Stellen hinweisen (vgl. Arif 2009: 19). 37% aller pakistanischen Migrationskandidaten wenden sich an eine unregistrierte Agentur, während die Mehrheit – nämlich 56,6% – auf persönliche Kontakte zurückgreift, um den Migrationsprozess einzuleiten. Nur 4,5% emigrieren über offizielle Kanäle wie die Overseas Employment Corporation (OEC), der staatlichen Rekrutierungsagentur (vgl. Amjad 2016: 21). Ein Fünftel aller Migranten greift auf lokale Vermittler*innen zurück (vgl. Arif 2009: 42). Haben Rekrutierungsagent*innen das Vertrauen der kommunalen Entscheidungsträger*innen gewonnen, können diese häufig die notwendige Überzeugungsarbeit leisten, um Mitglieder der Gemeinde zur Migration zu bewegen.

Dieser Umstand fördert jedoch aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen massiven Missbrauch: Die Vermittler*innen instrumentalisieren das bei Widerrede verletzte Ehrgefühl zukünftiger Migranten, doch ohne die Unterstützung der lokalen Autoritäten können sie sich dagegen nicht zur Wehr setzen. Damit werden vor allem die Mitarbeiter*innen der MRC in Islamabad und Lahore konfrontiert, die in den Vorbereitungskursen vor kriminellen Rekrutierungsagenturen warnen, aber oftmals auf wenig Verständnis bei den zukünftigen Migranten stoßen: „We are a kind of a society in which we don't say no!“

„We are a community-based society. If a person comes into a small village, he does it in accordance and on invitation of the village elders, of respected community leaders. Thus, the people trust the foreigner because he has the trust of the community leaders. Very clear, very simple (...) Again, it's a question of prestige, of respect, and of honor“ (HAY_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:13:27–1#).

Hinzu kommen die hohen Migrationskosten, die viele Migranten und ihre Familien in finanzielle Nöte stürzen, so HAY_ISL vom MRC in Islamabad. Dies belegen die verfügbaren Statistiken: Die Kosten für die Ausreise nach Saudi-

Arabien betragen im Durchschnitt 4.290 US-Dollar (vgl. Amjad 2016: 42).⁹³ Insbesondere durch den Einsatz von lokalen Subkontraktoren der OEP steigen die Kosten und liegen über den vom BEOE festgelegten Höchstgrenzen (Arif 2009: xii). Die Kosten für die Visaausstellung liegen bei den Rekrutierungsagenturen zumeist deutlich höher als die offiziellen Gebühren und haben zu einer „Kommerzialisierung“ („merchandisation“; Fargues et al. 2015: 1) des Migrationsprozesses auf Kosten aller südasiatischen Kandidaten geführt (vgl. Breeding 2012).

„Unfortunately, the market for migrant labour is highly inefficient and is characterised by poor information, where intermediaries exercise a dominant role and state policies impede movements and raise costs“ (Abella 2018: 222).

67% der zukünftigen Migranten müssen sich bei Verwandten oder Bekannten verschulden, ein Drittel veräußert das wenige Eigentum oder nimmt Kredite mit hohen Zinsen bei lokalen Geldleiher*innen auf, um die Migrationskosten bezahlen und sich somit die Ausreise leisten zu können (vgl. Amjad 2016: 19). Damit begeben sich die Migranten jedoch in eine dreifache Abhängigkeit: Sie stehen nicht nur bei der Agentur und ihren zukünftigen Sponsoren in der Verpflichtung, sondern auch bei ihren Verwandten, denen sie Geld schulden. So liegen die Migrationskosten im Durchschnitt bei etwa 30% des in den ersten zwei bis drei Jahren verdienten Gesamtlohns von ungelerten Arbeitern (vgl. Abella/Martin 2014). Die Zeit, die Migrationskosten zu amortisieren, liegt im Fall von Saudi-Arabien bei neun Monaten. Um früher dieser Schuldenfalle zu entkommen, werden Überstunden angehäuft und die Gesundheit gefährdet, was die sogenannten „hidden costs“ nochmal erhöht (Abella 2018: 222f.). Daraus schlussfolgert BUK_LAH vom MRC in Lahore:

„(...) The migrants have to realize that their families, their friends are spending a lot of money to get them to Saudi Arabia and that they cannot come back because they don't like it there or after they have performed hajj or umrah“ (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:10:57–2#).

Bereits während der Kolonialzeit nutzten Händler*innen dieses System informeller Rücküberweisungen (vgl. Udovitch 1970; Wilson et al. 2003; Ballard 2003a; Ballard 2003b; Ballard 2003c; Prakash 2004), welches über persönliche,

⁹³ Allein für die Visabeantragung werden im Schnitt 3.494 US-Dollar und damit durchschnittlich 81% der gesamten Migrationskosten verlangt (vgl. Gazdar 2003: 9). Die Vermittlungsgebühren belaufen sich auf 342 US-Dollar und damit auf 8% der Gesamtkosten, gefolgt von den Flugkosten in Höhe von durchschnittlich 248 US-Dollar (6%) (vgl. Amjad 2016: 18).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

translokale Netzwerke den Transfer von Geldsummen über gewisse Entfernungen ermöglicht und sowohl als Instrument für eine Kreditleistung (vgl. Martin 2012: 11) als auch als „reliable transjurisdictional payments system“ (Ballard, o. J.: 25) bzw. *Informal Value Transfer System* (IVTS) definiert werden kann (vgl. Martin 2012: 3). Dabei handelt es sich um das sogenannte *ḥawāla*- oder *hundi*-System. Dieser informelle Transfer von Rücküberweisungen ist insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Fokus der Sicherheitskräfte und der öffentlichen Diskussion gerückt (vgl. Jost et al. 2000; Passas 1999; El Qorchi et al. 2003). Immerhin bieten sich aufgrund mangelhafter staatlicher Kontrolle Möglichkeiten, Geldsummen für kriminelle und/oder terroristische Aktivitäten zu transferieren, ohne elektronische Überweisungen oder Bankkonten nutzen zu müssen.

Arbeitsmigranten in Europa und insbesondere in den arabischen Golfmonarchien (vgl. Ballard 1988) bevorzugen dieses System gegenüber offiziell angebotenen Geldtransferoptionen jedoch, weil es kostengünstiger ist, kaum Verwaltungsarbeit benötigt sowie der persönliche Kontakt zu den *hawaladars*, den lokale Vermittler*innen, für viele vertrauenswürdiger erscheint, als elektronische Überweisungen (vgl. Ballard 2009). *Ḥawāla*-Zentren wie Dubai (vgl. Ballard 2010) sowie die pakistanische Hafenstadt Karachi dienen als Umschlagplätze für Geldtransfers und werden von dort an die jeweiligen Empfänger weitergeleitet. Noch immer sollen 40% der Familien die Rücküberweisungen über informelle Kanäle erhalten (vgl. Amjad et al. 2013: 367).

Durch die Einrichtung offizieller Transferkanäle im Rahmen der durch das pakistanische Finanzministerium, die pakistanische Staatsbank und das Ministry of Overseas Pakistanis (MOP) eingerichtete Pakistan Remittances Initiative (PRI) im August 2009 (vgl. Amjad et al. 2012) ist der Anteil informeller Geldüberweisungen im *ḥawāla*- oder *hundi*-System zwar zurückgegangen⁹⁴, ohne jedoch das System der irregulären Rekrutierung nachhaltig zu schwächen, wie interviewte Migrationswissenschaftler bestätigen (vgl. NOB_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; QAS_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). Ziel der PRI ist es somit, eine offizielle Alternative zum *Ḥawāla*-System anzubieten, um den Geldtransfer kostengünstiger, leichter zugänglich und öffentlichkeitswirksamer zu gestalten und die Kontrollmechanismen der pakistanischen Regierung zu ver-

⁹⁴ Die Anschläge vom 11. September 2001 führten dazu, dass sich vor allem Pakistan*innen in der US-Diaspora zunehmend unsicherer fühlten und einen Teil ihrer Ersparnisse nach Pakistan transferierten. In Folge dessen wurden Geldtransfers auf informellem Wege stärker kontrolliert, was darin resultierte, vermehrt offizielle Kanäle zu nutzen. Demzufolge stiegen die offiziellen Rücküberweisungen aus den USA von 134,8 Mio. US-Dollar auf 779 Mio. US-Dollar (vgl. Amjad et al. 2013: 350).

bessern (vgl. Quereshi 2016). So wurden im Zuge der PRI die Kooperationen mit ausländischen Banken von 20 auf mehr als 400 ausgebaut, um Migranten den Transfer über elektronische Überweisungen zu ermöglichen. Die Anzahl von vormals fünf im Rücküberweisungsgeschäft aktiven nationalen Banken konnte auf 25 erhöht werden, die sogenannte „Cash over the counter“-Zahlungsmethoden (COC) und die standardisierte Nutzung von IBAN-Nummern einrichteten, um die Transaktionszeit für Überweisungen zu beschleunigen (vgl. State Bank of Pakistan 2015). Außerdem wurden 24-Stunden-Callcenter geschaffen (vgl. Amjad et al. 2013: 351). Allerdings wird der Rekrutierungsprozess noch immer von inoffiziellen und vielfach kriminellen Agenturen dominiert, was trotz der PRI die mafiösen Strukturen gestärkt habe, wie HAY_ISL vom MRC in Islamabad verdeutlicht:

„They are not legal, they are not registered. They are working on their own but they have a deal with the OEP. The illegal agency are buying visa agreements from the OEP and are selling them to the community. Thus, they buy four visas for 100,000 and are selling them for let's say 150,000. Here is the problem because the costs are increasing“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:04:37-4#).

Dass die Regierung um diese kriminellen Praktiken weiß, ist auch für ihren Kollegen BUK_LAH offenkundig, immerhin stünde die Regierung in Form des MOP und ihr zugeordnete Organisationen in ständigem Austausch mit den OEP.

„You need to travel to Saudi Arabia as a legal migrant. You have to contact the OEP, you have to look at the demand and you have to apply for a free job. Why do the Saudis abolish the Kafala system? Why do they need to allow someone who is hiring people that they don't want? Thus, the Saudi government needs a process that nobody can hire a person that he does not need. Because otherwise the migrants are hired and the employer tries to get rid of them because he doesn't need them. This causes illegal migration trouble“ (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:22:08-3#).

Diese Fehlentwicklung beruhe dabei keineswegs auf fehlenden Kenntnissen bei den Behörden, sondern auf mangelndem politischem Willen. Daran habe auch die PRI nichts geändert, so ein Mitarbeiter von JPP. „We even know people that are part of this entire mafia but there is nothing you can do about it. The government isn't doing anything about them“ (YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:17:25-3#). Der Polizei lägen in bestimmten Fällen konkrete Namen von kriminellen Agenten vor, über die umfassende Berichte, sogenannte *First Information Reports* (FIR), existieren würden, „but nothing ever happened“ (YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:17:48-0#).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen hat eine breite öffentliche Diskussion um die Vor- und Nachteile der Überweisungskanäle bislang weder stattgefunden, noch sei sie von den traditionellen Gatekeeper*innen forciert worden. Dies müsse sich ändern, um die historisch gewachsenen Monopole der Rekrutierungsagenturen zu schwächen und den Migranten und ihren Angehörigen für eigenverantwortliches Handeln und einen kritischen Umgang mit der Kontrolle durch die Agenten zu sensibilisieren. Deswegen betrachten sie sich auch als Vermittler*innen von umfangreichen Informationen über die PRI und andere Möglichkeiten des offiziellen Transfers von Rücküberweisungen, um den Informationsstand der Migranten zu verbessern und möglichem Missbrauch und vorzubeugen.

6.6 Kriminalisierung durch inoffizielle Rekrutierungsagenturen: Migranten als Opfer

Für die meisten Öffentlichkeitsakteur*innen tragen die Rekrutierungsagenturen demnach eine Hauptverantwortung für die systemische Ausbeutung der Migranten. Sie zwingen viele von ihnen in die Kriminalität und betreiben illegalen Menschenhandel. Dabei beziehen sie sich auf ähnliche Erkenntnisse in der Literatur (vgl. McGeehan 2012; Mattar 2011; Esim/Smith 2004; Ali 2010). YAF_LAH, Mitarbeiter von JPP, bezeichnet die Rekrutierungsagenturen als „Mafia“:

„The mafia is so strong that even if a case does reach its endpoint, they pressure the witnesses so that the case can't be solved legally. The mafia is really strong. They have their people in the airport, they have their people in the court, they have their people everywhere“ (Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:18:52-7#).

Im Rahmen dieser mafiösen Strukturen werde auch sexuelle Ausbeutung durch kriminelle Rekrutierungsagenturen forciert, wie ein Menschenrechtsaktivist der BLLF ausführt: „From Pakistan, persons, especially girls from 14–30 years, are trafficking to the Middle East, to Saudi Arabia and other countries such as UAE and also Afghanistan. A majority of these girls are trafficking for sex trade“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:17:25-9#). Insbesondere un- oder angelernte Arbeitskräfte werden leicht Opfer von Menschenhändlern, da sie weder über ausreichende Informationen noch über die finanziellen Ressourcen verfügen, um offizielle Rekrutierungskanäle zu wählen (vgl. Harroff-Tavel/Nasri 2013: 13–15; HRW 2007; HRW 2011; HRW 2010a; HRW 2010b; Vlieger 2011).

6.6 Kriminalisierung durch inoffizielle Rekrutierungsagenturen: Migranten als Opfer

Viele pakistanische Migranten werden von dieser „Mafia“ vor ihrer Ausreise gezwungen, Drogen zu schlucken, um sie so über die saudische Grenze zu schmuggeln. Nach ihrer Ankunft werden sie häufig vom Grenzschutz inhaftiert und anschließend zum Tode verurteilt, führt YAF_LAH aus (Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:23:06–3#). Er ist bei JPP direkt mit diesen Fällen betreut und arbeitet seit Jahren zu den illegalen Praktiken der Migrationsmafia, die Auswanderer als Drogenkuriere missbrauchen. „Prior to the flight to Saudi Arabia, maybe two days in advance or so, those people who want to immigrate have to come to Karachi. There, these people were tortured in hotel.“ (YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:13:25–4#). Den Migranten werden oral oder anal Plastikbeutel mit Drogen eingeführt, die sie durch die Grenzkontrollen schmuggeln sollen (vgl. YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:13:57–7#).

„Two men were forced to take drugs and the recruiters said them before their departure to Saudi Arabia: ‚If you don’t do that, we will murder your sons. We will murder your families, whatever.‘ They were still in Pakistan when they were captured. They came back to their home, tried to express their experiences and of course they knew the recruiters who punished them. But nobody listened to them“ (YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:17:12–5#).

Das kriminelle Netzwerk korrumpiert saudische Grenzbeamte, um die komplikationslose Einreise der Migranten sicherzustellen. Doch dies misslingt zunehmend, weil die saudischen Behörden die Kontrollen verschärft haben (vgl. YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:15:07–1#). Bei Leibesvisitationen entdecken die Sicherheitskräfte meistens die versteckten Drogen und überstellen die Migranten sofort an die Polizei. In zumeist kurzen Gerichtsprozessen, die ohne Zugang der Öffentlichkeit abgehalten werden, werden die Migranten zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt.⁹⁵ Man könne sich nicht vorstellen, welchen unmenschlichen emotionalen Druck die Inhaftierten ausgesetzt seien, konstatiert YAF_LAH von JPP:

„The prisons in Saudi Arabia are extremely overcrowded. The detainees are not allowed to contact their families regularly, they are not supported with translation. They even do not know for what reason they have been arrested. They don’t understand what is going on. They don’t get sufficient opportunities to defend themselves. Apart from that, there is a massive discrimination against non-Saudis. It’s not that inmates discriminate against

⁹⁵ Das saudische Strafrecht sieht bei Drogenschmuggel, Drogenbesitz etc. die Todesstrafe vor (vgl. Law of Combating Narcotics and psychotropic Substances 2005).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

each other, it's more related to the entire system“ (Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:35:03–3#).

Neben den inakzeptablen Haftbedingungen sei es vor allem die jahrelange Ungewissheit, die die Migranten quäle. Insbesondere an Freitagen stünden sie unter besonderem Druck, da an diesem Tag die Hinrichtungen stattfinden: „Between 6 am until 8 pm the prisoners are extremely worried, because at any point in this period of time, someone can come to behead them. They don't know what is going to happen“ (YAF_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:35:36–5#). Der saudische Staat zeige zudem kein Interesse daran, die Verantwortlichen dieses Netzwerkes aufzudecken, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass einflussreiche Repräsentant*innen der saudischen Politik und der Wirtschaft, u. U. sogar Mitglieder des Königshauses, involviert sein könnten, wie von mehreren Öffentlichkeitsakteur*innen angedeutet wird (vgl. NAY_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; MOE_LAH, Interview, 22.01.2016, Lahore). Viele Häftlinge legen unter psychischer und physischer Folter ein Geständnis ab. Damit verbinden sie die Hoffnung, Haftmilderung oder eine Begnadigung zu erfahren, was allerdings in der Mehrheit der Fälle nicht geschieht. Die meisten erfahren nur schrittweise von den ihnen zur Last gelegten Vorwürfe und sind von der Anklage zumeist überrascht. Die bereits beschriebene religiöse Attraktivität Saudi-Arabiens als „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ wird dabei von den Rekrutierungsagent*innen vorsätzlich instrumentalisiert, um die Anreize der Migration noch zu erhöhen. Man wisse einfach, dass Migranten alles tun würden, um einmal heiligen Boden berühren zu können, erklärt YAF_LAH konsterniert.

Während unseres Interviews merke ich ihm an, wie sehr ihn diese Verbrechen emotional aufwühlen. Immer wieder gerät er während unseres Gesprächs ins Stocken und bittet einmal sogar um eine kurze Pause, in der er den Besprechungsraum des JPP verlässt. Es scheint im Anschluss, als habe er die mehrminütige Pause genutzt, um eine Zigarette zu rauchen, da er nach seiner Rückkehr nach Nikotin riecht. Er entschuldigt sich mehrfach für seine Befangenheit, macht aber gleichzeitig deutlich, wie sehr ihn die persönlichen Schicksale „unserer Klienten“, wie er die inhaftierten Migranten und ihre Angehörigen nennt, emotional belasten. Unterstützung von Seiten der pakistanischen Botschaft oder Konsulate sei in der Regel nicht zu erwarten. Sollte sich daran nichts ändern, könne sich Pakistan weder aus seinen semi-autoritären Strukturen, noch aus seiner wirtschaftlichen Misere befreien.

Laut Taha Siddiqui zeigt sich diese Ignoranz auch in der öffentlichen Diskussion:

„When it comes to the drug issue, the concept here is that these guys are doing it for money so they deserve it. There is no understanding that they

fell into a trap, that they didn't know what they are doing or even forced to do it. Nobody talks about who's behind them, who's controlling the drug trade here in Pakistan, who's the mafia?" (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:28:20-5#).

„Nobody cares about it because everybody is benefitting from drug trafficking except the poor people. There is a general sense coming out of Bhutto's time when the economic migration started. That was the time when my dad also went to Saudi Arabia. From these days we are obliged to the Saudis because they helped us. This is the general sense. They have given us so much money. Why should we criticize the feeding hand? In addition, you don't have an understanding of human rights and inequality. Poverty is always linked to terrorism and crime without seeing what are the basic structural issues“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:30:04-1#).

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen betrachten es demnach als ihre Verpflichtung, öffentlich auf die bestehenden Missstände hinsichtlich der Kriminalisierung von Migranten hinzuweisen. Damit formulieren sie einen Anspruch, der ihre Motivation und ihre Strategien beeinflusst und prägt, womit sie sich nicht selten in einem direkten Konflikt mit den bestehenden Regierungsinitiativen befinden, welche von den Akteur*innen aufgrund derer Ineffizienz, Desinteresse und Inkompetenz kritisiert werden.

6.7 Verfehlungen der Regierung: Migration „is not a hot topic“

“The government in general doesn't have any strategical planning on these issues. They have their own priorities and labour migration is not one of these priorities at the moment. It's not a hot topic” (ISL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:07:59-0#).

Stellvertretend für alle untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen kritisiert der Aktivist ISL_LAH vom Free and Fair Election Network die bisherigen Verfehlungen der pakistanischen Regierung, eine kohärente und nachhaltige Migrationspolitik zu implementieren, die nicht nur die quantitative Steigerung der Migrantenentsendungen in die arabischen Golfstaaten als oberste Priorität ansieht, sondern auch die schrittweise Verbesserung des qualitativen Ausbildungsniveaus der zu entsendenden Arbeitskräfte sowie den Schutz der Migrantenrechte vor, während und nach dem Rekrutierungsprozess berücksichtigt. Es fehle eine funktionale, effektive und migrantenorientierte politische Strategie. Zwar hätten in der Vergangenheit Versuche wie die Einführung der PRI stattgefunden, die bestehenden Missstände politisch zu adressieren und zu sanktionieren, doch die Erfolge seien weitgehend ausgeblieben.

6. Migranten als „neue Sklaven“?

In der Tat wurde mit dem quantitativen Anstieg von pakistanischer Migration in die golfarabischen und andere Empfängerländer seit den 1960er und 1970er Jahren die Schaffung eines kohärenten nationalen Verwaltungsapparates zur Organisation der pakistanischen Migration zu einer politischen Notwendigkeit (vgl. Khan et al. 2014). Im Jahr 1971 wurde dafür das BEOE gegründet.⁹⁶ Sein Hauptaufgabengebiet ist seitdem die Gewährleistung sicherer Migration durch die Ausstellung notwendiger Gesundheitszertifikate und Arbeitsverträge sowie die Durchführung medizinischer Tests (vgl. ILO 2016d: 27). Diese Maßnahmen werden durch die Zweigstellen der Protectors of Emigrates (POE) implementiert, die über sieben regionale Anlaufstellen in Karachi, Lahore, Rawalpindi, Multan, Malakand, Peshawar und Quetta die dort ansässigen Rekrutierungsagenturen kontrollieren sollen (vgl. BEOE 2017: 1).⁹⁷ Das MOP widmet sich den Ausbildungs-, Beratungs- und Orientierungsangeboten für pakistanische Migranten. Es bietet darüber hinaus medizinische Versorgungsmaßnahmen für Migranten und ihre Angehörigen an (vgl. MOP 2014: 1). 1976 sollte mit der Gründung der OEC die staatlich kontrollierte Entsendung von Migranten durch eine offizielle Rekrutierungsagentur garantiert werden. Bis 2013 konnten über die OEC allerdings nur 137.955 Arbeitskräfte in ausländische Empfängerstaaten vermittelt werden (vgl. MOP 2014: ix), was auch an der Attraktivität unregistrierter Rekrutierungsagenturen liegt. Es folgte die Gründung der Overseas Pakistanis Foundation (OPF), die dem MOP untersteht, und sich gesondert um die Betreuung von Migranten und ihren daheimgebliebenen Familien bemüht, im Ausland verstorbene pakistanische Staatsangehörige in die Heimat überführt und Unterkünfte für Rückkehrer und deren wirtschaftliche Reintegration mitorganisiert (vgl. MOP 2014: 22; Arif 2009: 1). Im Falle von Beschwerden werden diese von den jeweiligen Konsulaten und Botschaften in

⁹⁶ Das BEOE entstand aus der Zusammenlegung des Protectorate of Emigrants, des Directorate of Seamens Welfare und des National Manpower Councils, die in der Vergangenheit für die Organisation von pakistanischer Migration zuständig gewesen waren.

⁹⁷ Als rechtliche Grundlagen dienten der Emigration Act von 1922 und die Emigration Rules von 1959, ehe diese 1979 von der Emigration Ordinance und der Emigrates Rules ersetzt wurden (vgl. Khan et al. 2014: 2f.; Arif 2009: 11). In ihr werden Mechanismen zum Rekrutierungsprozess der Migranten, der Regulierung und Lizenzierung der OEP sowie der Kontrolle von irregulärer Migration formuliert (vgl. Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development 2015: 40). Gleichzeitig wurden zum ersten Mal Inhalte und Partner für mögliche Vorbereitungsseminare und Orientierungsmaßnahmen für zukünftige Migranten festgesetzt (vgl. Khan et al. 2014: 4f.). Weiterer rechtlicher Schutz für Migranten wird im Federal Investigation Agency Act von 1974 garantiert, der die Federal Investigation Agency (FIA) legitimiert, Verstöße gegen die Emigration Ordinance zu ahnden (vgl. ILO 2016d: 1).

den Empfängerländern an die Zentrale der OPF in Islamabad weitergeleitet, um eine Bearbeitung im Sinne der Migranten zu gewährleisten (vgl. MOP 2014: 40f.). Mittlerweile wurden auch Online-Beschwerdesysteme eingerichtet (vgl. Khokhar 2015: 4). Das OPF unterhält an den Flughäfen von Karachi, Lahore, Quetta, Peshawar, Multan, Sialkot, Turbat, Gwadar und Islamabad Informationsschalter für rückkehrende Migranten, um diese zu befragen, persönliche Daten zu erheben, sie im Bedarfsfall zu beraten und Statistiken zu archivieren (vgl. MOP 2014: 23). Im Juli 2001 führte die OPF einen Pension Scheme for Overseas Pakistanis ein, um mögliche Rentenansprüche für Migranten zu sichern (vgl. MOP 2014: 25).

Allerdings existierte trotz dieser Einzelmaßnahmen bis 2013 kein Entwurf für eine offizielle Migrationspolitik der pakistanischen Regierung, was von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen unisono als gravierende Leerstelle bezeichnet wird. Diese war zwar von der damaligen Interimsregierung unter Premierminister Mir Hazar Khan Khoso (regierte März bis Juni 2013) als Konzept für eine „National Policy for Overseas Pakistanis“ formuliert, aber nicht in geltendes Recht überführt und vom Parlament bewilligt worden. So bleibt eine offizielle Migrationspolitik seitdem vakant (vgl. ILO 2016d: 45). Übergeordnete Zielsetzungen dieses Entwurfs sehen vor, (1) die Anzahl der ausreisenden Migranten und damit die Rücküberweisungen zu erhöhen oder zumindest zu konsolidieren; (2) den Migrationsprozess effektiver zu gestalten, die institutionellen Kapazitäten zu stärken und den Rekrutierungsprozess zu formalisieren; (3) die berufliche Qualifikation der Migranten zu verbessern, indem vorbereitende Orientierungsmaßnahmen und Ausbildungsangebote ausgebaut werden und (4) die Migranten in gering bezahlten Branchen besser vor Ausbeutung zu schützen (vgl. Shah 2018: 128). Weiterhin lag ein Schwerpunkt auf der Erhöhung der Entsendequote von weiblichen Migranten, die zum damaligen Zeitpunkt nur 0,12% betrug. Für deportierte Migranten sollte geeigneter Versicherungsschutz angeboten werden. Auch im Bildungs- und Ausbildungsbereich ist vorgesehen, spezialisierte Institute und Lehreinrichtungen zu schaffen, um zukünftige Migranten auf die besonderen sektoralen Arbeitsmarktanforderungen in den Empfängerstaaten vorzubereiten und das Ausbildungsniveau zu verbessern, während in den Aufnahmeländern Diaspora-Netzwerke und migrationsrelevante Institutionen gefördert werden sollen (vgl. ILO, 20.02.2013). In den Empfängerländern sollten die Verantwortlich- und Zuständigkeiten der sogenannten Community Welfare Attachés (CWA) gestärkt werden, um schutzbedürftige Migranten besser und effizienter begleiten und beraten zu können (vgl.

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Jan 2010: 4).⁹⁸ Es existieren derzeit 19 CWA in 14 Ländern, davon allein vier in Saudi-Arabien (je zwei in Riad und Dschidda) (vgl. MOP 2014: 33). Damit verfügt das Königreich über die höchste Anzahl an CWA in allen Empfängerländern. Um ein wesentliches Ziel – die quantitative Steigerung der Entsendung der Migranten unter sicheren Rahmenbedingungen – voranzutreiben, ist vorgesehen, in ausgewählten Zielländern pro-aktive Marketingmaßnahmen durch die Botschaften zu fördern oder Jobmessen durchzuführen (vgl. Jan 2010: 9).

Wesentliches Merkmal der neuen Migrationspolitik soll auch die Ausweitung der vorbereitenden Informationsmaßnahmen zur Orientierung zukünftiger Migranten werden. So ist geplant, *One-Stop-Zentren* in fünf Ballungsräumen zu gründen, die Migrationskandidaten und ihre Angehörigen für relevante Beratung, Gesundheitsversorgung und Informationsvermittlung zurate ziehen können. Seminare und Workshops sollen explizit auf die Bedingungen im Empfängerland vorbereiten, über auftretende Probleme informieren und beratende Anlaufstellen nennen, gleichzeitig aber auch zurückkehrende Migranten auf die Herausforderungen in der Heimat präparieren, indem ihnen Investitions- und Beschäftigungsoptionen aufgezeigt werden, sobald sie nach Pakistan einreisen. Um das Bildungsniveau der Migranten zu verbessern, bestehen Pläne der National Vocational and Technical Education Commission (NAVTEC), der regionalen Technical Education and Vocational Training Authorities (TEVTAs), des National Training Bureau (NTB) und des BEOE, Ausbildungszentren einzurichten, um in Absprache mit diversen Zielländern gezielt und bedarfsorientiert auszubilden. So existieren allein 300 Zentren von TEVTA im Punjab. Es konnten also in den vergangenen Jahren durchaus Fortschritte im Bereich der berufsbildenden Maßnahmen erzielt werden, bestätigt NAD_LAH, Mitarbeiterin der TEVTA im Punjab und zuständig für die Fortbildungsmaßnahmen zukünftiger Migranten:

„We provide technical training in mechanical, engineering, technical and other fields. The minimum length of each course is three months and the maximum three years. We provide the companies with information about our activities, we arrange the interviews and after the interviews we get the data. The recruiter can directly find suitable candidates on our website or he can contact us directly to find the various resources. The role of our department is to get candidates in jobs overseas. At the moment, the main focus is

⁹⁸ Die CWA fungieren als Ansprechpartner für Migranten, sollen im Falle von Problemen mit dem Arbeitgeber oder anderen Schwierigkeiten Hilfestellung und Beratung bieten, die Leichen von verstorbenen Migranten an ihre Familien überstellen und die Kosten für die Beerdigung übernehmen, sind aber zumeist personell unterbesetzt und überfordert (vgl. ILO 2016d).

on the Gulf countries but we want to expand our focus globally” (Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:02:42–1#).

Allerdings betont NAD_LAH, dass ihre Abteilung erst im Herbst 2015 gegründet wurde. Vorher seien solche Kurse nicht angeboten worden (vgl. Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:02:51–9#).

Von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen werden diese Maßnahmen und strukturellen Überlegungen der Regierung zwar befürwortet, sie bemängeln allerdings nach wie vor existierende Missstände. So fokussiere sich die Strategie ausschließlich auf staatliche Akteur*innen, die den Migrationsprozess optimieren und kontrollieren sollen, ohne allerdings die herausragende Bedeutung von sozialen translokalen Migrationsnetzwerken und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu berücksichtigen (vgl. Spivak 1996). Deswegen fühlen sich die Vertreter*innen der von mir untersuchten NRO von der Strategie ausgeschlossen. Weiterhin müsse die Kooperation zwischen Migrationsgemeinschaften in den Empfängerländern und den CWA gestärkt werden, um Austausch zu ermöglichen und nachhaltige Unterstützung zu gewährleisten. Gleiches gelte für eine engere Abstimmung zwischen unterschiedlichen asiatischen Entsendestaaten, die bisher nur im Ausnahmefall und selten institutionalisiert stattfindet. Außerdem würden die Auswirkungen auf die daheimbleibenden Familien weiterhin ignoriert: So müssten die Familien auf die Zeit der Abwesenheit männlicher Angehöriger vorbereitet werden, um sich dementsprechend zu organisieren und soziale Probleme zu vermeiden. Es fehlen somit umfassende Informationen zu den so genannten sozialen Rücküberweisungen, wie u. a. der renommierte Migrationswissenschaftler GAR_ISL vom PIDE betont:⁹⁹

„Social remittances are not covered at all. I don’t see people talking about social remittances such as the skilled factor they are bringing in or the cultural diversity or social implications“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:44:13–9#).

⁹⁹ Bei sozialen Rücküberweisungen handelt es sich um direkte und indirekte Auswirkungen der Migrationserfahrung auf die rückkehrenden Migranten sowie ihre Familien, um einen Austausch von Ideen, Wahrnehmungen von Heimat und Fremde, Zugehörigkeit und Identität, neues Wissen und Traditionen und transkulturelle Kommunikation: Migranten sollen somit als produktive Entwicklungsagenten fungieren (vgl. Faist 2010: 81; Lacroix et al. 2016). Während Individuen ihre neu adaptierten Ideen und Praktiken an die daheimgebliebenen Familien kommunizieren, übernehmen sie gleichzeitig die Funktion von „organizational actors, which has implications for organizational management and capacity-building“ (vgl. Levitt/ Lemba-Nieves 2011: 1).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Dabei bezieht er sich auf das Konzept der sozialen Rücküberweisungen im Sinne von Levitt (1998; 2001). Die Dichotomie zwischen Diaspora-Gemeinschaften und daheimgebliebenen Gemeinschaften soll aufgebrochen werden, indem auf deren transkulturelle Interkonnektivität hingewiesen wird. Somit können soziale Rücküberweisungen als Informationsfluss in alle Richtungen verstanden (vgl. Khagram/Levitt 2007) und müssen als „kultureller Akt“ definiert werden: „It is not *when* or *that* these practices or identities *may* be cultural but rather that they *are* inherently cultural” (Levitt/ Lemba-Nieves 2011: 2). Nach jahrelanger Absenz kehren die männlichen Migranten in ihr persönliches Umfeld der „extended family“ (Gilani 1984: 150) zurück, welche in Abwesenheit der Migranten neue Organisationsstrukturen, alltägliche Abläufe und Regeln entwickelt haben, was sich insbesondere auf das Geschlechterverhältnis auswirken kann. Dabei reicht das Spektrum bei den daheimgebliebenen Frauen von Abgeschiedenheit (*parda*) bis zu einem höheren Grad an innerfamiliärer Verantwortung (vgl. Nichols 2011: 150), da sie nun nicht mehr ausschließlich die Kindererziehung, sondern auch finanzielle Aufgaben zur Aufrechterhaltung des Haushalts übernehmen (vgl. Levitt/ Lemba-Nieves 2010). Dies kann zu einem „dramatic change in the socio-economic hierarchy of the communities“ führen (Gilani 1984: 146). Viele Männer erwarten, ihre traditionelle Aufgabe als Familienoberhaupt nach ihrer Rückkehr unwidersprochen wieder übernehmen zu können, verkennen dabei aber, dass sich während ihres Auslandsaufenthaltes neue soziale Hierarchien etabliert haben (vgl. Gilani 1984: 158). Solche Ergebnisse der Sozialwissenschaft werden auch von einigen der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen problematisiert: So führt die neue Selbständigkeit der Mütter nicht selten zu Konflikten mit ihren Kindern, die ihre Autorität häufig nicht in dem vollen Umfang anerkennen wie die der Väter, hat HNA_LAH der HRCF beobachtet.

„It is also creating many kind of problems, social problems... The children don't have their fathers with them because they are staying abroad. But traditionally, Pakistan is a male-dominated society. So they don't listen to their mothers but they have money to spend and they even press their mothers to pay them for their wasteful activities. They do not study properly although the parents could afford the university fees which is very uncommon for the lower middle class. It'd not have been possible for me to go to such a university because my parents belonged to the lower middle class. That is the most negative impact“ (Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:09:38–8#).

Dieses sensible Beziehungsgeflecht muss nach der Rückkehr der Migranten neu ausgehandelt werden, um Konflikte über Zuständig- und Verantwortlichkeiten zu vermeiden oder abzuschwächen. Den Rückkehrern hilft dabei meist ihr gewachsenes Ansehen innerhalb der Familie bzw. der Gemeinschaft. Durch ihre

Auslandserfahrung gelten sie oftmals als soziale Gewinner, die dazu beigetragen haben, den wirtschaftlichen Standard ihrer Familien zu verbessern (vgl. Gilani 1986: 134). Dieses positive Image ist einerseits Segen, andererseits auch Bürde für die Heimkehrer: So erwartet die daheimgebliebene Familie von ihren männlichen Angehörigen, für den zukünftigen Wohlstand auch nach ihrer Rückkehr verantwortlich zu sein. Aufgrund ihrer jahrelangen Abwesenheit fehlt ihnen allerdings die notwendige Erfahrung, dieser Rolle gerecht zu werden. Viele müssen sich an ein Leben mit ihrer Familie erst wieder gewöhnen, haben ihre Kinder nicht aufwachsen sehen und stehen aufgrund der gestiegenen Erwartungen massiv unter Druck. Zwar konnten viele Rückkehrer während ihres Auslandsaufenthaltes ihre Kenntnisse erweitern, finden aber dennoch nicht sofort einen Arbeitsplatz (vgl. Gilani 1986; Kazi 1989; Arif 1991; Arif 1996). Diese neue Erfahrung der Arbeitslosigkeit führt vielfach zu Frustration und innerfamiliären Konflikten, da sie das positive Image der Rückkehrer schmälert. So hatten in den 1980er Jahren etwa 30% aller heimgekehrten Migranten auch innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Rückkehr immer noch keine neue Beschäftigung gefunden (vgl. Gilani 1986: 157). Viele verfügen trotz der finanziellen Rücküberweisungen nicht über das notwendige Kapital oder die Kenntnisse, um freiberuflich tätig zu werden und ihr eigenes Kleinunternehmen zu gründen (vgl. Arif 1998: 99) oder Landbesitz zu erwerben (vgl. Chaudhry 1980: 245). Sie erwarten vielmehr, aufgrund ihrer Migrationserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt bessere Perspektiven vorzufinden (vgl. Arif/Irfan 1997: 4). Ältere Migranten sind unwilliger als jüngere Rückkehrer, in die Gemeinde zu investieren, worunter ihr sozialer Status leidet. Andere spüren den Neid von Mitgliedern der Gemeinschaft ohne Migrationserfahrung (vgl. Gilani 1984: 146) oder werden als religiös indoktrinierte Außenseiter wahrgenommen, die während ihres Aufenthaltes in Saudi-Arabien mit der Ideologie des Wahhabismus (vgl. [Kapitel 5](#)) in Kontakt gekommen seien und basierend auf diesen neuen Werten die traditionelle Islamauffassung in ihren Gemeinden verändern wollen. Nach ihrer Rückkehr bringen einige Migranten veränderte Vorstellungen vom Familienleben, von Religion und Geschlechtergerechtigkeit in ihr berufliches und persönliches Umfeld ein, welche oftmals den daheimgebliebenen Angehörigen fremd sind. In diesem Zusammenhang kann es zu Abgrenzung und Isolationsprozessen innerhalb der Migranten-Communities kommen, die sich nicht selten auch in zunehmender religiöser Radikalisierung niederschlagen können (aber nicht müssen). Immerhin sind die Rückkehrer und ihre Familien mit der Herausforderung konfrontiert, nach Jahren oder Jahrzehnten der physisch erfahrenen Distanz Nähe herzustellen, ein neues System der Familieneinheit zu entwickeln und bestehende Spannungen zu lösen.

Insbesondere dieser Aspekt wird von den meisten Öffentlichkeitsakteur*innen als besonders problematisch wahrgenommen. Da es vielen Migran-

6. Migranten als „neue Sklaven“?

ten während ihres Aufenthaltes im Empfängerland gelungen sei, mithilfe der finanziellen Rücküberweisungen die ökonomische Situation ihrer Familien zu verbessern und dadurch den sozialen Aufstieg forcierten, verfügen sie nach ihrer Rückkehr durchaus über die notwendige soziale Reputation – den bereits beschriebenen „prestige factor“ (ISL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:08:56–8#) – ihre kulturellen Vorstellungen innerhalb ihres ruralen und familiären Kontexts durchzusetzen. „In a sense, they have the money. So it’s money plus tradition which is a very strange kind of a combination. I would call it a deadly combination“ (ZAF_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore, #00:28:17–5#). Diese „tödliche Kombination“ ermögliche es ihnen, auch althergebrachte Geschlechter- und Glaubensvorstellungen nach ihren Erfahrungen in Saudi-Arabien in Frage zu stellen. „Women have to wear the abaya, and the religion is written outside of houses and cars. They have become more conservative. This creates problems for the Pakistani state“ (ZAF_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore, #00:25:09–6#). Somit habe sich ein Denken der Simplifizierung, der Intoleranz und der passiven Gottesfürchtigkeit manifestiert.

Um die analysierten Implikationen der sozialen Rücküberweisungen in ihrer Komplexität diskutieren und entsprechende politische Strategien entwickeln zu können, fordern demnach die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen umfassende Maßnahmen der Politik und eine differenzierte mediale Diskussion – doch beides sei bisher ausgeblieben. Dies betont vor allem BEL_LAH von JPP und wirkt im Gespräch konsterniert:

„It’s both a lack of interest and a lack of capacities. Furthermore, it’s not a top political priority. You see, the state is unconcerned about the migrants situation. Its only concern is crime, that’s all. As long as the migrants are sending the money and are investing in house construction, the government says: Ok, thank you“ (Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:42:28–0#).

Außer Frage steht daher für sie, dass eine nachhaltige, kohärente und ressourcenbündelnde Integrationspolitik für rückkehrende Migranten unter Einbeziehung der staatlichen Institutionen sowie in enger Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen notwendig sei, um das Potenzial der Rückkehrer zu nutzen. Damit könnten einerseits soziale Spannungen wie die Gefahr der Radikalisierung, andererseits wirtschaftliche Probleme reduziert werden. Immerhin sollten rückkehrende Migranten nicht nur als Vermittler eines wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern auch als Träger kultureller Pluralität betrachtet werden. Viele von ihnen haben während ihres Aufenthalts ihre beruflichen Kenntnisse erweitert und sind persönlich gereift. Dies sollte sich die pakistanische Wirtschaft zunutze machen, anstatt nur die Gefahren und Risiken der Rückkehrer zu thematisieren. Doch um ein solches Umdenken zu erreichen, müsse eine mediale Diskussion um soziale Rücküberweisungen

stattfinden; dies sei bislang aber nicht der Fall, wie BEL_LAH feststellt. Auch aufgrund dieser mangelnden Sichtbarkeit der sozialen Rücküberweisungen ist Migration aus ihrer Sicht zu einem Phänomen der Ausbeutung, der Benachteiligung und der strukturellen Gewalt geworden. Auch andere Öffentlichkeitsakteur*innen sehen es als Bestandteil ihres Engagements, vernachlässigte Themen wie die sozialen Rücküberweisungen im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit zu platzieren. Sie sind überzeugt davon, nur auf diesem Wege eine mediale Sensibilisierung herstellen zu können, um die politische Entscheidungsträger*innen zu einem nachhaltigen Handeln in der Migrationspolitik zu bewegen.

Diese Informationsvermittlung kann allerdings nur dann im benötigten Umfang bereitgestellt werden, wenn neben den staatlichen Institutionen auch NRO verstärkt in die Betreuung der Migranten und ihrer Familien einbezogen würden. Allerdings findet ein Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen nur sporadisch statt, was zu Frustration geführt hat (vgl. Jan 2010: 20). Anstatt eine gleichberechtigte Partnerschaft anzustreben, in der auch Kritik und offene Diskussionen den politischen Dialog mitprägen, habe man in der pakistanischen Politik und der medialen Öffentlichkeit gegenüber Saudi-Arabien jahrzehntelang einen Minderwertigkeitskomplex kultiviert, der sich mittlerweile verselbständigt habe, konstatieren vor allem Repräsentant*innen von pakistanischen NRO wie JPP. Dieser Komplex dominiert aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen die Arena der pakistanischen Öffentlichkeit und fungiert als wesentliche Zugangsbarriere, die die Sichtbarmachung von migrantenspezifischen Problemen erschwert. In der Konsequenz hielten es die Regierungen vielfach nicht für notwendig oder gar für unmöglich, eine selbständige und zielgruppenadressierte Migrationspolitik zu entwickeln. Stattdessen betonte man, die rechtlichen, kulturellen und politischen Bedingungen in den golf-arabischen Empfängerländern akzeptieren zu müssen, da man auf politischer Ebene machtlos sei, eigene Vorstellungen und Forderungen vor allem im arbeitsrechtlichen Bereich durchzusetzen. Dies müsse sich endlich ändern, betont stellvertretend die Migrationswissenschaftlerin ZAF_LAH von CIMRAD:

„We have strong religious and personal relations with Saudi Arabia. Our administration and our ruling class believe that they are not interested in criticizing Saudi Arabia because otherwise the honor of the country is at stake. Instead, they should say: Yes, there is a problem. Let's come together and try to combat it. In case of child labour, for many years, government and elites and administration have been saying: No, it's due to poverty, it's the responsibility of the parents, parents are ignorant. But we said: The employer is responsible. So after 35 years we have been able to convince the government that poverty is no reason to employ children“ (Interview, 26.01.2016, Lahore, #00:45:17–6#).

6. Migranten als „neue Sklaven“?

Immerhin sieht sich Pakistan mit anwachsender regionaler Konkurrenz aus anderen südasiatischen Entsendestaaten wie Indonesien oder Indien in den letzten Jahren konfrontiert. Dort reagierten die Regierungen auf die gestiegenen Ansprüche an die Arbeitskraft mit einer strukturierten Ausbildungsoffensive, umfassenden Sprach- und Orientierungskursen, politischen Initiativen und gesetzlichen Regelungen, die in Pakistan noch fehlen. Viele Migranten seien aufgrund des mangelnden Ausbildungsniveaus in Pakistan schlichtweg nicht mehr „wettbewerbsfähig“, wie interviewte pakistanische Unternehmer*innen beobachten (vgl. RAF_LAH, Interview, 06.02.2016, Lahore). Dies hat in der Folge zu den bereits erläuterten Deportationen aus Saudi-Arabien geführt. Für RAF_LAH stehe fest, dass es die Regierung seit Jahrzehnten versäumt habe, das Bildungssystem zu modernisieren, um sukzessive die Lehrinhalte und die Ausbildungsziele auf die Anforderungen der Empfängerstaaten anzupassen und damit auch die wirtschaftliche Attraktivität pakistanischer Migranten zu erhöhen. Dies habe zur Folge, dass weiterhin an der Entsendung von unterdurchschnittlich ausgebildeten Migranten festgehalten werde, ohne der veränderten Nachfrage in den Empfängerländern Rechnung zu tragen. In diesen Bereichen müsse die pakistanische Regierung deutlich nachbessern, um einerseits Pakistan weiterhin als attraktives Entsendeland zu positionieren und um andererseits die in den arabischen Golfstaaten, aber auch in Großbritannien oder Europa lebende Diaspora dazu zu animieren, verstärkt in ihrer Heimat zu investieren (vgl. ZAF_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore, #00:36:51–6#).

Von mir auf diese Kritikpunkte angesprochene Vertreter*innen der Regierungsinstitutionen zeigten sich durchaus selbstkritisch und reflektierten offen die derzeitigen Missstände in der Migrationspolitik, so der Regierungsbeamte MAT_ISL vom BEOE:

„Wir wollen das in Zukunft ändern, um das Potenzial der Rückkehrer für die einheimische Wirtschaft noch besser nutzen zu können. Immerhin sind viele von ihnen als ungelernte Arbeiter gegangen, kehren aber mit neuer Expertise zurück. Dementsprechend handelt es sich nicht selten um Brain-Grain“ (Interview, 29.02.2016, Islamabad, Gedächtnisprotokoll).

Um ihre Ziele realisieren zu können, kooperiert z. B. die OFP auch mit den Provinzregierungen (vor allem im Punjab) sowie mit lokalen NRO. Solche Initiativen in Zukunft noch auszubauen, beschreibt MAT_ISLs Kollege IQB_ISL als Schwerpunkt der operationalisierten pakistanischen Migrationspolitik:

„Das ist ein ganz wichtiges Anliegen, immerhin sind viele von ihnen 10, 15 oder 20 Jahre nicht zu Hause gewesen. Viele von ihnen müssen sich an das neue, alte Umfeld ebenso gewöhnen wie die Familien an die Rückkehrer. Das wird vor allem dadurch erleichtert, dass Rückkehrer aus dem Golf

zumeist über wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Reputation verfügen“ (Interview, 29.02.2016, Islamabad, Gedächtnisprotokoll).

Ebenso wie in der Politik fehlten auch in der Migrationswissenschaft lange Zeit qualifizierte Forschungsinstitutionen, um der gewachsenen Bedeutung von Migration empirisch und quantitativ gerecht zu werden und mit notwendigen Daten dazu beizutragen, eine kohärente Migrationspolitik entwickeln zu können. Zwar arbeiteten renommierte Forschungszentren wie PIDE, wo auch G. M. Arif tätig ist, oder Universitäten wie die LUMS und die LSE punktuell und fachbereichsbezogen zu Einzelprojekten der Migration, ein eigenständiges Zentrum zur Migrationsforschung existierte allerdings über Jahrzehnte nicht. Dies änderte sich erst im Dezember 2014 mit der Gründung des auf Migrationswissenschaft spezialisierten und der LSE zugeordneten Forschungszentrums CIMRAD. Der späte Zeitpunkt der Gründung wird von Mitarbeiter*innen mit fehlender politischer Unterstützung begründet (vgl. ZAF_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). Das strategische Ziel von CIMRAD ist klar umrissen: „Our aim is to assess what can the diaspora do for us?“ (ZAF_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore, #00:06:38–8#). Damit liegt der Fokus weiterhin auf dem wirtschaftlichen Nutzwert von Migration. Allerdings kann noch immer kaum auf verifizierbare, unabhängige und aktuelle Datensätze zurückgegriffen werden. Das Fehlen dieser Daten fällt vor allem bei der analytischen Betrachtung der pakistanischen Migration in die golfarabischen Monarchien negativ ins Gewicht, da man trotz der historischen Konstanz und der wirtschaftlichen Relevanz noch immer zu wenig über die Migrationsströme, die Motive, die sozialen Implikationen oder die lokalen Herausforderungen weiß. Zwar verfügt man über soziokulturelle und empirische Daten aus den VAE oder Kuwait, doch insbesondere für Saudi-Arabien fehlen solche Informationen; das Königreich wird somit auch von Migrationswissenschaftler*innen als „Black Box“ bezeichnet (vgl. G.M. Arif, Interview, Islamabad, 22.02.2016, #00:02:04–2#).

6.8 Zwischenanalyse

Wie diese zweite Ebene der analytischen Rahmung aus Sichtweise der untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gezeigt hat, fällt Migration aus sozioökonomischen und politischen Aspekten eine wesentliche macht- und einflussbewahrende Bedeutung für traditionelle pakistanische Gatekeeper*innen zu. Dies wird insbesondere von untersuchten Migrationswissenschaftler*innen und NRO-Vertreter*innen in Frage gestellt und kritisiert. Die historische Entwicklung von Migrationsnetzwerken hat aus ihrer Sicht die Einflussnahme der Rekrutierungsagenturen auf den Migrationsprozess und somit auch die Räume

6. Migranten als „neue Sklaven“?

für die systemische Kriminalisierung und Ausbeutung von Migranten ausgeweitet. Daneben bleiben die staatlich regulierten Schutzmaßnahmen zumeist wirkungslos oder wurden nur mit ungenügendem Engagement durchgesetzt. Migration nach Saudi-Arabien wird daher unter Berücksichtigung des sensiblen bilateralen Verhältnisses sowie des wirtschaftlichen Nutzwerts von Migration auf zweifacher Ebene als öffentlich kaum verhandelbares Phänomen wahrgenommen. Die omnipräsente Relevanz von Migration limitiert die Zugangsmöglichkeiten zu den Arenen der pakistanischen Teilöffentlichkeit, da zu viele traditionelle Gatekeeper*innen in der bestehenden Form des Migrationsprozesses eine profitable und rentable Einnahmequelle sehen, die durch den Migranten zugute kommenden Reformen gefährdet würde. Deswegen betrachten es die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als ihre Aufgabe, solche Reformen anzumahnen und im medialen Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit zur Verhandlung zu stellen.

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit: „Event Reporting“, Repression und Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen

„Migration is normal, we don't think about it. We grew up with migration as an everyday phenomenon. The second thing is that most people are from rural areas. They are unskilled and often illiterate. These are people who don't know how to raise their voices, to whom to go to ask for justice“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:36:27-4#).

Nach der akteurszentrierten Analyse in den Kapiteln zum bilateralen Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien (5.) und Migration (6.) folgt nun die finale dritte Rahmung der von mir untersuchten Arena der pakistanischen Öffentlichkeit, in der sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen (müssen) und zu der sie Zugang erhalten wollen.

Mediale Sichtbarkeit zu Migration nach Saudi-Arabien konstituiert sich in einem Mediensystem, welches von untersuchten Akteur*innen aus Medien sowie NRO als hierarchisiert, kommerzialisiert, korrupt und zensiert beschrieben wird und sich gleichzeitig durch eine enorme Heterogenität auszeichnet (vgl. AFR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad; NAY_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; RAT_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore): Moderne Kommunikationsmedien existieren parallel zu lokalen Massenmedien, die stärker durch *Face-to-Face*-Kommunikation, direkten Zugang zu kleineren Arenen für ethnische, rurale und lokale Eliten und Traditionen geprägt wird. Sakrale Räume wie Moscheen dienen ebenso als Arenen dieser lokalen Öffentlichkeit wie Dorfversammlungen, während religiöse oder politische Meinungsführer*innen als Sprecher*innen für soziale Gruppen fungieren, die keinen Zugang zum nationalen Mediensystem erhalten (können).

Es soll in diesem Kapitel herausgearbeitet werden, wie die einflussreichen Gatekeeper*innen Schaffung von Öffentlichkeit regulieren und kontrollieren und wie sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in einem solchen Umfeld verorten bzw. behaupten. Somit sollen die Grenzen und Möglichkeiten medialer Öffentlichkeit zu Migration analysiert werden.

Die von mir untersuchten Akteur*innen kritisieren die Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem durch militärische

und politische Entscheidungsträger und das mit ihnen zusammenhängende Medienmanagement (7.1). Dieser Referenzrahmen bildet den Hintergrund für die limitierten Optionen, Migration aus Sicht der Öffentlichkeitsakteur*innen öffentlich verhandelbar werden zu lassen (7.2). Migranten werden als eigenverantwortlich für ihre „Misere“ stigmatisiert. Außerdem platzieren sie ihre Anliegen bei politischen Entscheidungsträgern, um sich Gehör zu verschaffen, bewerten diese Nähe zu politischen Gatekeeper*innen aber vielfach skeptisch, da sie dadurch Gefahr laufen, kooptiert zu werden. Auf dieses komplexe Beziehungsgeflecht wird in 7.3 eingegangen.

7.1 Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem: „Journalists are public servants“

Aus Sichtweise vieler interviewter Öffentlichkeitsakteur*innen leidet das pakistanische Mediensystem seit Jahrzehnten unter einem umfangreichen Kommerzialisierungsprozess, der sich auf die kritische Berichterstattung zu Migration auswirkt (vgl. RAZ_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore; THE_LAH, Interview, 13.02.2016, Lahore). Diese Beobachtung bestätigt auch die medienwissenschaftliche Literatur zur Genese des pakistanischen Mediensystems während der Militärdiktatur von General Pervez Musharraf (reg. von 2001–2008), der ab 2002 private Fernsehsender zuließ und damit das Monopol des staatlichen *Pakistan Television* (PTV) (vgl. Schmidt 2013: 13) brach. In den folgenden acht Jahren gingen 89 Fernsehsender auf Sendung und 26 ausländischen Kanälen wurden Senderechte in Pakistan gewährt, während 138 Radiosendern die Lizenz erteilt wurde (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013: 7). Hinter dieser Maßnahme steckte strategisches Kalkül: So wollte Musharraf den medialen Einfluss des pakistanischen Rivalen Indien eindämmen, der über seine Satellitensender seit den 1990er Jahren auch in Pakistan öffentliche Aufmerksamkeit erreicht hatte (vgl. Mezzera/Sial 2010: 27). Dies gelang Indien insbesondere über *Star Channel*, der zum zweitwichtigsten Sender in Pakistan aufgestiegen war (vgl. Schmidt 2013: 13). „Media liberalisation was seen as one way to appease pro-democracy voices without ceding too much control“ (Yusuf/Schoemaker 2013: 8). Vor diesem Hintergrund gerieten private Medien zunehmend unter Druck, Einnahmen aus Werbeanzeigen generieren und/oder staatliche Unterstützung erhalten zu müssen (vgl. Ahmed 2010: 5).¹⁰⁰

¹⁰⁰ Zwischen 2002, dem Jahr der Medienliberalisierung unter Musharraf, und 2012 stiegen die Werbeausgaben im pakistanischen Mediensystem um 23% (vgl. Alam, 06.07.2012), wovon vor allem die Fernsehsender *PTV* und *Geo TV* sowie bei den Printme-

7.1 Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem

Dieser Druck besteht bis in die Gegenwart: Nur 25% der Einnahmen der Printmedien stammen aus Abonnements (Yusuf 2013: 83). Insbesondere staatliche Zuwendungen für Anzeigen sind für viele Medienformate zu einer existenziellen Notwendigkeit geworden, was zu einem Verdrängungswettbewerb geführt hat: Während bei den elektronischen Medien eine quantitative Zunahme seit 2002 zu verzeichnen ist, reduzierte sich die Anzahl der Printmedien von 1.997 registrierten Tageszeitungen und Zeitschriften im Jahr 2005 auf 646 im Jahr 2012 (vgl. Artelt 2013: 20) (siehe [Tabelle 5](#)).

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich auch im TV-Bereich: Auch wenn keine offiziellen Informationen vorliegen, gehen Schätzungen davon aus, dass 50 Mio. US-Dollar (vgl. Yusuf 2013: 85) bzw. etwa 33% (vgl. Siraj 2009: 44) der TV-Werbeinnahmen allein aus staatlichen Zuschüssen stammen. 2011 erhielten die Fernsehsender mit 187 Mio. US-Dollar sogar 58% der Werbeeinnahmen (vgl. Yusuf 2013: 84). „The state still manipulates the media, but at a higher level, hence certain regional or small TV channels are given more state advertisements while some national channels (...) are given fewer ads“ (Ali 2013: 39). Interessanterweise ist zwar die Anzahl der Fernsehsender gestiegen, doch die Reichweite der neuen privaten Kabelanbieter stagnierte auf niedrigem Niveau, da das Kabelnetzwerk nur schrittweise ausgebaut wurde und die Kosten für einen solchen Anschluss deutlich höher lagen als für das herkömmliche terrestrische System, über welches *PTV* sendet.¹⁰¹ Während in urbanen Gebieten der Empfang von Kabelprogrammen deutlich kostengünstiger zu erwerben ist, da dort die notwendige technische Infrastruktur und mehrere konkurrierende Anbieter existieren, besteht dieses Angebot im ländlichen Raum nicht. Dies hat dazu geführt, dass sich der Marktanteil des staatlichen Fernsehens in den Städten deutlich reduziert hat, während er in ruralen Gegenden konstant blieb, da keine Konkurrenzsender empfangen werden können.

Ebenso wie im Print- und TV-Bereich haben sich auch die Werbeeinnahmen der Radiosender drastisch erhöht und stiegen allein zwischen 2010 und 2011 um 22% (vgl. Andrew 2012). Dabei stellen die Radiosender in ihrer Diversität eine Besonderheit innerhalb des pakistanischen Mediensystems dar. Radio wird insbesondere in ruralen Gebieten häufig genutzt, da wie beschrieben die technische Infrastruktur regelmäßigen Fernsehempfang einschränkt und die im

dien *Jang*, *Dawn* und *Nawa-i-Waqt* profitieren (vgl. Ali 2013). Insbesondere in den elektronischen Medien dominieren wohlhabende Geschäftsleute und Konglomerate den Medienbesitz (vgl. Mezzera/Sial 2010: 8).

¹⁰¹ Vor 2002 hatte es nur drei staatseigene Fernseh- und einen Radiosender gegeben, 2012 existierten bereits 91 lizenzierte TV-Sender (vgl. Yusuf, 11.08.2010), die 21 Millionen Haushalte mit insgesamt 124 Millionen Konsumenten erreichten (vgl. Qureshi/Aziz, 10/2012).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Tabelle 5. Übersicht Mediengruppen in Pakistan. *Quelle: Mezzera/Sial 2010: 15.*

Medien	Jang Group	Dawn Group	Nawa-i-Waqt Group	Express Group	Daily Times Group
Tageszeitungen	<i>Daily Jang</i> (Urdu) <i>Daily Awam</i> (Urdu) <i>Daily Awaz</i> (Urdu) <i>The News</i> (Englisch) <i>Daily Waqt</i> (Urdu) <i>Pakistan Times</i> (Englisch) <i>Daily News</i> (Englisch)	<i>The Dawn</i> (Englisch) <i>Star</i> (Englisch)	<i>Nawa-i- Waqt</i> (Urdu) <i>The Nation</i> (Englisch)	<i>Daily Express</i> (Urdu) <i>Express Tribune</i> (Englisch)	<i>Aaj Kal</i> (Urdu) <i>Daily Times</i> (Englisch)
Wochenmagazine	<i>Akhtar-e-Jehan</i> (Urdu) <i>Mag Weekly</i> (Englisch) <i>The News on Sunday</i> (Englisch) <i>Jang Sunday Magazine</i> (Urdu)		<i>Nida-i-Millat</i> (Urdu) <i>Weekly Family</i> (Urdu) <i>Sunday Plus</i> (Englisch) <i>Weekly Money Plus</i> (Englisch)	<i>Express Sunday Magazine</i> (Urdu)	<i>Friday Times</i> (Englisch) <i>Weekly WikKid</i> (Englisch) <i>Daily Times Sunday</i> (Englisch) <i>Aaj Kal Sunday Magazine</i> (Urdu)
Monatsmagazine		<i>Herald</i> (Englisch)	<i>Monthly Phool</i> (Urdu)		
Fernsehsender	Geo Television Network: <i>Geo News</i> (Urdu) <i>Geo Entertainment</i> (Urdu) <i>Aag TV</i> (Englisch/ Urdu) <i>Geo Super</i> (Urdu)	<i>Dawn News</i> (Englisch)	<i>Waqt TV</i> (Urdu)	<i>Express News</i> (Urdu) <i>Express 24/7</i> (Englisch)	<i>Business Plus</i> (Englisch) <i>WikKid</i> (Englisch und Urdu)

Vergleich zu urbanen Ballungsräumen höhere Analphabetenrate weitflächiges Zeitungslesen verhindert.¹⁰²

Nachdem 1947 *Radio Pakistan* gegründet worden war, folgten bis 1955 noch neun weitere Sender (vgl. Khalid 1986: 133).¹⁰³ Im Nachrichtenbereich besitzt allerdings das staatliche *Radio Pakistan* weiterhin eine Monopolstellung, da privaten Anbietern nicht erlaubt ist, nationale oder internationale Nachrichten zu senden, sodass sie sich auf Musik- oder Unterhaltungsprogramme konzentrieren müssen (vgl. Yusuf 2013: 36). Diese Einschränkungen versuchen einige lokale und nicht-lizenzierte Privatsender in den ruralen Gebieten zu umgehen, welche in lokalen Sprachen senden und somit zur ethno-linguistischen Diversität und zur medialen Dezentralisierung des pakistanischen Mediensystems beitragen und die Teilung des Mediensystems in „selbständige Öffentlichkeiten“ forcieren (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013: 3).¹⁰⁴

Aufgrund dieser exorbitant gewachsenen Kompetitivität innerhalb des elektronischen Mediensystems um Einschaltquoten und Anzeigenkunden hat sich eine Sendelandschaft herausgebildet, die sehr divers, gewinnorientiert und massenwirksam arbeitet. Diese Kultur der Kommerzialisierung beeinflusst die qualitative Bandbreite an diskutierten Themen, die sich vor allem an Einschaltquoten und Verkaufszahlen sowie den Interessen der Sponsoren orientiert. „What is left is negligible space for coverage of social issues, which, along with human rights issues, are not on the agenda of most of the Pakistani media“ (Kalansooriya 2010). Viele interviewte Journalist*innen bezeichnen diese Kommerzialisierung auch als indirekte Zensur. Sie werden in ihrer alltäglichen Arbeit und Themenauswahl durch kommerzialisierte Interessen ihrer Chefredaktionen beeinträchtigt, was sich insbesondere auf ihre Arbeit zu Migration niederschlägt (vgl. NAY_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; RAT_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore).

¹⁰² So betrug die Gesamtalphabetisierungsrate der über 15-Jährigen im Jahr 2014 nach Angaben der Vereinten Nationen 56,98% (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2014a). Während sie bei den 15–24-Jährigen bei immerhin 72,8% lag, konnten von den über 65-Jährigen nur 25,29% lesen und schreiben (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2014b).

¹⁰³ 1972 wandelte die Regierung *Radio Pakistan* in die öffentliche Sendeanstalt Pakistan Broadcasting Corporation (PBC) um, genoss aber auch vorher schon weitgehende Kontrolle über *Radio Pakistan* (vgl. Sayed 1988), da z. B. der Vorsitzende des Aufsichtsrates in Personalunion als Staatssekretär des Informationsministeriums fungierte (vgl. Sayed 1988: 87). In Folge dieser gestärkten Staatskontrolle entwickelte sich PBC zu einem regierungsnahen Verlautbarungsorgan.

¹⁰⁴ In diesem Zusammenhang gründeten sich allein in KP 150 illegale und z. T. von Islamisten betriebene Radiosender (vgl. Ramaprasad 2013: 88), die auch als „hate speech radios“ beschrieben werden (International Media Support 2009: 6).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Ein Beispiel für diese selektiven Medieninhalte erlebte ich eindrücklich während meines Feldforschungsaufenthaltes in Islamabad im Februar/März 2016: Damals gewann die pakistanische Regisseurin Sharmeen Obaid Chinoy in den USA ihren zweiten Oscar für den Dokumentarfilm „A Girl in the River – The Price of Forgiveness“. Während sie in den Medien gefeiert und ihre Leistung für ihre Heimat gepriesen wurde, fand am selben Tag die Hinrichtung Mumtaz Qadris statt, der im Januar 2011 den ehemaligen Gouverneur von Punjab Salman Taseer mit 28 Schüssen getötet hatte. Letzterer hatte sich gegen das umstrittene Blasphemiegesetz ausgesprochen und sich dadurch den Zorn vieler militanter Islamisten im Land zugezogen. Nach der Exekution Qadris kam es zu landesweiten Protesten von islamistischen Gruppierungen, Rawalpindi und Lahore wurden weiträumig abgeriegelt. In Islamabad wurden die Sicherheitsvorkehrungen erhöht, wovon auch ich betroffen war. Doch während Chinoy's Oscargewinn medial omnipräsent war, blieben die Demonstrationen in den Massenmedien unsichtbar. Dies hing mit einer umfassenden Zensurkampagne zusammen, die es den Medienformaten untersagte, über die Hinrichtung und die anschließenden Demonstrationen zu berichten. Die staatliche Medienbehörde Pakistan Electronic Media Regulatory Authority (PEMRA) erließ über *Twitter* den Aufruf an die Medien, nicht über die Demonstrationen zu berichten, um weitere Destabilisierung zu vermeiden (vgl. Forschungstagebuch, 01.03.2016, Islamabad).¹⁰⁵

„Ich glaube, heute war so ein Tag, der die ganze Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit des pakistanischen Mediensystems zusammenfasst“, schrieb ich am 29. Februar 2016 in mein Forschungstagebuch. Ein pakistanischer Kollege äußerte damals den Verdacht, „dass die Exekution bewusst auf den Tag der Oscarverleihungen gelegt worden war, um im Falle eines Sieges vom Tod Qadris ablenken zu können“ (vgl. Forschungstagebuch, 29.02.2016, Islamabad). An den kommenden Tagen wurden die Sicherheitsvorkehrungen in Islamabad und anderen Städten weiter verschärft: 3.000 Polizisten waren allein in der Hauptstadt im Einsatz, Schulen und Universitäten blieben geschlossen.

Die Gleichzeitigkeit beider Ereignisse sowie die unterschiedliche mediale Sichtbarmachung zeigten mir anschaulich, wie limitiert öffentliche Arenen in Pakistan ausgestaltet sind und welch enormer Einfluss auf kritische Öffentlichkeitsakteur*innen genommen wird. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um politischen Druck der Gatekeeper*innen, sondern auch um gesellschaftliche

¹⁰⁵ Um den wachsenden Medienmarkt zu kontrollieren und zu regulieren, war sie im März 2002 gegründet, aber bereits zwei Jahre zuvor als Regulatory Authority for Media Broadcast Organisations (RAMBO) von Musharraf initiiert worden (vgl. International Media Support 2009: 18).

Stigmatisierung sicherheitsrelevanter Tabuthemen wie dem Mord an Salman Taseer.

Ähnlichen Einschränkungen unterliegt auch die mediale Sichtbarkeit von Migration: Aufgrund der Kommerzialisierung des Mediensystems erhalten viele neue Öffentlichkeitsakteur*innen nur erschwerten und begrenzten Zugang zur Arena der Öffentlichkeit, da sie mit Migration nach Saudi-Arabien ein kritisches Thema öffentlich aushandeln wollen, welches die Interessen der Sponsoren nicht bedient bzw. ihnen diametral entgegensteht. Weiterhin werden von den meisten untersuchten Akteur*innen die Arbeitsbedingungen innerhalb des pakistanischen Mediensystems durch diese vorherrschende Praxis des Medienmanagements kritisiert, da damit u. a. investigativer Journalismus verhindert oder erschwert wird. Stattdessen definiert sich die Qualität einer/s Journalist*in oder Vertreter*in der Zivilgesellschaft über die Güte seiner Zugänge zu Gatekeeper*innen aus Politik, Wirtschaft und Militär.

Dabei handelt es sich um ein historisches Phänomen: So führte die politische Dominanz des Militärs in der Vergangenheit immer wieder zu Einschränkungen der Pressefreiheit. Nach dem Militärputsch 1958 wurden die beiden größten pakistanischen Nachrichtenagenturen unter General Ayub Khan (reg. 1958–1969) vom Staat konfisziert. Unter seiner Ägide wurde auch das Bureau of National Research and Reconstruction, der Vorläufer des späteren Ministry of Information and Broadcasting, ins Leben gerufen, welches bekannte Journalist*innen anwarb, „to lend their names to commentaries that were published in national newspapers in support of government policies“ (Nawaz 2008: 173). 1960 folgte mit der „Press and Publications Ordinance“ (PPO) eine weitreichende Pressezensur, die 1963 durch die „Press and Publications (West Pakistan) (Amendment) Ordinance“ erweitert wurde (vgl. International Media Support 2009: 15). So durfte über Sitzungen in der Nationalversammlung und den Provinzregierungen nur nach Zustimmung der Regierung berichtet werden. Bei Verstößen wurden hohe Konventionalstrafen verhängt oder Lizenzentzüge ausgesprochen (vgl. Rawan 2000: 331). Mit der Gründung des National Press Trust (NPT) ein Jahr später führte Ayub Khan die verstaatlichten Zeitungen in einem von der Regierung kontrollierten Gremium zusammen und institutionalisierte damit die Medienkontrolle (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013). Im Gegenzug ernannte die Regierung die Chefredaktion der insgesamt sieben beteiligten Zeitungen (vgl. Rawan 2000: 332).¹⁰⁶ Während Ayub Khans Regierungszeit wurde 1964

¹⁰⁶ Dass sich gegen die Zensurpolitik Widerstand in Form von Streiks seitens der anderen Öffentlichkeitsakteur*innen organisierte, führte zwar zu einer einmonatigen Aussetzung der PPO, konnte aber die zunehmende Medienkontrolle durch die Regierung nicht verhindern (vgl. Niazi 2010: 98–104).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

auch das Staatsfernsehen *PTV* gegründet, das seinen Sendebetrieb in Rawalpindi und Karachi aufnahm. Beginnend mit Ayub Khan sollten auch alle späteren Verschärfungen der Pressegesetzgebung durch Militärdiktaturen umgesetzt werden, sodass keine diese legislativen Beschlüsse im Parlament diskutiert oder entschieden wurde (vgl. Mezzera/Sial 2010: 12).

„Die Politiker belohnten die Zeitungsherausgeber für ihre ‚Loyalität‘ mit hohem Druckpapierkontingent, freien Auslandsreisen und Grundstücken, mit vielen Regierungsanzeigen in der Zeitung oder mit Lizenzen für neue Maschinen“ (Rawan 2000: 327).

Die Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 führte in Pakistan unter Präsident Yahya Khan (reg. 1969–1971) zu einer weiteren Verschärfung der Zensur, während sein Nachfolger, Zulfikar Ali Bhutto, zuerst zwar die Liberalisierung des Presserechts und die Auflösung des NPT angekündigt hatte, beides aber nicht realisierte. Stattdessen ließ er den Import von Papier kontrollieren, um den Zeitungsdruck zu reglementieren. Dies hatte zur Folge, dass Zeitungen immer abhängiger von staatlichen Anzeigen wurden, um ihre gestiegenen Kosten zu decken (vgl. Rawan 2000: 333–335; Niazi 2010: 140; Lent 1983: 27). Im Rahmen seiner sogenannten „Islamisierungspolitik“ (vgl. dazu [Kapitel 5](#)) implementierte Zia ul-Haq ein umfassendes und direktes Kontroll- und Zensursystem, das die „Einhaltung der moralischen Tugenden des islamischen Staates“ gewährleisten sollte (vgl. Kreuzmann 2002): „Im Grunde ging es um einen Versuch Zias, mit der Islamisierungspolitik im Land nach mehreren gescheiterten demokratischen Regierungsexperimenten ein nationales Bewußtseinverständnis zu entwickeln“ (Rawan 2000: 48). 1979 wurden die Wahlen verschoben und alle Parteien aufgelöst sowie Druckerzeugnisse und Audiomedien zensiert und eine Kriegsrechtsverordnung eingeführt, die jede Medieninstitution anwies, ihre Produkte vor der Publikation den Behörden vorzulegen (vgl. Niazi 1994: 3). Das Risiko, enteignet zu werden oder die Druckereien zu schließen, hielt viele Herausgeber*innen ebenso vom Widerstand ab, wie ihre Mitarbeiter*innen, die ihre Verhaftung fürchteten (vgl. Niazi 1994: 35f.). Erst Benazir Bhutto (regierte als Premierministerin von 1988 bis 1990 und von 1993 bis 1996) erlaubte eine vorsichtige Öffnung des Mediensystems: Sie setzte die PPO aus und stellte entlassene Journalist*innen wieder ein, löste allerdings den NPT nicht auf, da die darin vertretenen Medien zumeist wie sie aus dem Punjab stammten, sodass eine kritische Berichterstattung auch ihren lokalen politischen Interessen hätte schaden können (vgl. Napoli 1991: 70). Unter Musharraf erfolgte dann die bereits angesprochene weitreichende Liberalisierung bzw. Privatisierung der Medien, die allerdings nicht in einer größeren Medienfreiheit bei der kritischen Berichterstattung führte. Dies führte zu gravierenden Konflikten zwischen Medien und staatlichen Gatekeeper*innen wie während des sogenannten

„Anwaltsaufstandes“ 2007, der als Reaktion auf die Verhaftung des prominenten und regierungskritischen Richters des obersten Gerichtshofes Iftikhar Muhammad Chaudry entstand. Im Zuge dessen entwickelte sich eine kontroverse Diskussion über die Entwicklung einer zivilen medial repräsentierten Oppositionsbewegung, die sich über die sozialen Medien (vgl. Bolognani 2010) ausbreitete und von Teilen der Zivilgesellschaft unterstützt wurde (vgl. Mezzera/Sial 2010). Heftige Kontroversen um den Einfluss des Staates auf die Judikative, das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Regierung sowie demokratischen Rechten und autokratischer Kontrolle wurden in aller Vehemenz in einer sich entwickelnden neuen Arena der Öffentlichkeit ausgefochten: „TV’s non-stop coverage, political commentary, and raucous call-in programs helped fuel public opinion, posing a public relations nightmare for the regime“ (Ricchiardi 2012: 8). In der Konsequenz entstand eine breite und meinungspluralistische Öffentlichkeit, in denen investigative Journalist*innen, Online-Aktivist*innen und Repräsentant*innen der Zivilgesellschaft gesehen, gehört und verstanden wurden, wie einige der von mir befragten Journalist*innen aus eigener Erfahrung berichten (vgl. SAL_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore; MAL_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore). Sie begannen, bestehende asymmetrische Machtverhältnisse und Strukturen herauszufordern, indem sie mediale Tabus brachen, soziale Mobilisierung erreichten und auf Missstände im politischen System hinwiesen: Das korrupte System wurde ebenso angeprangert wie die Dominanz traditioneller Patronage- und Klientelnetzwerke. Insbesondere Online-Aktivismus in Form von regierungskritischen Blogs, Foren oder sozialen Netzwerken nahm in dieser Zeit zu (vgl. Yousaf et al. 2012: 74). Die Regierung reagierte auf diese Entwicklungen mit einer umfassenden Zensurkampagne, verbot Berichterstattung über regierungskritische Demonstrationen und Anschläge von militanten islamistischen Gruppierungen und sanktionierte Zuwiderhandlungen mit Haft- oder Geldstrafen oder mit Lizenzentzug für Senderechte (vgl. Ali 2008: 308).¹⁰⁷ Das Beispiel von der zensierten Berichterstattung über die Demonstrationen nach der Hinrichtung Qadris zeigt, dass der Staat nach wie vor ein ähnliches Vorgehen gegen kritische Medienberichterstattung präferiert. Dies sei symptomatisch für das pakistanische Mediensystem, erläutert Taha Siddiqui konsterniert, und habe zu einer Mentalität des „Event-Reporting“ geführt:

¹⁰⁷ So wurden im Juni 2007 *GEO*, *ARY One World*, *Aaj TV*, *Dawn News* (vgl. Bolognani 2010: 402f.), aber auch ausländische Satellitensender wie *CNN*, *BBC World* und *Al-Jazeera* abgeschaltet (vgl. Khan/Joseph 2008). *Geo TV* soll nach seiner temporären erzwungenen Schließung 2007 jeden Tag etwa 1 Mio. US-Dollar Verlust gemacht haben (vgl. Pirzada, 22.11.2007).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

„Everybody discusses the main statements of the parliament debates but there is no follow up. Nobody asked for additional information, documents or other sources. It's completely unimportant if it's true or not what they telling us“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:12:34–6#).¹⁰⁸

In der Literatur wird dieses Phänomen als „statement journalism“ (Akthar 2000: 81) oder „envelope journalism“, (Jamil 2013: 75) bezeichnet. Aus Siddiquis Perspektive reproduzieren pakistanische Medien nur die von staatlichen Akteur*innen vorgegebenen Narrative, ohne sie selbst zu hinterfragen. Dies liege auch daran, dass trotz der zunehmenden Privatisierung des Mediensystems der staatliche Einfluss in Form von Anzeigenzuwendungen nicht abgenommen habe. Deswegen arbeitet er auch nicht mehr für pakistanische Medien:

„I wanted to do journalism and not this life-event reporting, covering press conferences and all this stuff. On press conferences, the Q&A session is like a game. The politician decides what journalist can ask what question. The people who are invited to join chief of army trips or political trips are allowed to ask questions. I don't want to do this. That's why I switched to international media. There I have the budget“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:19:53–4#).

Die meisten Journalist*innen seien nur daran interessiert, „kreatives Medienmanagement“ zu betreiben, um in einem hoch kompetitiven Mediensystem die Gunst der Rezipient*innen zu gewinnen und eigene Zugänge zum Machtzirkel bzw. damit verbundene Einnahmequellen nicht zu gefährden. Stelle man sich in seiner journalistischen Arbeit gegen das Militär oder den Geheimdienst, würden einem die wenigen Zugänge zu Kontakten, Arenen und Ressourcen verweigert und man erhalte keinerlei Informationen mehr von offizieller Seite, erklären neben Siddiqui auch andere Journalist*innen (vgl. JOV_LAH, Interview, 30.01.2016, Lahore; AAL_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Das Militär verfügt als *Milbus* über enormes Ansehen und sozialen Status, sodass die Missachtung oder Marginalisierung unliebsamer Journalist*innen von Seiten des Sicherheitsapparats zur gesellschaftlichen Ächtung führt und sie bei den eigenen Chefredakteur*innen und Kolleg*innen sowie im privaten Umfeld in Misskredit bringt. Somit kann ein Ausschluss von diesen Informationsquellen für pakistanische Journalist*innen das Ende der beruflichen Karriere bedeuten. Hierzu bedarf es nicht einmal umfassender Einschüchterungsversuche oder

¹⁰⁸ Nach dem World Press Freedom Index aus dem Jahr 2018 von „Reporter ohne Grenzen“ liegt Pakistan wie bereits im Vorjahr auf dem 139. Rang (von 180). Damit gehört Pakistan zu der zweithöchsten Kategorie, die den Gefährdungsgrad für Journalist*innen und die Pressefreiheit misst (vgl. Reporter without Borders).

offener Drohungen, da oftmals soziale Marginalisierung schon ausreicht, um die Reputation von Journalist*innen zu untergraben, führt Siddiqui aus:

„Journalists are somehow public servants, servants for the government“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:53:37–1#).

„So many talk shows are so impressed by the military. They all wear uniforms and they want to sit together with journalists who are feeling honored by them. This is the Pakistani narrative and the culture of privilege that Pakistani journalists love to enjoy. Our press cards are like get-out-of-jail cards. If you show your press card, you can pass security checkpoints for instance. There are subsidized land for journalists. Everybody gets such incentives and journalists told us: Why should we not? This is part of our mentality“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:53:25–4#).

Darüber hinaus fördern die prekären Arbeitsverhältnisse vieler Journalist*innen eine Kultur der finanziellen Bestechlichkeit: Im Urdu-sprachigen Printbereich verdienen Journalist*innen im Durchschnitt nicht mehr als 250 EUR im Monat, während bei englischen Zeitungen die Gehälter zumindest etwas höher liegen (vgl. International Media Support 2009: 23). Journalist*innen sind deswegen häufig angewiesen auf externe Geldzuwendungen, subventionierte Eigentumswohnungen oder Häuser sowie lukrative Geschäftsverträge von Militärs und Regierungsoffiziellen. Dafür sollen sie im Gegenzug wohlwollend berichten (vgl. Yusuf 2013: 8). Dieses asymmetrische Abhängigkeitsverhältnis spiegelt die omnipräsente Funktion des Militärs in der Arena der medialen Öffentlichkeit in unterschiedlicher Wirkmacht (Kooption, Repression, Stigmatisierung etc.) wider. Dieser Einfluss habe aus Journalist*innen „Hofberichterstatte*innen“ (*court reporters*) werden lassen, die instrumentalisiert werden (vgl. Interview, Taha Siddiqui, 22.02.2016, Islamabad, #00:11:40–7#). Journalist*innen empfinden es vielfach als Ehre und als Teil ihres Berufsethos, als willfähige Erfüllungsgehilfen des Militärs zu dienen, obwohl ihre professionelle Pflicht eigentlich sein müsste, dessen Vorgehen und gesellschaftliche Rolle zu hinterfragen, betont der Journalist SIA_LAH (vgl. Interview, 05.02.2016, Lahore). Solange man die Institution des Militärs nicht attackiert, könnten Journalist*innen ohne gravierende Einschränkungen in Pakistan agieren. Doch werden rote Linien überschritten, droht Gefahr. Siddiqui berichtet von anonymen Drohanrufen und offenen Warnungen der jeweiligen Chefredakteur*innen:

„When you work with domestic newspapers, a lot of self-censorship happens or censorship by editors. They take out lines, they change ‘Pakistan army’ to ‘security forces’, fine-tuning“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:08:37–6#).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen betrachten das aus der Kommerzialisierung und der traditionellen Zensur des Mediensystems resultierende „Event-Reporting“ als Inbegriff der limitierten Zugänge zu Teilbereichen pakistanischer Öffentlichkeit. Ohne die notwendigen Kanäle zu einflussreichen Gatekeeper*innen aus Politik und Militär riskieren sie die mediale und damit berufliche Bedeutungslosigkeit. Diese Mechanismen des pakistanischen Mediensystems werden von ihnen strikt abgelehnt und bilden die Grundlage für die limitierten Möglichkeiten, Migration nach Saudi-Arabien sichtbar werden zu lassen. Vor diesem Hintergrund und der bereits beschriebenen Sensibilität Saudi-Arabiens ist kritische Berichterstattung zum Königreich besonders riskant. Dies zeigt sich auch in der weiteren Kommunikation mit pakistanischen Journalist*innen: Einige reagierten nach Beendigung meines Feldforschungsaufenthalts immer zögerlicher, mir auf meine Nachfragen und Nachrichten zu antworten. Insbesondere zum bilateralen Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien werde er sich nicht mehr äußern, schreibt einer von ihnen in einer *WhatsApp*-Nachricht vom 16. November 2017: „I’m really sorry, my friend. But unfortunately, I cannot talk anymore about the Saudi issue. It has become too dangerous for me and my family.“ Er sei sich sicher, dass seine Emails und Social-Media-Accounts überwacht und seine Äußerungen kontrolliert würden.

Als wichtigstes staatliches Instrument dieser medienkontrollierenden Maßnahmen gilt PEMRA, was in Bezug auf die eingeschränkte Medienfreiheit zu Saudi-Arabien an zwei Beispielen deutlich wird: Am 30. September 2015 hatten unterschiedliche Medien – vor allem TV-Sender – eine SMS von PEMRA erhalten, in denen sie aufgefordert wurden, sich nicht kritisch in ihrer Berichterstattung zu „befreundeten Staaten“ zu äußern. Die Mitteilung erfolgte, nachdem während der Pilgerfahrt nach Saudi-Arabien in der heiligen Stätte Minā eine Massenpanik ausgebrochen war.¹⁰⁹ Bei der so genannten „Minā-Tragödie“ sollen auch 83 pakistanische Staatsangehörige ums Leben gekommen sein (vgl. Jabri, 20.11.2015). Es folgte in den Medien deutlich artikulierte Kritik an der saudischen politischen Führung, was von der politischen Führung nicht geduldet wurde: „Some channels are airing programmes on Mina accident and indirectly [accusing] Saudi Arabia of mismanagement. They need to be reminded that Article 19 of the Constitution restricts comments that may affect relations with friendly countries“ (Ali, 03.04.2015). In diesem zitierten Artikel heißt es:

„Every citizen shall have the right to freedom of speech and expression, and there shall be freedom of the press, subject to any reasonable restrictions

¹⁰⁹ Inoffizielle Schätzungen beziffern die Zahl der Todesopfer auf etwa 2.400, während die saudischen Behörden von 769 Toten sprachen (vgl. Almkhtar/Watkins, 05.09.2016).

7.1 Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem

imposed by law in the interest of the glory of Islam or the integrity, security or defence of Pakistan or any part thereof, friendly relations with foreign States, public order, decency or morality, or in relation to contempt of court, commission of or incitement to an offence" (The Constitution of Pakistan).

Dieser „Hinweis“ wurde in vielen englischsprachigen Medien kritisch kommentiert. So schrieb z. B. *The Dawn* am 2. Oktober 2015: „If the government cannot bring itself to ask any questions, its move through Pemra to muzzle the media is entirely unreasonable“ (02.10.2015).

Eine ähnliche Verlautbarung von PEMRA war auch nach der Weigerung des pakistanischen Parlaments erfolgt, Truppen in den Jemen zu entsenden:

„The electronic media’s contribution towards image building of nations is significant and the authority can very proudly say that our TV channels are playing a positive role while upholding the dignity, sovereignty of the nation and other brotherly countries (...) except the recent trends going on TV channels where they are trying to create a negative perception of brotherly countries among the masses“ (Albe 01.10.2015).

In beiden Mitteilungen war Saudi-Arabien zwar nicht explizit genannt worden, allerdings diente die Verlautbarung aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als Aufforderung an die Medien, eindeutig ihre Loyalität zum langjährigen Partner zu bekunden. Dafür habe PEMRA Saudi-Arabien nicht direkt erwähnen müssen; jeder habe gewusst, wer gemeint war (vgl. AFR_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad; DIE_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore). Für interviewte Journalist*innen zeigen beiden Mitteilungen eindrücklich die destruktive Rolle staatlicher Institutionen bei der Einschränkung kritischer Berichterstattung über Saudi-Arabien: „It will be against the interest of the Pakistani state because you would criticize their best friend. You cannot talk against them. You cannot talk against Saudi Arabia“ (HNA_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:36:55–5#). Diese Kontrolle umfasst auch finanzielle Zuwendungen, um insbesondere in Urdu-sprachigen Arenen eine wohlwollende Haltung zu Saudi-Arabien zu forcieren und kritische Akteur*innen zu kooptieren, wie der Politikwissenschaftler IMG_LAH vom Center for Research and Security Studies beobachten konnte:

„Die Saudis haben viel Geld, unterstützen Journalisten, Intellektuelle und Kolumnisten mit Geld. Die vergeben viel Geld als Spenden, als Reisegeld, als Ḥağğ, als ‘Umra. Das haben uns einige Journalisten erzählt, wie sie in Umschlägen ein paar Tausend Dollar, 3.000 Dollar erhalten, wenn sie den saudischen Botschafter interviewen. Das ist eine indirekte Kontrolle der Presse, aber vor allem der Urdu-Presse. Das ist ein Weg, mit dem Saudi-Arabien das Narrativ über das Königreich indirekt kontrollieren kann“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

So ist der Druck auf Urdu-sprachige Medien in Bezug auf die Berichterstattung zu Saudi-Arabien höher als bei englischsprachigen Formaten. Wegen der geringeren Reichweite können in englischsprachigen Medien sensible Themen leichter verhandelt werden als in den populären Urdu-sprachigen Medien, die eine deutlich höhere Leserschaft erreichen.¹¹⁰ Deswegen ist den von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen durchaus bewusst, dass trotz der geringen Reichweite englischsprachige Medienformate Einfluss auf Gatekeeper*innen nehmen (können), da sie im Wesentlichen diese frequentieren und dort kritischer über Saudi-Arabien berichten werden kann.

7.2 Die Irrelevanz von Migration in pakistanischen Medien: „Migration is not sexy“

Für die meisten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen liegt ein Hauptgrund für die öffentliche Absenz von pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien auch darin, dass es sich dabei um ein alltägliches Phänomen handelt: Migration ist längst Teil der pakistanischen Gesellschaft, Teil der Kultur und damit eine Selbstverständlichkeit geworden – und sei deswegen nicht „sexy“, wie der Journalist SIA_LAH betont. Oftmals könne er seine Artikel zu Migration nicht veröffentlichen oder die Recherche vorantreiben, da auf Seiten der jeweiligen Chefredaktionen kein Interesse an solcher Berichterstattung bestehe.

„(...) The perception is clear: Saudi Arabia is important for Pakistani migrants. Everybody knows that. But nobody cares and the media is not reporting because the fact is not new. It's widely known. It's very simple: Migration is not sexy (...) As a publisher, you will not get any advertisements if you cover the situation of labour migrants. This is my observation“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:32:54–4#).

Diese Sichtweise wird von HAY_ISL vom MRC geteilt: Politisch sensible Themen wie Migration sollen vernachlässigt werden, um Sendeplätze für Unterhaltungsshow, Serien und Filme zu schaffen, die aus Sicht der Programmgestalter vom Publikum gewünscht sind:

¹¹⁰ 2011 erschienen 80% aller Zeitungen in Urdu, während der Anteil englischsprachiger Zeitungen bei 8% lag (vgl. Pakistan Bureau of Statistics 2011). Allerdings erreichen alle Tageszeitungen nach offiziellen Angaben nur etwa 4% der Gesamtbevölkerung (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013: 13), wengleich diese Angaben nicht unabhängig überprüft werden können, da die Herausgeber*innen versuchen, ihre Verkaufszahlen überhöht darzustellen, um neue Werbekunden zu akquirieren.

„Regarding the media, Pakistanis are not interested in labour rights. They are interested in an Indian actress who is doing a Pakistani cellphone commercial. That sells but labour rights don't sell“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:25:26–8#).

In dieser zynisch konnotierten Aussage spiegelt sich eine gewisse Ohnmacht und Hilflosigkeit, sich in diesem regulierten Mediensystem zu Migration behaupten zu müssen. Eine ähnliche Haltung zeigt auch Journalist MAH_LAH, dessen Berichterstattung über Migration immer wieder zu kontroversen Debatten innerhalb der eigenen Redaktion sowie mit seinem Chefredakteur geführt habe: „For every story, I have to convince my editor because he is so reluctant to publish stories about migrants even in a newspaper such as *Dawn*“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:05:54–0#). In der Konsequenz beschäftige sich nur eine „handful of people“ kritisch mit Migration (vgl. MAH_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:13:27–3#). Für den Journalisten TSH_LAH ist eben jenes fehlende Wissen der meisten Journalist*innen ein Hauptgrund für die beschränkte mediale Sichtbarkeit von Migration. Im Gegensatz zu ihm fehle es seinen „ignoranten Kollegen“, wie er sie nennt, an Leidenschaft und Risikofreude, dieses Thema zu enttabuisieren und salonfähig zu machen:

„I'm personally interested to work on this issue. I have written a number of pieces on this issue. I am very sensitive about labor market issues because I am also a human rights activist (...) It is important to tell the people about the kinds of problem they can face in Saudi Arabia“ (TSH_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore, #00:30:04–8#).

Viele seiner Kolleg*innen können nicht nachvollziehen, warum er sich dem Thema der Migration so ausführlich widme. Sie werfen ihm vor, eine der wenigen funktionierenden Einnahmequellen der pakistanischen Wirtschaft mit seinen kritischen Artikeln zu diskreditieren, womit er seine Heimat verrate, wie sie sagen. Stattdessen solle er sich um die gravierenden Probleme im *eigenen* Land kümmern. Um trotzdem seiner „Pflicht“ nachzukommen, müsse er deswegen Wege finden, direkte Kritik an Saudi-Arabien zu vermeiden und andere Aspekte in den Vordergrund stellen. Deswegen kritisiere er in seinen Berichten häufig die Verfehlungen der pakistanischen Regierung. Insbesondere in den englischsprachigen Medien seien Beanstandungen der regierungspolitischen Maßnahmen häufig Teil der öffentlichen Debatte und viel eher akzeptiert als in den Urdu-sprachigen Medien, während kritische Berichte zu Saudi-Arabien von seinen Chefredakteur*innen regelmäßig gekürzt werden (vgl. Interview, 11.02.2016, Lahore).

Ähnlich wie er ziehen auch andere Journalist*innen ihre Motivation trotz der schwierigen Rahmenbedingungen aus ihrer Solidarität mit den benachteiligten Migranten, wie sie betonen. Hinter dieser Leidenschaft stecken diverse

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Lebenserfahrungen und persönliche Motive: So wurde das Interesse an Migration bei Journalist SIA_LAH z. B. durch ein Fortbildungsseminar der ILO geweckt:

„I was focusing on labour in general such as minimal wages etc. Labour migration was not my top priority. However, I started to work on this issue after I went to a training seminar organized by the ILO and Jordan on labour migration. Afterwards, I created a lot of interest for this subject in Pakistan“ (SIA_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:13:24–9#).

Vor dem Besuch des Seminars sei ihm die Relevanz dieses Themas nicht annähernd bewusst gewesen. Ähnliche Erfahrungen beschreibt auch der MRC-Mitarbeiter BUK_LAH. Er versteht sich selbst als Pionier und Entwicklungshelfer, der ohne externe Unterstützung in Eigenregie das MRC in Lahore aufgebaut sowie organisatorische und logistische Herausforderungen und die Behinderungen durch die politischen Behörden überwunden habe.

„I’m using my own laptop, I’m using my own mobile, I’m using my own car. Everything is my own. It’s only because I love this initiative. I like to develop something, I like to do something“ (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:43:52–8#).

Da er selbst fünf Jahre in Saudi-Arabien gelebt und gearbeitet hat, verfügt er über persönliche Erfahrungen, die ihn zu einer Tätigkeit bei der ILO motiviert haben, um dort seine Expertise und seine Kultursensibilität in die Arbeit mit zukünftigen Migranten einfließen zu lassen. Ohne dieses „Schlüsselerlebnis“ hätte er sich vermutlich nicht intensiv mit Migration beschäftigt, gibt er freimütig zu.

Andere befragte Öffentlichkeitsakteur*innen sehen in negativen Migrationserfahrungen von Angehörigen und Freund*innen einen Auslöser für ihr berufliches Engagement: Sie haben miterleben müssen, wie diese traumatisiert zurückkehrten, weil sie physische und psychische Schmerzen durchleiden mussten, ohne jedoch aus Scham über ihr erfahrenes Leid sprechen zu wollen oder zu können. Je mehr solche Berichte persönlich berühren, desto sensibilisierter reagiere man darauf, betont auch YAF_LAH von JPP, dessen emotionale Nähe zum Thema sich in unserem Gespräch bereits bei seiner Schilderung der Rekrutierungsbedingungen gezeigt hatte. Wäre sein engstes Umfeld nicht von den Implikationen der Migration direkt betroffen gewesen, hätte er sich vermutlich nicht seiner Arbeit bei JPP gewidmet. Und seine Kollegin, BEL_LAH, nennt ihre moralische Verpflichtung als Anwältin, sich für „ihre“ Klient*innen einzusetzen, als Hauptmotivation. Sie könne sich glücklich schätzen, in einer privilegierten Familie aufgewachsen zu sein, die ihr ihr Geschichtsstudium am History at High College in Northampton ermöglicht hätte. „I wanted to do

what I could ... and the only road I saw was law” (zit. in Stapleton, 04/2018). Sie entschied sich, im Anschluss bis 2006 in Oxford Jura zu studieren. Als ausschlaggebend für den Eintritt in ihre neue Lebensphase schildert sie das Zusammentreffen mit dem britischen Anwalt, Menschenrechtsaktivisten und Gründer der NRO „Reprieve“ Clive Stafford Smith, der im Rahmen eines Seminars gemeinsam mit einem entlassenen Häftling über die Todesstrafe in den US-amerikanischen Südstaaten berichtete. „It was the only time at Oxford where I felt like someone was speaking to the reasons why I went to law school” (ebd.). Die Gründung von JPP sei eine direkte Folge dieser Erfahrung gewesen, um dem Vorbild Smiths zu folgen und sich für benachteiligte Menschen bzw. Opfer der Todesstrafe einzusetzen. Es sei ihr bereits damals bewusst gewesen, dass ihre Arbeit jedoch nur dann Erfolg haben könne, wenn sie in der Lage sei, mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Dafür nahm sie an einem Workshop in Budapest teil:

„There have been human rights defenders from other geographical areas all over the world. You talk about the system and one of main topics was how to deal with the press? We actually learned how to pack packages for the press, how to pitch the press? Before, I was absolutely not aware of this. You have to convince them: Why should they carry your story? I learnt all of that. This was very useful when I came back“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:25:34–2#).

BEL_LAH gilt vielen aufgrund ihrer persönlichen Motivation als Identifikationsfigur einer verantwortungsbewussten und kritischen Auseinandersetzung mit Migration – sei aber leider eine Ausnahme, wie Siddiqui betont:

„Where is the next generation of (BEL_LAH, d. Verf.) being groomed? She does it on her own but she is only one person out of thousands out there. There are much more people who have been coopted and do not really give a damn about human rights than people who want to criticize and unveil the truth“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:37:06–6#).

Ohne diese intrinsische Motivation fällt es vielen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen schwer, sich dem omnipräsenten Druck der staatlichen Gatekeeper*innen zu widersetzen. Dies gilt besonders für die von mir untersuchten Printjournalist*innen: Pakistanische Behörden wie PEMRA seien sehr aufmerksam, Recherchefehler in ihren Artikeln nachzuweisen, um ihre Arbeitsweise zu kritisieren und sie zu diskreditieren, bestätigt der Journalist SIA_LAH (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:15:30–7#). Sein Kollege MAH_LAH bittet regelmäßig bei der saudischen Botschaft in Islamabad vor der Veröffentlichung seiner Artikel um eine offizielle Stellungnahme, eine Resonanz sei bisher aber immer ausgeblieben (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:08:30–4#). Auch während sei-

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

ner Zeit als pakistanischer Korrespondent in Katar, wo er im Rahmen des PANOS South Asia-Programms explizit zu Migration recherchierte, musste er ähnliche Negativerfahrungen sammeln:

„During my time in Qatar, I was not asked a single time to go and talk to the workers because the organizers have been very careful to avoid problems with the authorities. Therefore, I tried it on my own. I contacted the Pakistani embassy and I met a couple of contractors and finally I wrote a couple of stories. Otherwise I would not have been possible because the organizers said to us: Be careful and don't talk to any worker“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:16:35–6#).

Im Gegensatz zu anderen Kolleg*innen, die mit Fakten durchaus „lockerer“ umgingen, wie er sagt, weiß er um die Relevanz einer professionellen Vorgehensweise. Nur so kann er Konflikte mit den Gatekeeper*innen vermeiden; nur mit gründlicher Recherche und intensiver Informantenpflege ist es möglich, kritische Berichterstattung zu Migration zu forcieren. Er dürfe schlichtweg keine Angriffsfläche bieten, sagt er, sonst könne er über Nacht seinen Job verlieren. Viele anderen Kolleg*innen verfügen über weniger Erfahrung als er und können daher nicht einschätzen, wie sie kritische Themen platzieren können. Stattdessen entscheiden sie sich für eine Form des kooptierten „Event-Journalismus“, um mögliche Risiken zu vermeiden. Dazu führen u. a. unzureichende universitäre oder private Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und daraus resultierende fehlende ethische und moralische Sensibilisierung für kritischen Journalismus.¹¹¹

Um die mediale Irrelevanz von Migration zu überwinden, müssen die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen immer wieder interessante und neue Blickwinkel und Geschichten in ihrer Berichterstattung finden, sagt MAH_LAH:

„The media only talks about news that are sensational enough. Migration is no sensational issue. It does not make headlines. Normally, these people and their families are not well educated and very poor, so they don't have access

¹¹¹ Zwar stieg im Zuge der Medienliberalisierung die Zahl der Journalist*innen bis 2010 von 2.000 auf 17.000, doch ihre Arbeitserfahrung liegt unter drei Jahren und das Durchschnittsalter sank zwischen 2002 und 2010 von 43 auf 27 Jahre (vgl. Mezzera/Sial 2010: 38). Im Zuge dieser Entwicklung benötigten die neu gegründeten TV-Anstalten eine Fülle an Personal und warben mit der Aussicht auf höhere Gehälter Journalist*innen aus dem Printbereich ab. Deren mangelnde Erfahrung bei Präsentation und Recherche im TV-Bereich habe jedoch zu einem Qualitätsverlust geführt (vgl. Mezzera/Sial 2010: 39).

7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen und Marginalisierung der Migranten:

to media or to journalists. Thus, their stories are being unheard so far“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:28:39-0#).

Dabei begeben sie sich auf einen schmalen Grat zwischen Kreativität und Sensationsjournalismus. Dies gelingt vielen Journalist*innen nicht, da sie weder über die entsprechende Ausbildung noch die notwendige Erfahrung verfügen. Deswegen bewegt sich die Berichterstattung über Migration hauptsächlich in Extremen und stellt Einzelschicksale in Form von „soft stories“ heraus, ohne die Hintergründe, die strukturelle Gewalt oder die systemische Benachteiligung von Migranten und die sozialen Implikationen für die Angehörigen zu thematisieren.

7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen und Marginalisierung der Migranten: „Für ihre Misere sind sie selbst verantwortlich“

Für die meisten Öffentlichkeitsakteur*innen steht fest: Innerhalb des pakistanischen Mediensystems werden die Migranten selbst für ihre Misere verantwortlich gemacht, so stellvertretend der Journalist SIA_LAH:

„The labour migrants have a very negative image also here in the media. They are perceived as poor drug traffickers, as criminals who are doing harm to the good friend and partner Saudi Arabia“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:35:54-7#).

Es herrscht häufig die Haltung vor, die zu Auswanderung führenden Faktoren wie wirtschaftliche Perspektivlosigkeit sowie die prekären Verhältnisse im Empfängerland nicht auf die jeweiligen Regierungen und rechtlichen Bedingungen zurückzuführen, sondern den Migranten „zuzuschreiben“, führt der Journalist HAY_ISL die Aussagen seines Kollegen aus (vgl. Interview, 24.02.2016, Islamabad). Dieses Narrativ manifestiert hierarchisiertes Klassendenken und schließt Migranten als mediale Außenseiter von allen öffentlichen Arenen aus. Innerhalb des Mediensystems werden sie nicht mehr wahrgenommen, da sie nicht als integrierte Mitglieder der pakistanischen Gesellschaft akzeptiert werden, bestätigt auch der Menschenrechtsaktivist REH_LAH von der HRCF.

„The media perceive migrants as fools. They think that it’s the decision of the migrants to leave their country. Thus, they don’t have to complain about difficult circumstances. It’s a lack of solidarity towards our own people. There is a complete lack of fellow feeling“ (Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:39:28-8#).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Die sozialen Unterschiede und das Streben nach gesellschaftlicher Reputation haben mittlerweile eine solch dominante Rolle eingenommen, dass Empathie und Mitgefühl für wirtschaftlich benachteiligte Gruppierungen wie den Migranten kaum noch existent sind. Diese Stereotypisierung und Stigmatisierung der Migranten wollen viele der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen – wie SOH_ISL vom MRC Islamabad – jedoch nicht akzeptieren:

„They don't deserve to be treated in that way regardless of how the migrants themselves perceive their destiny. I cannot find a single reason within me to justify the way they are treated“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:22:58–6#).

Er führt die strukturellen Missstände in der pakistanischen Migrationspolitik auf die ignorante „touchy bourgeois class“ zurück, die sich nicht um die Interessen und Sorgen der Migranten kümmert, sondern nur den eigenen Status sichern will (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:26:38–0#). Gleichzeitig resultieren die fehlende Solidarität der Gatekeeper*innen mit den Migranten und die Stigmatisierung als Alleinverantwortliche ihrer Misere in einer passiven und destruktiven Haltung gegenüber dem Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen. So werden sie von vielen politischen Gatekeeper*innen als „Querulanten“ denunziert, da sie sich mit den Lebensverhältnissen der Migranten beschäftigen, anstatt sich mit nationalen Probleme wie Kinderarbeit oder Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Daraus entsteht ein Konfliktverhältnis zwischen den untersuchten Akteur*innen und politischen Gatekeeper*innen, die sich gegenseitig misstrauen. Dies beeinträchtigt auch die alltägliche Zusammenarbeit, wie am Beispiel des MRC deutlich wird: So habe die Regierung dem MRC zwar zwei Ministeriumsmitarbeiter*innen zugewiesen, die auf staatlicher Seite die ILO-Initiative unterstützen sollen, wie der Leiter des Zentrums in Lahore betont.

„But at the end of this year, me and my staff will be out of this funding. Afterwards, the government has to run the initiative. It has to be institutionalized but until now, it's only a drop in the ocean. It cannot be sustainable because there is no strategy behind it. (...) These colleagues hardly visited my institute. They hardly come and ask me ‚Sir, can I do something for you?‘“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:44:25–8#).

„We don't want to implement the project alone, it should be realized together or even by the government. It is just an incentive by ILO to attract the government to do more for labour migrants. It must be seen as a bigger, as a long-term investment. But this is not the approach of the project. It's more an activity and I know that I'll have to leave the project in September. What is happening afterwards? I really don't know, the government is in charge of

7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen und Marginalisierung der Migranten:

the future. It was only a kick-off“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:43:37–3#).

Auf Regierungsseite werden externe Geber wie die ILO oder IOM oftmals mit Skepsis betrachtet. Die Gründe dafür liegen in einem anti-westlichen Diskurs sowie der Angst vor neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen bzw. drohendem Kontrollverlust, wie mir während des Gesprächs mit einem Vertreter des MOP verdeutlicht wird:

„Die internationalen Geber implementieren Programme nur nach deren Willen. Sie erstellen Hochglanzbroschüren und organisieren nette Konferenzen, aber die eigentliche Arbeit überlassen sie anderen. Es geht hier auch darum, wie man Migration definiert und welche Regeln angelegt werden. Wir orientieren uns an unserer Definition und an unseren Bedürfnissen, die Geber tun dasselbe, sodass es hier Unterschiede bei der Bewertung der Prioritäten gibt“ (IQB_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, Gedächtnisprotokoll).

Diese Missverständnisse, gegenseitigen Vorwürfe und Vorbehalte erschweren eine engere Zusammenarbeit zwischen den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen und pakistanischen Regierungsinstitutionen, wie BUK_LAH vom MRC frustriert bestätigt:

„We went to the Protector of Immigrants and said to him: We don't want to do something which conflicts your interests. We only want to support you. We only want to train 500 future migrants every day to prepare them for the situation in the destination country. We want to help your trainers, develop the course and deliver the materials in order to professionalize the orientation. If you don't have the human resources, just tell me and I'll send my staff. He was not interested. He has never been in any of my meetings. He said: I don't like this initiative“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:48:53–3#).

Interviewer: “Is it frustrating?”

„Yes, it is. I don't know why he is not interested. I only want to support him and only want to provide him with information. This is only in the interest of the people of Pakistan but he don't like it at all“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:49:53–9#).

Diese Frustration zeigt sich auch bei Repräsentant*innen der HRCP, deren Aufgabe es ist, Beschwerden von Migranten oder ihren Angehörigen an die zuständigen Behörden weiterzuleiten und darauf zu drängen, sich für den jeweiligen Fall einzusetzen. Dabei handelt es sich in der Regel um Verstöße der Bürger gegen die Vertragsvereinbarungen, körperliche oder mentale Misshandlungen, Entzug von medizinischer Versorgung, dem Verbot, im Krankheitsfall einen

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Arzt aufzusuchen oder den zugesagten Heimaturlaub anzutreten. Leitende Mitarbeiter*innen des HRCP haben in der Vergangenheit die relevanten Regierungsstellen immer wieder gedrängt, diesen Beschwerden nachzugehen und sich mit den saudischen Behörden in Verbindung zu setzen – ohne Erfolg:

„The only thing we can do is to commission the government to do that or the other. We can positively intervene but not very much because the government is so sure of its own wisdom. They do not listen to us. We sent complaints from the migrants to the ministry but they didn't react (...) It's very depressing, the situation is very depressing and it's very hard to sustain optimism if something good might happen“ (REH_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:34:25–6#).

Diese Ignoranz der Regierung sei respektlos und verdeutliche, welche gravierenden Missstände in der pakistanischen Migrationspolitik vorherrschen würden, so REH_LAH. Er bemängelt vor allem, dass er bei den betreffenden Personen aufgrund seiner Position zwar bekannt sei, trotzdem aber nicht ernstgenommen werde. REH_LAH gilt bei vielen der von mir interviewten Akteur*innen als bekannte Ikone der Zivilgesellschaft, als respektierte Persönlichkeit und als langjähriger Pionier beim Aufbau des HRCP. In einer hierarchisierten Gesellschaft, in der das Senioritätsprinzip vielfach Zugänge zu einflussreichen Gatekeeper*innen eröffnen kann, werden exzellent vernetzten und erfahrenen Personen wie REH_LAH umfangreiche Einflussmöglichkeiten zugeschrieben. Doch offenbar reicht selbst seine soziale Reputation nicht aus, um migrationsspezifische Themen in seinem Sinne bei den Gatekeeper*innen zu adressieren.

Ähnlich wie REH_LAH fühlen sich auch andere untersuchte Akteur*innen machtlos gegenüber der pakistanischen Regierung. Selbstverständlich sei diese in der Lage, z. B. mehr Druck auf die politische Führung in Saudi-Arabien auszuüben und sich für die benachteiligten Migranten einzusetzen, doch es fehle schlichtweg der politische Wille, wie BEL_LAH vom JPP mit emotionalen Worten ausführt:

“Of course, they can. They don't want to. This is *bullshit. Bullshit*. Malaysia and Sri Lanka have pressured Saudi Arabia to improve the job conditions for migrants and Saudi Arabia had accepted these demands. What would Saudi Arabia do? Do they really clean their own children schools? What are we talking about? (haut mit der Faust auf den Tisch, Anm. d. Verf.) They don't do that“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:34:21–6#).

BUK_LAH äußert ähnliche Kritik wie BEH_LAH, formuliert diese aber sachlicher: Zwar leide die pakistanische Migrationspolitik unter gravierenden Mängeln, dies liege jedoch nicht an fehlenden Konzepten, sondern an der mangel-

7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen und Marginalisierung der Migranten:

haften Umsetzung. Damit bezieht er sich auf den vorgelegten Entwurf der „National Policy for Overseas Pakistanis“ aus dem Jahr 2009 (vgl. [Kapitel 6](#)). Darunter leidet auch seine Arbeit beim MRC:

„I am working for that center for six months and the Ministry never came here and asked what I’m doing. They even don’t send me a presentation about their plan for the future. Nothing“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:42:23–3#).

“The people don’t see the process, they only want to see the outcome. For them, it’s one year training to become a manager, to become important. They are not interested in the program itself, they only want to personally benefit from it. Washington will talk to you, ILO will talk to you, because you’ll be the person who is in charge when I left. But this is the wrong way. They are only looking for short-term objectives“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:46:12–1#).

Diese kurzfristige Sichtweise politischer Vertreter*innen zeigt aus seiner Sicht symptomatisch die gravierenden Missstände des politischen Systems Pakistans, welches durch Eigennutz, Egoismus und erratices Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung dominiert werde. BUK_LAH selbst schäme sich für seine desillusionierte Einschätzung, da er damit seine pakistanischen Landsleute beleidige. Gleichzeitig muss er jeden Tag mit Regierungsinstitutionen zusammenarbeiten, da er auf deren Unterstützung angewiesen ist.¹¹²

„Of course, it’s disillusioning when people in the ministry tell me: It’ll not work. There going to be challenges (...) Right now, we are just facilitating or just collecting information. But as we grow and as the government of Pakistan is beginning to prioritize migration policy and convince their embassies to work pro-actively, we can achieve a lot. But the first year will be a real struggle. And after one year, the initiative goes to the ministry and the donors move out. You can really imagine what will happen when the government of Pakistan will take over... (lacht)“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:30:45–2#).

Zu dieser politischen Inaktivität der Regierung trägt auch die langjährige Erfahrung Pakistans als Empfänger in der Entwicklungszusammenarbeit bei. Daraus hat sich aus Sichtweise einiger Öffentlichkeitsakteur*innen eine „Nehmermentalität“ herausgebildet: Extern bereitgestellte Unterstützung werde als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Dies nutze die Regierung aus, indem sie mit ihrem Image als instabiler Unsicherheitsfaktor kokettiere, um externe

¹¹² Das MRC ist eine durch die ILO eingerichtete Initiative und kann ohne die rechtliche Akzeptanz durch die pakistanische Regierung nicht wirken.

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Finanzmittel zu generieren, so der Menschenrechtsaktivist HNA_LAH (Interview, 23.01.2016, Lahore). Als Konsequenz sei eine Bequemlichkeit entstanden, sich nicht eigeninitiativ um die Belange der Migranten sorgen zu wollen, sondern diese Aufgabe der ILO oder anderen internationalen Gebern zu überlassen. Dieser politische Unwille habe mittlerweile auch bei den Migranten selbst zu einer fatalistischen Einstellung geführt, betont HAY_ISL vom MRC in Islamabad: „It’s also about the social hierarchy because they don’t see themselves in a position to fight for their rights. They don’t have the confidence to ask questions. They don’t do it“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:07:03–0#).

Das stigmatisierende und exkludierende Narrativ ist also so wirkmächtig, dass sich die Migranten selbst als Teil des Problems betrachten und daher oftmals unrechtmäßige Behandlungen durch ihre Bürgen, die Rekrutierungsagenturen oder die pakistanische Regierung klaglos hinnehmen. HAY_ISL empfindet diese Resignation als wichtigste Herausforderung ihrer Arbeit: Das Gefühl der Migranten, die Sündenböcke der Nation zu sein, müsse sich ändern, sagt sie kämpferisch, ist sich aber bewusst, dass die soziale Kultur der Ver- und Missachtung der Migranten notwendigen Fortschritten entgegenstehe (vgl. HAY_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:39:56–6#).

Trotz dieser bestehenden Probleme in der Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen schildern einige der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aber auch positive Erfahrungen: So ist es BUK_LAH nach eigener Aussage gelungen, bei mehreren Besuchen im Ministerium die zuständigen Kolleg*innen von der Sinnhaftigkeit seiner Arbeit zu überzeugen und sie zu motivieren, sich für das MRC einzusetzen. Dies habe zwar Geduld und Ausdauer, Empathie und Rücksichtnahme sowie eine gewisse Demut erfordert, doch schließlich habe es sich in einer vertrauensvolleren Zusammenarbeit niedergeschlagen. Als Ergebnis dieser personalisierten Netzwerke plant das MRC durch die Provinzregierung des Punjabs finanzierte Fort- und Weiterbildungseinrichtungen, Orientierungskurse und sogenannte „Pre-departure training sessions“ für zukünftige Migranten einzurichten und durchzuführen, wie vom National Programme Officer of the South Asia Labour Migration Governance Project in Pakistan (SALM) des MRC bestätigt wird:

„I have already signed an agreement with the Punjab Vocational Council with 200 premises all over Punjab. We agreed that I can visit all these centers to inform them about our activities. They can collect all the students who are willing to go abroad and we can have a short orientation workshop of two to two and a half hours. We just brief them about the migration process. I also like to sign an agreement with TEVTA. I want to give them a plan for the next 3–4 months. It’s also about training and orientation sessions. We will distribute the booklets we gave you earlier to the participants.

7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper*innen und Marginalisierung der Migranten:

Thus, they can read those booklets as soon as they have arrived in Saudi Arabia or Dubai“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:02:17–7#).

Die geplante Zusammenarbeit mit TEVTA soll ein weiterer Meilenstein werden. So erklärt die zuständige TEVTA-Mitarbeiterin NAD_LAH, bereits mehrmals von BUK_LAH kontaktiert worden zu sein, um Möglichkeiten der gemeinsamen Aktivitäten zu evaluieren:

„In the past, ILO did not have much linkages with us and the public sector. But now, they are contacting us and we are in close contact. I don't know the reason why this has changed. (Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:29:21–5#).“

Bislang sei kaum bekannt gewesen, welche nichtstaatlichen Organisationen zu Migration gearbeitet hätten, doch dies ändere sich auch durch das persönliche Engagement von BUK_LAH. Ihm sei es zu verdanken, dass innerhalb von TEVTA darüber nachgedacht werde, regelmäßige Orientierungskurse für zukünftige Migranten einzurichten, sich dabei auf die Materialien des MRC zu beziehen und Mitarbeiter*innen wie BUK_LAH als Gastdozent*innen einzuladen. Motiviert durch diese positive Erfahrung der Zusammenarbeit betrachtet sie es als ihre persönliche Verpflichtung, ähnliche Kooperationen auch mit anderen Akteur*innen zu etablieren (vgl. NAD_LAH, Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:19:55–1#). Dementsprechend ist es ihr Ziel, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um im Weiter- und Ausbildungsbereich Migranten zu unterstützen und zu fördern. Bislang emigrierten erst 540 am TEVTA vorbereitete Migranten für sechs bis neun Monate in die arabischen Golfmonarchien, davon 30–40% nach Saudi-Arabien. Diese Anzahl will sie in Zukunft auch durch die Zusammenarbeit mit dem MRC erhöhen.

Die Gründung der MRC und des RC in Karachi zeigen, dass sich die geberbasierten Vorhaben zu Migration in den letzten Jahren in Pakistan ausgeweitet haben: Beide Einrichtungen sind die ersten migrantenorientierten Projekte von ILO und IOM in Pakistan und können damit als Leuchtturmprojekte definiert werden. Vor diesem Hintergrund hoffen pakistanische NRO, von dieser Entwicklung zu profitieren, immerhin sind sie auf Mitgliedsbeiträge, Spenden oder externe finanzielle Unterstützung angewiesen. Dies führt allerdings häufig zu der Situation, sich bei der Projektimplementierung nach den Forderungen und Vorstellungen der unterschiedlichen Geber richten zu müssen, worunter in der Vergangenheit die migrationsfokussierten Kampagnen der NRO litten, die aus Gebersicht nicht als förderungsfähig galten, betont HAM_LAH von der Muttahida Labour Federation in Lahore.

„Of course, we think about doing something on migration but we didn't so far. The NGO don't have the money for such activities. The donors decide

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

what activities we can work on. It's not our own decision. Therefore, we didn't do something on migration so far" (Interview, 04.02.2016, Lahore, #00:24:00-0#).

Deswegen fehlten den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in der Vergangenheit die notwendigen Projektmittel, um in diesem Bereich eigenmächtig aktiv zu werden. Das gewachsene Interesse externer Geber und die Gründung der MRC könnten dies ändern und dazu führen, dass die untersuchten Akteur*innen zusätzliche personelle, logistische und institutionelle Kapazitäten aufbauen können, um ihre Aktivitäten zu Migration auszuweiten und zu verstetigen. Diese Entwicklung könnte sie zum ersten Mal in die Situation versetzen, konzeptionell und medienöffentlich zu Migration zu arbeiten. Andererseits könnten sich aber bestehende Abhängigkeitsverhältnisse zu eben jenen Unterstützern noch manifestieren. Hinzu kommt, dass sich das Interesse externer Geber an migrationspezifischen Themen in Zukunft wieder reduzieren könnte. Dies hätte einen Einbruch der Fördermittel und damit einen Rückgang der migrationsorientierten Projekte der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeitsakteur*innen zur Folge.

7.4 Zwischenanalyse

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen sich in einem fragmentierten und limitierten Mediensystem, welches die Sichtbarkeit von Migration nach Saudi-Arabien begrenzt. Der Zugang zum Teilbereich medialer Öffentlichkeit zu Migration wird kontrolliert von Gatekeeper*innen aus Politik, dem Sicherheitsbereich oder den Medien, die in unterschiedlicher Form Einfluss auf die untersuchten Akteur*innen nehmen, indem sie Repression ausüben, Kooption einfordern und Ressourcen verknappen oder ausweiten. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis des Mediensystems vom Staat limitiert somit öffentliche Räume und Netzwerke und charakterisiert das pakistanische Mediensystem als regulierte Öffentlichkeit, in der die Referenzrahmen des Sagbaren von staatlicher oder kommerzieller Seite gesetzt werden. Diese strukturellen Charakteristika des pakistanischen Mediensystems, die sich in verstärkter Kommerzialisierung, in „Event-Reporting“, der Irrelevanz von Migration in der Öffentlichkeit und sozialer Hierarchisierung niederschlagen, beeinträchtigt die Wirkweisen der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, die diese von den Gatekeeper*innen gesetzten Zugangsbarrieren herausfordern wollen und sich damit in einem volatilen Umfeld bewegen. Persönliche Motivation fungiert bei allen untersuchten Akteur*innen als wesentliche Triebfeder, sich trotz der erschwerten Rahmenbedingungen kritisch mit Migration nach Saudi-Arabien zu beschäftigen. Sie

betrachten ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nicht nur als obligatorische Pflicht im Rahmen ihrer beruflichen Aufgabe, sondern auch als persönliches *issue*, da sie sich in der moralischen Verantwortung sehen, aufgrund ihrer privilegierten beruflichen und sozialen Position den „unterdrückten Migranten“ zu helfen, wie sie es ausdrücken. Diese individuelle Motivation schlägt sich häufig nicht nur in leidenschaftlichem Engagement für die Migranten und ihre Angehörigen nieder, sondern richtet sich auch in unterschiedlicher Vehemenz gegen das politische System und die dominierenden Gatekeeper*innen.

Aus Sichtweise vieler Öffentlichkeitsakteur*innen wird die fehlende Sichtbarkeit von kritischen Aspekten des Migrationsprozesses auf mangelndes Verantwortungsbewusstsein, auf strukturelle Probleme innerhalb des Verwaltungssystems sowie auf Ignoranz der politischen Gatekeeper*innen zurückgeführt. Die Verfehlungen innerhalb der pakistanischen Migrationspolitik limitieren daher die persönlichen und institutionellen Zugänge der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu den Gatekeeper*innen. Trotz ihres persönlichen Enthusiasmus stoßen sie auf massive Gegenwehr, die Anliegen der Migranten im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit platzieren zu können, was zum einen zu hoher Frustration, zum anderen zu prekären Arbeitsbedingungen geführt hat, welche von intensiven Bemühungen geprägt sind, die persönlichen Kontakte zu oftmals kooperationsunwilligen Gatekeeper*innen herzustellen. Dieses Engagement bündelt knappe personale und finanzielle Kapazitäten und verzögert somit die eigentliche Arbeit mit den Migranten und zu Migration. Weiterhin beeinträchtigt der Balanceakt zwischen notwendiger Kompromissbereitschaft und limitiertem Aufbegehren gegen die Dominanz der politischen Gatekeeper*innen den beruflichen Alltag der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen.

Dennoch zeigen sich auch einige Fortschritte, immerhin konnten durch enormen persönlichen Einsatz erste Netzwerke und damit Zugänge etabliert werden, was auf eine sich ändernde und schrittweise öffnende Arena zu Migration hinweist. Dieser Prozess wird durch das wachsende Interesse neuer Akteur*innen und Institutionen an migrationsrelevanten Themen forciert.

Im folgenden Kapitel soll davon ausgehend untersucht werden, wie sich diese komplexen Rahmenbedingungen auf die Medienpraktiken und -strategien der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auswirken und mit welchen Instrumenten sie versuchen, Migration kritisch sichtbar zu machen.

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen: Instrumente zur Herstellung von Sichtbarkeit in der öffentlichen Arena zu Migration

*„Insbesondere der Besuch bei der NRO Justice Project Pakistan war inhaltlich sowie atmosphärisch mit Sicherheit ein bisheriger Höhepunkt meiner Reise. Deren Arbeit für den anwaltlichen und humanitären Schutz von inhaftierten pakistanischen Staatsbürgern im Ausland, darunter auch Saudi-Arabien, kann für meine Arbeit eine entscheidende Funktion als Beispiel eines idealen Öffentlichkeitsakteurs darstellen (...). Die Kolleg*innen, bei denen es sich hauptsächlich um Anwält*innen, aber auch Sozialwissenschaftler*innen handelt, begeben sich bei ihrer Parteinahme für betroffene Familien und ihrem Gang in die Öffentlichkeit durchaus in eine gewisse Gefahr“ (Auszug aus meinem Forschungstagebuch, Lahore, 17. Februar 2016).*

In den Kapiteln 5–7 wurde die Arena der pakistanischen Öffentlichkeit zu Migration, in der sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen oder zu der sie Zutritt erhalten möchten, aus akteurszentrierter Sichtweise auf drei Ebenen analysiert, um zu verdeutlichen, mit welchen Zugangsproblemen, Hindernissen und kontrollierenden Gatekeeper*innen sie sich auseinandersetzen müssen. Aus ihnen konstituiert sich die Arena pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration, in der die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen agieren und Migration sichtbar machen wollen.

Im folgenden Kapitel soll vor diesem Hintergrund untersucht werden, mit welchen Praktiken, Strategien und Instrumenten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aus Zivilgesellschaft, Journalismus und internationaler Organisationsstruktur auf unterschiedlichen Wegen versuchen, Zugang zur medialen Arena zu Migration zu erhalten, wie sie ihre *issues* in der Themenöffentlichkeit platzieren, wie sie mit den Gatekeeper*innen kooperieren oder die Konfrontation suchen, um ihre kritischen Aspekte zu Migration auszuhandeln, welches Agendasetting sie betreiben und wie sie ihre Anliegen framen.

Dies geschieht zumeist über zwei medienstrategische Ansätze: Zum einen sollen die zukünftigen Migranten und ihre Angehörigen in Form von Orientierung und Informationsvermittlung praktisch unterstützt und dieses Bestreben in einer medialen Öffentlichkeit als zu diskutierendes Thema verankert werden. Zum anderen richtet sich die Arbeit der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in Form von Agendasetting und Framing explizit an traditionelle Sprecher*innen

bzw. Gatekeeper*innen der Arena pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration. Beide Ansätze sind wechselseitig miteinander verknüpft und werden durch journalistische Berichterstattung unterstützt und ergänzt.

Um dieses komplexe Beziehungsgeflecht aufzubrechen, werden in [Kapitel 8.1](#) Praktiken und Strategien vorgestellt, mit denen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ihrer „Schutzverantwortung“ gegenüber den Migranten nachkommen wollen, was anhand konkreter Initiativen, Kampagnen und Projekte untersucht wird. Die untersuchten Akteur*innen wollen ihrer sozialen, politischen, individuellen und institutionellen Verantwortung gerecht werden, um somit den Migranten in der Öffentlichkeit eine Stimme zu verleihen. Weiteres Ziel ist die Selbstertüchtigung bzw. die Orientierung der Migranten vor ihrer Ausreise ([Kapitel 8.2](#)): Abgeleitet aus der selbstdefinierten „Schutzverantwortung“ gegenüber den Migranten entwickeln die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen Handlungspraktiken, um einerseits das bestehende Unwissen der Migranten über ihre Lebenswirklichkeiten im Empfängerland zu beheben und andererseits mit ihrem Engagement die Sichtbarkeit solcher Themen in der von mir untersuchten Arena pakistanischer Öffentlichkeit zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es allerdings dem engen Austausch mit traditionellen Gatekeeper*innen. Es ist daher Teil der Strategie der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, kreative und alternative Wege zu finden, um trotz der Sensibilität des Themas personale, institutionelle und kommunikative Netzwerke zu pakistanischen Regierungsvertreter*innen zu etablieren. Damit wollen sie als neue Sprecher*innen in der Arena der von mir untersuchten pakistanischen Öffentlichkeit Zutritt und Gehör erhalten. Wie dies erreicht werden soll, wird in [8.3](#) diskutiert. Weiterhin wird in [Kapitel 8.4](#) analysiert, mit welchen Praktiken die untersuchten Akteur*innen den Austausch mit Vermittler*innen suchen, um in der Arena der Öffentlichkeit zu Migration ihre Vorhaben und Interessen öffentlich zu platzieren. Dazu soll die bessere Vernetzung untereinander beitragen, um ihre Anliegen als neue Sprecher*innen sicht- und hörbar werden zu lassen, Synergien zu schaffen und sich gegen die traditionellen Gatekeeper*innen zu behaupten. In [Kapitel 8.5](#) werden Pläne und konkrete Maßnahmen zu einer solchen Netzwerkbildung vorgestellt.

8.1 Schutzverantwortung gegenüber den Migranten: „Talk about the protection of your people“

„Migrant (...) workers are first and foremost portrayed as victims, duped by agents and exploited and mistreated by employers“ (Moors et al. 2009). Diesen Zustand wollen alle von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen verändern: Demzufolge erfährt ihre „Schutzverantwortung“, wie es der Vertre-

8.1 Schutzverantwortung gegenüber den Migranten

ter des MRC in Lahore nennt („our responsibility to protect“, BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore), gegenüber den Migranten eine omnipräsente Bedeutung in ihrer alltäglichen Arbeit. Zum einen sollen die Migranten befähigt werden, ihre Probleme im Empfängerland selbst zu lösen oder zu vermeiden, auf die prekären Lebensbedingungen vorbereitet zu sein und nach ihrer Rückkehr Unterstützung bei der Integration zu erhalten. Zum anderen richten sich die Aktivitäten der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen explizit an die traditionellen Sprecher*innen innerhalb der medialen Arena von Öffentlichkeit zu Migration. Beide Ziele versuchen die untersuchten Akteur*innen mit unterschiedlichen Kampagnen, Projekten und Veranstaltungen zu erreichen, wie der Journalist TSH_LAH beobachtet und anregt:

„There should be awareness campaigns, there should be a training program, there should be seminars, there should be provided loans that they can build their own small business that they don't have to go abroad. When migrants came back, their property was grabbed by other relatives. They lost all their belongings. When people come back after 20 years in Saudi Arabia, they were betrayed by others who say: Give me 500 Rupees in order to help you. I know a number of persons who have been treated in this way. They lost their money, they lost everything because they are not familiar with the current environment of Pakistan. They are not able to deal with the travel agencies or government departments because they are still mentally living in Saudi Arabia but are physically back in a homeland they don't know anymore. It is not easy for them to return and integrate into a complete changed environment“ (Interview, 11.02.2016, Lahore, #00:32:57–5#).

JPP setzt sich aktiv dafür ein, auf die prekären Arbeitsbedingungen von Migranten in Saudi-Arabien in Form von öffentlichen Kampagnen hinzuweisen, so die Direktorin, denn:

„We do believe that protection starts from home. If you don't talk about the protection of your people how do you expect other countries to do more?“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:30:57–4#).

JPP begann im Jahr 2014 sein Engagement zu Arbeitsmigration in die arabischen Golfmonarchien: Am 3. Dezember übergaben Mitarbeiter*innen von JPP eine Petition an den Lahore High Court in der Provinz Punjab im Auftrag der Familien zehn inhaftierter Migranten. Damit sollte auf das Scheitern der bisherigen Migrationspolitik der pakistanischen Regierung hingewiesen werden, wie ein interner Bericht konstatiert (JPP, Migrant Workers Project). Im Herbst 2015 wurde die Kampagne „Bring them back“ als Fortsetzung der ein Jahr zuvor begonnenen Aktivitäten initiiert, um die „Schutzverantwortung“ für inhaftierte Migranten in Saudi-Arabien weiter zu professionalisieren und zu medialisieren.

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

Auf der Homepage des JPP findet man die entsprechenden Hintergrundinformationen zu dieser Kampagne:

„Millions of Pakistani migrant workers are living abroad to earn their livelihoods, they are a major contributor to Pakistan’s foreign exchange deposits. But not all of them are breathing free air; many of them end up in jails. There were 8597 Pakistani citizens in jails worldwide until 2014. Out of these 2393 are prisoned in Kingdom of Saudi Arabia alone. These prisoners, kept in callous conditions, have no access to their families, neutral translators and lawyers. They are deprived of their right to contact their respective consulate and fair trial. As Pakistan lacks a codified policy on consular support for its citizens imprisoned abroad many of these prisoners are facing an imminent threat of being executed. Saudi government has executed 40 Pakistani migrant workers since 2014. It should be noted that many Pakistani prisoners waiting for consular support are victims of drug trafficking, who were forced or coerced to traffic drugs” (JPP, Prisoners Abroad).

Darüber hinaus werden die Forderungen von JPP formuliert:

„The government has yet to formulate a codified policy on consular support. In response to a Lahore High Court petition filed by JPP on behalf of 10 migrant workers, the Pakistan government submitted a set of diffused ‘guidelines’ that it adheres to when dealing with cases of Pakistani prisoners. These are not readily disseminated or made available for the public, leading to a lack of understanding among officials and next to no awareness for prisoners about their rights. The government of Pakistan should formulate and implement a unified policy on consular support for imprisoned Pakistanis. Pakistan should immediately and forcefully represent on behalf of detained migrant Pakistani workers“ (JPP, Prisoners Abroad).

Ziel des Agendasettings war es, auf der eigenen Webseite sowie über soziale Netzwerke wie *Twitter* unter dem Hashtag *#justiceformigrantworkers* und *Facebook* über konkrete individuelle Fälle von Inhaftierungen zu informieren, die Haftumstände aufzuklären, die Unrechtmäßigkeit des Strafverfahrens zu thematisieren und die sozialen Implikationen für die Angehörigen darzustellen. Thematisiert wurden vor allem drei gravierende Missstände: Erstens wurden die Haftbedingungen in Empfängerländern von Migranten wie Saudi-Arabien mithilfe des folgenden Slogans bemängelt: „Convicted Pakistanis are executed without any information given to their families nor are their bodies delivered home.“ Zweitens verfolgte JPP die Absicht, auf die fehlende politische Unterstützung für im Ausland inhaftierte pakistanische Staatsbürger hinzuweisen, womit die mangelhafte pakistanische Migrationspolitik und die Verfehlungen der Regierung kritisiert wurden. Damit sollte ihr Anliegen einer neuen Rahmung unterworfen werden, um bestehende öffentliche Sichtweisen und Narrative herauszufordern bzw. zu dekonstruieren: „Detained Pakistanis are not pro-

vided free legal counsel nor given access to impartial translators.“ Zuletzt rückte JPP auch die kriminellen Machenschaften der Rekrutierungsagenturen in den Fokus ihrer Medienstrategie, indem vor allem auf den bereits analysierten erzwungenen Drogenschmuggel hingewiesen wurde: „Most convicts: Poor, uneducated men are duped and tortured by travel agents into carrying drugs.“

Mithilfe dieses auf prägnanten Slogans basierenden Agendasettings, welches sich vor allem auf soziale Netzwerke wie *Twitter* und *Facebook* sowie auf die eigene Homepage konzentriert, zielen die Initiatoren der Kampagne darauf ab, öffentliche Unterstützung und mediale Aufmerksamkeit zu schaffen. Es sollten Spenden generiert werden, indem das Solidaritätsgefühl und die Empathie der adressierten Konsumenten geweckt wurden. Dabei rekurierte JPP u. a. auf die religiöse Verpflichtung des Almosengebens (*zakāt*), die als eine der fünf Säulen des Islams für alle Muslime als verpflichtend gilt. Da JPP in seiner Medienstrategie und seinem Engagement ansonsten keine religiösen Diskurse bediente oder mitprägte, wurde mit der Bitte um *zakāt* für Bedürftige ein neuer Aspekt innerhalb ihres Agendasettings virulent. Die Aufforderung, das zur Verfügung gestellte Geld der Spender könne Leben verändern, sollte einerseits die soziale Verantwortung eines/r jeden pakistanischen Muslim*^a adressieren, andererseits auch eine direkte Verbindung zwischen der muslimischen Mehrheitsgesellschaft und den benachteiligten Mitbürgern herstellen, die im Glauben vereint und daher schutzbedürftig sind. Die soziale Hierarchie sollte durch diese Ansprache aufgehoben bzw. reduziert werden, um ein Gefühl der innergesellschaftlichen Solidarität herzustellen.

Weiteres zentrales Element der Medienstrategie des JPP ist die Organisation von öffentlichen Demonstrationen, an denen zumeist Angehörige der inhaftierten Migranten teilnehmen, um insbesondere vor dem Lahore High Court oder dem Lahore Press Club auf das Schicksal ihrer Familienmitglieder aufmerksam zu machen.¹¹³ Eine dieser Demonstrationen fand an einem sonnigen Dienstagnachmittag im Januar 2016 statt. Auf Initiative von JPP hatten sich etwa 20 pakistanische Männer, Frauen und Kinder vor dem Lahore High Court der Provinz Punjab versammelt. Dort demonstrierten sie mit Plakaten in Englisch und Urdu für die Freilassung ihrer männlichen Verwandten aus saudischer Gefangenschaft und hatten ihre eigene Verpflegung mitgebracht. Gelacht wurde selten, die Gespräche fanden gedämpft statt; die Anspannung und die men-

¹¹³ Zwischen 2014 und März 2018 wurden insgesamt 66 pakistanische Arbeitsmigranten wegen angeblichen Heroinschmuggels exekutiert (vgl. JPP/HRW 2018). Bis Dezember stieg die Zahl auf 88 (vgl. JPP 2018). Nach Informationen von JPP befanden sich im Dezember 2018 3.309 von insgesamt 11.000 weltweit inhaftierten Pakistanern und damit mehr als 30% in Saudi-Arabien in Haft (vgl. JPP 2018).

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

tale Belastung waren bei allen Anwesenden zu spüren. Im selben Jahr fanden weitere solcher Demonstrationen unter dem Slogan „Bring back our sons from Saudi jails“ statt (JPP 2016a; JPP 2016b). Im Rahmen dieser Demonstrationen sollte das Schicksal der inhaftierten oder exekutierten Migranten durch ihre Angehörigen sicht- und verhandelbar gemacht werden, indem sie sich unter Organisation der JPP direkt an einen Teil der pakistanischen Gatekeeper*innen – die Justiz – wandten. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten die Mitarbeiter*innen von JPP jedoch zuerst das Vertrauen der Angehörigen gewinnen, was aufgrund des vorhandenen Misstrauens gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen wie JPP, die bei den Angehörigen der Migranten als „Handlanger des korrupten Systems“ wahrgenommen werden, durchaus eine Herausforderung darstellte. Dies berichtet YAF_LAH, Mitarbeiter bei JPP, der sich persönlich um die Kontaktherstellung zu den Angehörigen bemüht hatte:

„The families are really reluctant to provide us with information because they didn't trust us in the beginning. You know, we are an NGO and they had bad experiences with recruitment agencies that took so much money from them“ (Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:06:44–3#).

Deswegen war es notwendig, dass die Mitarbeiter*innen von JPP behutsam vorgehen, um ihre „Klienten“, wie YAF_LAH die Angehörigen der Migranten nennt, zur Teilnahme an den Demonstrationen zu überzeugen. Im Vorfeld wurden dafür umfassende Recherchen durchgeführt, um die inhaftierten Migranten zu identifizieren, ehe mit den Familien die Arbeit aufgenommen werden konnte.

„For example, for the migrant workers people, we took a month of investigation to get in touch with those people. We get their families out of their villages and then we had a huge meeting with all the family members. All the investigators took all the information and then we prepare the information for the press“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:09:39–3#).

Dafür mussten zu Beginn respektierte und bekannte Kontaktpersonen im persönlichen Umfeld der Migrantenfamilien identifiziert werden, um über diese „Mittler“ (*middle persons*) Vertrauen für die Anliegen des JPP herzustellen. Bei ihnen handelt es sich zumeist um einflussreiche Personen wie Dorfälteste, Familienpatrone oder auch Geistliche der jeweiligen Gemeinden (*community leaders*). Ziel dieser vertrauensbildenden Maßnahmen war es, den Angehörigen Hoffnung und das Gefühl zu vermitteln, sie nicht mit ihren Sorgen allein zu lassen. Viele dieser Familien hatten seit Monaten nichts von ihren Angehörigen gehört. Dies führte zu mentalen Problemen bei allen Angehörigen, sodass JPP auch darauf einwirkte, in der Gemeinschaft das Leid der Ungewissheit und des Verlusts zu lindern.

Zu solchen Demonstrationen wurden auch Medienvertreter*innen von Presse und Fernsehen eingeladen, die im Rahmen dieses Medienevents betroffene Angehörige interviewten. Es war beabsichtigt, das Schicksal der pakistanischen Inhaftierten öffentlich sichtbar werden zu lassen, die Ohnmacht der Angehörigen gegenüber dem pakistanischen Rechtssystem zu artikulieren und mediale Berichterstattung zu generieren, wie YAF_LAH ausführt:

„Whenever we have a hearing at the Lahore High Court we make sure that we invite people from the media to come and report about the cases. We talk to the media and tell them what really happens in Saudi jails with our citizens. That’s how we try to pressurize the judiciary, the government, everyone... Because you know, media in Pakistan is extremely, extremely strong. They can sensationalize things (...)“ (Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:23:38–1#).

Das Schicksal der Migranten soll eine emotionale Reaktion der Rezipienten in Form von empathischer Solidarität, reaktivem Unverständnis und aktivem Engagement auslösen. Bestehende Narrative sollen mit diesen Aktivitäten neu „geframt“ werden.

An diesem Tag waren vier Fernsichtteams und drei Journalist*innen von pakistanischen Tageszeitungen zugegen, interviewten betroffene Familien und fotografierten die Demonstrant*innen und ihre Plakate. JPP nutzte im Anschluss die getätigten Interviewaussagen ihrer Klient*innen, um mediale Aufmerksamkeit für Einzelschicksale zu erregen, wie z. B. im Fall von Muhammad Nazir, dessen Bruder seit Jahren ohne Gerichtsprozess in Saudi-Arabien inhaftiert war. Dabei wurden seine Aussagen auf der *Facebook*-Seite von JPP in übersetzter Form in der Kommentarspalte präsentiert:

„I request Prime Minister Nawaz Sharif to help not only my brother but the hundreds of other Pakistanis in Saudi jails. These people are the sole breadwinners of their families. The reason they went abroad was so they could feed their families. Saudis don't care if Pakistanis are in their jails, and that is so because our government takes no action. They say Saudi Arabia is our friend. Is this friendship if they kill my brother when he is innocent?“ (JPP, *Facebook* 29.06.2016).

Und Haji Abdul Haq, Vater eines wegen Drogenschmuggels inhaftierten Migranten, äußerte sich ebenfalls gegenüber den anwesenden Medienvertreter*innen:

„We are very poor and belong to the labour class. We are not educated. Our son was the only bread winner for our family. He went to Saudi Arabia to earn money so that he can support us but he got trapped by the agents and was arrested at the airport for smuggling drugs (...) He was a modest pious

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

man who does not have any criminal record in Pakistan. We knocked at every door we could to get justice but no one helped us. Not even we were informed by the government regarding our son. We plead to the Pakistani government to help us and provide legal assistance to our children [in Saudi jails] and take action against the agent mafia” (JPP 2016a).

JPP zielt mit der Berichterstattung über solche Fälle darauf ab, neben allgemeinen Informationen zu den Haftbedingungen vor allem über persönliche Beispiele Nähe zu erzeugen, die Abstraktion des Phänomens anhand konkreter Einzelfälle zu reduzieren und somit die unrechtmäßige Behandlung pakistanscher Migranten sicht- und erfahbarer für das adressierte Publikum werden zu lassen. Dieses Agendasetting schlägt sich auch in den von JPP veröffentlichten Publikationen nieder: So werden z. B. in Interviewzitate mit Betroffenen die diskriminierenden Hafterfahrungen in der zweiten Ausgabe des Bulletins „Justice Bulletin: Plight of Migrant Workers“ aus September 2016 beschrieben. Darin berichtet Ramzan, Stiefbruder von Liaqat Ali, der 2015 in Saudi-Arabien wegen Drogenschmuggels verurteilt wurde, dass dieser vor seiner Ausreise von Rekrutierungsagenten gezwungen worden war, Drogen zu schlucken. Und „A.Q.“ spricht davon, nach seiner Inhaftierung in Saudi-Arabien mehr als 20 Mal verhört und mit Elektroschocks gefoltert worden zu sein. Anschließend hätten ihn die Vollzugsbeamten gezwungen, ein arabisches Geständnis zu unterzeichnen, welches er nicht verstanden habe (vgl. JPP 2016c: 2). Die Mutter des im Januar 2014 exekutierten Ibrar äußert ihr Unverständnis über die ausgebliebene Überstellung der Leiche ihres Sohnes: „If he has really been executed, then why hasn't his body been transferred to us as is customary in Islam?“ (JPP 2016c: 3). Dabei speist JPP seine Berichte aus einer umfassenden Datenbank, in der das investigative Rechercheteam Hunderte Interviews mit Angehörigen und Bekannten von inhaftierten Migranten sowie deportierten Häftlinge zusammenträgt. Mir liegen darüber hinaus interne Akten von Fällen vor, in denen auf die persönlichen Umstände der Verhaftung, die Familiensituation und das rechtliche Vorgehen der Angehörigen eingegangen wird (vgl. JPP: Migrant Workers Project):¹¹⁴

- Muhammad Irfan wurde 2009 in Saudi-Arabien wegen Heroinschmuggels zum Tode verurteilt. Daraufhin wandte sich dessen Vater an die Federal Investigation Agency (FIA) und beschuldigte die Rekrutierungsagenten, seinen Sohn zum Drogenschmuggel gezwungen zu haben. Diesem Vorwurf gaben die Ermittler*innen der FIA zuerst statt. Doch nachdem ein Kronzeuge während des Prozesses seine Aussage verweigerte, wurden die Vorwürfe fallengelassen. Die Beschuldigten wurden freigelassen.

¹¹⁴ Die Namen der Betroffenen wurden von JPP geändert.

8.1 Schutzverantwortung gegenüber den Migranten

- Asmat Hayat wandte sich an einen Rekrutierungsagenten, der ihm zusagte, über Spenden seine Pilgerfahrt nach Saudi-Arabien zu finanzieren. Bei seiner Einreise in Dschidda wurde er wegen Drogenschmuggels verhaftet und am 5. August 2015 exekutiert.
- Der 60-jährige Nazir Ahmed wurde 2006 bei seiner Einreise nach Saudi-Arabien von den Behörden des Drogenschmuggels beschuldigt. Seine Familie blieb drei Monate über seine Festnahme uninformiert. Am 10. Juni 2015 wurde er hingerichtet.
- Safer Ahmed arbeitete vor seiner Ausreise nach Saudi-Arabien in einer Stahlfabrik. Ein Kollege brachte ihn in Kontakt mit einem Rekrutierungsagenten, den er mit dem Erlös aus dem Verkauf seines Motorrades bezahlte. Vor seiner Ausreise wurde ihm eine Tasche übergeben, die er nach Saudi-Arabien transportieren sollte und in der sich Drogen befanden. Nach seiner Ankunft in Dschidda sollte er eine bestimmte Telefonnummer anrufen, um die Übergabe der Tasche zu organisieren. Er wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Auffällig ist, dass alle medialen Initiativen zu weiten Teilen in englischer Sprache stattfinden. Selbst viele Slogans der auf den von Familienangehörigen erstellten Plakaten bei den jeweiligen Demonstrationen sind in englischer Sprache verfasst, obwohl deren Träger*innen nach eigener Beobachtung die englische Sprache nur rudimentär beherrschen. So wurde mir mitgeteilt, dass den Teilnehmer*innen bei der Formulierung der Slogans von den Organisator*innen geholfen worden sei. Dieses Vorgehen orientiert sich somit konsequenterweise an der generellen Medienstrategie von JPP, mit ihren Kampagnen im virtuellen und öffentlichen Raum vor allem mediale und politische Sprecher*innen der englischsprachigen Arena zu Migration erreichen zu wollen.

Weiterhin treten JPP-Aktivist*innen in TV-Shows auf, geben interessierten Journalist*innen Interviews und lassen ihnen entsprechende Informationen zu Einzelfällen aus ihrer Datenbank zukommen. Dabei artikulieren die Mitarbeiter*innen ihre Anliegen zumeist eher in Unterhaltungssendungen wie Kochshows und nicht in politischen Sendeformaten. Aufgrund der Kommerzialisierung des Mediensystems erscheint dies nur in Form von Infotainment möglich. Dieses Ziel dient auch die Veröffentlichung des bereits erwähnten „Justice Bulletin: Plight of Migrant Workers“ aus September 2016, das u. a. interessierten Journalist*innen zur Verfügung gestellt wurde. Darin schildern die Verfasser*innen die kriminellen Rekrutierungspraktiken sowie den erzwungenen Drogenschmuggel, befassen sich mit Lösungsansätzen für eine kohärente und opferfokussierte Konsulatspolitik und nennen Beispiele, die aus den Recherchen des JPP im Umgang mit den Angehörigen inhaftierter Migranten stam-

men. So werden auf Seite 2 des Bulletins die OEP als „biggest villains in the sorry saga of imprisoned migrant workers“ beschrieben (vgl. JPP 2016c: 2).¹¹⁵

Vor allem die empirische Sammlung und Aufarbeitung von Daten über in Saudi-Arabien inhaftierte Migranten ist zunehmend zu einem inhaltlichen Schwerpunkt des Agendasettings von JPP geworden. Dazu wurde intensiver als bisher mit internationalen Menschenrechtsorganisationen zusammengearbeitet, um Synergieeffekte zu schaffen und gemeinsame Quellenzugänge zu nutzen. Im März 2018 wurde die von JPP in Zusammenarbeit mit Human Rights Watch veröffentlichte Studie „Caught in the Web‘: Treatment of Pakistanis in the Saudi Criminal Justice System“ herausgegeben. Diese Publikation stellt den bisherigen Höhepunkt des Folgeprojekts von „Bring them back“ – „Caught in the Web“ – dar, mit dem JPP die bisherigen Ziele (Informationsvermittlung, mediale Aufmerksamkeit und Schutzverantwortung) weiterverfolgte, diese aber um die Auswertung empirisch erhobener Daten ergänzte. Solche Informationen werden in der Studie präsentiert und basieren auf Interviews mit zwölf ehemals oder aktuell inhaftierten pakistanischen Migranten und mit sieben Familienmitgliedern von neun anderen Gefängnisinsassen, die zwischen September 2015 und November 2016 durchgeführt wurden (vgl. JPP 2018: 1). Die Studie kritisiert die mannigfaltigen Missstände innerhalb des saudischen Strafrechts, welches bislang nicht kodiert worden ist, sodass kein ausreichender Rechtsschutz gewährleistet werden könne (vgl. JPP 2018: 5). Dabei konzentrieren sich die Autor*innen auf die systemischen juristischen Verfehlungen, unter denen pakistanische Migranten in Saudi-Arabien zu leiden haben. Besonders signifikant sind die langen Haftzeiten ohne Prozess, fehlende Rechtsberatung und Sprachübersetzung sowie erzwungene Geständnisse (vgl. JPP 2018: 26). Nach

¹¹⁵ Daneben verweist das Bulletin auf Beispiele aus den Entsendestaaten Indien, Sri Lanka und den Philippinen, in denen die jeweiligen Regierungen mit unterschiedlichen Maßnahmen versucht haben, den konsularischen und juristischen Schutz von inhaftierten Staatsangehörigen in Saudi-Arabien sicherzustellen. Solche Initiativen würden bislang in Pakistan fehlen (vgl. JPP 2016c: 4). In einem anderen Bericht führt JPP die rechtlichen Voraussetzungen zum Schutz von Migranten an und bezieht sich auf Artikel 9, Artikel 10, Artikel 10A, Artikel 14 sowie Artikel 4 der pakistanischen Verfassung von 1973 (vgl. JPP: Migrant Workers Project). Darin werden die grundlegenden Rechte zum Personenschutz, zum Schutz vor Verhaftung und Inhaftierung, zur Gewährleistung eines fairen Prozesses und zum Folterschutz formuliert – unabhängig vom Aufenthaltsort des Staatsangehörigen. Weiterhin weist JPP in diesem Bericht darauf hin, dass sich die beiden UN-Mitgliedsstaaten Saudi-Arabien und Pakistan dazu verpflichtet haben, den Vorgaben der United Nations Declaration on Human Rights (UDHR) sowie des International Covenant on Civil and Political Rights (ICPR) zu folgen. Außerdem müssten sie den UN Body of Principles for the Protection of All Persons Under Any Form of Detention or Imprisonment einhalten (vgl. UN 2015; UN 1988; UN 1976).

Informationen von Familienangehörigen wurden vier dieser elf Migranten unter Druck gesetzt, als Drogenkurier zu fungieren (vgl. JPP 2018: 2).

„If they chose to dispute the ruling, the courts permitted defendants to submit a written defense, but nevertheless the courts repeatedly summoned them for additional hearings in which judges presented the same predetermined rulings, leaving detainees with the impression that not accepting sentences would mean indefinite pretrial detention” (ebd.).

Neun Inhaftierte gaben an, erzwungene Geständnisse abgelegt zu haben. Viele von ihnen waren zuvor mit Faustschlägen, Auspeitschungen mit Gürteln und Elektroschocks drangsaliert worden. Von anderen wurde anstatt ihrer Unterschrift nur ein Fingerabdruck genommen, der als Schuldeingeständnis gewertet wurde. Ihnen wurde weder die Zeit gewährt, die vorgelegten Dokumente selbst zu prüfen noch sie sich aus dem Arabischen übersetzen zu lassen.

“I was working in [Saudi Arabia] for about three-and-a-half years so I could understand Arabic thus I did not ask for a translator. The judge did not tell me anything apart from my crime (...) I just silently accepted what was written in the letter because I wanted to get over the whole thing quickly. I had seen in the prison that prisoners who refused to sign the letter stay in the jail for a longer time” (Interview mit Fahad, Gujranwala, 12. November 2015, zit. in JPP 2018: 14).

Weiterhin erklärten vier Insassen, die ihnen zugeteilten Dolmetscher hätten in den Verhören bewusst missverständliche Übersetzungen geleistet (vgl. JPP 2018: 3). Mit Ausnahme von einem Fall wurde den Inhaftierten weder Zugang zu einem Anwalt gewährt noch zeigten Mitarbeiter*innen des pakistanischen Konsulats Präsenz, die pakistanischen Häftlinge zu betreuen. 61 von 83 offiziell registrierten pakistanischen Inhaftierungsfällen (Nafethah 2017)¹¹⁶ wurde länger als sechs Monate die Konsultation eines Anwalts vorenthalten (vgl. 2018: 12). Mitarbeiter*innen des Konsulats in Dschidda oder der Botschaft in Riad wurden auch deswegen nicht von den Insassen konsultiert, da diese weder das wenige ihnen zur Verfügung stehende Geld in einen Telefonanruf investieren wollten, noch Hoffnungen hegten, überhaupt Unterstützung zu erfahren. Fehlendes Vertrauen der Inhaftierten gegenüber den Repräsentant*innen des pakis-

¹¹⁶ Bei Nafethah handelt es sich um eine Plattform, die die offiziellen Zahlen von in Saudi-Arabien Inhaftierten nach Nationalität, ID-Typ, Verhaftungsdatum und Stand der Untersuchung dokumentiert. Außerdem werden die Initialen von Vor- und Familiennamen tabellarisch aufgeführt. Die elektronische Plattform wurde vom saudischen Innenministerium eingerichtet, um den Kontakt zwischen Inhaftierten und ihren Familienangehörigen zu verbessern.

tanischen Staates resultierte in den meisten Fällen in wachsender Frustration und Resignation. Daneben bemängelten die Interviewten die katastrophalen Haftbedingungen wie unhygienische Sanitäreanlagen, überfüllte Zellen, fehlende Schlafmöglichkeiten und unzureichende medizinische Versorgung (vgl. JPP 2018: 4). Am Ende der Studie werden diverse Empfehlungen an die saudische sowie die pakistanische Regierung gerichtet: So solle die saudische Regierung u. a. ein Strafgesetz kodifizieren, den regelmäßigen Zugang zu rechtlichem Beistand gewährleisten, die Todesstrafe abschaffen, die pakistanische Botschaft und das Konsulat umgehend nach der Festnahme eines pakistanischen Staatsangehörigen informieren, den Insassen ausreichend Zeit gewähren, die ihnen vorgelegten Dokumente zu prüfen, um aufgrund fehlender Sprach- und Rechtskenntnisse getroffene Geständnisse zu vermeiden, arabische Übersetzungsdienste verbessern, mit dem pakistanischen Staat eine Vereinbarung zum Gefangenenaustausch aushandeln sowie die Leichen exekutierter pakistanischer Häftlinge an ihre Familien überstellen. Die pakistanische Regierung solle sicherstellen, adäquate konsularische Unterstützung und anwaltlichen Beistand zur Verfügung zu stellen, das System der Drogenmafia zu bekämpfen und – mit Hinblick auf die medienstrategische Vorgehensweise von JPP entscheidend – zukünftige Migranten in Orientierungskursen auf die möglichen Risiken ihrer Migration vorzubereiten (vgl. JPP 2018: 7f.).

Im Anschluss an die Veröffentlichung der Studie organisierte JPP für ausgewählte Pressevertreter*innen am 7. März 2018 eine Diskussionsveranstaltung im Marriott Hotel in Islamabad, auf der die wesentlichen Inhalte der Studie präsentiert und mit anwesenden Expert*innen diskutiert wurden. Die Einführung durch die Direktorin von JPP, die Eröffnungsrede des Senators Farhatullah Babar sowie die anschließende Diskussion wurden auf der *Facebook*-Seite von JPP live übertragen (JPP, *Facebook*, 05.04.2018).¹¹⁷ In ihrem Eingangsstatement betonte die JPP-Direktorin, dass der Bericht einen Versuch darstelle, die „dangerous shortcomings of the Saudi justice system“ aufzuzeigen und Aufmerksamkeit innerhalb Pakistans zu kreieren. Die anschließende Podiumsdiskussion wurde mit Live-Kommentaren bei *Twitter* unter dem Hashtag *#CaughtInAWeb* begleitet. So verwies der User Sajjad darauf, dass die politische Elite des Landes kein Interesse daran zeige, sich um die Fälle der inhaftierten Migranten zu

¹¹⁷ An der Podiumsdiskussion nahmen neben Babar und Belal noch Ali Nawaz Chawhan, Vorsitzender der National Commission on Human Rights (NCHR) und pensionierter Richter, der u. a. für das Internationale Straftribunal für das frühere Jugoslawien der UN gearbeitet hatte, das Mitglied der National Assembly Shireen Mazari, Baqir Sajjad, Korrespondent für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Tageszeitung *Dawn*, und Saroop Ijaz, Anwalt bei Human Rights Watch Pakistan, teil.

bemühen: „They are members of elite families who do not care about the community“ (@JusticeProject_, *Twitter*, 07.03.2018). Die Zivilgesellschaft müsse auch aufgrund dieser politischen Kultur der Ignoranz ihrer Schutzverantwortung gegenüber den Migranten nachkommen. Es sei außerdem ihre Aufgabe, intensiver daran zu arbeiten, die Aufmerksamkeit der Medien zu erreichen, denn: „Media has the power to push the government to act but the agenda has not been set“ (@JusticeProject_, *Twitter*, 07.03.2018).

Auf der JPP-eigenen *Facebook*-Seite wurden Fotos der Veranstaltung den zu diesem Zeitpunkt 12.602 Followern (Stand: 5. April 2018)¹¹⁸ zur Verfügung gestellt (vgl. JPP, *Facebook*, 05.04.2018). Darüber hinaus veröffentlichte JPP am 8. März 2018 einen gemeinsam mit Human Rights Watch produzierten Videoclip, der anhand eines Einzelfalles die Haftbedingungen pakistanischer Inhaftierter in Saudi-Arabien darstellt. Das einminütige Video widmet sich dem Verfahren gegen den Ehemann von Razia Bibi und findet sich unter folgendem Kommentar: „Razia Bibi’s husband trial was conducted entirely in Arabic. He had no lawyer. After spending 14 years in Saudi jail, he was beheaded last year. His family has still not received his body“ (JPP *Facebook*, 05.04.2018). In dem mit englischen Untertiteln versehenen Clip wird Bibi zur Verhaftung ihres Mannes befragt, schildert die Foltermethoden und die fehlende Unterstützung durch einen Anwalt. Im Anschluss weist eine Mitarbeiterin von JPP, Rimmel Mohyidin, darauf hin, dass es sich dabei keineswegs um einen Einzelfall handle. Die meisten pakistanischen Staatsangehörigen seien wegen Drogendelikten inhaftiert worden; ihnen gebühre das Recht auf ein faires Verfahren.¹¹⁹ Im Rahmen dieser Kampagne um Razia Bibi wurde bereits am 8. März 2017 ein in ihrem Namen verfasster Artikel auf der Homepage von *Geo TV* veröffentlicht, in dem die Hintergründe des Falls aus Sichtweise von Bibi geschildert werden. Die Informationen wurden von Mohyidin übermittelt. Darin heißt es:

„My husband, Afzal has been in prison in Jeddah, Saudi Arabia since 2005 and on death row since 2009. For 12 years, he has languished behind bars, been tried in a language he does not understand and has never had a lawyer. He could be beheaded any day (...) The next time I heard from Afzal was a call. He told me he was in Saudi Arabia. He told me he was in jail. Two years later, another call. He told me he had been sentenced to death. There was my life before those phone calls, and the death I die every day ever since that phone call“ (Bibi, 13.03.2017).

¹¹⁸ Stand am 1. Mai 2019: 14.135 Follower.

¹¹⁹ Das Video war bis zum 5. April 2018 insgesamt 15.180-mal aufgerufen worden.

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

Sie beschreibt, wie sie erfolglos versucht habe, bei den pakistanischen Behörden Unterstützung für ihren Mann zu erhalten und vor der Punjab Assembly in Lahore gemeinsam mit JPP demonstriert habe. Mit Hilfe von JPP habe sie mit anderen neun betroffenen Familien die bereits erwähnte Petition beim Lahore High Court eingereicht: „If they don't respond to us, they might listen to the courts“ (Bibi, 13.03.2017). Sie könne mit ihrem Ehemann ein bis zwei Mal im Monat telefonieren und appelliert an die Politik, ihm zu helfen (ebd.).

Während für die Kampagne „Caught in the Web“ im Vergleich zum Vorläuferprojekt „Bring them back“ verstärkt die Nutzung sozialer Medien eingesetzt werden, wurde daneben vor allem in den englischsprachigen Tageszeitungen über das Projekt berichtet, wie die Direktorin von JPP erläutert:

„So we deliberately had every single day, Monday, Tuesday, Wednesday, Thursday, there are an op-ed in the major dailies or TV comment upon the clients' families. And we have other people like experts speaking about it. And when we turn up on Friday – Boom (klatscht in die Hände) – we got the attention“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:06:55–6#).

Dabei liegt der Fokus nicht nur darauf, journalistische Berichterstattung zu generieren, sondern in Form von eigenen Meinungsbeiträgen über die Thematik und das Projekt zu informieren. So erschien von Sarah Belal am 6. März 2018 der Artikel „Caught in the Web“ in *The Dawn*. Darin schreibt sie:

„Now imagine being in a court of law. You are the defendant. The documents before you could say anything. You wouldn't know, you cannot understand what the text says. You're being talked about, your guilt measured but you have no idea how you or your story is being represented. For all you know, they could be saying you committed a mass murder when you're really in there for a traffic violation“ (Belal, 08.03.2018).

In diesem Beitrag schildert sie die Disproportionalität zwischen dem engen pakistanisch-saudischen Verhältnis und den Misshandlungen der pakistanischen Bürger und kritisiert die fehlende Unterstützung durch das pakistanische Konsulat sowie die Verfehlungen der saudischen Behörden, die pakistanische Regierung über die Inhaftierung pakistanischer Migranten zu informieren: „This is not an issue that can be put on hold by buying more time; every day that passes brings more misery to Pakistanis detained abroad and to their families“ (Belal, 08.03.2018). Es folgte am 20. März 2018 ihr Meinungsartikel „Good friends...“. Darin führt sie die prekären Arbeitsbedingungen der pakistanischen Migranten im Königreich auch auf die asymmetrischen bilateralen Beziehungen mit Saudi-Arabien zurück:

8.1 Schutzverantwortung gegenüber den Migranten

„The highest number of foreign nationals executed in the kingdom have been Pakistanis, who are treated worse than any other nationality. How your citizens are treated is a much better mark of your diplomatic relations than the grand receptions officials receive” (Belal, 20.03.2018).

Es sei demnach höchste Zeit, eine effektive Konsularpolitik umzusetzen, um diese Missstände zu beheben.

„Helping prisoners in Saudi Arabia isn't impossible. And for a country that since 1967 has reportedly trained over 8,200 Saudi armed forces personnel, it should not be a tall ask that its citizens be accorded their right to fair trial, consular access, and legal representation. After all, what good is a friendship that cannot withstand a confrontation?” (Belal, 20.03.2018)

Ähnlich wie JPP arbeitet auch BLLF in seinen Projekten mit betroffenen und benachteiligten Gruppen wie vor allem Zwangsarbeiter*innen zusammen, um ihnen institutionellen Schutz zu gewähren und deren Schicksale medial sichtbar zu machen. Allerdings konzentriert sich das Agendasetting im Vergleich zu JPP nur in geringerem Umfang auf das Thema Migration. So befinde man sich bei migrantenorientierten Projekten noch in der Entwicklungsphase. BLLF verfolgt jedoch ambitionierte Pläne, betont HUS_LAH, der die zukünftigen Kampagnen zu Migration initiieren und konzipieren soll:

„We can (...) launch a website with stories, news, interviews of overseas Pakistanis and then we can establish a liaison with FIA. We can cooperate with OPF and the Foreign Office. That will be helpful. We will go through Facebook, website, brochures, awareness raising workshops and legal assistance to victims who are still abroad or have returned after some problems. We also want to raise awareness through the kinship, relatives and friends of the victims“ (Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:33:14–1#).

Weiterhin will man sich stärker mit internationalen Migrationswissenschaftler*innen vernetzen, diesen einen Arbeitsplatz und in fernerer Zukunft auch ein Fellowship-Programm anbieten, um sie in die alltägliche Arbeit zu Migration zu integrieren und ihre Expertise für eigene Projekte zu nutzen:

„We want to provide them institutional and logistical support. That is part of our plan. Inshallah, in your next visit you can stay with us. Together we can end labour and economic exploitation. Together!“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:57:03–0#).

Um Zugang zu der öffentlichen Arena zu Migration zu erlangen, ist angedacht, die Breitenwirkung der Initiative nicht ausschließlich über klassische Medienarbeit in Form von Pressekonferenzen oder organisierte Interviews, sondern stattdessen über Mund-zu-Mund-Propaganda und eine auf die Adressat*innen

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

abgestimmte Social-Media-Strategie zu erreichen. Ziel ist es, die zukünftigen Migranten und ihre Familien direkt zu adressieren:

„The migrants are aware of our activities through our website and our social media activities. If we are in contact with one worker, he will bring us in touch with others in order to raise awareness for our activities. Once we provide assistance to one worker, he becomes our activist“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:24:45–3#).

Insbesondere mit dem Versuch, Personen mit Migrationserfahrung als freiwillige Aktivist*innen – als „Sprachrohre“ – zu gewinnen, sollen Kontakte zu den Communities hergestellt und das Engagement der Initiative bei den relevanten Zielgruppen verbreitet werden. Über diese Netzwerke sollen zukünftige Migranten darüber informiert werden, welche Lebensbedingungen sie im Empfängerland erwarten, welchen Herausforderungen sie begegnen und wie sie sich vor Problemen mit ihrem Bürger oder ihrem Agenten schützen könnten. Dies soll durch bereitgestellte Medienformate wie Videos, Audiodateien, Diskussionsforen und Chats in sozialen Medien begleitet werden:

„Besides we want to educate and inform our people, our community about what is happening in other countries. We will raise awareness, we will address recruitment agents and we want to establish a direct link either to phone calls or websites to verify and check the registration of employment person agents or agencies“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:30:53–6#).

Weiterhin ist geplant, eine Fotoausstellung zu organisieren, in der Motive von Migranten in ihren Lebenswirklichkeiten gezeigt werden sollen. Bislang organisierte BLLF in Zusammenarbeit mit der FES Foto- und Gemäldeausstellungen, deren Motive vor allem innerpakistanische Zwangsarbeiter*innen und Kinderarbeit darstellen. Einige dieser Bilder finden sich in den Räumlichkeiten des BLLF und wurden mir während meines Besuchs präsentiert (siehe [Abb. 6](#)): „This is our modern way of mobilization and awareness raising to elite class of Pakistan about what is happening on the ground“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:07:11–2#). Mir gegenüber bestätigten die lokalen Vertreter*innen der FES, dass es durchaus Überlegungen gebe, ähnliche Ausstellungen zu Migration zu unterstützen.

Auch das MRC widmet sich in erster Linie der Schutzverantwortung gegenüber den Migranten.

„We will start a media campaign and we will also use social media, television and radio stations. There will be a daily series focused on migration and every episode will have specific issues. One will be about migrants carrying drugs, one will be about the exploitation by OEPs or by the kafala system.



Abbildung 6. Kunstausstellung BLLF. *Quelle: Sebastian Sons, 18.02.2016, Lahore.*

Maybe this will start in the second or the third quarter of this year and will be a television drama. We want to cover issues such as: What are your dreams and what is the reality? We do have a media strategy which will be start in the second quarter of the year“ (HAY_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:35:50–4#).

Insbesondere die Produktion einer Fernsehserie sowie von Flugzetteln und Informationsbroschüren, die sich explizit mit Alltagsproblemen von Migranten und ihren Familien beschäftigen, soll die mediale Diskussion um Migration anregen, ein öffentliches Bewusstsein für diese Thematik schaffen und das Phänomen emotionalisieren. Eine TV-Serie, die explizit nicht als Dokumentation, sondern als fiktives Drama konzipiert werden soll, könnte aus Sichtweise der MRC-Mitarbeiter*innen eine emotionale Verbindung des Zielpublikums zu den imaginären Migranten herstellen, um in einem weiteren Schritt ein mediales Bewusstsein in der pakistanischen Öffentlichkeit zu schaffen. Daher ist es – im Unterschied zu BLLF – verstärktes Ziel der medienstrategischen Bemühungen von MRC, traditionelle Sprecher*innen zu erreichen, um diese für die Belange der Migranten zu sensibilisieren.

Die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen verfolgen in Form unterschiedlicher Projektarbeit somit das Ziel, ihrer Schutzverantwortung

für die Migranten und ihren Angehörigen in unterschiedlicher Form nachzukommen, indem sie mit diversen medienstrategischen Ansätzen traditionelle Sprecher*innen bzw. Gatekeeper*innen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration zu adressieren. Dazu konzentrieren sie sich auf die Organisation von Medienevents und stellen weiterführende Informationen für eine englischsprachige Arena bereit. In den medienstrategischen Konzeptionen und ihrem Agendasetting findet sich somit ein elitenadressiertes Element, welches dazu beitragen soll, die Sichtbarkeit von Migration zu erhöhen.

8.2 Selbstertüchtigung der Migranten: „Travel Smart and Work Smart!“

Der karge Raum war stickig. Es roch nach Schweiß; Staub hing in der Luft. Die milchige Glasfront ließ die Hitze der Februarsonne ohne Schutz in das Gebäude fluten. Der Raum befindet sich in der Zweigstelle des MRC in Lahore, welche aus diesem Seminarraum sowie einem weiteren Büro inmitten eines unverputzten, dürrftig restaurierten Gebäudes auf einer Industrieanlage in den Außenbezirken Lahores besteht. Es war spürbar, dass sich die Initiative noch im Aufbau befindet: Kabel hingen aus der Wand, Jalousien fehlten, im Flur montierte ein Techniker die fehlenden Deckenleuchten. Innerhalb des Seminarraumes saßen insgesamt etwa 40 pakistanische Männer an wackeligen Holztischen und lauschten gebannt dem Referenten, der am Kopfende des Raumes vor einem Laptop stand und mithilfe einer Urdu-sprachigen Präsentation über mögliche Hürden des Alltags in Saudi-Arabien dozierte. BUK_LAH, Mitarbeiter des MRC Lahore, sprach in Urdu zu seinem Publikum, bei dem es sich ausschließlich um Männer handelt, die die Absicht hatten, zeitnah ins Königreich auszuwandern. In der damaligen Sitzung erklärte er ihnen, dass ein komplikationsloses Leben in Saudi-Arabien für sie nur dann möglich sei, wenn sie sich an bestehende Regeln und Gesetze halten. Dazu gehöre, die Aufenthaltsgenehmigung (*iqāma*) ständig bei sich zu führen, sich strikt den Verkehrsregeln zu beugen, sollten sie als Chauffeur arbeiten, und bei möglichen Verkehrskontrollen weder die Vorlage der *iqāma* noch weiterer angefragter Dokumente zu verweigern. Für die weitere Vorbereitung wurden Informationsmaterialien in englischer Sprache und Urdu entwickelt, die den Migranten zur Verfügung gestellt werden. Für Saudi-Arabien wurde die 24-seitige Broschüre „Travel Smart – Work Smart. A

guide for Pakistani migrant workers in Saudi Arabia“ erstellt (2015a).¹²⁰ In ihr werden die zukünftigen Migranten auf ihre Rechten und Pflichten hingewiesen:

„Always remember, the best person to safeguard your interests is you! So Travel Smart and Work Smart!“ (ILO 2015c: 4).

“Every day, many people – just like you – enter Saudi Arabia for work. Most of them encounter no major problems. But some are exploited by their employers, have their wages withheld or find themselves a kind of prisoner, with no one to call for help. There are ways to avoid this. If you are being abused, there are people in Saudi Arabia who can help you” (ILO 2015c: 5)

Es folgen sachdienliche Hinweise zum *Kafāla*-System, zur *iqāma* oder zu vertraglichen Fragen. So weist die Broschüre darauf hin, dass in den Arbeitsverträgen Gehälter und Jobbezeichnungen klar definiert sein müssen, um möglichem Missbrauch bereits vor der Ausreise vorzubeugen (vgl. ILO 2015c: 6). Auch Probleme wie Lohnkürzungen, Ausweisungen oder Arbeitgeberwechsel werden thematisiert. Dabei wird der Rat „Be careful!“ erteilt (vgl. ILO 2015c: 7). Ziel der Broschüre ist es, den zukünftigen Migranten das Gefühl zu vermitteln, sich nicht hilf- und schutzlos zu fühlen, sondern auch eigene Rechte einzufordern:

- “You have the right to keep the original of your personal documents, including passport, visa and employment contract.
- Your working hours are regulated, and you have the right to overtime compensation.
- You have the right to refuse overtime work.
- You have the right to working days off.
- You have the right to one day off each week.
- You have the right to public holidays.
- You have the right to take medical leave.
- You have the right to receive your wages during a period of illness.
- You have the right to be paid the following provisions outlined in the Saudi Labour Code.
 - Wages of daily rate workers are paid at least once a week
 - Wages of monthly rate workers are paid once a month
 - If the work is performed by piece and it requires a period exceeding two weeks, a payment proportionate to the work completed by the worker must be made to the worker every

¹²⁰ Insgesamt produzierte das MRC acht Broschüren im Rahmen des SALMM-Projekts, bei denen es sich um Hinweise für nepalesische und indische Migranten nach Katar, Kuwait und die VAE sowie für pakistanische Migranten nach Saudi-Arabien und in die VAE handelt (vgl. ILO 2015b).

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

- week. The full balance of the wages is to be paid within the week immediately following the delivery of the work
- In cases other than those mentioned here, wages are to be paid to the worker at least once a week.
- You have the right to leave your workplace during your free time
- You have the right to be paid for work completed even if you are arrested, quit your job or are fired" (ILO 2015c: 8f.).

Dafür sei es notwendig, die bestehenden Hilfsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und die erforderliche Sensibilität für möglichen Missbrauch zu entwickeln: Migranten sollen keinen Fremden oder Rekrutierungsagenten vertrauen (vgl. ILO 2015c: 17). Im Falle von arbeitsrechtlichen Problemen sollen die Migranten ihre Familie und Freunde in Pakistan informieren oder sich an die CWA in den Botschaften und Konsulaten oder die Protector Offices wenden. Dafür werden die relevanten Kontaktdaten angegeben (vgl. ILO 2015c: 13). Migranten sollen mithilfe dieser Materialien die Sensibilität entwickeln, sich nicht allen lokalen Gegebenheiten zu beugen, werden aber auch angehalten, existierende Vorgaben einzuhalten, um Probleme vor Ort zu vermeiden, denn: „You have rights – and responsibilities! Knowing them can help you avoid abuse and help you make the most of your time in Saudi Arabia. Be aware!“ (ILO 2015c: 24). Kulturelle Normen müssen ebenso akzeptiert werden wie ein respektvoller Umgang mit Frauen: „You should be respectful to women and never tease them, ogle or stare at them“ (ebd.). Im Falle von Verhaftungen durch die Polizei solle man ohne Widerstand den Anordnungen Folge leisten, sich aber nach dem Grund der Verhaftung erkundigen. Außerdem solle man ohne juristische Beratung auf keinen Fall ein Geständnis oder andere Dokumente unterzeichnen (vgl. ILO 2015c: 15). Bei Gerichtsprozessen sollen die Migranten auf einen Übersetzer und Rechtsbeistand bestehen und sich Zeit nehmen, die gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen sprachlich und inhaltlich zu verstehen, um kein übereiltes oder erzwungenes Geständnis abzulegen (vgl. ILO 2015c: 16). Entscheidend sei, so BUK_LAH, den zukünftigen Migranten in den Orientierungskursen und durch diese Broschüren ein Gefühl dafür zu geben, was sie erwarte. Viele werden von falschen oder naiven Erwartungen geleitet, hören auf die Erzählungen ihrer Verwandten und Freund*innen, die allerdings oftmals ihre eigene Version der Realität berichten:

„The people have never been there. They just heard from relatives strange stories but they didn't experience them by their own. The migrants do not know what makes the Saudis tough against Pakistanis. We have to look into that perspective as well“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:18:32–5#).

Die meisten der Anwesenden nickten während seiner Präsentation verständig, nur wenige schrieben mit. Bei der Mehrheit der Anwesenden handele es sich um Analphabeten, erklärte mir BUK_LAH anschließend. Dieses vorbereitende Seminar dauerte insgesamt knapp 45 Minuten, Fragen wurden keine gestellt. Auch das sei die Regel, betonte er. Viele der Teilnehmer wären zum ersten Mal anwesend und trauten sich noch nicht, ihre Wissenslücken durch Nachfragen zu füllen, wie er sagte. Doch mit der Zeit ändere sich dies. In den ersten Sitzungen ist es demnach neben der Informationsvermittlung ein wesentliches Ziel, Vertrauen aufzubauen und eine konstruktive Gesprächsatmosphäre herzustellen. Soziale Barrieren stellen das größte Hindernis für einen Austausch auf Augenhöhe dar. Viele der Anwesenden haben Angst, sich zu öffnen, aus Scham, ihrem großen Ziel – der Auswanderung nach Saudi-Arabien – nicht näher zu kommen oder sich sogar damit zu schaden. Vor diesem Hintergrund sei es als großer Erfolg zu werten, dass etwa 40 Personen den Weg ins MRC Lahore gefunden haben, betont BUK_LAH. Ihm selbst habe das in den Seminaren vermittelte Wissen während seines Arbeitsaufenthaltes im Königreich gefehlt, erklärt er anhand einer Anekdote:

„I was in jail for one night during my stay in Saudi Arabia because I broke one rule of the traffic law. I took the U-turn from a wrong lane. They didn't charge me a fine or gave me any punishment. They just put me in jail“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:14:03–8#).

„Unfortunately, the police officer forgot that he put me in jail. That was the problem because they don't release me after half an hour but after one night. Thus, I asked another officer: Look, get me out. He answered: Only the one who put you in jail can get you out again. But this man left the office and went home“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:14:40–2#).

„All night I was waiting and waiting. The next morning, the police officer came in and said: Oh, he's still here. Just get him out“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:15:07–2#).

Obwohl es sich bei dieser Episode für ihn um eine durchaus einschneidende Erfahrung handelte, die ihn die Härte des saudischen Systems spüren ließ, lachte er während seines Berichts häufig. Damit erfährt seine Schilderung einen beiläufigen Unterton, der nicht unbedingt zur Brisanz dieses Lebensereignisses passen will. Als ich ihn darauf ansprach, zögerte er kurz, war dann aber bereit zu antworten: Es sei falsch, allein den saudischen Behörden die Verantwortung an den bestehenden Missständen zuzuweisen, entgegnete er. Damals habe er sich nicht regelkonform verhalten, was er schmerzhaft zu spüren bekommen habe: „Of course, it was their behavior but it was my fault. I was the victim of my own mistake“ (BUK_LAH, Interview 03.02.2016, Lahore, #00:15:43–8#). Dies

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

sei ihm eine Lehre gewesen und ebensolche Erfahrungen müsse er zukünftigen Migranten vermitteln. Die Verantwortung für die Qualität des Aufenthaltes im Empfängerland liege also keineswegs bei den saudischen Autoritäten oder der Aufnahmegesellschaft, sondern bei den Migranten selbst. Letztere stünden in der Pflicht, sich über die Gegebenheiten vor Ort im Vorfeld zu informieren, um oben geschilderte Situationen zu vermeiden und sich anzupassen. Immerhin haben selbst internationale Organisationen wie die ILO nur marginalen Einfluss auf die saudische Regierung. Die Strategie, verschärften öffentlichen Druck auf die saudische Führung auszuüben, um Reformen in der Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik umzusetzen, sei zwar für Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch eine akzeptable und notwendige Vorgehensweise, für die ILO aber keine Option, konstatierte BUK_LAH. Man müsse schließlich konstruktiv und problemorientiert mit den jeweiligen Regierungen zusammenarbeiten, um schrittweise Verbesserungen realisieren zu können. Weiterhin sei es nicht nur die Aufgabe des MRC, die Situation der Migranten zu verbessern und damit an den Interessen der Entsendestaaten ausgerichtete Politik zu betreiben, sondern auch die Perspektive der Empfängerstaaten zu berücksichtigen, um eine „Win-Win-Situation“ herbeiführen zu können, wie er sagte. Dass hierbei die humanitäre und soziale Lage der Migranten nicht vernachlässigt werden darf, stellt einen Balanceakt seiner Arbeit dar. Außerdem existieren seiner Meinung nach durchaus nachvollziehbare Gründe für die systemische Benachteiligung von Migranten, welche nicht über die Gegebenheiten im Zielland informiert worden seien. Dies verdeutlichte er anhand eines weiteren persönlichen Beispiels von der Einreise an saudischen Flughäfen:

„I lived in Saudi Arabia for 5–6 years. I knew exactly that there are thousands of people when you land in Riyadh or Dammam“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:02:39–7#).

„The people at the airports have to deal with hundreds of thousands of different nations every day. So they do not treat them differently. Everybody has a different psyche, a different attitude, a different behavior. They do not have the time to blame or to love them. They need to get their work done“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:02:28–2#).

Es sei also keineswegs ausschließlich dem Rassismus innerhalb der saudischen Mehrheitsgesellschaft geschuldet, der die Lebensbedingungen der einreisenden Migranten beeinträchtigt, sondern auch der Überlastung des involvierten Personals. Hinzu komme eine übertriebene Erwartungshaltung der Migranten, die oftmals der Meinung seien, ungerecht und unhöflich behandelt zu werden,

obwohl es sich nur um eine professionelle und zeiteffiziente Vorgehensweise der saudischen Behörden handle:

„The migrants cannot expect that they will be treated in a very polite way. There, every half an hour a new plane lands with two-hundred people in it. So there is no time for polite treatment. We have to inform the migrant workers that they will be confronted with shocking behavior. They will be shocked because that's what it is“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:03:13–3#).

In der Verantwortung des MRC liege es somit, das für Migranten „schockierende Verhalten“ saudischer Grenzbeamter zu erklären, um somit den gravierenden Widerspruch zwischen Erwartungen und Realität aufzulösen. Nur so seien die immer wiederkehrenden rechtlichen Beeinträchtigungen, sozialen Diskriminierungen und kulturellen Ausgrenzungen zu reduzieren.

„They (die saudische Bevölkerung; Anm. d. Verf.) are not rude until you do something that makes them rude. If you are ok, they are ok. If you are wrong, they are wrong. You know, everybody says: The Saudis are very tough. But I lived there and I didn't find anything like that. If you are a legal worker, if you follow the rules, if you respect the culture, the ladies, the language – if you don't do anything bad, there's no problem at all. We have to inform the migrant workers about that here“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:06:55–4#).

Ein solches Verhalten erfordere zwar viel Empathie und kulturelle Sensibilität, führe aber eher zum Erfolg als die Konfrontation.

„You know, I try to understand what Saudis are thinking. When I arrived at the airport and I got to the desk where a fat Saudi with a big mustache was sitting. I thought by myself: How might he react? That's what I did. But the people here who are in charge of this issues are not exposed to that situation“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:17:28–2#).

„When I went through the security control, I took off my shoes because the officers wanted to check whether I smuggle hashish in them. I was aware of that procedure and it was acceptable for me. But in general, the migrants are not aware of that. And this causes problems“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:17:57–1#).

„Therefore, I share my experiences with future migrants and give them orientation. There are hundreds of similar situations that I can explain to the people and tell them what happens when you go there“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:18:13–2#).

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

Es ist also von Vorteil, wenn die Mitarbeiter*innen des MRC über eigene Erfahrungen verfügen, von denen sie in den Kursen berichten können. Dazu gehört auch, mit den zukünftigen Migranten über alltägliche Kleinigkeiten zu diskutieren, auf die bei der Ausreise zu achten sei, so SOH_ISL vom MRC Islamabad:

„We also have to go into the nitty-gritty by explaining them you are not allowed to take this stuff into the airplane. The respective airline is prohibiting this. The migrants really don't know these simple things. Most of them are flying for the first time in their life. They need help and information“ (SOH_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:14:38–0#).

Ohne das Wissen um diese Details sind Migranten nicht in der Lage, ihren Aufenthalt in Saudi-Arabien und anderen Empfängerstaaten ohne gravierende Probleme zu meistern. Es handelt sich zumeist um Menschen, die häufig weder eine Schule besucht, noch eine Ausbildung absolviert haben. Viele sind vor ihrer Reise nach Saudi-Arabien nicht einmal in einer pakistanischen Großstadt gewesen oder mit dem Zug oder Bus gereist, sondern haben ausschließlich in ihren Dörfern gelebt. Es ist also auch das Ziel des MRC, zukünftige Migranten auf den „bevorstehenden Kulturschock“ vorzubereiten. SOH_ISL berichtete davon, dass sie selbst überrascht und durchaus schockiert gewesen sei, wie wenig Vorkenntnisse bei den Migranten über die bevorstehende Ausreise existieren. Viele hätten vollkommen übertriebene Erwartungen an ihr Leben in Saudi-Arabien geäußert. Dass es sich dabei um eine entbehrensreiche, harte und oftmals frustrierende Zeit handeln könne, ist vielen nicht bewusst. Deswegen stellt das MRC während der Orientierungsseminare einige wenige fundamentale Fragen:

„We get the people and ask them: What is your plan? What do you earn now? What do you want to get? What are the advantages? What are the dos and what are the dont's? Afterwards they can decide whether they should go or not go“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:03:53–5#).

Dazu gehört auch eine ergebnisoffene Diskussion um die zu leistenden Migrationskosten, die viele Migranten und ihre Angehörigen nicht realistisch kalkulieren. Stattdessen sind sie von der Vorstellung beseelt, allein durch die Ausreise wohlhabend werden zu können, ohne sich über die realen Kosten für die Visa-beschaffung oder die Rekrutierungsagentur im Klaren zu sein. Dafür müsse man die Migranten sensibilisieren:

„If you want to earn a lot of money, you need to be informed well. Otherwise you'll get a lot of trouble. If you need to pay 200,000 rupees for the Visa cost and you are going abroad for a salary that you can also earn here, you have to pay the donor at least one year the money back. That is his return on investment“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:05:06–5#).

Ihr seien unzählige Fälle bekannt, in denen der Druck auf die Migranten so hoch geworden sei, dass sie psychisch und physisch gelitten hätten. Die Verantwortung gegenüber ihren Finanziers – zumeist Familienangehörige, Bekannte oder Agent*innen der Rekrutierungsagenturen – könne sich nur dann in einem erträglichen Rahmen bewegen, wenn den Migranten bewusst sei, auf welche finanzielle Belastung sie sich einließen. Dabei will das MRC helfen, indem eine Budgetkalkulation im Vorfeld der Auswanderung durchgeführt wird.

Um den Bekanntheitsgrad der Orientierungskurse zu verbessern und gezielt zukünftige Migranten anzusprechen, werden an ausgewählten strategischen Lokalitäten Poster und Broschüren über die Aktivitäten des MRC ausgelegt.

„There will be posters at all the prominent places where migrant workers go such as the Protectorate Office, TEVTA, medical colleges and other places. We will place those posters in the near future. There will be also information stands in all international departure lounges at the airports to those who are going abroad and are waiting for the boarding“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:40:25–5#).

Dieses Vorgehen schien sich auszuzahlen: Das MRC in Lahore erhielt immer mehr Anrufe, Emails und Besuche, um sich über die Stundenpläne oder die Materialien zu informieren, so BUK_LAH. Dabei war ihm bewusst, dass die geographische Lage des MRC im Außenbezirk Township viele Interessierte davon abhielt, das MRC zu besuchen. Das Zentrum liegt an einer staubigen Schnellstraße in einem peripheren Industriegebiet Lahores, dem Industrial Relations Institute. Das Gelände ist von einer stacheldrahtbesäumten Mauer umgeben und besteht aus einigen halbzerfallenen ehemaligen Industriegebäuden. Nur ein kleines Schild an der Einfahrt weist auf das MRC hin. Dennoch sei er zufrieden, von der Regierung überhaupt eine Lokalität zur Verfügung gestellt bekommen zu haben, so BUK_LAH. Doch er wisse auch, dass es enorme Anstrengungen für die zukünftigen Migranten erfordere, sich nach Lahore zu begeben. Deswegen werden zunehmend solche Vorbereitungskurse auch an anderen Orten im Punjab angeboten.

Weiterhin plante das MRC, Online-Beschwerdesysteme einzurichten. Damit sollen Zugangshürden für die Migranten und ihre Familien abgebaut werden, die es sich oftmals nicht leisten können oder sich aus Scham scheuen, eine Beschwerdestelle aufzusuchen.

„We also want to develop an online complaint system together with the ministry which is named ‚online complaint system for migrants and overseas Pakistanis‘. When you klick the button, you’ll receive a tracking number and you can track your complain. You can upload supporting documents. Those who are staying in Pakistan and are close to MRC, can come to

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

us to register their complaints. We'll advise them how to track the complaint and we provide them with tracking numbers" (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:38:37–9#).

Auch die eigene *Facebook*-Seite des MRC soll als Forum für Austausch fungieren. Auf ihr sollen zukünftig Migranten unterschiedlicher Empfängerstaaten Erfahrungen und Erwartungen teilen, auf die das MRC in Form von konkreten zielgruppenadressierten Aktionen reagieren kann. Um diese technischen Möglichkeiten bei den Migranten und ihren Angehörigen bekannt zu machen, sollen entsprechende Kampagnen initiiert werden, die auf den Homepages der beteiligten Institutionen, auf sozialen Plattformen, aber ebenso in Form von Lehrveranstaltungen und Roadshows ausreichende Informationen über die Beratungsangebote zur Verfügung stellen.

„We also want to establish awareness campaigns to inform migrants about this system. We have developed brochures in order to assist them if they face contractual or other problems during their work-related life. In addition, family members can register complaints of the behalf of the migrant“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:39:32–5#).

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aus Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen verstehen sich als „Prophet*innen“ der Migranten und ihrer Angehörigen und wollen die ungehörten Anliegen der Migranten in der Arena der pakistanischen Öffentlichkeit über entsprechendes Agendasetting platzieren. Damit streben sie danach, in direkten Austausch mit ihren Adressaten zu treten, indem sie ihre Medienstrategie auf die jeweiligen Communities anpassen und andere zielgruppenrelevante mediale Mittel wählen, um ihr Angebot sichtbar werden zu lassen. Deswegen unterscheiden sich die medienstrategisch eingesetzten Instrumente, mit denen die Gatekeeper*innen erreicht werden sollen: Dezentrale, lokale *Face-to-Face*-Kommunikation wird ergänzt mit Informationsvermittlung über Online-Medien und Mund-zu-Mund-Propaganda, während klassische Pressearbeit weitgehend irrelevant bleibt. Damit richten sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen an eine andere Arena innerhalb der fragmentierten pakistanischen Öffentlichkeit, in der zukünftige Migranten und ihre Angehörigen adressiert werden, was die Medienstrategie der untersuchten Akteur*innen ausweitet und diversifiziert.

8.3 „Sprachrohre“ als Interessensvertreter*innen: „We need a face!“

„It is our job to raise awareness in the public. (...) From my personal experience, I think that the Pakistani government does not move unless it is forced

8.3 „Sprachrohre“ als Interessensvertreter*innen

to do so. This is our job. And we need the public to convince the government“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:37:01–1#).

Um ihre *issues* erfolgreich in der öffentlichen Arena zu Migration platzieren zu können, sind die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf die Unterstützung traditioneller Sprecher*innen angewiesen. Diese sind die geeigneten Adressaten, um ihr Engagement zu Migration im passenden Teilbereich von Öffentlichkeit sichtbar zu machen, weswegen sich Organisationen wie JPP bemühen, mit ihnen intensiver in Austausch zu treten bzw. sie als „Prophet*innen“ oder „Sprachrohre“ für ihre Anliegen zu gewinnen.¹²¹ Ohne ein „bekanntes Gesicht“, welches innerhalb des elitenzentrierten Systems über die notwendige Reputation und Anerkennung verfügt, um die Belange von JPP zu vertreten, kann aus Sicht vieler der untersuchten Akteur*innen keine Öffentlichkeit hergestellt werden.

„It’s very important for our strategy that we need a face. If you can get a politician or a member of parliament or someone very important who cares about the issue then you are going to get press anyway“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:14:39–2#).

Deswegen richtet sich JPP vor allem an Richter*innen, Provinzminister*innen oder Parlamentsabgeordnete, die aufgrund ihrer prominenten Position in der Lage sind, den diversen Kampagnen ein Gesicht zu geben.

„We are very, very much focused on court and public! We think that these both are interlinked. You cannot separate one from the other (...). Ya, that’s very, very, very central to what we do“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:05:53–5#).

So initiiert JPP öffentliche Diskussionsrunden, bei denen nicht nur Journalist*innen und Repräsentant*innen anderer NRO, sondern explizit auch Regierungsvertreter*innen als Referent*innen eingeladen werden. Vor diesem Hintergrund fand am 9. Februar 2017 eine Diskussionsrunde zum Thema „Protec-

¹²¹ Um solchen potenziellen „Sprachrohren“ einen Anreiz zu bieten, sich für die migrationsrelevanten Projekte von JPP zu engagieren, werden u. a. auch schriftliche Informationen in Form von Hintergrundberichten und Analysen zur Verfügung gestellt. So legte JPP in Zusammenarbeit mit der World Organisation Against Torture (OMCT) und Reprieve dem pakistanischen Human Rights Committee im Juni 2017 einen Bericht vor, in dem die pakistanische Regierung neben ihrer mangelhaften Anti-Folter-Politik und der nach wie vor existierenden Durchführung der Todesstrafe auch für die fehlende Einrichtung von Schutzmechanismen von pakistanischen Staatsangehörigen in den arabischen Golfmonarchien kritisiert wurde (vgl. JPP/OMCT/Reprieve 2017: 17).

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

ting Overseas Pakistanis“ in den Räumen des National Press Club in Islamabad statt, an der neben der Direktorin von JPP, einem Journalisten von *Express News* und einem Mitglied von HRCP auch zwei Repräsentanten der National Assembly teilnahmen (vgl. JPP 2017c).

Auch bei der Präsentation der Studie „‘Caught in the Web’: Treatment of Pakistanis in the Saudi Criminal Justice System“ am 7. März 2018 konnte mit dem Senator Farhatullah Babar ein Sprecher der öffentlichen Arena zu Migration gewonnen werden. Er beglückwünschte in seiner Rede JPP, sich intensiv für die „most vulnerable sections of our society“ zu engagieren: „The Justice Project Pakistan has been in the forefront to find ways and means to give them justice.“ Der linksgerichtete Parlamentarier Babar ist Mitglied der Pakistan Peoples Party (PPP). Als früherer Pressesprecher des ehemaligen Staatspräsidenten Asif Ali Zardari, für den er von 2008 bis 2013 arbeitete, verfügt er über einen gewissen Bekanntheitsgrad. Er gilt mit seinen 73 Jahren als erfahrener und engagierter Politiker, der bereits in der Vergangenheit mit öffentlicher Kritik am politischen System auffiel (vgl. Khan, 09.03.2018). Babar hatte selbst fünf Jahre als Ingenieur für das saudische Unternehmen *Dallah Avco* gearbeitet und bezog sich in seiner Rede auf seine persönlichen Erfahrungen im Königreich. Immerhin habe er pakistanische Häftlinge in vier saudischen Gefängnissen besucht, um einen Eindruck von den Zuständen vor Ort zu gewinnen. Er habe sogar selbst einen Tag in einem saudischen Gefängnis verbringen müssen, was ihn sehr geprägt habe. Als Parlamentarier empfinde er es daher als seine Pflicht, das politische System und die Öffentlichkeit in Pakistan auf die prekären Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten hinzuweisen. Babar kann somit als einflussreicher traditioneller Sprecher der öffentlichen Arena zu Migration bezeichnet werden und übernimmt für JPP die Funktion eines „Sprachrohrs“. Ähnliche Personen will auch das MRC für sich gewinnen:

„You need to engage Pakistani politicians to attract the media. Thus, the minister or the governor should talk in TV about the labour migration issue. Otherwise, nobody will cover the event. You need to do a very good marketing. If you have a strike on the road against the government, you'll have at least 30 channels covering it. But labour migration? Nobody is really interested in this issue“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #01:06:15–6#).

Nur im Dialog mit den Gatekeeper*innen kann es gelingen, die von ihnen dominierte öffentliche Arena zu Migration zu betreten bzw. sich von den akquirierten Prophet*innen vertreten zu lassen. Dieses Vorgehen empfinden viele der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zwar als fragwürdiges, aber gleichzeitig als notwendiges Instrument, um ihrer Schutzverantwortung gegenüber den Migranten und ihrer Angehörigen nachkommen zu können. Immerhin fungieren die Prophet*innen nicht nur für die untersuchten neuen Öffentlichkeitsak-

teur*innen als Sprachrohre, sondern sind aufgrund ihres gesellschaftlichen und politischen Einflusses in der Lage, im Sinne des Arenenmodells auch den Migranten eine Stimme zu verleihen. Den meisten der von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ist es bisher jedoch nicht gelungen, dauerhaft traditionelle Sprecher*innen an sich zu binden. Dies liegt zum einen an der zögerlichen Haltung vieler Regierungsvertreter*innen, sich intensiver mit Missständen in der Migrationspolitik zu beschäftigen. Andererseits kritisieren die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aber auch die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Regierungsinstitutionen (vgl. BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:40:29–9#).

8.4 Sichtbarmachung von Migration über Vermittler*innen: „Attracting the media to get attention”

Die untersuchten Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und von internationalen Organisationen wollen mit ihren eingesetzten Strategien nicht nur kritische Sichtbarkeit von Migration bei den Betroffenen – also den Migranten und ihre Angehörigen – und den Gatekeeper*innen erreichen, sondern auch über einflussreiche mediale Vermittler*innen. Bei denen handelt es sich um ausgewählte Journalist*innen, die sich in ihrer beruflichen Karriere bereits über einen längeren Zeitraum mit kritischer Berichterstattung zu Migration beschäftigen und somit die Sprecherambitionen der zivilgesellschaftlichen Institutionen unterstützen können. Sie verfügen über die notwendigen Zugänge, Ressourcen, das Binnenwissen und die Kapazitäten, um die Anliegen der unterschiedlichen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen sichtbar werden zu lassen. Allerdings beobachtete BUK_LAH vom MRC in Lahore, dass viele Journalist*innen als Gegenleistung für ihre Berichterstattung finanziell entschädigt werden wollen:

„I talked to almost 20 people from the media and I said to them that we will launch MRC and everybody has asked me for money as a charge to cover the launch (...) I just have some good friends in the media and asked them to do me a favor by publishing a short article in a local newspaper. But this is not what I want. I want a full editorial. But you have to pay them 150,000 Rupees in a local newspaper and 300,000–400,000 Rupees in a national newspaper such as *Dawn*“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #01:03:18–9#).

NRO dienen einigen Journalist*innen somit als potenziell lukrative Einnahmequelle innerhalb eines elitenzentrierten und kommerzialisierten Mediensystems, in dem prekäre Arbeitsbedingungen den bereits beschriebenen „envelope journalism“ forcieren. Daher reduziert sich die Zahl der potenziell interessier-

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

ten Journalist*innen drastisch, weil viele der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf die finanziellen Forderungen nicht eingehen können bzw. wollen:

„We never ever pay for our media campaigns. What we actually have to do is to create the story in the sense that you have to pitch it again and again. Sometimes it takes time to find that one well-known person may write an op-ed“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:08:21-4#).

Während einige der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen wie JPP und das MRC gezielt Journalist*innen ansprechen, diese einladen und ihnen weiterführende Informationen und Zugänge zu den diversen Veranstaltungsformaten zur Verfügung stellen, verfolgt das RC in diesem Bereich eine andere Strategie: So ist es zwar ein wesentliches Ziel der Initiatoren, mediale Öffentlichkeit zu ihren Aktivitäten in Karachi herzustellen, dabei beschränkt man sich aber bislang auf die Organisation von Medienevents. Dementsprechend wurden regionale und nationale Medienvertreter*innen zur offiziellen Eröffnung des RC in Karachi eingeladen und eine Pressekonferenz durchgeführt. Der Repräsentant des RC zeigte sich positiv überrascht von der medialen Resonanz:

„It was pretty good actually. A lot media people showed up and also some articles were published not only in the English newspapers but also in Urdu newspapers. It was generally positive. Obviously, there was not much awareness of this issue. Nobody really knows that so much people came to this port“ (JAK_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, #00:13:29-1#).

RC kann zwar nicht gänzlich auf die Zusammenarbeit mit Journalist*innen verzichten, wie bei der Organisation von Medienevents deutlich wird, konzentriert sich aber mehrheitlich auf einen anderen Ansatz. So sollen mithilfe lokaler Öffentlichkeitsarbeit die Migranten-Communities direkt erreicht und informiert werden.

„We are planning to achieve the media but through community-based actions not to the mainstream media. We want to organize different events in schools and colleges. These are activities targeted to inform people on migration issues especially when it comes to irregular migration. We looked not to television. I will not like to spend a million dollars for a add campaign which is not very sufficient. It doesn't matter who many people saw it. This doesn't tell me much. We don't know if our target group has seen it or do only the rich people see it? It's very difficult to evaluate. The community-based issues are based on theater plays in schools and colleges. Those things are easier to evaluate and to reach the target group at a low cost“ (JAK_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, #00:28:26-6#).

Es ist für die Aktivitäten des RC nicht von Bedeutung, möglichst eine breite Öffentlichkeit zu generieren, sondern die richtigen Empfänger*innen – also die

Migranten und ihre Angehörigen – zu adressieren. Im Gegensatz zu kleineren Organisationen wie z. B. JPP ist das RC nicht auf eine breite mediale Sichtbarkeit angewiesen, da man keine Drittmittel akquirieren muss, was eine direktere Fokussierung auf die zu erreichenden Zielgruppen ermöglicht. So soll in Form von informellen Informationsseminaren, Posteraktionen an öffentlichen, häufig von zukünftigen Migranten und ihren Angehörigen frequentierten Orten oder Workshops in Schulen und Ausbildungszentren mit der betreffenden Zielgruppe ein schnellerer und effektiverer Austausch hergestellt werden. Die Ergebnisse kursieren durch informelle, personalisierte und community-basierte Kommunikationswege in Form des „Schneeballsystems“ innerhalb der Migranten-Gruppen und werden somit sichtbar.

Bei den während des Forschungsvorhabens identifizierten Vermittler*innen handelt es sich um die Printjournalist*innen MAH_LAH und SIA_LAH, die seit Jahren intensiv zu Migration arbeiten, auch den Repräsentant*innen des RC bekannt sind und sich im Rahmen ihres beruflichen Interesses an diesem Thema für unterschiedliche Jahrgänge im Fellowship-Programm von PANOS South Asia beworben hatten.¹²² Das Fellowship-Programm von PANOS South Asia ermöglicht es Journalist*innen aus den südasiatischen Teilnehmerländern, ein Stipendium für einen Arbeitsaufenthalt in einem Empfängerland südasiatischer Migranten zu erhalten, um vor Ort Berichte zu recherchieren und diese anschließend in unterschiedlicher Form zu veröffentlichen (siehe auch [Kapitel 4](#)). „We are going to meet there migrant laborers, the Pakistani embassies, the people who are dealing with labor migration in these respective countries such as the Ministry of labor“ (MAH_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:01:05–3#).

„The best part is that people from all the South Asian countries are participating in it. Thus, it is a transnational initiative that brings us all together in one subject which is labor migration. Pakistan is included“ (SIA_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:03:24–8#).

Dahinter steht das strategische Interesse der Initiative, Journalist*innen aus unterschiedlichen Herkunftsregionen miteinander zu vernetzen und Migration als wichtiges mediales Thema in klassischen Medienformaten zu etablieren. Dies habe sich durchaus positiv in der anschließenden medialen Sichtbarkeit der beteiligten Journalist*innen niedergeschlagen: „All the people who have participated in this initiative have significantly published op-eds and articles on this topic, which is very good“ (SIA_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore,

¹²² Während MAH_LAH das Programm im Jahr 2015 durchlaufen hatte, stand SIA_LAH zum Zeitpunkt der Feldforschung 2016 vor dem Beginn der Teilnahme.

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

#00:02:08–7#). Ihre Mitwirkung im PANOS-Netzwerk ermöglicht es ihnen, vor Ort investigative Hintergrundberichte zu verfassen, die anschließend auf dem „MIGRATION & LABOR: Panos South Asia Blog on Migrant Labor“ der South Asian Initiative for Migrant Labour Media Fellowship von PANOS South Asia und in anderen Medienformaten in elektronischer oder gedruckter Form veröffentlicht wurden. In ihren Artikeln konzentrieren sie sich auf die Verfehlungen der Regierungen, kriminelle Praktiken der Rekrutierungsagenturen, die strukturelle Ausbeutung und den Verschuldungsgrad der Migranten und ihrer Angehörigen, Menschen- und Arbeitsrechtverletzungen innerhalb des *Kafāla*-Systems, psychische und physische Beeinträchtigungen bei den Migranten als Folge dieser Fehlentwicklungen sowie politische Inaktivität auf saudischer und auf pakistanischer Seite.

In dem Blog wurden von Journalist SIA_LAH im Jahr 2016 die in [Tabelle 6](#) genannten Artikel zu Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien bzw. in die arabischen Golfmonarchien veröffentlicht. Von Journalist MAH_LAH wurden 2015 die in [Tabelle 7](#) genannten Artikel veröffentlicht.

Allerdings stehen diese Journalist*innen weiterhin vor massiven Herausforderungen, da sie von traditionellen Gatekeeper*innen in ihrer Medienarbeit behindert werden. So hätte jede/r einzelne Teilnehmer*in ohne weitreichende Unterstützung durch die Organisator*innen im Zielland agieren müssen, berichtet SIA_LAH. Oftmals hätten sich die Botschaften oder in seinem Fall die katarischen Ministerien geweigert, ihm für Interviews zur Verfügung zu stehen oder weiterführende Informationen bereitzustellen. Bei diesen Problemen habe auch die Anbindung an PANOS South Asia nicht geholfen.

„During my time in Qatar, I was not asked a single time to go and talk to the workers because the organizers have been very careful to avoid problems with the authorities. Therefore, I tried it on my own. I contacted the Pakistani embassy and I met a couple of contractors and finally I wrote a couple of stories. Otherwise it would not have been possible because the organizers said to us: Be careful and don't talk to any worker“ (MAH_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:16:35–6#).

Diese von den Initiator*innen ausgedrückte Vorsicht im Umgang mit den Autoritäten in den Empfängerstaaten habe im Resultat dazu geführt, dass eigene Zugänge zu Quellen akquiriert werden mussten, was von PANOS South Asia kaum unterstützt worden sei:

„It was not a good experience for me. One person from Bangladesh and me have been working in Qatar but it has not been very satisfying for me because we didn't get any support in order to meet local labour migrants, visit construction sites, talk to official authorities or to employer companies.

Tabelle 6. Übersicht der von SIA_LAH veröffentlichten Artikel (2016). *Quelle: eigene Zusammenstellung.*

Titel	Datum	Inhalte	Regionale Schwerpunkte	Veröffentlichung in Medienformat
Migrant Workers in the Gulf Feel Pinch of Falling Oil Prices	21.09.2016	<ul style="list-style-type: none"> – prekäre Arbeitsbedingungen – Ausweisungspolitik der Empfängerstaaten / Nationalisierung des Arbeitsmarktes – Rekrutierungsagenturen – Rücküberweisungen – Schutzverantwortung – Regierungsinitiativen 	VAE	Inter Press Service, internationale Presseagentur
Out of work across the sea	14.08.2016	<ul style="list-style-type: none"> – prekäre Arbeitsbedingungen – Ausweisungspolitik der Empfängerstaaten / Nationalisierung des Arbeitsmarktes – Rekrutierungsagenturen – Schutzverantwortung – Regierungsinitiativen 	Saudi-Arabien	<i>The News on Sunday</i> , Pakistan

8.4 Sichtbarmachung von Migration über Vermittler*innen

But I did my best to do it on my own“ (MAH_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:12:52–6#).

MAH_LAH vermittelt in seinen Äußerungen den Eindruck, als habe dieses Programm hauptsächlich isolierte Recherchemöglichkeiten angeboten, die er despektierlich „Hotel-Journalismus“ nennt. Allerdings gibt er zu, dass er zu hohe Erwartungen an seinen Aufenthalt in Katar gehabt habe und nur bedingt willens und in der Lage gewesen sei, seine Geschichten selbst zu recherchieren; so spricht er kein Arabisch. Hinzu müsse aufgrund der Kommerzialisierung des Mediensystems weiterhin viel Überzeugungsarbeit aufgewendet werden, um die jeweiligen Chefredaktionen von der Notwendigkeit zu überzeugen, kritische Themen zu Migration zu platzieren.

„Actually in Pakistan, our media cannot succeed to give space to bonded and child labour inside Pakistan. The problem is: The victims are not lucrative clients. Media is based on advertisements that are coming from multinational companies, from governments. Thus, elites are their lucrative clients. The workers in general are not lucrative clients (...) This is the problem of media over here“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:40:50–3#).

Die Rahmenbedingungen werden auch in einem institutionalisierten Rahmen wie bei PANOS South Asia von den traditionellen Sprecher*innen aus Politik, Medien und Wirtschaft bestimmt.¹²³

„We have hardly succeeded in attracting the media to get attention. No general newspaper have decided to give space to this issue. Media has space for news when something occurs but it’s very hard for us to get the attention of the media. Due to the lack of policy, we cannot write a number of columns about our project or the national problem in general. However, media is not only responsible for this lack of awareness. Civil society is responsible“ (HUS_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:42:26–4#).

Die ILO strebt danach, bestehende Initiativen wie PANOS South Asia oder MFA weiter zu stärken, um die mediale Sichtbarkeit von Migration auf transnationaler Ebene zu intensivieren. Hierzu wurde 2015 ein eigenes Projekt eingerichtet: Unter dem Namen „Breaking Stereotypes on Labour Migration“ wird seitdem jährlich ein globaler Wettbewerb durchgeführt, der Journalist*innen für ihre

¹²³ Allerdings waren weder MAH_LAH noch SIA_LAH für ihre Recherchen bislang in Saudi-Arabien. Sie begründen dies mit der existierenden Sensibilität, kritisch über Migranten im Königreich zu berichten, mit fehlenden Kontaktnetzwerken vor Ort und mangelnder Unterstützung durch die Organisator*innen von PANOS South Asia. Deswegen habe sich z. B. SIA_LAH für Katar entschieden, wie er sagt.

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

kritische Berichterstattung zu Migration auszeichnet. Ziel ist es, öffentliche Informationen zu Migration, Zwangsarbeit und Menschen schmuggel anzubieten, indem über die Arbeitsbedingungen und die rechtlichen Grundlagen zum Arbeitsschutz und kreative Lösungsansätze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Migranten berichtet wird, Sichtweisen der Migranten, Regierungen, Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften wiedergegeben werden, Vorurteile und Stereotype in Bezug auf Xenophobie oder Diskriminierungen innerhalb des Arbeitsmarktes bekämpft und neue Perspektiven hinsichtlich einer besseren Migrationspolitik präsentiert werden sollen (vgl. ILO 2016).

“The objective of the competition is to recognize exemplary media coverage on labour migration by encouraging professional journalists to produce written articles or videos/multimedia that while not overlooking the negative aspects (e.g. often a hard reality of exploitation and violation of human and labour rights), also show the positive results of fair labour migration governance, and highlight key aspects of migration (e.g. recruitment) as well as the positive contribution of migrant workers to countries of origin, transit and destination” (ILO 2016).

Eingereicht werden können Artikel oder Videos (vgl. ILO, 14.09.2018). Die Preisträger*innen erhalten eine Siegpriämie von 1.000 US-Dollar und können im Rahmen von ILO-Initiativen wie Seminaren oder Workshops ihre Arbeiten einem internationalen Publikum als „an example of good journalism“ (ILO 2016) vorstellen.¹²⁴ Bis 2017 hatten sich zwar keine Journalist*innen aus Pakistan an diesem Wettbewerb beteiligt, Vertreter*innen der ILO betonten aber, den Bekanntheitsgrad von „Breaking Stereotypes on Labour Migration“ auch in Pakistan ausweiten zu wollen.

Neben solchen Initiativen helfen den Journalist*innen jedoch vor allem persönliche Kontakte zu Vertreter*innen der zivilgesellschaftlichen Initiativen. Sie greifen zunehmend in ihrer Recherchearbeit auf die Expertise von MRC oder JPP zurück, um Insiderinformationen zu erhalten und kritische Perspektiven in ihre Berichterstattung zu integrieren. Diese professionelle Kooperation hilft den Journalist*innen dabei, eigene Artikel zu verfassen, ohne selbst investigative Recherchen durchführen zu müssen. Dies ist aufgrund der kommerzialisierten Arbeitsbedingungen oftmals weder aus zeitlichem Druck möglich noch im Sinne der Chefredaktionen. Deswegen bedienen sie sich gern der Materialien von JPP, um so einen differenzierten Einblick in die Thematik zu erhalten. Diese Informationsvermittlung ist gleichzeitig integraler Bestandteil der Medi-

¹²⁴ 2017 wurden 350 Beiträge aus 73 Ländern eingereicht. Einer der vier Gewinnerbeiträge beschäftigte sich explizit mit Arbeitsmigranten in den arabischen Golfmonarchien (vgl. Santos/Tomacruz 2017; ILO, 18.12.2017).

enstrategie der untersuchten NRO: „We forward documents of each case to the press. Today, it is more easy for us to get an op-ed in the newspaper“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:10:22–4#). Dabei sind vor allem individualisierte Fälle von journalistischem Interesse, um vor der Veröffentlichung die Aufmerksamkeit der Redaktion und im Anschluss die der Leser*innen zu gewinnen. Deswegen sind auch die im Rahmen meiner Forschung untersuchten NRO wie JPP daran interessiert, diesen Journalist*innen Hintergrundinformationen zu „Einzelschicksalen“ zukommen zu lassen, um ihre Aufmerksamkeit zu wecken: Dafür müssen die relevanten Medienvertreter*innen – in TV- wie Printformaten, in Urdu- wie englischsprachigen, in nationalen wie ausländischen Medien – auf die Aktualität, die Brisanz und die Dringlichkeit dieser Themen hingewiesen werden: „Normally, whether it is English or Urdu, local or foreign, you have to pitch the story for them. Otherwise they are not interested“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:24:30–4#). Journalist*innen werden z. B. zu Hintergrundgesprächen mit anschließendem Mittagessen eingeladen, wo ihnen in entspannter Atmosphäre die migrationsrelevanten Initiativen vorgestellt werden. Nur so ist es den NRO möglich, das Interesse der Journalist*innen zu erringen (vgl. HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:44:05–5#). Die im PANOS South Asia-Programm aktiven pakistanischen Journalist*innen werden somit regelmäßig von MRC-Kolleg*innen frequentiert und institutionell eingebunden, um sie über konkrete Veranstaltungen und Aktionen zu informieren. Einer dieser Journalisten ist MAH_LAH, dem von Repräsentant*innen des MRC eine herausragende Funktion als Vermittler in der Migrationsberichterstattung zugeschrieben wird:

„He said that he will include MRC in all his stories that are covering labour migration. People like him can make a difference in the public (...) He is personally interested in this issue and he will base his career on that topic because nobody is working on that so far. He'll be the one in Pakistan who is working on the migrant issue“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #01:01:23–4#).

Sein persönliches Engagement, sein Expertenwissen um die Empfängerregion und die Migrationsabläufe sowie seine innerhalb der PANOS South Asia-Initiative gesammelten Erfahrungen stellen für das MRC wichtige Kriterien dar, mit seiner Unterstützung als Vermittler Zugang zum Teilbereich der medialen Öffentlichkeit zu Migration zu erlangen. So arbeitet er bei der Berichterstattung über Migration eng mit dem MRC zusammen, wird regelmäßig zu Orientierungsworkshops, öffentlichen Veranstaltungen wie der Eröffnungszereemonie des MRC in Lahore und Hintergrundgesprächen eingeladen. Gleichzeitig profitiert er von den engen persönlichen Kontakten zum MRC, da er von den dortigen Kolleg*innen als Fellow der PANOS-Initiative des MFA empfohlen wurde:

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

„Actually, I found some stories before I joined the program as a fellow. A local reporter from the NEWS contacted me and informed me about the fellowship. Afterwards, an official from the ILO recommended me to the South Asia Forum“ (MAH_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:10:44–3#).

MAH_LAH engagiert sich neben seinen Aktivitäten für PANOS South Asia auch im SAMM-Projekt. Als explizites Ziel der Initiative wird genannt, Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben, indem neue Themen in die Öffentlichkeit gebracht und bestehende Narrative zu Migration herausgefordert werden. „The media will also be used as a critical tool to monitor the implementation of recommendations undertaken by origin and host country governments at regional and global processes“ (MFA: South Asian Media for Migrants). In eigenen Publikationen und Policy Briefs wird die Situation von Migranten aus unterschiedlichen Entsendestaaten analysiert. So werden die Haftbedingungen von unregistrierten Migranten (MFA: Detention of Undocumented Migrants in Asia), die Gründe für sogenannte „gestrandete Migranten“ (MFA: Stranded Migrants) oder die prekären Rekrutierungsmechanismen (vgl. MFA 2014) geschildert. Ziel dieser Initiativen und Publikationen ist es, den Informationsstand über Migration zu erweitern und Netzwerke herauszubilden, um mit deren Hilfe den Zugang zu unterschiedlichen Arenen der Öffentlichkeit zu Migration zu erhalten. Damit kann MFA eine sprechende Vermittlerfunktion zugeschrieben werden, wenngleich sich das Engagement zu pakistansicher Migration im Gegensatz zu PANOS South Asia doch deutlich geringer darstellt, als zu anderen südasiatischen Entsendestaaten wie Indien oder Bangladesch. So war bis auf den Repräsentanten von MRC den anderen von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen das Engagement von MFA unbekannt, während sie mit PANOS South Asia bereits entweder direkt oder indirekt in Berührung gekommen waren.

Alle neuen Öffentlichkeitsakteur*innen betonen, dass Initiativen wie PANOS South Asia und MFA zwar hilfreich seien, die mediale Sichtbarmachung von Migration voranzutreiben, ohne persönliche Beziehungen zwischen den einzelnen Initiativen und Vermittler*innen sich dieses Ziel jedoch nicht erreichen lasse. Personalisierte Kontakte dienen ihnen als maßgebliche Vorbedingung, um Zutritt zur medialen Arena zu Migration zu erhalten. Bislang erstreckt sich dieses Netzwerk zwar nur auf ausgewählte Journalist*innen, die sich bereits vor Kontaktaufnahme durch das MRC migrationspezifischen Themen widmeten, doch soll der Pool an kooperativen Journalist*innen sukzessive erweitert werden. So hofft BUK_LAH vom MRC Lahore, in Zukunft verstärkt Kontakt zu Redakteur*innen aus TV und Radio aufbauen zu können, die im Gegensatz zu den Printjournalist*innen bislang kaum Interesse für ihre Migrationsinitiativen aufgebracht haben. Dies hängt mit dem hohen Grad der Kom-

merzialisierung elektronischer Medien zusammen: Wie in [Kapitel 7](#) analysiert, lehnen viele TV- und Radio-Produzent*innen und Chefredaktionen aufgrund der komplexen und volatilen Einkommenssituation und der mangelnden Attraktivität beim Zielpublikum eine ausgiebige Berichterstattung über soziale Benachteiligungen von Migranten ab. Selbst über juristisch relevante Fälle wie drohende Todesstrafen für in Saudi-Arabien inhaftierte pakistanische Staatsangehörige werde im Fernsehen kaum berichtet, bemängelt auch BEL_LAH von JPP:

„TV is horrible. (zögert) Unless something huge happened, such as the Hajj tragedy... Then, we can put the death penalty in TV and talk about it. Otherwise, you really need to develop a relationship and pitch the show again and again. It really depends on if the anchors want to do that story or not. Sometimes we go to TV and bring ourselves some footage (...) However, in the press have been quite a few op-eds. You really need to develop a relationship to the anchors and the producers“ (BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:13:27–6#).

Generell sind die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen daran interessiert, sich mit medialen Vermittler*innen zu vernetzen, um ihre Sichtbarkeit im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit zu Migration zu erhöhen und ihre *issues* platzieren zu können. Dafür engagieren sie sich auf unterschiedlichen Wegen, um passende Vermittler*innen zu identifizieren und von einer intensiveren Zusammenarbeit zu überzeugen, was teilweise durch transnationale Initiativen wie PANOS South Asia oder MFA in Zukunft noch erleichtert werden kann. Gleichzeitig stellen diese strategischen Partnerschaften auch für potenzielle Vermittler*innen der traditionellen Massenmedien eine passende Gelegenheit dar, ihr inhaltliches Portfolio weiter zu schärfen. Sie benötigen die Zugänge und Informationsquellen der zivilgesellschaftlichen Initiativen wie JPP, um sich in einem hochgradig kompetitiven Mediensystem behaupten zu können und ihre Chefredaktionen davon zu überzeugen, über ein attraktives Alleinstellungsmerkmal im Hinblick auf die mediale Sichtbarmachung von Migration zu verfügen. In diesem medienstrategischen Bereich besteht somit ein signifikantes Potenzial, vor allem den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen aus der Zivilgesellschaft mithilfe dieser Vermittler*innen den Zugang zur medialen Arena zu Migration zu erleichtern, indem Synergieeffekte und Netzwerke geschaffen werden, um die Adressierung des Publikums, die Sichtbarkeit gegenüber den Gatekeeper*innen und die gegenseitige Vernetzung gewährleisten zu können.

8.5 Möglichkeiten zu mehr Sichtbarkeit durch Kooperation: „Use my linkages“

Von allen untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen suchen vor allem das RC und die MRC den gegenseitigen Austausch. Dabei diskutieren sie nicht nur die Fortschritte der jeweiligen Initiativen, sondern auch mögliche Synergieeffekte sowie Optionen für den Aufbau gemeinsamer Projekte im Bereich der Vorbereitung von Migranten, wie JAK_ISL, Mitarbeiter des RC der ILO in Islamabad, beschreibt:

„We work together with ILO to develop the curriculum for the MRC. They requested us for our expertise in how we do cultural orientation. The last meeting was last week in order to discuss the contents of the curriculum regarding contract issues and orientation“ (JAK_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, #00:18:21–1#).

Dieser regelmäßige Kontakt findet in Form von gemeinsamen Workshops, Weiterbildungsseminaren für die Mitarbeiter*innen beider Organisationen und wöchentlichen bzw. monatlichen Telefonkonferenzen statt. JAK_ISL unterstreicht die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit mit seinen Kolleg*innen beim MRC und sieht keinerlei Risiko für mögliche Kompetenzstreitigkeiten. Beide Organisationen verfolgen ähnliche Ziele, sodass Synergieeffekte genutzt werden können, um optimale Ergebnisse im Sinne der Migranten zu erzielen, wie er sagt. Deswegen sei es nur sinnvoll, Erfahrungen auszutauschen oder Ansprechpartner*innen bei Medien und Politik zu vermitteln. Für ihn sei diese bi-institutionelle Kooperation ein Positivbeispiel für die mannigfaltigen Möglichkeiten, sich mit unterschiedlichen Akteur*innen zu vernetzen. Allerdings befindet sich die institutionelle Zusammenarbeit zwischen ILO und IOM im pakistanischen Migrationskontext noch immer im Anfangsstadium. So ist zukünftig angedacht, gemeinsame Medienstrategien zu entwickeln, um deutlich mehr Aufmerksamkeit in der pakistanischen Öffentlichkeitssphäre zu generieren, doch diese Planungen wurden während des Untersuchungszeitraums nicht konkretisiert.

Beim MRC liegt auch eine Übersicht möglicher zivilgesellschaftlicher Kooperationspartner vor. Diese Übersicht umfasst neben JPP, BLLF und HRCP ausländische Geberorganisationen wie USAID oder die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH sowie politische Stiftungen wie die Heinrich-Böll- und die FES aus Deutschland. Für sie wurde eine Broschüre für politische und zivilgesellschaftliche Stakeholder erstellt (vgl. HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:23:12–6#). So habe man u. a. mit Kollegen anderer NRO wie der BLLF bei der Erstellung von Lehrplänen und

Vorbereitungskursen zusammengearbeitet. Nach eigener Aussage habe sich BUK_LAH bemüht, auch mit JPP Kontakte aufzubauen – bisher ohne Erfolg.

„I also contacted other NGOs and said: Look, I have the contact to the national government and to the provincial government. You can use my linkages. Then we can organize a forum to bring people from different institutions together. We can force them to have something concrete for the migrant workers“ (BUK_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:52:42–6#).

Vertreter*innen des JPP sind jedoch solche Kontaktbemühungen nicht bekannt. Sie kennen andere NRO wie BLLF oder HRCF zwar namentlich, haben aber bislang keinen Erfahrungsaustausch forciert oder gemeinsame Projekte initiiert (vgl. BEL_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:28:24–5#). Alle untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen sind jedoch überzeugt davon, in Zukunft einen engeren gegenseitigen Austausch initiieren zu wollen, um damit ihre Sichtbarkeit in der öffentlichen Arena zu Migration zu erhöhen, wenngleich institutionalisierte Netzwerke auf zivilgesellschaftlicher Ebene noch fehlen.

8.6 Zwischenanalyse

Die untersuchten unterschiedlichen Akteur*innen setzen an unterschiedlichen Punkten an, um Öffentlichkeit zu erreichen:

- So ist den untersuchten **zivilgesellschaftlichen Initiativen** vor allem daran gelegen, mit diversen Kampagnen in klassischen und sozialen Medien sowie Demonstrationen gemeinsam mit den Angehörigen der Migranten auf die Missstände in Saudi-Arabien hinzuweisen. Darüber hinaus konzentrieren sie sich immer mehr auf community-basierte Praktiken, indem die Angehörigen der Migranten über *Face-to-Face*-Kommunikation oder Social-Media-Kampagnen adressiert werden. Sie wollen ihrer „Schutzverantwortung“ nachkommen, indem sie Repräsentant*innen der Gatekeeper*innen adressieren, diese für das vernachlässigte Anliegen zu emotionalisieren und für sich zu gewinnen. Somit richtet sich ihr Agendasetting auf die Rezipienten, da sie darauf angewiesen sind, „Sprachrohre“ aus der Politik zu aquirieren. Hinter ihrem Engagement steht zumeist eine persönliche Leidenschaft, die sich zum Teil aus eigenen Migrationserfahrungen speist. Daraus ziehen sie ihre Motivation, sich an Vertreter*innen des politischen und medialen Systems zu wenden. Um dies zu erreichen, suchen sie zunehmend die Zusammenarbeit mit interessierten Journalist*innen, die als „Vermittler*innen“ über Zugang zur Arena zu Migration verfügen und die Anliegen der NRO sichtbar machen können.

8. Strategien und Praktiken der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

- Die untersuchten **internationalen Organisationen** sind zwar auch daran interessiert, traditionelle Gatekeeper*innen für ihre Anliegen zu gewinnen, verfügen jedoch über mehr (finanzielle) Unabhängigkeit, um sich mehr der eigentlichen Zielgruppe, den zukünftigen Migrant*innen, widmen zu können. Vor diesem Hintergrund organisieren sie Orientierungsseminare und konzentrieren sich in ihren Kampagnen eher darauf, in der Community der zukünftigen Migrant*innen sichtbar zu werden. Um dies realisieren zu können, sind sie noch mehr als die NRO auf die Unterstützung traditioneller Gatekeeper*innen angewiesen und suchen daher mit ihnen die Zusammenarbeit. Trotz einiger Misserfolge ist es vor allem dem MRC dadurch gelungen, ihre Ansätze bei staatlichen Akteur*innen zu platzieren und politischen Rückhalt zu erzielen. Dafür stützen sie sich wie die NRO ebenfalls auf die Zusammenarbeit mit journalistischen „Vermittler*innen“, sind aber weniger daran interessiert, politische „Sprachrohre“ zu gewinnen. Aufgrund ihrer finanziellen Unabhängigkeit können sie in diesem Bereich selbständiger handeln, als die NRO, die auf externe Unterstützung und Drittmittel angewiesen sind.
- Die untersuchten **Journalist*innen** fungieren in ihrer Funktion als „Vermittler*innen“ als relevante Katalysatoren für die NRO sowie die internationalen Organisationen. Beide sind auf die Zugänge der untersuchten Journalist*innen angewiesen, während diese ihre Zugangsprivilegien nutzen, um ihre Themen sichtbar machen zu können. Dabei müssen sie sich jedoch immer wieder gegen traditionelle Gatekeeper*innen aus Medien, Politik, Wirtschaft oder Militär behaupten, was ihnen auch dadurch gelingt, dass sie sich untereinander und mit den anderen Öffentlichkeitsakteur*innen besser vernetzen. Transnationale Medieninitiativen wie PANOS South Asia etc. dienen hierbei als weitere Plattformen, vertrauenswürdige Netzwerke herzustellen und damit höhere Sichtbarkeit zu erfahren. Sie nutzen dafür traditionell journalistische Instrumente, um ihre Anliegen zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

Die empirische Analyse der jeweiligen Medienstrategien und -praktiken verdeutlicht somit, dass diese Akteur*innen einen stetigen Balanceakt vollziehen müssen, um im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit zu Migration wahrgenommen zu werden. Aufgrund ihrer Beschäftigung mit Migration nach Saudi-Arabien müssen sie zum einen ein tabuisiertes Phänomen sichtbar machen, was aufgrund der hohen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Sensibilität gravierende Herausforderungen in der medienstrategischen Umsetzung mit sich bringt. Zum anderen ist den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewusst, dass sie trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber den Gatekeeper*innen dennoch mit ihnen zweckgebunden zusammenarbeiten müssen, um

ihre Anliegen öffentlich aushandeln zu können. Diese ambivalente Situation bestimmt die Medienpraktiken aller untersuchten Akteur*innen.

Schlussbetrachtung und Ausblick: Neue Öffentlichkeitsakteur*innen und sich wandelnde mediale Sichtbarkeit von Migration auf translokaler Ebene

Zusammenfassung der empirischen Datenanalyse

Die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen sich in einer Teilöffentlichkeit, die von einflussreichen Gatekeeper*innen aus Politik, Wirtschaft und Medien kontrolliert wird, welche die kritische Sichtbarmachung von Migration nach Saudi-Arabien auf unterschiedlichen Ebenen erschweren. Dieses Spannungsverhältnis wurde in der Auswertung der Empirie von [Kapitel 5-8](#) analysiert. So wird der für die Öffentlichkeitsakteur*innen relevante Teilbereich der Öffentlichkeit auf einer ersten Ebene durch das sensible, ambivalente und asymmetrische bilaterale Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Pakistan bestimmt, was eine kritische und diskursive Auseinandersetzung mit dem „Bruderstaat“ Saudi-Arabien limitiert (vgl. [Kapitel 5](#)). Das Königreich dient einerseits als Projektionsfläche politischer Hoffnungen, als Garant von Sicherheitsinteressen und wirtschaftlicher Stabilität, andererseits als Förderer kultureller und religiöser Indoktrination sowie als Katalysator der Rivalität mit Iran auf pakistanischem Boden, sodass ihm eine ambivalente Schlüsselrolle für die Deutungshoheit von einflussreichen Akteur*innen zukommt. Der saudische Partner wird von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als notwendiges Übel für das Überleben des pakistanischen Staates eingeschätzt, obwohl sie die kulturelle, religiöse, politische und wirtschaftliche Einflussnahme auf unterschiedlichen Ebenen als kontraproduktiv für die gesellschaftliche Entwicklung Pakistans im Allgemeinen und explizit für ihre beruflichen Tätigkeiten bewerten. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen stehen sie unter enormen Druck, was ihr öffentliches Engagement einschränkt und konditionalisiert. Deswegen hoffen sie auf eine zunehmende Diversifizierung der pakistanischen Außenpolitik und einer damit einhergehenden Distanzierung der pakistanischen Gatekeeper*innen aus Politik und Wirtschaft vom saudischen „Bruderstaat“. Dafür lassen sich erste Anzeichen erkennen, was zu einer kritischeren Diskussion über

das bilaterale Verhältnis führen und damit auch die öffentliche Tabuisierung Saudi-Arabiens aufbrechen könnte.

Diese Sensibilität auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene im Beziehungsgeflecht zu Saudi-Arabien beeinflusst die Potenziale der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, Migration sichtbar zu machen, wie in [Kapitel 6](#) ausgeführt wurde. Migration wird als wirtschaftliches Potenzial zur Einnahmegenerierung verhandelt und von einem „mindset der commercialisation“ getrieben. Akteur*innen wie die Rekrutierungsagenturen bestimmen und kontrollieren die Migrationsprozesse nach Saudi-Arabien (sowie in andere golfarabische Aufnahmeländer), was zu prekären Arbeitsbedingungen, struktureller Gewalt und Ausbeutung der Migranten führt. Darin sehen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen einen gravierenden Missstand, unter dem die Migranten und ihre Angehörigen leiden. Das *Kafāla*-System und die kriminellen Patronagenetzwerke bestimmen aus Sicht der Akteur*innen die Lebenswirklichkeiten der Migranten und ihrer Angehörigen und führen zu ihrer Ausbeutung und Kriminalisierung sowie zu einer Institutionalisierung von Gewalt. Sie positionieren sich vor diesem Hintergrund als kritische Mahner einer verfehlten pakistanischen Migrationspolitik, zeigen jedoch gleichzeitig deutliche Resignation gegenüber der allgegenwärtigen Deutungshoheit der *Milbus*-Gatekeeper*innen und ihrem Kontrollmonopol. Somit wird die Sichtbarkeit von Migration auf einer zweiten Ebene limitiert.

Diese beiden Ebenen rahmen die Aushandlungsmöglichkeiten von Migration im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit: Vor dem Hintergrund des fragmentierten und limitierten Mediensystems, in welchem sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen (müssen), bleiben weitere Räume zur Sichtbarmachung von Migration verschlossen (vgl. [Kapitel 7](#)). Die zunehmende Kommerzialisierung des Mediensystems hat zu hohen Zugangshürden geführt, die öffentliche Arena zu Migration betreten zu können, wie staatliche Zensurmaßnahmen, Profitorientierung und die prekären Arbeitsbedingungen für Öffentlichkeitsakteur*innen zeigen. Kritische Themen zu Migration erfahren kaum Eingang in die mediale Öffentlichkeit, weil Repräsent*innen aus Politik und Wirtschaft, die Rekrutierungsagenturen und Chefredaktionen, der ISI und das Militär eine solche Diskussion verhindern. Die mediale Tabuisierung Saudi-Arabiens sowie das weit verbreitete „Event Reporting“ reglementieren und konstituieren die mediale Arena zu Migration in der pakistanischen Öffentlichkeit. Statt sich der strukturellen Probleme des Migrationsprozesses zu widmen, findet nur eine oberflächliche mediale Diskussion statt, die sich auf Sensationsgier, sozialer Hierarchisierung und Stigmatisierung der Migranten als Selbstverantwortliche ihrer eigenen Misere stützt, anstatt eine offene, differenzierte und kritische Diskussion zuzulassen. Darauf reagieren die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen mit dem Versuch, in begrenzter Form gegen das System aufzubegeh-

ren, suchen aber gleichzeitig auch den Austausch und den Ausgleich mit politischen Gatekeeper*innen, um Zugänge zu vermachteten Arenen zu erhalten.

Auf dieser dritten Ebene bündeln sich die Problemfelder der ersten und zweiten Ebene und spiegeln sich in einer limitierten medialen Öffentlichkeit zu Migration wider. All diese bestehenden Beschränkungen prägen und beeinflussen das mediale Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, die in Form von Agendasetting und mithilfe diverser Medienpraktiken und -strategien ihre Anliegen, die migrationsrelevanten *issues*, damit sichtbar und verhandelbar werden lassen wollen. In Form dieses adaptierten Agendasettings „rahmen“ die untersuchten Akteur*innen ihre Anliegen, um sie in der ihnen zugänglichen Öffentlichkeit zu platzieren, indem sie provozieren und Missstände adressieren. Ihr Ziel ist es, kritische Diskussionen zu Migration zu forcieren, zu initiieren und medial zu visualisieren, um damit eine größere *Awareness* bei den relevanten Gatekeeper*innen in Medien und Politik zu generieren und sich selbst als neue Sprecher*innen in der Arena zu Migration zu positionieren. Dafür entwickeln sie die in [Kapitel 8](#) vorgestellten Medienstrategien und -praktiken, die darauf abzielen, einerseits ihrer Schutzverantwortung für die Migranten und ihrer Angehörigen nachzukommen und sie auf zukünftige rechtliche, kulturelle und alltägliche Herausforderungen im Zielland vorzubereiten. Andererseits wollen sie mediale und politische Vermittler*innen gewinnen, die als Sprachrohre für ihr *issue* „Migration“ fungieren sollen. Die Organisation von Medienkampagnen der untersuchten NRO gemeinsam mit politischen Vertreter*innen und ausgewählten Journalist*innen, das Ziel, sich enger mit politischen Akteur*innen und untereinander zu vernetzen und der Versuch, über digitale Medien eigene Anliegen sichtbar zu machen bzw. zu framen, prägen das mediale Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf unterschiedlichen Ebenen. Dabei verfolgen sie dasselbe Ziel – Sichtbarmachung von kritischen Aspekten zu Migration in der pakistanischen Öffentlichkeit –, nutzen aber unterschiedliche Instrumente und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Ihr Ansinnen ist es somit, tabuisierte Sichtbarkeit von Migration aufzubrechen und selbst als neue Sprecher*innen zu diesem *issue* wahrgenommen und akzeptiert zu werden.

Ausgehend von den in [Kapitel 5-8](#) evaluierten empirischen Ergebnisse sollen in der Schlussbetrachtung relevante Ergebnisse generalisiert werden, um dadurch theoretische Plausibilität herzustellen und Raum für weiterführende Forschung vorzustellen. Es ist beabsichtigt, die akteurszentrierte Sichtweise der empirischen Analyse im Sinne der zu generierenden Theorie weiterzuentwickeln und zu interpretieren. Die empirisch erhobenen Ergebnisse werden auf eine abstraktere Metaebene gehoben, die aus vier Schlüsselkategorien (Alheit 1999; Meuser/Nagel 2005; Bogner et al. 2014) besteht, welche der Beantwortung der Fragestellungen dienen und sich aus dem Datenmaterial ergeben haben:

- Neue Öffentlichkeitsakteur*innen in hybriden Arenen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration: Triebkräfte des medialen Wandels;
- Keine Genese von Gegenöffentlichkeit: Adressierung der Gatekeeper*innen durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen;
- Verortung im nationalstaatlichen Container: Brachliegendes translokales Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration;
- Zukunftsperspektiven bei der translokalen Sichtbarmachung von Migration in Form von „dissonanten Öffentlichkeiten“: Transmigranten als neue Sprecher

Neue Öffentlichkeitsakteur*innen in hybriden Arenen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration: Triebkräfte des medialen Wandels

Die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen fungieren als Triebfedern eines schrittweisen medialen Wandels innerhalb des von mir untersuchten Teilbereichs der pakistanischen Öffentlichkeit, da sie in einer hierarchisierten und durch zentrale Gatekeeper*innen kontrollierten Arena zu Migration eindringen. Trotz der beschriebenen Zugangsbeschränkungen streben sie danach, als neue Sprecher*innen bzw. mediale Multiplikatoren gehört, gesehen, verstanden und ernst genommen zu werden, was für sie eine wesentliche Herausforderung ihres Schaffens darstellt.

Begrenzte Zugänge zur medialen Arena zu Migration wirken sich direkt auf die Deutungshoheit der jeweiligen Expert*innen aus, die zwar über das Wissen, die Erfahrung und auch über die Fähigkeit verfügen, ihre Anliegen zu artikulieren. Allerdings agieren sie in einem Umfeld, welches dieses Potenzial limitiert, ignoriert und politisiert; potenzielle Sprecher*innen wurden zu Konsument*innen degradiert. Es hat sich im Sinne Habermas ein „Meinungsklima“ entwickelt (1990: 321), in dem „Kulturkonsum“ durch Privatisierung und Monopolisierung gefördert (1990: 248) und die Bildung von kritischer Öffentlichkeit zu Migration aufgrund dieser „vermachteten Arenen“ verhindert wurde.

So geraten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in die Situation, ihrer Experten- bzw. Sprecherfunktion nicht nachkommen und damit Migration weder sicht- noch hörbar machen zu können. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, entwickeln sie adaptierte Medienstrategien und -praktiken und setzen eigene Agenden, mit denen sie den angestrebten Arenenzugang zunehmend erreichen wollen. Thematisch platzieren bzw. framen sie die in ihrem Interesse liegenden *issues*, die vor allem die prekären Arbeitsbedingungen und die „Ausbeutungskultur“ innerhalb des pakistanischen Migrationsprozesses

nach Saudi-Arabien umfassen. Sie streben danach, den Verdrängungswettbewerb in der medialen Arena zu Migration für sich zu entscheiden, um damit Aufforderungscharakter herzustellen und die traditionellen Sprecher*innen unter Handlungsdruck zu setzen.

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen lassen sich somit nicht nur als Sprecher*innen für Migration verorten, sondern fungieren auch als ihre Prophet*innen, indem sie ihre Anliegen in Form von Medienkampagnen, der Organisation von Medienevents, der Nutzung von sozialen Medien, der Adressierung von medialen Vermittler*innen wie den untersuchten Journalist*innen und der Gewinnung von Sprachrohren aus Politik und Justiz in der Arena zu Migration verankern wollen. Durch die zunehmende Unterstützung durch externe Geber, die die Ressourcen der untersuchten Akteur*innen erhöhen, ihrer intrinsischen Motivation und einer zunehmenden Differenzierung der öffentlichen Diskussion zu Migration nach und dem bilateralen Verhältnis zu Saudi-Arabien entstehen neue Räume, die die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen verstärkt für ihr mediales Engagement zu Migration nutzen. In Bezug auf Migration treten sie demnach der dominierenden „Marketingkultur“ in der vermachteten Arena entgegen. Dadurch wird das Konzept von Öffentlichkeit um neue Handlungsakteur*innen im pakistanischen Kontext erweitert. Durch sie wird die Arena der Öffentlichkeit zu Migration herausgefordert und in Frage gestellt, was zum einem als Verdienst der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gelten kann, andererseits aber auch auf den sich transformierenden Teilbereichen der pakistanischen Öffentlichkeit basiert, deren Zugänge deutlich fluider geworden sind als in der Vergangenheit. Der untersuchte Prozess verdeutlicht somit auch die Hybridität des Mediensystems, welches als pluralistischer, diverser und heterogener beschrieben werden kann, als bislang vermutet.

Dazu trägt auch die zunehmende Digitalisierung der pakistanischen Öffentlichkeit bei, was für die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ein weiteres Instrument darstellt, kritische Aspekte von Migration sichtbar werden zu lassen: Online-Aktivismus, *Twitter*-Kampagnen, Live-Übertragungen von Informationsveranstaltungen bei *Facebook* sowie digitale Beschwerdesysteme für Migranten und ihre Angehörigen erweitern das Portfolio der Medienpraktiken und ihr Agendasetting. Weiterhin vernetzen sie sich mit Vermittler*innen aus massenmedialen Formaten, ergänzen diese Praktik mit digitalen Kommunikationsstrategien und kombinieren die Adressierung traditioneller Massenmedien mit der Nutzung von Online-Medien. Insbesondere MRC und JPP konzentrieren sich verstärkt auf den Einsatz digitaler und sozialer Medien, wie anhand der Analyse in [Kapitel 8](#) deutlich wurde. Diese Verschränkung unterschiedlicher Medienstrategien wird zukünftig neue Zugänge zu öffentlichen Arenen öffnen und das Deutungsmonopol der Gatekeeper*innen anfechten. Wie diese neue Offenheit genutzt, instrumentalisiert oder beschränkt wird, muss das Engage-

ment der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen noch zeigen. Allerdings gliedert sich diese Beobachtung ein in die kontroverse Forschungsdiskussion um die Qualität und Zugangsfreiheit von Diskursen in Online-Kontexten, die vielfach ambivalent bewertet werden (vgl. Halpern und Gibbs 2013; Ruiz et al. 2011).

Weiterhin führt die zunehmende Digitalisierung bei allen Öffentlichkeitsakteur*innen dazu, ehemalige Mitglieder des Publikums zu neuen Sprecher*innen aufsteigen zu lassen: Einerseits besitzen sie die notwendigen Ressourcen und operationalisieren traditionelle Medienpraktiken, andererseits nutzen sie neue Formen der digitalen Kommunikation wie soziale Medien, Blogs und Online-Foren, mit deren Hilfe sie ihre Sprechfähigkeit ausbauen. Damit fungieren sie als Triebkräfte einer sich verändernden pakistanischen Öffentlichkeit. Sie können in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft auf neue Möglichkeiten der Kommunikation zurückgreifen. Dies ermöglicht es ihnen, die traditionelle Trennung zwischen Produzenten und Rezipienten aufzuheben, Rollenverteilungen von Sprecher*innen, Vermittler*innen und Publikum neu zu definieren, um neue Knoten für Austausch und Interaktivität entstehen zu lassen. Diese Hybridfunktion erlaubt es ihnen, das Publikum als Sprecher*innen *und* Vermittler*innen zu adressieren, was eine neue pakistanische Öffentlichkeit konstituieren kann. So fungieren z. B. die von mir untersuchten Journalist*innen als mediale Vermittler*innen zu Migration für ein öffentliches Publikum, bilden aber zunehmend auch ein Netzwerk mit den anderen Sprecher*innen aus der Zivilgesellschaft.

Dass dieses Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zumindest indirekt Einfluss auf hochrangige politische Entscheidungsebenen nehmen kann, zeigt der in [Kapitel 5](#) bereits geschilderte Besuch des saudischen Kronprinzen Muḥammad b. Salmān in Pakistan im Februar 2019. Während dieses Besuchs artikulierte der pakistanische Premierminister Imran Khan (reg. seit 18. August 2018) die Forderung an die saudische Regierung, 2.107 derzeit im Königreich inhaftierte pakistanische Migranten freizulassen (vgl. Ahmed, 18.02.2019; *The News*, 18.02.2019)¹²⁵ – eine Forderung, der sich von den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen vor allem JPP verschrieben hat. Daraufhin sagte der Kronprinz ihre Freilassung zu (vgl. *Reuters*, 18.02.2019), was von Khan in einem *Tweet* begrüßt wurde:

„Crown Prince Mohammed bin Salman won the hearts of the people of Pakistan when he said ‚consider me Pakistan’s ambassador to Pakistan‘ in

¹²⁵ Bereits im März 2018 hatte die damalige pakistanische Regierung mit Saudi-Arabien und China ein Abkommen zur Rückführung von Gefangenen vereinbart, ohne dass diese jedoch realisiert worden war.

response to my asking him to treat the 2.5mn Pakistani's working in KSA as his own" (@ImranKhanPTI, *Twitter*, 18.02.2019).¹²⁶

JPP kommentierte diese Entscheidung ebenso positiv:

„JPP welcomes Saudi Arabia's order to release 2,107 Pakistani prisoners. This is a welcome first step and we hope that the PTI administration continues its work to ensure the protection of Pakistani migrant workers" (@JusticeProject_, *Twitter*, 18.02.2019).

Noch vor dem Besuch b. Salmāns hatte JPP eine Medienkampagne initiiert, die an ihren Projekten „Bring them back“ und „Caught in the Web“ anknüpfte: So twitterte JPP am 18. Februar unter den Hashtags *#CrownPrinceinPakistan*, *#MigrantWorkers* und *#PakistanisImprisonedAbroad*: „We hope that both Pakistani and the Saudi government will take concrete steps to provide immediate and long-term relief to Pakistanis facing imprisonment and/or capital punishment in KSA" (@JusticeProject_, *Twitter*, 18.02.2019). Weiterhin forderte Muhammad Usman, Mitarbeiter von JPP, in einem Meinungsartikel vom 15. Februar 2019 in *The Dawn* ein Abkommen zum Gefangenen austausch mit Saudi-Arabien (*prisoner transfer agreement*, PTA) und formulierte folgende Kritik:

„Our governments of the past have taken no notice of these prisoners' situation, providing little in the way of legal or financial assistance (...) The government has an obligation to afford the protection of the law to all Pakistanis wherever they may be, as per the Constitution, especially those who face the harshest punishments“ (Usman, 15.02.2019).

Diese Episode kann zwar nicht die direkte Einflussnahme der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf politische Entscheidungen belegen, zeigt aber eindrucksvoll, dass tabuisierte Themen wie die Inhaftierung von pakistanischen Migranten in Saudi-Arabien Eingang in die Arena der pakistanischen Öffentlichkeit finden können, sollten sie mit politischen Interessen, medialer Aufmerksamkeit und sozioökonomischen Herausforderungen vereinbar sein. Trotz der komplexen Rahmenbedingungen lässt sich eine differenzierte Öffentlichkeit zu Migration erreichen, was den Erfolg der „Arenenakteur*innen“ wahrscheinlicher werden lässt. Immerhin werden sie dadurch befähigt, ihre Anliegen auf der Galerie auszuhandeln.

¹²⁶ Im April 2019 verkündete die Parliamentary Secretary für Overseas Pakistanis and Human Resource Development, Javaria Zafar Aheer, dass der pakistanische diplomatische Dienst in stetigem Austausch mit Saudi-Arabien stehe, um die Freilassung der Gefangenen zu realisieren und eine Vereinbarung zum Schutz pakistanischer Staatsangehöriger im Königreich angestrebt werde (vgl. *Associated Press of Pakistan*, 24.04.2019).

Keine Genese von Gegenöffentlichkeit: Adressierung der Gatekeeper*innen durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

Da sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als Sprecher*innen und Prophet*innen der marginalisierten Migranten und ihrer Angehörigen verstehen, streben sie einerseits danach, in ihrem Sinne die vermachteten Arenen zu betreten, womit sie andererseits allerdings auch die dort präsenten traditionellen Sprecher*innen bedrängen. Durch die erweiterten Ressourcen, ihre migrationspezifischen Anliegen sichtbar werden zu lassen, wächst somit das Potenzial, in Auseinandersetzungen mit den Gatekeeper*innen zu geraten, die ihre Machtposition bedroht sehen. Solche Konflikte können in einem volatilen politischen, medialen und wirtschaftlichen Umfeld wie in Pakistan für die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen existenzgefährdende Folgen haben: Einschüchterung, Bestechung, Restriktionen und Kooption stellen klassische Instrumente der Gatekeeper*innen dar, unliebsamen Kritikern zu begegnen, um ihr Machtmonopol zu bewahren. Dieser Gefahr setzen sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen umso mehr aus, da sie zu dem tabuisierten und sensibilisierten Thema „Migration nach Saudi-Arabien“ arbeiten. Trotzdem zeigen sie sich daran interessiert, die Hoheitskontrolle der Informationsvermittlung zu diversifizieren: Bislang verfügten zumeist die Rekrutierungsagenturen über die Ressourcen, den Migranten Informationen zur Auswanderung zukommen oder vorenthalten zu können. Daraus entsteht eine im Sinne von Froilan/Naufal „asymmetry of information“ (2016: 8), welche den Gatekeeper*innen nutzt, um ihre Machtposition und ihre Vorrangstellung gegenüber den Migranten auszubauen bzw. zu konsolidieren. Bestimmte Faktoren wie fehlende bilaterale Rekrutierungsvereinbarungen, Regierungskoordination, überwachte Rekrutierungsprogramme oder mangelnder politischer Wille bei den beteiligten Akteur*innen tragen dazu bei, diese asymmetrische Bereitstellung von Informationen zu forcieren. Dies führt im Resultat zu prekären Arbeitsbedingungen und ist integraler Bestandteil des *Kafāla*-Systems.

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen wollen dieses Verhältnis zugunsten der Migranten verschieben: Durch die Bereitstellung von zusätzlichen Informationen in Form von Orientierungskursen, über ihre Webseiten und die sozialen Medien, mithilfe von Medienaktivitäten und gemeindebasierten Projekten zielen sie darauf ab, den Migranten weiterführende Informationen zum Rekrutierungsprozess zu vermitteln und schwächen damit das Deutungsmonopol der Gatekeeper*innen. Insbesondere JPP fungiert hier als Vorreiter, da die Organisation mit ihren Kampagnen „Bring them back“ bzw. „Caught in the Web“ eine explizit digital konzipierte Strategie anwendet. Ähnliches kann auch für PANOS South Asia konstatiert werden, während sich die MRC und vor allem

das RC noch in der Entwicklungsphase einer nachhaltigen Online-Medienstrategie befinden.

Zwar erfolgte bislang keine strukturierte Diffamierung der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in Form von Hasskommentaren, Shitstorms oder gezielter Falschdarstellung (vgl. Ben-David und Matamoros-Fernandez 2016; Hafez 2017; Rost et al. 2016) durch die Gatekeeper*innen. Umso mehr sie jedoch ihre Sichtbarkeit auch in sozialen Medien erhöhen und umso erfolgreicher ihre medienstrategischen Konzepte bei der Generierung von medialer Aufmerksamkeit sind, desto höher ist die Gefahr, dass die Polarisierung der Diskussion um Migration nach Saudi-Arabien und die Diffamierung der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zunehmen könnten.

Vor diesem Hintergrund könnten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen eigentlich eine Gegenöffentlichkeit bilden, die sich gegen die Deutungshoheit der Gatekeeper*innen richtet, lehnen dies aber in ihrer Selbstwahrnehmung ab. Unter Berücksichtigung der theoretischen Konzepte zu Gegenöffentlichkeit muss diese Perspektive jedoch hinterfragt werden. Immerhin fordern sie bestehende Narrative, Deutungsmuster und Handlungsmuster heraus und geraten vielfach mit den traditionellen Gatekeeper*innen aneinander. Egalitäre Rahmenbedingungen sind keineswegs eine Voraussetzung für gegenöffentliches Handeln. Stattdessen braucht es den Mut und die Courage bestimmter Akteur*innen, sich gegen die Hegemonie eines Diskurses in der Öffentlichkeit aufzulehnen und herauszufordern. Diese Eigenschaften finden sich bei den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen. Ihr Ziel, eine differenzierte, kritische Öffentlichkeit zu Migration herzustellen, könnte sie somit im theoriegebundenen Sinne zu Vertreter*innen einer Gegenöffentlichkeit werden lassen. Insbesondere ihr Engagement in den sozialen Medien – welches vor allem bei den untersuchten NRO evident wird – prädestiniert sie im Sinne von Kopetzky, als Akteur*innen einer Gegenöffentlichkeit bezeichnet zu werden: „Durch die Interaktivität des Web 2.0 werden die neuen Medien zum Sprachrohr der Bevölkerung und ermöglichen es, Gegenöffentlichkeit schnell und kostengünstig herzustellen“ (2015: 2).

Diese Einschätzung muss allerdings sofort wieder abgeschwächt werden: Zwar ist die Schaffung einer neuen „Klagemauer der Frustrierten“ (Leguizamó 2010: 35) und die Sichtbarmachung von marginalisierten Gruppen – den Migrant*innen – in der medialen Arena das Hauptanliegen der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, doch bedienen sie sich dafür zumeist konventioneller Praktiken, die ein englischsprachiges elitenzentriertes Publikum, welches zumeist aus den Gatekeeper*innen besteht, adressieren. Außerdem handelt es sich bei den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen keineswegs um per se marginalisierte Außenseiter, sondern um potenzielle Multiplikatoren, die über das notwendige Kapital verfügen, mit dem sie ihre Anliegen zur Aushandlung stellen. Als Mit-

arbeiter*innen von NRO, internationalen Initiativen und als Journalist*innen verfügen sie über Ressourcen wie Bildungsstand, finanzielle Unterstützung, institutionelle und interpersonale Netzwerke oder Kontakte zu den offiziellen Gatekeeper*innen, was ihnen einerseits den Zugang zur medialen Arena zu Migration gewährt, sie andererseits aber auch signifikante Ähnlichkeiten zu den traditionellen Sprecher*innen aufweisen. Sie können also nicht als Außenseiter bezeichnet werden, sondern bewegen sich stattdessen in derjenigen medialen Teilöffentlichkeit, zu der sie aufgrund ihrer Ressourcen Zugang erhalten können. Dies führt dazu, dass sie die Kontrollfunktion der Gatekeeper*innen nicht grundlegend in Frage stellen; sie streben nach Evolution, nicht nach Revolution. Ihr mediales Engagement konzentriert sich somit auf tradierte Machtstrukturen und -eliten, die sie für ihre Anliegen gewinnen wollen, anstatt sich gegen sie zu stellen.

Mit ihrer kommunikativen Vermittlungsfähigkeit, die sie weitgehend in einer englischsprachigen Arena einsetzen, richten sie sich somit an ein Publikum auf der Galerie, welches ebenfalls mediale Öffentlichkeit in englischer Sprache konsumiert. Diese Sprachhomogenität innerhalb der medialen Teilöffentlichkeit verdeutlicht, dass sich die von mir untersuchten Arenenakteur*innen als Teil einer elitenzentrierten Öffentlichkeit wahrnehmen, der sie selbst angehören (wollen). Aus der Sichtweise der von mir untersuchten Arenenakteur*innen kommt keine andere (z. B. die Urdu-sprachige Teilöffentlichkeit) in Frage, da sie dort weder Zugang erhalten noch Gehör finden. Viele wissen um ihre privilegierte Position und wollen diese nutzen, um migrantenspezifische *issues* besser artikulieren und etikettieren zu können und sie dadurch greifbarer zu machen. Damit streben die zivilgesellschaftlichen Repräsentant*innen danach, ihrer Funktion als „Inputperipherie“ (Ferree et al. 2002: 301) nachzukommen. Vor diesem Hintergrund forcieren sie einen graduellen Wandel im Dialog mit den Gatekeeper*innen, da sie darin die effizienteste Möglichkeit sehen, in einer vermachteten Arena zu Migration gehört zu werden.

Sie wissen ebenfalls um die Dominanz der kriminellen Rekrutierungsagenturen, des von *Milbus* kontrollierten Systems und der korrupten Verwaltungsstrukturen. Ihnen ist trotzdem nicht daran gelegen, die von diesen Gatekeeper*innen geprägten Sichtweisen radikal zu verändern, sondern vielmehr zu modifizieren. Sie wollen als Gleiche unter Gleichen agieren, zur selben Zeit aber auch kritische Aspekte zu Migration verhandeln (dürfen). Deswegen konzentrieren sie sich in ihren Medienstrategien darauf, eine Polarisierung bzw. einen sich verschärfenden Konflikt mit den traditionellen Gatekeeper*innen zu vermeiden, da sie vielfach auf deren Unterstützung, Akzeptanz und Respekt angewiesen sind. Allerdings wissen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auch, dass sie trotz der verfügbaren Ressourcen von den Gatekeeper*innen als Bedrohung des eigenen Status wahrgenommen werden. Dies reduziert ihre

Sprecher- und Vermittlerrolle und manifestiert vermachtete Arenen und selbständige Öffentlichkeiten. Aufgrund dieser Situation geraten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ein konzeptionelles Dilemma: Zum einen wollen sie eine neue Rolle in der medialen Sichtbarmachung von Migration übernehmen und eine modifizierte Arena der Öffentlichkeit mitprägen, sind aber zum anderen nicht bereit, anzuerkennen, dass sie eine neue *eigene* Arena der Öffentlichkeit zu Migration bzw. eine Gegenöffentlichkeit formieren könnten.

Damit passen sie sich den Besonderheiten des pakistanischen Mediensystems an. Demnach können sie als Vertreter*innen einer abgeschwächten und konzilianteren Gegenöffentlichkeit verstanden werden. Diese Haltung kann als opportunistisch kritisiert werden, zeigt aber eine den Gegebenheiten angepasste Strategie, um überhaupt Sichtbarkeit zu Migration herstellen zu können. Öffentlichkeit zu Migration nach Saudi-Arabien konstituiert ein Tabu auf dreifacher Ebene. Dessen sind sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewusst. Sie wissen auch, dass in unversöhnlicher Opposition zu den Gatekeeper*innen innerhalb des vermachteten Teilbereichs der pakistanischen Öffentlichkeit von letzteren keinerlei Zugeständnisse zu erwarten wären. In einem solchen Falle würden sich die begrenzten Möglichkeiten, Migration ins Königreich kritisch aushandeln zu wollen, weiter reduzieren und ihre Anliegen ungehört bleiben. Deswegen suchen die untersuchten Akteur*innen – teilweise gegen ihre Überzeugung – die Kooperation mit traditionellen Gatekeeper*innen: Während das MRC und das RC aus juristischen und politischen Gründen auf die Unterstützung der pakistanischen Regierungsinstitutionen angewiesen sind, benötigen zivilgesellschaftliche Organisationen wie JPP, BLLF oder HRCP bzw. die untersuchten Journalist*innen den Zugang und das Wohlwollen solcher Gatekeeper*innen, um ihr mediales Engagement erfolgreich umsetzen zu können.

Ein solches Vorgehen birgt jedoch das Risiko, von den Gatekeeper*innen kooptiert zu werden und eigene Interessen zugunsten der Arenenzugänge zu vernachlässigen. Insbesondere von den Vertreter*innen der MRC sowie von JPP wurden solche Sorgen offen geäußert, was verdeutlicht, welcher enormer Druck innerhalb des pakistanischen Mediensystems von Gatekeeper*innen ausgeübt wird. Sich dieser Einflussnahme nicht gänzlich zu beugen, sondern eigene Deutungshoheit und Handlungsfreiheit zu behalten und Interessenskonflikte auszubalancieren bzw. zu moderieren, fordert die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf unterschiedliche Weise tagtäglich heraus. Gleichzeitig limitieren sie ihre Handlungsräume durch ein solches Vorgehen selbst, da sie ihr Agendasetting an bestehenden Narrativen zu Migration orientieren und diese nicht gänzlich ablehnen. So wird z. B. das wirtschaftliche Nutzpotenzial der Migranten auch von allen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen betont und prinzipiell befürwortet, sodass sie sich hier keineswegs als oppositionelle Stimmen positionieren. Anstatt ihre *issues* im Sinne der Migranten zu verfolgen, könnten sie für die

Gunst der Gatekeeper*innen ihre Interessen aufgeben bzw. an die geforderten Rahmenbedingungen anpassen. Eine solche Entwicklung würde systemlegitimierend wirken.

Verortung im nationalstaatlichen Container: Brachliegendes translokales Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration

Darüber hinaus nutzen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bislang das translokale Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration noch nicht aus. Stattdessen agieren sie in einer nationalstaatlichen Teilöffentlichkeit. Aus ihrer Sichtweise erscheint der Zugang zur translokalen Arena von Migration noch verschlossener als auf nationaler Ebene und wird von wirkmächtigen Gatekeeper*innen nicht nur in Pakistan, sondern auch in Saudi-Arabien kontrolliert. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen und ihre Handlungsmotive in einem Konzept von Öffentlichkeit lokalisiert werden müssen, welches den nationalstaatlichen Rahmen als sinnstiftend für mediales Engagement zu Migration erachtet.

Ausgehend von dieser Beobachtung muss konstatiert werden, dass die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen normative Öffentlichkeit zu Migration in einem nationalstaatlich-begrenzten Raum teilweise reproduzieren. Immerhin schließt dieses abgeschlossene Wirkungsfeld, in dem sie agieren, die Migranten selbst weitgehend aus, sodass diese im Idealfall nur als Publikum, nicht aber als agierende Sprecher*innen ihrer *issues* präsent werden: Die untersuchten Akteur*innen sprechen häufig über sie und zu ihnen, aber kaum mit ihnen, und lassen sie selbst nur selten zu Wort kommen bzw. hören sie nicht – wie im in der Einleitung beschriebenen Fall von Khalli Walli.

Um sich daraus zu lösen, müssten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ihre im Nationalstaat verankerten Strategien auf einen translokalen Kontext ausweiten und sich ihres Mobilitätspotenzials bewusst werden. Ein solches medienstrategisches Vorgehen könnte das Potenzial erhöhen, eine kritische Öffentlichkeit zu Migration außerhalb des nationalen Containers herzustellen. Sie müssten dazu allerdings den von ihnen adressierten Teilbereich pakistanischer Öffentlichkeit verlassen oder zumindest erweitern. Voraussetzung dafür wäre der Aufbau von Netzwerken zu Öffentlichkeitsakteur*innen, die sich außerhalb Pakistans und am besten in Saudi-Arabien verorten. Dafür müssten Kontakte sowohl zu saudischen offiziellen Institutionen wie auch zu den zuständigen Ministerien und Medienvertreter*innen als auch zu Repräsentant*innen der pakistanischen Diaspora bzw. NRO aufgebaut werden. Allerdings besteht bislang keinerlei Kontakt auf individueller oder institutioneller Ebene zu solchen Akteur*innen, wie mir bestätigt wurde:

„In general, for us it's very difficult to work in those countries because they have not very open policies. We cannot open offices (...) When it comes to Saudi Arabia, it's a different story. We don't have any cooperation with them“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:25:53-1#).

Trotz dieser Leerstellen sind sich die meisten Öffentlichkeitsakteur*innen bewusst, dass transnationale Netzwerke zu saudischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Regierungsinstitutionen und Journalist*innen und vor allem zur pakistanischen Diasporagemeinschaft ein wegweisender Schritt wären, um die mediale Sichtbarmachung der sozialen Implikationen von Migration außerhalb des nationalen Containers voranzutreiben. Ein solcher Schritt könnte die Akteur*innen auch befähigen, mobile und fluide Lebenswirklichkeiten der Diasporagemeinschaften besser zu durchdringen und zu verstehen. Immerhin existieren in den Empfängerstaaten dynamische, heterogene und sich rasch transformierende Gemeinschaften von Migranten, die immer stärker ihre Herausforderungen selbst verhandeln und sichtbar machen wollen. Dies gilt insbesondere für die kleineren Golfmonarchien, aber auch verstärkt für Saudi-Arabien. Im Sinne von Salazar-Parrenas (vgl. 2005; 2008) reiche es nicht aus, nur die extremen Formen von Gewalt und Ausbeutung nachzuverfolgen. So untersucht sie u. a. die sich bei philippinischen Migrant*innen im Ausland angeeigneten verändernden Verhaltensweisen, die in ihrer Heimat atypisch wirken und gar zu Entfremdung (Salazar Parreñas 2005: 161) und einem „clash in gender ideologies“ (Salazar Parreñas 2008: 168) führen können. Die Adaption neuer Handlungsweisen aufgrund der Auslandserfahrungen bezeichnet sie als eine Form „sozialer Rücküberweisungen“:

„The increasing number of transnational families marks an institutional rupture to the order of gender in the Filipino family, as the maintenance and constitution of such households call for a redistribution of the traditional gender division of labor in the family“ (Salazar-Parrenas 2005: 5).

Weiterhin wird eine solche translokale Vernetzung jedoch auch von unterschiedlichen Gatekeeper*innen verhindert: Die saudischen und pakistanischen Regierungen betrachten ein solches mediales Engagement für pakistanische Migranten als Einmischung in die internen Angelegenheiten bzw. als Gefährdung der bilateralen Beziehungen zum „Bruderstaat“ (vgl. NAD_LAH, Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:15:11-9#). Die Kommunikationskanäle zur Aus handlung von migrationspezifischen Anliegen beschränken sich bislang auf hochrangige politische Entscheidungsebenen, werden durch die zuständigen Ministerien beider Regierungen, die jeweiligen Botschaften und Konsulate kontrolliert und erhalten dadurch einen exklusiven und exkludierenden Charakter. Diese Umstände erschweren es den untersuchten Akteur*innen, Kontakt auf

transnationaler Ebene mit pakistanischen Diasporainitiativen oder saudischen Organisationen aufzunehmen. Viele von ihnen verneinen darüber hinaus per se die Existenz einer saudischen Zivilgesellschaft, die sich mit den sozialen Implikationen von Migration beschäftigen.

Dass sich in Saudi-Arabien jedoch in den letzten Jahren durchaus eine lokale Kultur von zivilgesellschaftlichem Engagement (vgl. Al-Šayḥ/Al-Qaḥṭānī 2015; Crystal 1996; Montagu 2010; Shalaby 2008; Bonner et al. 2003) – oftmals mit der Unterstützung des Staates (vgl. Thompson 2014) – entwickelt hat, in der zunehmend auch Migration eine relevante Bedeutung erfährt, ist vielen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen nicht bewusst – ein weiterer Hinweis auf die fehlenden Kontakte ins Königreich. Die wachsende politische, soziale und ökonomische Bedeutung der in Saudi-Arabien lebenden und arbeitenden Migranten aus Pakistan hat zu einer Genese von einigen wenigen saudischen nicht-staatlichen Initiativen geführt. Die in Saudi-Arabien traditionell einflussreiche „Kultur des islamischen Gebens“ (*zakāt*) hat in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung einer äußerst aktiven Stiftungslandschaft inspiriert, die sich diversen Themen der Armutsbekämpfung widmet. Religiöse Wohlfahrtseinrichtungen, die zumeist durch wohlhabende Mitglieder des wahhabitischen Klerus oder der Königsfamilie finanziert werden, verfügen über eine enorme Popularität in Saudi-Arabien. Daneben hat sich auch eine Vielzahl an karitativen Einrichtungen herausgebildet, die ohne speziellen religiösen Auftrag im Bereich der Armutsbekämpfung arbeiten. Solche Initiativen fokussieren sich zwar zumeist auf benachteiligte nationale Bevölkerungsgruppen wie Waisenkinder, Obdachlose und verwitwete oder geschiedene Frauen, lassen ihre Wohlfahrtsaktivitäten aber auch in Einzelfällen ausländischen Arbeitsmigranten zukommen (vgl. Derbal 2017: 143–147). Weiterhin existieren in der saudischen Wirtschaftsmetropole Dschidda einige pakistanische Wirtschaftsforen. Solche Akteur*innen repräsentieren allerdings (noch) eine kleine elitäre pakistanische Diaspora und gewähren bislang den Arbeitsmigranten aus dem Niedriglohnsegment weder Zugang noch Repräsentation. Sie agieren nur im öffentlichen Container Saudi-Arabiens, werden daher nur für ein spezifisch saudisches Publikum sichtbar und sind den von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gänzlich unbekannt.

Im pakistanischen Kontext wurde deutlich, wie abhängig die Sichtbarmachung von Migration von den politischen Rahmenbedingungen ist. Gleiches gilt für Saudi-Arabien: Bislang wurde die Arena zu Migration in Saudi-Arabien noch intensiver als in Pakistan von machtvollen Gatekeeper*innen aus Staat, Wirtschaft und Religion kontrolliert, was themenspezifische Narrative wie die Marginalisierung von Migranten bzw. proklamierte Xenophobie medial streute. Doch diese Stereotype werden durch die zunehmende Nutzung von sozialen Medien herausgefordert. Migration ist somit längst zu einem Thema der öffent-

lichen Relevanz geworden, in der Migranten oder Sprachrohre der Migranten zwar noch als Außenseiter von der Arena exkludiert werden. Allerdings lassen sich neue Diskussionsstränge identifizieren, in denen die Stigmatisierung von Migranten kritisiert oder zumindest als negative Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft thematisiert wird. So finden sich – ähnlich wie im pakistanischen Kontext – auch im englischsprachigen Teilbereich des saudischen Mediensystems Stimmen, die die prekären Arbeitsbedingungen der Migranten kritisieren und damit bestehende Narrative vorsichtig in Frage stellen (vgl. Sons 2014b). Eine solche Veränderung der politischen Rahmenbedingungen kann in dieser Arbeit zwar nicht ausführlich analysiert werden, bietet aber interessante Potenziale für weitere Forschung und soll daher zumindest problematisiert werden.

Um den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen die Vernetzung nach Saudi-Arabien zu ermöglichen, sind sie auf eine solche kontinuierliche Transformation der öffentlichen Arena zu Migration in Saudi-Arabien angewiesen. Dies erscheint zwar in der hierarchisierten und vermachteten Arena zu Migration in Saudi-Arabien unwahrscheinlich. Dennoch existieren für neue Öffentlichkeitsakteur*innen aus Diaspora und saudischer Zivilgesellschaft durchaus Räume, verstärkt sichtbar zu werden. Dazu zählt, dass eine junge Generation gut ausgebildeter saudischer Männer und Frauen die strukturelle Gewalt gegen Migranten kritisieren könnte, da ein solches Verhalten gegenüber „muslimischen Brüdern“ weder dem eigenen Selbstverständnis noch den islamisch-moralischen Werten des „Hüters der beiden Heiligen Stätten“ entspricht. Zivilgesellschaftliches Engagement in Form von freiwilliger Nachbarschaftsarbeit, im Umweltbereich, in der Kranken- und Altenpflege oder in der humanitären Hilfe sind längst zu einem Bestandteil des saudischen Selbstverständnisses geworden und schlagen sich in einem gewissen „Trend“ zur Wohlfahrt und zur Solidarität mit Benachteiligten nieder, wie bereits angedeutet wurde. Viele junge saudische Staatsangehörige engagieren sich ehrenamtlich für „Schutz- und Hilfsbedürftige“, um ihrer moralischen Pflicht nachzukommen, neue Freizeitmöglichkeiten zu entdecken und ihrem Anspruch als fromme und verantwortungsbewusste Muslime gerecht zu werden (vgl. Derbal 2017). Zukünftig könnten diese karitativen Tätigkeiten auch verstärkt auf pakistanische Arbeitsmigranten konzentriert werden.

Auslöser dafür könnte der fundamentale politische, soziale und sozioökonomische Transformationsprozess der saudischen Gesellschaft sein: Wie beschrieben, wurden in den letzten Jahren bereits einige juristische Reformen im Arbeitsrecht und hinsichtlich des *Kafāla*-Systems implementiert; der wachsende sozioökonomische Druck intensiviert die Bemühungen, den Arbeitsmarkt zu „saudisieren“, die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften zu reduzieren und sich als Post-Rentierstaat zu positionieren (vgl. Thompson 2018;

Hertog, 14.03.2018; Hertog 2019; Leber 2019; Young 2018; House 2017). Unter dem Kronprinzen Muḥammad b. Salmān wird eine sozioökonomische und gesellschaftliche Modernisierung forciert (vgl. Bianco 2018; Cafiero 2018; Young, 06.03.2019; Abdel Ghafar, 14.02.2018; Mason, 13.11.2017), die darauf abzielt, die Wirtschaft zu diversifizieren, indem Sektoren wie Tourismus, die Dienstleistungs- und Entertainmentbranche ausgebaut (vgl. Kinninmont 2017a; Hussain 2017), die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen reduziert sowie eine gewisse gesellschaftliche Öffnung gefördert wird. Die politische Führung zeigt sich daran interessiert, internationale Privatunternehmen zu Investitionen im Königreich zu motivieren. Dafür muss die globale Sichtbarkeit des Königreichs erhöht werden, um die Reputation Saudi-Arabiens als attraktiven Wirtschaftsstandort zu verbessern. Muḥammad b. Salmān will sich innerhalb dieses Prozesses als ambitionierter, selbstbewusster und ehrgeiziger zukünftiger König und Vertreter einer jungen Generation präsentieren (Filkins, 02.04.2018). Dieses Vorhaben wird mit einer intensiven Marketingstrategie begleitet, die Saudi-Arabien als „modern“ und „neues technologisches Epizentrum des Nahen und Mittleren Ostens“ präsentieren soll (Interview mit saudischem Geschäftsmann, Riad, 21.10.2018). Viele junge saudische Staatsangehörige begrüßen diese „Vision“ und wollen sich am Aufbau eines „neuen Saudi-Arabien“ beteiligen (Interview mit saudischer Unternehmerin, Riad, 24.10.2018). Diese Strategie trug seit Muḥammad b. Salmāns Ernennung zum Kronprinzen im Juni 2017 dazu bei, dass neue Akteur*innen in Saudi-Arabien Einfluss gewonnen haben, die sich in den Bereichen Empowerment von Frauen, wirtschaftliche Diversifizierung und Entrepreneurship engagieren und von der Regierung unterstützt werden (vgl. Sons 2018c: 6; Kinninmont 2017b; Rieger/Sons 2019). Diese neu entstandenen Räume verändern vor allem mediale Diskussionen und lassen neue Akteur*innen einer jungen Generation zu Sprecher*innen der öffentlichen Arenen aufsteigen: Längst sind traditionell tabuisierte Themen wie berufliche Perspektiven von Frauen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die mangelnde Leistungsbereitschaft vieler saudischer Arbeitnehmer*innen und die Annehmlichkeiten des Rentierstaatssystems zu kontrovers diskutierten *issues* geworden (vgl. Abualhassan 2018), die in sozialen Medien und in massenmedialen Formaten (selbst)kritisch debattiert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Zuge dieser Transformation auch kritische Aspekte zu Migration sichtbarer ausgehandelt werden könnten als bisher. Insbesondere die Stigmatisierung der südasiatischen Migranten als „die Anderen“, als Gefahr für die kulturelle Einheit der Gesellschaft oder die präsente aber bislang tabuisierte strukturelle Gewalt im häuslichen Bereich könnte – auch als Reaktion auf externen Druck – intensiver in den (sozialen) Medien und von den saudischen Gatekeeper*innen diskutiert werden.

Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten Jahre auch, dass sich zwar in Saudi-Arabien neue mediale Arenen geöffnet haben, diese aber weithin von politischen Entscheidungsträgern kontrolliert werden. Denn das Agendasetting wird von der einflussreichsten Gatekeeperin betrieben – der politischen Führung unter Muḥammad b. Salmān. Dies hat zwar zu mehr Diversität, allerdings nicht zu mehr politischer und medialer Meinungsfreiheit geführt. Die unter dem Kronprinzen erfolgte Machtkonzentration, die Marginalisierung traditioneller Gatekeeper*innen sowie die Auflösung alter Patronagenetzwerke hat innerhalb des saudischen Mediensystems bestehende öffentliche Arenen neu vermachtet oder gar geschlossen (vgl. Steinberg 2018; Oppenheim 2019). Repression gegen Andersdenkende, strikte Überwachung von kritischen Social-Media-Aktivist*innen oder die Inhaftierung von Befürworter*innen der Aufhebung des Fahrverbots für Frauen sind nur einige Merkmale der intensivierten Unterdrückungskampagne der politischen Führung (vgl. Yee/Kirkpatrick, 05.04.2019; Mazzetti/Hubbard, 17.03.2019; Hubbard et al., 11.03.2018; HRW, 18.05.2018). Diese Repressionspolitik der saudischen Führung hat international zu massiver Kritik geführt und konterkariert die Bemühungen des Kronprinzen, die Reputation des Königreiches zu verbessern. Mit der Ermordung des saudischen Journalisten Ġamāl Ahmād Ḥāšūqšī im saudischen Konsulat in Istanbul im Oktober 2018 (vgl. Barnes et al., 12.11.2018) hat sich der internationale Druck auf den Kronprinzen (vgl. Stroul 2019; Gause 2018) aufgrund seines Führungsstils der „reformist repression“ (Pollock 2018) nochmals erhöht: Sein konstruiertes Image als „Reformer“ ist weitgehend zerrüttet, auch innerhalb der eigenen Bevölkerung existieren durchaus Zweifel an seiner Eignung als zukünftiger König (vgl. Interviews in Riad im Oktober 2018), da neben der Affäre um Ḥāšūqšī auch die saudische Regionalpolitik (vgl. Al-Rasheed 2015b; Sunik 2018) sowie ausbleibende wirtschaftliche Erfolge im Inland bei der Schaffung von Arbeitsplätzen seine Reputation schwächen (vgl. Riedel, 16.01.2019; Rich 2017; Partrick 2016).

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Muḥammad b. Salmān auf diesen gestiegenen Druck reagieren muss, um seine eigene Macht und seine Zukunft als neuer König zu konsolidieren. Im Zuge dieser Spannungen könnten sich jedoch neue Räume für mediale Diskussionen eröffnen, was auch die Sichtbarmachung von Migration beeinflussen könnte. In diesem Fall könnte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeitskräfte in Form von Arbeitsrechtreformen etc. ein geeignetes politisches Instrument sein, der internationalen Kritik entgegenzutreten. Der Kronprinz könnte mit Maßnahmen in diesem Bereich seine Kompromissbereitschaft zeigen. Er könnte sich den prekären Arbeitsbedingungen der Migrant*innen annehmen, um sich als generöser, solidarischer und mitfühlender zukünftiger Monarch zu präsentieren, der das Wohl der südasiatischen Arbeitskräfte als persönliches Anliegen begreift. Mit einer Stra-

ategie, sich als „Schutzpatron“ der Migranten darstellen zu wollen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, könnten sich Öffentlichkeitsakteur*innen in- und außerhalb Saudi-Arabiens neue Zugänge eröffnen, um translokale Netzwerke oder Diasporainitiativen aufzubauen.

Auf eine solche Strategie deutet die bereits beschriebene Entscheidung des saudischen Kronprinzen hin, pakistanische Häftlinge freizulassen. So stand der Kronprinz unter Druck, das traditionelle Verhältnis mit Pakistan zu verbessern, war es doch in der Vergangenheit zu bilateralen Verwerfungen gekommen (siehe [Kapitel 5](#)). Weiterhin war Muḥammad b. Salmān daran gelegen, seine durch die Ermordung von Ḥāšūqī beschädigte internationale Reputation durch eine solche Entscheidung zu verbessern, immerhin grenzte er sich damit gegen die strikte Inhaftierungspolitik seiner Vorgänger ab und übernahm politische Schutzverantwortung für die marginalisierten Migranten.

Somit könnten sich zukünftig neue Räume für die Aushandlung von Migration ergeben: Ein tabuisiertes Thema wird in einer vermachteten Arena sichtbar und von politischen Gatekeeper*innen angeeignet, die neue Öffentlichkeitsakteur*innen sogar ermutigen könnten, kritische Aspekte von Migration sichtbar zu machen. Internationale Initiativen könnten dadurch innerhalb des Königreichs die Erlaubnis erhalten, ihren Tätigkeiten nachzugehen. Saudische Stiftungen oder zivilgesellschaftliche Institutionen könnten verstärkt zu Migration arbeiten und gemeinsam mit den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in Pakistan Projekte initiieren. Das Engagement für benachteiligte Migranten könnte zur durch den Kronprinzen forcierten Konstruktion eines neuen saudischen Nationalismus (vgl. Kinninmont 2017a: 23; Stratfor, 04.01.2019) bzw. eines „Hypernationalismus“ (Al-Rasheed 2015c) und einer „brand of nationalism“ (Al-Rasheed, 05.09.2018) beitragen, um sich zum einen als humaner Wohltäter und Schutzpatron der Migranten zu generieren, zum anderen aber auch das nach dem Mord an Ḥāšūqī gesunkene Vertrauen in Teilen der eigenen Bevölkerung und auf internationaler Ebene wiederherzustellen.

Bei einer solchen Entwicklung besteht allerdings die virulente Gefahr, dass die saudische Führung versuchen könnte, die öffentliche Diskussion um Migration zu kontrollieren, zu zensieren und zu reglementieren, indem neue Akteur*innen kooptiert und im Sinn der politischen Interessen instrumentalisiert werden. Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen würden als Sprachrohre der politischen Interessen eingesetzt, anstatt unabhängig agieren zu können. Dadurch könnte das Königshaus als mächtigster Gatekeeper*innen staatslegitimierte Vorbilder stilisieren, die im Sinne der Regierungsinteressen öffentliche Sichtbarkeit erhalten und die nicht gegen die Interessen der politischen Gatekeeper*innen agieren dürfen.

Vor diesem Hintergrund reduzieren sich ähnlich wie im pakistanischen auch im saudischen Kontext die Möglichkeiten, Gegenöffentlichkeiten zu bil-

den. Stattdessen werden saudische Akteur*innen den Balanceakt zwischen Opposition und Kooperation meistern müssen, wollen sie Zugang zu vermachteten Arenen erhalten. Somit wird deutlich, dass eine entstehende Sichtbarkeit einer deliberativen Öffentlichkeit im Habermaschen Sinne im saudischen Kontext als äußerst unwahrscheinlich, aber nicht als unmöglich angesehen werden muss. Dass sich solche Prozesse bereits in der Entstehung befinden, zeigt die Auszeichnung von Khalli Walli durch saudische Behörden, wie in der [Einleitung](#) beschrieben: Anstatt die Gruppe für ihr mediales Aufbegehren zu sanktionieren, wurden sie als Bestandteil der pakistanischen Diaspora ausgezeichnet. Gleichzeitig nahmen saudische Gatekeeper*innen von ihren *issues* Notiz, versuchten diese für ihre eigenen politischen Interessen zu instrumentalisieren und schufen somit zweckgebundene Netzwerke und damit gewachsenen Zugang zur vermachteten Arena.

Ohne Frage besteht also Potenzial, Migration in neuen öffentlichen Arenen auszuhandeln und sichtbar zu machen. Dies könnte den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen weitere Betätigungsfelder eröffnen, was die öffentliche Aushandlung von Migration forcieren könnte. Allerdings zeigt meine Untersuchung auch, dass ein solcher Prozess nur durch veränderte politische Rahmenbedingungen, die Unterstützung der Gatekeeper*innen und unter strikter Kontrolle durch repressive Autoritäten stattfinden können, sodass zwar ein Wandel der Öffentlichkeit zu Migration, aber kein Wandel im Sinne einer deliberativen Öffentlichkeit nach Habermas konstituiert werden kann.

Zukunftsperspektiven bei der translokalen Sichtbarmachung von Migration in Form von „dissonanten Öffentlichkeiten“: Transmigranten als neue Sprecher

Vor diesem Hintergrund entstehen Dissonanzen, die den Aushandlungsprozess von Migration außerhalb des pakistanischen Teilbereichs von Öffentlichkeit beeinflussen. Solche Dissonanzen müssen für die theoretische Konzeptionalisierung des Forschungsgegenstandes berücksichtigt werden, um dem komplexen und widersprüchlichen Öffentlichkeitswandel zu pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien Rechnung zu tragen. Das Konzept von „dissonanten Öffentlichkeiten“ im Sinne von Pfetsch et al. (2018) erscheint mir daher geeignet, um die präsentierten Konzepte zu Öffentlichkeit weiterzuentwickeln und die Wirkweise der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu konkretisieren. Wie bereits erläutert wurde, bewegen sie sich in einem fragmentierten Teilbereich der englischsprachigen und weitgehend nationalstaatlichen Öffentlichkeit. Ihr Wirken ist also thematisch, regional und mittelbeschränkt und bewegt sich in medialen Räumen, zu denen sie Zugang erhalten können und wollen.

Da die pakistanische Öffentlichkeit jedoch aus separaten Teilbereichen besteht, die weitgehend isoliert voneinander existieren und kaum Anknüpfungspunkte aufweisen, finden in diesen Teilöffentlichkeiten durchaus verschiedene Diskussionen zu Migration statt, wie erläutert wurde. Diese Diskussionen beziehen sich allerdings oftmals nicht aufeinander – ein Hauptcharakteristikum für dissonante Öffentlichkeit. Diese lassen sich bei der Sprachheterogenität der Urdu- bzw. englischsprachigen Teilbereiche pakistanischer Öffentlichkeit, aber auch im bereits angedeuteten translokalen Kontext identifizieren: Obwohl es sich wie gesagt bei Migration um ein globales, entgrenztes und entbettetes Phänomen der Globalisierung handelt, welches nicht an nationalstaatliche Container gebunden ist, verfügen die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen über keine translokalen Netzwerke nach Saudi-Arabien. Diese Dissonanzen entstehen auch deswegen, weil Öffentlichkeitsakteur*innen zwar ihr mediales Engagement im digitalen Bereich und vor allem in den sozialen Medien ausgeweitet haben, ohne allerdings den mittelfristigen Aufbau einer translokalen Online-Community als integralen Bestandteil ihrer Medienstrategie zu betrachten. Digitale Kommunikationstechnologien werden zwar genutzt, dienen aber zumeist dazu, traditionelle Sprecher*innen für die eigenen Interessen zu adressieren und zu kooptieren, ohne Sprecher*innen außerhalb dieser Arenen und des nationalen Containers wahrzunehmen (vgl. Beck 1997: 49).

Damit lässt sich auch das Unwissen über Khalli Walli erklären: Das über soziale Medien wie *YouTube* medial vermittelte in der Einleitung beschriebene Video der Gruppe existiert bezugslos neben der von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen untersuchten Teilöffentlichkeit und kann daher als ein Beispiel für das „unverbundene Nebeneinander von Stimmen“ gelten (Pfetsch et al. 2018: 490). Getrennte Teilbereiche von Öffentlichkeit zu Migration auf translokaler sowie nationaler bzw. sprachlicher Ebene begrenzen somit auf der einen Seite die Sichtbarkeit der untersuchten Akteur*innen, die um die Aufmerksamkeit der Gatekeeper*innen ringen, ohne andere Stimmen außerhalb ihres Referenzrahmens wie Khalli Walli wahrzunehmen.

Es existieren also weder institutionelle Netzwerke zu nicht-pakistanischen Öffentlichkeitsakteur*innen, noch findet digitale Vernetzung zu den Diasporagemeinschaften selbst statt. Eine solche Ausweitung der medialen Sichtbarkeit von Migration könnte jedoch hilfreich sein, um die *issues* der untersuchten Akteur*innen wirksamer und zielgerichteter zu adressieren. Mithilfe sozialer Medien können neue Sprecher*innen ihre Anliegen sichtbar machen, die bisher nicht über die notwendigen Ressourcen verfügten. Durch eine expandierte Medienstrategie der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen, die sich explizit über Online-Formate an die Diaspora-Gemeinschaften in Saudi-Arabien richtet,

würde der nationalstaatliche Container verlassen und der Zugang zu einer translokalen Arena zu Migration entstehen.

Dies könnte zur Folge haben, dass sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ihrem Wirken nicht mehr zu weiten Teilen auf die traditionellen Gatekeeper*innen fokussieren müssten, sondern bei den Migranten selbst neue Sprecher fänden. Diese könnten durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ermächtigt werden, selbst für ihre Interessen einzutreten, indem technische, inhaltliche und logistische Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Als Folge könnten echte Gegenöffentlichkeiten – insbesondere im digitalen Raum – entstehen. Zwar existieren in Form von Vorbereitungsseminaren und migrantenorientierten Kampagnen durchaus erste Ansätze, stärker mit den Communities zu arbeiten, doch diese Bemühungen befinden sich erst in einem Entwicklungsstadium und haben zumeist eher pädagogischen Charakter: Es soll zwar Aufmerksamkeit bei den Migranten für bestehende Normen geweckt werden, ohne ihnen jedoch gleichzeitig Werkzeuge mitzugeben, wie sie pro-aktiv gegen ihre Marginalisierung und Ausbeutung im Empfänger- sowie im Entsendeland aufbegehren können. Solche Medienpraktiken würden Migranten aber in die Lage versetzen, ihre Anliegen medial sichtbar werden zu lassen. In einer solchen Öffentlichkeit könnte das Potenzial entstehen, auf translokaler Ebene den Druck auf die handelnden Gatekeeper*innen zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund eignet sich das Konzept von dissonanten Öffentlichkeiten, diesen konzilianten Ansatz der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu theoretisieren.

Da Dissonanzen bei „Metaprozessen“ wie Globalisierung gehäuft auftreten (vgl. Pfetsch et al. 2018: 484), erfahren sie auch beim Phänomen Migration signifikante Relevanz. Mit der Ausweitung der medialen Sichtbarkeit von Migration auf die translokale Ebene können die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gemeinsam mit anderen Repräsentant*innen aus Diaspora und Zivilgesellschaft dazu beitragen, traditionelle Gatekeeper*innen in Pakistan sowie in Saudi-Arabien unter Druck zu setzen und „Lärm zu machen“ (vgl. Pfetsch et al. 2018: 490). Immerhin werden „Öffentlichkeiten nach wie vor im Zusammenhang mit nationalen Bezugssystemen gesehen (...). Daher ergibt sich hier Potenzial und Gelegenheit, Dissonanzen infolge transkultureller Bewegungen und transnationaler Diskurs- und Entscheidungssysteme zu erforschen, die sowohl zwischen als auch innerhalb nationaler Öffentlichkeiten entstehen“ (Pfetsch et al. 2018: 489).

Medienstrategisch bieten sich dafür die sozialen Medien an (vgl. Neuberger 2014), da durch sie marginalisierte Außenseiter wie die Migranten neue Potenziale erschließen können (vgl. Papacharissi 2002; Downey/Fenton 2003), um sich und ihre Anliegen in vermachteten Arenen verorten zu können. Sollten sie dabei von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in deren Funktion als „Prophet*innen“ unterstützt werden, könnten neue Dynamiken innerhalb der translokalen Arena zu Migration entstehen, welche sich direkt auf die nationa-

len Kontexte in Pakistan und Saudi-Arabien auswirken und zur Bildung einer „Empörungsgesellschaft“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 44) in autoritären Umfeldern führen könnte. Die entsprechenden Gatekeeper*innen in Politik, Wirtschaft und Medien würden mit einer Vielzahl an neuen hybriden Sprecher*innen konfrontiert, die weniger moderiert und eingehegt werden können als massenmediale Akteur*innen – zumal es sich um einen transnationalen Kontext handelt, der nur begrenzt durch staatliche Zensur und Überwachung reguliert werden kann (vgl. Richter/Gräf 2015: 30).

In diesem Rahmen könnten die Migranten als neue transkulturelle Öffentlichkeitsakteur*innen fungieren, die im Sinne von Schiller et al. (1997: 139) als Transmigranten innerhalb eines Transnationalismus bezeichnet werden können. Solche Transmigranten agieren mobil, da sie sich neue Räume und Technologien zunutze machen können: „Questions of mobility, either of too much or too little, or of the wrong time or place, are decisive for many individuals as well as for organisations or institutions“ (Schneider 2015: 226). Je sichtbarer die Betroffenen selbst werden und je mehr sie Sprecher*innen mit entsprechenden Ressourcen unterstützen, desto höher steigen die Chancen, ihre Anliegen durchzusetzen. Diese Transmigranten könnten mithilfe neuer digitaler Ressourcen die Sichtbarkeit ihre migrationsspezifischen Anliegen medial platzieren und ihre eigene „transnationale Existenz“ in die mediale Arena einbringen (vgl. Schiller et al. 1997: 143). Transmigranten könnten zukünftig aufgrund ihrer Mobilität von der Galerie als Sprecher*innen in neu konstituierte Arenen wechseln, sich selbst aus ihrer Publikumsrolle lösen und zu Sprecher*innen bzw. gar zu Gatekeeper*innen aufsteigen, wodurch traditionelle, im nationalstaatlichen Kontext etablierte Machtstrukturen an Bedeutung verlieren könnten (vgl. Hanieh 2015a: 72). Dieser Ansatz könnte dazu beitragen, „cross-regional solidarity“ für die Anliegen der Migranten zu wecken, die unter solchen Voraussetzungen als „allies and integral part of the Arab world“ und darüber hinaus angesehen werden könnten (Hanieh 2015b: 230), womit die kosmopolitische Dimension von Migration als historische Konstante translokaler Netzwerke stärker berücksichtigt werden könnte (vgl. Vora 2013: 173). Transmigranten als Mitglieder einer translokal sichtbaren Diaspora könnten die Ressourcen erlangen, als raumübergreifende Akteur*innen zu agieren. Solche Räume lassen sich als mediatisierte Arenen verstehen, in denen die Kommunikation von Diasporas miteinander, mit anderen und übereinander auf realer und virtueller Ebene stattfindet (vgl. Georgieu 2011: 219).

Noch werden solche entgrenzten und deterritorialisierten Arenen allerdings von klassischen Gatekeeper*innen kontrolliert, da in der Kanalisierung und Organisation von Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien immer noch nationale Stimmen und Interessen dominieren: Diese Gruppen wollen – wie beschrieben – ihre Deutungshoheit über den „Raum“ Migration nicht aufgeben

und zeigen daher kein Interesse daran, neuen Sprecher*innen aus der Diaspora Eingang in die Arenen zu gewähren bzw. parallele Arenen entstehen zu lassen. Deswegen bleiben Akteuren wie Khalli Walli Zugänge zu klassischen Massenmedien versagt.

Doch je mehr sich auf nationaler Ebene eine neue Arena zu Migration konstituiert, in der die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen eine einflussreiche Position als Sprecher*innen einnehmen, umso größeres Potenzial besteht für eine Translokalisierung und eine Deterritorialisierung dieser Arena. Je mehr sich eine translokale Verdichtung von Diaspora, pakistanischen und saudischen Öffentlichkeitsakteur*innen entwickelt, umso größer sind die Chancen, eine komplexe und differenzierte Arena zu Migration zu entwickeln, in der eine breitere Diskussion um Migration außerhalb der tradierten Narrative stattfinden kann. Als Ergebnis könnte ein Teilbereich der translokalen Öffentlichkeit zwischen Saudi-Arabien und Pakistan entstehen, in der neue Sprecher neue Zugänge erhalten und alternative Themen zur Verhandlung stellen. Die sich daraus entwickelnde Wucht als „starke“ Öffentlichkeit könnte den Druck auf traditionelle Gatekeeper*innen erhöhen, die bestehenden Missstände zu Migration besser zu artikulieren und in der Folge auch zu revidieren. Bei einer solchen Entwicklung könnten neue virtuelle und reale Arenen entstehen, in denen Migration als komplexes, ambivalentes und widersprüchliches Phänomen sichtbar wird und in der neue translokale Akteur*innen Eingang finden, die vermachte Arenen herausfordern oder verändern und selbst zu einflussreichen Sprecher*innen aufsteigen.

Anlage: Zahlen und Statistiken

Tabelle 1. Bestand der pakistanischen Arbeitsmigranten. *Quelle: (Rashid et al. 2012).*

Zielländer	2004	2009	2012
Alle Länder	3.973.000	5.500.000	6.700.000
Saudi-Arabien	27,7 %	21,8 %	25,4 %
UK	20,1 %	21,8 %	17,9 %
USA	15,1 %	16,4 %	13,4 %
VAE	12,9 %	13,4 %	17,9 %
Kanada	6,3 %	5,5 %	4,5 %
Oman	k.A.	2,8 %	3,0 %
Kuwait	2,5 %	2,7 %	2,2 %
Katar	k. A.	1,5 %	k.A.
Sonstige Länder	15,4 %	14,1 %	15,7 %

Tabelle 2. Pakistanische Migranten im Golf, 1971–2015. *Quelle: (BEOE 2015).*

Land	Anzahl	Prozentsatz
Saudi-Arabien	4.325.183	50,3
VAE	2.832.941	32,9
Oman	644.047	7,5
Kuwait	181.441	2,1
Bahrain	142.420	1,7
Katar	123.639	1,4
Andere	349.194	4,1

Tabelle 3. Zahl der pakistanischen Migranten in ausgewählten arabischen Ländern 2014. *Quelle: (MOP 2014: 31).*

Land	Anzahl
Saudi-Arabien	1.900.000
VAE	1.200.000
Oman	235.000
Kuwait	117.544
Katar	115.000
Bahrain	112.000
Jordanien	12.000
Irak	4.000
Jemen	3.000
Libanon	500
Syrien	350
Gesamt	3.699.394

Tabelle 4. Jährliche Migration in die GCC-Staaten, 1971–2015 (in %). *Quelle: Shah 2016.*

Jahr	VAE	Bahrain	Kuwait	Oman	Katar	Saudi-Arabien	Gesamt (in Zahlen)
1971–2002	22,8	2,3	3,7	7,2	1,8	62,2	2.976.318
2003	29,5	0,4	5,8	3,3	0,2	60,8	207.900
2004	39,3	0,5	11,0	5,4	1,4	42,4	167.400
2005	57,6	1,3	5,6	6,3	1,7	27,5	127.810
2006	58,0	0,9	6,1	7,3	1,3	26,4	172.837
2007	50,0	1,0	5,2	11,6	1,8	30,4	278.631
2008	52,8	1,4	1,5	9,0	2,4	32,9	419.842
2009	36,2	1,8	0,4	8,8	1,0	51,8	389.484
2010	32,4	1,7	0,0	10,8	0,9	54,2	350.147
2011	35,0	2,4	0,0	11,9	1,1	49,6	448.060
2012	29,1	1,7	0,0	11,0	1,2	57,0	628.452
2013	44,8	1,6	0,0	7,8	1,4	44,4	609.478
2014	48,5	1,3	0,0	5,5	1,4	43,3	722.204
2015	38,1	1,1	0,0	5,2	1,4	54,2	522.725
Gesamt	34,4	1,7	2,3	7,9	1,5	52,2	8.021.288

Tabelle 5. Pakistanische Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien und in den Nahen und Mittleren Osten (in %) (1980–1985). *Quelle: ILO 1986: 11.*

Land	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Saudi-Arabien	56,9	48,4	57,4	62,4	66,4	60,1
Gesamt in den Mittleren Osten	90,3	90,2	98,9	99,5	99,3	98,4

Tabelle 6. Ausbildungsniveau pakistanischer Migranten (2004–2012) (in %). *Quelle: Arif 2016: 270.*

Jahr	Hochqualifiziert	angelernt	Ungelernt
2004	10	47	43
2005	13	43	46
2006	11	41	48
2007	10	39	52
2009	10	46	46
2010	10,5	46	42
2011	10	45	44
2012	10	49	40

Tabelle 7. Ausländische Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien (1975–1985). *Quelle: Ali 1986: 683.*

Jahr	Erwerbstätige insgesamt	Davon ausländische Arbeitsmigranten	Prozentualer Anteil
1975	1.800.000	773.000	43 %
1980	2.199.413	1.500.000	68 %
1985	3.245.000	1.680.000	52 %

Tabelle 8. Deportierte Pakistaner*innen nach Herkunftsland 2012–2015. *Quelle: BEOE 2015a: 22.*

Land	2012	2013	2014	2015	Gesamt
Saudi-Arabien	17.369	33.351	45.456	35.467	131.643
VAE	10.235	9.597	8.434	4.192	32.458
Iran	10.346	6.358	5.006	6.974	28.684

Tabelle 9. Anreize des *Niṭāqāt*-Systems. *Quelle: Hussain 2016: 116.*

Premium	Anreize	
		<ul style="list-style-type: none"> – Erlaubnis, Arbeitskräfte anzustellen; – Einfacher Visaprozess; – Erlaubnis, neue Visa auszustellen; – Erlaubnis, die Arbeitsplätze der Angestellten zu modifizieren; – Übergangsphase: ein Jahr, um die Vorgaben zu erfüllen
Grün	Anreize	<ul style="list-style-type: none"> – Erlaubnis, neue Visa auszustellen; – Erlaubnis, die Arbeitsplätze der Angestellten zu modifizieren; – Erlaubnis, Arbeitsgenehmigungen zu erneuern; – Übergangsphase: neun Monate, um die Vorgaben zu erfüllen
Gelb	Anreize	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Erlaubnis, neue Visa auszustellen; – Erlaubnis, ein Visum auszustellen, wenn vorher zwei Ausländer*innen gekündigt wurde; – keine Erlaubnis, die Berufsmöglichkeiten der Angestellten zu ändern;

Anlage: Zahlen und Statistiken

		<ul style="list-style-type: none"> – Angestellte dürfen nach sechs Jahren ihre Aufenthaltsge- nehmigung nicht mehr erneuern; – Übergangsphase: sechs Monate, um die Vorgaben zu erfül- len
Rot	Anreize	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Erlaubnis, die Visa zu erneuern oder die Berufszwei- ge zu ändern; – Übergangsphase: sechs Monate

Tabelle 10. Mitgliedsorganisationen von MFA. *Quelle: MFA: Members & Partners.*

Mitgliedsland	Organisation
Bangladesch	Association for Community Development (ACD)
	Ain O Salish Kendro (ASK)
	Refugee and Migratory Movements Research Unit (RMMRU)
	WARBE Development Foundation (WARBE DF)
Kambodscha	Legal Support for Women and Children (LSCW)
Hongkong	Asian Migrant Centre (AMC)
	Coalition for Migrants' Rights (CMR)
	Indonesian Migrant Workers Union (IMWU)
Indien	Centre for Education and Communication (CEC)
	Center For Indian Migrant Studies (CIMS)
	Migrant Forum India (MFI)
	Migrants Rights Council (MRC)
	National Centre for Labour (NCL)
Indonesien	Center for Indonesian Migrant Workers - Urban Community Mission Jakarta (CIMW)
	Consortium of Indonesian Migrant Workers Advocacy/Konsorsium Pembela Buruh Migran Indonesia (KOPBUMI)
	Jarnas Pekabumi
	Migrant Care
	Serikat Buruh Migran Indonesia (SBMI)
	Solidaritas Perempuan (Women's Solidarity for Human Rights)
Israel	Kav LaOved
Japan	Solidarity Network with Migrants Japan (SMJ)
Korea	Joint Committee with Migrants in Korea (JCMK)
Malaysia	Migration Working Group
	TENAGANITA Women's Force
Mongolei	Center for Human Rights and Development (CHRD)
Nepal	All Nepal Women's Association (ANWA)
	Asian Forum Migrants' Center (AFMC)
	POURAKHI
	Women's Rehabilitation Center Nepal (WOREC)
	Pravasi Nepali Coordination Committee (PNCC)
	Youth Action Nepal (YOAC)

Mitgliedsland	Organisation
Pakistan	Pakistan Rural Workers Social Welfare Organization (PRWSWO)
Philippinen	Atikha Overseas Workers and Communities Initiative (ATIKHA)
	Kanlungan Center Foundation, Inc.
	Kapisanan ng mga Kamag-anakan ng mga Migranteng Manggagawang Pilipino (KAKAMMPI)
	Unlad Kabayan Migrant Services Foundation, Inc.
	Batis Center for Women, Inc.
	Center for Migrants Advocacy (CMA)
Singapur	Humanitarian Organization for Migration Economics (HOME)
	Transient Workers Count Too (TWC2)
Sri Lanka	Action Network for Migrant Workers (ACTFORM)
	Migrant Services Center
	Women and Media Collective (WMC)
Taiwan	Hope Workers' Center (HWC)
	Hsinchu Migrants and Immigrants Services Center (HMISC)
Thailand	Human Rights Development Foundation (HRDF)
	Migrant Workers Rights Network (MWRN)

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aarts, P. und C. Roelants (2015): *Saudi Arabia. A Kingdom in Peril*, London: Hurst & Co.
- Abbas, H. (2009): The Pakistani Shi'a, in: The Middle East Institute (Hrsg.): *The Islamization of Pakistan, 1979–2009*, Washington, D. C., S. 58–60.
- Abdel Ghafar, A. (2018): A New Kingdom of Saud? In: *The Cairo Review of Global Affairs* [online] <https://cdn.thecairoreview.com/wp-content/uploads/2018/02/cr28-ghafar.pdf> [12.04.2019].
- Abella, M. (2004): The Role of Recruiters in International Migration, in: Massey, D. S. und J. E. Taylor (Hrsg.): *International Migration: Prospects and Policies in a Global Market*, London: Oxford University Press, S. 201–211.
- Abella, M. und P. Martin (2014): Key Findings from KNOMAD Pilot Surveys in Korea, Kuwait, and Spain, Washington, D.C.: Global Knowledge Partnership on Migration and Development [online] https://www.knomad.org/sites/default/files/2017-05/KNOMAD_TWG3_Report%20on%20Migration%20Cost%20Pilot%20Surveys%20May%2011_final%20%28002%29_1.pdf [02.03.2019].
- Abella, Manolo I. (2018): The High Cost of Migrating for Work to the Gulf, in: Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center, S. 221–242.
- Abir, M. (1993): *Saudi Arabia. Government, Society and the Gulf Crisis*, New York: Routledge.
- Abualhassan, F. (2018): Saudi Arabia, A “Revolution” From Afar, *Orient XXI* [online] <https://orientxxi.info/magazine/rewriting-the-narrative-of-saudi-arabia-s-social-revolution,2504> [12.04.2019].
- Abuza, Z. (2003): Funding Terrorism in Southeast Asia: The Financial Network of Al Qaeda and Jemaah Islamiyah, in: *Contemporary Southeast Asia*, Jg. 25, Nr. 2, S. 169–199.
- Adams, R. H. Jr. (1998): Remittances, Investment, and Rural Asset Accumulation in Pakistan, in: *Economic Development and Cultural Change*, Jg. 47, Nr. 1, S. 155–173.
- Addleton, J. (1992): *Undermining the Centre. The Gulf Migration and Pakistan*, Oxford/New York/Delhi: Oxford University Press.
- Agunias, D. R. (2010): Migration's Middlemen: Regulating Recruitment Agencies in the Philippines-United Arab Emirates Corridor, Washington D. C.: Migration Policy Institute [online] <https://www.migrationpolicy.org/research/migrations-middlemen-regulating-recruitment-agencies-philippines-united-arab-emirates> [18.02.2019].
- Agunias, D. R. (2012): Regulating Private Recruitment in the Asia-Middle East Labour Migration Corridor, *Policy Briefs*, Bangkok/Washington, D. C.: International Organi-

- zation for Migration, Migration Policy Institute [online] <https://www.migrationpolicy.org/research/regulating-private-recruitment-asia-middle-east> [18.02.2019].
- Agunias, D. R. (2013): What We Know About Regulating the Recruitment of Labour Migrants, *Policy Brief* Nr. 6, Washington, D. C.: Migration Policy Institute [online] <https://www.migrationpolicy.org/research/what-we-know-regulating-recruitment-migrant-workers> [01.03.2019].
- Ahmad, A. (2012): Beyond Labor. Foreign Residents in the Persian Gulf States, in: Kamrava, M. und Z. Babar (Hrsg.): *Migrant Labor in the Persian Gulf*, London: Hurst & Company, S. 21–40.
- Ahmad, G. B. (2011): English Media Analysis from a Consumer's Perspective, Islamabad: Individualland [online] http://www.individualland.com/downloads/non-firm%20english%20media_8dec11.pdf [23.02.2019].
- Ahmad, K. (2011): *Sectarian War-Pakistan's Sunni-Shia Violence and its Links to the Middle East*, Karachi: Oxford University Press.
- Ahmad, K. und M. Faisal (2016): Pakistan-Saudi Arabia Strategic Relations: An Assessment, *CISS Insight: Quarterly News & Views*, Islamabad: Center for International Strategic Studies, S. 23–37.
- Ahmad, Q. (1994): *The Wahhabi Movement in India*, Neu-Delhi: South Asia Books.
- Ahmed, A. (18.02.2019): Consider me Pakistan's Ambassador to Saudi Arabia: Saudi Crown Prince Mohammad Bin Salman, *Gulf News* [online] <https://gulfnews.com/world/asia/pakistan/consider-me-pakistans-ambassador-to-saudi-arabia-saudi-crown-prince-mohammad-bin-salman-1.62150202> [26.03.2019].
- Ahmed, A. (1997): *Jinnah, Pakistan, and Islamic Identity*, London: Routledge.
- Ahmed, A. S. (1980): *Pukhtun Economy and Society: Traditional Structure and Economic Development in a Tribal Society*, London: Routledge.
- Ahmed, G. B. (2010): Urdu Media Analysis from a Consumer's Perspective, Islamabad: Individualland [online] https://www.individualland.com/downloads/non-firm_individualland_30march11.pdf [21.02.2019].
- Ahmed, V., G. Sugiyarto und S. Jha (2010): Remittances and Household Welfare: A Case Study of Pakistan, *ADB Economics Working Paper Series* Nr. 194, Manila: Asian Development Bank [online] <https://www.adb.org/publications/remittances-and-household-welfare-case-study-pakistan> [01.03.2019].
- Ahmed, Z. S. und S. Bhatnagar (2010): Gulf States and the Conflict between India and Pakistan, in: *Journal of Asia Pacific Studies*, Jg. 1, Nr. 2, S. 259–291.
- Akhtar, R. S. (2000): *Media, Religion, and Politics in Pakistan*, Karachi: Oxford University Press.
- Al Tamamy, S. M. (2012): Saudi Arabia and the Arab Spring: Opportunities and Challenges of Security, in: *Journal of Arabian Studies: Arabia, the Gulf, and the Red Sea*, Jg. 2, Nr. 2, S. 143–156.
- Al-Awaji, I. M. (1971): *Bureaucracy and Society in Saudi Arabia*, unveröffentlichte Dissertation, University of Virginia.
- Al-Ghanim, K. (2015): Kafala System Remains Resilient in the GCC, in: *Gulf Affairs*, S. 6–8.
- Al-Habbas, K. N. (2011): Saudi-Indian Relations: Past Difficulties, Present Opportunities and Future Prospects, in: *Journal of King Abdulaziz University*, Jg. 25, Nr. 1, S. 297–317.

- Al-Rasheed, M. (05.09.2018): Xenophobia, Tribalism and Imagined Enemies: Mohammed bin Salman's brand of Saudi Nationalism, *Middle East Eye* [online] <https://www.middleeasteye.net/opinion/xenophobia-tribalism-and-imagined-enemies-mohammed-bin-salmans-brand-saudi-nationalism> [13.04.2019].
- Al-Rasheed, M. (2002): *A History of Saudi Arabia*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Al-Rasheed, M. (2015a): Divine Politics Reconsidered: Saudi Islamists on Peaceful Revolution, *LSE Middle East Centre Paper Series* Nr. 7, London: London School of Economics [online] <https://core.ac.uk/download/pdf/35435557.pdf> [19.02.2019].
- Al-Rasheed, M. (2015b): Saudi Arabia's Foreign Policy: Loss without Gain? In: LSE Middle East Centre (Hrsg.): *The New Politics of Intervention of Gulf Arab States: Collected Papers*, Volume 1, London: London School of Economics, S. 32–40.
- Al-Rasheed, M. (2015c): Is it always good to be King? Saudi Regime Resilience after the 2011 Arab Popular Uprisings, *LSE Middle East Centre Paper Series*, Nr. 12, London: London School of Economics [online] http://eprints.lse.ac.uk/64749/1/Al_Rasheed%20Is%20It%20always%20to%20be%20a%20king%20SaudiResilience.pdf [13.04.2019].
- Al-Rasheed, M. (Hrsg.) (2005): *Transnational Connections and the Arab Gulf*, London: Routledge.
- Al-Sayegh, F. (1998): Merchants' Role in a Changing Society: The Case of Dubai, 1900–90, in: *Middle Eastern Studies*, Jg. 34, Nr. 1, S. 87–102.
- Al-Šayḥ, M. und S. Al-Qaḥṭānī (2015): *Al-Muḡtama' al-Madanī al-Sa'ūdī (Die saudische Zivilgesellschaft)*, Beirut: Fikr Center for Studies.
- Al-Yassini, A. (1985): *Religion and State in the Kingdom of Saudi Arabia*, Boulder: Westview Press.
- Alam, A., M. Almotairi, K. Gaadar und O. Mujahid Malik (2013): An Economic Analysis of Pak-Saudi Trade Relation Between 2000 and 2011, in: *American Journal of Research Communication*, Jg. 1, Nr. 5, S. 209–218.
- Alam, K. (06.07.2012): Despite rapid Growth, Pakistan's Media remains financial Lightweight, *The Express Tribune* [online] <https://tribune.com.pk/story/404162/despite-rapid-growth-pakistans-media-remains-financial-lightweight/> [22.02.2019].
- Alam, K. (07.06.2016): Saudi Arabia has Devastated Pakistan's History of Religious Tolerance and Diversity, *Muftah* [online] https://muftah.org/saudi-arabia-has-devastated-pakistans-history-of-religious-tolerance-and-diversity/#.Ww6WrS_5w1g [10.03.2019].
- Alheit, P. (1999): *Grounded Theory. Ein alternativer methodologischer Rahmen für qualitative Forschungsprozesse*, unveröffentlichtes Manuskript, Göttingen.
- Ali, A. (1986): Current Trends and Developments. Labor Immigration in the Arab Gulf States: Patterns, Trends and Problems, in: *International Migration*, Jg. 24, Nr. 3, S. 675–684.
- Ali, A. (2012): Militant Groups in FATA and Regional Rivalries, in: Sheikh, M. K., F. Shaikh und G. Price (Hrsg.): *Pakistan: Regional Rivalries, Local Impacts, DIIS Report 12*, Kopenhagen: Danish Institute for International Studies [online] https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Asia/1012diis_pakistan.pdf [09.03.2019].
- Ali, K. (01.10.2015): Pemra warns against Criticism of Saudi Response to Mina Tragedy, *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1210153> [23.02.2019].
- Ali, K. (03.04.2015): Alliance formed to pressurise Govt to send troops to S. Arabia, *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1173653> [12.03.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Ali, M. (2013): Pakistani Media: Trends, Challenges and Prospects, in: Ders. (Hrsg.): *Pakistan's Media Landscape: The Effects of Liberalization*, Bonn: Vistas, S. 20–44.
- Ali, S. (2010): *Dubai. Gilded Cage*, New Haven/London: Yale University Press.
- Ali, S. H. (17.04.2012): In Pakistan, saying goodbye can be a religious Statement, *The Guardian* [online] <https://www.theguardian.com/commentisfree/belief/2012/apr/17/pakistan-goodbye-allah-hafiz> [12.03.2019].
- Ali, S. H. (2009a): *Islam and Education: Conflict and Conformity in Pakistan's Madrassas*, Oxford: Oxford University Press.
- Ali, S. H. (2009b): Pakistan's Madrassas: The Need for Internal Reform and the Role of International Assistance, *Policy Briefing*, Doha: Brookings Doha Center [online] <https://www.brookings.edu/research/pakistans-madrassas-the-need-for-internal-reform-and-the-role-of-international-assistance/> [12.03.2019].
- Ali, T. (2008): *Pakistan. Ein Staat zwischen Diktatur und Korruption*, Bonn: Diederichs.
- Allen, C. H. (1981): The Indian Merchant Community of Masqat, in: *Bulletin of the School of Oriental and African Studies*, Jg. 44, Nr. 1, S. 39–53.
- Almana, M. (1980): *Arabia Unified: A Portrait of Ibn Saud*, London: Hutchinson Benham.
- Almukhtar, S. und D. Watkins (05.09.2016): How one of the deadliest Hajj Accidents unfolded, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/interactive/2016/09/06/world/middleeast/2015-hajj-stampede.html> [23.02.2019].
- AlShehabi, O. (2015): Histories of Migration to the Gulf, in: Khalaf, A., O. AlShehabi und A. Hanieh (Hrsg.): *Transit States. Labour, Migration and Citizenship in the Gulf*, London: Pluto Press, S. 3–38.
- AlShehabi, O. H. (2019): Policing Labour in Empire: The modern Origins of the Kafala Sponsorship System in the Gulf Arab States, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, S. 1–20.
- Alsheikh M. H. (2015): Current Progress in the Nationalisation Programmes in Saudi Arabia, *Explanatory Note No. 2*, Gulf Labour Markets and Migration, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/current-progress-in-the-nationalisation-programmes-in-saudi-arabia/> [19.02.2019].
- Altaf, Z. (09.04.2017): The Wait for Mercy, *The News on Sunday* [online] <https://www.thenews.com.pk/tns/detail/563060-wait-mercy> [20.02.2019].
- Alajmi, A. (2017): The Model Immigrant: Second Generation Hadramis in Kuwait and the Legacy of a 'Good Reputation', in: Babar, Z. (Hrsg.): *Arab Migrant Communities in the GCC*, New York: Oxford University Press, S. 65–84.
- Altmeppen, K.-D., C. Bieber, A. Filipovic und J. Heesen (2015): Echtzeit-Öffentlichkeiten, in: *Communicatio Socialis*, Jg. 48, S. 382–396.
- Amin, S. M. (2014): *Pakistan's Foreign Policy. A Reappraisal*, Karachi: Oxford University Press.
- Amjad, R. (2010): Remittances and Poverty in Pakistan: A Note, in: Banerjee, L., A. Dasgupta und R. Islam (Hrsg.): *Development, Equity and Poverty: Essays in Honor of Azizur Rehman Khan*, Neu-Delhi: Macmillan Publishers, S. 171–181.
- Amjad, R. (2016): The Cost of Migration: What low-skilled Migrant Workers from Pakistan pay to work in Saudi Arabia and the United Arab Emirates, Islamabad: International Labour Organization [online] https://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/publications/WCMS_514127/lang--en/index.htm [01.03.2019].
- Amjad, R. (Hrsg.) (1989): *To the Gulf and Back: Studies on the Economic Impact of Asian Labour*, Neu-Delhi: International Labour Organization.

- Amjad, R. und G. M. Arif (2014): Analysing the Impact of Overseas Migration and Workers Remittances in Khyber Pakhtunkwa (KP). Suggested Measures for Maximising Development Benefits, *Working Paper*, Lahore: Lahore School of Economics.
- Amjad, R., Arif, G.M., Iqbal, Nasir (2016): Measuring Costs for Low-Skilled Migrant Workers from Pakistan to Saudi Arabia and UAE, unveröffentlichtes Papier präsentiert auf der Internationalen Konferenz „The Pakistani Diaspora: Strengthening Linkages between Host and Home Countries“, 16.-17. Februar, Lahore: Lahore School of Economics.
- Amjad, R., G. M. Arif und M. Irfan (2012): Preliminary Study: Explaining the ten-fold Increase in Remittances to Pakistan, 2001–2012, *Working Paper* Nr. 86, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economics.
- Amjad, R., G. M. Arif und M. Irfan (2013): An Analysis of the Remittances Market in Pakistan, in: Amjad, R. und S. J. Burki (Hrsg.): *Pakistan: Moving the Economy Forward*, Lahore: Lahore School of Economics, S. 345–374.
- Amjad, R., M. Irfan und G. M. Arif (2013): How to Increase Informal Flows of Remittances. An Analysis of the Remittance Market in Pakistan, *Working Paper*, London: International Growth Centre.
- Amnesty International (2011): Nepal – False Promises: Exploitation and Forced Labour of Nepalese Migrant Workers [online] <https://www.amnesty.org/en/documents/ASA31/007/2011/en/> [01.03.2019].
- Amnesty International (2016): New Name, old System? Qatar’s new Employment Law and Abuse of Migrants Workers [online] <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/5242/2016/en/> [01.03.2019].
- Amnesty International (o. J.): Qatar World Cup of Shame [online] <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2016/03/qatar-world-cup-of-shame/> [01.05.2019].
- Anderson, B. (2002): *Doing the Dirty Work? The Global Politics of Domestic Labour*, London/New York: Palgrave Macmillan.
- Andrabi, T., J. Das, C. C. Fair und A. Ijaz Khwaja (01.06.2009): The Madrassa Myth, *Foreign Policy* [online] <http://foreignpolicy.com/2009/06/01/the-madrassa-myth/> [12.03.2019].
- Andrew, M. (2012): The great Digital Debate, *Aurora Magazine* [online] <https://aurora.dawn.com/news/1141265> [22.02.2019].
- Anwar, M. (1979): *The Myth of Return: Pakistanis in Britain*, London: Heinemann Educational Books.
- Anwar, M. (1998): *Between Cultures. Continuity and Change in the Lives of Young Asians*, London/New York: Routledge.
- Appadurai, A. (1996): Sovereignty without Territoriality: Notes for a Postnational Geography, in: Jaeger, P. (Hrsg.): *The Geography of Identity*, Ann Arbor: University of Michigan Press, S. 40–58.
- Appadurai, A. (1997): *Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization*, Minnesota: University of Minnesota Press.
- Arif, G. M. (1991): Emigration, Skill Acquisition and Employment Choices of Return Migrants: The Experience of Pakistan, *Research Paper*, Canberra: The Australian National University.
- Arif, G. M. (1995): *International Contract Labour Migration and Reintegration of Return Migrants: The Experience of Pakistan*, unveröffentlichte Dissertation, Canberra: Australian National University.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Arif, G. M. (1996): Period Without a Job After Returning from the Middle East: A Survival Analysis, in: *Pakistan Development Review*, Jg. 35, Nr. 4, Teil II, S. 805–822.
- Arif, G. M. (1998): Reintegration of Pakistani Return Migrants from the Middle East in the Domestic Labour Market, in: *The Pakistan Development Review*, Jg. 37, Nr. 2, S. 99–124.
- Arif, G. M. (1999): Remittances and Investment at the Household Level in Pakistan, *Research Report* Nr. 166, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economics.
- Arif, G. M. (2004): Effects on Overseas Migration on Household Consumption, Education, Health and Labour Supply in Pakistan, in: Oda, H. (Hrsg.): *International Labour Migration from South Asia*, Chiba: Institute of Developing Economics, S. 143–179.
- Arif, G. M. (2009): *Recruitment of Pakistani Workers for Overseas Employment: Mechanisms, Exploitation and Vulnerabilities*, Genf: International Labour Organization.
- Arif, G. M. (2010): *Economic and Social Impacts of Remittances on Households: The Case of Pakistani Migrants working in Saudi Arabia*, Genf: International Labour Organization.
- Arif, G. M. (2016): Labour Migration to the Middle East and Socio-Economic Mobility in Pakistan, in: Jain, P. C. und G. Z. Oommen (Hrsg.): *South Asian Migration to Gulf Countries. History, Policies, Development*, New York: Routledge, S. 264–287.
- Arif, G. M. und L. Shahnaz (2000): Emigration and Skill Acquisition: An Evidence from the Two Surveys of Pakistani Migrants Returned from the Middle East, in: *Pakistan Economic and Social Review*, Jg. 38, Nr. 2, S. 215–240.
- Arif, G. M. und M. Irfan (1997): Return Migration and Occupational Change: The Case of Pakistani Migrants Returned from the Middle East, in: *The Pakistan Development Review*, Jg. 36, Nr. 1, S. 1–37.
- Arif, G. M. und T. Ishaq (2017): Irregular Migration to the Gulf: An Analysis of the Status of Pakistani Migrant Workers, in: Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.): *Skilful Survivals: Irregular Migration to the Gulf*, Gulf Labour Markets and Migration (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/media/pubs/book/GLMM%20-%20IM%20Volume%20-%20Complete.pdf> [18.02.2019], S. 293–314.
- Artelt, P. V. (2013): *Der Druck der Elite: Die englischsprachige Presse Pakistans zwischen Eliten und Despoten*, unveröffentlichte Masterarbeit, München: Institut für Kommunikationswissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität.
- Arthur, S. und J. Nazroo (2003): Designing Fieldwork Strategie and Materials, in: Ritchie, J. und J. Lewis (Hrsg.): *Qualitative Research Practice. A Guide for Social Science Students and Researchers*, London: Sage Publishers, S. 109–137.
- Asfour, G. (2006): An Argument for Enhancing Arab Identity within Globalization, in: Fox, J. W., N. Mourtada-Sabbah und M. Al-Mutawa (Hrsg.): *Globalization and the Gulf*, London/New York: Routledge, S. 141–147.
- Ashraf, N. (2009): The Islamization of Pakistan's Educational System: 1979–1989, in: The Middle East Institute (Hrsg.): *The Islamization of Pakistan, 1979–2009*, Washington [online] <https://www.mei.edu/sites/default/files/publications/2009.07.Islamization%20of%20Pakistan.pdf> [22.04.2019], S. 25–27.
- Asia Pacific Mission for Migrants (2014): The Kafala: Research on the Impact and Relation of the Sponsorship System to Migrant Labor Bondage in GCC Countries [online] <https://www.apmigrants.org/articles/publications/Featured%20Researches/Kafala%20Research%202014-FINAL.pdf> [01.03.2019].

- Associated Press of Pakistan* (24.04.2019): Pakistani Mission in Contact with Saudi Government for Release of Prisoners [online] <https://www.app.com.pk/national/pakistani-mission-in-contact-with-saudi-government-for-release-of-prisoners/> [29.04.2019].
- Aster, R., H. Merckens und M. Repp (Hrsg.) (1989): *Teilnehmende Beobachtung. Werkstattberichte und methodologische Reflexionen*, Frankfurt: Campus Verlag.
- Audebert, C. und M. K. Dorai (2010): Conclusion. International Migration in the twenty-first Century: Towards new Research Perspectives, in: Dies. (Hrsg.): *Migration in a Globalised World. New Research Issues and Prospects*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 203–211.
- Aufenanger, S. (2011): Interview, in: Ayaß, R. und J. R. Bergmann (Hrsg.): *Qualitative Methoden der Medienforschung*, Mannheim: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 97–114.
- Azfar, K. (1987): *Pakistan. Political and Constitutional Dilemmas*, Karachi: Pakistani Law House.
- Azhar, M. (2008): Economic Cooperation between India and Saudi Arabia: Performance and Prospects, in: *Middle Eastern Studies*, Jg. 44, Nr. 20, S. 323–334.
- Aziz, K. (2015): Drivers of Radicalism and Extremism in Pakistan, *Country Paper*, Islamabad: Friedrich-Ebert-Stiftung [online] <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/pakistan/12144.pdf> [11.03.2019].
- Babar, Z. (2017): Working for the Neighbors: Arab Migrants in Qatar, in: Ebd. (Hrsg.): *Arab Migrant Communities in the GCC*, New York: Oxford University Press, S. 19–38.
- Badre, A. Y. und S. G. Siksek (1960): *Manpower and Oil in Arab Countries*, Beirut: Economic Research Institute.
- Bajracharya, R. und B. Sijapati (2012): The Kafala System and its Implications for Nepali Domestic Workers, *Policy Brief Nr. 1*, Kathmandu: Centre for the Study of Labour and Mobility [online] <https://www.ceslam.org/index.php?pageName=publication&pid=10> [01.03.2019].
- Bakrania, S. (2012): Political Economy of Saudi Arabia's Overseas Aid Assistance, Governance and Social Development Resource Center, *Helpdesk Research Report* [online] <https://www.gov.uk/dfid-research-outputs/political-economy-of-saudi-arabia-s-overseas-aid-assistance-gsdrc-helpdesk-research-report> [09.03.2019].
- Balcytiene, A. (2012): Culture as a Guide in Theoretical Explorations of Baltic Media, in: Hallin, D. C. und P. Mancini (Hrsg.): *Comparing Media Systems Beyond the Western World*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 51–71.
- Baldwin-Edwards, M. (2011): Labour Immigration and Labour Markets in the GCC Countries: National Patterns and Trends, Kuwait Programme on Development, Governance and Globalisation in the Gulf States, London: London School of Economics [online] <http://eprints.lse.ac.uk/55239/> [01.03.2019].
- Ballard, R. (1988): The Political Economy of Migration: Pakistan, Britain and the Middle East, in: Eades, J. (Hrsg.): *Migrants, Workers, and the Social Order*, London: Routledge, S. 17–41.
- Ballard, R. (2003a): A Background Report on the Operation of Informal Value Transfer Systems (Hawala), Stalybridge: Centre for Applied South Asian Studies.
- Ballard, R. (2003b): *Hawala Transformed: Remittance-driven Transnational Networks in the post-Imperial economic order*, Papier präsentiert bei der Konferenz „Migrant Remit-

Literatur- und Quellenverzeichnis

- tances: Development impact, opportunities for the financial sector and future prospects”, London: World Bank/DFID.
- Ballard, R. (2003c): The South Asian Presence in Britain and its Transnational Connections, in: Singh, H. und S. Vertovec (Hrsg.): *Culture and Economy in the Indian Diaspora*, London: Routledge.
- Ballard, R. (2009): Hawala: Criminal Haven or Vital Financial Network? In: *Newsletter of the International Institute of Asian Studies*, Leiden: University of Leiden, S. 8f.
- Ballard, R. (2010): Three Phases of Globalisation: The Significance of Dubai’s Emergence as a Trading Hub, in: Pieterse, J. (Hrsg.): *21st Century Globalisation: Perspectives from the Gulf*, Dubai: Sheikh Zaidi University, S. 39–71.
- Ballard, R. (o. J.): The Operation of Hawala-style Transjurisdictional Value Transfer Systems in the Contemporary Global Order: a historical and comparative perspective [online] <http://www.casas.org.uk/papers/pdfpapers/valuetransfers.pdf> [02.03.2019].
- Bar-Tura, A. (2011): The Coffeehouse as a Public Sphere, in: Parker, S. F. und M. W. Austin (Hrsg.): *Coffee – Philosophy for Everyone: Grounds for Debate*, Hoboken: Wiley-Blackwell, S. 88–100.
- Barley, N. (1983): *The Innocent Anthropologist: Notes from a Mud Hut*, London: Eland Publishing Ltd.
- Barnes, J. E., E. Schmitt und D. D. Kirkpatrick (12.11.2018): ‘Tell Your Boss’: Recording Is Seen to Link Saudi Crown Prince More Strongly to Khashoggi Killing, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2018/11/12/world/middleeast/jamal-khashoggi-killing-saudi-arabia.html> [12.04.2019].
- Barney, D. (2004): *The Network Society*, Cambridge: Polity.
- Barraclough, S. (2001): Pakistani Television Politics in the 1990s: Responses to the Satellite Television Invasion, in: *International Communication Gazette*, Jg. 63, Nr. 2–3, S. 225–239.
- Batzlen, C. (1999): *Migration and Development, Remittances and Investments in South Asia: A Case Study of Pakistan*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Baumol, W., R. Litan, R. und J. Schramm (2007): *Good Capitalism, Bad Capitalism, and the Economics of Growth and Prosperity*, New Haven: Yale University Press.
- Beaugé, G. (1986): La kafala: un système de gestion transitoire de la main d’œuvre et du capital dans les pays du Golfe, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales*, Jg. 2, Nr. 1, S. 109–122.
- Beaugé, G. und A. Bendiab (1987): *Internationale Migration im Nahen Osten (Migrations internationales au Moyen Orient)*. *Bibliographie 1975–1986*, Berlin: Das Arabische Buch.
- Beblawi, H. (1987): The Rentier State in the Arab World, in: Beblawi, H. und G. Luciani (Hrsg.): *The Rentier State*, New York: Routledge, S. 49–62.
- Beblawi, H. und G. Luciani (1987): Introduction, in: Dies. (Hrsg.): *The Rentier State*, New York: Routledge, S. 1–21.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (1997): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (2004): Cosmopolitical Realism: On the Distinction between Cosmopolitanism in Philosophy and the Social Sciences, in: *Global Networks*, Jg. 4, Nr. 2, S. 131–56.
- Beck, Klaus (2006): *Computervermittelte Kommunikation im Internet*, München, Wien: R. Oldenbourg Verlag.

- Beckett, C., Mansell, R. (2008): Crossing boundaries: New media and networked journalism, in: *Communication, Culture & Critique*, Jg. 1, S. 92–104.
- Belal, S. (06.03.2018): Caught in the Web, *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1393397> [24.02.2019].
- Belal, S. (20.03.2018): Good friends..., *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1396410> [24.02.2019].
- Benhabib, S. (1992): *Situating the Self: Gender, Community, and Postmodernism in Contemporary Ethics*, New York: Routledge.
- Benkler, Y. (2006): *The Wealth of Networks: How social Production transforms Markets and Freedom*, New Haven: Yale University Press.
- Bennett, W. L., Iyengar, S. (2008): A new era of minimal effects? The changing foundations of political communication, in: *Communication, Culture & Critique*, Jg. 1, S. 92–104.
- Benson, R. (2013): *Shaping Immigration News: A French-American Comparison*, New York: Cambridge University Press.
- Bentele, G. und M. Haller (Hrsg.) (1997): *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen*, Konstanz: UVK.
- Benthall, J. (2018): *The Rise and Decline of Saudi Overseas Humanitarian Charities*, Occasional Paper Nr. 20, Center for International and Regional Studies, Georgetown University in Qatar.
- Bergen, P. und S. Pandey (14.06.2005): The Madrassa Myth, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2005/06/14/opinion/the-madrassa-myth.html> [12.03.2019].
- Bergmann, J. R. (2011): Qualitative Methoden der Medienforschung – Einleitung und Rahmung, in: Ayaß, R. und J. R. Bergmann (Hrsg.): *Qualitative Methoden der Medienforschung*, Mannheim: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 13–41.
- Bergold, J. B., Flick, U. (Hrsg.) (1987): *Ein-Sichten. Zugänge zur Sicht des Subjekts mittels qualitativer Forschung*, Tübingen: DGVT.
- Bianco, C. (2018): Mohammad bin Salman's Reforms: Obstacles, Opposition and Questions of Stability, in: Perteghella, A. (Hrsg.): *Saudi Arabia at a Crossroads. Reforms and Uncertainties Ahead*, Mailand: Italian Institute for International Political Studies, S. 13–34.
- Bibi, R. (13.03.2017): 'Pakistan Embassy has done nothing to help my husband on death row in Saudi Arabia', *Geo TV* [online] <https://www.geo.tv/latest/134113-The-Pakistan-Embassy-has-done-nothing-to-help-my-husband-on-death-row-inSaudi-Arabia> [24.02.2019].
- Birbalsingh, F. (1989): *Indenture and Exile: The Indo-Caribbean Experience*, Toronto: Mawenzi House Publishers.
- Birks, J. S. und C. A. Sinclair (1972): International Labour Migration in the Arab Middle East, in: *Third World Quarterly*, Jg. 1, Nr. 2, S. 87–99.
- Birks, J. S., I. J. Seccombe und C. A. Sinclair (1988): Labour Migration in the Arab Gulf States: Patterns, Trends and Prospects, in: *International Migration*, Jg. 26, Nr. 3, S. 267–286.
- Bishku, M. B. (1992): In Search of Identity and Security: Pakistan and the Middle East, 1947–77, in: *Conflict Quarterly*, S. 30–51.
- Blanchard, C. (2007): Saudi Arabia: Terrorist Financing Issues, *CRS Report for Congress*, Washington, D. C.: Congressional Research Service [online] <https://fas.org/sgp/crs/terror/RL32499.pdf> [11.03.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Blank, J. (2015): What Pakistan and Saudi Arabia want from each other, Santa Monica: Rand Foundation [online] <http://www.rand.org/blog/2015/06/what-pakistan-and-saudi-arabia-want-from-each-other.html> [10.03.2019].
- Bleich, E., I. Bloemraad und E. de Graauw (2015): Migrants, Minorities and the Media: Information, Representations and Participation in the Public Sphere, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 41, Nr. 6, S. 857–873.
- Bloemraad, I., E. de Graauw und R. Hamlin (2015): Immigrants in the Media: Civic Visibility in the United States and Canada, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 41, Nr. 6, S. 874–896.
- Bogner, A. und W. Menz (2009): Experteninterviews in der qualitativen Sozialforschung. Zur Einführung in eine sich intensivierende Methodendebatte, in: Bogner, A., B. Littig und W. Menz (Hrsg.): *Experteninterviews – Theorien, Methoden, Anwendungsfehler*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–31
- Bogner, A., B. Littig und W. Menz (2005) (Hrsg.): *Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bogner, A., B. Littig und W. Menz (2009): *Interviewing Experts. Methodology and practice*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Böhm, A. (2000): Theoretisches Codieren: Textanalyse in der Grounded Theory, in: Flick, U., E. von Kardorff, I. Steinke (Hrsg.): *Qualitative Forschung*, Reinbek: Rowohlt, S. 475–485.
- Bohman, J. (2004): Expanding dialogue: The Internet, the Public Sphere and Prospects for Transnational Democracy, in: Crossley, N. und M. Roberts (Hrsg.): *After Habermas: New Perspectives on the Public Sphere*, Oxford: Wiley-Blackwell, S. 131–155.
- Böhmer, D.-D. (11.01.2018): „Ich muss zwischen Wahrheit und Überleben entscheiden“, *Die WELT*, [online] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article172389165/Pakistanischer-Journalist-Ich-muss-zwischen-Wahrheit-und-Ueberleben-entscheiden.html> [18.02.2019].
- Bolognani, M. (2010): Virtual Protest with Tangible Effects? Some Observations on the Media Strategies of the 2007 Pakistani anti-Emergency movement, in: *Contemporary South Asia*, Jg. 18, Nr. 4, S. 401–412.
- Bonded Labour Liberation Front (o. J.): Trocaire Project Narrative Report Form: Realizing Rights for Bonded Labourers at Brick Kilns [online] <http://blfpk.org/an-other-world-is-possible-ak-aur-jahan-mumkin-hay/> [20.02.2019].
- Bonner, M., M. Ener und A. Singer (Hrsg.) (2003): *Poverty and Charity in Middle Eastern Contexts*, Albany: State University of New York Press.
- Bose, S. (2006): *A Hundred Horizons: The Indian Ocean in the Age of Global Empire*, Cambridge: Harvard University Press.
- Brants, K. (2005): Guest Editors Introduction: The Internet and the Public Sphere, in: *Political Communication*, Jg. 22, Nr. 2, S. 143–146.
- Breeding, M. (2012): India-Persian Gulf Migration. Corruption and Capacity in Regulating Recruitment Agencies, in: Kamrava, M. und Z. Babar (Hrsg.): *Migrant Labor in the Persian Gulf*, London: Hurst & Company, S. 137–154.
- Breidenstein, G., S. Hischauer, H. Kalthoff und B. Nieswand (2013): *Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung*, Stuttgart: UTB.
- Breuer, F. (2009): *Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brown, A. C. (1999): *Oil, God, and Gold: The Story of Aramco and the Saud Kings*, Boston: Houghton Mifflin.

- Bruns, A. (2005): *Gatewatching: Collaborative Online News Production*, Bern: Peter Lang.
- Bruns, A. (2009): Produktion. Von medialer zu politischer Partizipation, in: Bieber, C., Eifert, M., Groß, T. und J. Lamla (Hrsg.): *Soziale Netze in der digitalen Welt: Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 65–86.
- Bryant, A. und K. Charmaz (Hrsg.) (2007): *The Sage Handbook of Grounded Theory*, Los Angeles: Sage Publications.
- Buchan, J. (1981): The Return of the Ikhwan 1979, in: Holden, D. und R. Johns (Hrsg.): *The House of Saud. The Rise and Rule of the Most Powerful Dynasty in the Arab World*, New York: Holt Rinehart & Winston, S. 511–526.
- Buchan, J. (1982): Secular and Religious Opposition in Saudi Arabia, in: Niblock, T. (Hrsg.): *State, Society and Economy in Saudi Arabia*, London: Croom Helm, S.106–124.
- Buckley, M. (2013): Locating Neoliberalism in Dubai: Migrant Workers and Class Struggle in the Autocratic City, in: *Antipode*, Jg. 45, Nr. 2, S. 256–274.
- Bude, H. (1985): Der Sozialforscher als Narrationsamateur, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 37, S. 327–336.
- Bureau of Emigration & Overseas Employment (2016): Export of Manpower Analysis, Islamabad: Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development [online] <https://beoe.gov.pk/reports-and-statistics> [24.02.2019].
- Bureau of Emigration and Overseas Employment (2015a): Labour Migration from Pakistan: 2015 Status report, Islamabad: Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development.
- Bureau of Emigration and Overseas Employment (2015b): Migration Statistics of Pakistan 1971–2015, Islamabad: Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development.
- Bureau of Emigration and Overseas Employment (2017): Mid-Year Export of Manpower Analysis (Jan-Jun 2017), Islamabad: Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development.
- Burgess, R. C. (Hrsg.) (1984): *In the Field. An Introduction to Field Research*, London: Routledge.
- Burki, S. J (1991): Migration from Pakistan to the Middle East, in: Papademetriou, G. D. und P. L. Martin (Hrsg): *The Unsettled Relationships: Labor Migration and Economic Development*, London: Greenwood Press, S. 139–162.
- Burki, S. J. (1980): What Migration to the Middle East may mean for Pakistan, in: *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, Jg. 3, Nr. 3, S. 47–66.
- Burki, S. J. (1984): International Migration: Implications for Labour Exporting Countries, in: *Middle East Journal*, Jg. 38, Nr. 4, S. 668–684.
- Burney, N. (1987): Workers' Remittances from the Middle East and their Effect on Pakistan's Economy, in: *The Pakistan Development Review*, Jg. 26, Nr. 4, S. 745–763.
- Caffero, G. (2018): Challenges of Saudi Arabia's Vision 2030, in: Perteghella, A. (Hrsg.): *Saudi Arabia at a Crossroads. Reforms and Uncertainties Ahead*, Mailand: Italian Institute for International Political Studies, S. 35–50.
- Calhoun, C. (1992): Introduction: Habermas and the Public Sphere, in: Ders. (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/London: Cambridge University Press, S. 1–50.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Calvert, J. (2010): *Sayyid Qutb and the Origins of Radical Islamism*, London: Hurst Publishers.
- Campbell, G. (2005): Introduction: Abolition and its Aftermath in the Indian Ocean World, in: Ders. (Hrsg.): *Abolition and its Aftermath in Indian Ocean Africa and Asia*, London/New York: Routledge, S. 1–28.
- Cappai, G. (2003): Einleitung: Übersetzung zwischen Kulturen als interdisziplinäre Aufgabe, in: Zingerle, A. und G. Cappai (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliches Übersetzen als interkulturelle Hermeneutik/ Il tradurre nelle scienze come ermeneutica interculturale*, Berlin/Mailand: Duncker & Humblot, S. 11–29.
- Casséus, C. R. E. (2014): *Labor Mobility and Citizenship: Challenges and Best Practices*, unveröffentlichtes Paper, Cambridge: Gulf Research Meeting.
- Castells, M. (1998): *The Information Age: Economy, Society and Culture. Vol. III: End of Millennium*, Oxford: Blackwell.
- Castells, M. (2001a): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie: Das Informationszeitalter*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castells, M. (2001b): *The Internet Galaxy: Reflections on the Internet, Business and Society*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Castells, M. (2002): *Die Macht der Identität. Teil 2 der Trilogie: Das Informationszeitalter*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castells, M. (2007): Communication, Power and Counter-Power in the Network Society, in: *International Journal of Communication*, Jg. 1, S. 238–266.
- Castells, M. (2008): The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, Jg. 616, Nr., S. 78–93.
- Chaffee, S. H., Metzger, M. J. (2001): The end of mass communication, in: *Mass Communication & Society*, Jg. 4, S. 365–379.
- Chalcraft, J. (2010): Monarchy, Migration and Hegemony in the Arabian Peninsula, London: London School of Economics, Kuwait Programme on Development, Governance and Globalisation in the Gulf States.
- Chalcraft, J. (2012): Migration Politics in the Arabian Peninsula, in: Held, D. und K. Ulrichsen (Hrsg.): *The Transformation of the Gulf. Politics, Economics and the Global Order*, Abingdon/Oxon/New York: Routledge, S. 66–85.
- Champion, D. (1999): The Kingdom of Saudi Arabia: Elements of Instability Within Stability, in: *MERLA Journal*, Jg. 3, Nr. 4, S. 49–73.
- Charmaz, K. (1995): Grounded Theory, in: Smith, Jonathan, Rom Harre und Luk Van Langenhove (Hrsg.): *Rethinking Methods in Psychology*, London: Sage Publishing, S. 27–49.
- Charmaz, K. (2006): *Constructing Grounded Theory. A Practical Guide Through Qualitative Analysis*, London: Sage Publications.
- Chatterjee, I. (2005): Abolition bei Denial: The South Asian Example in: Campbell, G. (Hrsg.): *Abolition and its Aftermath in Indian Ocean Africa and Asia*, London/New York: Routledge, S. 150–168.
- Chaudhry, G. W. (1974): New Pakistan's Constitution 1973, in: *The Middle East Journal*, Jg. 29, Nr. 1, S. 10–18.
- Chaudhry, M. I. (1980): *Pakistani Society: A Sociological Perspective*, Lahore: Aziz Publishers.
- Chaudhuri, K. N. (1985): *Trade and Civilization in the Indian Ocean: An Economic History from the Rise of Islam to 1750*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Chaudoir, D. C. (2010): *Westerners in the United Arab Emirates: A View from Abu Dhabi*, Washington, D. C.: The Middle East Institute [online] <https://www.mei.edu/publications/westerners-united-arab-emirates-view-abu-dhabi> [01.03.2019].
- Chavez, L. R. (2001): *Covering Immigration: Popular Images and the Politics of the Nation*, Berkeley: University of California Press.
- Chengappa, B. M. (1999): Taming the Pakistani press: Democracy under Threat, in: *Strategic Analysis: A Monthly Journal of the IDSA*, Jg. 23, Nr. 4, S. 1–11.
- Choucri, N. (1986): Asians in the Arab World: Labor Migration and Public Policy, in: *Middle Eastern Studies*, Jg. 22, Nr. 2, S. 252–273.
- Choudhry, M. H. (1982): *Migration and Social Change in Humak Village*, Islamabad: Quaid-i-Azam University.
- Chris, S. (2007): Agency and Everyday Knowledge of Filipina Migrants in Dubai, United Arab Emirates, in: Berkeman, Z. und T. Geinsen (Hrsg.): *International Handbook of Migration, Minorities, and Education*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 677–694.
- Christensen, J. B. (2011): Strained Alliances – Iran’s Troubled Relations to Afghanistan and Pakistan, *DIIS Report 3*, Kopenhagen: Danish Institute for International Studies.
- Christensen, M. (2011): Online Social Media, Communicative Practice and Complicit Surveillance in Transnational Contexts, in: Christensen, M., A. Jansson und C. Christensen (Hrsg.): *Online Territories. Globalization, Mediated Practice and Social Space*, New York: Peter Lang Publishing, S. 222–238.
- Clapham, C. (1985): *Third World Politics: An Introduction*, London: Cambridge University Press.
- Clarke, C., C. Peach und S. Vertovec (1990): Introduction: Themes in the Study of the South Asian Diaspora, in: Dies. (Hrsg.): *South Asian Overseas. Migration and ethnicity*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–32.
- Clarri, C und M. E. Karlin (2012): Issue: Pak-Saudi Nuke, and How to stop it, *The American Magazine* [online] <https://www.the-american-interest.com/2012/06/10/the-pak-saudi-nuke-and-how-to-stop-it/> [10.03.2019].
- Cohen, S. P. (2011): Pakistan: Arrival and Departure, in: Dies. (Hrsg.): *The Future of Pakistan*, Washington, D. C.: Brookings Institution Press [online] https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/01_pakistan_cohen.pdf [09.03.2019].
- Commins, D. (2012): *The Gulf States. A Modern History*, London: I. B. Tauris.
- Commins, D. (2015): From Wahhabi to Salafi, in: Haykel, B., T. Hegghammer und S. Lacroix (Hrsg.): *Saudi Arabia in Transition. Insights on Political, Economic, and Religious Change*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 151–166.
- Cook, H. und M. Newson (2017): Yemeni Irregular Migrants in the Kingdom of Saudi Arabia and the Implications of Large Scale Return: An Analysis of Yemeni Migrants Returning from Saudi Arabia, in: Babar, Z. (Hrsg.): *Arab Migrant Communities in the GCC*, New York: Oxford University Press, S. 133–168.
- Corbin, J. und A. Strauss (1990): Grounded Theory Research: Procedures, Canons and Evaluative Criteria, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 19, Nr. 6, S. 418–427.
- Cordesman, A. H. (2015): The True Nature of the Saudi Succession “Crisis“, *Commentary*, Washington, D. C.: Center for Strategic and International Studies, [online] <https://www.csis.org/analysis/true-nature-saudi-succession-crisis> [19.02.2019].
- Craig, R. D. und F. P. King (1981): *Historical Dictionary of Oceania*, Westport/London: Greenwood.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Cremer, G. (1988): Deployment of Indonesian Migrants in the Middle East: Present Situation and Prospects, in: *Bulletin of Indonesian Studies*, Jg. 24, Nr. 3, S. 73–86.
- Crossley, N. und M. Roberts (2004): Introduction, in: Dies. (Hrsg.): *After Habermas: New Perspectives on the Public Sphere*, Oxford: Wiley-Blackwell, S. 1–27.
- Crystal, J. (1995): *Oil and Politics in the Gulf: Rulers and Merchants in Kuwait and Qatar*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Crystal, J. (1996): Civil Society in the Arabian Gulf, in: Norton, A. R. (Hrsg.): *Civil Society in the Middle East*, Leiden: Brill, S. 259–286.
- Crystal, J. (2005): Public Order and Authority. Policing Kuwait, in: Dresch, P. und J. Piscatori (Hrsg.): *Monarchies and Nations: Globalization and Identity in the Arab States of the Gulf*, London: I. B. Tauris, S. 158–181.
- Curran, J. und M.-J. Park (2000): Beyond Globalization Theory, in: Dies. (Hrsg.): *De-Westernizing Media Studies*, London: Routledge, S. 3–18.
- Dahlberg, L. (2001): Computer-mediated Communication and the Public Sphere: A Critical Analysis, in: *Journal of Computer-mediated Communication*, 7. Jg., Nr. 1.
- Dahlgren, P. (2005): The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation, in: *Political Communication*, Jg. 22, S. 147–162.
- Dale, S. (1997): The Hadhrami Diaspora in South-Western India: The Role of the Sayyids of the Malabar Coast, in: Freitag, U. und W. G. Clarence-Smith (Hrsg.): *Hadhrami Traders, Scholars and Statesmen in the Indian Ocean, 1750s-1960s*, Leiden: Brill, S. 175–184.
- Dalton, T. und M. Krepon (2015): A Normal Nuclear Pakistan, Washington, D. C.: Carnegie Endowment for International Peace [online] <https://carnegieendowment.org/files/NormalNuclearPakistan.pdf> [22.04.2019].
- Damir-Geilsdorf, S. (2003): *Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption*, Würzburg: Ergon.
- Dausien, B. (1996): *Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten*, Bremen: IBL Forschung.
- Davidson, C. M. (2005): *The United Arab Emirates. A Study in Survival*, Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Dayan, D. (1999): Media and Diasporas, in: Gripsrud, J. (Hrsg.): *Television and Common Knowledge*, London: Routledge, S. 18–33.
- Dayan, D. und E. Katz (1992): *Media Events: The Live Broadcasting of History*, Cambridge: Harvard University Press.
- de Bel Air, F. (2014a): Demography, Migration and Labour Market in Saudi Arabia, Gulf Labour Markets and Migration, *Explanatory Note 1*, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <https://gulfmigration.org/demography-migration-and-labour-market-in-saudi-arabia/> [19.02.2019].
- De Bel-Air, F. (2014b): *Female Employment and the Saudisation Policy (Nitaqat) in Saudi Arabia*, unveröffentlichtes Papier, Cambridge: Gulf Research Meeting.
- de Bel-Air, F. (2015): The Socio-Political Background and Stakes of “Saudizing” the Workforce in Saudi Arabia: The Nitaqat Policy, *Explanatory Note 3*, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/the-socio-political-background-and-stakes-of-saudizing-the-workforce-in-saudi-arabia-the-nitaqat-policy/> [19.02.2019].

- de Cordier, B. (2013): Pakistan and the GCC countries: Complementarity, or a Center-Periphery Tale? *Central Asia Economic Paper* Nr. 11, Washington, D. C.: Elliott School of International Affairs.
- de Cordier, B. (2014): The Dynamics of South-South Interaction: An Examination of the multidimensional Ties between Pakistan and the Arab Gulf countries, in: *Alternatives: Turkish Journal of International Relations*, Jg. 13, Nr. 4, S. 15–24.
- De Long-Bas, N. (2004): *Wahhabi Islam: From Revival and Reform to Global Jihad*, London: I. B. Tauris.
- de Regt, M. (2008): High in the Hierarchy, Rich in Diversity: Asian Domestic Workers, their Networks and Employers' Preferences in Yemen, in: *Critical Asian Studies*, Jg. 40, Nr. 4, S. 587–608.
- de Regt, M. (2009a): About Cleanliness, Closeness and Reliability. Somali and Ethiopian Domestic Workers in Yemen, in: Schrover, M. und E. Janes Yeo (Hrsg.): *Gender, Migration and the Public Sphere, 1850–2005*, London: Routledge, S. 140–159
- de Regt, M. (2009b): Preferences and Prejudices: Employers' Views on Domestic Workers in the Republic of Yemen, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Jg. 34, Nr. 3, S. 559–581.
- Dean, J. (2003): Why the Net is not a Public Sphere, in: *Constellations*, Jg. 10, Nr. 1, S. 95–112.
- Deffner, V. und C. Pfaffenbach (2011): *Zones of Contact and Spaces of Negotiation: The Indian Diaspora in Muscat (Sultanate of Oman)*, Papier präsentiert auf der Internationalen Konferenz "The Struggle to belong. Dealing with Diversity in 21st Century Urban Settings, 7.-9. Juli, Amsterdam.
- Dehne, P. (2010): Eine Beziehung mit Zukunft? – Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien, in: Freitag, U. (Hrsg.): *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, S. 135–164.
- Dehne, P. (2011): *MigrantInnen im saudi-arabischen Kontext. Strukturelle Gewalt und die Handlungsfähigkeit der philippinischen Community in Jidda*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Berlin: Freie Universität.
- Derbal, N. (2017): *Charity for the Poor in Jeddah, Saudi Arabia, 1961–2015*, unveröffentlichte Dissertation, Berlin: Freie Universität.
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und International Labour Organization (2016): From Pakistan to the Gulf Region: An Analysis of Links between Labour Markets, Skills and the Migration Cycle [online] http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/publications/WCMS_532696/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und International Labour Organization (2015): Labour Market Trends Analysis and Labour Migration from South Asia to Gulf Cooperation Council Countries, India and Malaysia, Kathmandu [online] https://www.ilo.org/global/topics/labour-migration/publications/WCMS_378239/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- Dickinson, R. und B. Memom (2012): Press Clubs, the Journalistic Field and the Practice of Journalism in Pakistan, in: *Journalism Studies*, Jg. 13, Nr. 4, S. 1–17.
- Diederich, M. (1995): *Indonesische Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien, Hintergründe und Darstellung in der indonesischen Presse*, Bd. 3, Bonn: Holos Verlag.
- Diop, A., T. Johnston und K. T. Le (2015): Reform of the Kafala System: A Survey Experiment from Qatar, in: *Journal of Arabian Studies: Arabia, the Gulf & the Red Sea*, Jg. 5, Nr. 2, S. 116–137.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Diop, A., T. Johnston, K. T. Le (2018): Migration Policies across the GCC: Challenges in Reforming the Kafala, in: Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center, S. 33–60.
- Dito, M. (2014): Kafala: Foundations of Migrant Exclusion in GCC Labor Markets, in: Khalaf, A., O. AlShehabi und A. Hanieh (Hrsg.): *Transit States. Labour, Migration and Citizenship in the Gulf*, London: Pluto Press, S. 79–100.
- Dittmar, N. (2009): *Transkription. Ein Leitfaden mit Aufgaben für Studenten, Forscher und Laien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dobbin, C. (1996): *Asian Entrepreneurial Minorities: Conjoint Communities in the Making of the World-Economy, 1540–1940*, Richmond: Curzon.
- Donges, P. und K. Imhof (2001): Öffentlichkeit im Wandel, in: Jarren, O. und H. Bonfadelli (Hrsg.): *Einführung in die Publizistikwissenschaft*, Bern: Haupt Verlag, S. 101–133.
- Donges, P. und O. Jarren (1998): Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, in: In Bonfadelli, H. und W. Hättenschwiler (Hrsg.): *Einführung in die Publizistikwissenschaft*, Zürich: UTB, S. 95–110.
- Dorsey, James M. (o. J.): Saudi engagement in Iraq: The exception that confirms the rule? [online] https://www.academia.edu/36455332/Saudi_engagement_in_Iraq_The_exception_that_confirms_the_rule?auto=download, [24.11.2019].
- Downey, J. und N. Fenton (2003): New Media, Counter Publicity and the Public Sphere, in: *New Media & Society*, Jg. 5, S. 185–202.
- Dresch, P. (2005): Debates on Marriage and Nationality in the United Arab Emirates, in: Dresch, P. und J. Piscatori (Hrsg.): *Monarchies and Nations: Globalization and Identity in the Arab States of the Gulf*, London: I. B. Tauris, S. 136–157.
- Dresch, P. (2006): Foreign Matter. The Place of Strangers in Gulf Society, in: Fox, J. W., N. Mourtada-Sabbah und M. Al-Mutawa (Hrsg.): *Globalization and the Gulf*, London/New York: Routledge, S. 200–222.
- Durand, J. und D. S. Massey (1992): Mexican Migration to the USA, in: *Latin American Research Review*, Jg. 27, Nr. 2, S. 3–42.
- Dutton, W. H. (2009): The Fifth Estate Emerging through the Network of Networks, in: *Prometheus*, Jg., Nr. 1, S. 1–15.
- Dürr, H.-P. (2002): Vernetzung der Zivilgesellschaft als Chance für Zukunftsfähigkeit, in: Von Liechtenstein, A. (Hrsg.): *Internet und Öffentlichkeit*, Wien: WUV-Universitätsverlag, S. 141–162.
- Echagüe, A. (Hrsg.) (2013): *The Gulf States and Arab Uprisings*, Madrid: Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior (FRIDE).
- Eckes, T. und B. Six (1983): Prototypen und Basiskategorien zur alltagssprachlichen Kategorisierung von Objekten, Personen und Situationen, in: Lüer, G. (Hrsg.): *Bericht über den 33. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Mainz 1982*, Band 1, Göttingen: Verlag für Psychologie, S. 246–252.
- Eelens, F., T. Schampers, und J. D. Speckmann, (Hrsg.) (1992): *Labour Migration to the Middle East: From Sri Lanka to the Gulf*, London: Vanderbilt University Press.
- Eijaz, A. (2013): Impact of New Media on Dynamics of Pakistan Politics, in: *Journal of Political Studies*, Jg. 20, Nr. 1, S. 113–130.

- Eilders, C. (2008): Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen: Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Pfetsch, B. und S. Adam (Hrsg.): *Massenmedien als politische Akteure*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 27–51.
- El Qorchi, M., S. M. Maimbo und J. F. Wilson (2003): Informal Funds Transfer Systems: An Analysis of the Informal Hawala System, *Board Report 25803*, Washington D. C.: World Bank.
- El-Shagi, E.-S. (1985): Gastarbeiter am Golf, in: Scholz, F. (Hrsg.): *Die Golfstaaten: Wirtschaftsmacht im Krisenherd*, Braunschweig: Georg Westermann Verlag GmbH, S. 201–216.
- Engesser, S. und J. Wimmer (2009): Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet, in: *Publizistik*, Jg. 54, Nr. 1, S. 43–63.
- Entman, R. M. (2007): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm, in: *Journal of Communication*, Bd. 57, Nr. 1, S. 51–58.
- Entman, R. M. und A. Rojecki (2000): *The Black Image in the White Mind: Media and Race in America*, Chicago: University of Chicago Press.
- Errichiello, G. (2012): Foreign Workforce in the Arab Gulf States (1930–1950): Migration Patterns and Nationality Clause, in: *International Migration Review*, Jg. 46, Nr. 2, S. 389–413.
- Esim, S. und M. Smith (Hrsg.) (2004): *Gender and Migration in Arab States: The Case of Domestic Workers*, Genf: International Labour Organization.
- Espey, R. (31.01.2014): Umbruch auf Arbeitsmarkt in Saudi-Arabien, *Germany Trade and Invest*, [online] <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=umbruch-auf-arbeitsmarkt-in-saudi-arabien,did=952926.html> [19.02.2019].
- Fair, C. C. (2009): *The Madrassah Challenge. Militancy and Religious Education in Pakistan*, Washington, D. C.: United States Institute of Peace Press.
- Fair, C. C. (2012): The Enduring Madrasa Myth, in: *Current History*, S. 135–140.
- Faist, T. (2010): Transnationalisation: Its Conceptual and Empirical Relevance, in: Audebert, C. und M. K. Dorai (Hrsg.): *Migration in a Globalised World. New Research Issues and Prospects*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 79–105.
- Falk, D. (2016): *Migranten im Spiegel der arabischen Presse. Der Einwanderungsdiskurs der arabischen Golfstaaten am Beispiel der Vereinigten Arabischen Emirate*, unveröffentlichte Dissertation, Universität Leipzig.
- Fandy, M. (1999): *Saudi Arabia and the Politics of Dissent*, Basingstoke: Macmillan.
- Fargues, P. (2011): Immigration without Inclusion: Non-Nationals in Nation-Building in the Gulf States, in: *Asian and Pacific Migration Journal*, Jg. 20, Nr. 3–4, S. 273–292.
- Fargues, P. und N. M. Shah (2018): Introduction: Migration Policies, between Domestic Politics and International Relations, in: Dies. (Hrsg.): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center, S. 1–7.
- Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.) (2017): *Skilful Survivals: Irregular Migration to the Gulf*, Gulf Labour Markets and Migration (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/media/pubs/book/GLMM%20-%20IM%20Volume%20-%20Complete.pdf> [18.02.2019].
- Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.) (2018): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Fargues, P., F. De Bel-Air und N. M. Shah (2015): Addressing Irregular Migration in the Gulf States, *GLMM Policy Brief*, Nr. 1, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <https://gulfmigration.org/media/pubs/briefs/GLMM%20Policy%20Brief%20-%20No.%201%20-%202015%20-%20Gulf%20Irregular%20Migration%20-%20Final.pdf> [22.04.2019].
- Faulstich, W. (1999): Der Öffentlichkeitsbegriff. Historisierung, Systematisierung, Empirisierung, in: Szyszka, P. (Hrsg.): *Diskurs um einen Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation*, Opladen: Springer VS, S. 67–76.
- Fazli, R. und R. A. Faridi (2014): *Saudi Labour Law and its Impact on Indian Workers: A Study of Aligarh, India*, unveröffentlichtes Papier, Cambridge: Gulf Research Meeting.
- Fernyhough, T. (1989): Slave and the Slave Trade in Southern Ethiopia in the 19th Century, in: Clarence-Smith, W. G. (Hrsg.): *The Economics in the Indian Ocean Slave Trade in the Nineteenth Century*, London: Routledge, S. 103–130.
- Ferree, M. M., W. A. Gamson, J. Gerhards und D. Rucht (2002): Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies, in: *Theory and Society*, Jg. 31, S. 289–324.
- Filkins, D. (02.04.2018): A Saudi Prince's Quest to Remake the Middle East, *The New Yorker* [online] <https://www.newyorker.com/magazine/2018/04/09/a-saudi-princes-quest-to-remake-the-middle-east> [12.04.2019].
- Firdaus, A. (2012): Refining agenda setting theory for 21st century media and communication research: Setting the new media research agenda, in: Dobek-Ostrowska, B., Lodzki, B. und W. Wanta (Hrsg.): *Agenda Setting: Old and New Problems in the Old and New Media*, Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, S. 21–38.
- Firdous, K. (2009): Militancy in Pakistan, Islamabad: Institute of Strategic Studies, S. 112–129 [online] http://www.issi.org.pk/wp-content/uploads/2014/06/1299825170_97247252.pdf [11.03.2019].
- Fitzpatrick, M. (2015): Saudi Arabia, Pakistan and the Nuclear Rumour Mill, in: *Survival*, Jg. 57, Nr. 4, S. 105–108.
- Flick, U. (2007): *Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung*, 2. Auflage, Reinbek: Rowohlt.
- Flick, U., E. von Kardorff, H. Keupp, L. von Rosenstil und S. Wolff (Hrsg.) (1991): *Handbuch qualitativer Sozialforschung*, München: Beltz.
- Flusser, V. (2000): *Kommunikologie*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Foley, S. (2010): *The Arab Gulf States. Beyond Oil and Islam*, Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Forstenlechner, I. und E. J. Rutledge (2011): The “GCC’s Demographic Imbalance”: Perceptions, Realities and Policy Options, in: *Middle East Policy*, Jg. 18, Nr. 4, S. 25–43.
- Fox, J. W., N. Mourtada-Sabbah und M. Al-Mutawa (2006): The Arab Gulf Region: Traditionalism globalized or Globalization traditionalized? In: Dies. (Hrsg.): *Globalization and the Gulf*, London/New York: Routledge, S. 3–59.
- Fraser, N. (1989): *Unruly Practices: Power, Discourse, and Gender in Contemporary Social Theory*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Fraser, N. (1992): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy, in: Calhoun, C. (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/London: Cambridge University Press, S. 109–142.
- Fraser, N. (1995): Politics, Culture and the Public Sphere: Toward a Postmodern Conception, in: Nicholson, L. und S. Seidman (Hrsg.): *Social Postmodernism: Beyond Identity Politics*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 287–314.

- Fraser, N. (2008): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt, in: Dorer, J., Geiger, B. und R. Köpl (Hrsg.): *Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 18–34.
- Fraser, N. (2014a): Publicity, Subjection, Critique. A Reply to my Critics, in: Nash, K. (Hrsg.): *Transnationalizing the Public Sphere*, Cambridge: Polity, S. 129–156.
- Fraser, N. (2014b): Transnationalizing the Public Sphere: On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World, in: Nash, K. (Hrsg.): *Transnationalizing the Public Sphere*, Cambridge: Polity, S. 8–41.
- Freitag, U. (2004): Islamische Netzwerke im Indischen Ozean, in: Rothermund, D. und S. Weigel-Schwiedrzik (Hrsg.): *Der indische Ozean. Das afro-asiatische Mittelmeer als Kultur- und Wirtschaftsraum*, Wien: Promedia, S. 61–82.
- Freitag, U. (2020): *A History of Jeddah: The Gate to Mecca in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Freitag, U. und A. von Oppen (2010): Introduction: “Translocality”: An Approach to Connection and Transfer in Arab Studies, in: Dies. (Hrsg.): *Translocality. The Study of Globalising Processes from a Southern Perspective*, Leiden/Boston: Brill, S. 1–24.
- Friedland, L. A., T. Hove und H. Rojas (2006): The Networked Public Sphere, in: *Javnost/The Public*, Jg. 13, Nr. 4, S. 5–26.
- Gamburd, M. R. (2010): Sri Lankan Migration to the Gulf: Female Bread-Winners – Domestic Workers, in: Middle East Institute (Hrsg.): *View Points: Migration and the Gulf*, Washington, D. C., S. 13–15.
- Gardner, A. (2008): Strategic Transnationalism: The Indian Diasporic Elite in Contemporary Bahrain, in: *City and Society*, Jg. 20, Nr. 1, S. 54–78.
- Gardner, A. (2010): *City of Strangers. Gulf Migration and the Indian Community in Bahrain*, Ithaca/London: Cornell Press.
- Gardner, A. (2012): Why Do They Keep Coming? Labor Migrants in the Gulf States? In: Kamrava, M. und Z. Babar (Hrsg.): *Migrant Labor in the Persian Gulf*, London: Hurst & Company, S. 41–58.
- Garfinkel, H. (1976): Bedingungen für den Erfolg von Degradierungszeremonien, in: Lüdersen, K. und F. Sack (Hrsg.): *Seminar: Abweichendes Verhalten III*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 31–40.
- Garnham, N. (1992): The Media and the Public Sphere, in: Calhoun, C. (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/London: Cambridge University Press, S. 360–376.
- Gaub, F. (2016): Saudi-Arabien und seine 40 Alliierten. Was die Islamische Allianz wirklich bedeutet, *Arbeitspapier Sicherheitspolitik*, Nr. 6, Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
- Gause, G. (2000): The Persistence of Monarchies in the Arabian Peninsula: A Comparative Analysis, in: Kostiner, J. (Hrsg.): *Middle East Monarchies*, Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 167–186.
- Gause, G. (2018): After the Killing of Jamal Khashoggi, *CSIS Briefs*, Washington, D. C.: Center for Strategic and International Studies [online] <https://www.csis.org/analysis/after-killing-jamal-khashoggi-muhammad-bin-salman-and-future-saudi-us-relations> [12.04.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Gazdar, H. (2003): *A Review of Migration Issues in Pakistan*, Papier präsentiert auf der Regional Conference on Migration, Development and Pro-Poor Policy Choices in Asia, Dhaka, 22.-24. Juni.
- Geertz, C. (1973): *The Interpretation of Culture*, New York: Basic Books.
- Geertz, C. (1983): *Dichte Beschreibung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geertz, C. (1988): *Works and Lives, the Anthropologist as Author*, Stanford: Stanford University Press.
- General Authority for Statistics (2016): Demographic Survey [online] https://www.stats.gov.sa/sites/default/files/en-demographic-research-2016_2.pdf [04.05.2019].
- Georgiou, M. (2011): Diaspora, Mediated Communication and Space: A Transnational Framework to Study Identity, in: Christensen, M., A. Jansson und C. Christensen (Hrsg.): *Online Territories: Globalization, Mediated Practice and Social Space*, New York: Peter Lang, S. 205–221.
- Gerhards, J. (1994): Politische Öffentlichkeit: Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch, in: Neidhardt, F. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 77–105.
- Gerhards, J. und D. Rucht (2000): Mesomobilization, Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, in: *American Journal of Sociology*, Jg. 98, S. 555–595.
- Gerhards, J. und D. Rucht (2000): Öffentlichkeit, Akteure und Deutungsmuster: Die Debatte über Abtreibungen in Deutschland und den USA, in: Gerhards, J. (Hrsg.): *Die Vermessung kultureller Unterschiede*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 165–185.
- Gerhards, J. und F. Neidhardt (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*, Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.
- Gerhards, J. und F. Neidhardt (1991): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: S. Müller-Doohm, S. und K. Neumann-Braun (Hrsg.): *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation*, Oldenburg: Bis, S. 31–89.
- Gerhards, J. und M. S. Schäfer (2009): Is the Internet a better Public Sphere? Comparing old and new Media in the US and Germany, in: *New Media & Society*, Jg. XX, S. 1–18.
- Ghosh, P. (2007): *Partition and the South Asian Diaspora. Extending the Subcontinent*, London: Routledge.
- Ghufran, N. (2011): The Role of UNHCR and Afghan Refugees in Pakistan, in: *Strategic Analysis*, Jg. 35, Nr. 6, S. 945–954.
- Giddens, A. (1984): *Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, A. (1995): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gilani Research Foundation Poll (2018): 65% Pakistanis believe that the Government should regulate Religious Madrassahs [online] <http://gallup.com.pk/65-pakistanis-believe-that-the-government-should-regulate-religious-madrassahs/> [06.06.2018].
- Gilani, I. (1983): *Research Project on Overseas Pakistanis*, Volume 1, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economics.
- Gilani, I. (1984): Socio-Economic Impact of International Labour Migration: A Study Based on the Pakistani Experience, in: Nakane, C. (Hrsg.): *Social Sciences and Asia*, Tokio: Institute of Oriental Culture, University of Tokyo, S. 145–159.

- Gilani, I. S. (1986): Pakistan, in: Abella, M. I. und Y. Atal (Hrsg.): *Asian Workers Abroad. A Comparative Study of Four Countries*, Bangkok: UNESCO Regional Office, S. 109–176.
- Gilani, I. S. (2008): *Multinational Workforce in Global Megacities. A Case Study of Pakistani Labour Force in the Gulf*, Dubai: Gulf Research Center.
- Gilani, I., F. M. Khan und M. Iqbal (1981): Labour Migration from Pakistan to the Middle East and its Impact on the Domestic Economy, *Research Report Series* Nr. 126, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economic.
- Gilbert, E. (2002): Coastal East Africa and the Western Indian Ocean: Long-Distance Trade, Empire, Migration, and Regional Unity, 1750–1970, in: *The History Teacher*, Jg. 36, Nr. 1, S. 7–34.
- Girtler, R. (1984): *Methoden der qualitativen Sozialforschung. Anleitung zur Feldarbeit*, Wien: Böhlau.
- Glaser, B. (2007): Remodeling Grounded Theory, in: Mey, G. und K. Mruck (Hrsg.): *Grounded Theory Reader. Historical Social Research – Historische Sozialforschung*, Supplement/Beiheft 19, S. 47–68.
- Glaser, B. G. (1992): *Basics of Grounded Theory Analysis: Emergence vs Forcing*, Mill Valley: Sociology Press.
- Glaser, B. G. und A. L. Strauss (1979): Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie: Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung, in: Hopf, C. und E. Weingarten (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 91–111.
- Glaser, B. G. und A. L. Strauss (1998): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*, Göttingen: Hogrefe AG.
- Glaser, B. G. und J. Holto (2004): Remodeling Grounded Theory, in: *Forum Qualitative Social Research*, Jg. 5, Nr. 2 [online] <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/607/1315> [19.02.2019].
- Glaser, B. und A. Strauss (1967): *The Discovery of Grounded Theory*. Chicago: Aldine.
- Gläser, J. und G. Laudel (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glick Schiller, N., L. Basch und C. Blanc-Szanton (1997): Transnationalismus: Ein neuer analytischer Rahmen zum Verständnis von Migration, in: Kleger, H. (Hrsg.): *Transnationale Staatsbürgerschaft*, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, S. 81–107.
- Glosemeyer, I. (2018): *Arab Gulf States' Assistance to Yemen 2015–2017*, Regional Programme Cooperation with Arab Donors in the Mena Region (CAD), Eschborn/Amman: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- Goetze, D. (2002): *Entwicklungssoziologie. Eine Einführung*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Gran, P. (2001): Modern Middle East History beyond Oriental Despotism, World History beyond Hegel: An Agenda Article, in: Hill, E. (Hrsg.): New frontiers in the Social History of the Middle East, *Cairo Papers in Social Science*, Jg. 23, Nr. 2, S. 162–198.
- Granovetter, M. (1973): The Strength of Weak Ties, in: *American Journal of Sociology*, Jg. 78, S. 1360–1380.
- Graz, L. (1992): *The Turbulent Gulf: People, Politics and Power*. London: I. B. Tauris.
- Greve, J. (2009): *Jürgen Habermas. Eine Einführung*, Konstanz: UTB.
- Guaaybess, Tourya (Hrsg.) (2013): *National Broadcasting and State Policy in Arab Countries*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Guisinger, S. E. (1984): The Impact of Temporary Worker Migration on Pakistan, in: Burki Shahid, J. und R. LaPorte, Jr. (Hrsg.): *Pakistan's Development Priorities: Choices for the Future*, Karachi: Oxford University Press, S. 201–223.
- Gul, I. (2009): Pakistan's Reverse Revolution, in: The Middle East Institute (Hrsg.): *The Islamization of Pakistan, 1979–2009*, Washington, D. C.
- Gulf Labour Markets and Migration (GLMM) Programme (2013): Percentage of Non-Nationals employed by sector of activity (public / private and other sectors) in GCC countries (around 2010), Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/percentage-of-non-nationals-in-government-sector-and-in-private-and-other-sectors-in-gcc-countries-national-statistics-latest-year-or-period-available/> [19.02.2019].
- Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme: Terminology [online] <http://gulfmigration.org/about/terminology/> [01.03.2019].
- Gupta, A. und J. Ferguson (1992): Beyond "Culture": Space, Identity, and the Politics of Difference, in: *Cultural Anthropology*, Jg. 7, Nr. 1, S. 6–23.
- Gustafson, W. E. (1973): Economic Reforms under Bhutto, in: *Journal of Asian and African Studies*, Jg. 8, Nr. 3–4, S. 241–258.
- Grunwald, A., Banse, G., Coenen, C. und L. Hennen (2006): *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet*, Berlin: Edition Sigma.
- Habermas, J. (11.12.2004): Öffentlicher Raum und politische Öffentlichkeit, *Neue Zürcher Zeitung* [online] <https://www.nzz.ch/article9Z0Q0-1.346787> [26.04.2019].
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns, Band II: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1996): *Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy*, Cambridge: MIT Press.
- Hall, S. (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne.
- Hallin, D. und P. Mancini (2004): *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hamaizia, A. (2015): Labor Market Dynamics in the GCC States, in: *Gulf Affairs*, S. vi–vii.
- Hamm, M. und M. Zaiser (2000): com.une.farce und indymedia.uk – zwei Modi oppositioneller Netznutzung, in: *Das Argument*, Nr. 238, S. 755–764.
- Hanan, M. A., N. Saleem, A. A. und S. Mukhtar (2016): Role of Media in Strengthening Democracy in Pakistan: Journalists' Perception, in: *A Research Journal of South Asian Studies*, Jg. 31, Nr. 1, S. 331–345.
- Hanieh, A. (2015a): Overcoming Methodological Nationalism: Spatial Perspectives on Migration to the Arab Gulf States, in: Khalaf, A., O. AlShehabi und A. Hanieh (Hrsg.): *Transit States. Labour, Migration and Citizenship in the Gulf*, London: Pluto Press, S. 57–76.
- Hanieh, A. (2015b): Migrant Rights in the Gulf: Charting the Way Forward, in: Khalaf, A., O. AlShehabi und A. Hanieh (Hrsg.): *Transit States. Labour, Migration and Citizenship in the Gulf*, London: Pluto Press, S. 224–232.

- Hanif, M. (19.02.2019): A happy Marriage between God and Budget Deficits, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2019/02/19/opinion/pakistan-saudi-arabia-prince-bin-salman.html> [26.03.2019].
- Hanitzsch, T. (2007): Deconstructing Journalism Culture: Towards a Universal Theory, in: *Communication Theory*, Jg. 17, S. 367–385.
- Hanitzsch, T. (2013): Journalismuskulturen, in: Thomaß, B. (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, 2. überarbeitete Auflage, München: UTB, S. 183–198.
- Hannan, A. (26.10.2015): 1,441 Firms Shut for Not Complying with Salary Protection Program, *Arab News* [online] <http://www.arabnews.com/saudi-arabia/news/825921> [01.03.2019].
- Harding, L. (11.12.2000): Pakistan frees Sharif to exile in Saudi Arabia, *The Guardian* [online] <https://www.theguardian.com/world/2000/dec/11/pakistan.saudi-arabia> [09.03.2019].
- Harroff-Tavel, H. und A. Nasri (2013): Tricked and trapped: Human Trafficking in the Middle East, ILO Regional Office for the Arab States, Beirut: International Labour Organization [online] https://www.ilo.org/beirut/publications/WCMS_211214/lang-en/index.htm [01.03.2019].
- Harvey, D. (1989): *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Oxford: Blackwell Publishers.
- Hase, Y. (2002): Immigrants and Islam: British Multiculturalism and the Islamic Revival by Pakistani, in: Hase, Y., H. Miyake und F. Oshikawa (Hrsg.): *South Asian Migration in Comparative Perspective: Movement, Settlement and Diaspora*, Osaka: Japan Center for Area Studies, National Museum of Ethnology, S. 39–84.
- Hassan, M. (2001): *Mass Media in Pakistan*, Lahore 2001.
- Hassan, R. (02.05.2014): Khalli Walli honored for 'Ja Jawazat' video, *Arab News* [online] <http://www.arabnews.com/news/564431> [19.02.2019].
- Hassan, R. (21.05.2014): The 'Khalli Walli' Show: Comedy for Awareness, *Arab News*, [online] <http://www.arabnews.com/news/574121> [25.04.2019].
- Haviland, C. (24.03.2014): Saudi Arabia's growing Role in the Maldives, *BBC News* [online] <https://www.bbc.com/news/business-26668107> [12.03.2019].
- Hegghammer, T. (2010): *Jihad in Saudi Arabia. Violence and Pan-Islamism since 1979*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hegghammer, T. (2010/11): The Rise of Muslim Foreign Fighters: Islam and the Globalization of Jihad, in: *International Security*, Jg. 35, Nr. 3, S. 53–94.
- Heinze, M.-C. (2016): Der Krieg im Jemen. Die Entwicklung vor dem Hintergrund regionaler Dynamiken im Nahen Osten, in: *Reader Sicherheitspolitik*, Ausgabe 2.
- Heller, M., Safran, N. (1985): *The New Middle Class and Regime Stability in Saudi Arabia*, Cambridge: Center for Middle Eastern Studies.
- Helweg, A. W. (1983): Emigrant Remittances: Their Nature and Impact on a Punjabi Village, in: *New Community*, Jg. X, Nr. 3, S. 445–453.
- Henderson, S. (2019): Money for Missiles? Reassessing the Saudi Visit to Pakistan, *Policy Alert*, Washington, D. C.: The Washington Institute for Near East Policy [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/money-for-missiles-reassessing-the-saudi-visit-to-pakistan> [26.03.2019].
- Hepp, A. (2004): *Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hepp, A. (2006): *Transkulturelle Kommunikation*, Konstanz: UTB.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Hepp, A. (2011): *Medienkultur. Die Kultur mediatisierter Welten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hepp, A. und N. Couldry (2010): Introduction: Media Events in Globalized Media Cultures, in: Couldry, N., A. Hepp und F. Krotz (Hrsg.): *Media Events in a Global Age*, London/New York: Routledge, S. 1–20.
- Hepp, A., C. Bozdog und L. Suna (2010): Mediale Migranten: Medienkulturen und die kommunikative Vernetzung der Diaspora, in: Hepp, A., M. Höhn und J. Wimmer (Hrsg.): *Medienkultur im Wandel*, Konstanz: UVK, S. 263–276.
- Herb, M. (1999): *All in the Family. Absolutism, Revolution, and Democracy in the Middle Eastern Monarchies*, New York: Suny Press.
- Herman, E. und N. Chomsky (1988): *Manufacturing Consent: The Political Economy of Mass Media*, New York: Pantheon Books.
- Hermanns, H. (2000): Interviewen als Tätigkeit, in: Flick, U., E. von Kardorff und I. Steinke (Hrsg.): *Qualitative Forschung*, Reinbek: Rowohlt, S. 360–368.
- Hertog, S. (14.03.2018): Mohammed bin Salman isn't Wonky Enough, *Foreign Policy* [online] <https://foreignpolicy.com/2018/03/14/mohammad-bin-salman-isnt-wonky-enough/> [12.04.2019].
- Hertog, S. (2005): Segmented Clientelism: The Political Economy of Saudi Economic Reform Efforts, in: Aarts, P. und G. Nonneman (Hrsg.): *Saudi Arabia in the Balance: Political Economy, Society, Foreign Affairs*, London/New York: New York University Press, S. 111–143.
- Hertog, S. (2008): Two-level Negotiations in a Fragmented System: Saudi Arabia's WTO Accession, in: *Review of International Political Economy*, Jg. 15, Nr. 4, S. 650–679.
- Hertog, S. (2010): *Princes, Brokers, and Bureaucrats: Oil and the State in Saudi Arabia*, London: Cornell Press.
- Hertog, S. (2014): Arab Gulf States: An Assessment of Nationalization Policies, *GLMM Research Paper 1*, Gulf Labour Markets and Migration, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/arab-gulf-states-an-assessment-of-nationalisation-policies/?print=pdf> [01.03.2019].
- Hertog, S. (2019): What would the Saudi Economy have to look like to be “post-rentier”? In: Project on Middle East Political Science (Hrsg.): *The Politics of Rentier States in the Gulf*, *POMEPS Studies* 33, S. 29–33.
- Hertog, S. (31.05.2011): The Costs of Counter-Revolution in the Gulf, *Foreign Policy* [online] <http://www.foreignpolicy.com/2011/05/31/the-costs-of-counter-revolution-in-the-gcc/> [09.03.2019].
- Hippler, J. (2008): *Das gefährlichste Land der Welt? Pakistan zwischen Militärherrschaft, Extremismus und Demokratie*, Köln: Kiwi-Taschenbuch.
- Ho, E. (2006): *The Graves of Tarim: Genealogy and Mobility across the Indian Ocean*, Berkeley: University of California Press.
- Hobsbawm, E. und Ranger, T. (1992): *The Invention of Tradition*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoefte, R. (1998): *A Social History of British Indian and Javanese Laborers in Suriname*, Gainesville: University Press of Florida.
- Hoffmann-Riem, C. (1980): Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 32, S. 339–372.
- Hohendahl, P. U. (1992): The Public Sphere: Models and Boundaries, in: Calhoun, C. (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/London: Cambridge University Press, S. 99–108.

- Holm, M. (2019): *The Rise of Online Counterpublics? The Limits of Inclusion in a Digital Age*, Uppsala: Department of Government.
- Holt, K., Shehata, A., Strömbäck, J. und E. Ljungberg (2013): Age and the effects of news media attention and social media use on political interest and participation: Do social media function as leveller? In: *European Journal of Communication*, Jg. 28, Nr. 1, S. 19–34.
- Hoodhoy, P. (2014): Iran, Saudi Arabia, Pakistan and the „Islamic Bomb“, in: Ders. (Hrsg.): *Confronting the Bomb: Pakistani and Indian Scientists speak out*, Oxford: Oxford University Press.
- Hoodhoy, P. (2017): The Saudization of Pakistan, Update von 2008 [online] <http://eacpe.org/content/uploads/2017/05/Saudization-of-Pakistan-updated.pdf> [09.03.2019].
- Hopf, C. (1978): Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 7, S. 97–115.
- Hourani, G. F. (1995): *Arab Seafaring in the Indian Ocean in Ancient and Early Medieval Times*, Princeton: Princeton Paperbacks.
- House, K. E. (2017): Saudi Arabia in Transition. From Defense to Offense, but how to Score? *Paper*, Cambridge: Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard Kennedy School [online] <https://www.belfercenter.org/publication/saudi-arabia-transition> [12.04.2019].
- Hubbard, B., D. D. Kirkpatrick, K. Kelly und M. Mazzetti (11.03.2018): Saudis said to use Coercion and Abuse to seize Billions, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2018/03/11/world/middleeast/saudi-arabia-corruption-mohammed-bin-salman.html?module=inline> [12.04.2019].
- Huck, I. (2009): *Wahrnehmungen und Wahrnehmungspänomene im Agenda-Setting-Prozess*, Baden-Baden: Nomos.
- Hudson, M. C. (2006): The Gulf engulfed. Confronting Globalization American-style, in: Fox, J. W., N. Mourtada-Sabbah und M. Al-Mutawa (Hrsg.): *Globalization and the Gulf*, London/New York: Routledge, S. 148–162.
- Human Rights Commission Pakistan (o. J.): Mission and Vision [online] <http://hrcp-web.org/hrcpweb/about-hrcp/mission-vision/> [20.02.2019].
- Human Rights Watch (2004): Bad Dreams: Exploitation and Abuse of Migrant Workers in Saudi Arabia, *Report* [online] <https://www.hrw.org/report/2004/07/13/bad-dreams/exploitation-and-abuse-migrant-workers-saudi-arabia#> [01.03.2019].
- Human Rights Watch (2006): Building Towers, Cheating Workers: Exploitation of Migrant Construction Workers in the United Arab Emirates [online] <https://www.hrw.org/report/2006/11/11/building-towers-cheating-workers/exploitation-migrant-construction-workers-united> [20.04.2019].
- Human Rights Watch (2007): Exported and exposed: Abuses against Sri Lankan domestic Workers in Saudi Arabia, Kuwait, Lebanon and the United Arab Emirates, *Report* Jg. 19, Nr. 16C [online] <https://www.hrw.org/report/2007/11/13/exported-and-exposed/abuses-against-sri-lankan-domestic-workers-saudi-arabia> [02.03.2019].
- Human Rights Watch (2008): „As If I Am Not Human“. Abuses against Asian Domestic Workers in Saudi Arabia, *Report* [online] <https://www.hrw.org/reports/2008/saudi-arabia0708/> [01.03.2019].
- Human Rights Watch (2010a): Without Protection: How the Lebanese Justice System fails Migrant Domestic Workers, *Report* [online] <https://www.hrw.org/report/2010/09/16/without-protection/how-lebanese-justice-system-fails-migrant-domestic-workers> [02.03.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Human Rights Watch (2010b): Walls at every Turn: Abuse of Migrant Domestic Workers through Kuwait's Sponsorship System, *Report* [online] <https://www.hrw.org/report/2010/10/06/walls-every-turn/abuse-migrant-domestic-workers-through-kuwait-sponsorship> [02.03.2019].
- Human Rights Watch (2011): Domestic Plight: How Jordanian Laws, Officials, Employers and Recruiters fail abused Migrant Domestic Workers, *Report* [online] <https://www.hrw.org/report/2011/09/27/domestic-plight/how-jordanian-laws-officials-employers-and-recruiters-fail-abused#> [02.03.2019].
- Human Rights Watch (2012): Building a better World Cup. Protecting Migrant Workers in Qatar Ahead of FIFA 2022 [online] https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/qatar0612webwcover_0.pdf [01.05.2019].
- Human Rights Watch (2018): Saudi Arabia: Women's Rights Advocates Arrested [online] <https://www.hrw.org/news/2018/05/18/saudi-arabia-womens-rights-advocates-arrested> [12.04.2019].
- Hunter, S. T. (2010): *Iran's Foreign Policy in the Post-Soviet Era: Resisting the New International Order*, Santa Barbara: Praeger Publishers.
- Husain, F. (20.04.2015): UAE's threats to Pakistan: The sweet Sound of a glorious oil-drenched Slap, *New Pakistan* [online] <http://new-pakistan.com/2015/04/20/the-sweet-sound-of-a-glorious-oil-drenched-slap/> [14.03.2019].
- Hussain, R. und G. A. Anjum (2014): Worker's Remittances and GDP Growth in Pakistan, in: *International Journal of Economics and Financial Issues*, Jg. 4, Nr. 2, S. 376–381.
- Hussain, S. R. (2006): Changing Security Trends in South Asia: Implications for the Gulf Region, in: Gulf Research Center (Hrsg.): *Dynamic Alliances: Strengthening Ties between the GCC and Asia*, Dubai, S. 77–98.
- Hussain, T. (2009): Post-1979 Pakistan: What Went Wrong? In: The Middle East Institute (Hrsg.): *The Islamization of Pakistan, 1979–2009*, Washington, D. C., S. 9–11.
- Hussain, Z. (2016): GCC's Immigration policy in the post-1990's, in: Jain, P. C. und G. Z. Oommen (Hrsg.): *South Asian Migration to Gulf Countries. History, Policies, Development*, New York: Routledge, S. 93–120.
- Hussain, Z. (2017): Saudi Arabia's Red Sea Project: Harnessing Tourism for Diversification, *Viewpoint*, Indian Council of World Affairs [online] https://www.researchgate.net/publication/321586459_Saudi_Arabia%27s_Red_Sea_Project_Harnessing_Tourism_for_Diversification [02.03.2019].
- Hutson, A. S. (2002): Enslavement and Manumission in Saudi Arabia, 1926–38, in: *Critical Middle Eastern Studies*, Jg. 11, Nr. 1, S. 49–70.
- Hyman, A., M. Ghayur und N. Kaushik (1988): *Pakistan: Zia and After*, Michigan: Abhinav Publications.
- International Crisis Group (2002): Pakistan: Madrasas, Extremism and the Military, *ICG Asia Report* Nr. 36 [online] <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/pakistan/pakistan-madrasas-extremism-and-military> [11.03.2019].
- International Crisis Group (2004): Pakistan: reforming the education sector, *Report* Nr. 84 [online] https://www.files.ethz.ch/isn/28399/084_pakistan_reforming_the_education_sector.pdf [10.03.2019].
- International Crisis Group (2015): Yemen at War, *Middle East Briefing* Nr. 45 [online] <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/yemen/yemen-war> [09.03.2019].

- International Labour Office (2015a): Mid-Term Evaluation of Promoting the Effective Governance of Labour Migration from South Asia through Actions on Labour Market Information, Protection during Recruitment and Employment, Skills and Development Impact (SALM) (RAS/12/07/EEC) [online] http://www.ilo.org/kathmandu/whatwedo/publications/WCMS_401178/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- International Labour Organization (14.09.2018): ILO launches 2018 global Media Competition on Labour Migration and fair Recruitment [online] https://www.ilo.org/global/topics/labour-migration/news-statements/WCMS_644858/lang--en/index.htm [24.02.2019].
- International Labour Organization (18.12.2017): ILO announces the four Winners of the 2017 Global Media Competition on Labour Migration [online] https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_614032/lang--en/index.htm [24.02.2019].
- International Labour Organization (20.02.2013): First ever National Policy for Overseas Pakistanis, Islamabad [online] https://www.ilo.org/islamabad/info/public/pr/WCMS_205280/lang--en/index.htm [02.03.2019].
- International Labour Organization (2014): The ILO in Pakistan [online] <https://www.ilo.org/islamabad/lang--en/index.htm> [20.02.2019].
- International Labour Organization (2015a): *Travel Smart – Work Smart. A guide for Pakistani migrant workers in Saudi Arabia*, Lahore.
- International Labour Organization (2015b): Independent Mid-Term Evaluation of Promoting the Effective Governance of Labour Migration from South Asia through Actions on Labour Market Information, Protection during Recruitment and Employment, Skills, and Development Impact (SALM) [online] http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-kathmandu/documents/publication/wcms_401565.pdf [20.02.2019].
- International Labour Organization (2015c): Decent Work for Migrant Workers. A manual for Pakistani trade unionists [online] https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-islamabad/documents/publication/wcms_350456.pdf [24.02.2019].
- International Labour Organization (2016): 2016 Global Media Competition on “Breaking Stereotypes on Labour Migration” [online] https://www.ilo.org/global/topics/labour-migration/news-statements/WCMS_522341/lang--en/index.htm [24.02.2019].
- International Labour Organization (2016a): The Islamic Republic of Pakistan Decent Work Country Programme (2016–2020) [online] http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/publications/WCMS_532847/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- International Labour Organization (2016b): Promoting Effective Governance of Labour Migration from South Asia. The ILO South Asia Labour Migration Governance Project 2013–2016 [online] http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-kathmandu/documents/publication/wcms_468048.pdf [20.02.2019].
- International Labour Organization (2016c): Law and Practice: The Recruitment of low-skilled Pakistani Workers for Overseas Employment [online] http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/publications/WCMS_514549/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- International Labour Organization (2016d): Where to go for help: Pakistani Migrant Workers’ Access to Justice at Home and in Gulf Cooperation Council countries [online] http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/publications/WCMS_524712/lang--en/index.htm [20.02.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- International Labour Organization (o. J.): Promoting the Effective Governance of Labour Migration from South Asia through Actions on Labour Market Information, Protection during Recruitment and Employment, Skills and Development Impact [online] http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/projects/WCMS_241922/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- International Labour Organization (o. J.): Three-days teacher's training on "Safe Migration for Decent Work in the GCC Countries", [online] http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/eventsandmeetings/WCMS_533555/lang--en/index.htm [20.02.2019].
- International Media Support (2009): Between Radicalisation and Democratisation in an Unfolding Conflict: Media in Pakistan, *Report*, Kopenhagen [online] <https://www.mediasupport.org/publication/pakistan-between-radicalisation-and-democratisation-in-an-unfolding-conflict/> [19.02.2019].
- Internet World Stats (o. J.): Pakistan: Internet usage, broadband and telecommunication reports [online] <http://www.internetworldstats.com/asia/pk.htm> [19.02.2019].
- Iqbal, K. (2014): Pakistan and Saudi Arabia: An Iconic Bilateral Relationship, Islamabad: Centre for Pakistan and Gulf Studies [online] <http://cpakgulf.org/2014/02/11/pakistan-and-saudi-arabia-an-iconic-bilateral/> [09.03.2019].
- Iqbal, M. und M. F. Khan (1981): Economic Implications of the Return Flow of Immigrants from the Middle East, *PIDE Research Report Series* Nr. 132, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economics.
- Irfan, M., L. Demery und G. M. Arif (1979): Migration Patterns in Pakistan: Preliminary Results from the PLM Survey, *Labour Force and Migration Project Report* Nr. 6, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economics.
- Jabri, P. (20.11.2015): Total 188 Pakistanis died in Mina Stampede, Crane-crash Incident: Sartaj Aziz, *Business Recorder* [online] <https://www.brecorder.com/2015/11/20/262306/> [23.02.2019].
- Jain, R. K. (2002): South Asian Diaspora: A Global Perspective from India, in: Yasuro, H., H. Miyake und F. Oshikawa (Hrsg.): *South Asian Migration in Comparative Perspective: Movement, Settlement and Diaspora*, Osaka: Japan Center for Area Studies, National Museum of Ethnology, S. 1–18.
- Jalil, X. (10.12.2017): Breaking Wills, broken Souls, *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1375606> [20.02.2019].
- Jalilvand, D. R. (2013): Iran's Gas Exports: Can Past Failure Become Future Success? *Working paper*, Oxford: Oxford Institute for Energy Studies [online] <https://www.oxfordenergy.org/publications/irans-gas-exports-can-past-failure-become-future-success/> [22.04.2019].
- Jamil, S. (2013): Freedom of Expression and Press Freedom: Journalists' Understandings and Practices in Pakistan, in: Schmidt, C. (Hrsg.): *Pakistan's Media Landscape: The Effects of Liberalization*, Bonn: Vistas, S. 46–84.
- Jan, M. (2010): Pakistan's National Emigration Policy. A Review. *Policy Paper Series* Nr. 35, Islamabad: Sustainable Development Policy Institute [online] http://www.nccr-north-south.unibe.ch/Upload/pakistans_national_emigration_policy.pdf [18.02.2019].
- Janardhan, N. (2007): Gulf Security and India, in: *Gulf Asia Bulletin*, Jg. 1, S. 28–31.
- Jasper, U. (2013): Eine Grounded Theory-basierte Rekonstruktion gesellschaftlicher Überzeugungen: Ursachen nuklearer Non-Proliferation in der Schweiz und Libyen, in: Franke, U. und U. Roos (Hrsg.): *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikfor-*

- schung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen*, Baden-Baden: Nomos, S. 30–58.
- Javid, M., U. Arif und A. Qayyum (2012): Impact of Remittances on Economic Growth and Poverty, in: *Academic Research International*, Jg. Vol. 2, Nr. 1, S. 433–447.
- Johnson, M. (2010): Diasporic Dreams. Middle-Class Moralities and Migrant Domestic Workers Among Muslim Filipinos in Saudi Arabia, in: *The Asia Pacific Journal of Anthropology*, Jg. 11, Nr. 3, S. 428–48.
- Jost, P. M. und H. S. Sandhu (2000): *The Hawala Alternative Remittance System and Its Role in Money Laundering*, Lyon: Interpol General Secretariat.
- Journalism Pakistan* (13.04.2015): The Express Tribune removes Fahd Husain’s Article from Website, [online] <http://www.journalismpakistan.com/news-detail.php?newsid=2075> [14.03.2019].
- Juredini, R. (2016): The Way Forward in Recruitment of Low-Skilled Migrant Workers in the Asia-Arab States Corridor, Beirut/Bangkok: ILO Regional Office for the Arab States/ILO Regional Office for Asia and Pacific [online] https://www.ilo.org/beirut/publications/WCMS_519913/lang-en/index.htm [18.02.2019].
- Jureidini, R. (2018): Wage Protection Systems and Programmes in the GCC, in: Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center, S. 9–26.
- Justice Project Pakistan (2015): Closing Bagram: The Other Guantanamo – Repatriating Pakistani citizens from U.S. detention in Afghanistan [online] <http://www.jpp.org.pk/wp-content/uploads/2017/01/closing-bagram.pdf> [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan (2016a): ‘Bring back our sons from Saudi jails’; JPP joins families of migrant workers to protest brutal treatment in Saudi Arabia [online] <http://www.jpp.org.pk/bring-back-our-sons-from-saudi-jails-jpp-joins-families-of-migrant-workers-to-protest-brutal-treatment-in-saudi-arabia/> [24.02.2019].
- Justice Project Pakistan (2016b): Families of Migrant Workers Protest inadequate Government Protection [online] <http://www.jpp.org.pk/families-of-migrant-workers-protest-inadequate-government-protection/> [24.02.2019].
- Justice Project Pakistan (2016c): Justice Bulletin: Plight of Migrant Workers, Volume II [online] <https://www.yumpu.com/en/document/view/55941471/the-justice-bulletin-plight-of-migrant-workers> [24.02.2019].
- Justice Project Pakistan (2017a): Death Row’s Children: Pakistan’s Unlawful Executions of Juvenile Offenders [online] <http://www.jpp.org.pk/wp-content/uploads/2017/10/Death-Rows-Children.pdf> [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan (2017b): Trial and Terror: The Overreach of Pakistan’s Anti-Terrorism Act [online] http://www.jpp.org.pk/wp-content/uploads/2017/11/2017_11_13_PRIV_ATA-Report-Final.pdf [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan (2017c): MNA Ali Muhammad Khan Promises to Raise the Issue of Overseas Pakistani Prisoners in Parliament [online] <http://www.jpp.org.pk/mna-ali-muhammad-khan-promises-to-raise-the-issue-of-overseas-pakistani-prisoners-in-parliament/> [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan (o. J.): About us [online] <http://www.jpp.org.pk/about/> [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan (o. J.): Migrant Workers Project, unveröffentlicher Bericht.
- Justice Project Pakistan (o. J.): Prisoners abroad [online] <http://www.jpp.org.pk/prisoners-abroad/> [24.02.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Justice Project Pakistan (o. J.): Zulfiqar Ali [online] <http://www.jpp.org.pk/zulfiqar-ali-bring-it-back/> [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan und Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic (2014): Policing as Torture: A Report on Systematic Brutality by the Police in Faisalabad, Pakistan [online] <http://www.jpp.org.pk/wp-content/uploads/2017/01/JPP-Launch-Report-Final-Version.pdf> [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan und Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic (2016a): A “Most Serious Crime”: Pakistan’s Unlawful Use of the Death Penalty [online] http://www.jpp.org.pk/wp-content/uploads/2016/11/2016_09_23_PUB-DP-Report-1.pdf [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan und Human Rights Watch (2018): ‘Caught in the Web’: Treatment of Pakistanis in the Saudi Criminal Justice System [online] <https://www.hrw.org/report/2018/03/07/caught-web/treatment-pakistanis-saudi-criminal-justice-system#> [24.02.2019].
- Justice Project Pakistan und Reprieve (2014): Terror on Death Row: The abuse and over-use of Pakistan’s anti-terrorism legislation [online] http://www.jpp.org.pk/wp-content/uploads/2017/01/2014_12_15_PUB-WEP-Terror-on-Death-Row.pdf [20.02.2019].
- Justice Project Pakistan, World Organisation Against Torture und Reprieve (2017): Pakistan: Alternative Report to the Human Rights Committee [online] http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CCPR/Shared%20Documents/PAK/INT_CCPR_CSS_PAK_27601_E.pdf [24.02.2019].
- Kalansooriya R. (2010): An external View of the Vernacular Press in Pakistan, *PIPS Research Journal of Conflict and Peace Studies*, Jg. 3, Nr. 1, Islamabad: Pakistan Institute for Peace Studies [online] <https://www.pakpips.com/web/wp-content/uploads/2017/11/149-1.pdf> [23.02.2019].
- Kale, M. (1995): Projecting Identities: Empire and Indentured Labor Migration from India to Trinidad and British Guiana, 1836–1885, in: van der Weer, P. (Hrsg.): *Nation and Migration. The Politics of Space in the South Asian Diaspora*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, S. 73–92.
- Kamal, K. L. (1982): *Pakistan. The Garrison State*, Neu-Delhi: Intellectual Publishing House.
- Kamrava, M. (2012): The Political Economy of Rentierism in the Persian Gulf, in: Ders. (Hrsg.): *The Political Economy of the Persian Gulf*, New York: Hurst Publishers, S. 39–68.
- Kamrava, M. und Z. Babar (2012): Situating Migrant Labor in the Persian Gulf, in: Dies. (Hrsg.): *Migrant Labor in the Persian Gulf*, London: Hurst & Company, S. 1–20.
- Kapiszewski, A. (2001): *Nationals and Expatriates: Population and Labour Dilemmas of the Gulf Cooperation Council States*, Reading: Ithaca Press.
- Kapiszewski, A. (2006): Arab versus Asian Migrant Workers in the GCC countries, United Nations Expert Group Meeting on International Migration and Development in the Arab Region, Beirut [online] https://www.un.org/en/development/desa/population/events/pdf/expert/11/P02_Kapiszewski.pdf [19.02.2019].
- Kapiszewski, A. (2007): De-Arabization in the Gulf: Foreign Labor and the Struggle for Local Culture, in: *Georgetown Journal of International Affairs*, Jg. 8, Nr. 2, S. 81–88.

- Kapiszewski, A. (2016): Arab versus Asian migrant workers in the GCC countries, in: Jain, P. C. und G. Z. Oommen (Hrsg.): *South Asian Migration to Gulf Countries. History, Policies, Development*, New York: Routledge, S. 46–70.
- Kaplan, D. E. (2005): Hearts, Minds, and Dollars, in: *U.S. News & World Report*, Jg. 138, Nr. 15, S. 22–33.
- Kaschuba, W. (1992): Ritual und Fest. Das Volk auf der Strasse, in: van Dülmen, R. (Hrsg.): *Dynamik der Tradition. Studien zur historischen Kulturforschung*, Frankfurt am Main: Fischer, S. 240–267.
- Kazi, S. (1989): Domestic Impact of Overseas Migration: Pakistan, in: Amjad, R. (Hrsg.): *To the Gulf and Back: Studies on the Economic Impact of Asian Labour*, Neu-Delhi: International Labour Organization, S. 167–196.
- Kazimi, M. R. (2015): *A Concise History of Pakistan*, Karachi: Oxford University Press.
- Kechichian, J. A. (1986): The Role of the Ulama in the Politics of an Islamic State: The Case of Saudi Arabia, in: *International Journal of Middle East Studies*, Jg. 18, S. 53–71.
- Kelle, U. (1994): *Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung*, Weinheim: Deutscher Studien-Verlag.
- Kelle, U. (2005): „Emergence“ vs. „Forcing“ of Empirical Data? A Crucial Problem of „Grounded Theory“ Reconsidered, in: *Forum Qualitative Social Research*, Jg. 6, Nr. 2 [online] <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/467/1000> [19.02.2019].
- Kellerhoff, O. (2010): Die Rolle des Militärs im politischen System Pakistans, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 21–22, S. 17–24.
- Kessing's Contemporary Archives* (1961): President Ayub Khan visits to Saudi Arabia and UAR [online] <http://web.stanford.edu/group/tomzgroup/pmwiki/uploads/1309-1961-xx-xx-KS-a-JZW.pdf> [09.03.2019], S. 18433–18435.
- Khadria, B. (2008): India: Skilled Migration to Developed Countries, Labour Migration to the Gulf, in: Castles, S. und R. Delgado Wise (Hrsg.): *Migration and Development: Perspectives from the South*, Genf: International Organization for Migration, S. 79–112.
- Khagram, S. und P. Levitt (2007): *The Transnational Studies Reader*, New York/London: Routledge.
- Khalaf, A. (2015): The Politics of Migration, in: Khalaf, A., O. AlShehabi und A. Hanieh (Hrsg.): *Transit States. Labour, Migration and Citizenship in the Gulf*, London: Pluto Press, S. 39–56.
- Khalaf, S. und S. Al Kobaisi (1999): Migrants' Strategies of Coping and Patterns of Accommodation in the Oil-Rich Gulf Societies: Evidence from the UAE, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, Jg. 26, Nr. 2, S. 271–298.
- Khalid, M. (1986): *Mass Communication in Developing Countries. Development of Radio Broadcasting in Pakistan*, unveröffentlichte Dissertation, Berlin: Freie Universität Berlin.
- Khan, A. (09.03.2018): Farhatullah Babar championed Causes that few other Parliamentarians did, *Herald* [online] <https://herald.dawn.com/news/1153872> [24.02.2019].
- Khan, A. (1995): Homeland, Motherland: Authenticity, Legitimacy, and Ideologies of Place among Muslims in Trinidad, in: van der Weer, P. (Hrsg.): *Nation and Migration. The Politics of Space in the South Asian Diaspora*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, S. 93–131.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Khan, A. (2017): Afghan Refugees in Pakistan, *Issue Brief*, Islamabad: Institute for Strategic Studies, [online] http://issii.org.pk/wp-content/uploads/2017/03/Final_IB_Amina_dated_14-3-2017.pdf [09.03.2019].
- Khan, A. U. (2003): The Media System in Pakistan. In Search of Identity and Freedom to Exist, in: Ders. (Hrsg.): *News Media and Journalism in Pakistan and Germany*, Peshawar.
- Khan, M. S. (2014): The Saudi Factor in Pakistan-Iran Relations, in: *Iranian Review of Foreign Affairs*, Jg. 4, Nr. 4, S. 31–57.
- Khan, M. Z., I. S. Gilani und A. Nawaz (2012): From Habermas Model to New Public Sphere: A Paradigm Shift, in: *Global Journal of Human Social Science*, Jg. 12, Nr. 5, S. 43–52.
- Khan, S. (17.02.2019): 'Pakistan will be a very important country in coming future,' says Saudi Crown Prince, *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1464413> [26.03.2019].
- Khan, S., G. Javaid, G. und M. A. Rana (2014): Strengthening Labour Migration and establishing common Platform to negotiate better Working Conditions with Host Countries (Gulf, Europe and American Countries), *Paper for South Asia Labour Conference*, Lahore: Labour Welfare and Human Resources Department.
- Khan, T. A. (2008): Gulf-Pakistan Relations: A Political Perspective, in: Leghari, F. (Hrsg.): *Gulf-Pakistan Strategic Relations*, Gulf Research Center: Dubai, S. 23–50.
- Khan, Z. (2015): Sectarian Rise in Pakistan: Role of Saudi Arabia and Iran, in: *South Asia Journal of Multidisciplinary Studies*, Jg. 1, Nr. 3, S. 112–129.
- Khan, Z. und B. Joseph (2008): The Media Take Center Stage, in: *Journal of Democracy*, Jg. 19, Nr. 4, S. 32–37.
- Kheli, S. T. (1983): In Search of an Identity. Islam and Pakistan's Foreign Policy, in: Dawisha, A. (Hrsg.): *Islam in Foreign Policy*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 70–84.
- Khokhar, H., A. A. Ahmad (2015): Handbook for Overseas Pakistanis, Islamabad: Grievance Commissioner for Overseas Pakistanis.
- Kiani, K. (11.03.2016): Saudi Arabia pledges \$122m in Grants and loan, *The Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1244937/saudi-arabia-pledges-122m-in-grants-and-loan> [09.03.2019].
- Kinninmont, J. (2017a): Vision 2030 and Saudi Arabia's Social Contract: Austerity and Transformation, Middle East and North Africa Programme, London: Chatham House [online] <https://www.chathamhouse.org/publication/vision-2030-and-saudi-arabias-social-contract-austerity-and-transformation> [01.03.2019].
- Kinninmont, J. (2017b): End of Saudi Women Driving Ban Reflects Deep Changes in Society, London: Chatham House [online] https://www.chathamhouse.org/expert/comment/end-saudi-women-driving-ban-reflects-deep-changes-society?utm_source=Chatham%20House&utm_medium=email&utm_campaign=8729146_CH%20Newsletter%20-%202017&utm_content=Saudi-CTA&dm_i=1S3M,573GA,NUT7EOJZH73,1 [12.04.2019].
- Klein, M. A. (2005): The Emancipation of Slaves in the Indian Ocean, in: Campbell, G. (Hrsg.): *Abolition and its Aftermath in Indian Ocean Africa and Asia*, London/New York: Routledge, S. 198–218.
- Klein, Naomi (2003). *Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfront*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

- Klein, T. (2008): Heimliches Lesen und staatsfeindliches Schreiben. Bemerkungen zu Zensur und Gegenöffentlichkeit in der DDR der achtziger Jahre, in: Lokatis, S. und I. Sonntag (Hrsg.): *Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur*, Berlin 2008, S. 66–71.
- Kleining, G. (1982): Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 354, S. 224–253.
- Kleinsteuber, H. J. (2000): Öffentlichkeit und öffentlicher Raum, in: Faulstich, W. und K. Hickethier, (Hrsg.): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*, Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, S. 34–47.
- Kleinsteuber, H. J. und M. Hagen (1998): Was bedeutet ‘elektronische Demokratie’? Zur Diskussion und Praxis in den USA und Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Nr. 1, S. 128–142.
- Klier, P. (1990): *Im Dreieck von Demokratie, Öffentlichkeit und Massenmedien*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Klinger, U. und J. Svensson (2015): The Emergence of Network Media Logic in Political Communication: A Theoretical Approach, in: *New Media & Society*, Jg. 17, S. 1241–1257.
- Knerr, B. (1990): South Asian Countries as Competitors on the World Labour Market, in: Clarke, C., C. Peach und S. C. Vertovec (Hrsg.): *South Asian Overseas. Migration and Ethnicity*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 173–196.
- Knights, M. und A. Mello (2015): The Saudi-UAE War Effort in Yemen (Part 1): Operation Golden Arrow in Aden, *Policy Watch* 2464, Washington, D. C.: The Washington Institute for Near East Policy [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/the-saudi-uae-war-effort-in-yemen-part-1-operation-golden-arrow-in-aden> [09.03.2019].
- Koch, C. (2014): Status und Aussichten der saudi-arabischen Wirtschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 46, S. 34–39.
- Kopetzky, D. (2015): *Agenda-Setting in Zeiten des Web 2.0. Neue Möglichkeiten zur Schaffung politischer Gegenöffentlichkeit?* Berlin: LIT Verlag.
- Koshri, S. (2008): Introduction, in: Koshy, S. und R. Radhakrishnan (Hrsg.): *Transnational South Asians. The Making of Neo-Diaspora*, New Delhi: Oxford University Press, S. 1–44.
- Kosicki, G. M. (2006): Review of the the Book “Setting the agenda: The Mass Media and Public Opinion”, in: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 70, Nr. 1, S. 124–127.
- Kour, Z. H. (2005): *The History of Aden, 1839–1872*, London: Frank Cass.
- Kowal, S. und D. O’Donnell (2000): Zur Transkription von Gesprächen, in: Flick, U., E. von Kardorff und I. Steinke (Hrsg.): *Qualitative Forschung*, Reinbek: Rowohlt, S. 437–447.
- Koyame-Marsh, R. O. (2016): Saudization and the nitaqats: Overview and Performance, in: *Journal of Accounting, Finance and Economics*, Jg. 6, Nr. 2, S. 36–48.
- Kreutzmann, H. (2002): Zurück in die Zukunft – 55 Jahre Unabhängigkeit eines krisengeschüttelten Staatswesens, in: Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.): *Weltmission Heute: Pakistan*, Nr. 44, S. 15–22.
- Krotz, F. (1998): Stichwort Gegenöffentlichkeit, in: Jarren, O., Sarcinelli, U. und U. Saxer (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen: Springer VS 1998, S. 653.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Krotz, F. (2005): Von Modernisierungs- über Dependenz- zu Globalisierungstheorien, in: Hepp, A., F. Krotz und C. Winter (Hrsg.): *Globalisierung der Medienkommunikation. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21–44.
- Krotz, F. (2007) *Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krotz, F. (2008): Media Connectivity. Concepts, Conditions, Consequences, in: Hepp, A., F. Krotz, S. Moores und C. Winter (Hrsg.): *Network, Connectivity and Flow: Conceptualising Contemporary Communications*, New York: Hampton Press, S. 13–31.
- Krotz, F. (2009): Mediatization: A Concept with which to grasp Media and Societal Change, in: Lundby, K. (Hrsg.): *Mediatization. Concept, Changes, Consequences*, New York: Peter Lang Publishing, S. 21–40.
- Krotz, F. (2010): Kommunikations- und Medienwissenschaft unter den Bedingungen von Medienkultur, in: Hepp, A., M. Höhn und J. Wimmer (Hrsg.): *Medienkultur im Wandel*, Konstanz: UVK, S. 93–108.
- Krüger, P. und I. K. Meyer (2007): Eine Reise durch die Grounded Theory, in: *Qualitative Research*, Jg. 8, Nr. 1 [online] <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/226/497> [19.02.2019].
- Kruse, J., S. Bethmann, D. Niermann, C. Schmieder (Hrsg.) (2012): *Qualitative Interviewforschung in und mit fremden Sprachen. Eine Einführung in Theorie und Praxis*, Weinheim: Beltz.
- Kübler, H.-D. (2000): Digitale Kommunikationsdemokratie? Internet und Öffentlichkeit, in: Faulstich, W. und K. Hickethier (Hrsg.): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*, Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, S. 193–209.
- Kugelman, M. (2012): Social Media in Pakistan: Catalyst for Communication, not Change, *NOREF Report*, Oslo: Norwegian Peacebuilding Research Center [online] <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/70df3ab24b007358a91879dfd3354e96.pdf> [18.02.2019].
- Kugelman, M. (2016): *US Zindabad: The Pakistani Diaspora in the United States*, unveröffentlichtes Papier präsentiert auf der Konferenz „The Pakistani Diaspora: Strengthening Linkages between Host and Home Countries“, 16.-17. Februar, Lahore: Lahore School of Economics.
- Kumar, K. (2016): Indian Labour in the Gulf: Issues of Migration and the British Empire, in: Jain, P. C. und G. Z. Oommen (Hrsg.): *South Asian Migration to Gulf Countries. History, Policies, Development*, New York: Routledge, S.71–92.
- Labor Affairs Agency (1969): Labor and Workmen Law, Royal Decree No. M/21, Riad: Ministry of Labor and Social Affairs [online] <https://www.saudiembassy.net/labor-and-workmen-law#Chapter%20Three:%20Combating%20Unemployment,%20and%20the%20Vocational%20Rehabilitation%20of%20the%20Disabled> [01.03.2019].
- Lacroix, S. (2006): Islamo-Liberal Politics in Saudi Arabia, in: Aarts, P. und G. Nonneman (Hrsg.): *Saudi Arabia in the Balance: Political Economy, Society, Foreign Affairs*, London/New York: New York University Press, S. 35–56.
- Lacroix, S. (2011): *Awakening Islam: The Politics of Religious Dissent in Contemporary Saudi Arabia*, London: Harvard University Press.
- Lacroix, S. (2015): Understanding Stability and Dissent in the Kingdom: The Double-Edged Role of the jama'at in Saudi Politics, in: Haykel, B., T. Hegghammer und S. Lacroix (Hrsg.): *Saudi Arabia in Transition: Insights on Political, Economic, and Religious Change*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 167–180.

- Lacroix, T., P. Levitt und I. Vari-Lavoisier (2016): Social Remittances and the Changing Transnational Political Landscape, in: *Comparative Migration Studies*, Jg. 4, Nr. 16 [online] <https://link.springer.com/article/10.1186/s40878-016-0032-0#citeas> [01.03.2019].
- Lavoy, P. R. (2005): Pakistan's Foreign Relations, in: Hagerty, D. T. (Hrsg.): *South Asia in World Politics*, Karachi: Oxford University Press, S. 49–70.
- Law of Combating Narcotics and Psychotropic Substances (2005): Artikel 37, königliches Dekret Nr. M/39 [online] <https://www.boe.gov.sa/ViewSystemDetails.aspx?lang=en&SystemID=31&VersionID=39> [02.03.2019].
- Lawson, F. H. (1989): *Bahrain: The Modernization of Autocracy*, Boulder: Westview Press.
- Leber, A. (2019): Resisting Rentierism: Labor Market Reforms in Saudi Arabia, in: Project on Middle East Political Science (Hrsg.): *The Politics of Rentier States in the Gulf, POMEPS Studies* 33, S. 34–40.
- Lecocq, B. (2002): Fieldwork ain't always Fun: Public and Hidden Discourses on Fieldwork, in: *History in Africa*, Jg. 29, S. 273–282, S. 273.
- Lee, E. S. (1996): A Theory of Migration, in: *Demography*, Jg. 3, Nr. 1, S. 47–57.
- Legewie, H. (1991): Krise der Psychologie oder Psychologie der Krise? In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, Jg. 15, Nr. 1, S. 13–29.
- Leguizamón, F. M. G. (2009): *Vom klassischen zum virtuellen öffentlichen Raum: Das Konzept der Öffentlichkeit und ihr Wandel im Zeitalter des Internet*, unveröffentlichte Promotion, Berlin: Freie Universität Berlin.
- Lent, J. A. (1984): To and from the Grave: Press Freedom in South Asia, in: *International Communication Gazette*, Jg. 33, S. 17–36.
- Leonard, K. (2002): South Asian Women in the Gulf: Families and Futures Reconfigured, in: Sarker, S. und E. N. De (Hrsg.): *Trans-status Subjects: Gender in the Globalization of South and Southeast Asia*, Durham: Duke University Press Books, S. 213–231.
- Leonard, K. (2003): South Asian Workers in the Gulf: Jockeying for Places, in: Perry, R. W. und B. Maurer (Hrsg.): *Globalization under Construction. Governmentality, Law, and Identity*, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 129–170.
- Levitt, P. (1998): Social Remittances: Migration driven local-level Forms of Cultural Diffusion, in: *International Migration Review*, Jg. 32, Nr. 4, S. 926–948.
- Levitt, P. (2001): *The Transnational Villagers*, Berkeley: University of California Press.
- Levitt, P. und D. Lamba-Nieves (2010): "It's Not Just About the Economy, Stupid" – Social Remittances Revisited, Feature, Washington, D. C.: Migration Policy Institute [online] <https://www.migrationpolicy.org/article/its-not-just-about-economy-stupid-social-remittances-revisited> [01.03.2019].
- Levitt, P. und D. Lamba-Nieves (2013): Rethinking Social Remittances and the Migration-Development Nexus from the Perspective of Time, in: *Migration Letters*, Jg. 10, Nr. 1, S. 11–22.
- Levitt, P. und D. Lemba-Nieves (2011): Social Remittances Revisited, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 37, Nr. 1, S. 1–22.
- Lewis, B. (1990): *Race and Slavery in the Middle East. An Historical Enquiry*, New York/Oxford: Oxford University Press.
- Llanque, M. und K.-D. Altmeppen (1998): Gatekeeper, in: Jarren, O., Sarcinelli, U. und U. Saxer, Ulrich (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 653.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Livingstone, S. M. (2009): On the Mediation of Everything, in: *Journal of Communication*, Jg. 59, Nr. 1, S. 1–18.
- Lofland, J. (1979): Feldnotizen, in: Gerdes, K. (Hrsg.): *Explorative Sozialforschung. Einführende Beiträge aus „Natural Sociology“ und Feldforschung in den USA*, Stuttgart: Enke, S. 110–120.
- Long, D. (1997): *The Kingdom of Saudi Arabia*, Gainesville: University Press of Florida.
- Long, R. D. (2009): Dawn and the Creation of Pakistan, in: *Media History*, Jg. 15, Nr. 4, S. 407–421.
- Longva, A. N. (1997): *Walls Built on Sand. Migration, Exclusion, and Society in Kuwait*, Boulder/Oxford: Perseus.
- Longva, A. N. (1999): Keeping Migrant Workers in Check: The Kafala System in the Gulf, in: *Middle East Report*, Jg. 29, Nr. 2, S. 20–22.
- Longva, A. N. (2000): Citizenship in the Gulf States. Conceptualization and Practice, in: Butenschon, N. A., U. Davis und M. Hassassian (Hrsg.): *Citizenship and the State in the Middle East*, Syracuse: Syracuse University Press, S. 179–200.
- Longva, A. N. (2005): Neither Autocracy nor Democracy but Ethnocracy: Citizens, Expatriates, and the Socio-political Regime in Kuwait, in: Dresch, P. und J. Piscatori, (Hrsg.): *Monarchies and Nations – Globalisation and Identity in the Arab States of the Gulf*, London: I. B. Tauris, S. 114–135.
- Lovink, G. (1992): *Hör zu – oder stirb! Fragmente einer Theorie der souveränen Medien*, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv.
- Lucas, V. und T. Richter (2012): Arbeitsmarktpolitik am Golf: Herrschaftssicherung nach dem „Arabischen Frühling“, *GIGA Focus Nahost* 12, Hamburg: German Institute of Global and Area Studies [online] <https://www.giga-hamburg.de/de/publication/arbeitsmarktpolitik-am-golf-herrschaftssicherung-nach-dem-arabischen-fr%C3%BChling> [19.02.2019].
- Lyons, B. A. (2017): From Code to Discourse: Social Media and Linkage Mechanisms in Deliberative Systems, in: *Journal of Public Deliberation*, Jg. 13, Nr. 1, S. 1–35.
- Mahdavy, H. (1970): The Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States: The Case of Iran, in: Cook, M. (Hrsg.): *Studies in the Economic History of the Middle East*, London: Oxford University Press, S. 428–468.
- Malaeb, H. N. (2015): The ‘Kafala’ System and Human Rights: Time for a Decision, in: *Arab Law Quarterly*, Jg. 29, Nr. 4, S. 307–342.
- Maletzke, G. (1963): *Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik*, Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Malik, J. (1996): *Colonialisation of Islam: Dissolution of Traditional Institutions in Pakistan*, Lahore: Cambridge University Press, S. 227–255.
- Malit, F. Jr. und G. Naufal (2016): Taxing Remittances: Consequences for Migrant Labour Populations in the GCC Countries, *Explanatory Note* Nr. 1, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] https://gulfmigration.org/media/pubs/exno/GLMM_EN_2016_01.pdf [22.04.2019].
- Mann, M. (2012): *Sahibs, Sklaven und Soldaten. Geschichte des Menschenhandels rund um den Indischen Ozean*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Maresch, R. und F. Rötzer (2001): Cyberhypes, in: Dies. (Hrsg.): *Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internets*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–26.

- Markovits, C., J. Pouchepadass und S. Subrahmanyam (2003): Introduction: Circulation and Society under Colonial Rule, in: Dies. (Hrsg.): *Society and Circulation: Mobile People and Itinerant Cultures in South Asia, 1750–1950*, New Delhi: Permanent Black, S. 1–22.
- Martin, M. B. V. (2012): *An Economic History of Hundi, 1858–1978*, unveröffentlichte Dissertation, London: The London School of Economics and Political Science.
- Martin, S. F. (2012): Protecting Migrants' Rights in the Gulf Cooperation Council, in: Kamrava, M. und Z. Babar (Hrsg.): *Migrant Labor in the Persian Gulf*, London: Hurst & Company, S. 217–231.
- Mashal, M. (30.07.2011): Pakistani Troops aid Bahrain's Crackdown, *Aljazeera* [online] <https://www.aljazeera.com/indepth/features/2011/07/2011725145048574888.html> [10.03.2019].
- Mason, R. (2017): Winds of Change in Riyadh, *The Cairo Review of Global Affairs* [online] <https://www.thecairoreview.com/tahrir-forum/winds-of-change-in-riyadh/> [12.04.2019].
- Masood, M. (06.07.2018): Nawaz Sharif, Ex-Pakistani Leader, is sentenced to Prison for Corruption, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2018/07/06/world/asia/pakistan-nawaz-sharif-corruption-verdict.html> [09.03.2019].
- Mattar, M. (2011): Human Rights Legislation in the Arab World: The Case of Human Trafficking, in: *Michigan Journal of International Law*, Jg. 33, Nr. 1, S. 102–197.
- Matthiesen, T. (2014): Migration, Minorities, and Radical Networks: Labour Movements and Opposition Groups in Saudi Arabia, 1950–1975, in: *International Review of Social History*, Jg. 59, Nr. 3, S. 473–504.
- Mayring, P. (2016): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*, 6. Auflage, Weinheim und Basel: Beltz.
- Maysa, Z. (2014): The Legal Framework of the Sponsorship Systems of Qatar, Saudi Arabia and Kuwait: A Comparative Examination, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/the-legal-framework-of-the-sponsorship-systems-of-qatar-saudi-arabia-and-kuwait-a-comparative-examination/> [18.02.2019].
- Mazzetti, M. und B. Hubbard (17.03.2019): It wasn't just Khashoggi: A Saudi Prince's Brutal Drive to crush Dissent, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2019/03/17/world/middleeast/khashoggi-crown-prince-saudi.html> [12.04.2019].
- McGeehan, N. (2012): Trafficking in Persons or State Sanctioned Exploitation? The false Narrative of Migrant Workers in the United Arab Emirates, in: *Immigration, Asylum and Nationality Law*, Jg. 26, Nr. 1, S. 29–30
- Mckenzie, D. und H. Rapoport (2007): Network Effects and the Dynamics of Migration and Inequality: Theory and Evidence from Mexico, in: *Journal of Development Studies*, Jg. 84, S. 1–24.
- McPherson, K. (1998): *The Indian Ocean. A History of People and the Sea*, Delhi: Oxford India Paperbacks.
- Mehmood, S. (2013): Understanding the Pak-Saudi Naval Exercise Nasseem-Ul-Bahr-X, Islamabad: Center for Pakistan and Gulf Studies [online] <http://cpakgulf.org/wp-content/uploads/2013/06/Naseem-Ul-Behar.pdf> [10.03.2019].
- Merolla, J., S. K. Ramakrishnan und C. Haynes (2012): 'Illegal,' 'Undocumented,' or 'Unauthorized': Equivalency Frames, Issue Frames, and Public Opinion on Immigration, in: *Perspectives on Politics*, Jg. 11, Nr. 3, S. 789–807.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Metcalf, B. (1989): *Islamic Revival in British India: Deoband, 1860–1900*, Karachi: Princeton University Press.
- Meuser, M. und U. Nagel (1994): Expertenwissen und Experteninterview, in: Hitzler, R., A. Honer und C. Maeder (Hrsg.): *Expertenwissen – Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 180–192.
- Meuser, M. und U. Nagel (2005): ExperteInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Bogner, A., B. Littig und W. Menz (Hrsg.): *Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–94.
- Meyer-Lucht, R. (2012): Habermas, die Medien, das Internet, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Öffentlichkeit im Wandel. Medien, Internet, Journalismus*, Band 11, Berlin, S. 28–30.
- Mezger, M. und S. Sial (2019): Media and Governance in Pakistan. A controversial yet essential Relationship, IFP Democratisation and Transitional Justice Cluster, Brüssel: Initiative for Peacebuilding [online] https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20101109_CRU_publicatie_mmezger.pdf [18.02.2019].
- Michaelsen, M. (2011): New Media vs. Old Politics. The Internet, Social Media, and Democratisation in Pakistan, *fesMedia Asia Series*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Michaelsen, M. (2013): Creating Critical Counterpublics: Digital Media in Pakistan's Media Landscape, in: Schmidt, C. (Hrsg.), *Pakistan's Media Landscape: The Effects of Liberalization*, Bonn: Vistas, S. 164–177.
- Mieg, H. A. und M. Näf (2006): *Experteninterviews in den Umwelt- und Planungswissenschaften. Eine Einführung und Anleitung*, Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Mielke, K. und C. Schetter (2013): *Pakistan. Land der Extreme*, München: C. H. Beck.
- Miers, S. (1989): Diplomacy versus Humanitarianism: Britain and Consular Manumission in Hijaz, 1921–1936, in: *Slavery and Abolition*, Jg. 10, S. 102–128.
- Miers, S. (2005): Slavery and the Slave Trade in Saudi Arabia and the Arab States on the Persian Gulf, 1921–1963, in: Campbell, G. (Hrsg.): *Abolition and its Aftermath in Indian Ocean Africa and Asia*, London/New York: Routledge, S. 120–136.
- Migrant Forum Asia (o. J.): Detention of Undocumented Migrants in Asia, *Policy Brief* Nr. 4 [online] http://mfasia.org/migrantforumasia/wp-content/uploads/2013/05/undocumented_migrants_final.pdf [24.02.2019].
- Migrant Forum Asia (o. J.): South Asian Media for Migrants [online] http://mfasia.org/mfa_programs/network-building/south-asia-migration-and-media/ [24.02.2019].
- Migrant Forum Asia (o. J.): Stranded Migrants, *Policy Brief* Nr. 5 [online] http://mfasia.org/migrantforumasia/wp-content/uploads/2013/05/strandedmigrants_final.pdf [24.02.2019].
- Migrant Forum in Asia (2014): Civil Society Contributions to the Special Rapporteur's Report to the UN Human Rights Council on Migrant Labour Recruitment [online] <http://mfasia.org/migrantforumasia/wp-content/uploads/2014/11/OWG-Report-to-the-SR-FINAL.pdf> [24.02.2019].
- Migrant Forum in Asia (o. J.): Members and Partners [online] <http://mfasia.org/about-us/membersandpartners/> [24.02.2019].
- Migration Policy Institute (2015): The Pakistani Diaspora in the United States: June 2015 Revised, RAD Diaspora Profile [online] <https://www.migrationpolicy.org/sites/default/.../RAD-Pakistan.pdf> [18.02.2019].

- Miles, I., J. Y. Lai und S. L. Huang (1997): Cyberspace as Product Space: Interactive learning about Interactive Media, in: *Futures*, Jg. 29, Nr. 9, S. 769–789.
- Milioni, D. L. (2009): Probing the online Counterpublic Sphere: The Case of Indymedia Athens, in: *Media Culture Society*, Jg. 31, Nr. 3, S. 409–431.
- Ministry of Labor and Manpower (2009): *National Emigration Policy: Promoting regular Emigration and protecting Emigrants*, Policy Planning Cell, Labor and Manpower Division, Islamabad.
- Ministry of Labour and Social Development (2016): Wages Protection System, Islamabad [online] <https://portal.mol.gov.sa/en/ProgramsAndInitiatives/Pages/wps.aspx> [01.03.2019].
- Ministry of Overseas Pakistanis and Human Resource Development (2014): *Year Book 2013–2014*, Islamabad.
- Mishra, V. C. (Hrsg.) (1979): *Rama's Banishment: A Centenary Tribute to the Fiji Indians, 1870–1979*, Auckland: South Asia Books.
- Mohammad-Arif, A. (2009): Pakistanis in the United States: From Integration to Alienation, in: Kalra, V. S. (Hrsg.): *Pakistani Diasporas. Culture, Conflict and Change*, Oxford: Oxford University Press, S. 316–334.
- Moniquet, C. (2013): The Involvement of Salafism/Wahabism in the Support and Supply of Arms to Rebel Groups around the World, Director-General for External Policies of the [European] Union [online] <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/37e6841c-d424-4e9f-84c2-c7fbc97a836e> [11.03.2019].
- Montagu, C. (2010): Civil Society and the Voluntary Sector in Saudi Arabia, in: *Middle East Journal*, Jg. 64, Nr. 1, S. 67–83.
- Moores, S. (2012): *Media, Place and Mobility*, New York: Palgrave.
- Moors, A., R. Jureidini, F. Ozbay und R. Sabban (2009): Migrant Domestic Workers in the Middle East: Becoming Visible in the Public Sphere? In: Shami, S. (Hrsg.): *Publics, Politics and Participation: Locating the Public Sphere in the Middle East and North Africa*, New York: Columbia University Press and Social Science Research Council, S. 177–202.
- Mouffe, C. (2000): *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism*, Wien: Insitute for Advanced Studies Vienna.
- Müller, D. und A. März (2008): Öffentlichkeit(en) und Internet. Umbruch in der politischen Kommunikation? In: *Navigationen*, Jg. 8, Nr. 2, S. 7–13.
- Murdock, G. (2013): Media, Culture and Modern Times: Social Science Investigations, in: Bruhn Jensen, K. (Hrsg.): *Handbook of Media and Communications Research: Qualitative and Quantitative Research Methodologies*, Hoboken: Taylor & Francis, S. 40–57.
- Murru, M. F. (2018): Enhanced Inter-visibility. The Experience of Civic Engagement in Social Media, in: Wimmer, J., Wallner, C., Winter, R. und K. Oelsner (Hrsg.): *(Mis)Understanding Political Participation. Digital Practices, New Forms of Participation and the Renewal of Democracy*, New York/London: Routledge, S. 57–78.
- Nafethah (2017): Published Inmate List [online] <https://www.nafethah.gov.sa/web/guest/inmate-list> [24.02.2019].
- Nagi, M. H. (1986): Migration of Asian Workers to the Arab Gulf: Policy Determinants and Consequences, in: *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, Jg. 9, Nr. 3, S. 19–34.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Nagy, S. (1998): "This Time I Think I'll Try a Filippina": Global and Local Influences on Relations between Foreign Household Workers and Their Employers in Doha, Qatar, in: *City and Society*, Jg. 10, Nr. 1, S. 83–103.
- Nagy, S. (2006): Making Room for Migrants, Making Sense of Difference: Spatial and Ideological Expressions of Social Diversity in Urban Qatar, in: *Urban Studies*, Jg. 43, Nr. 1, S. 119–137.
- Nakano, J. und F. A. Verrastro (2017): The Saudi "Pivot to Asia", *Energy Fact & Opinion*, Washington, D. C.: Centre for Strategic and International Studies [online] <https://www.csis.org/analysis/energy-fact-opinion-saudi-pivot-asia> [09.03.2019].
- Napoli, J. J. (1991): Benazir Bhutto and the Issues of Press Freedom in Pakistan, in: *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, Jg. 14, Nr. 3, S. 57–76.
- Narayan, K. (1995): Participant Observation, in: Behar, R. und D. Gordon (Hrsg.): *Women Writing Culture*, Berkeley: University of California Press, S. 33–48.
- Nashabe, H. (1989): *Muslim Educational Institutions*, Beirut: Institute of Islamic Studies.
- Nassehi, A. (1994): Die Form der Biographie. Theoretische Überlegungen zur Biographieforschung in methodologischer Absicht, in: *Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, Jg. 7, S. 46–63.
- National Assembly Secretariat (2014): Question & Answer Session, 14th Session of NA, Islamabad [online] http://www.na.gov.pk/uploads/documents/questions/1407160619_854.pdf [10.03.2019].
- Naufal, G. (2011): Labor Migration and Remittances in the GCC, in: *Labor History*, Jg. 52, Nr. 3, S. 307–322.
- Naufal, G. S. und I. H. Genc (2013): Structural Change in MENA Remittance Flows, *Working Paper 07–05/2013*, Sharjah: School of Business & Management.
- Naufal, G. und I. Genc (2012): *Expats and the Labor Force: The Story of the Gulf Cooperation Council Countries*, New York: Palgrave Macmillan.
- Nawaz, S. (2008): *Crossed Swords: Pakistan, its Army and the Wars within*, Karachi: Oxford University Press.
- Negt, O. und A. Kluge (1972): *Öffentlichkeit und Erfahrung: Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Berlin: Suhrkamp.
- Negroponte, Nicolas (1996): *Being Digital*, London: Coronet books.
- Neidhart, F. (1994): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neuberger, C. (2009): Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs, in: Neuberger, C., C. Nürnbergk und M. Rischke (Hrsg.): *Journalismus im Internet*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–105.
- Neuberger, C. (2014): Konflikt, Konkurrenz und Kooperation. Interaktionsmodi in einer Theorie der dynamischen Netzwerköffentlichkeit, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Jg. 62, S. 567–587.
- Newsweek Pakistan* (11.10.2017): On the Road [online] <http://newsweekpakistan.com/on-the-road/> [20.02.2019].
- Niazi, Z. (1986): *The Press in Chains*, Karachi: Oxford University Press.
- Niazi, Z. (1992): *The Press under Siege*, Karachi: Oxford University Press.
- Niazi, Z. (1994): *The Web of Censorship*, Karachi: Oxford University Press.
- Niblock, T. (1982): Social Structure and the Development of the Saudi Arabian Political System, in: Ders. (Hrsg.): *State, Society and Economy in Saudi Arabia*, London: Croom Helm Ltd., S.75–105.
- Niblock, T. (2006): *Saudi Arabia: Power, Legitimacy and Survival*, London: Routledge.

- Nichols, R. (2011): *A History of Pashtun Migration, 1775–2006*, Oxford: Oxford University Press.
- Nishat, M. und N. Bilgrami (1991): The Impact of Migrant Worker's Remittances on Pakistan Economy, in: *Pakistan Economic and Social Review*, Jg. 29, S. 21–41.
- Norris, N. (2001): *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty and the Internet Worldwide*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, P. (2000): *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Northrup, D. (1995): *Indentured Labor in the Age of Imperialism, 1834–1922*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Okruhlik, G. (1999): Excluded Essentials: The Politics of Ethnicity, Oil, and Citizenship, in: *Saudi Arabia, Research in Politics and Society*, Jg. 6, S. 215–235.
- Oommen, G. Z. (2016): South Asian Migration to the GCC Countries, in: Jain, P. C. und G. Z. Oommen (Hrsg.): *South Asian Migration to Gulf Countries. History, Policies, Development*, New York: Routledge, S. 17–45.
- Oppenheim, B. (2019): You never listen to me: The European-Saudi relationship after Khashoggi, London: Centre for European Reform [online] <https://www.cer.eu/publications/archive/policy-brief/2019/you-never-listen-me-european-saudi-relationship-after> [03.05.2019].
- Osella, C. und F. Osella (2012): Migration, Networks, and Connectedness across the Indian Ocean, in: Kamrava, M. und Z. Babar (Hrsg.): *Migrant Labor in the Persian Gulf*, London: Hurst & Company 2, S. 105–136.
- Oy, G. (2003): Vom Kampfbegriff Gegenöffentlichkeit zur elektronischen Demokratie. Kritische Publizistik, Gegenöffentlichkeit und die Nutzung Neuer Medien durch soziale Bewegungen, in: *PERIPHERIE*, Jg. 23, Nr. 92, S. 507–523.
- PAK-NGOs (04.10.2017): Justice Project launches 'Bus Kar Do' Campaign against Death Penalty in Pakistan [online] <https://news.pakngos.com.pk/bus-kar-campaign-against-death-penalty-launched/> [20.02.2019].
- Pakistan Bureau of Statistics (2011): Pakistan Statistical Year Book 2011, Islamabad [online] <http://www.pbs.gov.pk/content/pakistan-statistical-year-book-2011> [23.02.2019].
- Pakistan Bureau of Statistics (2017): Provisional Summary Results of 6th Population and Housing Census 2017, Islamabad [online] <http://www.pbs.gov.pk/content/provisional-summary-results-6th-population-and-housing-census-2017-0> [24.02.2019].
- Pakistan Institute of Legislative Development and Transparency (2008): Overseas Pakistani Workers: Significance and Issues of Migration, *Briefing Paper* Nr. 48, Islamabad [online] <https://opf.org.pk/media/1409/overseas-pakistani-workerssignificance-and-issues-of-migration.pdf> [19.02.2019].
- Pakistan Overseas Employment Promoters Association (2016): Code of Ethical Conduct for Licensed Overseas Employment Promoters, Islamabad.
- Palik, J. (2018): The Challenges of Dual-Societies: The Interaction of Workforce Nationalisation and National Identity Construction through the Comparative Case Studies of Saudisation and Emiratisation, in: Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migra-

Literatur- und Quellenverzeichnis

- tion, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center, S. 105–125.
- Panda, A. (27.02.2014): India and Saudi Arabia sign Defence Cooperation Pact, *The Diplomat* [online] <https://thediplomat.com/2014/02/india-and-saudi-arabia-sign-defense-cooperation-pact/> [09.03.2019].
- Pande, A. (03.04.2016): Saudi-India-Pakistan Triangle, *Huffington Post* [online] https://www.huffpost.com/entry/saudi--india-pakistan-tri_b_9606740 [09.03.2019].
- Papacharissi, Z. (2002): The Virtual Sphere. The Internet as a Public Sphere, in: *New Media & Society*, Jg. 4, S. 9–27.
- Pariser, E. (2011): *The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You*, London: Viking.
- Partrick, N. (2016): *Saudi Arabian Foreign Policy: Conflict and Cooperation*, London: I. B. Tauris.
- Pasha, A. K. (2007): Indo-Saudi Relations: Past and Emerging Challenges, in: Dietl, G., G. Pant, A. K. Pasha und P. C. Jain (Hrsg.): *Contemporary Saudi Arabia and the Emerging Indo-Saudi Relations*, New Delhi: Shipra Publications, S. 126–150.
- Pasha, Mustafa Kemal (1998): *Colonial Political Economy: Recruitment and Underdevelopment in the Punjab*, Karachi: Oxford University Press.
- Passas, N. (1999): Informal Value Transfer Systems and Criminal Organisations: A Study into So-Called Underground Banking Networks [online] https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1327756 [02.03.2019].
- Peach, C. (1994): Three Phases of South Asian Emigration, in: Brown, J. M. und R. Foot (Hrsg.): *Migration: The Asian Experience*, Oxford: Palgrave Macmillan, S. 38–55.
- Peil, F. (2004): *Aufstand in Mekka. Die Besetzung der Großen Moschee 1979*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Berlin: Freie Universität.
- Peirce, C. S. (1991): *Schriften zum Pragmatismus und Pragmatizismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Penrad, J. C. (1988): La présence isma'ïlienne en Afrique de l'est: Note sur l'histoire commerciale et l'organisation communautaire, in: Lombard, D. und J. Aubin (Hrsg.): *Marchands et hommes d'affaires asiatiques dans l'Océan Indien et la Mer de Chine 13e-20e siècles*, Paris: Editions de l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, S. 221–236.
- Perwaiz, S. (1979): *Pakistan: Home Remittances*, Islamabad: US Agency for International Development.
- Peskes, E. (1993): *Muhammad b. Abdulwahhab (1703–1792) im Widerstreit. Untersuchungen zur Rekonstruktion der Frühgeschichte der Wahhabiya*, Stuttgart: Steiner.
- Peters, B. (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Neidhardt, F. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 42–76.
- Peters, B. (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Peters, B. (2009): And lead us not into thinking new is new: A Bibliographic Case for new Media History, in: *New Media Society*, Jg. 11, Nr. 13, S. 13–30.
- Peters, G. (2012): Haqqani Network Financing: The Evolution of an Industry, West Point: Combating Terrorism Center [online] https://ctc.usma.edu/app/uploads/2012/07/CTC_Haqqani_Network_Financing-Report_Final.pdf [11.03.2019].
- Pew Research Center (2013): Saudi Arabia's Image Falters among Middle East Neighbors [online] <http://www.pewglobal.org/2013/10/17/saudi-arabias-image-falters-among-middle-east-neighbors/> [12.03.2019].
- Pfadenhauer, M. (2005): Auf gleicher Augenhöhe – Das Experteninterview – ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte, in: Bogner, A., B. Littig und W.

- Menz (Hrsg.): *Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 99–116.
- Pfetsch, B. (1998): Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart, in: Sarcinelli, U. (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 233–252.
- Pfetsch, B. und E. Mayerhöffer (2011): Vordergründige Nähe – Zur Kommunikationskultur von Politik- und Medieneliten in Deutschland, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Jg. 59, Nr. 1, S. 40–59.
- Pfetsch, B. und F. Esser (2003): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Neuorientierung in einer veränderten Welt, in: Dies. (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–34.
- Pfetsch, B., E. Mayerhöffer und S. Adam (2013): Politische Kommunikation, in: Thomaß, B. (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, 2. überarbeitete Auflage, München: UTB, S. 64–80.
- Pirzada, M. (22.11.2007): Media under Siege, *Khaleej Times* [online] http://www.khaleejtimes.com/DisplayArticleNew.asp?section=opinion&xfile=data/opinion/2007/november/opinion_november74.xml [21.02.2019].
- Plake, K., D. Jansen und B. Schuhmacher (2001): *Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Plasser, F. und G. Plasser (2002): *Global Political Campaigning. A worldwide Analysis of Campaign Professionals and their Practices*, Westport: Praeger.
- Pollner, M. und R. M. Emerson (1983): The Dynamics of Inclusion and Distance in Fieldwork Relations, in: Emerson, R. M. (Hrsg.): *Contemporary Field Research: A Collection of Readings*, Prospect Heights: Waveland Press, S. 235–252.
- Pollock, D. (2018): How Is the Saudi Public Likely Responding to the Crisis over Khashoggi's Disappearance? The Popularity of Riyadh's "Reformist Repression", *Fikra Forum*, Washington, D. C.: The Washington Institute for Near East Policy [online] <https://www.washingtoninstitute.org/fikraforum/view/how-is-the-saudi-public-likely-responding-to-the-crisis-over-khashoggis-dis> [12.04.2019].
- Pöttker, H. (2001): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag, in: Ders. (Hrsg.): *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien*, Konstanz: UVK, S. 9–34.
- Prakash, O. (2004): *Bullion for Goods: European and Indian Merchants in the Indian Ocean Trade, 1500–1800*, New Delhi: Manohar.
- Prashad, V. (08/2013): Pakistani Mercenaries arrive in Bahrain, *Tanqeed* [online] <http://www.tanqeed.org/2013/08/pakistani-mercenaries-arrive-in-bahrain-vijay-prashad/> [10.03.2019].
- Przyborski, A. und M. Wohlrab-Sahr (2014): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, 4. Auflage, München: De Gruyter.
- Punjab Migrant Workers Resource Center: The First Ever Migrant Resource center for Migrant Workers in Punjab [online] http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-islamabad/documents/presentation/wcms_434484.pdf [20.02.2019].
- Puschmann, C. und I. Peters (2017): Informationsverbreitung in sozialen Medien, in: Schmidt J.-H. und M. Taddicken (Hrsg.): *Handbuch Soziale Medien*, Wiesbaden: Springer, S. 211–232.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Qamar, N. (1991): *Pakistan and the Persian Gulf*, Study Project, Carlisle Barracks: US Army War College.
- Qureshi, A. N. und B. Aziz (10/2012): Media and Television Audience Measurement Cyberletter, Islamabad/Karachi: Gallup Pakistan [online] http://gallup.com.pk/bb_old_site/News/TAM%20Cyberletter.pdf [22.02.2019].
- Qureshi, J. A. (2016): The Pakistan Remittance Initiative and Remittance Flows to Pakistan, Pakistan Strategy Support Program, *Working Paper* Nr. 035, Islamabad: Pakistan Strategy Support Program (PSSP).
- Rahman, M. (2011): Does Labour Migration Bring about Economic Advantage? A Case of Bangladeshi Migrants in Saudi Arabia, *ISAS Working Paper* No. 135, Singapur: Institute of South Asian Studies, National University of Singapore [online] https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1938168 [18.02.2019].
- Rahman, M. (2011b): Recruitment of Labour Migrants for the Gulf States: The Bangladeshi Case, *ISAS Working Paper*, Nr. 132.
- Rahman, T. (10.03.2014): Al-Bakistan, *The Express Tribune* [online] <https://tribune.com.pk/story/681106/al-bakistan/> [12.03.2019].
- Rai, R. und P. Reeves (2009): Introduction, in: Dies. (Hrsg.): *The South Asian Diaspora. Transnational Networks and changing Identities*, London: Routledge, S. 1–13.
- Rajagopal, A. (2001): *Politics after Television. Religious Nationalism and the Reshaping of the Indian Public*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rajan, S. I. und J. Joseph (2014): *Migrant Women at the Discourse-Policy Nexus: Indian Domestic Workers in Saudi Arabia*, unveröffentlichtes Papier, Cambridge: Gulf Research Meeting.
- Rajan, S. I. und J. Joseph (2017): Migration (In)flux: Impact of Legislation on Patterns and Quantum of Irregular Mobility between India and Saudi Arabia, in: Fargues, Philippe und Nasra M. Shah (Hrsg.): *Skilful Survivals: Irregular Migration to the Gulf*, Gulf Labour Markets and Migration (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://gulfmigration.org/media/pubs/book/GLMM%20-%20IM%20Volume%20-%20Complete.pdf> [01.03.2019].
- Rakisits, C. (2015): Pakistan's Controversial Yemen Decision, *Associate Paper*, Nedlands: Future Directions International [online] <http://www.futuredirections.org.au/publication/pakistan-s-controversial-yemen-decision/> [14.03.2019].
- Ramady, M. (2013): Gulf Unemployment and Government Policies: Prospects for the Saudi Labour Quota or Nitaqat System, in: *International Journal Economics and Business Research*, Jg. X, Nr. Y, S. 1–23.
- Ramaprasad, J. (2013): Pakistan's Journalists: Profile, Epistemologies and Ethics, in: Schmidt, C. (Hrsg.): *Pakistan's Media Landscape: The Effects of Liberalization*, Bonn: Vistas, S. 86–101.
- Rana, J. (2009): Controlling Diaspora: Illegality, 9/11, and Pakistani Labour Migration, in: Kalra, V. S. (Hrsg.): *Pakistani Diasporas. Culture, Conflict and Change*, Oxford: Oxford University Press, S. 43–63.
- Rana, R. (2011): *Terrifying Muslims. Race and Labor in the South Asian Diaspora*, Durham/London: Duke University Press Books.
- Rana, S. (11.03.2016): Saudis to give Pakistan \$122m in aid, *The Tribune* [online] <https://tribune.com.pk/story/1063733/saudis-to-give-pakistan-122m-in-aid/> [09.03.2019].
- Rashid, A. (1988): Pakistan after Reagan, in: *Middle East Report*, Jg. 155, S. 30–33.

- Rashid, A. (2000): *Taliban, Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia*, New York: I. B. Tauris.
- Rashid, A. (2001): *Taliban: Militant Islam, Oil, and Fundamentalism in Central Asia*, New Haven: Yale University Press.
- Rasmussen, T. (2008): The Internet and Differentiation in the Political Public Sphere, in: *Nordicom Review*, Jg. 29, Nr. 2, S. 73–83.
- Rauchfleisch, A. (2017): The Public Sphere as an essentially Contested Concept: A Co-citation Analysis of the last 20 Years of Public Sphere Research, in: *Communication and the Public*, Jg. 2, S. 3–18.
- Raupp, J. (1999): Zwischen Akteur und System: Akteure, Rollen und Strukturen von Öffentlichkeit, in: Szyszka, P. (Hrsg.): *Öffentlichkeit*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 113–130.
- Raupp, J. (2004): The Public Sphere as a Central Concept of PR, in: van Ruler, B. und Ver- cec, D. (Hrsg.): *Public Relations and Communication Management in Europe. A nati- on-by-nation Introduction to Public Relations Theory and Practice*, Berlin/New York: Mouton de Gruyter, S. 309–316.
- Raupp, J. (2011): Organizational Communication in a Networked Public Sphere, in: *SCM Studies in Communication*, Jg. 1, S. 15–36.
- Rawan, S. M. (2000): *Moderne Massenmedien und traditionelle Kommunikation in Iran und Pakistan*, Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Reetz, D. (2010): From Madrasa to University – the Challenges and Formats of Islamic Education, in: Ahmed, A. und T. Sonn (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Islamic Stu- dies*, Thousand Oaks/London: SAGE, S. 106–139.
- Rehmat, A. (2008): Murder and Mayhem: The worst Year ever for Pakistani Media, *Annua- l State of Pakistan Media Report 2007–08*, Islamabad: Intermedia.
- Reissner, J. (1980): Die Besetzung der Großen Moschee in Mekka, in: *Orient*, Jg. 21, S. 193–203.
- Reporter without Borders* (o. J.): 2018 World Press Freedom Index [online] https://rsf.org/en/ranking_table [22.02.2019].
- Reuters* (15.03.2018): Saudi Crown Prince says will develop Nuclear Bomb if Iran does: CBS TV [online] <https://www.reuters.com/article/us-saudi-iran-nuclear/saudi-crown-prince-says-will-develop-nuclear-bomb-if-iran-does-cbs-tv-idUSKCN1GR1MN> [10.03.2019].
- Reuters* (18.02.2019): Pakistan says Saudi Crown Prince orders 2,100 Pakistani Prisoners released [online] <https://www.reuters.com/article/us-asia-saudi-pakistanprisoners/pakistan-says-saudi-crown-prince-orders-2100-pakistani-prisoners-released-idUSKCN1Q70P6> [22.03.2019].
- Riaz, A. (2005): Global jihad, Sectarianism and the madrassahs in Pakistan, *RSIS Working Paper* Nr. 85, Singapur: S. Rajaratnam School of International Studies [online] <https://www.rsis.edu.sg/rsis-publication/icpvtr/85-wp085-global-jihad-sectaria/#.XIZqDy-X81I> [11.03.2019].
- Ricchiardi, S. (2012): Challenges for Independent News Media in Pakistan. A Report to the Center for International Media Assistance, Washington, D. C.: The Center for International Media Assistance [online] https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Challenges%20for%20Independent%20News%20Media%20in%20Pakistan_Ricchiardi.pdf [21.02.2019].
- Rice, R. E. (1999): Artifacts and Paradoxes in new Media, in: *New Media and Society*, Jg. 1, Nr. 1, S. 24–32.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Rich, B. (2017): *Securitising Identity: The Case of the Saudi State*, Melbourne: Melbourne University Publishing.
- Richter, C. und B. Gräf (2015): The Political Economy of Media: An Introduction, in: Schneider, N.-C. und C. Richter (Hrsg.): *New Media Configurations and Socio-Cultural Dynamics in Asia and the Arab World*, 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos, S. 25–36.
- Ridge, N., Shami, S. und S. Kippels (2017): Arab Migrant Teachers in the United Arab Emirates and Qatar: Challenges and Opportunities, in: Babar, Z. (Hrsg.): *Arab Migrant Communities in the GCC*, New York: Oxford University Press, S. 39–64.
- Riedel, B. (13.02.2019): Saudi Crown Prince looks to Asia Trip to boost image, *Al-Monitor* [online] www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/02/saudi-arabia-prince-mohammad-mbs-asia-khashoggi.html [26.03.2019].
- Riedel, B. (13.04.2015): Why Pakistan said no to King Salman, *Al-Monitor* [online] <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/04/yemen-conflict-parliament-resolution.html> [12.03.2019].
- Riedel, B. (16.01.2019): Four Years into Salman's reign, Saudi Arabia more unpredictable than ever, *Al-Monitor* [online] <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/01/saudi-arabia-king-salman-mbs-yemen-khashoggi.html#ixzz5ksL4Ofk> [12.04.2019].
- Riedel, B. (2008): Saudi Arabia: Nervously Watching Pakistan, *Brookings Report*, Washington, D. C.: Brookings Institution [online] <https://www.brookings.edu/opinions/saudi-arabia-nervously-watching-pakistan/> [10.03.2019].
- Riedel, B. (2011): Enduring Allies: Pakistan's Partnership with Saudi Arabia Runs Deeper, Washington, D. C.: Brookings Institution [online] <https://www.brookings.edu/articles/enduring-allies-pakistans-partnership-with-saudi-arabia-runs-deeper/> [09.03.2019].
- Rieger, R. und S. Sons (2016): Saudi Arabia's Regional Policy Since 2011, in: Mason, R. (Hrsg.): *Reassessing Order and Disorder in the Middle East: Regional Imbalance or Disintegration?*, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, S. 61–86.
- Rieger, R. und S. Sons (2019): Deutschland und Saudi-Arabien: Wahrnehmungen und Kooperationsmöglichkeiten, interne Studie, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung (im Erscheinen).
- Rizvi, M. (1981): Pak-Saudi Arabian Relations: An Example of Entente Cordiale, in: *Pakistan Horizon*, Jg. 34, Nr. 1, S. 81–92.
- Rizwan, S. (23.03.2014): Ahlan Wasahlan, Al Bakistan! *The Dawn* [online] <http://www.dawn.com/news/1094959/ahlan-wasahlan-al-bakistan/print> [12.03.2019].
- Rogers, S. (09.08.2010): Pakistan Flood Aid pledged, Country by Country, *The Guardian* [online] <https://www.theguardian.com/news/datablog/2010/aug/09/pakistan-flood-aid> [09.03.2019].
- Roos, U. (2013): Grounded Theory als Instrument der Weltpolitikforschung. Die Rekonstruktion außenpolitischer Kultur als Beispiel, in: Franke, U. und U. Roos (Hrsg.): *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen*, Baden-Baden: Nomos, S. 309–347.
- Rothkopf, D. (24.04.2015): The Middle East's Pivot to Asia, *Foreign Policy* [online] <http://foreignpolicy.com/2015/04/24/the-middle-east-pivot-to-asia-china/> [09.03.2019].
- Roy, O. (1990): *Islam and Resistance in Afghanistan*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Rössler, P. (1997): *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Röttger, U. (2001): Issues Management – Mode, Mythos oder Managementfunktion? Begriffsklärungen und Forschungsfragen, in: Dies. (Hrsg.): *Issues Management – Theoretische Konzepte und praktische Umsetzung. Eine Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: Springer VS, S. 11–40.
- Ruhrmann, G., Y. Shooman und P. Widmann (2016): *Media and Minorities: Questions on Representation from an International Perspective*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Russel, S. S. und M. S. Teitelbaum (1992): International Migration and international Trade, *Discussion Paper No. 160*, Washington, D. C.: World Bank [online] <http://documents.worldbank.org/curated/en/494751468767073124/pdf/multi-page.pdf> [19.02.2019].
- Russell, S. (1989): Politics and Ideology in Migration: Policy Formulation: The Case of Kuwait, in: *International Migration Review*, Jg. 23, Nr. 1, S. 24–47.
- Russell, S. S. (1990): Migration and Political Integration in the Arab World, in: Luciani, G. (Hrsg.): *The Arab State*, London: Routledge, 373–393.
- Rußmann, U. (2007): *Agenda Setting und Internet. Themensetzung im Spannungsfeld von Onlinemedien und sozialen Netzwerken*, München: Verlag Reinhard Fischer.
- Rutgers, M. R. (2004): Comparative Public Administration: Navigating Scylla and Charybdis – Global Comparison as a Translation Problem, in: *Administrative Theory & Praxis*, Jg. 26, Nr. 2, S. 150–168.
- Sabagh, G. (1990): Immigrants in the Arab Gulf Countries. ‘Sojourners’ or ‘Settlers’? In: Luciani, G. (Hrsg.): *The Arab State*, London: Routledge, S. 349–372.
- Sabban, R. (1996): *Broken Spaces, Bounded Realities: Foreign Female Domestic Workers in the UAE*, unveröffentlichte Dissertation, Washington, D. C.: The American University.
- Saeed, H. A. (26.11.2016): Arab-Wannabe Syndrome (AWS), *Pakistan Today* [online] <https://www.pakistantoday.com.pk/2015/11/26/arab-wannabe-syndrome-aws/> [12.03.2019].
- Said, E. (1978): *Orientalism*, New York: Vintage.
- Salahuddin, G. (06.03.2012): Are we safe with Khuda? *The News* [online] <http://blogs.thenews.com.pk/blogs/2012/03/are-we-safe-with-khuda/> [12.03.2019].
- Salazar Parreñas, R. (2005): *Children of Global Migration. Transnational Families and Gendered Woes*, Stanford: Stanford University Press.
- Salazar Parreñas, R. (2008): *The Force of Domesticity. Filipina Migrants and Globalization*, New York und London: New York University Press..
- Sanger, D. E. (13.05.2015): Saudi Arabia Promises to match Iran in Nuclear Capability, *The New York Times* [online] <http://www.nytimes.com/2015/05/14/world/middleeast/saudi-arabia-promises-to-match-iran-in-nuclear-capability.html> [10.03.2019].
- Santa Ana, O. (2013): *Juan in a Hundred: The Representation of Latinos on Network News*, Austin: University of Texas Press.
- Santos, A. und S. Tomacruz (2017): Migrant Life in Qatar – The OFW debt Trap: Less Money, More Problems (Teil 1) [online] <https://www.rappler.com/newsbreak/in-depth/185211-migrant-life-qatar-ofw-debt-trap> [24.02.2019].
- Sassen, S. (1998): *Globalization and its Discontents*, New York: New Press.
- Sayed, S. (1988): *Radio Pakistan: Historische Entwicklung und Gegenwart*, Münster: LIT.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Schäfer, M. S. (2015): Digital Public Sphere, in: Mazzoleni, G. (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Political Communication*, London: Wiley-Blackwell, S. 322–328.
- Schatzmann, L. und A. L. Strauss (1973): *Field Research. Strategies for a Natural Sociology*, Eaglewood Cliffs: Prentice Hall.
- Scheele, B. und N. Groeben (1988): *Dialog-Konsens-Methoden zur Rekonstruktion subjektiver Theorien*, Tübingen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schenk, M. (1987): *Medienwirkungsforschung*, Tübingen: C. B. Mohr.
- Scherer, H. (1998): Framing, in: Jarren, O., Sarcinelli, U. und U. Saxer (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 651.
- Scheufele, B. (2003): *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schildt, A. (2000): Massenmedien und Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert. Ein Periodisierungsvorschlag, in: Faulstich, W. und K. Hickethier (Hrsg.): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*, Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, S. 156–177.
- Schmidt, C. (2013), Pakistan's Media Landscape: Introduction, in: Ders. (Hrsg.): *Pakistan's Media Landscape: The Effects of Liberalization*, Bonn: Vistas, S. 10–19.
- Schneider, N.-C. (2015): Applying the Lens of Mobility to Media and Gender Studies: An Introduction, in: Schneider, N.-C. und C. Richter (Hrsg.): *New Media Configurations and Socio-Cultural Dynamics in Asia and the Arab World*, 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos, S. 225–242.
- Schneider, N.-C. und C. Richter (2015): Introduction, in: Dies. (Hrsg.): *New Media Configurations and Socio-Cultural Dynamics in Asia and the Arab World*, 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos, S. 11–22.
- Schnettler, Jörg und Bernt (Hrsg.): *Methodologie interpretativer Sozialforschung: Klassische Grundlagentexte*, Konstanz: UVK, S. 429–451.
- Schoneville, H., S. Königeter, D. Gruber und P. Cloos (2006): Feldeintritte. Ein Gespräch, in: Cloos, P. und W. Thole (Hrsg.): *Ethnografische Zugänge. Professions- und adressatInnenbezogene Forschung im Kontext von Pädagogik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231–253.
- Schultz, K. (18.06.2017): Maldives, Tourist Haven, casts wary Eye on growing Islamic Radicalism, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2017/06/18/world/asia/maldives-islamic-radicalism.html> [12.03.2019].
- Schulz, W. (1976): *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*, Freiburg/München: Verlag Karl Alber.
- Schulz, W. (1997): *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schütz, A. (1971): Common-sense and Scientific Interpretations of Human Action, in: Ders. (Hrsg.): *Collected Papers, Vol. 1: The Problem of Social Reality*, Den Haag: Martinus Nijhoff, S. 3–47.
- Schütz, A. und T. Luckmann (2003): *Strukturen der Lebenswelt*, München: UTB.
- Schütze, F. (1976): Zur soziologischen und linguistischen Analyse von Erzählungen, in: *Internationales Jahrbuch für Wissens- und Religionssoziologie*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–41.

- Schütze, F. (1978): *Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen*, Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie.
- Schütze, F. (1981): Prozessstrukturen des Lebensablaufs, in: Matthes, J., A. Pfeifenberger und M. Stosberg (Hrsg.): *Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive*, Nürnberg: Verlag der Nürnberger Forschungsvereinigung, S. 67–156.
- Schütze, F. (1983): Biographieforschung und narratives Interview, in: *Neue Praxis*, Jg. 3, S. 283–293.
- Schütze, F. (1992): Sozialarbeit als „bescheidene“ Profession, in: Dewe, B., W. Ferchhoff und F.-O. Radtke (Hrsg.): *Erziehen als Profession. Zur Logik professionellen Handelns in pädagogischen Feldern*, Opladen: Leske + Budrich Verlag, S. 132–170.
- Schwartz, B. M. (1967): *Caste in Overseas Indian Communities*, San Francisco: Chandler Publishing Company.
- Secombe, I. (1983): Labour Migration to the Arabian Gulf: Evolution and Characteristics, 1920–1950, in: *British Society for Middle Eastern Studies Bulletin*, Jg. 10, Nr. 1, S. 3–20.
- Secombe, I. (1986): Foreign Worker Dependency in the Gulf and the International Oil Companies: 1910–50, in: *International Migration Review*, Jg. 20, Nr. 3, S. 548–74.
- Secombe, I. und Lawless, R. I. (1987): Work Camps and Company Towns: Settlement Patterns and the Gulf Oil Industry, *Occasional Papers Series*, No. 36, Durham: Center for Middle Eastern and Islamic Studies.
- Secombe, I. J. (1985): International Labor Migration in the Middle East: A Review of Literature and Research, 1974–84, in: *International Migration Review*, Jg. 19, Nr. 2, S. 335–352.
- Secombe, I. J. und R. I. Lawless (1986): Travailleurs migrante et débuts de l'industrie pétrolière dans le Golf arabe, 1930–1950, in: *Maghreb Mashreq*, Jg. 112, S. 22–42.
- Seddon, D. (2004): South Asian Remittances: Implications for Development, in: *Contemporary South Asia*, Jg. 13, Nr. 4, S. 403–420.
- Seidman, I. (2006): *Interviewing as Qualitative Research: A Guide for Researchers in Education and the Social Sciences*, New York: Teachers College Press.
- Seikaly, M. und K. Mattar (Hrsg.) (2014): *The Silent Revolution: The Arab Spring and the Gulf States*, Berlin: Gerlach Press.
- Sennett, R. (1983): *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Serageldin, I. (1983): *Manpower and International Labour Migration in the Middle East and North Africa*, London: Oxford University Press.
- Shah, H. (2010): The Inside Pages: An Analysis of the Pakistani Press, *South Asia Monitor* Nr. 148, Washington, D. C.: Center for Strategic and International Studies [online] <https://www.csis.org/analysis/south-asia-monitor-inside-pages-analysis-pakistani-press> [23.02.2019].
- Shah, N. (2004): Gender and Labour Migration to the Gulf Countries, in: *Feminist Review*, Jg. 77, Nr. 1, S. 183–185.
- Shah, N. M. (2014): Recent Amnesty Programmes for Irregular Migrants in Kuwait and Saudi Arabia: Some Successes and Failures, *Explanatory Note* Nr. 9, Gulf Labour Markets and Migration (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center [online] <http://www.migrationpolicycentre.eu/publication/recent-amnesty-programmes-irregular-migrants-kuwait-saudi-arabia-successes-failures/> [01.03.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Shah, N. M. (2016): Pakistan Diaspora in the Gulf, unveröffentlichtes Papier präsentiert auf der Internationalen Konferenz „The Pakistani Diaspora: Strengthening Linkages between Host and Home Countries, 16.-17. Februar, Lahore: Lahore School of Economics.
- Shah, N. M. (2018): Emigration Policies of Major Asian Countries Sending Temporary Labour Migrants to the Gulf, in: Fargues, P. und N. M. Shah (Hrsg.): *Migration to the Gulf: Policies in Sending and Receiving Countries*, Gulf Labour Markets, Migration, and Population (GLMM) Programme, Dschidda/Genf/Cambridge: Gulf Research Center, S. 127–149.
- Shaikh, F. (2009): *Making Sense of Pakistan*, London: C. Hurst Publishers.
- Shalaby, K. (2008): The Kingdom of Saudi Arabia, in: Sherif, D. H. und B. Ibrahim (Hrsg.): *From Charity to Social Change: Trends in Arab Philanthropy*, Kairo: American University in Cairo Press, S. 63–83.
- Shamsie, K. O. (2009): *The Muslim Case. Manifestos for the 21st Century*, London; New York/Calcutta: Seagull Books.
- Sharif, A. (11.12.2001): Madrasa: Influence of foreign Countries to be contained, *The Dawn*, S. 1.
- Shayan, S. (29.05.2017): From Death Row to Radio, *Geo TV* [online] <https://www.geo.tv/latest/143581-from-death-row-to-radio> [20.02.2019].
- Sheikh, M. K. (2013): Bottom-up Pakistan: Bringing Context and Local Culture into Aid Thinking, in: Andersen, L. R. (Hrsg.): *How the Local Matters: Democratization in Libya, Pakistan, Yemen and Palestine, DIIS Report 1*, Kopenhagen: Danish Institute for International Studies [online] https://rucforsk.ruc.dk/ws/portalfiles/portal/63271091/DIIS_2013_01.pdf [09.03.2019].
- Sheikh, M. K. und G. Price (2012): Pakistan – A Stage for Regional Rivalry, in: Sheikh, M. K., F. Shaikh und G. Price (Hrsg.): *Pakistan: Regional Rivalries, Local Impacts, DIIS Report 12*, Kopenhagen: Danish Institute for International Studies [online] https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Asia/1012diis_pakistan.pdf [09.03.2019].
- Sheikh, N. (2010): Impressionen aus dem Alltag in Pakistan. Zwei Gespräche, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 21–22, S. 24–28.
- Sheikh, S. R. (12.02.2016): Pakistan's Balancing Act between Iran and Saudi Arabia, *Asia Times* [online] <https://www.asiatimes.com/2016/02/article/pakistans-balancing-act-between-iran-and-saudi-arabia/> [11.03.2019].
- Sheller, M. und J. Urry (2006): The New Mobilities Paradigm, in: *Environment and Planning A*, Jg. 38, S. 207–226.
- Sheriff, A. (2005): The Slave Trade and its Fallout in the Persian Gulf, in: Campbell, G. (Hrsg.): *Abolition and its Aftermath in Indian Ocean Africa and Asia*, London/New York: Routledge, S. 103–119.
- Shim, K., G. J. Golan, A. G. Day und S.-U. Yang (2015): Beyond the Western Masses: Demography and Perceptions of the Credibility of Pakistani Media, in: *International Journal of Communication*, Jg. 9, S. 2282–2305.
- Sial, S. (2015): Emerging Dynamics in Pakistani-Saudi Relations, *Report*, Oslo: Norwegian Peacebuilding Resource Center [online] <https://www.files.ethz.ch/isn/195227/202d14d49238cab72b99e625383101d3.pdf> [10.03.2019].
- Siddiq, A. (2007): *Military Inc. Inside Pakistan's Military Economy*, Ann Arbor: Pluto Press.

- Siddiq, A. (2012): Punjab and Sindh: Expanding Frontiers of Jihadism, in: Sheikh, M. K., F. Shaikh und G. Price (Hrsg.): Pakistan: Regional Rivalries, Local Impacts, *DIIS Report 12*, Kopenhagen: Danish Institute for International Studies [online] https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Asia/1012diis_pakistan.pdf [09.03.2019].
- Siddiq, A. (o. J.): Pakistan-Saudi Arabia Military-Ideological Dependency: Can Pakistan Afford to loose the Middle East? [online] https://chairestrategique.univ-paris1.fr/fileadmin/chairestrategiesorbonne/conferences_2016/Articles_2016/Ayesha_Siddiq_Le_Pakistan_peut_il_se_permettre_de_perdre_le_Moyen-Orient.pdf [09.03.2019].
- Siddiqui, T. (05.04.2018): Pakistan is my Home. But as a Journalist, my Life is in Danger there, *The Guardian* [online] <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/apr/05/pakistan-journalist-danger-paris-pakistani-army-dissent> [18.02.2019].
- Siddiqui, T. (16.02.2019): Why Pakistan should not take Saudi money, *Aljazeera* [online] <https://www.aljazeera.com/indepth/opinion/pakistan-saudi-money-190215091327661.html> [26.03.2019].
- Silvey, R. (2005): Transnational Islam. Indonesian Migrant Domestic Workers in Saudi Arabia, in: Falah, G.-W. und C. Nagel (Hrsg.): *Geographies of Muslim Women. Gender Religion, and Space*, New York/London: Taylor & Francis Ltd., S. 127–146.
- Silvey, R. (2008): In the Margins of Riyadh. Indonesian Domestic Workers in Saudi Arabia, in: Price, M. und L. Benton-Short (Hrsg.): *Migrants to the Metropolis. The Rise of Immigrant Gateway Cities*, New York: Syracuse University Press, S. 283–300.
- Singer, P. W. (2001): Pakistan's Madrassahs: Ensuring a System of Education not Jihad, *Brookings Papers*, Nr. 41, Washington, D. C.: Brookings Institution [online] <https://www.brookings.edu/research/pakistans-madrassahs-ensuring-a-system-of-education-not-jihad/> [22.04.2019].
- Siraj, S. A. (2009): Critical Analysis of Press Freedom in Pakistan, in: *Journal Media and Communication Studies*, Jg. 1, Nr. 3, S. 43–47.
- Smith, K. (2011): Non-DAC Donors and Humanitarian Aid. Shifting Structures, changing Trends, *Briefing Paper*, Somerset: Global Humanitarian Assistance [online] <http://devinit.org/wp-content/uploads/2011/07/NDDs-humanitarian-aid.pdf> [09.03.2019].
- Smith, M. P. (2001): *Transnational Urbanism: Locating Globalization*, Oxford: Wiley-Blackwell.
- Sons, S. (2011): Saudi-Arabien, in: Deutsches Orient-Institut (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick*, Berlin, S. 126–140.
- Sons, S. (2014a): Saudi-Arabiens Arbeitsmarkt. Sozioökonomische Herausforderungen und steigender Reformdruck, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 46, S. 25–33.
- Sons, S. (2014b): *From Segregation to Integration? Discourses on South Asian Labor Migrants in Saudi Media*, unveröffentlichtes Papier, Cambridge: Gulf Research Meeting.
- Sons, S. (2016): *Auf Sand gebaut. Saudi-Arabien – Ein problematischer Verbündeter*, Berlin: Propyläen.
- Sons, S. (2018a): Country Study – Kingdom of Saudi Arabia, *Working Paper Series*, Regional Programme Cooperation with Arab Donors in the Mena Region (CAD), Eschborn/Berlin: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- Sons, S. (2018b): Kurzfristiger Gewinner, langfristiger Verlierer: Aufgekündigtes Atomabkommen mit Iran, *DGAPkompakt 14*, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärti-

- ge Politik [online] <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapkompakt/kurzfristiger-gewinner-langfristiger-verlierer> [10.03.2019].
- Sons, S. (2018c): Visionen in der Wüste, in: *Internationale Politik*, Nr. 3, S. 4–9.
- Sons, S. und I. Wiese (2015): The Engagement of Arab Gulf States in Egypt and Tunisia since 2011. Rationale and Impact, *DGAP Analyse* Nr. 9, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik [online] <https://dgap.org/en/think-tank/publications/dgapanalyse/engagement-arab-gulf-states-egypt-and-tunisia-2011> [22.04.2019].
- Sons, S. und I. Wiese (2016): Country Study – Kingdom of Saudi Arabia, *Working Paper Series*, Regional Programme Cooperation with Arab Donors in the Mena Region (CAD), Eschborn/Amman: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- Sons, S., E. Ganter und W. Al-Salhi (2017): Das Engagement der arabischen Golfstaaten in Syrien: Akteure, Partner, Projekte, Perspektiven, *Arbeitspapier*, Regional Programme Cooperation with Arab Donors in the Mena Region (CAD), Gaziantep/Berlin: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- Spivak, G. (1988): Can the Subaltern Speak? In: Nelson, C., L. Grossberg (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Chicago: University of Illinois Press, S. 271–313.
- Spivak, G. C. (1996): Diasporas Old and New: Women in a Transnational World, in: *Textual Practice*, Jg. 10, Nr. 2, S. 245–269.
- Springborg, R. (2013): GCC Countries as ‚Rentier States‘ Revisited, in: *The Middle East Journal*, Jg. 67, Nr. 2, S. 301–309.
- Staab, J. F. (1990): *Nachrichtenwert-Theorie*, Freiburg/München: Verlag Karl Alber.
- Stapleton, M. (04/2018): Meet 3 female Human Rights Lawyers fighting for Change worldwide, *Aba Journal* [online] http://www.abajournal.com/magazine/article/women_world_human_rights_lawyers [24.02.2019].
- State Bank of Pakistan (2015): Pakistan Remittance Initiative – A Brief, Karachi [online] <http://www.pri.gov.pk/wp-content/uploads/2015/06/PRI-Brief-2015.pdf> [02.03.2019].
- Statista (o. J.): Number of Mobile/Wireless Subscribers in Pakistan from 2004 to 2017 (in millions) [online] <https://www.statista.com/statistics/500967/pakistan-mobile-subscribers/> [18.02.2019].
- Steimann, B. (2005): Livelihood Strategies in North-West Pakistan. Results from the Sustainable Livelihoods Survey 2004, North-West Frontier Province (Pakistan), *NCCR IP6 Working Paper* No. 5, Bern: National Centre of Competence in Research [online] <http://www.nccr-north-south.unibe.ch/Pages/Livelihood-Strategies-in-North-West-Pakistan.aspx> [01.03.2019].
- Steinberg, G. (2002): *Religion und Staat in Saudi-Arabien. Die wahhabitischen Gelehrten 1902–1953*, Würzburg: Ergon.
- Steinberg, G. (2003): Die Ausländer- und Zuwanderungspolitik Saudi-Arabiens, in: Gieger, W. (Hrsg.): *Handbuch der Ausländer- und Zuwanderungspolitik. Von Afghanistan bis Zypern*, Münster/Hamburg/London: LIT Verlag, S. 537–546.
- Steinberg, G. (2005): *Der nahe und der ferne Feind: Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus*, München: C. H. Beck.
- Steinberg, G. (2006): The Wahhabi Ulama and the Saudi State: 1745 to the Present, in: Aarts, P. und G. Nonneman (Hrsg.): *Saudi Arabia in the Balance. Political Economy, Society, Foreign Affairs*, New York: New York University Press.

- Steinberg, G. (2014a): Leading the Counter-Revolution. Saudi Arabia and the Arab Spring, *SWP Research Paper*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik [online] https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2014_RP07_sbg.pdf [22.04.2019].
- Steinberg, G. (2014b): *Saudi-Arabien. Politik, Geschichte, Religion*, 3. Auflage, München: C. H. Beck.
- Steinberg, G. (2018): Muhammad Bin Salman Al Saud an der Macht, *SWP-Aktuell* Nr. 71, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik [online] <https://www.swp-berlin.org/publikation/kronprinz-bin-salman-und-die-saudische-aussenpolitik/> [22.04.2019].
- Steinberg, G. und N. Wörmer (2013): Exploring Iran & Saudi Arabia's Interests in Afghanistan & Pakistan: Stakeholders or Spoilers – A Zero Sum Game? Part 1: Saudi Arabia, *CIDOB Policy Research Project*, Barcelona: Barcelona Center for International Affairs [online] https://www.cidob.org/en/publications/publication_series/stap_rp/policy_research_papers/exploring_iran_saudi_arabia_s_interests_in_afghanistan_pakistan_stakeholders_or_spoilers_a_zero_sum_game_part_2_iran [11.03.2019].
- Stephens J. und D. B. Ottaway (23.02.2002): The ABC's of Jihad in Afghanistan, *The Washington Post*, S. 1.
- Stratfor (04.01.2019): Why Saudi Arabia is embracing a new Nationalism [online] <https://worldview.stratfor.com/article/why-saudi-arabia-embracing-new-nationalism> [13.04.2019].
- Strauss, A. (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*, München: UTB.
- Strauss, A. L. (2004): Methodologische Grundlagen der Grounded Theory, in: Strübing, J. und B. Schnettler (Hrsg.): *Methodologie interpretativer Sozialforschung: Klassische Grundlagentexte*, Konstanz: UVK, S. 429–451.
- Strauss, A. L. und J. Corbin (1996): *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, Weinheim: Beltz.
- Strauss, A. L. und J. M. Corbin (1990): *Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques*, Newbury Park: Sage Publications.
- Strauss, A. L.: (Hrsg.) (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, München: UTB.
- Strauss, A. und J. Corbin (1994): Grounded Theory Methodology – An Overview, in: Denzin, N. K. und Y. S. Lincoln (Hrsg.): *Handbook of Qualitative Research*, Thousand Oaks: Sage Publications, S. 273–285.
- Strippel, C., A. Bock, C. Katzenbach, M. Mahrt, L. Merten, C. Nuernbergk, C. Pentzold, C. Puschmann und A. Waldherr (2018): Die Zukunft der Kommunikationswissenschaft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt. Eine Kollektivreplik auf Beiträge im „Forum“ (Publizistik, Heft 3 und 4, 2016), in: *Publizistik*, Jg. 63, S. 11–27.
- Strobl, S. (2009): Policing Housemaids: The Criminalization of Domestic Workers in Bahrain, in: *British Journal of Criminology*, Jg. 49, S. 165–183.
- Stroul, D. (2019): The Khashoggi Showdown: Executive-Congressional Dynamics and the U.S.-Saudi Relationship, *Policywatch* 3081, Washington, D. C.: The Washington Institute for Near East Policy [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/the-khashoggi-showdown-executive-congressional-dynamics-and-the-u.s.-saudi> [12.04.2019].
- Strübing, J. (2004): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Strübing, J. (2005): *Pragmatische Wissenschafts- und Technikforschung. Theorie und Methode*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Strübing, J. (2008): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strübing, J. und B. Schnettler (Hrsg.) (2004): *Methodologie interpretativer Sozialforschung*, Konstanz: UTB, S. 427–451.
- Strum, A. (2000): Öffentlichkeit von der Moderne zur Postmoderne: 1960–1999, in: Hohendahl, P. U. (Hrsg.): *Öffentlichkeit – Geschichte eines kritischen Begriffs*, Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler, S. 92–123.
- Suleri, A. Q. und K. Savage (2006): Remittances in Crises – A Case Study from Pakistan, *HPG Background Paper*, London: Humanitarian Policy Group [online] <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/385.pdf> [22.04.2019].
- Sunik, A. (2014): Alte Ziele, neue Taktik – Saudi-Arabiens außenpolitischer Aktivismus, *GIGA Focus Nahost 3*, Hamburg: German Institute of Global and Area Studies [online] <https://www.giga-hamburg.de/de/publication/alte-ziele-neue-taktik-%E2%80%93-saudi-arabiens-au%C3%9Fenpolitischer-aktivismus> [22.04.2019].
- Sunik, A. (2018): Regional Leadership in Authoritarian Contexts – Saudi Arabia’s New Military Interventionism as Part of its Leadership Bid in the Middle East, in: *Rising Powers Quarterly*, Jg. 3, Nr. 1, S. 65–85.
- Swami, P. (2007): *India, Pakistan and the Secret Jihad: The Covert War in Kashmir, 1947–2004*, London: Routledge.
- Taddicken, M. und J.-H. Schmidt (2017): Entwicklung und Verbreitung sozialer Medien, in: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Soziale Medien*, Wiesbaden: Springer VS, S. 3–22.
- Taheer, S. (1979): *Bhutto: A Political Biography*, London: Evergreen Book Distributors.
- Takeshita, T. (2006): Current critical problems in agenda setting research, in: *International Journal of Public Communication Research*, Jg. 18, Nr. 3, S. 275–296.
- Talbot, I. (1998): *Pakistan. A Modern History*, London: Palgrave Macmillan.
- Talbot, I. (2012): *Pakistan. A New History*, Karachi: Oxford University Press.
- Teitelbaum, J. (2000): Holier than thou: Saudi Arabia’s Islamic Opposition, *Policy Papers* Nr. 52, Washington, D. C.: The Washington Institute for Near East Policy [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/holier-than-thou-saudi-arabias-islamic-opposition> [22.04.2019].
- Tenscher, J. (2003): *Professionalisierung der Politikvermittlung? Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- The Constitution of Pakistan: Chapter 1: Fundamental Rights, Article 19 [online] <http://www.pakistani.org/pakistan/constitution/part2.ch1.html> [23.02.2019]
- The Dawn* (01.04.2014): ‘Al Bakistan’ [online] <https://www.dawn.com/news/1096941> [12.03.2019].
- The Dawn* (01.12.2016): JPP’s Sarah Belal wins Franco-Germany Human Rights Prize 2016 [online] <https://www.dawn.com/news/1299846/jpps-sarah-belal-wins-franco-germany-human-rights-prize-2016> [20.02.2019].
- The Dawn* (02.10.2015): Pemra’s Statement [online] <https://www.dawn.com/news/1210294> [23.02.2019].

- The Dawn* (05.10.2017): Bus takes Death Row Prisoners' Plight to major Cities [online] <https://www.dawn.com/news/1361741/bus-takes-death-row-prisoners-plight-to-major-cities> [20.02.2019].
- The Dawn* (11.04.2015a): UAE Minister warns Pakistan of 'heavy Price for ambiguous Stand' on Yemen [online] <https://www.dawn.com/news/1175284> [14.03.2019].
- The Dawn* (11.04.2015b): Yemen Conflict: Parliament's Welcome Resolution [online] <https://www.dawn.com/news/1175153/yemen-conflict-parliaments-welcome-resolution> [12.03.2019].
- The Dawn* (18.02.2019): Saudi Crown Prince orders Release of over 2,000 Pakistani Prisoners [online] <https://www.dawn.com/news/1464580/saudi-crown-prince-orders-release-of-over-2000-pakistani-prisoners> [22.03.2019].
- The Dawn* (24.05.2009): Allah Hafiz to Khuda Hafiz [online] <http://www.dawn.com/news/833553/allah-hafiz-to-khuda-hafiz/print> [12.03.2019].
- The Indian Express* (03.04.2016): PM Modi conferred Saudi's highest Civilian Honour [online] <https://indianexpress.com/article/india/india-news-india/modi-saudi-arabia-king-abdulaziz-sash-civilian-honour/> [09.03.2019].
- The Khalli Walli Show (24.06.2013): Ja Jawazat: Official Release, *YouTube*, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=sRTeE2co4Sk> [18.02.2019].
- The News* (18.02.2019): PM Imran pleads for Hajis, Pak Prisoners in Saudi jails [online] <https://www.thenews.com.pk/print/433233-pm-pleads-for-hajis-pak-prisoners-in-saudi-jails> [22.03.2019].
- The World Bank (o. J.): Country Profile Pakistan [online] http://databank.worldbank.org/data/views/reports/reportwidget.aspx?Report_Name=CountryProfile&Id=b450fd57&tbar=y&dd=y&inf=n&zm=n&country=PAK [24.02.2019].
- Timothy, R. und S. K. Sasikumar (2012): Migration of Women Workers from South Asia to the Gulf, Neu-Delhi: V. V. Giri National Labour Institute [online] https://www.ucis.pitt.edu/global/sites/default/files/migration_women_southasia_gulf.pdf [18.02.2019].
- Thiollet, H. (2010): Nationalisme ordinaire et nationalisme d'Etat en Arabie Saoudite: La Nation saoudienne et ses immigrés, in: *Raisons politiques*, Jg. 37, S. 89–102.
- Thiollet, H. (2011a): Migration as Diplomacy: Labour Migrants, Refugees and Arab Regional Politics in the Oil Rich Countries, in: *International Labor and Working Class History*, Jg. 79, Nr. 1, S. 103–121.
- Thiollet, H. (2011b): *Kafala revisited: Public and Private Actors of Migration policies in Saudi Arabia*, Annual Meeting, Middle Eastern Studies Association.
- Thiollet, H. (2016): Managing migrant labour in the Gulf. Transnational dynamics of migration since the 1930s, *Working Papers* Nr. 131, Oxford: International Migration Institute [online] https://www.academia.edu/26816927/Managing_migrant_labour_in_the_Gulf_Transnational_dynamics_of_migration_politics_since_the_1930s_International_Migration_Institute_Working_Paper_131_University_of_Oxford_2016 [20.04.2019].
- Thomaß, B. (2013a): Mediensysteme vergleichen, in: Dies. (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, 2. überarbeitete Auflage, München: UTB, S. 12–45.
- Thomaß, B. (2013b): Ausblick: Desiderata und offene Forschungsfragen, in: Dies. (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, 2. überarbeitete Auflage, München: UTB, S. 354–366.
- Thompson, J. B. (1995): *The Media and Modernity. A social Theory of the Media*, Stanford: Stanford University Press.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Thompson, M. (2014): *Saudi Arabia and the Path to Political Change: National Dialogue and Civil Society*, London/New York: I.B. Tauris.
- Thompson, M. (2018): The Saudi 'Social Contract' Under Strain: Employment and Housing, in: Project on Middle East Political Science (Hrsg.): *Social Policy in the Middle East and North Africa, POMEPS Studies*, Nr. 31 [online] <https://pomeps.org/the-saudi-social-contract-under-strain-employment-and-housing> [12.04.2019].
- Times of Islamabad* (01.08.2018): Imran Khan rejected Saudi Arabia's Offer regarding Nawaz Sharif: Media Report [online] <https://timesofislamabad.com/01-Aug-2018/imran-khan-rejected-saudi-arabia-s-offer-regarding-nawaz-sharif-media-report> [09.03.2019].
- Tinker, H. (1974): *A New System of Slavery: The Export of Indian Labour Overseas 1830–1920*, New York: Oxford University Press.
- Tinker, H. (1977): *The Banyan Tree. Overseas Emigrants from India, Pakistan, and Bangladesh*, Oxford: Oxford University Press.
- Toepfl, F und E. Piwoni (2017): Targeting Dominant Publics: How Counterpublic Commenters align their Efforts with Mainstream News, in: *New Media & Society*, S. 1–17.
- Toepfl, F. und E. Piwoni (2015): Public Spheres in Interaction: Comment Sections of News Websites as Counterpublic Spaces, in: *Journal of Communication*, Jg. 65, S. 465–488.
- Tomlinson, J. (2006): „Your Life – To Go“: Der kulturelle Einfluss der neuen Medientechnologien, in: Hepp, A., F. Krotz, S. Moores und C. Winter (Hrsg.): *Konnektivität, Netzwerk und Fluss. Konzepte gegenwärtiger Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69–78.
- Transfeld, M. (2014): The Rise of the Huthis in Yemen, Washington, D. C.: Carnegie Endowment for International Peace [online] <https://carnegieendowment.org/sada/57087> [09.03.2019].
- Tsebelis, G. (1995): Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 25, Nr. 3, S. 289–325.
- Turner, R. (1972): Die Wahrnehmung von Protest durch die Öffentlichkeit, in: Hein, W. R. und P. Schöber (Hrsg.): *Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen, Band 1*, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand, S. 167–209.
- Udovitch, A. (1970): *Partnership and Profit in Mediaeval Islam*, Princeton: Princeton University Press.
- Ulrichsen, K. C. (2017): *The United Arab Emirates: Power, Politics and Policymaking*, New York: Routledge.
- UN Generalversammlung (2014): Report of the Special Rapporteur on the Human Rights of Migrants, François Crépeau, New York: Human Rights Council.
- UNESCO Institute for Statistics (2014a): Data for the Sustainable Development Goals: Pakistan – Literacy Rate 2014, [online] <http://uis.unesco.org/country/PK> [23.02.2019].
- UNESCO Institute for Statistics (2014b): Data for the Sustainable Development Goals: Pakistan – Illiterate Population 2014, [online] <http://uis.unesco.org/country/PK> [23.02.2019].

- United Nations (1976): International Covenant on Civil and Political Rights [online] <https://treaties.un.org/doc/publication/unts/volume%20999/volume-999-i-14668-english.pdf> [24.02.2019].
- United Nations (1988): Body of Principles for the Protection of All Persons under Any Form of Detention or Imprisonment, New York [online] https://www.tjsl.edu/slomansonb/10.3_DetentionImprisonment.pdf [24.02.2019].
- United Nations (2006): Final Communiqué of the Annual Coordination Meeting of the Ministers of the Foreign Affairs of Member States of the Organization of the Islamic Conference, New York.
- United Nations (2015): United Nations Declaration on Human Rights, New York [online] http://www.un.org/en/udhrbook/pdf/udhr_booklet_en_web.pdf [24.02.2019].
- United Nations Development Programme (o. J.): Human Development Reports: Pakistan, New York [online] <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/PAK> [24.02.2019].
- United Nations Population Fund (o. J.): World Population Dashboard Pakistan, New York [online] <https://www.unfpa.org/data/world-population/PK> [24.02.2019].
- ur Rehman, A. (2017): Remittances for Growth: Initiatives for Remitters and Remittances, *PIDE Working Papers* 147, Islamabad: Pakistan Institute of Development Economics.
- Valeri, M. (2013): *Oman. Politics and Society in the Qaboos State*, New York: Oxford University Press.
- Van Dijk, J. (2006): *The Network Society: Social Aspects of New Media*, 2. Auflage, London: Sage.
- Vassiliev, A. (2000): *The History of Saudi Arabia*, London/New York: New York University Press.
- Vertovec, S. (2008): Islamophobia and Muslim Recognition in Britain, in: Koshy, S. und R. Radhakrishnan (Hrsg.): *Transnational South Asians. The Making of a Neo-Diaspora*, New Delhi: Oxford University Press, S. 97–123.
- Vlieger, A. (2011): Domestic workers in Saudi Arabia and the Emirates: Trafficking victims? *Amsterdam Law School Research Paper* Nr. 32, Amsterdam: University of Amsterdam.
- Vogel, B. (1995): „Wenn der Eisberg zu schmelzen beginnt...“ Einige Reflexionen über den Stellenwert und die Probleme des Experteninterviews in der Praxis der empirischen Sozialforschung, in: Brinkmann, C., A. Deeke und B. Völkel (Hrsg.): *Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen*, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 73–83.
- Von Liechtenstein, A. (2002): Öffentlichkeit – Transformation eines politischen Konzepts durch Technik? In: Ders. (Hrsg.): *Internet und Öffentlichkeit*, Wien: WUV-Universitätsverlag, S. 11–34.
- Vora, N. (2008): Producing Diasporas and Globalization: Indian Middle-Class Migrants in Dubai, in: *Anthropological Quarterly*, Jg. 81, Nr. 2, S. 377–406.
- Vora, N. (2013): *Impossible Citizens. Dubai's Indian Diaspora*, Durham/London: Duke University Press Books.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Wagner, C. (2012): *Brennpunkt Pakistan. Islamische Atommacht im 21. Jahrhundert*, Bonn: Dietz.
- Walsh, D. (01.12.2010): WikiLeaks Cables: Saudi Arabia wants Military Rule in Pakistan, *The Guardian* [online] <https://www.theguardian.com/world/2010/dec/01/saudi-distrust-pakistan-embassy-cables> [09.03.2019].
- Wanta, W. (2012): The Internet as a tool in agenda setting research, in: Dobek-Ostrowska, B., Lodzki, B. und W. Wanta (Hrsg.): *Agenda Setting: Old and New Problems in the Old and New Media*, Wroclaw: Wydawnictwo Uniwersytetu Wroclawskiego, S. 13–20.
- Watanabe, L. (2015): Bewährungsprobe für Saudi-Arabiens Aussenpolitik, *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 153 [online] <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse153-DE.pdf> [09.03.2019].
- Watkins, F. (2003): “Save there, eat here”: Migrants, Households and Community Identity among Pakhtuns in Northern Pakistan, in: *Contributions to Indian Society*, Jg. 37, Nr. 1–2, S. 59–81.
- Weber, M. (1976): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wehrey, F. (2012): What’s Behind Saudi Arabia’s Nuclear Anxiety? *CERI Strategic Papers Nr. 15a*, Paris: Centre de Recherches Internationales.
- Wehrey, F. (2014): *Sectarian Politics in the Gulf: From the Iraq War to the Arab Uprisings*, New York: Columbia Studies in Middle East Politics.
- Weinberg, M. S. und C. J. Williams (1973): Soziale Beziehungen zu devianten Personen bei der Feldforschung, in: Friedrichs, F. (Hrsg.): *Teilnehmende Beobachtung abweichenden Verhaltens*, Stuttgart: Enke Verlag, S. 83–108.
- Welsch, W. (1999): The Puzzling Form of Cultures Today, in: Featherstone, M. und S. Lash (Hrsg.): *Spaces of Culture: City, Nation, World*, London: Sage, S. 194–213.
- Welsch, W. (2011): Transkulturalität – neue und alte Gemeinsamkeiten, in: Ders. (Hrsg.): *Immer nur der Mensch? Entwürfe zu einer anderen Anthropologie*. Berlin: Akademie Verlag, S. 294–322.
- Werbner, P. (1990): Manchester Pakistanis: Division and Unity, in: Clarke, C., C. Peach und S. Vertovec (Hrsg.): *South Asian Overseas. Migration and ethnicity*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 331–347.
- Werbner, P. (1994): Renewing an Industrial Past: British Pakistani Entrepreneurship in Manchester, in: Brown, J. M. und R. Foot (Hrsg.): *Migration: The Asian Experience*, Oxford: Palgrave Macmillan, S. 104–130.
- Weßler, H. (1998): Issue, in: Jarren, O., Sarcinelli, U. und U. Saxer (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 666.
- Whitley, A. (1993): Minorities and the Stateless in Persian Gulf Politics, in: *Survival*, Jg. 35, Nr. 4, S. 28–50.
- Wiese, I. (2010): Das Engagement der arabischen Staaten in Afghanistan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 21–22, S. 35–40.
- Wiese, I. (2016): Development and Humanitarian Assistance by the Arab Gulf States to Lebanon and Syrian Refugees in Lebanon, Regional Programme Cooperation with Arab Donors in the MENA Region (CAD), Eschborn/Amman: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (unveröffentlichtes Arbeitspapier).

- Wiese, I. (2018): Gulf Assistance to Palestine (West Bank & Gaza), Regional Programme Cooperation with Arab Donors in the Mena Region (CAD), Eschborn/Amman: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- Willoughby, J. (2006): Ambivalent Anxieties of the South Asian-Gulf Arab Labor Exchange, in: Fox, J. W., N. Mourtada-Sabbah und M. Al-Mutawa (Hrsg.): *Globalization and the Gulf*, London/New York: Routledge, S. 223–243.
- Wilson, J., M. E. Qorchi und S. Maimbo (2003): Informal Funds Value Transfer Systems: An Analysis of the Hawala System, Washington, D. C.: IMF/World Bank.
- Wimmer, J. (2007): *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Winckler, O. (2000): Golf Monarchies as Rentier States: The Nationalisation Policies of the Labor Force, in: Kostiner, J. (Hrsg.): *Middle East Monarchies: The Challenge of Modernity*, Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 237–256.
- Winckler, O. (2000): The Challenge of Foreign Workers in the Persian/Arabian Gulf: The Case of Oman, in: *Immigrants & Minorities*, Jg. 19, S. 23–52.
- Winckler, O. (2010): Labor Migration to the GCC States: Patterns, Scale, and Policies, Middle East Institute: Washington, D. C. [online] <https://www.mei.edu/publications/labor-migration-gcc-states-patterns-scale-and-policies> [19.02.2019].
- Witzel, A. (1982): *Verfahren der qualitativen Sozialforschung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Woertz, E., S. Pradhan, N. Biberovic und C. Jingzhong (2008): Potential for GCC Agro-investments in Africa and Central Asia, *GRC Report*, Dubai: Gulf Research Center [online] https://www.files.ethz.ch/isn/111335/Potential_for_GCC_Agro_5729.pdf [09.03.2019].
- Woller, A. (2014): *Transformation der Geschlechterverhältnisse in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Eine feministische Diskursanalyse der Arbeitsmarktintegration emiratischer Frauen*, Berlin: Frank & Timme.
- Wolpert, S. (1993): *Zulfi Bhutto of Pakistan. His Life and Times*, Karachi: Oxford University Press.
- Woodward, B. (1987): *Veil: The Secret Wars of the CIA, 1981–1987*, New York: Simon and Schuster.
- Xenos, M., Vromen, A. und B. D. Loader (2014): The great equalizer? Patterns of social media use and youth political engagement in three advanced democracies, in: *Information, Communication & Society*, Jg. 17, Nr. 2, S. 151–167.
- Yamada, M. (2015): Battle against the Thawb Syndrome: Labor Nationalization, Industrial Diversification, and Education Reform in Saudi Arabia, in: *Gulf Affairs*, S. 17–20.
- Yamin, S. (2008): Peace Building in Afghanistan: Revisiting the Global War on Terrorism, Colombo: Regional Centre for Strategic Studies [online] https://www.rcss.org/publication/policy_paper/Policy43.pdf [11.03.2019].
- Yee, V. und D. D. Kirkpatrick (05.04.2019): Saudis escalate Crackdown on Dissent, arresting Nine and risking U.S. Ire, *The New York Times* [online] <https://www.nytimes.com/2019/04/05/world/middleeast/american-detainees-saudi-arabia.html> [12.04.2019].
- Young, K. (06.03.2019): Can Saudi Arabia afford a stimulus? *Al-Monitor* [online] <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/03/saudi-arabia-stimulus-investment-economic-growth.html> [12.04.2019].

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Young, K. (2018): Saudi Arabia's Crisis is Economic and Demographic, Washington, D. C.: American Enterprise Institute [online] <https://www.aei.org/research-products/speech/saudi-arabias-crisis-is-economic-and-demographic/> [12.04.2019].
- Yousaf, A., B. H. Rahman, S. Muhammad Irfan und R. Naqvi (2012): Use of Social Media as Public Sphere: A Case of Youth during Judicial & Political Crisis in Pakistan (March 2007-March 2009), in: *Journal of Media Studies*, Jg. 27, Nr. 1, S. 74–100.
- Yusuf, H. (11.08.2010): Pakistani Media Regulation borders on Censorship, *The Daily Star* [online] <http://www.dailystar.com.lb/Opinion/Commentary/2010/Aug-11/119760-pakistani-media-regulation-borders-on-censorship.ashx> [22.02.2019].
- Yusuf, H. (2009): Old and New Media: Converging During the Pakistan Emergency (March 2007-February 2008), Center for Future Civic Media [online] https://www.mediarep.org/bitstream/handle/doc/3029/Digital_Activism_205-234_Yusuf_Old_and_New_Media_.pdf?sequence=4&isAllowed=y [18.02.2019].
- Yusuf, H. (2013): Mapping Digital Media: Pakistan, Open Society Foundations [online] <https://www.opensocietyfoundations.org/reports/mapping-digital-media-pakistan> [18.02.2019].
- Yusuf, H. und E. Schoemaker (2013): The Media of Pakistan. Fostering Inclusion in a fragile Democracy? *Policy Briefing* 9, BBC Media Action [online] <https://www.bbc.co.uk/mediaaction/publications-and-resources/policy/briefings/asia/pakistan/policy-pakistan> [18.02.2019].
- Yusuf, M. (2008): Prospects of Youth Radicalization in Pakistan: Implications for U.S. Policy, *Brookings Analysis Paper* Nr. 14, Washington, D. C.: Brookings Institute [online] <https://www.brookings.edu/research/prospects-of-youth-radicalization-in-pakistan-implications-for-u-s-policy/> [12.03.2019].
- Zafar, F. (2016): *Mapping the Pakistani Diaspora: Context and Connectivity*, unveröffentlichtes Papier präsentiert auf der Konferenz „The Pakistani Diaspora: Strengthening Linkages between Host and Home Countries“, 16.-17. Februar, Lahore: Lahore School of Economics.
- Zahra, M. (2015): The Legal Framework of the Sponsorship Systems of the Gulf Cooperation Council Countries: A Comparative Examination, *Explanatory Note* No. 10, Gulf Labour Markets, Migration and Population (GLMM) programme of the Migration Policy Center (MPC) and the Gulf Research Center (GRC).
- Zahra-Malik, M. (13.03.2014): Saudi Arabia loans Pakistan \$1.5 billion to shore up Economy, *Reuters* [online] <https://www.reuters.com/article/us-pakistan-saudi/saudi-arabia-loans-pakistan-1-5-billion-to-shore-up-economy-idUSBREA2C13G20140313> [09.03.2019].
- Zahra-Malik, M. (18.02.2019): Saudi Crown Prince oversees \$20bn of Deals with Pakistan, *Arab News* [online] <http://www.arabnews.com/node/1453471/saudi-arabia> [26.03.2019].
- Zakaria, R. (16.08.2013): No Soldier for sale, *Dawn* [online] <https://www.dawn.com/news/1036256> [10.03.2019].
- Zamarayeva, N. (30.03.2014): Pakistan-Saudi Arabia: A Strategic Partnership, Part 2, *New Eastern Outlook*, [online] <https://journal-neo.org/2014/03/30/rus-pakistan-saudovskaya-araviya-strategicheskoe-sotrudnichestvo-chast-2/> [10.03.2019].
- Zerfuß, A. (2004): *Unternehmensführung und Öffentlichkeitsarbeit: Grundlegung einer Theorie der Unternehmenskommunikation und Public Relations*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Zheng, Y. und G. Wu (2005): Information Technology, Public Space, and Collective Action in China, in: *Comparative Political Studies*, Jg.38, S. 507–536.
- Zia, A. S. (2012): Social Media Politics in Pakistan, in: *Economic & Political Weekly*, Jg. 47, Nr. 7, S. 16–18.
- Zilber, J. und D. Niven (2000): Stereotypes in the News: Media Coverage of African-Americans in Congress, in: *Harvard International Journal of Press Politics*, Jg. 5, Nr. 1; S. 32–49.
- Ziring, L. (2009): The Legacy of Bhutto and Zia’s Contending Visions and Security Policies, in: The Middle East Institute (Hrsg.): *The Islamization of Pakistan, 1979–2009*, Washington, D. C., S. 31–34.

Über den Autor

Sebastian Sons

studierte Islamwissenschaften, Neuere Geschichte und Politikwissenschaft in Berlin und Damaskus und absolvierte zuvor eine Ausbildung zum Print-, TV- und Radioredakteur an der Berliner Journalisten-Schule. Er promovierte am Fachbereich Südasiawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahr 2019. Im Rahmen seines Dissertationsvorhabens reiste er von Januar bis April 2016 nach Pakistan, um vor Ort Experteninterviews zu führen.

Nach seinem Studium arbeitete er als wissenschaftlicher Abteilungsleiter beim Deutschen Orient-Institut und war Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift „Orient“ (2009–2014). Im Anschluss war er als wissenschaftlicher Projektmitarbeiter im Programm Naher Osten und Nordafrika der Deutschen Gesellschaft für Politik (DGAP) in Berlin beschäftigt und ist derzeit dort Associate Fellow. Zwischen September 2018 und Oktober 2019 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bonner Forschungsinstitut CARPO. Seit Oktober 2019 ist er Berater im Regionalprogramm „Zusammenarbeit mit arabischen Gebirgen“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und lebt derzeit in Jordanien.

In seiner Tätigkeit als politischer Analyst zu den arabischen Golfstaaten beriet er Bundesministerien und Bundestagsabgeordnete sowie europäische Institutionen, organisierte Fachveranstaltungen für politische Bildungseinrichtungen etc. und stand internationalen Medien mit seiner Expertise zur Verfügung. 2016 veröffentlichte er das politische Sachbuch „Auf Sand gebaut. Saudi-Arabien – Ein problematischer Verbündeter“ und reist seit 2009 regelmäßig ins Königreich sowie in die anderen arabischen Golfmonarchien. Er publiziert regelmäßig zu den arabischen Golfstaaten.

Forschungsschwerpunkte: pakistanische Arbeitsmigration in die arabischen Golfmonarchien, gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Saudi-Arabien und Pakistan, pakistanisches Mediensystem, golfarabische Entwicklungszusammenarbeit.

Media and Cultural Studies, Band 1

Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien gilt in Pakistan aus wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Erwägungen als systemlegitimierend und alltägliches Phänomen: Das Königreich agiert auf (sicherheits-)politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene als einflussreicher externer Akteur in Pakistan. Es ist außerdem das wichtigste Empfängerland pakistanischer Migranten. Aus diesen Gründen werden kritische Themen im Zusammenhang mit Migration in der pakistanischen Öffentlichkeit kaum thematisiert und stattdessen tabuisiert. In den letzten Jahren haben allerdings neue pakistanische Öffentlichkeitsakteur*innen aus Zivilgesellschaft, Medien und von internationalen Organisationen begonnen, dieses Tabu herauszufordern. Sie wollen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen der Migranten, strukturelle Gewalt sowie die systemische Ausbeutung innerhalb des Migrationsprozesses medial sichtbar machen. Somit tragen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu einem medialen Wandel in Pakistan bei, der bestehende Narrative und Tabus zu Migration in Frage stellt.

Das Buch analysiert basierend auf umfangreichen empirischen Daten, mit welchen Medienpraktiken und -strategien limitierte öffentliche Räume in Pakistan zu Migration durch diese Akteur*innen erweitert werden.